

# Bohemia

Zeitschrift für Geschichte und Kultur  
der böhmischen Länder  
A Journal of History and Civilisation  
in East Central Europe

Herausgegeben  
im Auftrag des Collegium Carolinum  
von Ferdinand Seibt und Hans Lemberg

in Verbindung mit Manfred Alexander, Peter Burian,  
John M. Clifton-Everest, Winfried Eberhard, Horst Förster,  
Jörg K. Hoensch, Rudolf Jaworski, Walter Schamschula,  
Georg R. Schroubek, Helmut Slapnicka, Stanley B. Winters

---

Band 37

Heft 1

1996

---

## INHALT

### AUFSÄTZE

Die Slowakei und ihre Historiker: Einleitende Bemerkung . . . . .	1
Steinhübel, Ján: Die großmährischen Bistümer zur Zeit Mojmir's II. . . . .	2
Kowalská, Eva: Die Schulfrage und das Toleranzpatent: Die politischen Haltungen der lutherischen Protestanten in Ungarn. . . . .	23
Holec, Roman: Siege und Niederlagen: Der slowakische Wirtschaftsnationalismus vor 1918 . . . . .	38
Lipták, Ľubomír: Die Freimaurer und die Modernisierung in der Slowakei im 20. Jahr- hundert. . . . .	55

## II

Sokolovský, Leon: Die Slowakei in der Verwaltung der Tschechoslowakei . . . . .	69
Tönsmeier, Tatjana: Die Bedeutung der Slowakei für das Deutsche Reich in den Jahren 1939–1945 . . . . .	79
Fatran, Gila: Die Deportation der Juden aus der Slowakei 1944–1945 . . . . .	98
Barnovský, Michal: Die Slowakei nach dem Staatsstreich im Februar 1948 . . . . .	120
Schmid, Karin: Die Slowakische Republik: Staat im Schatten . . . . .	140
Petruf, Pavol: Die slowakische Historiographie in den Jahren 1990–1994 . . . . .	153
Kováč, Dušan: Die slowakische Historiographie nach 1989: Aktiva, Probleme, Perspektiven (Anhang: Gesetzentwurf über die <i>Matica slovenská</i> und Stellungnahmen)	169

## CHRONIK

Tätigkeitsbericht des Collegium Carolinum für 1995 . . . . .	181
Jahrestagung des Collegium Carolinum (Manfred Alexander) . . . . .	204
Das Herder-Institut in Marburg: Ein Forum für die Ostmitteleuropaforschung (Eduard Mühle) . . . . .	207
The 1995 National Convention of the AAASS (Stanley B. Winters) . . . . .	213
Reichenberg und seine Architektur um 1900 (Michaela Marek) . . . . .	215
Das Bild der Deutschen, Deutschlands und Österreichs in der tschechischen Gesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts (Ralf Gebel) . . . . .	219
Die Slowakei am Scheideweg (Ferdinand Seibt) . . . . .	220
Zu den tschechisch-deutschen Schulbuchbeziehungen (Robert Luft) . . . . .	222
Preisverleihung . . . . .	224

## NEUE LITERATUR

Vznik Československa 1918. Dokumenty československé zahraniční politiky (Manfred Alexander) . . . . .	225
Kubů, Eduard: Německo – zahraničně politické dilema Edvarda Beneše (Manfred Alexander) . . . . .	226
Felak, James Ramon: "At the Price of the Republik": Hlinka's Slovak People's Party, 1929–1938 (Jörg K. Hoensch) . . . . .	228
Schwarz, Karl-Peter: Tschechen und Slowaken: Der lange Weg zur friedlichen Trennung (Eva Hahn) . . . . .	230
Rozloučení s Československem. Příčiny a důsledky česko-slovenského rozchodu (Helmut Slapnicka) . . . . .	231
Die Roma in der Slowakei: Ein Literaturbericht (Manfred Alexander) . . . . .	232
Mannová, Elena / Daniel, David Paul (Hrsg.): A Guide to Historiography in Slovakia (Manfred Alexander) . . . . .	236

SUMMARIES . . . . .	237
RÉSUMÉS . . . . .	242
RESUMÉ . . . . .	247
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS . . . . .	252
MITARBEITER DES HEFTES . . . . .	254

## IV

BOHEMIA. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder erschien von Jahrgang 1 (1960) bis 20 (1979) als: BOHEMIA. Jahrbuch des Collegium Carolinum. Begründet und bis Jahrgang 25 (1984) herausgegeben von Karl Bosl.

Redaktion: Eva Hahn, Collegium Carolinum, Hochstraße 8/II, 81669 München.

Für Form und Inhalt der einzelnen Beiträge tragen die Verfasser die Verantwortung.

Rezensionsexemplare und Zuschriften sind an die Redaktion zu richten.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Übersetzung, Nachdruck – auch von Abbildungen –, Vervielfältigung auf photomechanischem oder ähnlichem Wege oder im Magnettonverfahren, Vortrag, Funk- und Fernsehsendung sowie Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen – auch auszugsweise – ist nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet. Werden von einzelnen Beiträgen oder Teilen von ihnen einzelne Vervielfältigungsstücke im Rahmen des § 54 UrhG hergestellt und dienen diese gewerblichen Zwecken, ist dafür eine Vergütung gem. den gleichlautenden Gesamtverträgen zwischen der Verwertungsgesellschaft Wissenschaft GmbH (ehemals Inkassostelle für urheberrechtliche Vervielfältigungsgebühren GmbH), 60311 Frankfurt/Main, Großer Hirschgraben 17–21 und dem Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., dem Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e. V., dem Bundesverband deutscher Banken e. V., dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und dem Verband der privaten Bausparkassen e. V., an die VG Wissenschaft zu entrichten. Die Vervielfältigungen sind mit einem Vermerk über die Quelle und den Vervielfältiger zu versehen. Erfolgt die Entrichtung der Gebühren durch Wertmarken der VG Wissenschaft, so ist für jedes vervielfältigte Blatt eine Marke im Wert von DM 0,40 zu verwenden.

Bezugsbedingungen: Pro Jahr erscheint ein Band in zwei Heften. Einzelheft DM 45,-, Jahresabonnement DM 76,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird. Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht.

Zahlungen erbitten wir an den Verlag R. Oldenbourg (Abt. Zeitschriften) München, auf unsere Konten beim Postcheckamt München Nr. 64950-809 oder bei der Bayerischen Vereinsbank München 2 Nr. 6405215.

Hinweis gemäß § 26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der BOHEMIA sind in einer Adresskartei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.

Verlag: R. OLDENBOURG VERLAG GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlages ist die Firma R. Oldenbourg GmbH & Co. KG unter der gleichen Anschrift. Sie wird durch die persönlich haftende Gesellschafterin R. Oldenbourg Verwaltungs GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München, vertreten.

Außerdem sind nachstehende Kommanditisten beteiligt: Elisabeth Alber, Hausfrau, Rieden/Tirol; Hedwig Geupel, Hausfrau, Oberhaching; Baronin Silvia von Maydell, Hausfrau, München; Christian Kraff von Dellmensingen, Parsippany/USA; Gabriele von Bomhard, Kindergärtnerin, München; Christa von Bomhard, Sekretärin, München; Maria Freifrau von Meyern-Hohenberg, Hausfrau, München; Gräfin Inge Schönborn, Geschäftsführerin, München; Nelly Reichhold, Hausfrau, Iching; Dr. Roswitha Sieper, Oberstudiendirektorin, München; Dr. John C. Oldenbourg, Übersetzer, München; Andreas D. Oldenbourg, Rechtsreferendar, München; Thomas A. Oldenbourg, Dipl.-Kfm., München; Hanna Sychily, Hausfrau, Bad Reichenhall; Dr. Rolf-Dieter Schmid, Nürnberg; Axel Schmid, München; Wilhelm Schmid, Major a. D., Regensburg; Barbara Müller, Hannover; Emmy Oldenbourg, Private, München; Hans A. Fieser, Dipl.-Ing., Steinebach; Irmgard Fieser, Hausfrau, Steinebach; Hans Herbert Fieser, Dipl.-Kfm., Lindenfels; Heidi Fieser, Sekretärin, Salem; Reinhard Fieser, Heimleiter, Esslingen; Dr. Rudolf Oldenbourg, Verleger, München; Johannes Oldenbourg, Dipl.-Math., München; Christoph Oldenbourg, Restaurator, München; Louise Oldenbourg, Grafikerin, München; Walter Oldenbourg, Verleger, München; Eva Lange, Hausfrau, München; Dr. Helene Hahn, Ärztin, Bremen; Edith Müller, Hausfrau, Hamburg; Brigitte Reiner, Hausfrau, Haar; Heinz Reiner, Arzt, Haar; Eberhard Oldenbourg, Kaufmann, München; Eva May, Studienrätin, München; Paul Oldenbourg, Ingenieur, München; Wolfgang Oldenbourg, Kaufmann, München; Doris Kühnackl, Lehrerin, München; Regine Oldenbourg, Geschäftsinhaberin, München; Albrecht Oldenbourg, Student, München; Gertrud Oldenbourg, Archivangestellte, Bremen; Paul Schröder sen., Den Haag; Anne Schröder, Den Haag; Thomas Schröder, Verlagskaufmann, Hamburg; Nicola Schröder, Den Haag; Paul Schröder jun., Den Haag; Brigitte Fertl, Hausfrau, München; Inge von Negelein, Kindergärtnerin, München; Dr. Friedrich Rosenkranz, Physiker, München; Ilse Edelstein, Berlin; Dr. Karl von Cornides, Verleger, Wien; Dr. Thomas von Cornides, Verleger, München; Dr. Elisabeth Gams, Hausfrau, Rom; Hedwig Kloepper, Private, Söchtenau; Cécile von Cornides, Therapeutin, Rieden/Tirol; Dr. Rudolf von Cornides, Amtsarzt, Innsbruck; Margit von Cornides, Hausfrau, Bonn; Christoph von Cornides, Volkswirt, Bonn; Gabriele Hommes, Aachen; Bankhaus H. Aufhäuser, München.

Satz, Druck und Einband: Verlagsdruckerei Michael Laßleben, 93183 Kallmünz.

ISSN 0523-8587

## DIE SLOWAKEI UND IHRE HISTORIKER

*Zu den wichtigsten Ergebnissen der inzwischen fünfjährigen freien internationalen Diskussion der Historiker gehört die nun allgemein verbreitete Erkenntnis, daß die Geschichtsforschung nicht in national abgrenzbaren Bereichen betrieben wird; die nationalen Geschichtsbilder gehören nicht exklusiv den Angehörigen einzelner Völker, sondern bilden in unserem international verflochtenen Zeitalter ein Diskussionsfeld der gesamten Historikerzunft, unabhängig von der Nationalität einzelner. Als wir die gegenwärtige Forschungslage zur Geschichte der Slowakei vorstellen wollten, wandten wir uns dementsprechend zwar an erster Stelle an das Historische Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften in Bratislava und an unsere Kollegen an der dortigen Universität, gleichzeitig jedoch auch an die Historiker außerhalb der Slowakei.*

*Die in diesem Heft vorliegenden Aufsätze bieten allen der slowakischen Sprache nicht mächtigen Lesern einen besonderen Einblick in die gegenwärtigen Werkstätte jener Historiker, die unsere künftigen Geschichtsbilder hinsichtlich der Slowakei maßgebend beeinflussen werden; sie sind es, die nach der Entstehung des ersten freien slowakischen Staates dabei sind, die Weichenstellungen für das historische Bewußtsein und die nationale Identität der sich nun selbstverwaltenden slowakischen Gesellschaft als Trägerin der historischen Kontinuität in der Slowakei vorzunehmen. Und nicht zuletzt diese Umstände machen die Lektüre der vorliegenden Textauswahl außerordentlich anregend.*

*Die Arbeitsbedingungen der Historiker, die sich der Erforschung der Geschichte der Slowakei verschrieben haben, sind nicht leicht. Auch das ist ihnen gemeinsam, ob sie in der Slowakei oder anderswo arbeiten, wenn auch die Schwierigkeiten von Fall zu Fall unterschiedlich sind. Die Ergebnisse ihrer Tätigkeit sind jedoch beeindruckend. Das gilt insbesondere für ihre Aufgeschlossenheit gegenüber erkenntnistheoretischen Fragestellungen wie auch für ihren Problemhorizont. Es gibt kaum ein historisches Institut, an dem kritische Auseinandersetzungen mit vererbten Denkmustern spannender wären als im Historický ústav der Slowakischen Akademie der Wissenschaften.*

*Vielleicht hängt das auch mit der Nachbarschaft dieses Instituts zusammen, mit den weiteren geisteswissenschaftlichen Instituten in der „Klemensova 19“, wo es der Slowakischen Akademie der Wissenschaften gelungen ist, ein dynamisches Zentrum moderner intellektueller Entwicklungen zu schaffen.*

*Und da all das, was früher einmal, im vergangenen Jahrhundert, die sogenannten Literaten und „obrozenci“ für einzelne Völker und auch für die Slowaken schufen, nämlich die Grundlagen ihrer nationalen Kultur, heute in wissenschaftlich qualifizierten Händen moderner Sozial- und Geisteswissenschaftler – und damit auch der Historiker – liegt und nicht mehr isoliert vom internationalen wissenschaftlichen Diskurs zu bewerkstelligen ist, bietet die hier vorgestellte Textauswahl auch ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie die erst vor kurzem entstandenen Staaten anregende Geschichtsforschung zu unterstützen vermögen.*

*Herausgeber und Redaktion*

## DIE GROSSMÄHRISCHE BISTÜMER ZUR ZEIT MOJMÍRS II.

Von *Ján Steinhübel*

Im Jahre 899 kamen die päpstlichen Legaten „Erzbischof Johannes und die Bischöfe Benedikt und Daniel in das Land jener Slawen, die man Mährer nannte“, und weihten dort einen Erzbischof und drei ihm unterstellte Bischöfe<sup>1</sup>. Die Wiederherstellung der Kirchenorganisation in Großmähren mit der Errichtung der vier Bistümer war ein großer diplomatischer Erfolg Fürst Mojmir's II. Die bayerischen Bischöfe freilich betrachteten das Großmährische Reich als Teil der Diözese Passau, und sie protestierten im Juli des Jahres 900 beim Papst mit den Worten: „Jetzt ist ja das eine Bistum in fünf aufgeteilt.“<sup>2</sup> Sie hielten die Einrichtung der neuen Bistümer für eine widerrechtliche Aufteilung der Passauer Diözese in fünf Teile. Inwiefern war ihr Protest berechtigt? Und: wo lagen die Bistümer, um die es sich hier handelt?

Im Jahre 831 „taufte“ der Bischof von Passau Reginhar „alle Mährer“<sup>3</sup>. Diese kurze Nachricht findet sich in den „Berichten über Passauer Bischöfe“ (Notae de episcopis Pataviensibus), die 18 knappe Eintragungen über 18 Passauer Bischöfe von Urolf (804–806) bis Altmann (1065–1091) enthalten<sup>4</sup>. Jeder der Berichte beginnt mit dem Namen des jeweiligen Bischofs und charakterisiert dann in kurzen Worten sein Wirken oder hebt eine bedeutende Tat hervor. Sie stehen unter dem Einfluß der Legende vom Erzbistum Lorch und bezeichnen deshalb einige der behandelten Passauer Bischöfe als Erzbischöfe. Auf den Text der Notae folgt ein Zusatz jüngeren Datums, der in Form von Annalen Ereignisse der Jahre 508–1231 darstellt<sup>5</sup>, sowie ein weiterer mit der Fortsetzung bis 1396<sup>6</sup>.

Der Passauer Bischof Reginhar (818–838) war nach den Notae zugleich „Bischof der Mährer“ bzw. Missionsbischof für die Mährer: „Anno Domini 831. Reginharius

<sup>1</sup> Magnae Moraviae fontes historici III. Diplomata, epistolae, textus historici varii. Hrsg. von Dagmar Bartoňková, Lubomír Havlík, Ivan Hrbek, Jaroslav Ludvíkovský und Radoslav Večerka. Brno 1969 [im folgenden: MMFH], Epistolae 109, S. 233 f.

<sup>2</sup> E b e n d a: Epistolae 109, S. 236 f.

<sup>3</sup> Notae de episcopis Pataviensibus ad a. 831. In: MMFH IV. Leges, textus iuridici, supplementa. Hrsg. von Dagmar Bartoňková, Karel Kaderka, Lubomír Havlík, Jaroslav Ludvíkovský, Josef Vašica und Radoslav Večerka. Brno 1971, 407. – An dieses Ereignis dachten die bayerischen Bischöfe, als sie in ihrem Beschwerdebrief aus dem Jahr 900 schrieben: „Zuerst wurden sie belehrt [über den Glauben], und dann wurden aus ihnen, den Heiden, Christen [gemacht]“ (exinde primum imbuti et ex paganis christiani sunt facti). MMFH III, Epistolae 109, S. 234.

<sup>4</sup> Notae de episcopis Pataviensibus. Hrsg. von Georg Waitz. Monumenta Germaniae Historica. Scriptores 25, S. 623 f.

<sup>5</sup> E b e n d a 624–627.

<sup>6</sup> E b e n d a 627 f.

episcopus Matavorum baptizat omnes Moravos.“<sup>7</sup> Die kurze Nachricht bezeichnet das Bistum Reginhars mit dem Namen des mährischen Volkes, das im Jahr 831 seine Mission angenommen hat. Die ursprüngliche Bezeichnung „episcopus Maravorum“<sup>8</sup> wurde von einem unbekanntem Kompilator mißdeutet. Die verderbte Form „episcopus Matavorum“ entstand aus der Verknüpfung beider Funktionen Reginhars: der als Bischof von Passau und der als Missionsbischof bei den Mähnern (Pataviensis + Maravorum = Matavorum). Die Berichte über die Passauer Bischöfe enthalten eine Reihe im großen und ganzen recht zuverlässiger Nachrichten zur Geschichte des Bistums Passau, auch wenn sie unter dem Einfluß der Legende von der Tradition des Bistums Lorch stehen und an einigen Stellen dementsprechend stilisiert sind<sup>9</sup>. Deshalb gibt es keinen Grund, dem Bericht über Reginhars Verdienste um die Christianisierung der Mährer zu mißtrauen. Die zeitgenössischen Schriftquellen verzeichnen Reginhars mährische Mission des Jahres 831 nicht. Die Annalen des Fränkischen Reiches (*Annales regni Francorum*) enden mit dem Jahr 829, und die Fuldaer Annalen beginnen erst mit dem Jahr 838. Die westfränkischen Annalen von St.-Bertin, die auch über Ereignisse berichten, die sich in der Zwischenzeit abgespielt haben, enthalten ebenfalls keinen Hinweis auf die Taufe der Mährer. Für die Jahre 829–843 konzentrieren sie sich auf den Krieg innerhalb des Reiches, den die Söhne Ludwigs des Frommen gegeneinander führten, und auf die Ereignisse, die zum Zerfall des Fränkischen Reiches in drei Teile geführt haben<sup>10</sup>. Die Slawen an der Ostgrenze des Reiches gerieten zeitweilig außerhalb des Blickfeldes. Für das Bistum Passau war die Christianisierung Mährens im Jahr 831 freilich von grundlegender Bedeutung, so daß die Kenntnis von diesem Ereignis dort bewahrt werden mußte. Es ist auch kein Zufall, daß die Nachricht über die Taufe der Mährer als einzige im gesamten Text der *Notae de episcopis Pataviensis* mit einer genauen Jahresangabe datiert ist.

Am 13. Januar 845 fand in Regensburg im Beisein des ostfränkischen Königs Ludwig des Deutschen ein ähnliches Ereignis statt: „Ludwig empfing 14 böhmische Fürsten, die mitsamt ihren Leuten den christlichen Glauben anzunehmen wünschten, und er ordnete an, daß sie in der Oktave nach dem Dreikönigstag getauft werden sollten.“<sup>11</sup> Die Taufe der 14 böhmischen Fürsten mit ihrem Gefolge galt noch nicht für alle Böhmen. Der Wille eines Fürsten konnte erst mit dem Entstehen eines Staates durchgesetzt werden; deshalb wurden die Böhmen erst in der Zeit Fürst Bořivojs zu einem christlichen Volk und die Mährer bereits unter Mojmir II.

<sup>7</sup> Vgl. Anm. 3 und 4.

<sup>8</sup> Dittrich, Zdeněk R.: *Christianity in Great Moravia*. Groningen 1962, 61–63. – Łowmiański, Henryk: *Początki Polski* [Die Anfänge Polens]. Warszawa 1970, Bd. 4, 313.

<sup>9</sup> Mehrere Passauer Bischöfe werden in dieser Quelle als Erzbischöfe bezeichnet. Über Hermanrich und Wicing sagen die *Notae*, sie seien Ostgoten („natione Ostrogotus“). Außerdem nennen sie zuerst Wicing und erst nach ihm Engelmar, obwohl Engelmar (874–897) vor Wicing (808–899) Bischof gewesen war.

<sup>10</sup> Dümmler, Ernst: *Geschichte des ostfränkischen Reiches*. Bd. 1. Leipzig 1887, 41–205. – Łowmiański: *Początki* 313–315.

<sup>11</sup> *Annales Fuldenses ad a. 845*. In: MMFH I. *Fontes latini ad Moraviam Magnam pertinentes. Annales et chronicae*. Hrsg. von Dagmar Bartoňková, Lubomír Havlík, Zdeněk Masařík und Radoslav Večeřka. Praha 1964, 73–74.

Die Christianisierung der Mährer unterschied sich durch nichts von der Christianisierung anderer slawischer und nichtslawischer Völker. Im Jahr 864 taufte ein vom Patriarchen von Konstantinopel entsandter Bischof den bulgarischen Chan Boris mitsamt seiner Familie und dem Hof<sup>12</sup>. Im folgenden Jahr schlug Boris einen Aufstand seiner Magnaten gegen die Einführung des neuen Glaubens nieder und ließ 52 der Auführer hinrichten<sup>13</sup>. Im November 866 faßte der Papst die Ereignisse in seinem Antwortschreiben auf die Fragen, die Fürst Boris an ihn gerichtet hatte, folgendermaßen zusammen: „Nachdem Ihr uns also mitgeteilt habt, wie Ihr mit Gottes Gnade den christlichen Glauben angenommen habt und wie Ihr Euer ganzes Volks habt taufen lassen, wie es aber dann, nachdem es getauft war, mit großer Wildheit einträchtig gegen Euch aufgestanden ist und Euch vorhielt, daß Ihr ihm kein gutes Gesetz gegeben habt, Euch töten und einen neuen Herrscher einsetzen wollte, und wie Ihr dann, darauf vorbereitet, mit der Hilfe von Gottes Macht gegen sie alle, vom höchsten bis zum geringsten, die Oberhand behalten habt, und daß Ihr sie mit Euren Händen gefangen haltet, und wie alle Anführer und Ältesten des Volkes mitsamt ihrer Nachkommenschaft mit dem Schwert vernichtet wurden . . .“<sup>14</sup> Der mährische Erzbischof Method taufte (etwa im Jahr 880) den böhmischen Fürsten Bořivoj: „Er belehrte den Fürsten und seine dreißig Gefolgsleute, die mit ihm gekommen waren, über die Grundlagen des Glaubens, und nachdem sie, wie es der Brauch verlangte, das rituelle Fasten absolviert hatten, erweckte er sie mit der heiligsten Quelle der Taufe zu neuem Leben.“<sup>15</sup> Im Jahr 965 nahm Polen die Taufe an: „der polnische Fürst Mieszko, der mitsamt seinen Leuten den christlichen Glauben angenommen hat“<sup>16</sup>. 972 taufte der Missionsbischof Bruno aus Sankt Gallen den ungarischen Fürsten Geyza: „Es kam die Zeit, die dafür vom Himmel bestimmt war, und er nahm mit seinen Nächsten den Glauben an und wurde getauft. Er versprach dabei, alle, die seiner Macht untertan sind, für das Christentum zu gewinnen.“<sup>17</sup> Geyza konnte seinen Willen durchsetzen: „Und vor den Augen Gottes fand er Wohlgefallen, weil er alle Angehörigen seines Hofes zur Verehrung des wahren Gottes bekehrt hatte, und diejenigen, von denen er feststellte, daß sie Wege beschritten, die Gott fremd waren, unter dem Druck von

<sup>12</sup> Panajotov, Panajot: *Strednevekovna bälgarska istorija* [Die Geschichte Bulgariens im Mittelalter]. Sofia 1992, 76–81.

<sup>13</sup> *Annales Bertiniani* ad a. 866. Hrsg. von Georg Waitz. In: *Scriptores rerum Germanicarum in usum scholarum ex Monumentis Germaniae historicis recusi*. Hannover 1883, 85.

<sup>14</sup> *Responsa Nicolai papae I. ad consulta Bulgarorum* 17. In: *MMFH* IV, S. 58–59.

<sup>15</sup> *Legenda Christiani*. Hrsg. von Jaroslav Ludvíkovský. Praha 1978, Kap. 2, S. 18–21. – *MMFH* II. *Textus biografici, hagiografici, liturgici*. Hrsg. von Dagmar Bartoňková, Lubomír Havlík, Jaroslav Ludvíkovský, Zdeněk Masařík und Radoslav Večerká. Brno 1967, 193–196. – *Třeštík, Dušan: Bořivoj a Svatopluk – vznik českého státu a Velká Morava. Velká Morava a počátky československé státnosti* [Bořivoj und Svatopluk – die Entstehung des tschechischen Staates und das Großmährische Reich. Das Großmährische Reich und die Anfänge der tschechoslowakischen Staatlichkeit]. Praha-Bratislava 1985, 273–301.

<sup>16</sup> *Legenda sancti Stephani regis ab Hartvico episcopo conscripta* 9. In: *Scriptores rerum Hungaricarum* II. Hrsg. von Emericus Szentpétery, 413.

<sup>17</sup> *Legenda maior sancti Stephani regis* 2. *Ebenda* 379.

Drohungen zum Gehorsam gezwungen hatte.“<sup>18</sup> Der Passauer Bischof Pilgrim schrieb im Jahr 973 dem Papst über den Erfolg von Brunos Mission in Ungarn: „Von diesen vornehmen Ungarn beiderlei Geschlechts wurden ungefähr fünftausend mit dem christlichen Glauben vertraut gemacht, durch die heilige Taufe gereinigt und für Christus gewonnen . . . So geschah es, daß fast das ganze Volk der Ungarn willens ist, den heiligen Glauben anzunehmen, aber auch andere Provinzen der Slawen sind bereit, sich zum Glauben zu bekehren.“<sup>19</sup> 988 taufte der Bischof von Cherson den russischen Fürsten Vladimir: „Als das seine Gefolgsleute sahen, ließen sich viele von ihnen ebenfalls taufen.“ Nach seiner Rückkehr nach Kiew befahl der Fürst den Einwohnern der Stadt, sich zum christlichen Glauben zu bekehren und sich im Fluß Dnjepr taufen zu lassen. „Und dann ließ Vladimir in der ganzen Stadt verkünden: ‚Wenn sich jemand morgen am Fluß nicht bekehren läßt, werde ich ihn als meinen Feind betrachten, sei er reich oder arm, sei er einfacher Untertan oder Dienstmann.‘ Als das die Menschen hörten, gingen sie mit Vergnügen zur Taufe, freuten sich und sagten: ‚Wenn das nicht gut wäre, hätten das der Fürst und die Bojaren nicht angenommen.‘“<sup>20</sup>

Die Christianisierung eines Volkes begann also mit der Taufe des Fürsten, seiner Familie, des Hofes und der Gefolgsleute. Die Bewohner des ganzen Landes hatten freiwillig oder unfreiwillig ihrem Beispiel zu folgen. Wenn es heißt, daß der Passauer Bischof Reginhar im Jahre 831 „alle Mährer getauft hat“, so waren das in erster Linie der damalige Fürst Mojmir, seine Familie und sein engstes Gefolge. Die Entscheidung des Fürsten war freilich für das ganze Fürstentum Mähren verbindlich. Mit der Vertreibung des heidnischen Fürsten Pribina aus Nitra<sup>21</sup> um das Jahr 833 dehnte Mojmir das Christentum und damit auch den Einflußbereich von Passau weiter nach Osten, in die Region von Nitra, aus. Seither betrachteten die Passauer Bischöfe Großmähren als Teil ihrer Diözese: „Der Bischof der Stadt Passau, in dessen Diözese die Menschen jenes Landes leben, konnte seit dem Beginn von deren Christianisierung ohne irgendwelche Hindernisse dorthin gehen, wann immer er wollte oder wann immer ihn die Pflicht dorthin führte, und hielt dort sogar mit den Seinen [cum suis etiam ibi] Synoden ab; und alles, was getan werden mußte, tat er nach Kräften, ohne daß ihm jemand Widerstand entgegengesetzt hätte.“<sup>22</sup> An den Synoden des Passauer Bischofs nahmen auch die von ihm eingesetzten mährischen Archidiakone und Priester teil, mit denen Konstantin und Method nicht selten theologische Dispute führen mußten<sup>23</sup>. Die Passauer Mission in Großmähren war erfolgreich. Bereits die Synode der ostfränkischen Geistlichkeit in Mainz 852 betrachtete die Mährer als christliches Volk. In den Be-

<sup>18</sup> *Legenda minor sancti Stephani regis* 2. E b e n d a 394.

<sup>19</sup> MMFH III, Epistolae 113, S. 248. – *Codex diplomaticus et epistolaris Slovaciae* I. Hrsg. von Richard Marsina. Bratislava 1971, 42.

<sup>20</sup> *Latopis Nestora* [Nestor-Chronik] 42, 43. In: *Monumenta Poloniae historica* I. Hrsg. von Adam Bielowski. Warszawa 1960, 656, 663.

<sup>21</sup> *Conversio Bagoariorum et Carantanorum* 10. In: MMFH III, S. 310f.

<sup>22</sup> MMFH III, Epistolae 109, S. 234f.

<sup>23</sup> *Žitije Konstantina* [Vita Konstantins] XV. In: MMFH II, S. 102f.

schlüssen der Synode ist zwar vom „vorerst noch recht rohen Christentum des mährischen Volkes“ die Rede, doch daß es christlich war, daran zweifelte niemand mehr<sup>24</sup>.

\* \* \*

Die bayerischen Bischöfe zählten zur Passauer Diözese nur das Territorium Großmährens, also Mähren und Nitraland, nicht jedoch die benachbarten slawischen Regionen, die Svatopluk dem Fürstentum angeschlossen hatte. Eben in diesem Sinne teilten sie im Jahre 900 dem Papst mit: „Euer Vorgänger hat auf Wunsch von Svatopluk Wiching geweiht, aber er hat ihn nicht in jenes alte Passauer Bistum entsandt, sondern zu einem erst kürzlich bekehrten Volk [in quondam neophitam gentem], das der Fürst selbst kriegerisch seiner Herrschaft unterworfen hatte und das er vom Heidentum zum Christentum bekehrt hatte.“<sup>25</sup> Der Brief der bayerischen Bischöfe spricht ohne den geringsten Vorbehalt von Wichings Mission bei dem nicht näher bezeichneten Volk, aber er schweigt über Wichings Bistum Nitra ebenso wie über Methods mährisches Erzbistum, weil eine Anerkennung der Existenz einer selbständigen Kirchenprovinz Großmähren in Widerspruch zu den Ansprüchen des Bischofs von Passau gestanden hätte.

Die Vita Methods überliefert zwei Kriege Svatopluks gegen Heiden. Svatopluk unterwarf die heidnischen Wislanen, deren Fürst nicht den Ermahnungen des Erzbischofs Method Folge leisten wollte: „An der Weichsel herrschte ein heidnischer Fürst, der sehr stark war, Freveltaten gegen die Christen beging und sie in Unruhe versetzte. Er jedoch schickte Boten zu ihm und ließ ihm sagen: ‚Du tust gut daran, mein Sohn, Dich aus eigenem Willen im eigenen Land taufen zu lassen, damit Du nicht gefangengenommen und mit Gewalt in einem fremden Land getauft wirst; du wirst noch an meine Worte denken‘ – und so geschah es dann auch.“<sup>26</sup>

Das Weichselfürstentum könnte die erste heidnische Region gewesen sein, die Svatopluk erobert und seinem Reich angegliedert hat. Es war nach Methods Wiedereinsetzung als Erzbischof 873 und nachdem Svatopluk 874 mit dem ostfränkischen König Ludwig dem Deutschen den Frieden von Forchheim geschlossen hatte, um sich für

<sup>24</sup> Decreta synodi Mogutiensis 11. In: MMFH IV, S. 34.

<sup>25</sup> MMFH III, Epistolae 109, S. 237f. – E. D ü m m l e r, G. L a b u d a und J. D ą b r o w s k i nehmen an, daß mit Wichings „neophita gens“ das Gebiet von Nitra gemeint ist. Vgl. D ü m m l e r, Ernst: Über die südöstlichen Marken des Fränkischen Reiches unter den Karolingern (795–907). Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen 10 (1853) 40f. – D e r s.: Geschichte des Ostfränkischen Reiches. Bd. 2. Leipzig 1887, 179. – L a b u d a, Gerard: Studia nad początkami państwa Polskiego [Studien zu den Anfängen des polnischen Staates]. Poznań 1946, 142–145. – D e r s.: Kraków. Biskupi przed rokiem 1000. Przyczynek do dyskusji nad dziejami misji metodiańskiej w Polsce [Krakau. Die Bischöfe vor dem Jahr 1000. Ein Beitrag zur Diskussion über die Geschichte der methodianischen Mission in Polen]. Studia historyczne 27, 3/106 (1984) 381f. – D ą b r o w s k i, Jan: Studia nad początkami państwa polskiego [Studien zu den Anfängen des polnischen Staates]. Rocznik Krakowski 34/1 (1958) 10–12. – Das Nitraland hatte zu der Zeit, als Wiching geweiht wurde, bereits eine alte christliche Tradition; es war keineswegs erst seit kurzem christianisiert. Erobert worden war es nicht von Svatopluk, sondern schon lange zuvor von Mojmir I. So kann Wichings Reise „zu einem [soeben erst] bekehrten Stamm“ nicht in das Nitraland geführt haben.

<sup>26</sup> Žitije Mefodija [Vita des Method] XI. In: MMFH II, S. 156.

Feldzüge in benachbarte slawische Regionen den Rücken freizuhalten<sup>27</sup>. Mit dem Wislanenfürsten verhandelte der Erzbischof Method selbst. Offenbar hatte er also ein Interesse daran, den Fürsten und sein Land zu bekehren, so daß er diese Aufgabe kaum Wiching überlassen hätte. Deshalb kann man nicht davon ausgehen, daß Wichings „neophita gens“ mit den Wislanen identisch ist<sup>28</sup>.

Unmittelbar nach dem Sieg über den Wislanenfürsten führte Svatopluk einen weiteren Krieg gegen die Heiden. Methods Biograph betont, wie schwierig dieser Krieg verlaufen ist: „Ein anderes Mal, als Svatopluk ohne den geringsten Erfolg gegen Heiden kämpfte und geduldig abwarten mußte, kam das Fest des heiligen Petrus mit dem Gottesdienst näher, und er [Method] schickte Boten zu ihm und ließ ihm sagen: ‚Wenn Du mir versprichst, das heilige Fest des Petrus [29. Juni] mitsamt Deinen Soldaten bei mir zu verbringen, so vertraue ich Gott, daß er sie Dir bald ausliefern wird.‘ Und so geschah es.“<sup>29</sup> Der Autor der Vita hat den Namen des heidnischen Volkes oder Stammes, der Svatopluk solch großen und zunächst auch erfolgreichen Widerstand entgegengesetzt hatte, nicht festgehalten. Svatopluk mag so bald nach der Unterwerfung der Wislanen entweder gegen die niederschlesischen Kroaten oder die Slawen in der Theiß-Region gekämpft haben. Die oberschlesischen Opolanen hatte er gleichzeitig mit den Wislanen unterworfen, möglicherweise auch etwas eher<sup>30</sup>, gegen die Tschechen und die Lausitzer Sorben hat er nie einen Krieg geführt, und Pannonien, das er in den Jahren 882–884 erobert hatte, war längst kein heidnisches oder erst seit kurzem christianisiertes Land. Die Kroaten an der mittleren Oder, die in vier kleine Stämme zerfielen (Slezane, Trebowane, Boborane und Dedosize)<sup>31</sup> dürften kaum so nachhaltigen Widerstand geleistet haben wie zuvor der „sehr starke“ Wislanenfürst. Dagegen können die Slawen an der Theiß, deren Territorium zum bulgarischen Herrschaftsgebiet gehörte, mit bulgarischer Hilfe so großen Widerstand geleistet haben, daß Svatopluk zunächst „ohne den geringsten Erfolg“ abwarten mußte<sup>32</sup>. Die Bulgaren haben in dieser Zeit mit Sicherheit die überfallenen Slawen unterstützt und sich

<sup>27</sup> Marsina, Richard: Metodov boj [Methods Kampf]. Bratislava 1985, 72. – Annales Fuldenenses ad a. 874. In: MMFH I, S. 109.

<sup>28</sup> K. Potkański war der erste, der die Wislanen als Wichings „neophita gens“ identifiziert hat; Wiching verwaltete also außer dem Bistum Nitra auch das Gebiet der Wislanen. Vgl. Potkański, Karol: Kraków przed Piastami [Krakau vor den Piasten]. Rozprawy Akademii Umiejetności 35 (1898) 187. – Seine Erkenntnisse griff Józef Widajewicz auf und entwickelte sie weiter: Widajewicz, Józef: Kraków i Powaze w dokumente biskupstwa praskiego z 1086 roku [Krakau und das Waag-Tal in einem Dokument des Prager Bistums aus dem Jahr 1086]. Poznań 1938, 78–80. – Ders.: Państwo Wisłań [Der Staat der Wislanen]. Kraków 1947, 71–74. – Ders.: Prochor i Prokulf, najdawniejsi biskupi krakowscy [Prochor und Prokulf, die ältesten Bischöfe von Krakau]. Nasza przeszłość 4 (1948) 27–30.

<sup>29</sup> Žitije Mefodija XI. In: MMFH II, S. 156.

<sup>30</sup> Die Opolanen gehörten wahrscheinlich zum Fürstentum der Wislanen. Vgl. Widajewicz: Państwo Wisłań 59f. – Łowmiański: Początki Polski 476.

<sup>31</sup> Havlík, Lubomír: Tři kapitoly z nejstarších česko-polských vztahů [Drei Kapitel aus den frühesten tschechisch-polnischen Beziehungen]. Slovanské historické studie 4 (1961) 21–27, 49f., 61f. – Łowmiański: Początki Polski 477f.

<sup>32</sup> Ebdenda. – Wir stimmen mit dem Urteil Łowmiańskis, daß mit Wichings „neophita gens“ nur die Slawen von der Theiß gemeint sein können, voll und ganz überein.

mit dem Verlust der Theiß-Region nicht ohne weiteres abgefunden. Davon zeugt ein wenig später, im Jahr 882, unternommener verheerender Gegenangriff der Bulgaren<sup>33</sup>. Die slawischen Territorien, die Svatopluk im Karpatenbecken erobert hatte, lagen weit entfernt von Methods mährischer Diözese, noch hinter Wichings Bistum Nitra, das sie von Mähren trennte. Deshalb muß die Missionierung dieser Gebiete, die für den mährischen Erzbischof allzu entlegen waren, von Nitra ausgegangen sein. Wicing war 880 zum Bischof von Nitra ordiniert worden<sup>34</sup>. Die erste Aufgabe, die er wohl unmittelbar nach seiner Weihe zum Bischof und seiner Rückkehr aus Rom erhielt, war die Mission in der ausgedehnten Theiß-Region, die Konstantin Porphyrogennetos als „Großmähren, das noch nicht christianisiert ist“<sup>35</sup>, bezeichnet hat. So konnten die bairischen Bischöfe zwanzig Jahre später schreiben, daß der Papst Wicing nach dessen Weihe nicht in das Gebiet entsandt hat, das der Passauer Bischof für sich beanspruchte und zu dem außer Mähren auch Nitra gehörte, sondern „zu einem erst vor kurzem bekehrten Volk, das der Fürst selbst in einem Krieg seiner Herrschaft unterworfen hatte“. Wicing zog unmittelbar nach seiner Weihe von Rom aus – und wahrscheinlich nur mit einer kurzen Station in Nitra – in die erst kürzlich dem Fürstentum angegliederte und noch nicht christianisierte Region. Entsandt hatte ihn dorthin allerdings nicht der Papst, sondern Svatopluk. Diesen „kleinen“ Unterschied hatten die bairischen Bischöfe nach den zwanzig Jahren „übersehen“. Um in ihrem Brief aus dem Jahr 900 nicht die Existenz des Bistums Nitra anerkennen zu müssen, verknüpften sie Wichings Bischofswürde mit einem anderen Territorium, das jenseits der Grenzen ihres eigenen Interessenbereichs lag. Abgesehen vom Bistum Nitra kann man nicht ausschließen, daß im Zusammenhang mit Wichings Mission weitere Bistümer entstanden sind, die dem mährischen Erzbischof Method unterstellt wurden. Unmittelbar nach Wichings Weihe im Jahr 880 schrieb der Papst an Svatopluk: „Wir wünschen auch, daß Du uns wieder mit Zustimmung des Erzbischofs und aufgrund seiner weisen Voraussicht zu einem günstigen Zeitpunkt noch einen weiteren fähigen Priester oder Diakon schickst, den wir ebenfalls zum Bischof weihen könnten, für eine andere Kirchenprovinz, in der Du das Bischofsamt für nützlich erachten würdest, damit Euer Erzbischof dann zusammen mit diesen beiden von uns geweihten Bischöfen nach den apostolischen Regularien Bischöfe für andere Orte weihen kann, wo es einen Bischof geben sollte und wo er in Würde leben kann.“<sup>36</sup> Ob Svatopluk den Wunsch des Papstes befolgt hat und nach 880 in Rom noch einen weiteren Bischof weihen ließ, wissen wir nicht<sup>37</sup>.

\* \* \*

<sup>33</sup> Annales Fuldenses ad a. 884. In: MMFH I, S. 114.

<sup>34</sup> MMFH III, Epistolae 90, S. 205.

<sup>35</sup> Konstantinos Porphyrogennetos De administrando imperio 40. In: MMFH III, S. 396.

<sup>36</sup> MMFH III, Epistolae 90, 205 f.

<sup>37</sup> Der Katalog der Krakauer Bischöfe, der im 11. Jahrhundert zusammengestellt worden war und von dem sich eine Abschrift aus dem 13. Jahrhundert erhalten hat, belegt die Existenz des Bistums Krakau bereits für die Mitte des 10. Jahrhunderts, als das Krakauer Gebiet zum böhmischen Staat gehörte. Im Jahre 969 wurde Prochor („Prohorius“) Bischof von Krakau, im Jahre 586 Prokulf („Proculphus“). Józef Widajewicz nimmt an, daß das Bistum Krakau vom

Im Jahr 899 erhielt die großmährische Kirchenprovinz einen neuen Erzbischof und drei ihm unterstellte Bischöfe. Der neue mährische Erzbischof ließ sich zweifellos in der alten (möglicherweise auch in einer neuen) erzbischöflichen Residenz in Mähren<sup>38</sup> nieder, während einer der neu geweihten Bischöfe nach Nitra ging. Die Residenzen der anderen beiden Bischöfe müssen wir suchen: 1. in den Gebieten, die Mojmir II. beherrschte, und 2. in jenen Gebieten, die der Pasauer Bischof als seine Diözese betrachtete. Ganz sicher können wir nicht davon ausgehen, daß einer von

Großmährischen Reich aus eingerichtet worden sei und daß auch die beiden genannten Bischöfe von dort aus in Krakau eingesetzt worden seien. Aus ihren Namen schließt er, daß Prochor Grieche gewesen sein müsse, der auf Methods Wunsch den Missionsbischof Wiching abgelöst habe, so zum ersten regulär ordinierten Bischof von Krakau geworden sei und dann als Methods Mitarbeiter bei den Wislanen die slawische Liturgie eingeführt habe. Nach Methods Tod mußte Prochor, so Widajewicz weiter, das Bistum Krakau dem Deutschen Prokulf, einem Parteigänger Wichings, überlassen, der die slawische Liturgie dort wieder abschaffte. Widajewicz geht davon aus, daß das Bistum Krakau mit einem der vier großmährischen Bistümer, wie sie in der Urkunde von 990 genannt werden, identisch sei (Widajewicz: Prochor i Prokulf 27–30). Diese Meinung übernehmen auch Natanson-Leski, J.: Zarys granic i podziałów Polski najstarszej [Abriß der Grenzen und der Teilungen Polens in seiner ältesten Geschichte]. Wrocław 1953, 168, und Lehr-Splawiński, Tadeusz: Czy są ślady istnienia liturgii cyrylo-metodejskiej w dawnej Polsce? [Gibt es Hinweise auf die Existenz der cyrillo-methodianischen Liturgie im alten Polen?]. *Slavia* 25/2 (1956) 291 f., sowie ders.: Nowa faza dyskusji o zagadnieniu liturgii słowiańskiej w dawnej Polsce [Eine neue Phase der Diskussion über das Problem der slawischen Liturgie im alten Polen]. *Nasza Przyszłość* 7 (1958) 255 f. und ders.: Przyczynki krytyczne do dziejów dawnych Wisłań [Kritische Beiträge zur Geschichte der alten Wislanen]. In: *Prace z dziejów Polski feudalnej*. Warszawa 1960, 40–43. – Havlík, Lubomír: Územní rozsah Velkomoravské říše v době posledních let vlády krále Svatopluka [Die territoriale Ausdehnung des Großmährischen Reiches in den letzten Jahren der Herrschaft König Svatopluka]. *Slovanské štúdie* 3 (1960) 40, bringt zu dieser Meinung kritische Anmerkungen. Vgl. auch ders.: *Tri kapitoly* 45–48. – Kritisch äußert sich auch Lomwianki: *Początki Polski*. Bd. IV, 500–502. – Der großmährische Ursprung des Bistums Krakau hat nur sehr wenig Wahrscheinlichkeit für sich. Die Bischöfe Prochor und Prokulf gehörten am ehesten der Zeit an, in die sie der Katalog der Krakauer Bischöfe einordnet, also in die 2. Hälfte des 10. Jahrhunderts, als das Krakauer Gebiet den Přemysliden gehörte. Vorgänger dieser beiden Bischöfe sind nicht bekannt; wahrscheinlich gab es vor ihnen keine Bischöfe in Krakau. Nicht einmal der Gebrauch der slawischen Liturgie in Ostpolen wäre ein hinreichender Beweis für den großmährischen Ursprung des Krakauer Bistums. Die slawische Liturgie war sogar bis nach Böhmen vordringen – wiewohl sie dort nur eine Randstellung einnahm –, und das ganz ohne Zutun des großmährischen Bistums.

<sup>38</sup> Dvorník, František: *Byzantské misie u Slovanů* [Die byzantinischen Missionen bei den Slaven]. Praha 1970, 207–209, hält es für möglich, daß Gorazd im Jahre 899 neuer Erzbischof von Mähren geworden ist. Diese Vermutung kann jedoch nicht durch schriftliche Quellen gestützt werden, und sie steht sogar im Widerspruch zur späteren Überlieferung über die mährischen Bischöfe: „Als das Land Mähren einigermaßen geordnet war, ist dem seligen Method im Bischofsamt als erster der mährische Bischof Johannes nachgefolgt, und er residierte fünfundzwanzig Jahre in Dom Sankt Peter bei Velehrad, der einst Sitz des Metropoliten gewesen war. Dort starb er in Frieden.“ Nach Johannes war Silvester 19 Jahre lang Bischof von Mähren. Nach seinem Tod blieb das Bistum zunächst unbesetzt, und im dritten Amtsjahr Adalberts als Bischof von Prag wurde das Bistum Mähren mit dem Prager vereinigt. *Granum catalogi praesulum Moraviae*. In: *MMFH* I, 314–316. – *Augustini olomucensis episcoporum olomucensis series*. In: *MMFH* IV, S. 433–436.

ihnen seinen Sitz in Krakau (Kraków) hatte, wie es verschiedene polnische Historiker versuchen<sup>39</sup>, weil die Krakauer Region, ähnlich wie die anderen von Svatopluk dem Fürstentum angegliederten heidnischen Territorien, außerhalb des Bereichs lag, auf den sich das Protestschreiben der baierischen Bischöfe von 900 bezog, und somit auch außerhalb des Territoriums, auf das der Passauer Bischof Ansprüche erhob, das sich also mit der wiederhergestellten großmährischen Kirchenprovinz deckte. Abgesehen davon haben die Mährer nach Svatopluks Tod sehr rasch alle von ihm eroberten Gebiete wieder verloren. Bereits 899 gehörte das Fürstentum Pannonien im südlichen Donauroaum nicht mehr zu Großmähren<sup>40</sup>, und ebensowenig Böhmen<sup>41</sup>, die Theiß-Region<sup>42</sup> und das Gebiet der Lausitzer Sorben<sup>43</sup>. Die Wislanen waren sicher keine Ausnahme. Man kann sich nur schwer vorstellen, daß es den Mähnern gelungen wäre, das große und starke Volk der Wislanen, das dem Fürstentum gewaltsam einverleibt worden war, zu halten, nachdem sie nach Svatopluks Tod in kurzer Zeit so viele Territorien verloren hatten. Überdies waren sie selbst von einem inneren Krieg geschwächt, der das Fürstentum 898–899 schwer erschüttert hatte und in dessen Verlauf zusätzlich Einfälle der Baiern und der Tschechen nach Mähren abgewehrt werden mußten<sup>44</sup>.

<sup>39</sup> Potkański: Kraków przed Piastami 311. – Lanckorońska, K.: Studies on the Roman-Slavonic Rite in Poland. *Orientalia Christiana Analecta* 161 (1961) 34f. – Dvorník: Byzantské misie 207, 209. – Łowmiański: Początki Polski 490f., 493, 501. – Labuda: Kraków. Biskupi 384–386, lehnt die Meinung entschieden ab, daß der Bischof von Krakau 899 von päpstlichen Legaten geweiht worden sei. – Aus denselben Gründen ist es nicht möglich, eines der vier Bistümer in Prag zu suchen, wie es die folgenden Autoren für denkbar halten: Naegle, Augustin: Kirchengeschichte Böhmens I/1, Wien-Leipzig 1915, 48f., 51f.; Łowmiański: Początki Polski 386, 490f.; Třeštík, Dušan: Pád Velké Moravy. Typologie raně feudálních slovanských států [Der Untergang des Großmährischen Reiches. Eine Typologie der frühfeudalen slawischen Staaten]. Praha 1987, 41. – Labuda, Gerard: Studia nad początkami państwa polskiego 2. Poznań 1988, 144, weist die Annahme der beiden Bistümer in Prag und Krakau mit Recht zurück; Unrecht hat er freilich, wenn er auch die Weihe des neuen Bischofs für Nitra zurückweist und alle vier Bischöfe, die von den päpstlichen Legaten geweiht wurden, in Mähren ansiedelt. So viele Bischofssitze hatte Mähren nicht einmal in der Neuzeit, und während des ganzen Mittelalters genügte hier ein einziges Bistum. Wieso es gegen Ende des 9. Jahrhunderts so notwendig gewesen sein soll, Mähren mit vier Bischofssitzen auszustatten, während es in Nitra keinen gegeben hätte, obwohl das Nitraland immer noch Mojmir II. gehörte, das erklärt Labuda nicht. Der Erzbischof von Salzburg erhob damals keine Ansprüche auf das Nitraland. Die „Conversio“ verteidigt nämlich lediglich die Rechte des Erzbischofs von Salzburg auf den südlich der Donau gelegenen Teil von Pannonia inferior, der Methods Erzdiözese zugeschlagen werden sollte. Einen Anspruch auf slowakisches Territorium formuliert der Salzburger Erzbischof nicht.

<sup>40</sup> Havlík: Územní rozsah 72. – Ders.: Velká Morava a Franská říše [Das Großmährische Reich und das Fränkische Reich]. *Historické štúdie* 9 (1963) 173. – Ders.: Panonie ve světle franských pramenů 9. století [Pannonien im Lichte fränkischer Quellen des 9. Jahrhunderts]. *Slavia Antiqua* 17 (1970) 33.

<sup>41</sup> *Annales Fuldenses ad a. 895*. In: *MMFH I*, S. 121.

<sup>42</sup> Magyarország története [Geschichte Ungarns] I/1, S. 588–597. – Havlík, Lubomír: Mähren und die Ungarn am Ende des 9. und am Anfang des 10. Jahrhunderts. Baiern, Ungarn und Slawen im Donauroaum. Linz 1991, 109–111.

<sup>43</sup> *Annales Fuldenses ad a. 897*. In: *MMFH I*, S. 123. – Havlík: Územní rozsah 56–60. – Ders.: Tři kapitoly 59f.

<sup>44</sup> *Annales Fuldenses ad a. 898–899*. In: *MMFH I*, S. 124–126.

Es waren vier großmährische Bistümer, für die sich der spätere Passauer Bischof Pilgrim (971–991) interessierte und denen er spätantike Wurzeln zuschrieb. 973 erinnerte er den Papst daran, daß sie bereits zur Zeit des ungarischen Einfalls nach Baiern im Jahr 900 existiert hatten: „Zur Zeit der Römer und Gepiden besaß dasselbe östliche Pannonien und Moesien sieben eigene Bischöfe . . . , von denen vier, wie man neuerdings festgestellt hat, noch in Mähren waren, als die Ungarn ins Königreich der Baiern einfielen.“<sup>45</sup> Pilgrim hatte also über diese vier Bistümer herauszufinden versucht, was sich noch feststellen ließ („sicut presenti cognitum est etati“), und was er nicht mehr hatte herausfinden können, das dachte er sich dazu. Seine Kenntnisse über die großmährischen Bistümer legte er in einer der gefälschten Urkunden nieder, die er ausfertigen ließ, um seine unberechtigten Ansprüche zu untermauern. Das Falsifikat, dessen angeblicher Verfasser Papst Eugen II. (824–827) ist, war an vier Bischöfe gerichtet – an Rathfred in Favianis, Method in Speculum Iuliense, das auch Ougutur oder Sorigutur genannt wird, an Alkuin in Nitra und Anno in Vetvar –, außerdem an die zwei Fürsten Tutund und Mojmír sowie an die Magnaten und die Armee des Volkes von Hunia, das auch Avaria genannt wird, und von Mähren: „Eugenius episcopus servus servorum dei, Rathfredo sancte Fauianensis ecclesie et Methodio ecclesie Speculiiu-liensis que et Ouguturensis (Sorigiturensis) nuncupatur, atque Alchuuino sancte Nitrauensis ecclesie parique modo Annoni sancte Vetuarensis ecclesie episcopos, simul etiam Tutundo necnon Moimaro ducibus et optimatibus exercitibusque plebis Hunie, que et Auaria dicitur, atque Maraue.“<sup>46</sup>

„Tutund“ ist der avarische Titel „Tudun“. Im Jahr 795 war ein Tudun mitsamt einem Teil des avarischen Volkes bereit gewesen, sich Karl dem Großen zu unterwerfen und sich auf dessen Befehl hin taufen zu lassen<sup>47</sup>. Anfang des Jahre 796 kam eine große Zahl von Avaren, angeführt von jenem Tudun, nach Aachen, wo sie getauft wurden und bei dieser Gelegenheit auch die fränkische Oberhoheit akzeptierten<sup>48</sup>. „Avaria“ ist die älteste Bezeichnung der Ostmark: „Avaria“ heißt diese 811<sup>49</sup>, „provincia Avarorum“ 823, 832, 833 und 836<sup>50</sup>, „terra Avarorum“ im Jahr 831<sup>51</sup>. Die Ostmark, die anfangs auch „Avarische Mark“ genannt wurde, unterstand seit ihrer Entstehung dem Bistum Passau. Sie war eine der baierischen Grenzmarken, die zum Schutz gegen den slawischen Osten eingerichtet worden waren. Ihr Ursprung reicht bis in die Zeit Karls des Großen zurück. Im Jahr 788 erneuerte Karl der Große die

<sup>45</sup> MMFH III, Epistolae 113, S. 248f. – Codex diplomaticus et epistolaris Slovaciae I, Nr. 44, S. 42.

<sup>46</sup> MMFH III, Epistolae 122, S. 255. – Codex diplomaticus et epistolaris Slovaciae I, Nr. 4, S. 5.

<sup>47</sup> Annales regni Francorum ad a. 795, 796. In: MMFH I, S. 39–41. – Wolfram, Herwig: Die Geburt Mitteleuropas. Geschichte Österreichs vor seiner Entstehung, 378–907. Wien 1987, 257f.

<sup>48</sup> E b e n d a.

<sup>49</sup> MMFH III, Diplomata 5, S. 20.

<sup>50</sup> Urkundenbuch des Landes ob der Enns. Bd. II. Wien 1856, Nr. 5, S. 8. – Codex diplomaticus Hungariae ecclesiasticus ac civilis. Bd. I. Hrsg. von Georgius Fejér. Buda 1829, S. 156. – MMFH III, Diplomata 12, 13, 15, S. 30f., 31–33, 34f. – Havlík, L.: Starí Slované na rakouském Podunají v době od 6. do 12. století [Die alten Slawen im österreichischen Donauland vom 6. bis zum 12. Jahrhundert]. Praha 1963, 62f.

<sup>51</sup> MMFH III, Diplomata 11, S. 29.

fränkische Souveränität über Baiern<sup>52</sup>. Die grenznahe baierische Grafschaft Traungau, gelegen zwischen dem Bergmassiv Hausruck und der Enns, wurde zur Schutzmark gegen das Avarenreich<sup>53</sup>. 791 eroberte Karl der Große von den Avaren das Gebiet von der Enns bis zum Wienerwald, das zu einer weiteren Grafschaft der Avarischen Mark wurde<sup>54</sup>. Nach dem Sturz des avarischen Khaganats 796 entstand in dem zwischen Wienerwald und dem Unterlauf der Raab und der Rabnitz gelegenen Teil des pannonischen Territoriums, der später Pannonia superior genannt wurde, eine dritte Grafschaft der Avarischen Mark<sup>55</sup>.

Im Jahr 846 war die Ostmark (die frühere Avarische Mark) zum ersten Mal Ausgangspunkt eines ostfränkischen Eroberungszuges gegen die Mährer<sup>56</sup>. Aber schon 853 überfielen die Mährer im Bündnis mit den Bulgaren das Territorium ihres ostfränkischen Nachbarn. Ludwig der Deutsche wehrte den Angriff ab<sup>57</sup> und bestrafte im folgenden Jahr den Verrat des Markgrafen Ratbod, der sich mit dem Fürsten Rostislav verschworen und ihm die Grenze der Ostmark geöffnet hatte<sup>58</sup>. Ludwig der Deutsche setzte Ratbod ab, stellte eine große Armee zusammen und fiel mit ihr 855 in Mähren ein. Auf dem Rückzug verlor er jedoch einen großen Teil seiner Streitkräfte und konnte nicht verhindern, daß Rostislav aus Rache die Ostmark überfiel<sup>59</sup>. Wechselseitige Angriffe der Franken und der Mährer wiederholten sich das ganze 9. Jahrhundert hindurch. Die Ostmark war mehrfach Überfällen durch die Mährer ausgesetzt. Im Jahr 861 wurde Ludwig der Deutsche von seinem Sohn Karlmann, Markgraf der Ostmark und der Karantanischen Mark, der sich mit Rostislav gegen den eigenen Vater verbündet hatte, verraten. Karlmann beseitigte in seinem gesamten Machtgebiet alle die Grafen, die loyal zu Ludwig dem Deutschen standen, und fiel zusammen mit Rostislav in baierischem Territorium ein<sup>60</sup>. In den Kämpfen mit den Mähren fiel seinerzeit auch

<sup>52</sup> *Annales regni Francorum ad a. 788, post editionem G. H. Pertzii recognovit F. Kurze*. In: *Scriptores rerum Germanicarum in usum scholarum ex Monumentis Germaniae historicis recusati*. Hannover 1895, 80. – *Einhardi Vita Karoli Magni* 11. Hrsg. von G. H. Pertz. MGH *Scriptores II*. Hannover-Leipzig 1829, 449. – *Wolfram: Die Geburt 105f.*

<sup>53</sup> *Annales regni Francorum ad a. 788*, S. 82.

<sup>54</sup> *Annales regni Francorum ad a. 791*, S. 86–89. – *MMFH I*, S. 38–40. – *Wolfram: Die Geburt 189, 224, 255.*

<sup>55</sup> Das Territorium der Ostmark einschließlich Pannonia superior gehörte zum Bistum Passau. In einer Urkunde des baierischen Königs Ludwig des Deutschen vom 18. November 829 wird angegeben, daß Pannonia superior, das dem Bischof von Passau unterstellt sei, im Westen vom Wienerwald begrenzt werde, im Süden vom Spratzbach und der Rabnitz und im Osten vom Unterlauf der Raab. *MMFH III, Diplomata 107*, S. 119–121. – *Codex diplomaticus et epistolaris Slovaciae I*, Nr. 5, S. 7. – Die drei Grafschaften, aus denen sich die Ostmark zusammensetzte, erwähnt noch der Raffelstettener Zolltarif. *Inquisitio de theloncis*. *MMFH IV*, S. 114–119. – *Havlík, Lubomír: Slované ve Východní marce v 9.–11. století* [Die Slawen in der Ostmark im 9.–11. Jahrhundert]. *Slavia Antiqua 11* (1964) 283.

<sup>56</sup> *Annales Fuldenses ad a. 846*. In: *MMFH I*, S. 90.

<sup>57</sup> *Annales Bertiniani ad a. 853*. In: *MMFH I*, S. 73.

<sup>58</sup> *Excerpta Aventini ex Annalibus Iuvavensibus antiquis derivati ad a. 854*. In: *MMFH I*, S. 336.

<sup>59</sup> *Annales Fuldenses ad a. 855*. In: *MMFH I*, S. 73. – *Annales Bertiniani ad a. 856*. *Ebenda 93f.* – *Herimanni Augiensis chronicon ad a. 855*. *Ebenda 163.*

<sup>60</sup> *Annales Fuldenses ad a. 861*. *Ebenda 73f.* – *Annales Bertiniani ad a. 861*. *Ebenda 163.*

der pannonische Fürst Pribina<sup>61</sup>. Der König konnte Karlmanns Rebellion erst 863 niederschlagen<sup>62</sup>, und den Krieg mit Rostislav beendete er mit dem Frieden von Devín im August 864<sup>63</sup>. Rostislav verzichtete auf weitere Angriffe auf ostfränkisches Territorium, aber einige Unzufriedene in Ludwigs Reich suchten ihn auch in den folgenden Jahren noch als Verbündeten zu gewinnen. Schon im Jahr 865 setzte Ludwig den Markgrafen der Ostmark Werinhar (Warnarius; 863–865) ab, weil er versucht hatte, Rostislav zu einem Angriff anzustiften<sup>64</sup>. Rostislav folgte Werinhars Aufforderung nicht, und Ludwig der Deutsche konnte diese Rebellion in der Ostmark kampflos unterdrücken<sup>65</sup>. Im Jahr 866 zettelte der mittlere Sohn des Königs, Ludwig, einen Aufstand in Sachsen und Thüringen an. Er hatte den abgesetzten Werinhar und weitere Unzufriedene als Parteigänger gewonnen. Er entsandte den Oberbefehlshaber seiner Armee Henrich zu Rostislav, um ihn um Unterstützung zu bitten und ihn zu überreden, „bis nach Baiern zu gehen und dort zu plündern“<sup>66</sup>. Rostislav schlug sich nicht auf die Seite der Aufständischen, weil er ihre schwachen Kräfte richtig einschätzte. Er hielt den Frieden von Devín ein und überfiel Baiern nicht mehr.

Hatte der Frieden von Devín bewirkt, daß Rostislav von der Ostmark abließ, so erwachte das Interesse der Mährer an ihr zur Zeit Svatopluks von neuem. Nach der Absetzung Werinhars 865 waren Wilhelm und Engelschalk, Söhne des einstigen Grafen von Traungau Wilhelm<sup>67</sup>, Markgraf der Ostmark geworden. Sie fielen 871 in Kämpfen mit den Mähren<sup>68</sup> und hinterließen sechs minderjährige Söhne. König Ludwig betraute daraufhin mit der Verwaltung der Ostmark Aribo<sup>69</sup>. Markgraf Aribo (871–899) brauchte Unterstützung gegen die Ansprüche und Drohungen der Söhne von Wilhelm und Engelschalk, die die Ostmark als ihr Erbe betrachteten, nachdem sie erwachsen geworden waren. Deshalb schloß er ein Bündnis mit dem großmährischen Fürsten Svatopluk und vertraute ihm auch seinen Sohn Isanrik an. Die Söhne von Wilhelm und Engelschalk vertrieben 882 Aribo und bemächtigten sich der Ostmark. Svatopluk überfiel unmittelbar darauf ihre Besitzungen und verwüstete sie, nahm Werinhar, den mittleren von Engelschalks drei Söhnen, sowie dessen Verwandten Graf Wezzilo gefangen und ließ beide grausam verstümmeln. Die Söhne Wilhelms und Engelschalks flüchteten sich zu Arnulf, dem Herzog von Karantanien und Pannonien, und wurden zu seinen Vasallen<sup>70</sup>. Mit dem grausamen Krieg der Jahre 882–884 erweiterte Svatopluk sein Reich südlich der Donau bis zur Drau und bis zum Wienerwald<sup>71</sup>.

<sup>61</sup> Conversio 13. In: MMFH III, S. 319.

<sup>62</sup> Annales Fuldenses ad a. 863. In: MMFH I, S. 97f.

<sup>63</sup> Annales Fuldenses ad a. 864. E b e n d a 98.

<sup>64</sup> Annales Fuldenses ad a. 865. E b e n d a 98f.

<sup>65</sup> Annales Bertiniani ad a. 866. E b e n d a 76.

<sup>66</sup> E b e n d a. – Annales Fuldenses ad a. 866. E b e n d a 99.

<sup>67</sup> Annales Fuldenses ad a. 884. E b e n d a 111f.

<sup>68</sup> Annales Bertiniani ad a. 871. E b e n d a 78. – Annales Fuldenses ad a. 871, 884. E b e n d a 104f., 111f.

<sup>69</sup> Annales Fuldenses ad a. 884. E b e n d a 111f.

<sup>70</sup> Annales Fuldenses ad a. 884. E b e n d a 112–114.

<sup>71</sup> Havlík: Panonie 26–33. – Svatopluk traf in der Nähe des Wienerwaldes („prope flumen Tullinam Monte Comiano colloquium habuit“) mit Kaiser Karl III., dem Dicken, zusammen; hier, an der Grenze zwischen dem Ostfränkischen Reich und dem Großmähri-

Die Ostmark büßte für fast zwei Jahrzehnte (882–901) die Pannonia superior ein. Dem Herzog Arnulf blieb Karantanien, und Aribo kehrte in die verkleinerte Ostmark zurück. Vier Jahre nach Svatopluks Tod begannen die Baiern zunächst in die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Fürsten Mojmir II. und Svatopluk II. einzugreifen<sup>72</sup>, und ein Jahr später, 899, verwüsteten sie Teile von Mähren<sup>73</sup>. Gleich darauf fielen aber die Mährer in die Ostmark ein, unterwarfen sie und übergaben ihre Verwaltung ihrem Verbündeten Isanrik, dem Sohn des einstigen Markgrafen Aribo. In diese kriegerischen Ereignisse hat offenbar der damals schon schwerkranke ostfränkische König und Kaiser Arnulf eingegriffen: „In der Zwischenzeit aber richtete Isanrik seine Macht immer wieder gegen den König. Der König konnte das schwer ertragen und entschloß sich, da er damals schon durch seine Krankheit körperlich geschwächt war, mit einer Flotte die Burg Mautern [civitatem Mutarensis] anzugreifen, wo sich Isanrik aufhielt; und so geschah es. Dieser leistete freilich Widerstand. Als aber der König und die Seinen mutig und tapfer gekämpft und die Burg eingenommen hatten, ging schließlich, gezwungen von der Übermacht, Isanrik selbst mit seiner Gemahlin und mit allem, was ihm gehörte, hinaus und ergab sich dem Kaiser. Der König ließ ihn bewachen, weil er nach Regensburg gebracht werden sollte. Er jedoch fürchtete sich vor Strafe, flüchtete und suchte Schutz bei den Mährern. Wie schon früher bemächtigte er sich mit ihrer Hilfe eines Teils des Reiches, unterwarf ihn sich ganz und gar und behielt die Macht für sich.“<sup>74</sup> Isanrik hatte sich freilich nicht die ganze Ostmark angeeignet, weil Pannonia superior zu dieser Zeit bereits zu Großmähren gehörte und die Baiern sich die Grafschaft Traungau westlich der Enns erhalten hatten<sup>75</sup>. Von seiner Residenz auf der Burg Mautern aus beherrschte er mit mährischer Unterstützung nur ihre zentrale Grafschaft zwischen der Enns und dem Wienerwald. In dieser Zeit, im Jahr 899, kamen die päpstlichen Legaten nach Mähren, wo sie von Fürst Mojmir II. und vier Anwärtern auf Bischofsstühle erwartet wurden.

\* \* \*

Pilgrims gefälschte Urkunde nennt auf dem Territorium der Ostmark und Mährens unter Mojmir vier Bischofssitze: Favianis, Speculum Iuliense, das auch Ougutur oder Sorigutur genannt wird, Nitrava und Vetvar. „Speculum Iuliense“ und „Ougutur“ (Sorigutur) dürften kaum verschiedene Namen ein und desselben Ortes sein. „Ougutur“ erinnert an den Stammesnamen „Onogur“ (Onugundur), den der altmagyarische Stammesverband von den türkischen Bulgaren übernommen hatte. Im 7. Jahrhundert wurden die „Ogur“ genannten bulgarischen Stämme, die in den

---

schen Reich, schlossen sie im Jahre 884 Frieden. *Annales Fuldenses* ad a. 884. In: *MMFH* I, 110, 116.

<sup>72</sup> *Annales Fuldenses* ad a. 898. E b e n d a 124f.

<sup>73</sup> *Annales Fuldenses* ad a. 899. E b e n d a 125f.

<sup>74</sup> E b e n d a 126. – H a v l í k : *Velká Morava* 175.

<sup>75</sup> Als die Magyaren im Jahr 900 die Enns überschritten und den Traungau verwüstet haben, gehörte diese Grafschaft zum bayerischen Territorium. Um Baiern zu schützen, ließ der baierische Herzog Luitpold am Grenzfluß Enns die gleichnamige Festung errichten. *Annales Fuldenses* ad a. 900. In: *MMFH* I, S. 127f.

Steppen am Asovischen Meer nomadisierten, unabhängig und gründeten das Noma-denreich Onogur oder „Zehn Oguren“ (on = zehn). Im 8. Jahrhundert nomadisierten im den onogurischen Gebieten, so in Levedien, auch altmagyarische Stämme. In der Mitte des 9. Jahrhunderts zogen die Altmagyaren zusammen mit einem Teil des Oguren-Volkes nach Westen. Die Oguren (Onoguren, Onogunduren), die sich dem Stammesverband der Altmagyaren angeschlossen hatten, bildeten in der Folge dessen Oberschicht und gaben ihm ihren Namen. Deshalb wurden die Altmagyaren von den Slawen „Ogri“, „Ungri“ oder „Ugri“ (im Slowakischen „Uhri“) genannt, in den griechischen Quellen „Ongroi“, in den lateinischen „Ungri“, „Ungari“, „Ungarii“, „Hungari“ oder „Hungarii“<sup>76</sup>. Der Bischof „ecclesie Ouguturenensis“ war also der ungarische Bischof oder genauer der Bischof für Ungarn.

Zu Pilgrims Zeit unterstand der mährische Bischof ebenso wie der Prager dem Mainzer Erzbischof. Am 28. April 976 nahm ein mährischer Bischof, dessen Namen wir nicht kennen, zusammen mit den Bischöfen von Speyer, Worms und Prag in Mainz an einer Gerichtsverhandlung unter dem Vorsitz des Mainzer Erzbischofs Willigis teil<sup>77</sup>. In dieser Zeit wurde das mährische Erzbistum als „ecclesia Ouguturenensis“ bezeichnet; der Name impliziert eine der Funktionen des mährischen Bistums: Der mährische Bischof konnte das benachbarte ungarische Territorium als Teil seiner Diözese oder zumindest als sein Missionsgebiet betrachten und auf seine Christianisierung hinwirken, wie zur selben Zeit auch der Passauer Bischof Pilgrim<sup>78</sup>. Pilgrim strebte die Erzbischofswürde an und erhob außer dem Gebiet der Ostmark auch auf Pannonien und das Territorium des ehemaligen Großmähren Anspruch. Um den Papst von der Rechtmäßigkeit dieser Ansprüche zu überzeugen, ließ er päpstliche Urkunden fälschen: sechs unter dem Namen des Papstes Symmachus und je eine unter den Namen der Päpste Eugen II., Leo VII., Agapet II. und Benedikt VII.<sup>79</sup> Er war derjenige, der die Mission in Ungarn organisierte. Im Jahr 972 hatte sich der ungarische Fürst Geyza an Kaiser Otto I. mit der Bitte gewandt, Missionare in sein Fürstentum zu schicken. Der Kaiser ließ einen der Mönche aus dem Kloster St. Gallen, Bruno (Prunwart), zum Missionsbischof weihen. Bruno übernahm dann in Passau die Führung der Gruppe von Missionaren, die Pilgrim auf Wunsch des Kaisers zusammen-

<sup>76</sup> Łowmiański: Początki Polski. Bd. 5, 53–71. – Magyarország története I/1, S. 481–498. – Bartha, Antal: A magyar nép őstörténete [Urgeschichte des magyarischen Volkes]. Budapest 1988, 203–205, 233f. – Szász, Béla: A hunok története Attila nagykirály [Das Großkönigreich des Attila und die Geschichte der Hunnen]. Budapest 1994, 467–469, 479.

<sup>77</sup> Iudicium archiepiscopi Moguntiensis. In: MMFH IV, S. 172f.

<sup>78</sup> Codex diplomaticus et epistolaris Slovaciae I, Nr. 4, 42, 43, 44, 45 (S. 5f., 39f., 41–43, 44–46). – MMFH III, Epistolae 113, 122, 127, 129, 131 (S. 246–250, 266, 267–271, 273–278). – Fichtenau, Heinrich: Zu den Urkundenfälschungen Pilgrims von Passau. Mitteilungen des Oberösterreichischen Landesarchivs 8 (1964) 81–100. – Rátkoš, Peter: Podmanenie Slovenska Maďarmi. O počiatkoch slovenských dejín [Die Unterwerfung der Slowakei durch die Magyaren. Zu den Anfängen der slowakischen Geschichte]. Bratislava 1965, 157f. – Marsina, Richard: Štúdie k slovenskému diplomatáru I [Studien zum slowakischen Diplomatarium I]. Historické štúdie 16 (1971) 71–80. – Havlík, Lubomír E.: Moesia a listy pasovského biskupa Pilgrima [Moesien und die Urkunden des Passauer Bischofs Pilgrim]. Jižní Morava 8 (1972) 8–13.

<sup>79</sup> S. Anm. 78.

gestellt und ausgerüstet hatte. Noch im Jahr 972 kam Bruno nach Ungarn und taufte den Fürsten Geyza und dessen Familie<sup>80</sup>. Schon 973 konnte dann Pilgrim dem Papst in einem Schreiben über den Erfolg seiner Missionare in Ungarn berichten<sup>81</sup>.

Die exponierte Lage in unmittelbarer Nähe zu Ungarn gab dem Bischof von Mähren die Gelegenheit und auch genügend gute Gründe, dort die Mission zu betreiben wie Pilgrim. Während sich der Passauer Bischof vor allem auf Geyzas Fürstentum südlich der Donau konzentrierte, mag den mährischen Bischof das benachbarte Nitraland interessiert haben, die ehemals seinen großmährischen Vorgängern unterstellt gewesen war. Nach dem Untergang des Bistums Nitra und dem Zerfall seiner kirchlichen Strukturen mochte sich gerade der mährische Bischof berufen fühlen, sich dort für die Wiederbelebung des Christentums einzusetzen. Die Voraussetzungen dafür waren besonders gut, nachdem der Lehnsfürst von Nitra Michal (ca. 971–995), der jüngere Bruder von Geyza, getauft worden war. Michal hatte die Taufe entweder im Jahr 972<sup>82</sup> zusammen mit Geyza vom Missionsbischof Bruno empfangen, oder er hatte sich schon kurz zuvor in Gnesen (Gniezno) taufen lassen, bei Gelegenheit seiner Vermählung mit Adelheid, der Schwester des polnischen Fürsten Mieszko I.<sup>83</sup> Allerdings könnte Michal schließlich auch vom mährischen Bischof getauft worden sein – im Hinblick auf das Interesse des mährischen Bischofs am benachbarten Gebiet von Nitra und die Ansprüche, die er darauf erheben konnte, muß man auch diese strittige Möglichkeit in Betracht ziehen. Den Ansprüchen des mährischen Bischofs auf diesen Teil von Ungarn bereitete erst die Gründung des Erzbistums Esztergom im Jahre 1000<sup>84</sup> ein Ende, da Nitra eine von dessen Diözesen wurde.

<sup>80</sup> Györfy, György: *István király és műve* [Die Vergangenheit des Königs Stephan]. Budapest 1977, 68–70, 74, 97f. – *Magyarország története* I/1, S. 727–732.

<sup>81</sup> Vgl. Anm. 19.

<sup>82</sup> Györfy: *István király* 70. – *Magyarország története* I/1, S. 729.

<sup>83</sup> Vajay, Szabolcs de: Großfürst Geyza von Ungarn. Familie und Verwandtschaft. *Südostforschungen* 21 (1962) 55, 68.

<sup>84</sup> Stephan I. richtete das Erzbistum Esztergom, wie es der Papst und der Kaiser gemeinsam beschlossen hatten, noch als Fürst ein, also noch vor seiner Krönung zum König, die am 25. 12. 1000 oder am 1. 1. 1001 stattgefunden hat: „Der Diener Gottes, allerchristlichster Fürst [princeps] ... teilte das Territorium in zehn Bistümer ein und begründete mit der schriftlich erteilten Zustimmung des Nachfolgers der Apostel auf dem römischen Thron das Bistum Esztergom, damit es in Zukunft den anderen Bistümern übergeordnet sei.“ *Legenda maior sancti Stephani regis* 8, S. 383. – Die Beteiligung des Kaisers an der Entscheidung über die Gründung der ungarischen Kirchenprovinz und über die Verleihung der Königskrone an Stephan hebt Thietmar hervor: „Kaiser Otto III. erwies Vajk [Stephan], dem Schwiegersohn Henrichs, des Herzogs der Baiern, die Gunst und veranlaßte, daß er die Königskrone erhielt. Nachdem er die Bischofssitze eingerichtet hatte, nahm er die Krone und den Segen an.“ *Thietmari merseburgensis episcopi Chronicon*. Hrsg. von Werner Trillmich. Berlin 1960, IV, 45 (S. 162f.). – Kaiser Otto III. kam am 1. November 1000 nach Rom; die gemeinsame Entscheidung des Kaisers und des Papstes über die ungarischen Bistümer muß also im November oder Dezember des Jahres 1000 gefallen sein. Stephan I. schickte damals den Abt Astrik, auch Anastasius genannt, nach Rom: „Im vierten Jahr nach dem Tod seines Vaters [d. h. im Jahre 1000] entsandte er, ermutigt durch Gottes Gnade, den [zukünftigen] Bischof Astrik, der auch Anastasius genannt wurde, an die Schwelle der heiligen Apostel; er sollte dort den Nachfolger des heiligen Petrus, den apostolischen Fürsten, bitten, dem jungen Christentum, das im pannonischen Land entstand, großmütig seinen Segen zu geben, die Kirche in Esztergom

„Sorigutur“ ist der verderbte Name der Weißen Ungarn, die möglicherweise vom onogurischen Stamm Saragur (= Weißer Ogur) abstammten oder aber dessen Namen übernommen hatten<sup>85</sup>. Die Weißen Ungarn erwähnt auch die Nestor-Chronik: „Dann kamen die Weißen Ungarn und unterwarfen das Land der Slawen. Diese Ungarn aber erschienen zur Zeit der Herrschaft des Kaisers Heraklios, und dieser griff (zusammen mit ihnen) den persischen Herrscher Chozdroi an.“<sup>86</sup> Im Jahr 623 hatte sich der byzantinische Kaiser Heraklios auf seinem Feldzug gegen den Persischen Schah Husrav II. in Mingrelien mit den Chazaren verbündet<sup>87</sup>. Wenig später gerieten vier ostslawische Stämme unter die Herrschaft des chazarischen Khaganates: die Radimtschen, Wjatitzen, Severianen und Polianer<sup>88</sup>. Der Irrtum des Chronisten liegt klar zutage: Er hat in beiden Fällen die Chazaren mit den Weißen Ungarn verwechselt. Die Nachricht über den Krieg des Kaisers Heraklios gegen die Perser hatte der russische Chronist aus der slawischen Übersetzung der Chronik des Mönches Georg, genannt Harmatolos, übernommen<sup>89</sup>. Der russische Chronist kann die Weißen Ungarn selbst mit den Chazaren verwechselt haben, aber es ist auch möglich, daß die Verwechslung bereits in seiner Vorlage enthalten war. Jedenfalls bezeichnen die Namen Ogutur

---

zum Sitz des Erzbistums zu erklären und den übrigen Diözesen seinen Segen zu gewähren und sie bestätigen und außerdem des Herrschers eigene Macht durch Verleihung der Königskrone zu stärken ... Und so kehrte Bischof Astrik, nachdem er alles erreicht hatte, worum er gebeten hatte, freudig nach Hause zurück und brachte all das mit, dessentwegen er die Reise unternommen hatte.“ *Legenda sancti Stephani regis ab Hartvico episcopo conscripta*, S. 412. – Gy. Györffy nimmt an, daß die Entscheidung über die Einrichtung des Erzbistums Esztergom erst nach der Krönung Stephans, im April des Jahres 1001 in Ravenna, gefallen sei. *Diplomata Hungariae antiquissima I.* Hrsg. von György Györffy. Budapest 1992, Nr. 3, 4 (S. 20–24). Vgl. außerdem ders.: István király 161 f. – Die Stephanslegenden wie auch Thietmar sprechen zuerst vom Erzbistum und dann erst von der Königskrone. Wie die Stephansviten berichten, erhielt Astrik die Gründungsurkunde für das Erzbistum Esztergom und die Königskrone für Ungarn gleichzeitig während eines einzigen Aufenthaltes in Rom. Nach Astriks Rückkehr aus Rom richtete Stephan zunächst das Erzbistum ein und konnte sich danach vom neuen Erzbischof krönen lassen. Die Anwesenheit des Abtes Anastasius in Ravenna zu Ostern des Jahres 1001, als sich der Papst und der Kaiser nach ihrer Abreise aus Rom dort aufhielten, muß mit der früheren Aufgabe Astriks nicht mehr im Zusammenhang gestanden haben. Überdies ist fraglich, ob der Abt Anastasius aus dem polnischen Kloster von Meseritz (Międzyrzecz) („Anastasius abbas monasterii Sancte Marie Sclavanensis provincie“), der am 4. April 1001 in Ravenna war, überhaupt mit dem Bischof Astrik-Anastasius von Martinsberg (Pannonhalma), dem späteren ersten Bischof von Kalocsa (1002–1007) und dritten Erzbischof von Esztergom (1007–1036), identisch war.

<sup>85</sup> Magyarország története I/1, 488. – Bartha: A magyar nép őstörténete 366 f. – Szász: A húnok története 467 f., 479.

<sup>86</sup> Povest' vremennyh let. In: MMFH I, S. 192 f.

<sup>87</sup> Kílíma, Otakar: Sláva a pád starého Íránu [Ruhm und Niedergang des alten Iran]. Praha 1977, 204.

<sup>88</sup> Latopis Nestora 12, 14, 15, 19. In: Monumenta Poloniae historica I. Hrsg. von Adam Bielewskii. Warszawa 1960, 561 f., 564, 565, 567 f.

<sup>89</sup> Zástěrová, Bohumila: Avari a Dulebové v svědectví Povesti vremennyh let. [Die Avaren und die Duleben nach dem Zeugnis der Povest' vremennyh let]. In: Vznik a počátky Slovanů III, 1960, 22. – Avenarius, Alexander: Byzantská a západoslovanská zložka v Povesti vremennyh let [Die byzantinische und die westslawische Komponente in der Povest' vremennyh let]. Slovanské štúdie 14 (1973) 177.

und Sorigitur nicht die mährische Bischofsresidenz, sondern eine Region, die der mährische Bischof als Teil seiner Diözese oder zumindest als sein Missionsgebiet betrachtete. So wie sich der Passauer Bischof Reginhar als Bischof der Mäher verstanden hatte, mag sich der mährische Bischof zur Zeit Pilgrims als Bischof von Ungarn (ouguturenensis) oder genauer als Bischof von Weißungarn (sorigiturenensis) bezeichnet haben. Das mährische Bistum, wie es 976 belegt ist, könnte ein Missionsbistum für das ungarische Territorium gewesen sein, insbesondere für das Nitraland, das entweder zu Weißungarn gehörte oder aber mit ihm identisch war.

\* \* \*

„Favianis“ ist der antike Name von Mautern, der Residenz des Markgrafen Isanrik, das in den Jahren 899–901 der Herrschaft von Mojmir II. unterstand. Vom römischen Castrum Favianis, das vom mittelalterlichen Mautern überlagert wurde, haben sich bis heute Teile der nordwestlichen und der östlichen Befestigung mit drei Türmen erhalten<sup>90</sup>. Nachdem das Hunnenreich in der Folge der Schlacht am Fluß Nedao im Jahr 454 oder 455 zerfallen war, wurde der nördlich der Donau gelegene Teil von Niederösterreich von den germanischen Rugiern besiedelt, die der Region den Namen „Rugiland“ gaben. Vermutlich waren sie mit ihrem König Flaccitheus bereits als Verbündete Roms hierher gekommen<sup>91</sup>. Damals kam der hl. Severin, der sich später als Eremit in der Nähe von Favianis an einem Ort namens „ad Vineas“ niederließ<sup>92</sup>, nach Noricum ripense<sup>93</sup>.

Die Absetzung des letzten römischen Kaisers im Jahr 476 und die Übernahme der Herrschaft in Italien durch Odoaker bedeutete auch das Ende der römischen Herrschaft in Noricum ripense. Die Herulen, Thüringer und Alamannen verwüsteten das benachbarte Raetien und den westlichen Teil von Noricum ripense bis Lauriacum (Lorch), das sie ernsthaft bedrohten. Der neue rugische König Feletheus, auch Feva genannt, ein Sohn von Flaccitheus, besetzte den östlichen Teil von Noricum ripense. Die rugische Macht reichte vom Wienerwald bis Lauriacum. Feletheus' Bruder Ferderuch besetzte Favianis. Die ehemaligen römischen Städte und Castra wurden nun zu Zufluchtstätten für die römische Bevölkerung, die an die Rugier Steuern und Abgaben zahlen mußte. Im rugischen Teil von Noricum ripense lebten arianische Germanen mit katholischen Provinzialen einträchtig zusammen; hinzu kamen noch zahlreiche Flüchtlinge aus den verwüsteten römischen Siedlungen in Raetien und im westlichen Noricum<sup>94</sup>. Trotz des Zerfalls der römischen Zivilverwaltung unterhielten etliche Städte noch kleinere Garnisonen, die innerhalb der Stadtmauern für Sicherheit

<sup>90</sup> Genser, Kurt: Der österreichische Donaulimes in der Römerzeit. Ein Forschungsbericht. In: Der römische Limes in Österreich 33, Wien 1986, 271–303. – Kandler, Manfred/Vetters, Hermann: Der römische Limes in Österreich. Ein Führer. Wien 1989, 134–140.

<sup>91</sup> Wolfram: Die Geburt 63. – Tejral, Jaroslav: Morava na sklonku antiky [Mähren am Ende der Antike]. Praha 1982, 193 f.

<sup>92</sup> Eugippius: Das Leben des heiligen Severin 4 (S. 62–65). – Wolfram: Die Geburt 60 f.

<sup>93</sup> Eugippius: Das Leben des heiligen Severin. Einführung, Übersetzung und Erläuterungen von R. Noll. Berlin 1963, 58–61.

<sup>94</sup> Eugippius: Das Leben des heiligen Severin 27, 28, 30, 31 (S. 92 f., 96–99). – Wolfram: Die Geburt 64.

sorgten, das Umland jedoch nicht mehr kontrollieren konnten. Die Vita des hl. Severin vom Abt Eugippius illustriert den starken Anstieg der Frömmigkeit in der Zeit, als die Macht des römischen Staates zerfiel und Bedrohung allgegenwärtig war. Die örtlichen Bischöfe, wie es auch der Bischof von Favianis war, genossen in der Bevölkerung in dieser Zeit große Autorität. Eugippius berichtet in der Vita des hl. Severin, wie sich die Bürger von Favianis mit Wehklagen bei ihm beschwerten, daß barbarische Feinde Menschen und Vieh verschleppten, die sie außerhalb der Stadtmauern überfielen und gefangennahmen. Severin wandte sich, so Eugippius, an den favianischen Volkstribun und späteren Bischof Mamertinus: „Er aber fragte den damaligen Tribun Mamertinus, der dann zum Bischof erhoben wurde, ob er irgendwelche bewaffneten Männer zur Verfügung hat, mit denen er die Räuber unverzüglich verfolgen könnte. Jener antwortete: „Ich habe nämlich so wenige Soldaten, daß ich es nicht wage, den Kampf mit einer so großen Schar von Feinden aufzunehmen. Wenn es aber Euer Würden dennoch befiehlt, obgleich uns viele Waffen fehlen, so glauben wir daran, daß wir dank Eurem Gebet doch siegen werden.“<sup>95</sup> Auch Severin sollte Bischof werden. Dieser lehnte das Angebot jedoch aus Bescheidenheit ab und blieb seinem Kloster treu<sup>96</sup>. Möglicherweise erhielt der Volkstribun Mamertinus deshalb die Bischofswürde von Favianis. Außer Favianis war auch die Hauptstadt von Noricum ripense, Lauriacum, Bischofssitz. Den dortigen Bischof Konstantin bezeichnet Eugippius als „pontifex“<sup>97</sup>.

Der hl. Severin starb am 8. Januar 482 in seinem Kloster in Favianis<sup>98</sup>. Einige Jahre später ging auch das Rugierreich unter, zerstört durch zwei Feldzüge Odoakers in den Jahren 487 und 488<sup>99</sup>. Die römischen Provinzialen, die bis dahin unter der Herrschaft und dem Schutz der Rugier gelebt hatten, mußten auf Odoakers Befehl hin Noricum ripense verlassen, zusammen mit dessen Armee nach Italien ziehen und sich dort ansiedeln. Mit dem erzwungenen Weggang der römischen Einwohner von Favianis im Jahr 488 verödete auch Severins Kloster. Sein Prior Lucillus nahm die Mönche und die sterblichen Überreste Severins mit nach Italien<sup>100</sup>. Wahrscheinlich ist damals auch das Bistum Favianis untergegangen.

Das Andenken des Bistums von Mautern, des ehemaligen Favianis, hatte die Vita des hl. Severin bewahrt. Mojmir II. und sein Verbündeter Isanrik konnten dafür sorgen, es wiederherzustellen. Unter Isanriks Herrschaft ließ sich im Jahr 899 einer der vier großmährischen Bischöfe für kurze Zeit in Mautern nieder. Ob dieser Rathfred hieß, wie hundert Jahre später Pilgrim schrieb, wissen wir nicht. Ebensowenig wissen wir Näheres über den Bischof von Nitra Alkuin. Die beiden anderen Bischöfe Method und Anno, die in Pilgrims gefälschter Urkunde genannt wurden, sind zwar belegte historische Gestalten, doch waren sie im Jahr 899 längst nicht mehr am Leben.

\* \* \*

<sup>95</sup> Eugippius: Das Leben des heiligen Severin 4 (S. 62f.). – Wolfram: Die Geburt 48, 50.

<sup>96</sup> Eugippius: Das Leben des heiligen Severin 9 (S. 72f.).

<sup>97</sup> Ebenda 30 (S. 96f.).

<sup>98</sup> Ebenda 43 (S. 110f.; vgl. auch S. 23).

<sup>99</sup> Ebenda 44 (S. 113f.). – Wolfram: Die Geburt 64f.

<sup>100</sup> Eugippius: Das Leben des heiligen Severin 44 (S. 112–115; vgl. auch S. 23). – Wolfram: Die Geburt 62.

Auch das Bistum in Pannonia superior konnte an eine sehr alte Tradition anknüpfen. Sopron, das antike Scarbantia, war noch im 6. Jahrhundert Sitz eines Bischofs. In den Jahren 572–577 und 579 fanden in Grado Konzilien statt. Unter dem Vorsitz des Patriarchen von Aquileia Helias versammelten sich dort alle seine Suffragane. Außerdem nahm an den Konzilien auch der Bischof Vigilius von Scarbantia („Vigilius episcopus Scaravaciensis“) teil<sup>101</sup>. Die oberpannonische Stadt Scarbantia hatte den Niedergang der römischen Macht in Pannonien überdauert. Ihre spätantiken Befestigungsanlagen waren noch im 9. Jahrhundert erhalten, und nach einer Instandsetzung im 11. Jahrhundert schützten sie den Sitz des ungarischen Grenzkomitats. Nach einem Umbau im 13. Jahrhundert dienten sie der Verteidigung der mittelalterlichen Stadt, und sie stehen in weiten Teilen noch heute<sup>102</sup>. Im Jahr 859 hat in der Nähe von Sopron („Odinburch“) Alberik, Chorbischof des Passauer Bischofs Hartwig, auf dessen Bitte hin von König Ludwig dem Deutschen zehn Siedlungen erhalten<sup>103</sup>. Im Auftrag des Passauer Bischofs wirkten die Passauer Chorbischöfe Anno (in den Jahren 833 und 836)<sup>104</sup>, Alberik (859)<sup>105</sup> und Madalvin (903)<sup>106</sup> in Pannonia superior, möglicherweise auch in anderen Gebieten der Ostmark<sup>107</sup>. Sie hatten dort Besitzungen, und man kann nicht ausschließen, daß sie sich auch direkt in Sopron aufhielten, das durchaus mit dem in Pilgrims gefälschter Urkunde genannten Vetvar identisch sein könnte. So mag es dazu gekommen sein, daß Pilgrim für den Bischof von Vetvar den Namen des Chorbischofs Anno verwendete, der bekanntermaßen in den dreißiger Jahren des 9. Jahrhunderts in Sopron gewirkt hatte. Eines der großmährischen Bistümer lag also in Pannonia superior, das seit 882 zu Großmähren gehörte. Wie Anno könnte auch Rathfred einer der von Passau aus in die Ostmark entsandten Chorbischöfe gewesen sein. Sofern wir diese Annahme akzeptieren und auch die Verknüpfung Rathfreds mit Mautern (nicht mit Pannonia superior wie im Falle der anderen drei Chorbischöfe) als glaubwürdig betrachten, können wir versuchen, weitere Implikationen und Zusammenhänge seines Wirkens zu klären. Da sich Rathfreds Residenz westlich des Wienerwaldes befand – nicht am traditionellen Sitz der Passauer Chorbischöfe in Pannonia superior –, muß er zu der Zeit Chorbischof gewesen sein, als Pannonia superior zu Mähren gehörte – nach 882 – und nicht zur Ostmark. Da er direkt in Mautern residierte, können wir vermuten, daß er ein Zeitgenosse Isanriks war und zu diesem ein

<sup>101</sup> Tóth, Endre: Vigilius episcopus Scaravaciensis. *Acta Archaeologica Academiae Scientiarum Hungaricae* 26 (1974) 269–275. – Wolfram: Die Geburt 110f. – Póczy, Klára: Scarbantia. A római kori Sopron [Scarbantia. Sopron in römischer Zeit]. Kecskemét 1977, 42–44.

<sup>102</sup> Póczy: Scarbantia 29–32, 35–47, Abb. 28–33, 38, 41. – Hajnóczy, J. Gyula: Pannónia római romjai [Pannonien zur Zeit der Römer]. Budapest 1987, 51–61.

<sup>103</sup> MMFH III, Diplomata 27 (S. 52).

<sup>104</sup> MMFH III, Diplomata 13, 15 (S. 31–33, 34f.).

<sup>105</sup> MMFH III, Diplomata 27 (S. 51–53).

<sup>106</sup> MMFH III, Diplomata 54 (S. 88f.).

<sup>107</sup> Die Passauer Chorbischöfe Anno, Alberik und später Madalvinus wirkten nicht nur in Pannonia superior, sondern wahrscheinlich im gesamten Territorium der Ostmark, ähnlich wie die Salzburger Chorbischöfe Theodorik, Otto und Oswald außer im Salzburger Teil von Pannonia inferior auch in Karantanien wirkten. *Conversio* 8, 9. In: MMFH III, S. 306–308.

enges Verhältnis hatte. Isanrik kann als Mojmir's Verbündeter dafür gesorgt haben, daß er zum Bischof von Mautern (Favianis) gewählt wurde. In diesem Fall mußte Rathfred seinem unmittelbaren Vorgesetzten, Bischof Richard von Passau, den Gehorsam aufgekündigt und sich dem Erzbischof von Mähren unterstellt haben. Isanriks markgräflliche Residenz Mautern wurde tatsächlich im Jahr 899 zum Bischofssitz.

Über Alkuin, den Bischof von Nitra, können wir ähnlich Vermutungen anstellen wie über Rathfred. Seinen Namen und die Verbindung mit Nitra muß sich der Fälscher der päpstlichen Urkunde nicht vollständig ausgedacht haben, so wie er sich auch Method und dessen Bischofswürde, Anno und dessen Wirken in Pannonia superior oder den mährischen Fürsten Mojmir und den avarischen Tudun („Tutund“) nicht frei ausgedacht hatte. Er irrte sich lediglich in der Zeit und den Umständen ihres Wirkens. Alkuin kann also entweder der Bischof von Nitra gewesen sein, den Mojmir II. ausgewählt hat und im Jahre 899 weihen ließ, oder aber ein Archidiakon aus Nitra in der Zeit vor der Gründung des Bistums Nitra im Jahre 880, möglicherweise auch schon in der Zeit vor der Entstehung (869) oder der Wiedereinrichtung (873) von Methods Erzbistum, als Geistliche und Archidiakone vom Passauer Bischof nach Großmähren entsandt wurden<sup>108</sup>.

\* \* \*

Im Jahre 900 besetzten die Magyaren das Territorium südlich der Donau<sup>109</sup> mit Ausnahme von Pannonia superior. Seither waren die Baiern und die Mährer unmittelbar der Bedrohung magyarischer Angriffe ausgesetzt. Mojmir II. gab alle Streitigkeiten mit den Baiern auf und schloß mit ihnen im Januar 901 Frieden<sup>110</sup>. Auf dem Reichstag von Regensburg versöhnten sich Fürst Mojmir II. und Markgraf Isanrik mit dem ostfränkischen König Ludwig IV., dem Kind. Mojmir verzichtete auf alle Einflußnahme in der Ostmark. In dem Friedensvertrag muß auch die Abtretung von Pannonia superior enthalten gewesen sein, da für die Jahre 903 und 905 baierische Besitzungen dort belegt sind<sup>111</sup>. So gingen nach kurzer Zeit der Existenz (899–901) zwei Bistümer wieder unter, die dem mährischen Erzbischof unterstellt gewesen waren. Ihr Territorium übernahm wieder der Passauer Bischof Richard.

Pilgrims gefälschter Papstbrief, der uns geholfen hat, die Lage dieser beiden verlorenen Bistümer zu bestimmen, erklärt sehr anschaulich, warum die baierischen Bischöfe so erzürnt waren. Es ging ihnen nicht nur um Mähren und das Nitraland, die das Passauer Bistum aufgrund der Christianisierung der Mährer 831 durch den Bischof von Passau beanspruchen konnte, sondern auch um Isanriks Ostmark und Pannonia

<sup>108</sup> Vgl. Anm. 23.

<sup>109</sup> Annales Fuldenses ad a. 900. In: MMFH I, S. 127. – Magyarország története I/1, S. 600–603. – Havlík: Mähren und die Ungarn 113–115.

<sup>110</sup> Annales Fuldenses ad a. 901. In: MMFH I, S. 128f. – Chronicon Suevicum universale ad a. 900. In: MMFH I, S. 160.

<sup>111</sup> MMFH III, Diplomata 54, 56 (S. 88f., 91). – Havlík, Lubomír: K otázce osídlení Dolních Rakous v 9. století [Zur Frage der Besiedlung von Niederösterreich im 9. Jahrhundert]. Slovanské historické studie (1960) 63, 65.

superior. Diese gehörten nämlich schon seit mehr als hundert Jahren zum Territorium der Passauer Diözese. Auch wenn die Ansprüche der Passauer Bischöfe auf Mähren und das Nitaland keinerlei Berechtigung hatten, so bedeutete die Angliederung der Ostmark und Pannonia superior an das mährische Erzbistum einen Eingriff in die Rechte der Diözese Passau, der nicht toleriert werden konnte.

Übersetzt von Michaela Marek

## DIE SCHULFRAGE UND DAS TOLERANZPATENT: DIE POLITISCHEN HALTUNGEN DER LUTHERISCHEN PROTESTANTEN IN UNGARN

*Von Eva Kowalská*

Der Erlaß des Toleranzpatents bildete für die Protestanten in den meisten Gebieten der habsburgischen Monarchie den Anfang einer Erneuerung des Lebens in den Kirchengemeinden. Den Aufbau kirchlicher Organisationsstrukturen begleitete eine unverhohlene Begeisterung über die Möglichkeiten, die das Patent garantierte. Positive Reaktionen kamen auch aus den Kreisen der Aufklärer im Ausland, die den Erlaß des Toleranzpatents als Verwirklichung eines ihrer Ideale betrachteten – der Gleichheit aller Konfessionen. In Ungarn und Siebenbürgen, wo es den Protestanten gelungen war, sich zumindest ein gewisses Maß an kirchlichen Rechten und Autonomie zu bewahren, wurde das Patent paradoxerweise auch zur Quelle politischer Spannungen und Kontroversen. Die offene Opposition der Mehrheit der Repräsentanten von katholischer Kirche und der politischen Selbstverwaltung gegen das Patent wurde als natürlich und kaum überraschend empfunden. Die Protestanten waren jedoch in eine eigenartige Lage geraten: Einerseits empfanden sie Genugtuung angesichts der Beendigung einer jahrzehntelang andauernden Unterdrückung ihrer Rechte und Dankbarkeit gegenüber Staat und Herrscherhaus für die Erleichterungen im kirchlichen und bürgerlichen Leben. Andererseits gerieten sie jedoch in einen direkten Konflikt mit den Repräsentanten des der Aufklärung verpflichteten Staates, die die Zentralisierung des geistlichen Lebens als Voraussetzung für die staatliche Modernisierung betrachteten. Die Bestimmungen des Toleranzpatents für Ungarn hatten nämlich nicht nur durch einen gewissen *modus vivendi* Erleichterungen für das kirchliche Leben von Nichtkatholiken zur Folge, sondern auch den Beginn einer Etappe staatlicher Einmischung in jene Lebensbereiche, zu denen zwar nicht direkt Stellung bezogen wurde, in denen sich die Protestanten aber berechtigt fühlten, gemäß eigenen Vorstellungen zu handeln. Einer dieser Bereiche war vor allem das Schulwesen, dessen Autonomie für die Protestanten auch während der Reformen der achtziger Jahre ein Symbol der Unabhängigkeit darstellte.

Der Erlaß der Toleranzpatents fand die Protestanten nicht unvorbereitet. Galt während der Herrschaft Maria Theresias noch das Verbot, sich wegen der Verletzung geltender Gesetze der Religionsausübung mit gemeinsam verfaßten Beschwerden an den Regenten zu wenden<sup>1</sup>, so entspannte sich die Situation während der siebziger Jahre wieder. In dieser Zeit praktizierte die Regentin bereits eine gemäßigttere Politik gegenüber den Nichtkatholiken in Ungarn, ermöglichte gar den Wiederaufbau bzw.

---

<sup>1</sup> Die Anordnung vom 18. 11. 1749 erneuerte die Geltung des Gesetzes Nr. 30 von 1715.

den Neubau von Kirchen und versprach die Ermöglichung höherer Studien an einigen Schulen<sup>2</sup>. Wahrscheinlich angesichts der steigenden Unzufriedenheit mit dem Vorgehen gegenüber den Nichtkatholiken in der Monarchie und unter dem Einfluß ihrer unmittelbaren Umgebung entschied Maria Theresia, den ungarischen Nichtkatholiken einen größeren Spielraum für die offene Artikulation ihrer Standpunkte einzuräumen. Im Mai 1773 stimmte sie zunächst einer Petitionsvorlage zu, die Beschwerden der Calvinisten enthielt; einige Monate später, im Oktober, erlaubte sie auch den Lutheranern, ihre Position öffentlich zu vertreten<sup>3</sup>. Die gewählten Delegierten der evangelisch-lutherischen und der reformierten Kirche konnten ihre in der Form des *Libellus supplex* zusammengestellten Einwände am 6. März 1774 bei einer Privataudienz der Regentin jedoch lediglich als persönliche Beschwerde der Superintendenten ihrer Kirchen vorbringen. Deshalb bemühten sie sich darum, die Unterstützung des zu diesem Zeitpunkt bereits mitregierenden Josef II. zu gewinnen<sup>4</sup>, der für seine deutlich liberalere Haltung gegenüber den Nichtkatholiken bekannt war. Josef II. erfuhr auf diese Weise „aus erster Hand“ von den Problemen der ungarischen Protestanten im bürgerlichen Leben (die Bindung der Verleihung bürgerlicher Rechte an unakzeptable Eidformen), über die rechtliche Unsicherheit beider evangelischer Kirchen und über die Folgen der Einschränkungen der Lehrfreiheit (neben der Schließung oder der Degradierung von Schulen<sup>5</sup> war auch das Studium im Ausland erschwert). Die geschickte Argumentation der Protestanten zielte auf die Überzeugung Josefs II. von der Notwendigkeit staatlicher Integrität ab: Man deutete an, daß junge nichtkatholische Bürger eher von einer Eheschließung absahen, auf ihre bürgerlichen Rechte und die Ausübung eines Handwerks verzichteten und letztlich sogar ins Ausland flüchteten und sich für den Dienst in fremden Armeen anwerben ließen, nur um nicht gegen ihr Gewissen handeln zu müssen<sup>6</sup>.

<sup>2</sup> Über den Bau und die Rekonstruktion der Kirchen in Preßburg Schrödl, Joseph/Pfeifer, Johann: Geschichte der evangelischen Kirchengemeinde A. B. zu Pozsony-Preßburg. I. Der äußere Entwicklungsgang der Gemeinde. Pozsony 1906, 350–367.

<sup>3</sup> In Wien engagierten sich vor allem General Nicolaus Beleznay und der Angehörige der ungarischen Garde, György Besseneyi, in dieser Angelegenheit. *Diarium Deputationis Anno 1774 ex parte A. C. addictorum ad Suam Majestatem ablegatae*. Országos Evangélikus levéltár (OEL), Archivum generalis ecclesiae (AGE), I e 10, N<sup>o</sup>. 21, fol. 428–429. Über Besseneyi Kossáry, Domokos: Művelődés a XVIII. századi Magyarországon [Kultur im 18. Jahrhundert in Ungarn]. Budapest 1980, 387, 426–427.

<sup>4</sup> Beales, Derek: Joesph II. 1. In the Shadow of Maria Theresa 1741–1780. Cambridge 1987, 466–471. – O'Brien, Charles: Ideas of Religious Toleration at the Time of Joseph II.: A Study of the Enlightenment among Catholics in Austria. Transactions of the American Philosphical Society. Vol. 59, Part 7. Philadelphia 1969, 18–21. Zum Verlauf der Audienz *Diarium*, fol. 430–438.

<sup>5</sup> Die Degradierung höherer lateinischer Gymnasien zu niedrigeren, den sog. grammatischen, betraf Schulen mit einer überregionalen Bedeutung in Banská Bystrica (Neusohl), Banská Štiavnica (Schemnitz), Ožďany, Rimavská Sobota (Groß Steffelsdorf), Szatmári, Csegléd, Győr, Komárno (Komorn), Papa, Tata und Veszprém. *Instantia Helv. conf. addictorum Suae Matti. 1773 introporrecta*. Staatliches Gebietsarchiv Levoča, Archiv der Familie Horváth-Stansith, 67/E, Instantiarum in neg. religionis.

<sup>6</sup> Unt(erthänigste) *Pro Memoria*, ebenda.

Die Unterbreitung und die Annahme der Petition war der erste Schritt zur Verminderung der Spannungen zwischen den ungarischen Protestanten und dem Wiener Hof. Jedoch beendete die Veröffentlichung von *Ratio educationis* (1776/77), des Grundsatzdokuments über die Schulreform in Ungarn, diese Entwicklung. *Ratio educationis* setzte sich programmatisch für die Beseitigung der Unterschiede zwischen dem katholischen und dem protestantischen Schulwesen ein. Dabei wurde mit der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung eines einheitlichen Unterrichtswesens und dem staatlichen Interesse an einer Überordnung des Staatsbürgerprinzips über alle konfessionellen (und anderen) Unterschiede argumentiert<sup>7</sup>. Das verriet einerseits die aufklärerische Herkunft der Verfasser, stellte aber andererseits eine reelle Bedrohung für die Unabhängigkeit des protestantischen Schulwesens dar. Die darauf folgenden, aus der *Ratio educationis* erwachsenden Anordnungen sollten nämlich eine – wenn auch nur allgemeine – Kontrolle des protestantischen Schulwesens mittels staatlich eingesetzter Schulbezirksleiter und Inspektoren für Volksschulen gewährleisten<sup>8</sup>. Sofern es dabei namentlich um Personen aus den Reihen des höheren katholischen Klerus ging – und in solchen Fällen kam es ständig zu Verletzungen sogar des minimalen Ausmaßes an Toleranz, die die ungarische Gesetzgebung zuvor garantierte –, bedeutete die Situation für die Protestanten eine direkte Einschränkung ihrer schulischen und kirchlichen Autonomie.

Die Reaktion der Nichtkatholiken auf das Bemühen, die staatliche Kontrolle des Schulwesens einzuführen, erfolgte unmittelbar nach dem ersten Versuch des Leiters des Preßburger Schulbezirks, Zugang zu den evangelischen Gymnasien in Modra und Preßburg zu bekommen, wo er sich gegen Ende des Jahres 1776 zu Schulvisitationen aufhielt. Er forderte, daß sie vor allem die philosophische Ausbildung, die ausschließlich an königlichen Akademien gelehrt werden sollte, begrenzen und ihre Schulen gemäß den Vorschriften leiten sollten, die für katholische Gymnasien galten<sup>9</sup>. Die Konvente beider Städte wandten sich mit der Bitte um Hilfe an den Generalinspektor der evangelisch-lutherischen Kirche, Baron Peter Zay, und warnten ihn, daß es buchstäblich um die Vernichtung des evangelischen Schulwesens ging. Sie weigerten sich, ihre Delegierten zur vorgeschlagenen direkten Beratung mit der Leitung des Schulbezirks zu entsenden und rieten Zay, auch unter Verweis auf die internationale politische Situation, zu einem anderen Vorgehen: Sie schlugen vor, eine gemeinsame Petition auszuarbeiten und sich erneut an den Hof in Wien zu wenden<sup>10</sup>.

<sup>7</sup> Vyvíjalová, Mária: Osvietenský program Adama Františka Kollára [Das Aufklärungsprogramm A. F. Kollárs]. Literárnomúzejný letopis 16 (1982) 75.

<sup>8</sup> „Aber das Wohl des Staates [...] erfordert unbedingt, daß hier in verschiedenen Schulen derselbe Unterrichtsstoff gelehrt wird, daß hier dieselbe Norm gehalten wird, die gleiche Art der Verwaltung, dieselbe sittliche Disziplin, die überall im ganzen Königreich Geltung hat [...] Die Schul- und Verwaltungsleiter dieser Schulen sollten der königlichen Leitung in ihrem Schulbezirk unterworfen werden [...]“ *Ratio educationis totiusque rei literariae per Regnum Hungariae et Provincias eidem adnexas*. Vindobonae 1777. Die slowakische Ausgabe hrsg. v. Mária Nováčková und Ján Mikleš. Bratislava 1987, 77.

<sup>9</sup> Zuschriften F. Balassas an die Direktoren der Gymnasien vom 30. 12. 1776, 5. 3. 1777 und 23. 1. 1778. Bibliothek des evangelischen Lyzeums in Preßburg, Hds. 585/14, 169/3 und OEL, AG, I a 23, N<sup>o</sup>. 13.

<sup>10</sup> OEL, AG I a 23, N<sup>o</sup>. 17, Brief an Peter Zay vom 11. 5. 1778.

Die Folge dieser Initiative war eine Beratung der lutherischen Protestanten am 29. Mai 1778, während der unter der redaktionellen Leitung František Radvanskýs mit der Ausarbeitung des umfangreichen Dokuments *Considerationes quoad Rationem educationis* begonnen wurde. Der Regentin wurden durch Jan Droszdk und Samuel Nagy, die die Protestanten bei Hofe vertraten, zwei kürzere Petitionen vorgelegt (1777 und 1780), in denen sowohl das Prinzip der staatlichen Aufsicht über das Schulwesen als auch einheitliche Lehrinhalte und Lehrmethoden abgelehnt wurden. In den Petitionen wurde jeder Versuch, gleich mit welchen Mitteln, den Inhalt der Ausbildung an evangelischen Schulen durch die Angleichung von Lehrplänen oder durch die Einführung einheitlicher Lehrbücher zu beeinflussen, als widerrechtliche Verletzung der kirchlichen Autonomie bezeichnet. Andererseits wurde darin die Notwendigkeit anerkannt, breiteren Bevölkerungsschichten eine Grundausbildung zugänglich zu machen. Einige Formulierungen deuteten schließlich sogar die Möglichkeit an, für die Dauer der Reformen des Elementarbildungswesens staatliche Ansprüche als Bedingung des Erhalts der autonomen Schulverwaltung zu akzeptieren<sup>11</sup>.

Die Protestanten hatten freilich keine akute Bedrohung ihres Schulwesens zu befürchten: *Ratio educationis* galt aufgrund organisatorischer und finanzieller Probleme zu Lebzeiten Maria Theresias nur in einem begrenzten Ausmaß. Die Universität, die königlichen Akademien und Gymnasien unterrichteten gemäß den schon zuvor geänderten bzw. leicht überarbeiteten Lehrplänen, mit den vorhandenen ausgebildeten Pädagogen und den verfügbaren Lehrbüchern; anders stellte sich allerdings die Situation an den Volksschulen dar. Hier fehlten die obengenannten Komponenten, und es war faktisch die Aufgabe der Schulreform, eine Elementarbildung in das Schulsystem einzugliedern und sie (potentiell) der gesamten Bevölkerung zugänglich und zur Pflicht zu machen. Die Schulinspektoren und Schulbezirksleiter bemühten sich zwar sehr darum, daß wenigstens in den größeren Städten das festgelegte System der Unterrichtsgegenstände eingeführt, die vorgeschriebenen Schulbücher erarbeitet und verteilt wurden sowie darum, daß die Schulen ausreichend finanziell und materiell abgesichert wurden. Aber bis Ende des Jahres 1780 gelang es lediglich, einige Dutzend vorwiegend städtische Schulen nach diesem sog. Normalmuster zu reorganisieren. Gegenüber den Nichtkatholiken wurde kein schärferes Vorgehen angewandt: Inspektionen durch staatliche Repräsentanten der Schulverwaltung blieben an ihren Schulen eher die Ausnahme, die darüberhinaus vor ihrer Durchführung in den Zeitungen als bemerkenswertes Ereignis besonders angekündigt wurden<sup>12</sup>. Schließlich erkannten aber einige evangelische Gymnasien und Pädagogen durchaus die Notwendigkeit, die Lehrpläne der Schulen zu ändern und betrachteten die *Ratio* deshalb bis zu einem gewissen Maß als positives Muster

<sup>11</sup> Valaszky, Paul: *Conspectus republicae litterariae in Hungaria*. 2. Aufl. Ofen 1808, 323–325. Der Text der Petition in der Bibliothek des evangelischen Lyzeums in Preßburg, Hds. 429/6. Die Formulierung in der Petition machen die nicht strikt orthodoxe Herkunft der Autoren deutlich. Zu diesem Problem Kosáry: Müvelödés, 425–426. Über die Autorenschaft der Petition *Conventus Evangelicorum Prothocollum*, fol. 608. Hds. in der Bibliothek des evangelischen Lyzeums in Preßburg.

<sup>12</sup> Preßburger Zeitung v. 1. 5. 1779.

für die Organisation der Lehrerausbildung sowie der Förderung des Elementarbildungswesens<sup>13</sup>.

Josef II. erwog nach seinem Regierungsantritt zunächst keinen neuen Vorstoß auf dem Gebiet der Schulverwaltung. Gleich in einer seiner ersten Anordnungen erklärte er die Geltung der *Ratio educationis*<sup>14</sup>, und bereits kurz darauf begannen die Vorbereitungen, um ihren Bestimmungen in der Praxis schneller zur Geltung zu verhelfen. Ein Signal hierfür war die Auswechslung von Personen auf einigen wichtigen Posten der Schulverwaltung<sup>15</sup>. Bis zur Veröffentlichung des Toleranzpatents wurden aber keine weiteren größeren Veränderungen vorgenommen. Gegen Ende des Jahres 1781 wandelte sich die Situation allerdings radikal – und sie wurde komplizierter: Einerseits räumte das Patent verhältnismäßig breite Möglichkeiten bei der Verwaltung nichtkatholischer Schulen ein<sup>16</sup>, andererseits aber wurde gerade zur selben Zeit das sog. *Proiectum Budense* abgenommen, das bereits 1778 ausgearbeitet worden war und eine Ergänzung der *Ratio educationis* darstellte. Es definierte exakt die Lehrinhalte für gleiche Volksschultypen; gleichzeitig war im Vergleich zur *Ratio* hier sehr viel strenger von der Einhaltung des Schulbesuchs auch von der Seite nichtkatholischer Schüler in den bestehenden staatlich kontrollierten Schulen die Rede<sup>17</sup>. Es wurde direkt ein Verfahren festgelegt, anhand dessen die Zahl der schulpflichtigen Kinder an einem bestimmten Ort festgestellt werden konnte. Schulen, die der staatlichen Aufsicht unterlagen (das waren bis dahin ausschließlich katholische), sollten zu öffentlichen Institutionen werden und im Zusammenhang damit unterschiedslos alle Einwohner die finanzielle Verantwortung für die Schulen übernehmen. Als Folge dessen waren die Nichtkatholiken, selbst wenn sie am Ort über eine eigene Schule verfügten, gezwungen, durch ihre allgemeinen Beiträge in die öffentliche Kasse de facto zum Unterhalt der katholischen Schule beizutragen, die sie überhaupt nicht in Anspruch

<sup>13</sup> *Proiectum de regulandis Scholis Aug. Conf. Addictorum*. Bibliothek des evangelischen Lyzeums in Preßburg, Hds. 485/2.

<sup>14</sup> Staatliches Gebietsarchiv Preßburg, Fond AC-ŽBI, 1781, fasc. 3, Nr. 15. Darüber berichtete auch die Preßburger Zeitung v. 12. 5. 1781.

<sup>15</sup> Eine entscheidende Rolle in diesem Prozeß sollte Johann Ignaz von Felbiger spielen, der von Josef II. eigens damit betraut wurde, das ungarische Volksschulwesen nach österreichischem Vorbild zu ordnen. Näheres bei K o w a l s k á, Eva: Johann Ignaz von Felbiger and the Hungarian Monarchy. *Studia historica slovacica* 19 (1995) 83.

<sup>16</sup> Der Wortlaut des Toleranzpatents für Ungarn in B a r t o n, Peter F.: „Das“ Toleranzpatent von 1781. Edition der wichtigsten Fassungen. In: Im Zeichen der Toleranz. Aufsätze zur Toleranzgesetzgebung des 18. Jahrhunderts im Reiche Joseph II. Wien 1981, 152–202. Interpretationen des Toleranzpatents auch bei M á l y u s z, Elemér: A türelmi rendelet II. Józef és a magyar protestantismus [Das Toleranzpatent Josefs II. und der ungarische Protestantismus]. Budapest 1939, und neuer bei K o s á r y: Müvelődés 386–396.

<sup>17</sup> Anordnungen vom 28. 12. 1781. *Proiectum Budense* wurde nicht wie vorher *Ratio educationis* in einer in sich geschlossenen Form veröffentlicht und stellte lediglich zusammenfassendes Material aus der Kommissionssitzung der Inspektoren dar. Trotzdem wurde es von den Organen der Schulverwaltung für den angekündigten zweiten Teil der *Ratio* gehalten und die Einhaltung seiner Grundsätze strikt gefordert. Magyar országos levéltár (im weiteren MOL) Budapest: C 69, Collectio B. Norm. Resolutionum, A 593, fol. 158–160. Das *Proiectum* legte für gleiche Schultypen verbindliche Stundenpläne fest. Ihre Sammlung befindet sich im Fonds C 69 (Departamentum scholarum nationalium) in MOL, verschiedene Signaturen.

nahmen<sup>18</sup>. Die Protestanten bekamen auch keine Garantien dafür, daß man sich ihren Kindern gegenüber tolerant verhalten würde, falls diese die katholischen Schulen besuchen würden. Das Toleranzpatent bezog sich nämlich auf die Angelegenheiten ausschließlich nichtkatholischer Schulen, regelte aber nicht die Umstände eines gemeinsamen Unterrichts von Schülern unterschiedlicher Konfessionen, den Gebrauch von Lehrbüchern, die Einsetzung und die Vollmachten von Lehrern und ähnliche Fragen<sup>19</sup>, die durch die Bestimmungen begleitende Anordnungen geregelt wurden<sup>20</sup>.

Der diskriminierende Charakter des *Proiectum Budense* und die Tatsache, daß das Toleranzpatent die Frage der vollen Gleichberechtigung nichtkatholischer Konfessionen nicht löste, provozierten dieses Mal eine schärfere Reaktion der Protestanten. Sie waren sich bereits vor der Veröffentlichung des Toleranzpatents der Probleme bewußt, die im Hinblick auf die Gründung von Kirchen und Schulen, die Stolagebühren und die steuerliche Belastung entstehen würden und erwarteten deshalb Behinderungen seitens höchster staatlicher Organe<sup>21</sup>. Sofern sich die Pfarrer in den Gemeinden den Wortlaut des Patents noch vor seiner offiziellen Verkündung verschaffen konnten, verkündeten sie ihn ihren Gläubigen, um den gelegentlich angestellten Falschinterpretationen zuvorzukommen<sup>22</sup>. Das Vorgehen der Verwaltung gab ihnen Recht: In mehreren Bezirken wartete man mit der Veröffentlichung bis Februar oder März; gelegentlich wurden über seinen Inhalt bzw. sogar seine angebliche Widerrechtlichkeit heftige Diskussionen geführt<sup>23</sup>. Aus diesem Grund kam zur der Zeit, als die Veröffentlichung des Patents im Gange war, der Generalkonvent der Protestanten beider Kirchen in Pest vom 2.–3. 2. 1782 zusammen. Die delegierten Vertreter mit Peter Zay und Nicolaus Beleznyai an der Spitze einigten sich während des Konvents darauf, dem Regenten ihren Dank und ihre Wertschätzung für den Erlaß des Patents auszudrücken, jedoch auch, deutlich darauf hinzuweisen, daß die Anwendung des Patents auf den Widerstand der lokalen politischen und kirchlichen Obrigkeit stieß. Zur selben

<sup>18</sup> Die einzige Schule, an der es gelang, einen gemeinsamen Unterricht katholischer und nichtkatholischer Kinder im Geiste der *Ratio educationis* bereits vor 1781 einzuführen, war die Schule in Sv. Jur. Preßburger Zeitung v. 18. 2. 1778.

<sup>19</sup> Der königliche Rater und Bibliothekar der Universität in Buda, Heinrich Bretschneider, würdigte die Situation eindeutig: „Man will nun gern die Protestanten hier unter das katholische, ungarische Studiensystem zwingen und das wäre schlimmer als Nontoleranz.“ Der Brief Bretschneiders an Friedrich Nicolai, Buda, 8. 4. 1782. In: Reise des Herrn von Bretschneider nach London und Paris nebst Auszügen aus seinen Briefen an Herrn Friedrich Nicolai. Hrsg. von L. F. G. von Göcking. Berlin-Stettin 1817, 291.

<sup>20</sup> Anordnung des Kgl. Statthalterrats vom 2. 5. 1777 Nr. 2146. MOL: C 69, Collectio A 593, fol. 253–254.

<sup>21</sup> Zum Beispiel Pavol Jezowicz, evangelischer Pfarrer in Bytča, in seinem Brief an Michael Institoris-Mossóczy, 9. 12. 1781. Bibliothek des evangelischen Lyzeums in Preßburg, Hds. fasc. 347.

<sup>22</sup> So verfuhr im Pester Bezirk zum Beispiel Baltazár Pongrácz. Brief an M. Institoris vom 17. 1. 1782. E b e n d a, fasc. 348.

<sup>23</sup> Einen kontroversen Verlauf nahmen besonders die Kongregationen in Pest und Zips, ohne Probleme verliefen dagegen die in Liptau. Die Briefe Jan Nisnyanskýs, Josef Benzcůrs, Pavel Schrameks und Štefan Zitkovszkýs an Michael Institoris vom 3. 2., 9. 2., 13. 2. und 18. 2. 1782. E b e n d a, fasc. 348. Eine Sammlung von Einwänden gegen das Toleranzpatent in Országos Széchényi könyvtár (im weiteren OSK), Handschriftenabteilung, Fol. lat. 1995/III.

Zeit begannen sie mit den Vorbereitungen für eine Informationskampagne in ganz Ungarn, die den Wortlaut des Patents erklären sollte und die die Unabhängigkeit des Beschlusses des Wiener Hofes vom Willen anderer Institutionen betonte. Einer der Hauptpunkte des Programms war freilich die Beratung über Schulfragen<sup>24</sup>.

Die lutherischen Protestanten hatten ihr Vorgehen in dieser Richtung bereits vorbereitet. Sie unterbreiteten ihre *Considerationes quoad Rationem Educationis*, damit dadurch auch die Calvinisten ihre Position zu der Absicht, „auch bei religiösen Fragen Einheit zu erlangen“, darlegen konnten. Deshalb sollte das gesamte Schriftstück aktualisiert und von allen Superintendenten beurteilt werden. Bemerkungen und Einwände der Calvinisten sollten Gedeon Ráday und Stefan Vay gemeinsam mit den Lutheranern Gabriel Prónay und Thomas Tihanyi einarbeiten. Die Pädagogen, die in der Praxis tätig waren, sollten von Ludwig Domokos und Jozef Benczúr vertreten werden. Die Ausarbeitung des endgültigen Wortlautes ging schnell vonstatten, denn bereits einen Monat später, bei der anberaumten Beratung von Repräsentanten der staatlichen Schulverwaltung mit Vertretern der Nichtkatholiken, stellte die Schrift den offiziellen Standpunkt der Protestanten dar<sup>25</sup>.

Die *Considerationes* lehnten sich an die Struktur der *Ratio* an und polemisierten gegen einige ihrer umstrittenen Bestimmungen; ihr gesamter Wortlaut war freilich wiederum nicht konfrontativ gehalten und deutete an, daß die *Ratio educationis* sich in einigen Punkten durchaus auch im protestantischen Schulwesen anwenden lassen würde (Reform des Gymnasialbildung, Gründung einer evangelischen Akademie in Preßburg oder Prešov, Erweiterung des Elementarbildungswesens). Die Klassifizierung der Schulen nach einheitlichen Typen gemäß den Kriterien der *Ratio* wurde akzeptiert; im Fall der Volksschulen schließlich mit der Bemerkung, daß es sich dabei um das den Nichtkatholiken längst bekannte Berliner Modell handelte. Die Protestanten waren schließlich bereit, die Stundenpläne, die disziplinarischen Vorschriften und einige Lehrbücher zu übernehmen, damit sich der Abstand zwischen ihren und den katholischen Schulen nicht vergrößerte. Aus diesem Grund sprachen sie sich auch zugunsten einer Annäherung der Lehrinhalte im gesamten Staat aus, freilich unter der Voraussetzung, daß die Freiheit bei der Wahl derjenigen Unterrichtsgegenstände, Lehrbücher u. ä. bewahrt bliebe, die einen direkten Bezug zu religiösen Fragen hatten.

Die größte Besorgnis bereitete die Absicht, nichtkatholische Schulen der Aufsicht durch Leiter und Schulbezirksinspektoren zu unterwerfen, die allesamt Katholiken und größtenteils sogar Geistliche waren. Denn die Erfahrungen mit der Durchführung kanonischer Visitationen in nichtkatholischen Kirchengemeinden hatten gezeigt, daß die offiziell festgelegten Vollmachten in der Praxis oft auf eine unnachgiebige Art überschritten wurden. Deshalb wurde in den *Considerationes* präzise erläutert, auf welche Weise die staatliche Schulverwaltung mit dem Prinzip der schulischen Autonomie der Protestanten in Einklang gebracht werden konnte. Die *Considerationes* forderten, protestantische Schulleiter und Inspektoren für Volksschulen in

<sup>24</sup> Die Akten des Generalkonvents der Lutheraner und Calvinisten zum Schulwesen: OSK, Handschriftenabt., Fol. lat. 2059/III, fol. 96–98. Die Übersetzung der Huldigung und der Beschwerde in OEL, AGE, Ib 5, N<sup>o</sup>. 8.

<sup>25</sup> Abschrift in der Bibliothek des evangelischen Lyzeums in Preßburg, Hds. 654/4.

allen Superintendenturen zu bestimmen, die direkt mit den politischen Organen in Kontakt stehen und dabei aber Berater der bereits ernannten Inspektoren und Schulbezirksleiter sein sollten. Ihr Status als staatliche Beamte sollte sowohl durch die Verleihung des Ranges eines staatlichen Beamten als auch durch finanzielle Zuwendung aus der Staatskasse bekräftigt werden. Als (billigere) Alternative wurde die Möglichkeit direkter Konsultationen der kirchlichen Konsistorien mit der Schulkommission des Königlichen Statthalterrates (im folgenden KSR) vorgeschlagen<sup>26</sup>.

Auf dem ersten, auf den 1. März 1782 festgelegten Treffen der Protestanten mit den Repräsentanten der staatlichen Schulverwaltung sollten Fragen des Volksschulwesens behandelt werden, bei dem sich bereits Möglichkeiten einer Annäherung der Standpunkte abzeichneten<sup>27</sup>. Schon das vorgeschlagene Programm (es sollte über drei verschiedene Pläne beraten werden, wie bei der Erweiterung des Netzes staatlicher Volksschulen vorzugehen sein würde) deutete freilich an, daß a priori mit der Eingliederung der nichtkatholischen Schulen in das staatliche Schulsystem gerechnet wurde. Die Protestanten sollten sich lediglich dazu äußern, ob die unterbreiteten Vorschläge den Grundsätzen der religiösen Toleranz entsprachen und gegebenenfalls auch dazu, was am Inhalt der einzelnen Unterrichtsgegenstände, Lehrbücher oder methodischen Handbücher zu ändern sei<sup>28</sup>. Auch die geplante Zusammensetzung der Kommission war unausgeglichen: Die katholischen Kommissionsmitglieder, Nicolaus Skerlec, Referent des KSR, Johann Ignaz von Felbiger, der mit der obersten Aufsicht über die Durchführung der Schulreform in Ungarn betraut war, Ferdinand Kiegler<sup>29</sup>, der damals Leiter des Waisenhauses in Senec war, sowie die Kanoniker Mandics, Erdélyi und Schober, die auch in der Schulverwaltung tätig waren, sollten als Verhandlungspartner ursprünglich nur drei bis vier Vertreter aus den Reihen der lutherischen und kalvinistischen Pädagogen haben<sup>30</sup>. Deshalb endete bereits das einleitende Treffen (unter Beteiligung einer Mehrzahl der nichtkatholischen Delegierten) de facto mit einem Fiasko<sup>31</sup>.

<sup>26</sup> Mit diesem Plan der *Considerationes* stimmt der anonyme Vorschlag zur Reorganisation der Kirchenverwaltung der evangelisch-lutherischen Kirche in Ungarn überein, demzufolge zwar der gesamte Bereich des Schulwesens unter das oberste Konsistorium fallen, die direkte Aufsicht aber dem Generaldirektor der evangelischen Schulen obliegen sollte. Die undatierte Schrift *Principa generalia coordinationis tam disciplinaris directionis [...] ecclesiae Evangelicae Aug. confessionis in Hungaria*. Preßburg, Bibliothek des evangelischen Lyzeums, Hds. 391/2.

<sup>27</sup> Die Vorbereitungen für die Beratung begannen bereits im November 1781, aber erst der Vertraute des Statthalterrates legte am 4. 2. 1782 das Datum des Treffens endgültig auf den 1. 3. 1782 fest.

<sup>28</sup> *Protocollum commissionis ad cocertandam finaliter methodicam Scholarum Nationalium [...] subdelegata*. EOL, AGE, Ib 7, N<sup>o</sup>. 6.

<sup>29</sup> Die Biographie Kieglers vgl. bei Kunitich, Michael: Biographien merkwürdiger Männer aus Österreich. Bd. 3. Graz 1805, 46–75.

<sup>30</sup> Der Leiter des Preßburger Schulbezirks F. Balassa wandte sich bei der Vorbereitung der Beratung nur an die Inspektoren der Preßburger und Debrecener lutherischen und reformierten Kirchen. EOL, AGE, Ib 6, N<sup>o</sup>. 3.

<sup>31</sup> Nach der Intervention des evangelisch-lutherischen Unterhändlers, Juraj Nisnyanzský, nahmen an den Beratungen für die Lutheraner Jozef Benczúr, Gabriel Prónay, Samuel Tešedík, für die Calvinisten Stefan Hatványi und Gedeon Ráday teil. Brief J. Nisnyanzskýs an Institoris-Mossóczy vom 2. 3. 1782. Preßburg, Bibliothek des evangelischen Lyzeums, Hds. fasc. 348.

Einige protestantische Delegierten hatten ihre Standpunkte bereits vor der Aufnahme der Arbeit der Kommission formuliert; im Verlauf der Beratungen wählten sie eine Vorgehensweise, die es ihnen vor allem ermöglichte, Zeit für weitere Manöver zu gewinnen. Sie wiesen auf den Ernst und die Tragweite der zu behandelnden Problematik hin und verkündeten, daß sie als Vertreter nur zweier kirchlicher Gemeinschaften nicht die Berechtigung hätten, über Dinge zu entscheiden, die die gesamte Kirche betreffen<sup>32</sup>. Deshalb forderten sie aus taktischen Gründen die Möglichkeit, die Grundlagen der staatlichen Schulpolitik gründlich analysieren zu können. Der daraufhin genehmigte Aufschub um einen Monat verzögerte die Lösung der Frage nach der Form des Schulwesens um einige Jahre. Während dieser Zeit entschieden die Protestanten definitiv, daß sie die Festlegung einer Autonomie in der Schulverwaltung, die Rückgabe konfiszierter Fonds und die Unterstützung protestantischer Schulen aus öffentlichen Mitteln sowie die Erlaubnis, fehlende Lehrbücher aus dem Ausland einführen zu können, fordern würden<sup>33</sup>. Von der Kommission verlangten sie die Berücksichtigung dieser Forderungen im offiziellen Beratungsplan; gleichzeitig legten sie sie auch bei einer Audienz direkt dem Regenten vor. Als Folge wurde ein Aufschub um ein Jahr gewährt, während dessen die Kommission beim KSR nicht in Fragen des nichtkatholischen Schulwesens eingreifen durfte und die Protestanten eine offizielle Stellungnahme dazu ausarbeiten sollten, was den Prinzipien und Gesetzen nichtkatholischer Konfessionen widersprach, der Entwicklung ihres Schulwesens schadete und die öffentliche Ordnung stören könnte<sup>34</sup>.

Die Beratung in Hinsicht auf das weitere Vorgehen fand in Preßburg am 9. Mai 1782 unter der Leitung Gabriel Prónays statt, der sich den größten Einfluß in Fragen des Schulwesens verschafft hatte<sup>35</sup>. Während der Beratung einigte man sich darauf, daß Josef Benczúr und István Mihályfalvai als Beobachter an den Sitzungen der Schulkommission des KSR teilnehmen und ständig über deren Beratungen Bericht erstatten sollten. Prónay legte ein Verzeichnis von Lehrbüchern vor, die an staatlich geführten Volks- und Lateinschulen in Gebrauch waren und die im Hinblick auf ihre religiöse Unbedenklichkeit und methodische Anwendbarkeit beurteilt werden sollten, und schlug die Gutachter für diese Aufgabe vor<sup>36</sup>. Zum ersten Mal schritt man auch zur Ausarbeitung einzelner Fragen in bezug auf alles protestantischen Schulen in Ungarn

<sup>32</sup> Felbiger, Johann Ignaz: Anekdoten zur Geschichte des Angriffs und der Vertheidigung der Normalschulen in den kaiserlich-königlichen Staaten. Frankfurt und Leipzig 1784, 15. Ähnlich auch *Chronicon eccl. part.*, Preßburg. Bibliothek des evangelisch-lutherischen Gymnasiums, fol. 318.

<sup>33</sup> *Instructio pro Dominis in negotio Scholarum [...] deputis data* vom 18. 3. 1782. OEL, AGE, Ib 5, N<sup>o</sup>. 14.

<sup>34</sup> Anordnung Nr. 2041 vom 26. 4. 1782. MOL, C 69, 1786, Distr. Cass., fons 1, pos. 37, fol. 80–81.

<sup>35</sup> An der Beratung nahmen für die evangelisch-lutherische Kirche Ferdinand Karner, Michal Gombos, Jozef Stettner, Josef Benczúr, Ján Ribinyi, Samuel Tešedík und Juraj Stretsko teil; für die evangelisch-reformierte Kirche Stefan Vay, István Mihályfalvai, Jozef Hrabovszky und Matthias Ráth. OSzK, Handschriftenabt., fol. lat. 2059/II, fol. 133–135.

<sup>36</sup> Alle in ungarischer Sprache verfaßten Lehrbücher sollten von den Calvinisten beurteilt werden, die slowakischen vom Superintendenten des Bergdistrikts, Ján Csernyanszky.

anhand eines einheitlichen Fragebogens. So sollte die „Kompatibilität“ protestantischer und katholischer Schulen festgestellt werden.

Die Zustimmung zu einem Aufschub um ein Jahr schuf für die Nichtkatholiken einen Spielraum für die Vorbereitung einer durchdachten Kampagne, die gegen die etablierte Form des staatlichen Schulwesens gerichtet war. Die Ziele der Kampagne beschränkten sich letztlich allerdings nicht nur darauf, Sicherheiten zu erreichen, die lediglich die Diskriminierung der Protestanten im Rahmen des staatlichen Schulsystems verhindern sollten. In den Vordergrund trat vielmehr das Bestreben, dem Autonomieverlust entgegenzuwirken und die Verwirklichung der Absicht jedweder Einmischung in den Prozeß der Lehre, ihrer Führung oder Gewährleistung zu verhindern. Dieses Ziel reichte über den Rahmen der Schulpolitik hinaus und nahm breitere politische Dimensionen an.

Der erste Schritt war die Erarbeitung kritischer Stellungnahmen zur Revision der Lehrbücher. Die Arbeit der Gutachter wurde dadurch erleichtert, daß zur selben Zeit bereits ein umfassendes Werk über Lehrbücher für Normalschulen in der habsburgischen Monarchie in Vorbereitung war<sup>37</sup>. Die auffällig passende rechtzeitige Publikation der vernichtenden Kritik an den Lehrbüchern kurz vor dem erneuten Zusammentreffen der (konfessionell) gemischten Schulkommission, die Popularisierung des Buches durch ausländische Buchkataloge noch vor seiner Veröffentlichung (und kurz nach dem Besuch F. Nicolais in Wien und Preßburg)<sup>38</sup> sowie der exklusive Verkauf durch Preßburger Buchhändler führten letztlich zu Mutmaßungen darüber, daß der Autor des anonymen Werkes in den Reihen der Professoren des Preßburger evangelischen Gymnasiums zu suchen war<sup>39</sup>. Ein weiteres Dokument, das die ablehnende Haltung der Protestanten gegenüber dem staatlichen Bestreben, die Arbeit der protestantischen Schulen zu kontrollieren, begründete, bereitete die Kommission weltlicher Schulinspektoren und der Superintendenten beider evangelischer Kirchen vor<sup>40</sup>.

Im Unterschied zu den vorangegangenen Schriften brachten die *Reflexiones* eine eindeutige und ausgesprochen negative Haltung gegenüber dem staatlichen Schulsystem zum Ausdruck. Ziel der Schrift war es, diejenigen Aspekte zu erläutern, die

<sup>37</sup> Freymüthige Beurtheilung der österreichischen Normalschulen und aller zum Behuf derselben gedruckten Schulschriften. Berlin-Stettin 1783. Felbinger wußte von ihrer Vorbereitung bereits seit dem 13. 1. 1782. Brief Felbigers an Friedrich Nicolai, Preßburg, 16. 1. 1782. Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, Berlin, Handschriftenabt., F. Nicolai Briefwechsel, N<sup>o</sup>. 21.

<sup>38</sup> Nicolai, Friedrich: Beschreibung einer Reise durch Deutschland und die Schweiz im Jahre 1781, nebst Bemerkungen über Gelehrsamkeit, Industrie, Religion und Sitten. Bd. 6. Kleine Nebenreise nach Ungarn. Berlin 1785, 382–387. Nicolai spricht hier bereits als jemand, der in den Streit der ungarischen Protestanten mit der Schulleitung eingeweiht war. Über die Normalschulen in Wien d e r s . : Beschreibung 4. Berlin 1784, 645–671.

<sup>39</sup> Von ihnen engagierten sich bei der Revision der Lehrbücher Rektor Juraj Stretsko, Štefan Šábel und Ján Matej Korabinský. Über die Autorenschaft der Schrift auch Felbinger: Anekdoten 20.

<sup>40</sup> *Reflexiones [...] quoad latinas et nationales scholas nostras, adaptibile foret [...]*. MOL, C 69, 1786, Distr. Cass., fons 1, post. 37, fol. 86–133.

direkt den Gesetzen und der Freiheit der protestantischen Kirchen widersprachen sowie der Entwicklung ihrer Schulen – und letztlich auch der öffentlichen Ordnung (statui publico) – zuwiderliefen. Die Grundlage der Argumentation glich de facto der der Befürworter einer einheitlichen Leitung des Schulsystems: Die Schule sei nicht nur eine „Keimzelle der Kirche“, sondern auch des Staates und müsse gemäß der Interessen der bürgerlichen Gemeinschaft geführt werden. Das Wichtigste sei das Erreichen des öffentlichen Wohls, wobei zu dessen Grundvoraussetzungen auch die Zufriedenheit der Bürger mit den religiösen Verhältnissen gehöre<sup>41</sup>. Die Argumentation gegen eine forcierte Nutzung der bestehenden katholischen Schulen durch nichtkatholische Schüler orientierte sich aber nicht mehr nur an sachlichen und rechtlichen Argumenten, wie im Fall der vorangegangenen Beschwerden, sondern lehnte sich vielmehr an pädagogischen Begründungen an. Gemäß den *Reflexiones* war es den Eltern in keinem Fall möglich, sich von der Zweckmäßigkeit katholischer Schulen zu überzeugen, an denen ihre Kinder zwar eine Ausbildung, aber keine Erziehung erhalten konnten. Wissen ohne religiöse Bildung, den Mittler der Erziehung, führe nämlich lediglich zu Indifferenz und Ignoranz in religiösen Fragen. Dies sollte der Staat freilich schon im eigenen Interesse nicht zulassen. Da die Kinder obendrein mit ihrer Grundausbildung, die sie in den katholischen Schulen erhielten, nur unter Schwierigkeiten die Aufnahme in höhere nichtkatholische Schulen erreichten, sollten sich die schulischen Organe nicht darüber wundern, daß die Eltern ihre Kinder lieber zu Hause in Unwissenheit beließen<sup>42</sup>.

Als einer der Hauptstreitpunkte wurde in den *Reflexiones* die ungelöste Frage der Schulbücher erachtet. In diesem Fall ging es freilich nicht um eine komplexe Analyse der Bücher selbst, sondern um eine Beurteilung derjenigen Bestrebungen, die nach Ansicht der Autoren der *Reflexiones* der Durchsetzung gemeinsamer Lehrbücher folgten. Der Grundsatz, daß religiöse Freiheit und „die Erweiterung der Grenzen menschlichen Wissens und die Durchdringung des Denkens mit dem rechten Licht“ nicht ohne eine freie Auswahl von Lehrbüchern gewährleistet werden könne, werde durch Anordnungen darüber beschränkt, daß jedes Lehrbuch bei der Zensur der Universitätsdruckerei vorzulegen war. Die Nichtkatholiken vermuteten dahinter den Gedanken, durch Lehrbücher mit „weltlichen“ Inhalten möglichst viele nichtkatholische Autoren von den Schulen zu entfernen. Auch in diesen Inhalten berühre vieles aus dem Unterrichtsstoff direkt oder indirekt das Verständnis der Religion und ihrer Freiheit. Deshalb solle man zum Beispiel die Behandlung von umstrittenen Beispielen aus der katholischen Dogmatik in den Gymnasiallehrbüchern, Grundlagen des Naturrechts, der Theologie, Ontologie usw. nicht unterschätzen<sup>43</sup>.

Die Aufzählung dessen, was im nichtkatholischen Schulwesen seit langem auf anderen Grundlagen als im katholischen basierte, enthielt auch die Aufnahme von Schülern in höhere Schulen. Es wurden mehrere Einwände gegen die Beschränkungen des Studiums von Kindern aus niedrigen sozialen Schichten ausgesprochen, wie es im *Proiectum Budense* bevorzugt wurde. Des weiteren wandte man sich gegen die Verringerung

<sup>41</sup> Ebenda, fol. 88, 90.

<sup>42</sup> Ebenda, fol. 93–95.

<sup>43</sup> Ebenda, fol. 91–92, 97.

der Anzahl mittlerer und höherer Schulen<sup>44</sup>. Dieses Prinzip konnte aus zweierlei Gründen nicht akzeptiert werden: Einerseits im Hinblick auf die soziale Zusammensetzung der nichtkatholischen Intelligenz, besonders der Pfarrer und Lehrer, andererseits deshalb, weil die Schüler das im *Projectum* verlangte besondere Talent, Fleiß, eine Neigung zu den Wissenschaften sowie eine makellose Lebensführung nicht schon an der Volksschule, sondern nur an einer höheren Schule ausbildeten. Der Staat könne letztlich einen ernsthaften Schaden erleiden, wenn nur solche Schüler zum Studium gelangten, denen es zwar ihre Herkunft erlaube, die aber nur mit einer Mittelmäßigkeit begabt seien. Es entspreche auch nicht der Wahrheit, daß der Staat anderenfalls von einem Überschuß an Akademikern überschwemmt würde, die ihm zur Last fallen würden, wie einige Mitautoren der staatlichen Schulreformen vermuteten. Am besten sei doch ein Schulsystem, das sich auf eine große Zahl Gebildeter stützen könne, ohne die ein Staat letztlich seine Ziele nicht erreichen könne – denn es sei nur möglich, aus einer *größeren* Zahl eine verantwortungsvolle Auswahl zu treffen. Kinder aus den Dörfern und den Städten seien im Gegensatz zu den übrigen im Studium fleißiger und zielbewußter. Deshalb ließe sich letztlich, so unvermeidlich es auch sei, die Zahl der Volks- und grammatischen Schulen zu erhöhen (also Schulen des niedrigeren Typs), eine Verbesserung der allgemeinen Sitten nur durch die unmittelbare Umgebung erreichen, indem man ausreichend Gelegenheit zum Lesen der besten Bücher und zum Studium der Philosophie biete<sup>45</sup>. Man unterstrich freilich, daß dieses Ziel am besten dadurch erreicht werden könne, wenn die Kenntnisse in der Muttersprache vermittelt würden, die zu Hause gesprochen wurde.

Weitere Punkte der *Reflexiones* widmeten sich Fragen der Neuordnung der Lehre und der Methodik<sup>46</sup>. Man sprach sich sehr skeptisch gegenüber der „normalen“ Lehrmethode und fast ebenso kritisch wie die anonyme *Beurteilung* aus. Die von Johann Friedrich Hähn entwickelte Methode, die fast bis zur „Kunst“ perfektioniert worden war, wurde an nichtkatholischen Schulen bereits nicht mehr angewandt. Mit ihr sei es zwar möglich, die Vorstellungskraft und das Erinnerungsvermögen der Schüler zu fördern; sie lasse sich aber nur mit Schwierigkeiten bei der Wissensvermittlung anwenden. Das strenge Verweisen auf Details und künstlich konstruierte Schemata lenkten die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Unterrichtsgegenständen ab und entwickelten bei den Kindern keine intellektuellen Fähigkeiten. Einige Verfahren berücksichtigten nicht die individuellen Fähigkeiten der Schüler. In den *Reflexiones* wurde auch die Publikation der angekündigten überarbeiteten methodischen Anleitung für Lehrer gefordert, die das Methodenbuch Felbigers ersetzen sollte. Die außerordentlich fun-

<sup>44</sup> Zum Problem einer zahlenmäßigen Begrenzung der höheren Schulen vgl. W a n g e r m a n n, Ernst: Aufklärung und staatsbürgerliche Erziehung. Gottfried van Swieten als Reformator des österreichischen Unterrichtswesens 1781–1791. Wien 1978, 19–22. – Klingenstein, Grete: Akademikerüberschuß als soziales Problem im aufgeklärten Absolutismus. Bemerkungen über eine Rede Joseph von Sonnenfels' aus dem Jahre 1771. In: Bildung, Politik und Gesellschaft. Hrsg. von Grete Klingenstein, Heinrich Lutz und Gerald Stourzh. München 1978, 165–204.

<sup>45</sup> *Reflexiones*, fol. 98–99. In diesem Punkt einigten sie sich mit G. van Swieten. W a n g e r m a n n: Aufklärung 68–71.

<sup>46</sup> *Reflexiones*, fol. 103–105.

dierte Argumentation läßt vermuten, daß die Grundsätze nicht nur von praktizierenden Pädagogen vorbereitet wurden, sondern auch von Leuten, die die zeitgenössische pädagogische Theorie kannten. Zu Beginn der achtziger Jahre traf dies vor allem auf Ján Matej Korabinský zu, der seine Erkenntnisse der pädagogischen Theorie auch in der Preßburger Zeitung veröffentlichte.

Die endgültige Form der *Reflexiones* wurde zu Beginn des Jahres 1783 vollendet. Die Autoren waren freilich der Hauptaufgabe ausgewichen, die ihnen ursprünglich gestellt worden war, nämlich Maßnahmen vorzuschlagen, die zur Entwicklung der protestantischen Schulen, freilich im Rahmen des beabsichtigten einheitlichen Schulsystems, beitragen sollten. Kurz darauf (am 21. 2. 1783) folgte die eindringliche Aufforderung der Hofkanzlei für Ungarn und Siebenbürgen, daß man dieser Pflicht doch unverzüglich nachkommen sollte. Im neuen umfangreichen Material<sup>47</sup> wurden deshalb knapp die Hauptargumente der *Reflexiones* zusammengefaßt und um konkrete Beispiele dessen ergänzt, wie in der Praxis gegenüber den protestantischen Schulen vorgegangen wurde und die Prinzipien der Toleranz verletzt wurden<sup>48</sup>. Um dem vorzubeugen, wurde die Einrichtung einer Kommission vorgeschlagen, die die Einhaltung des Toleranzpatents und die Einsetzung besonderer Inspektoren für nichtkatholische Schulen verfolgen sollte. Auf keinen Fall sollte aber zugelassen werden, daß die Grundsätze einer einheitlichen Schulleitung im gesamten Bereich des Schulwesens angewandt wurden. Die Glaubensfreiheit ohne eine Freiheit des Schulwesens gliche, so wurde im Schlußkapitel angeführt, einem Haus ohne Fundamente.

Da sich die Einberufung einer neuen Verhandlungsrunde verzögerte, wandten sich die Protestanten mit der Ausarbeitung ihrer Stellungnahmen erneut direkt an Josef II. Dieser sagte ihnen bei einer Audienz am 6. August 1783 gewisse Erleichterungen zu (zum Beispiel die freie Wahl der Verfasser von Lehrbüchern), verweigerte jedoch Zugeständnisse bei der Frage einer einheitlichen Schulverwaltung. Er gestattete lediglich die Einsetzung der Leiter nur einiger Schulbezirke aus den Reihen der Protestanten, damit die Einwände gegen die einheitliche Schulleitung schneller aus dem Weg geräumt werden konnten<sup>49</sup>. Diese für die Protestanten unangenehme Entscheidung milderte er durch die Zusage, bei der Frage der Genehmigung von Gottesdiensten, der Bildung neuer Kirchengemeinden und der Gründung neuer Pfarreien über den Rahmen des Toleranzpatents hinauszugehen. Die Protestanten gingen so zum ersten Mal mit der klar definierten Absicht des Regenten konform, Fragen des Schulwesens von solchen der Kirche zu trennen und die Bildungsfunktion der Schule über die Erziehungsfunktion zu stellen. Das Ignorieren der traditionellen Schulautonomie der Protestanten verfolgte gleichzeitig das Ziel, diejenigen Hindernisse zu beseitigen, die sich den zentralistischen Tendenzen Josefs II. gerade durch den Erlass des Toleranzpatents in den Weg stellten: Auf seiner Grundlage beanspruchten die Protestanten nämlich einen gewissermaßen exklusiven Platz in der gesellschaftlichen Struktur, was sich im Zusammenhang der Schulfrage gerade am Kampf um die volle Autonomie im Bildungswesen zeigte.

<sup>47</sup> MOL, C 69, 1786, Dist. Cass., fons 1, pos. 37, fol. 112–123.

<sup>48</sup> E b e n d a, fol. 115.

<sup>49</sup> Gabriel Prónay in einem Brief an den Generalinspektor der evangelisch-lutherischen Kirche, Peter Zay, vom 7. 8. 1783. EOL, AGE, Ib 11, N<sup>o</sup>. 5.

Die von den Protestanten im Hinblick auf den Gedanken einer einheitlichen Leitung der Schulen angeführten Position beschleunigten deutlich die Annahme der Änderung in der Organisation der obersten Schulverwaltung in Ungarn. Die Schulkommission des Statthalterrates wurde gerade 1783 zur „Filiale“ der Studienhofkommission<sup>50</sup>, und das Recht, an den Beratungen teilzunehmen und entsprechende Entscheidungen zu treffen, erhielt Gottfried van Swieten – Anhänger des Gedankens einer konsequenten Verstaatlichung des Schulwesens<sup>51</sup>. Van Swieten sah im Geiste eines rationalen Glaubens und der Staatsrechtslehre der Aufklärung auch in der Religionserziehung der Bevölkerung nicht ein Ziel, sondern ein Mittel, ein Hilfsmittel, das man mit dem Zweck des Staates füllen kann – das allgemeine Wohl seiner Bürger zu schaffen. Da die allgemeine Bildung für alle identisch sei und der Schwerpunkt der religiösen Bildung in den Bereich der Ethik verlagert werden müsse, sollte nichts einer gemeinsamen Ausbildung aller Kinder ohne Glaubensunterschied entgegenstehen – allein der spezifische Katechismus sollte nach Konfessionen getrennt unterrichtet werden. So entstand die Idee gemischter Schulen, die bereits über die Grenzen hinausging, die im Toleranzpatent markiert worden waren<sup>52</sup>.

Die veränderte Haltung gegenüber den Protestanten kam in der Art zum Ausdruck, in der über die Dokumente beraten wurde, die die Begründungen ihrer Standpunkte enthielten. Die Studienhofkommission beeilte sich nicht mit der Festsetzung eines neuen Beratungstermins: Die Einladung wurde dem Vertreter der Protestanten erst am 1. Dezember 1784, fast ein Jahr nach der Ausarbeitung der angeforderten Dokumente, ausgehändigt. Nur noch vier Delegierte konnten sie verteidigen (G. Prónaj, Adam Podkonický, Ludwig Domokos, Stefan Hatvány), deren Verhandlungspartner die einflußreichsten Befürworter einer Verstaatlichung des Schulsystems und einer Zentralisierung der Monarchie waren – neben van Swieten Josef Ürményi, Josef Izdenczy und Ferdinand Scultéty<sup>53</sup>. Den Protestanten wurde während der Beratungen fast kein Raum für ausführliche Argumentationen über die Grundsätze des einheitlichen Schulwesens eingeräumt, ihre schriftlichen Stellungnahmen wurden nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen sollten sie sich unmittelbar in den Sitzungen mündlich über das Projekt der Neuordnung des Schulwesens in Ungarn äußern, das von Gottfried van Swieten vorgetragen wurde<sup>54</sup>. Die Regie der Schlußsitzung lag völlig in dessen Händen.

<sup>50</sup> Csóka, Lajos: Der erste Zeitabschnitt staatlicher Organisation des öffentlichen Unterrichtswesens in Ungarn (1760–1791). In: *A bécsi Magyar történeti intézet évkönyve 1939*, 95–96.

<sup>51</sup> Wangermann: Aufklärung 44–50. – Benda, Kálmán: Gerard und Gottfried van Swieten und die Schulreform in Ungarn. In: Gerard van Swieten und seine Zeit. Hrsg. von Erna Lesky und Adam Wandruszka. Wien 1973, 169–170.

<sup>52</sup> Näheres bei Kowalská, Eva: *Kontroverzná tolerancia: Protestanti a školské reformy osvieteniského obdobia* [Kontroverse Toleranz: Die Protestanten und die Schulreformen der Aufklärungszeit]. *Historické štúdie* 34 (1993) 65.

<sup>53</sup> Die Beratungen begannen am 27. 12. 1784. MOL: C 69, 1786, Dist. Cass., fons 1. pos. 37, fol. 124.

<sup>54</sup> Das Sitzungsprotokoll der Studienhofkommission, unterzeichnet von G. von Swieten, MOL, C 69, 1785, Distr. Pos., fons 1, pos. 5, fol. 1–30. Eine Analyse des Dokuments bei Kowalská: *Kontroverzná tolerancia* 66–67.

Das unnachgiebige Beharren auf dem Prinzip der völligen schulischen Autonomie führte zu einer Veränderung im Verhältnis zwischen Josef II. und den Protestanten. Inzwischen hatte es von Beginn an auch in der Öffentlichkeit Einwände gegen die Bevorzugung der Protestanten zum Nachteil der katholischen Kirche gegeben<sup>55</sup>, Mitte der achtziger Jahre überwogen dann bereits wechselseitige Spannungen<sup>56</sup>. Die Protestanten beruhigte das vereinfachte Vorgehen bei der Gründung neuer Volksschulen ebensowenig wie die Einsetzung von Protestanten in höchste Positionen in der Schulverwaltung, obwohl diese Haltung inzwischen zur Zielscheibe auch für Kritik aus den eigenen Reihen geworden war<sup>57</sup>. Die spätere Bevorzugung sog. gemischter Schulen erhöhte zusätzlich die Unzufriedenheit mit der Lösung der Schulfrage, was die ungarischen Protestanten schließlich auf die Ebene der politischen Opposition gegen Josef II. manövrierte.

Übersetzt von Eva Tenzer

---

<sup>55</sup> Das äußerte kurz vor seinem Tod zum Beispiel Felbiger offen in einem an Joseph II. adressierten Bittschreiben. Slowakisches Staatsarchiv, Preßburg, Fonds Bratislavská kapitula, Privatarchiv, secretarius-acta, XI, 1788, N<sup>o</sup>. 2, fol. 10.

<sup>56</sup> (Anon.) Politisch-kirchliches Manch Hermaeon von den Reformen Kayser Josephs überhaupt vorzüglich in Ungarn, 11–13.

<sup>57</sup> K o v á c s, Johann Emericus: Freimüthige Betrachtungen über verschiedene Gegenstände aus dem heutigen Luthertum in Ungarn. Wien 1783, 39–40.

SIEGE UND NIEDERLAGEN:  
DER SLOWAKISCHE WIRTSCHAFTSNATIONALISMUS  
VOR 1918

Von Roman Holec

*What is more, a deeper analysis of the history of nationalist ideologies and movements justifies the hypothesis that ... the phenomenon referred to as economic nationalism is a very peculiar kind of nationalism, and at the same time, its crowning.\**

Die industrielle Revolution, die Industrialisierung und alle sozioökonomischen Auswirkungen, die sie nach sich zogen, trafen in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert auf ein weiteres für diese Periode charakteristisches Phänomen: den Aufstieg des Nationalismus. Einige Autoren, so L. L. Snyder, E. Gellner und andere, betrachten den Nationalismus gar als ein Produkt der industrialisierten Gesellschaft. Im 19. Jahrhundert prägte er die gesellschaftlichen Entwicklungen und beeinflusste auch das Leben einzelner in allen Bereichen. In seinem Namen wurden Menschen in politische Kämpfe geführt und sogar in blutige Kriege getrieben. Auch in der ökonomischen Theorie und Praxis setzte sich der Nationalismus durch. Darin liegt die Tatsache begründet, daß seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts dem wirtschaftlichen Antagonismus in seiner engen Verbindung mit dem zunehmenden Nationalismus auch eine nationale (politische) Dimension zuwuchs und umgekehrt nationale (politische) Konflikte auch in den Bereich der Wirtschaft hinübergriffen. Es entstand der Wirtschaftsnationalismus als ideelle Konstruktion oder Bewegung, in der das Politische und das Ökonomische unter dem gemeinsamen Vorzeichen des Nationalen miteinander verschmolzen. Diese Idee oder Bewegung schlug sich darin nieder, daß einzelne Völker sich ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit bewußt wurden und ihre Bemühungen darauf richteten, sich ökonomisch zu emanzipieren, im Falle der Slowakei vor allem autark zu werden. Hier kann man schon vom Wirtschaftsnationalismus als einem Mittel zum Zweck sprechen, das auf der politisch-ökonomisch-nationalen Solidarität der Angehörigen eines Volkes basierte. Da aber jede Solidarität eine Form von Egoismus darstellt, hat sie immer auch ein konkretes Objekt – den Staat oder das Volk nämlich, gegen das sie sich richtet. Und da jede Aktion gesetzmäßig eine Reaktion hervorruft, hat der Wirtschaftsnationalismus zugleich eine offensive und eine defensive Seite.

Die Habsburgermonarchie als multinationaler Staat bietet nachgerade ideale Laborbedingungen für die Analyse der skizzierten Prozesse. Vereinfacht lassen sich die folgenden zwei Grundmodelle unterscheiden:

---

\* Kofman, J.: How to Define Economic Nationalism? In: Economic Nationalism in East-Central Europe and South America, 1918–1939. Hrsg. von H. Szlajfer. Genf 1990, 20.

1) Die Durchsetzung des nationalen Prinzips in den wirtschaftlichen Beziehungen zweier souveräner Staaten. Hier können die unterschiedlichsten Formen der Außenhandelsbeziehungen mit einem vielfältigen Instrumentarium zu ihrer direkten und indirekten Beeinflussung dominieren.

2) Die Durchsetzung des nationalen Prinzips in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen zwei oder mehreren Völkern, deren ethnische Grenzen sich nicht mit den politischen Grenzen decken. Hier dominiert der innerstaatliche Aspekt. Besonders kompliziert wird die Struktur, wenn ethnische Grenzen im Inneren des Staates die Herrschenden von den anderen trennen.

Für das hier zu behandelnde Thema ist in erster Linie das zweite Modell von Interesse. In einem Land wie der Habsburgermonarchie erfährt das Verhältnis zwischen Wirtschaft und politischem Nationalismus dadurch eine besondere Zuspitzung, daß ein Volk auf Kosten der anderen die Hegemonie innehat oder anstrebt. Die nationale Repression verschmilzt in einem solchen Fall mit der ökonomischen, und umgekehrt wird der Wirtschaftsnationalismus zu einem wichtigen Instrument des national-emanzipatorischen Kampfes auf politischer Ebene. Auch wenn sich ökonomische Prozesse in internationalen Zusammenhängen abspielen, setzt der Wirtschaftsnationalismus immer einen konkreten Gegner voraus, gegen den er gerichtet ist. Von der Qualität der wechselseitigen Beziehungen und dem Maß der Gegensätze hängt es ab, in welcher Form wirtschaftliche Interessen und Nationalismus aufeinandertreffen, welche konkrete Gestalt der Wirtschaftsnationalismus also annimmt. Charakteristisch ist dabei, daß meist der schwächere Partner die treibende Kraft ist und daß in der Regel die politische Dimension des Konfliktes zwischen beiden Völkern die beherrschende Rolle spielt. Wird der Wirtschaftsnationalismus als Waffe im politischen Kampf eingesetzt, so wird der Anschein erweckt, man schütze das Volk und die von ihm bewohnte Region bzw. seinen Staat vor den negativen Auswirkungen von Eingriffen fremder Politik, fremder wirtschaftlicher Interessen und eines fremden Nationalismus. Zugleich ist die Politik des Wirtschaftsnationalismus immer auch darauf ausgelegt, die Folgen von Konflikten zugunsten der unterschiedlichsten eigenen Interessen nutzbar zu machen.

Besonders anschaulich wird dies am Beispiel des Verhältnisses zwischen Österreich und Ungarn, in dem die Konflikte um die innere Zollgrenze immer wieder eskaliert sind und das in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts durch Kossuths Schutzverein belastet wurde, ein Instrument des Boykotts, der als charakteristische Erscheinungsform des Wirtschaftsnationalismus gelten kann. Diese Konflikte konnten weder die Aufhebung der Zollgrenze nach der Niederschlagung der Revolution in Ungarn noch der österreichisch-ungarische Ausgleich beenden. Mit dem zunehmenden Willen, an der politischen Macht teilzuhaben, wuchs in Ungarn das Gefühl, ökonomisch diskriminiert zu werden, das seinen Grund in der realen wirtschaftlichen Unterentwicklung Transleithaniens im Vergleich mit Cisleithanien hatte. Konkret äußerte sich dies in den wirtschaftlichen Ausgleichsverhandlungen, die regelmäßig alle zehn Jahre die Stabilität des Staates erschütterten, in verschiedenen desintegrativen Maßnahmen Ungarns im Bereich der Steuer-, Handels- und Industriepolitik, aber auch in Boykottkampagnen gegen Österreich wie der sogenannten Tulpenbewegung des Jahres 1906

(so benannt nach der tulpenförmigen Herkunftsmarke auf ungarischen Produkten). Die Monarchie wurde in den letzten Jahrzehnten ihrer Existenz von einer chronischen innenpolitischen Krise geschüttelt, von ungarischer Seite durch immer neue Übergriffe des Wirtschaftsnationalismus virulent gehalten und auf die Spitze getrieben. Von den Politikern wurde der Wirtschaftsnationalismus ebenso oft ins Feld geführt wie politische Argumente von den Wortführern der Wirtschaft.

Die Stellung der Slowaken als eines nationalpolitisch, sozial und ökonomisch unterdrückten Volkes war unter den Bedingungen der Habsburgermonarchie bzw. Ungarns noch weitaus komplizierter, ihre realen Möglichkeiten zur politischen und wirtschaftlichen Entfaltung auch räumlich weitaus enger begrenzt. Dabei mußten sie zusätzlich noch der magyarischen Politik Widerstand leisten, die ihnen grundsätzlich eine eigene nationale Identität absprach und die in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens jedes legale wie auch rechtswidrige Mittel nutzte, um sie zu diskriminieren. Dieser ungleiche Kampf wurde vor allem in der politischen Arena geführt. Auf dem Feld der Wirtschaft waren die Slowaken als der schwächere von beiden Gegnern von vornherein benachteiligt und zur Niederlage verurteilt. Die Ursachen müssen vor allem in der ökonomischen Schwäche der Slowaken gesehen werden. Die ersten Anzeichen für einen slowakischen Wirtschaftsnationalismus lassen sich schon in der Publizistik L'udovít Štúrs, im Wirtschaftsentwicklungsprogramm der slowakischen Sparkasse von Bries (Brezno) aus dem Jahr 1846 und in der auf den Schutz der eigenen Wirtschaft zielenden Argumentation der Sparkasse von Mošovce aus demselben Jahr ausmachen.

Die Slowaken suchten ihre ökonomische Schwäche schon seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts durch den Aufbau einer genossenschaftlichen Selbsthilfebewegung zu kompensieren. Nur scheinbar paradox gebührt ihnen deshalb zusammen mit England, das damals als „Werkstatt der Welt“ galt, der Primat in der Entwicklung des Genossenschaftswesens.

Dem ersten Aufstieg der Selbsthilfebewegung setzte nach der Niederschlagung der Revolution in Ungarn der Bachsche Neoabsolutismus ein Ende. Erst die Liberalisierung in den sechziger Jahren eröffnete neue Möglichkeiten für die Entwicklung verschiedener Typen von Genossenschaften und für die Durchsetzung der nun immer häufiger erhobenen Forderungen nach der Organisation des Handels, der Industrie und der Gewerbe in nationalem Rahmen. Im österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 wurden die jeweiligen Einflusssphären innerhalb des Staates abgesteckt. Für die Slowaken bedeutete der Ausgleich, daß sie nun wieder verschärfter nationaler Repression unterworfen wurden. So war es keineswegs Zufall, daß in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, als die ungarische Obrigkeit trachtete, die *Matica slovenská* und die slowakischen Gymnasien zu liquidieren, zugleich versucht wurde, die letzten Antialkoholvereine zu zerschlagen, und auch Kampagnen gegen viele Kredit- und Konsumgenossenschaften geführt wurden. Durch die Zerstörung dieser Strukturen sollte nicht nur ein Anwachsen der Wirtschafts- und Kapitalkraft der Slowaken unterbunden werden, sondern auch die – als Bedrohung empfundene – nationale Bewußtseinsbildung, die diese „Brennpunkte des Panslawismus“ im Rahmen ihrer vielfältigen Aktivitäten nicht nur fördern konnten, sondern erklärtermaßen auch sollten. In dieser Haltung wurden viele Vertreter der Staatsverwaltung etwa dadurch bestärkt, daß während der Vollversammlung der *Matica slovenská* im August

des Jahres 1870 in Turčiansky Sv. Martin (weiter nur Martin) deren Ehrenvizevorsitzender Jan Francisci eine außerordentliche Sitzung der Repräsentanten der Kreditgenossenschaften einberief, auf der hervorgehoben wurde, daß die Gründung einer Dachorganisation sowie einer Zeitschrift, die die gemeinsamen Interessen vertreten sollte, unumgänglich sei. Solche Bemühungen um Integration und die offensichtliche Politisierung bzw. Nationalisierung von Vereinen, die ursprünglich rein wirtschaftliche und soziale Ziele verfolgt hatten, wollten und konnten die Magyaren nicht zulassen.

Die Ebene, auf der der slowakisch-magyarische Antagonismus Formen des Wirtschaftsnationalismus annahm, war zunächst die der Genossenschaften, des Finanzwesens und des Handels sowie der Industrie, wo die ersten Aktiengesellschaften gegründet wurden.

Am Beispiel der Genossenschaften läßt sich die Doppelzüngigkeit des herrschenden Regimes demonstrieren. Auf der einen Seite wurden ein Interesse des Staates an den Genossenschaften und die Bereitschaft, sie zu unterstützen, deklariert, auf der anderen Seite wurden legislative Maßnahmen getroffen, die diese Haltung Lügen strafte. 1875 wurde das Handelsgesetz Nr. XXXVII./1875 als erste und bis 1918 wichtigste Rechtsnorm für das Genossenschaftswesen verabschiedet. Das Gesetz schuf einerseits die Rechtsgrundlage für die Gründung und Verbreitung von Genossenschaften aller Typen, doch zugleich komplizierte es erheblich den Rechtsstatus bereits bestehender Genossenschaften. Es zwang sie, verschiedene Umstrukturierungsmaßnahmen zu ergreifen, die sie nicht immer bewältigen konnten und in vielen Fällen auch nicht bewältigt haben. Es ging um die Vereinheitlichung der Statuten, um das Verbot, Einlagen von Nichtmitgliedern anzunehmen, wodurch einseitig Banken und Sparkassen bevorteilt wurden, und weitere Beschränkungen. Zulassungsverfahren slowakischer Genossenschaften wurden künstlich in die Länge gezogen, und Schikanen gegen ihre Funktionäre waren an der Tagesordnung. Darüber hinaus wurde innerhalb kurzer Zeit der Steuersatz für die Genossenschaften erhöht, Behörden legten ihnen Steine in den Weg, vor allem wenn ihre Agenda in slowakischer Sprache geführt wurde, und sogar von seiten der Kirche wurde zunehmend Druck ausgeübt: Priestern, die sehr häufig die Initiatoren der Selbsthilfebewegungen gewesen waren, wurde verboten, auf diesem Gebiet irgendwelche weiteren Aktivitäten zu entfalten. Wie Pilze nach dem Regen vermehrten sich zudem verschiedene Konkurrenzbetriebe, die alle erdenkliche Unterstützung seitens der staatlichen Verwaltung genossen. Die Folge dieses systematischen Drucks und der allgemeinen Stagnation der slowakischen Nationalbewegung nach dem Jahr 1875 war die nahezu vollständige Paralyse der genossenschaftlichen Selbsthilfeidee.

Noch rücksichtsloser ging die Staatsmacht gegen die ersten slowakischen Aktiengesellschaften vor. Ein charakteristisches Beispiel ist das Schicksal eines Betriebes zur Herstellung von Fässern in Karpfen (Krupina) zu Beginn der siebziger Jahre. Er fiel einer Persekutionskampagne zum Opfer, die die örtlichen Behörden gegen ihn angezettelt hatten. Die ersten slowakischen Geldinstitute mußten wiederum mit systematischer staatlicher Kontrolle und ständiger Diskriminierung fertigwerden. Dies betraf etwa die Sparkasse von Turčiansky Sv. Martin, die 1869 gegründet worden war. Nach ihren Statuten mußte sie dulden, daß ein Beauftragter des zuständigen Ministeriums an allen Sitzungen teilnahm, und ihn über ihre wirtschaftliche Lage und ihre Ge-

schäftsaktivitäten informieren. Der Staat zögerte nicht, in diese direkt einzugreifen. Die *Tatrabanka* in Martin, die die Patrioten und Unternehmer aus den Komitaten Turocz (Turiec), Liptau (Liptov) und Arva (Orava) als Flaggschiff der slowakischen Finanzwirtschaft, als deren zentrale und kapitalstärkste Institution gründen wollten, wurde zur Zielscheibe scharfer Attacken seitens der Staatsmacht. Diese entsprangen der Furcht vor dem Aufstieg des slowakischen Kapitals und aus der Überzeugung, daß es sich um ein „panslawisches“ Unternehmen handle, das es mit allen Mitteln zu verhindern gelte. Nachdem alle gesetzlichen Mittel und auch die Möglichkeiten von Verfahrensverzögerungen erschöpft waren, kamen Maßnahmen zum Zuge, die sich an der Grenze von Recht und Gesetz bewegten. Die *Tatrabanka* sollte nach den Peripetien, die sich fast ein Jahr lang hingezogen hatten, im August 1885 ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen, doch der zuständige Staatskommissar ließ die Protokollierung der Firma im amtlichen Mitteilungsblatt aussetzen, wodurch er wiederum der staatlichen Bürokratie Zugriffsmöglichkeiten eröffnete. Es handelte sich nicht um einen eigenmächtigen Schritt; vielmehr war es der Ministerpräsident Koloman Tisza selbst, der hinter den Kulissen die Fäden zog. Das Handelsministerium nahm sämtliche schriftlichen Unterlagen an sich und forderte eine Stellungnahme des Justizministeriums an, von der alles Weitere abhängen sollte. Die Angelegenheit kam ins Stocken, und auch die zahlreichen Deputationen, Interventionen und Zuschriften an höchste Stellen halfen nicht. Erst als die Ministerien die gesetzliche Frist überschritten hatten, innerhalb deren die Angelegenheit hätte erledigt sein müssen, erreichte eine Deputation, bestehend aus dem Direktor der Bank Rudolf Krupec und dem Verwaltungsratsmitglied Ján Milec bei Tisza einen nennenswerten Schritt vorwärts, freilich um den Preis eines schwerwiegenden Zugeständnisses. Tisza forderte Garantien in bezug auf die Besetzung der Ämter des Vorsitzenden und des Vizevorsitzenden der Bank, deren Wahl vom zuständigen Ministerium bestätigt werden sollte, bevor sie wirksam wurde. Die nötigen Änderungen der Statuten unterwarfen die Bank der staatlichen Kontrolle in einem Maße, wie es bei keinem anderen Geldinstitut der Fall war. Die *Tatrabanka* konnte erst 1886 ihre Tätigkeit aufnehmen.

Man könnte eine ganze Reihe von Beispielen dafür anführen, wie unter dem Deckmantel des Wirtschaftsnationalismus bewußt und unverhüllt nicht nur der deklarierte wirtschaftliche Liberalismus unterlaufen wurde, sondern sogar gültige Rechtsnormen. Die Vorbereitungen zur Eröffnung einer Filiale der *Tatrabanka* in Prešov 1909 lösten eine hysterische Abwehrkampagne seitens der örtlichen Behörden und der Presse aus, die Filiale der *Ludová banka* (Volksbank) aus Neustadt an der Waag (Nové Mesto nad Váhom) in Vrbové wurde Ende März 1911 Zeuge eines gewaltsamen Raubes von Lohngeldern durch Gendarmen, und Michalovce erlebte 1913 einen regelrechten psychologischen Krieg gegen eine neue Filiale der Budapester *Ústredná banka* (Zentralbank) mit Protestversammlungen, Hetzflugschriften usw. Lösungen für diese Konflikte mußten die Slowaken bei den höchsten Instanzen von Gesetzgebung und Exekutive einfordern, und das obwohl sich die beschriebene Persekution mit deren stillschweigendem Einverständnis abspielte.

Es war kein Zufall, daß viele der politisch diskriminierenden Entscheidungen der Legislative und Exekutive ökonomisch motiviert waren und daß dennoch Verwaltungsorgane immer wieder nach noch größeren politischen Eingriffen seitens des Staa-

tes in wirtschaftliche Prozesse verlangten. Die ökonomische Dimension der nicht-magyarischen nationalemanzipatorischen Bestrebungen betrachtete die Regierung als außerordentlich gefährlich, da sie sich unmittelbar auch auf der politischen Ebene auswirkte.

Daß man den angeführten Beispielen zum Trotz behaupten kann, daß der magyarischeslowakische Antagonismus gerade im Bereich der Wirtschaft besonders erbittert und zugleich besonders ausgeglichen war, hat mehrere Gründe. Den Slowaken gelang es immer wieder, in den Maßnahmen der Regierung zur Liberalisierung der Wirtschaft und zur Förderung der Industrialisierung Spielräume gesetzlicher wie praktischer Natur zu finden, um ihre Bestrebungen zu realisieren. Ebenso gelang es ihnen, wenn auch in begrenztem Maße, Kapital aus eigenen Quellen zu akkumulieren, aber auch z. B. aus den USA, wo sich eine zahlreiche Kolonie slowakischer Emigranten bildete. In den neunziger Jahren begannen sie von neuem, die Selbsthilfeidee der Genossenschaftsbewegung durchzusetzen, und in derselben Zeit wurde auch die tschechisch-slowakische Zusammenarbeit in der Wirtschaft neu belebt, die sich schon früher für die slowakischen Bemühungen um ökonomische Emanzipation als nützlich erwiesen hatte.

In der Mitte der sechziger Jahre, als die staatsrechtliche Ordnung im Habsburgerreich neu geregelt wurde, war das tschechisch-slowakische Verhältnis merklich abgekühlt. Jeder von beiden Partnern verfolgte sein eigenes politisches Konzept, so daß zahlreiche Mißverständnisse und Konflikte aufbrachen. Nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich kamen deshalb Kontakte und die ersten Schritte zu einer tschechisch-slowakischen Zusammenarbeit nur langsam und zögerlich in Gang. Die tragende Rolle fiel dabei den wirtschaftlichen Beziehungen zu, auch wenn sie zunächst nicht zahlreich waren. Aufgrund der realen Gegebenheiten und Möglichkeiten gestaltete sich die wechselseitige Zusammenarbeit zumeist als tschechische Hilfe an die Slowakei, wobei jedoch auf theoretischer Ebene beide Seiten ihre gemeinsamen Aktivitäten als gemeinsame Interessen im Sinne des Wirtschaftsnationalismus deklarierten und auch praktizierten. Dadurch wuchs der Wirtschaft in der Praxis die Bedeutung eines politischen Schauplatzes zu. Das tschechische Engagement in der slowakischen Wirtschaft wurde zwangsläufig zu einem Faktor in den politischen Kämpfen und sogar zu deren Gegenstand. Eines der ersten Beispiele dieses neuen Phänomens in den tschechisch-slowakischen Beziehungen war die Tätigkeit und das Schicksal des Prager Versicherungsinstituts *Slavia* in der Slowakei bzw. in Ungarn.

In die Slowakei war das Unternehmen gegen Ende der siebziger Jahre mit dauerhafterem Erfolg durchgedrungen, als es gezielt die Expansion in die slawischen Teile der Monarchie betrieb. Mit der Parole der „slawischen Wechselseitigkeit“ suchte es den Aufschwung des nationalen und slawischen Empfindens auszunutzen, um der tschechischen Versicherung wohlwollende Aufnahme in der Slowakei zu sichern. Damit schlug es zugleich eine Bresche für die künftige Expansion des tschechischen Kapitals, das vorrangig in ebendiese Richtung drängte.

Während man das Versicherungsinstitut *Slavia* in Ungarn mit Mißtrauen, ja sogar mit Besorgnis betrachtete, wurde es in der Slowakei mit offenen Armen willkommen geheißen. Im ranghöchsten Repräsentanten der *Slavia*, dem Grafen Jan O. Harrach, sah man in der Slowakei vor allem das ehemalige Mitglied der *Matica slovenská* und

einen großen Freund der Slowaken, der nicht zögerte, bis nach Martin zu reisen, um die slowakischen Vertrauensleute der Prager Versicherungsanstalt zu treffen. Auch die praktischen Schritte und Aktivitäten von Jan Koutek, dem Hauptvertreter der Slavia in Martin, erweckten erfolgreich den Anschein, als sei die *Slavia* bemüht, mit ihren wirtschaftlichen Interessen auch nationalpolitische Ziele zu verbinden. Viele bedeutende slowakische Patrioten arbeiteten in verschiedenen Städten, Gemeinden und Regionen der Slowakei für die *Slavia*, in der Überzeugung, sich für die Prosperität eines Unternehmens des tschechischen Brudervolkes zu engagieren und zugleich eigene slowakische Ziele zu verfolgen. Sie erwarteten von der *Slavia* nicht nur seriöses Geschäftsgebaren im lukrativen Versicherungsgeschäft, das auf diese Weise fremden Händen entrissen werden sollte, sondern sie verließen sich – getäuscht durch die slawische Maske der *Slavia* – auch darauf, daß das Unternehmen im Gegenzug die Slowaken und ihren Kampf um nationale Emanzipation materiell unterstützen würde. Vor allem die letztere Erwartung gedachte die Prager Zentrale der *Slavia* freilich keineswegs zu erfüllen oder allenfalls indirekt durch Schalten von Anzeigen in slowakischen Zeitungen und Abonnements, Zusammenarbeit mit slowakischen Banken und Aufträge an slowakische Druckereien. Auf keinen Fall wollte sie sich aber in die politischen Kämpfe hineinziehen lassen, was in internen Verordnungen eindeutig erklärt wurde.

Es wäre naiv, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß das slawische Programm der *Slavia* und die Ideen des Wirtschaftsnationalismus, die man mit Parolen wie *Svoj k svému* (Jeder zu den Seinen) und der Kampagne für „unsere“ Versicherungsanstalt durchzusetzen suchte, unter den Bedingungen, wie sie in Ungarn bzw. der Slowakei herrschten, ein Politikum waren – wenn wir nicht wüßten, daß es schlicht darum ging, sich mit Hilfe der Slowaken auf dem slowakischen Versicherungsmarkt zu etablieren. Von dem Unternehmen war es naiv, nicht mit Widerstand seitens der Slowaken wie auch seitens offizieller staatlicher Stellen zu rechnen. Es war nur eine Frage der Zeit, bis dem Versicherungsinstitut von der einen Seite das allzu geringe Engagement für die nationalpolitischen Interessen vorgeworfen wurde und von der anderen Seite Aktivitäten, die sich nicht mit der üblichen Tätigkeit eines Geldinstituts vertrugen. Der Wirtschaftsnationalismus, der das Unternehmen, als es in den ungarischen Markt durchzudringen versuchte, in dem Glauben bestärkte, daß er sich zu seinen Gunsten auswirken würde, ohne es zu politischem Engagement zu zwingen, wirkte sich für die *Slavia* am Ende negativ aus. Die Magyaren betrachteten die Tätigkeit des Versicherungsinstituts nämlich auf dieselbe Weise wie die Slowaken, nämlich ausschließlich durch die politische Brille. Angesichts des herrschenden Antagonismus konnte das Prager Versicherungsunternehmen nicht beiden Seiten gerecht werden und am Ende nicht einmal einer Seite allein. Die farblose, apolitische Haltung konnte die *Slavia* nicht vor Persekutionskampagnen von ungarischer Seite bewahren, und sie verhalf ihr auch nicht dazu, Sympathien und Unterstützung in slowakischen Kreisen zu gewinnen, die sie doch mit großen Hoffnungen aufgenommen hatten. Das Unternehmen fand sich zwischen zwei Mühlsteinen wieder, und es war immer weniger in der Lage, auch nur eines von beiden Lagern seiner Kritiker zufriedenzustellen.

Konzeptionelle Meinungsverschiedenheiten und die enttäuschten Hoffnungen der Slowaken mündeten in eine ganze Reihe von Konflikten mit der Führung der *Slavia*

und ihren Repräsentanten aus. Diese Auseinandersetzungen waren Wasser auf die Mühlen aller Gegner tschechisch-slowakischer Zusammenarbeit, ob aus politischen oder aus ökonomischen Gründen. Schließlich demonstrierte die Causa des Versicherungsinstituts *Slavia* eindrucksvoll die unterschiedlichen Ausprägungen des Wirtschaftsnationalismus: die aggressive, wie sie die ungarischen Behörden und kirchlichen Kreise mit ihren rücksichtslosen Kampagnen betrieben, die defensive, wie sie sich in den Vorstellungen der Slowaken von materieller Unterstützung für ihren Kampf um nationale Emanzipation äußerte, bis hin zu dem gezielten Mißbrauch, wie ihn die *Slavia* unter der Flagge der slawischen Wechselseitigkeit betrieb.

1885 war das Versicherungsunternehmen unter dem Druck ungarischer Staatsorgane gezwungen, sich offiziell und „freiwillig“ vom Territorium der Stephanskronen zurückzuziehen. Die Slowakei hatte es aus taktischen Gründen schon früher verlassen, aber nicht einmal das hatte es vor feindseliger Hysterie bewahren können.

Das Ende des 19. Jahrhunderts brachte tiefgreifende Veränderungen in der wirtschaftlichen und politischen Situation der Monarchie und Ungarns mit sich. Sie wirkten sich auch in der Slowakei aus, wo die nationalemanzipatorische Bewegung in eine neue Phase eintrat. Im Bereich der Wirtschaft wuchsen die Ambitionen der slowakischen Nationalökonomien und Unternehmer. Je kühner ihre Projekte und je zielbewußter ihre konkreten Bemühungen wurden, desto mehr nahm auf Seiten der Staatsmacht die Furcht vor dem wirtschaftlichen Aufstieg der slowakischen Nationalbewegung zu, der sich unzweifelhaft auch politisch ausgewirkt hätte. Dies war der wichtigste Antrieb des aggressiven ungarischen Wirtschaftsnationalismus, der wiederum bei den Slowaken einen Abwehrreflex in Form einer ökonomisch-nationalistischen Gegenbewegung auslöste. Jede der beiden gegeneinander stehenden Seiten entwickelte eine eigene Argumentation, die als Deckmantel – Begründung oder Rechtfertigung – für politische oder wirtschaftliche Maßnahmen und Schritte dienen sollte.

Die slowakische Publizistik, slowakische Unternehmer und Nationalökonomien eigneten sich rasch die Parole des tschechischen Wirtschaftsnationalismus *Svíj k svému* an. So richtete der bekannte Hersteller landwirtschaftlicher Maschinen, Michal Treskoň aus Bytča, in Werbeanzeigen folgenden Aufruf an potentielle Kunden: „Landmaschinen braucht man heute nicht mehr teuer im Ausland oder bei feindlichen Firmen zu kaufen, denn meine Produkte haben beachtliche Vollkommenheit erreicht . . . es sind von slowakischer Hand gefertigte Maschinen, Produkte einheimischer Industrie, und deshalb verdienen sie die besondere Aufmerksamkeit eines jeden, dem die Entwicklung der slowakischen Industrie am Herzen liegt.“<sup>1</sup> Die allgemein bekannte slowakische Prägung des Betriebs von Michal Treskoň nutzte das Landmaschinenbauunternehmen Wichterle aus dem mährischen Proßnitz (Prostějov), um mit dessen Hilfe, unter slowakischem Etikett, erfolgreich mit seinen Produkten in den slowakischen Markt vorzudringen. Offenbar war hier, wie in etlichen weiteren Fällen, aus Furcht vor einem Einschreiten durch ungarische Behörden dem slowakischen Wirtschaftsnationalismus der Vorzug vor der Propagation der tschechisch-slowakischen Wechselseitigkeit gegeben worden.

<sup>1</sup> Nach den Anzeigen im Evangelischen Kalender für das Jahr 1904 und in den *Národné noviny* 1885.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gewannen die Slowaken für ihre unternehmerischen Aktivitäten einen wichtigen Verbündeten: das tschechische Kapital und tschechische Unternehmer, die nun, in einer Zeit des tschechischen wirtschaftlichen Aufschwungs, quasi auf den Spuren der Versicherungsgesellschaft *Slavia* außerhalb Böhmens expandierten. Daß die Banken und Unternehmer die slawischen Regionen der Habsburgermonarchie bevorzugten, begründeten sie mit nationalpolitischen Argumenten, wie der Idee der slawischen Wechselseitigkeit bzw. dem Neoslawismus und mit Argumenten politisch-ökonomischen Charakters. So betonten sie die Notwendigkeit der Zusammenarbeit unter den unterdrückten Völkern der Monarchie auch im Bereich der Wirtschaft. Eine große, sogar die wichtigste Rolle spielte zweifellos der rein unternehmerisch-ökonomische Aspekt: Die tschechischen Geldinstitute konnten in Regionen, wo akuter Kapitalmangel herrschte und zugleich Arbeitskräfte wie auch Rohstoffe billig zu haben waren, hohe Gewinne erzielen.

In der Slowakei wurde das Vordringen des tschechischen Kapitals unzweifelhaft anders aufgenommen als etwa in Galizien, Dalmatien, Kroatien oder anderswo. In den neunziger Jahren, jenem Zeitraum, in dem dieses Phänomen seine Wurzeln hat, erlebte die slowakische Gesellschaft tiefgreifende qualitative Veränderungen, die in zahlreiche politische und wirtschaftliche Aktivitäten ausmündeten. Begleitet wurden diese freilich von wachsendem antislowakischem Druck seitens lokaler wie auch staatlicher Verwaltungsorgane und von der immer aggressiveren Nationalitätenpolitik der Regierung. Dank des starken Bewußtseins der tschechisch-slowakischen Wechselseitigkeit und der regen Kontakte praktisch in allen Lebensbereichen wurden die tschechisch-slowakischen Beziehungen zu einer der vitalsten Alternativen für die Zielrichtung des nationalemanzipatorischen Kampfes. Die 1896 gegründete *Československá jednota* (Tschechoslawische Union) und ihre Aktivitäten bildeten – nach Jahren der Suche nach einer eigenen Konzeption – einen guten Rahmen für die Organisation und Koordination der Zusammenarbeit in der Nationalökonomie. In der Slowakei wurde sie vor allem von dem liberalen Kreis um die Zeitschrift *Hlas* und von den Nationalökonomien und Finanzexperten der jungen Generation unterstützt.

Die Meinungen über das tschechische Kapital und seine Rolle in der Slowakei gingen freilich auseinander. Vereinzelt hieß es, so von Štefan Janšák, daß „die ökonomische Annäherung, bei der es ja nur um den materiellen Aspekt geht und die im Grunde nur durch den beiderseitigen materiellen Vorteil motiviert ist, keinen Altruismus und keine Selbstaufopferung zuläßt, wie es im kulturellen Bereich eher möglich ist ... In den wirtschaftlichen Beziehungen würden altruistische Opfer der Sache eher schaden, sie sogar schon im Keim ersticken, weil sich der Gebende rasch erschöpfen und der Nehmende demoralisiert würde.“<sup>2</sup> Eine andere Ansicht – und man muß sagen, daß diese in der slowakischen Gesellschaft vorherrschte – vertrat der Bankier und Unternehmer Július Markovič. Im Jahre 1911 hielt er Repräsentanten des tschechischen Kapitals in Luhatschowitz (Luhačovice) vor, daß ihr Engagement in der Slowakei „ausschließlich vom Geist des Bankgeschäfts beherrscht wird, vom Geist der Berechnung und Ausbeutung, also von einem Geist und einer Zielrichtung, die zwar vom

<sup>2</sup> Janšák, Š: *Agrárna otázka a československá vzájemnosť* [Die Agrarfrage und die tschechoslowakische Wechselseitigkeit]. *Průdy* 5, Nr. 9–10, Juli-August 1914 (Mai 1919), 402–403.

Standpunkt des Bankwesens aus vollkommen korrekt ist, aber nicht geeignet, brüderliche Beziehungen auf der Grundlage rassischer oder ethnographischer Wechselseitigkeit anzuknüpfen.“<sup>3</sup> Er forderte altruistische, aus der tschechisch-slowakischen Wechselseitigkeit entspringende Hilfe. Sogar etliche Funktionäre der *Československá jednota* stimmten ihm bereitwillig zu und unterstützten seine Argumente. Freilich waren es solche, die weder den nötigen Einfluß hatten noch über hinreichende finanzielle Mittel verfügten. Das tschechische Kapital hatte freilich seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts seine eigenen Prioritäten.

Da die Aktivitäten einzelner tschechischer Banken nicht den Erwartungen von slowakischer Seite entsprachen, waren viele enttäuscht, und es entstanden Konflikte und Meinungsverschiedenheiten, die sich dann auch in den Ergebnissen einer Umfrage über die tschechisch-slowakische Wechselseitigkeit niederschlugen, die die Zeitschrift *Průdy* vor dem Ersten Weltkrieg veranstaltete. Auf slowakischer Seite wurde in vielen Stellungnahmen scharfe Kritik an den Praktiken der tschechischen Geldinstitute gegenüber ihren slowakischen Partnern geäußert. Dahinter stand nicht nur die Forderung nach einer altruistischen Haltung des Reicheren gegenüber dem weniger Entwickelten, sondern mehr noch Vorwürfe, die Fusionen des tschechischen Kapitals mit dem ungarischen, höhere Kreditkosten und die Reeskomptierungspraxis zum Gegenstand hatten – Geschäftspraktiken der Tschechen, durch die die Slowaken nicht selten offen diskriminiert wurden.

Alle Beiträge zu der Umfrage enthalten von verschiedenen Standpunkten aus vorgebrachte Stellungnahmen zum Verhältnis zwischen wirtschaftlichen und nationalen Belangen. Die tschechische Finanzwirtschaft neigte in bezug auf die Slowaken eher dazu, vor dem Hintergrund der nationalen Unterdrückung und des unterschiedlichen Entwicklungsgrades in sozioökonomischer Hinsicht den wirtschaftlichen Aspekt in den Vordergrund zu rücken. Die Slowaken dagegen maßten auch auf dem Gebiet der Wirtschaft ausschließlich dem nationalen Aspekt Bedeutung bei; für sie war der Wirtschaftsnationalismus typisch.

Am markantesten schlugen sich diese widersprüchlichen Haltungen 1902–1903 im Kampf um die Zellulose-Fabrik von Martin nieder, die das größte Objekt der tschechisch-slowakischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit war. In diesem Konflikt spielte das größte tschechische Geldinstitut, die *Živnostenská banka*, eine besonders unrühmliche Rolle. Sie nutzte den Umstand aus, daß die Bedingungen ihrer – n. b. nur widerwillig eingegangenen – Beteiligung an dem Projekt nicht vertraglich festgelegt worden waren, und forderte von der Verwaltung der Zellulose-Fabrik 1 % Zinsen auf das Kapital, das diese bei der Zentrale und den Filialen der Bank aufgenommen hatte. Für die *Živnostenská banka* ging es um die unbedeutende Summe von 6219 Kronen. Der Unternehmer und Finanzier Vladimír Makovický appellierte vergeblich an die proklamierte tschechisch-slowakische Wechselseitigkeit und erinnerte an die Bedeutung, die die Fabrik für die Öffnung des slowakischen Territoriums für tschechisches Kapi-

<sup>3</sup> Markovič, J.: Vývin slovenského peňažníctva ... zo stanoviska česko-slovenskej jednoty [Die Entwicklung der slowakischen Finanzwirtschaft ... vom Standpunkt der tschechoslowakischen Einheit]. Slovenský peňažník 4, Nr. 2–4 vom 20. 2., 20. 3. und 20. 4. 1912 (Zitat: Nr. 3).

tal hatte. In dieser Zeit schrieb er nach Prag: „Auch wenn mir bewußt ist, daß man Geschäfte nicht aus Nächstenliebe macht und daß Sie keine Rücksicht auf andere als Ihre eigenen Interessen nehmen können, so denke ich doch, daß Sie, sofern es den Interessen Ihres Institutes nicht entgegensteht, uns wenigstens soweit entgegenkommen könnten, uns zwar keine Ausnahmeregelung einzuräumen, aber uns genauso zu behandeln wie andere Betriebe.“ Makovický spielte darauf an, daß es zu jener Zeit üblich war, allenfalls ¼ % auf aufgenommenes Kapital zu verlangen<sup>4</sup>.

Die *Živnostenská banka* gab nicht nach, sondern setzte ihrem ausgesprochen geschäftstüchtigen Gebaren noch die Krone auf, indem sie zusagte, die Provision auf ½ % zu reduzieren – unter der Bedingung, daß der Auftrag für die Installation der elektrischen Anlagen in der Zellulose-Fabrik der Prager Elektrotechnischen Aktiengesellschaft Kolben & Co. erteilt würde, die sie selbst gegründet hatte. Die Verwaltung der Zellulose-Fabrik wollte den Auftrag eigentlich der Gesellschaft *Helios* aus Sillein (Žilina) geben, an der mehrheitlich slowakisches Kapital beteiligt war. An diesem Beispiel wird sichtbar, daß die Kehrseite dieses Projektes, das vordergründig von erhabenen nationalen Motiven getragen war, harter Kampf um Gewinne bildete. Der lukrativste Auftrag ging am Ende an das bekannte Unternehmen *Ganz* in Budapest. Die Verwaltung der Zellulose-Fabrik, einschließlich ihrer tschechischen und mährischen Mitglieder, verfolgte damit offenbar pragmatisch die Absicht, ihre Attraktivität und ihr Renommee in ungarischen Industriekreisen zu erhöhen und sich zugleich die Möglichkeit zu eröffnen, von den ungarischen sog. Industriegesetzen zu profitieren und Steuererleichterungen oder Nachlässe auf Transportkosten zu erhalten. Vorerst freilich stand die mit modernster Technik ausgestattete neue Fabrik still und wartete auf die Betriebsgenehmigung. Ein bemerkenswertes, wenn auch erfolgloses Kapitel war der Versuch eines slowakisch-ungarischen Konsortiums aus der Region Arwa, Aktien aus tschechischem Besitz aufzukaufen und die Zellulose-Fabrik als ein slowakisch-ungarisches Gemeinschaftsprojekt zu deklarieren, um die Erteilung der Konzession zu beschleunigen.

Der Kampf um die Zellulose-Fabrik mit seinem tragischen Ausgang, als sich das ungarische Kapital des Unternehmens bemächtigte, hat die tschechisch-slowakischen Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiet bis 1918 negativ beeinflusst. Auf slowakischer Seite nahm der Wirtschaftsnationalismus noch merklich zu, und das allgemeine Interesse an wirtschaftlichen Fragen erhöhte sich deutlich. Auf tschechischer Seite bewirkte diese Lektion freilich etwas anderes: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde nicht mehr offen und konzentriert betrieben, sondern spielte sich eher verdeckt und verteilt auf viele Kleinprojekte ab.

Auch in den folgenden Jahren gestaltete sich das Vordringen des tschechischen Kapitals in die Slowakei wenig idyllisch. Die auf verhältnismäßig breiter Basis betriebene Kreditpolitik verschiedener tschechischer Banken war begleitet von peinlich genauer Kontrolle der Geschäfte bestimmter slowakischer Geldinstitute und Aktien-

<sup>4</sup> Schreiben V. Makovickýs an die *Živnostenská banka* vom 22.4.1902. Slovenský národný archív Bratislava, V. Makovický, Karton 21, Inv. Nr. 16, II/3a, T-Ž (Továrňa na cellulosu [Zellulose-Fabrik]), 916. – S. dazu auch das Schreiben der *Živnostenská banka* an V. Makovický vom 16.4.1902. E b e n d a 921.

gesellschaften. Besonders aktiv war in dieser Hinsicht die *Živnostenská banka*. Das zunächst partnerschaftliche Verhältnis wandelte sich zu einem hierarchischen; alle geschäftlichen Vorhaben mußten in Prag zur Genehmigung vorgelegt werden. Diese Praxis führte zu Konflikten, die vereinzelt sogar von der Presse aufgegriffen wurden; sie wurde politisiert und erwies der gesamten tschechisch-slowakischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit so letztlich einen Bärendienst. In der Regel wurden Konflikte jedoch unter der Decke gehalten, und die Repräsentanten der slowakischen Banken akzeptierten mehr – wie Vladimír Makovický an der Spitze der *Úverná banka* (Kreditbank) von Rosenberg (Ružomberok), die vor dem Ersten Weltkrieg das größte slowakische Geldinstitut war – oder weniger bereitwillig – wie Miloš Štefanovič an der Spitze der *Tatrabanka* – ihre Abhängigkeit vom tschechischen Kapital. Allerdings hatte das Mißtrauen der Tschechen erwiesenermaßen gute Gründe, war doch das Geschäftsgebaren slowakischer Betriebe häufig nicht ganz korrekt, von Vetternwirtschaft, Leichtsinns und offensichtlichen Fehlentscheidungen gekennzeichnet. Die Slowaken ihrerseits trugen schwer an den Repressalien, mit denen die Behörden Verbindungen mit tschechischem Kapital ahndeten, obwohl die Zusammenarbeit des ungarischen Kapitals mit dem tschechischen weitaus größere Dimensionen erreichte. Tschechische Banken vergaben an nichtslowakische Unternehmen Kredite oft sogar zu günstigeren Bedingungen als an slowakische.

Die Bemühungen verschiedener Protagonisten der slowakischen nationalemanzipatorischen Bestrebungen wie Milan Hodža, Július Markovič u. a. konzentrierten sich darauf, eine große slowakische Bank im politischen und finanzwirtschaftlichen Zentrum Ungarns, in Budapest, zu gründen. Ein solches Projekt zu realisieren konnte nur mit Hilfe tschechischen Kapitals gelingen. In etlichen vertraulichen und geheimen tschechisch-slowakischen Beratungen traten die Unterschiede und Disproportionen in den jeweiligen Haltungen, Meinungen und taktischen Gesichtspunkten offen zutage. Die Vorwürfe der Slowaken richteten sich vor allem gegen die Ansichten einiger Vertreter der *Živnostenská banka* und einer Gruppe um Alois Rašín, die im gemeinsamen Kampf gegen die Deutschen eine gute Basis für die tschechisch-ungarische finanzwirtschaftliche Zusammenarbeit sah. Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, daß sowohl das Projekt der *Spolková banka* (Vereinsbank) als auch das der *Dunajská banka* (Donau-Bank) scheiterte. Ebenso erwies es sich als ganz logisch, daß jene Aktienbankgesellschaften, die in Budapest unter Beteiligung tschechischen Kapitals entstanden waren (so die *Ústredná banka* [Zentralbank], die *Zemská průmyslová banka* [Landesgewerbebank] und die *Uhersko-česká průmyslová banka* [Ungarisch-tschechische Gewerbebank]), zwar Ziele proklamierten, die sich zum Vorteil des nicht-magyarischen Finanzwesens und besonders des slowakischen auswirken sollten, zugleich aber ihre Geschäfte ausschließlich außerhalb der Slowakei und ihrer wirtschaftlichen Interessenssphäre abwickelten. Im Falle der *Ústredná banka* berührte die pragmatische Geschäftspolitik der tschechischen Unternehmerkreise die Slowaken besonders. Diese Bank hatten nämlich gegen Ende des Jahres 1908 die Slowaken selbst gegründet, wobei sich das Aktienkapital nur auf 200 000 Kronen belief. Es war nicht gelungen, die *Živnostenská banka* in größerem Maße dafür zu interessieren, weil sich in deren Führung inzwischen die Idee durchgesetzt hatte, eine eigene Tochtergesellschaft in der ungarischen Metropole zu errichten, die dann im Juli 1910 tatsächlich

gegründet wurde. Dies führte zu einer Revision der Haltung einer anderen Prager Bank, der *Ústřední banka českých spořitelů* (Zentralbank der tschechischen Sparkassen), die eine Beteiligung zunächst abgelehnt hatte, nun aber dazu überging, die Budapester Bank durch kreditpolitische Maßnahmen an sich zu binden, um sich ihrer schließlich auf der II. ordentlichen Generalversammlung im Februar 1911 im Handstreich zu bemächtigen. Das entscheidende Aktienpaket ging aus slowakischen Händen in ihre Gewalt über, und die Bank wurde praktisch zu einer Filiale des Prager Bankhauses. Die Slowaken verfolgten den Gang der Ereignisse überwiegend mit Unwillen und versuchten noch, als bereits über das weitere Schicksal der *Ústřední banka* entschieden wurde, die Gefahr abzuwenden und die Bank von der drohenden Abhängigkeit zu befreien. Am Ende mußten sie freilich feststellen, daß die *Ústřední banka* „nach und nach ihren ursprünglichen Charakter einbüßt und sich dadurch quasi dem Rahmen entzieht, den wir für unsere Geldinstitute als angemessen betrachten“<sup>5</sup>. Aus Protest gegen diese Entwicklung trat Milan Hodža von seinen Ämtern im Vorstand und im Exekutivausschuß der Bank zurück, und bald darauf wurde auch František Skyčák von seinen verschiedenen Posten in der Führung entfernt.

Die weitere Entwicklung der *Ústřední banka* verlief ähnlich wie die der beiden anderen genannten tschechischen Geldinstitute in Budapest. Ihre rege Geschäftstätigkeit deckte sich nur selten mit den Interessen des slowakischen Lagers, und die wechselseitige Entfremdung wurde zusehends deutlicher. Ab 1913 wurde die *Ústřední banka* dann immerhin zum Finanzzentrum des slowakischen Genossenschaftswesens, als sie das Inkasso der Anteile und der Beitrittsgebühren für Hodžas *Ústředné družstvo pre hospodárstvo a obchod* (Zentralgenossenschaft für Wirtschaft und Handel) übernahm. Das war freilich im Verhältnis zu den Hoffnungen, die man an die „tschechischen“ Banken in Budapest und ihre Aktivitäten geknüpft hatte, kläglich wenig.

Die Zentralgenossenschaft für Wirtschaft und Handel bildete den Gipfelpunkt eines allgemeinen Aufschwungs des slowakischen Genossenschaftswesens, der in der Mitte der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte. In ganz Ungarn veränderte sich in dieser Zeit die Einstellung zur Genossenschaftsbewegung, und nun begann sich sehr energisch auch der Staat darin zu engagieren. Der Staatsmacht war nämlich bewußt geworden, welche wichtige Rolle die Genossenschaften in sozialer und ökonomischer Hinsicht spielten, und nicht zuletzt auch, daß sie eine politische Dimension hatten, waren sie doch das ideale Mittel, um die Landbevölkerung unter Kontrolle zu halten und politischen Einfluß auszuüben. Mit dem Gesetz Nr. XXIII/1898 wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, um von oben Zentralen einzurichten, die die einzelnen Genossenschaften eines bestimmten Typs in ganz Ungarn im „richtigen“, d. h. „patriotischen“ Geiste in Dachorganisationen zusammenfaßten. Wollten die Genossenschaften die Vorteile der Mitgliedschaft in einer Zentrale nutzen, konnten sie sich nur unter besonderen Umständen ihren nationalen Charakter bewahren. Die Existenz außerhalb einer Zentrale bedeutete größere Verwundbarkeit und Diskriminierung im Vergleich mit anderen, überwiegend magyarischen Genossenschaften. Ein großer Teil der slowakischen Genossenschaften, die von nationalbewußten Intellektuellen, vorwiegend Geistlichen, gegründet wurden, trat trotz dieser

<sup>5</sup> Obzor [Horizont]. Slovenský peňažník 3, Nr. 3 vom 15. 3. 1911.

Nachteile keiner der Budapester Zentralen bei, um zu verhindern, daß sie wirtschaftlich ausgebeutet und politisch mißbraucht wurden. So konnten sie es bis zu einem gewissen Grad vermeiden, abhängig zu werden, sich Möglichkeiten für nationales Engagement offenhalten und verhindern, daß sich ihr Kapital in Budapest konzentrierte. Freilich bewahrte sie das nicht vor systematischem Druck und verschiedensten Obstruktionen von seiten des Staates und der Verwaltungsorgane. Nach der Jahrhundertwende waren einzelne slowakische Genossenschaften schon stark genug, um den Repressalien standzuhalten, und sofern es ihnen gelang, von ökonomischen Erschütterungen verschont zu bleiben, wuchs allmählich auch ihre Kapitalkraft. Dennoch hatten sie im Vergleich mit den magyarischen Genossenschaften eine weitaus schlechtere Ausgangsposition.

In der Westslowakei spielte bei der Gründung von Genossenschaften Pavol Blaho eine herausragende Rolle, der dem Kreis um die Zeitschrift *Hlas* angehörte und später Abgeordneter im ungarischen Reichstag wurde. Blaho ging in enger Zusammenarbeit mit mährischen Genossenschaftlern vor. Seine Agitation, publizistische Tätigkeit und andere Aktivitäten gipfelten in der Organisation von sieben sogenannten Bauernkongressen in Skalitz (Skalica). Diese dehnten ihren Einzugsbereich allmählich auch über die westslowakische Region hinaus aus und wurden zum Schauplatz von Begegnungen und Beratungen von Bauern praktisch aus der ganzen Slowakei. Da an diesen Treffen vor allem Bauern der mittleren Schicht teilnahmen, also diejenigen, die das Wahlrecht hatten, kam diesen Foren auch eine beträchtliche politische Bedeutung zu, auch wenn diese für Blaho selbst nicht im Vordergrund stand. Anders verhielt es sich im Falle eines weiteren bedeutenden slowakischen Politikers, des Abgeordneten Milan Hodža, der sich weniger auf die praktische Genossenschaftsarbeit an der Basis konzentrierte als auf Vorhaben politischen Charakters – die Gründung einer nationalen Agrarpartei und die Errichtung einer Genossenschaftszentrale, die die Gründung von Genossenschaften in slowakischen Dörfern und Städten einleiten, ihnen Unterstützung geben und ihre Tätigkeit koordinieren sollte. Die politische Dimension dieser Bemühungen wurde nicht mehr verschleiert. Die horizontal und vertikal gegliederte Organisationsstruktur der slowakischen Genossenschaften war darauf ausgelegt, die ökonomischen Grundlagen für politische Aktivitäten der Slowaken sicherzustellen. 1912 gründete Hodža in Budapest die Zentralgenossenschaft für Landwirtschaft und Handel als Zentrale für das gesamtslowakische Genossenschaftswesen. Sie kontrollierte mehr als dreißig ältere und neugegründete Genossenschaften, und nur der Ausbruch des Ersten Weltkrieges verhinderte, daß ihr auch die zahlreichen Genossenschaften beitraten, die Blaho und seine Mitstreiter in der Westslowakei gegründet hatten.

Im Handel spielte die führende Rolle die *Československá jednota*, die ihre Aktivitäten in der Slowakei mit dem *Vývozní spolek* (Exportverein) und anderen Wirtschaftsinstitutionen in Böhmen und Mähren koordinierte und der es sogar gelungen war, den Tschechischen Nationalrat für ihre Bemühungen zu gewinnen. Dies entsprach dem neuen Wortlaut der Statuten der *Jednota* aus dem Jahr 1903, die auf eine Intensivierung der tschechisch-slowakischen Zusammenarbeit in der Wirtschaft ausgelegt waren, wobei deren politische Tragweite einkalkuliert war. Diese Bestrebungen mündeten 1911 in die Gründung einer nationalökonomischen Sektion innerhalb der *Československá jednota* ein.

Den Anfang der Zusammenarbeit zwischen dem Tschechischen Nationalrat und der *Československá jednota* markierte auch das gemeinsam ausgearbeitete Rundschreiben vom 24. Oktober 1905, das die Gründung eines Informationsbüros im slowakischen Skalitz bekanntgab. Diese Institution sollte auf allen Gebieten tschechisch-slowakische Gemeinschaftsprojekte fördern und koordinieren. In dem Motto „Stärkt die Slowakei wirtschaftlich, und ihr gebt ihr alles, was sie braucht“ formuliert der Leiter des Informationsbüros Pavol Blaho – konzeptionell nicht ganz durchdacht – dessen Ziele. Man kann sie in zwei Gruppen zusammenfassen: 1. die Slowakei für das tschechische Kapital zu öffnen und ihm dort neue Märkte zu erschließen, und 2. den Handel in „unsere“, d. h. slowakische und tschechische Hände zu überführen. Die Umsetzung der genannten Vorhaben sollte darauf hinführen, die Slowakei vom „fremden, feindlichen“ Handel und Gewerbe zu befreien, sie dauerhaft im tschechischen nationalökonomischen Programm zu verankern und ausschließlich mittels dieser wirtschaftlichen Beziehungen den „brüderlichen Bund“ beider Völker zu festigen<sup>6</sup>.

Blahos Ziele waren hoch gesteckt; er plante, sich auf außerordentlich vielen verschiedenen Gebieten zu betätigen; das Informationsbüro sollte in der Slowakei Aufgaben wahrnehmen, die in Böhmen und Mähren eine ganze Reihe verschiedener Institutionen versah. Nach einigen Jahren, in denen das Büro einigermaßen funktioniert hatte, stellte sich heraus, daß eine solche Vielzahl anspruchsvoller Aufgaben die Kräfte eines einzelnen überstieg. Nach der Schließung des Informationsbüros knüpfte an seine Tätigkeit verhältnismäßig erfolgreich die Handelsagentur von Jozef Parížek in Skalitz an. Sie war 1905 entstanden, und sie versorgte seit ihrer Gründung bis zum Ersten Weltkrieg das gesamte Netz der slowakischen Konsumgenossenschaften mit allen möglichen Produkten aus den böhmischen Ländern, und das nicht nur in der Region Záhorie.

Unter dem Einfluß der „Tulpenbewegung“ des Jahres 1906 begann sich auch der slowakische Handel zu politisieren. Die Niederlassung der Prager Firma V. Kordáč in Martin versprach einen „beträchtlichen Teil“ ihres Reingewinns aus dem Verkauf der Slowakischen Museumsgesellschaft zu stiften. 5% des Gewinns aus dem Verkauf von Streichhölzern wollte der Museumsgesellschaft die Rosenberger Firma J. Janček und Sohn stiften, die ihre Streichholzschachteln außerdem mit slowakischen Motiven schmückte. Vom Anfang des Jahres 1906 bis zum 18. November 1909 konnte sie Streichhölzer im Wert von 10986 Kronen verkaufen<sup>7</sup>.

Die Frage der Bildung einer Organisationsbasis für den slowakischen Handel beschäftigte nicht nur Pavol Blaho. 1907 gründete der ehemalige Mitstreiter des *Hlas*-Kreises und Nationalökonom Igor Hrušovský in Bánovce die *Obchodná účastinná spoločnosť* (Handels-Aktiengesellschaft), eine Institution mit eher geringem Kapital,

<sup>6</sup> Flugblatt des Informationsbüros in Skalitz vom 15. 11. 1905. Slovenský národný archív Bratislava, P. Blaho, Karton 14, B II. 107.

<sup>7</sup> Otvorený list (Offener Brief). Slovenský týždenník 4, Nr. 1 vom 5. 1. 1906. – Chýrnik – Slovenské zápalky [Nachrichtenrubrik – Slowakische Streichhölzer]. Národné noviny 37, Nr. 92 vom 7. 8. 1906. – Schriften der Muzeálna slovenska spoločnosť [Slowakische Museumsgesellschaft]. Slovenský národný archív Bratislava, F. Houdek, Karton 30, Inv. Nr. 212/12.

die slowakischen Händlern und Konsumgenossenschaften dennoch mit günstigerem Kredit Einkaufsmöglichkeiten von Gewerbe- und Landwirtschaftserzeugnissen vermitteln konnte. Auch wenn die Organisation der tschechisch-slowakischen Handelsbeziehungen nicht zu ihren Prioritäten gehörte, konnte man damit rechnen, daß sie ihre Tätigkeit auch auf dieses Gebiet ausdehnen würde, sobald sie Fuß gefaßt hätte. Auch das Projekt von Bánovce scheiterte jedoch gegen Ende des Jahres 1909 endgültig am Mangel an den elementaren Voraussetzungen hinsichtlich Kapital und Organisation. Mehrere Versuche, die slowakischen Händler zu organisieren, unternahm ein weiterer ehemaliger Hlasist, Fedor Houdek. Schließlich gelang es ihm kurz vor dem Ersten Weltkrieg, eine Handelssektion innerhalb der Slowakischen Nationalpartei mit Jozef Fábry an der Spitze zu konstituieren. Weitere Aktivitäten verhinderte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Das letzte Vorkriegsprogramm der Slowakischen Nationalpartei von 1913 bedeutete einen Umbruch in ihrer Haltung zu Fragen der Wirtschaft. Es bestätigte, daß der slowakische Wirtschaftsnationalismus auch in den Kreisen von Martin fest verankert war und daß seine Postulate auch offiziell anerkannt wurden. Ein beredtes, wenn auch indirektes Zeugnis legt davon der Umstand ab, daß die Partei im letzten Jahr vor dem Ersten Weltkrieg Papier mit dem Briefkopf des „Sekretariats des Zentralen Abgeordnetenklubs der Slowakischen Nationalpartei“ benutzte. Auf diesen Briefbögen finden sich Aufrufe wie der folgende: „Fordert in Gaststätten slowakische Zeitschriften, fordert von Handwerkern und Händlern slowakische Aushängeschilder und Bedienung in slowakischer Sprache . . . Unterstützt den slowakischen Arbeiter, den slowakischen Handel und das slowakische Gewerbe. Haltet euch konsequent an den Wahlspruch ‚Svoj k svoju!‘, was du erwirtschaftest, lege es beiseite, verwahre es in einer slowakischen Bank, und du hast gleich weniger Feinde.“<sup>8</sup>

Ungeachtet der bescheidenen Siege und der zahlreichen Niederlagen wurde der Wirtschaftsnationalismus zum festen Bestandteil des slowakischen nationalpolitischen Programms. Er blieb es auch, als offenbar wurde, daß es zu Veränderungen der staatsrechtlichen Ordnung in Mitteleuropa kommen würde, obwohl er zeitweilig zugunsten der aktuellen politischen Probleme in den Hintergrund getreten war. Für viele Slowaken lag auf der Hand, daß sie auch im künftigen tschecho-slowakischen Staat die Rolle des schwächeren Partners einnehmen würden, was durchaus politische Auswirkungen haben konnte und dann auch tatsächlich hatte. Die unterschiedlichen Ausgangspunkte im Hinblick auf Politik und Wirtschaft waren denn auch ausschlaggebend für die Entscheidung über die Gesetzentwürfe zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken im künftigen gemeinsamen Staat, die im Sommer 1918 getroffen wurde: den Entwurf des Tschechen Jaroslav Preiss und den des Slowaken Tomáš Tvarožek. Während der tschechische Entwurf Punkt für Punkt von den Finanzexperten der *Živnostenská banka* umgesetzt wurde, verschwand der slowakische in den Tresoren der Verantwortlichen.

Die Wirklichkeit im neugegründeten Staat ČSR bestätigte etliche Befürchtungen der Slowaken. Die ungelösten Konflikte in den wechselseitigen Beziehungen blieben

<sup>8</sup> Brief von J. G. Tajovský an F. Houdek vom 19. 7. 1913. E b e n d a, Karton 4, Inv. Nr. 131.

auch unter den neuen Bedingungen wirksam und steigerten sich noch. Die schon in der Vorkriegszeit betriebene Expansionspolitik des tschechischen Kapitals und Handels ermöglichte es dem stärkeren tschechischen Partner nun, sich schon in den ersten Jahren des gemeinsamen Staates wichtiger Industriezweige wie der Gewinnung von Erzen und anderen Rohstoffen zu bemächtigen, aber auch des Kapitalmarktes und wichtiger Bereiche des Handels in der Slowakei. Alle Disproportionen und Konflikte in den wirtschaftlichen Beziehungen, die man vor der Staatsgründung noch unter der Decke halten können, kamen nach 1918 ans Tageslicht, nahmen nicht selten politische Bedeutung an und beeinflussten fortan nachhaltig die Entwicklung der wechselseitigen Beziehungen zwischen beiden Völkern.

Übersetzt von Michaela Marek

## DIE FREIMAURER UND DIE MODERNISIERUNG IN DER SLOWAKEI IM 20. JAHRHUNDERT

Von *Lubomír Lipták*

Mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts setzte in den Freimaurerlogen in Ungarn eine Diskussion über die Beteiligung der Freimaurerei, der Logen und ihrer Mitglieder an den gesellschaftlichen Veränderungen ein.

Schon die Wiederherstellung der Logen in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts trug einen politischen Akzent. An der Wiege der Logen standen häufig aktive Teilnehmer der Revolution in den Jahren 1848–1849, die während ihrer Emigration in Logen in Italien, Frankreich, Deutschland, England und in den skandinavischen Ländern eingetreten waren. Viele Freimaurer engagierten sich nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 am Aufbau des ungarischen Staates (erwähnt seien hier nur Julius Andrássy und Ferenc Pulszky), doch richtete sich die innere Entwicklung der Logen vorerst eher auf das kontemplative Moment, auf das „Innere“ der Logen. In ihrer äußeren Tätigkeit konzentrierten sich die Logen auf philanthropische Maßnahmen und die Unterstützung der Kunst<sup>1</sup>. Als politischer Faktor trat das Freimaurertum in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die sogenannten Kirchengesetze in das Bewußtsein der Gesellschaft. Bei der Durchsetzung dieser Gesetze spielten einige Freimaurer – aktive oder ehemalige Logenmitglieder wie Ministerpräsident Alexander Wekerle – zweifellos eine gewichtige Rolle. Bei diesen Auseinandersetzungen waren jedoch auch andere einflußreiche Kräfte und Interessen im Spiel, und vor allem die konservativen und klerikalen Gegner der kirchlichen Reformen und der Säkularisierung trugen dazu bei, die Rolle der Freimaurer in diesem Konflikt überzubewerten und zu dämonisieren. Es ist paradox genug, daß das Freimaurertum von der populistischen Propaganda als geheimer Drahtzieher allen Geschehens im Lande verzerrt dargestellt wurde, während sich in den Logen selbst seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts Unzufriedenheit damit breitmachte, daß sich das Freimaurertum gegen die „äußere Welt“ abschloß.

Die Initiative zu einer Veränderung der freimaurerischen Zielvorstellungen ging im Jahr 1900 von der Loge László Király in Großwardein (Nagyvárad) aus, die eine Reihe

<sup>1</sup> A szabadkőművesség hazánkban [Das Freimaurertum bei uns]. Budapest 1896. – Arató, Frigyes: A szabadkőművesség [Das Freimaurertum]. Budapest 1913. Arató, der diese Untersuchung im Rahmen eines Wettbewerbs zum 40. Jahrestag der Gründung der Loge Eötvös geschrieben hatte (die erste Ausgabe erschien 1902), betont in seiner Arbeit, daß sich die Energie der Logen in den ersten Jahren ihres Bestehens auch in zeremoniellen und formalen Problemen erschöpfte. Die philanthropische Ausrichtung der Logen habe jedoch über die Untersuchung der Ursachen sozialen Elends auch zu einer intensiveren Erforschung gesellschaftlicher Probleme geführt. Das geringe gesellschaftliche Engagement der Logen schreibt Arató dem Einfluß der deutschen Logen zu. E b e n d a 106.

weiterer Logen für den Gedanken einer Reform gewinnen konnte. Ihr gemeinsames Programm erhielt auf der sogenannten Wandersitzung der Logen in Großwardein im Jahr 1903 und ein Jahr später in Budapest schärfere Konturen. Die Hauptpunkte dieses Reformprogramms blieben mit kleineren Änderungen bis 1918 gültig und betrafen: die konsequente Verwirklichung des Nationalitätengesetzes aus dem Jahr 1868, eine gerechte Regelung der Arbeiterfrage, den Kampf gegen das Duellieren, die Reform der Kirchenpolitik, die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts, unentgeltliche staatliche Schulbildung, die Gleichberechtigung der Frauen, die Reform der Grundeigentumsverhältnisse und die Reform der öffentlichen Verwaltung<sup>2</sup>.

Neben der Loge László Király traten vor allem die Budapester Logen Galilei, Reform, Comenius, Eötvös und Demokratia als Befürworter von Reformen auf und plädierten dafür, daß die Logen einen aktiven Anteil an der Entwicklung des Landes nahmen. Diese reformwillige und radikale Strömung erhielt im Jahr 1906 neue Antriebe, als Oszkár Jászi und mit ihm einige seiner Mitarbeiter bei der Zeitschrift *Huszadik század* und in der Soziologischen Gesellschaft in die Loge Demokratia eintraten. Nachdem sie die Meisterwürde erlangt hatten, gründeten Jászi und seine Mitstreiter eine neue Loge, der sie den bezeichnenden Namen „Martinovics“ gaben. Diejenigen, die in diese Loge eintreten wollten, erhielten ein Programm mit dem Titel „Az új Magyarország felé“ (Zu einem neuen Ungarn), das acht Punkte umfaßte: 1. Einführung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts; 2. Uneingeschränkte Versammlungsfreiheit; 3. Völlige Trennung der Kirche vom Staat; 4. Aufhebung der Fideikomisse und Säkularisierung; 5. Stärkung des Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse; 6. Abbau der Verbrauchsteuern und Einführung einer progressiven Besteuerung; 7. Demokratische, wirtschaftliche, kulturelle und politische Regelung der Nationalitätenfrage; 8. Allgemeine unentgeltliche weltliche Bildung und Freiheit der Verbreitung der Kultur<sup>3</sup>.

Die Logen Martinovics und Demokratia wie auch einige andere regten eine ganze Reihe von Enqueten, Diskussionen und Initiativanträgen an, die auf eine aktive Teilhabe des Freimaurertums an der Umgestaltung und Modernisierung des Landes zielten. Den gewiß nur begrenzten Erfolg dieser Bemühungen, die auf den hartnäckigen Widerstand der konservativen Logen und „Brüder“ trafen, faßte Jászi im April 1910 in dem Artikel „Das progressive Freimaurertum“ zusammen. Darin stellte er fest, daß sich in Ungarn bereits „einige hundert Brüder“ nicht mehr nur als Freunde der Kontemplation und philosophischer Bestrebungen betrachteten, sondern auch als „kühne und mutige Soldaten in der Frage des Fortschritts der Menschheit“. Ihre Bemühungen um diesen Fortschritt seien nicht allgemeiner Art, sondern fänden in einem konkreten Land statt und äußerten sich in konkreten Taten. Fortschritt bedeute überall in der Welt etwas anderes. In Ungarn gehe es dabei vor allem um die Schaffung einer bürgerlichen Gesellschaft. Fortschritt bestehe hier darin, gegen die Fideikomisse und die

<sup>2</sup> Gerő, Imre: A magyar szabadkőművesség története [Geschichte der ungarischen Freimaurerei]. Budapest 1949, 24–25.

<sup>3</sup> Magyarország története tíz kötetben [Geschichte Ungarns in zehn Bänden]. Bd. 2: Magyarország története 1890–1918 [Geschichte Ungarns 1890–1918]. Budapest 1988, 742.

kirchliche Herrschaft der „toten Hand“ sowie gegen das kirchliche Schulwesen zu kämpfen. Fortschritt sei das Bemühen um eine intensive Landwirtschaft und eine kapitalkräftige Industrie, um eine ungarische Kultur, die sich mit dem Westen vergleichen lasse, um die Regelung der religiösen und nationalen Konflikte und auf dieser Grundlage dann um die geistige, moralische und materielle Hebung der breiten Volksmassen. Die Verwirklichung aller dieser Ziele bleibe jedoch so lange eine Illusion, solange die Macht im Lande in den Händen des Großgrundbesitzes und der Herrschaft der „toten Hand“ liege. Abhilfe verspreche das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht. Das Freimaurertum als der „gebildetste, unabhängigste und volksfreundlichste Teil der ungarischen bürgerlichen Klasse“ müsse die Fahne der Wahlrechtsbewegung aufpflanzen<sup>4</sup>.

Über das Verhältnis des Freimaurertums zum gesellschaftlichen Wandel und über die Art seines Einflusses auf das „profane Leben“ wurde auch in den Logen auf dem Gebiet der Slowakei lebhaft diskutiert. Im Juni 1915 bestanden in Ungarn 82 Logen mit 7370 Mitgliedern; rechnet man die Zahl der „Brüder“ auf die Gesamtbevölkerung um, so rangierte Ungarn in Europa an sechster Stelle. Die meisten Logen gab es in Budapest und in den ungarischen Gebieten. In der Slowakei zählte man 15 Logen mit 477 Mitgliedern, in Siebenbürgen 16 Logen mit 907 Mitgliedern, in Kroatien drei Logen, die 123 Mitglieder besaßen<sup>5</sup>. Das Netz der Logen in der Slowakei reichte von Bratislava bis nach Kaschau im Osten und wurde durch die Gründung sogenannter Freimaurerzirkel systematisch erweitert, aus denen in einer späteren Entwicklungsphase neue hervorzugehen pflegten<sup>6</sup>. Die nationale Zusammensetzung der Logen zeigte ein Übergewicht der Magyaren, der Deutschen und des damals gewöhnlich national nicht ausgeprägten Typs des „Ungarn“, der seine Nationalität mit der Staatsangehörigkeit gleichsetzte. Die ersten nationalbewußten Slowaken tauchten in den Logen erst nach 1910 auf<sup>7</sup>. Die Aufnahme neuer Mitglieder in die Logen wurde durch

<sup>4</sup> Kelet, Nr. 7 vom 15. 4. 1910.

<sup>5</sup> Zum Entwicklungsstand der ungarischen Freimaurerei zu Beginn des 20. Jahrhunderts s. Haas, Ludwik: Wolnomurarsztwo w Europie Środkowo-Wschodniej w 17.–19. wieku [Die Freimaurerei in Ostmitteleuropa vom 17. bis 19. Jahrhundert]. Wrocław 1982. – Ders.: Ambicje, rachuby, rzeczywistość [Ambitionen, Rechnungen, Wirklichkeit]. Warszawa 1984. – Nagy, Zsuzsa: Szabad kőművesek [Die Freimaurer]. Budapest 1988. – Einen Überblick über die Entstehung der einzelnen Logen auf dem Gebiet der Slowakei gibt Lipták, L'ubomír: Slobodní murári na Slovensku v období dualizmu [Die Freimaurer in der Slowakei zur Zeit des Dualismus]. HČ 39/1 (1991) 28–48.

<sup>6</sup> Auf dem Gebiet der Slowakei waren die folgenden Logen tätig (in Klammern das Gründungsjahr): Verschwiegenheit-Hallgatágság in Bratislava (1872); Testvériség (Brüderschaft) in Bratislava (1902); Resurrexit in Kaschau (1889); Felvidék (Oberungarn) in Banská Bystrica (1878); Szepes (Zips) in Käsmark (1899); Thököly Imre in Preschau (1902); Észak (Der Norden) in Vrútky (1912); Phönix in Lučenec (1913); Gömör in Rimavská Sobota (1906). Zwei Freimaurer-Zirkel konnten nicht in Logen umgewandelt werden: Klapka György in Komárno (1912) und Bánymécs (Grubenlampe) in Banská Štiavnica (1914). In Bratislava hatten zahlreiche Logen aus den Ländern Zisleithaniens ihren offiziellen Sitz, in denen die Gründung von Logen nicht erlaubt war. Im Jahr 1917 bestanden in Bratislava 14 Wiener und eine Prager Loge.

<sup>7</sup> Mitglied der Loge Felvidék war der Fabrikant Peter Makovický aus Rosenberg, der aus einer Familie stammte, die sich aktiv in der slowakischen nationalen Bewegung engagierte. Später

die strikt ablehnende Haltung der katholischen Kirche gegenüber der Freimaurerei eingeschränkt. Nach der Annahme der „Kirchengesetze“ läßt sich ein Rückgang der Zahl der evangelischen Priester in den Logen feststellen. Die Einstellung der katholischen Kirche zu den Logen drängte um die Jahrhundertwende auch die zuvor in den Logen zahlreich vertretenen Angehörigen des Hochadels aus diesen heraus, wodurch der bürgerliche Charakter der Logen und ihre Offenheit gegenüber Reformen gestärkt wurden. In der ungarischen Freimaurerei und noch deutlicher in den Logen in der Slowakei dominierten Angehörige der freien Berufe, der Intelligenz und der Privat-, städtischen, Komitats- und Staatsbeamtschaft über Vertreter der wohlhabenden Schichten und der Unternehmer<sup>8</sup>. Dadurch unterschied sich das ungarische Freimaurertum beispielsweise von der Freimaurerei in Deutschland und näherte sich dem französischen Typus an. Der Mangel an reicheren Mitgliedern schränkte freilich das Tätigkeitsfeld für Logen im Lande erheblich ein.

Trotz der kleinen Zahl der Logenmitglieder rekrutierten sich diese aus allen Gruppen der städtischen Eliten. Wir finden unter ihnen Besitzer und leitende Beamte von Unternehmen, Vertreter des Gesundheits- und Schulwesens, des Handels, der städtischen Presse, der Staatsverwaltung sowie der städtischen und Komitatsbehörden. Die Positionen, die diese Gruppen besetzten, sind sicherlich nicht geeignet, um die damals populären Vorstellungen von der „Allmacht der Logen“ zu bestätigen, stellten aber sicher, daß die Logen über das Geschehen in der Region umfassend und glaubwürdig informiert wurden und in der Lage waren, diese Informationen fachkundig zu beurteilen.

Obwohl in den Logen jahrelang über die zentrale Frage diskutiert wurde, ob man sich überhaupt in das „profane Leben“ einmischen sollte, konnte in diesem Punkt keine Einigung erzielt werden. Noch im Bericht, den die Loge Testvériség (Brüderschaft), die ihren Sitz in Bratislava hatte, für das Jahr 1910 herausgab, heißt es: „In unserer Loge gibt es einige, die den Grundsatz vertreten, daß die Freimaurerei in erster Linie eine ‚intime Tätigkeit‘ darstellt, sich also vor allem der Erziehung ihrer Mitglieder zu widmen hat. Doch es gibt auch Brüder, die Anhänger einer ‚extensiven Tätigkeit‘ der Logen sind und sich mit aller Kraft im Dienste des Fortschritts der Gesellschaft verwirklichen wollen. Noch ist es möglich, die Zusammenarbeit der beiden Richtungen aufrechtzuerhalten.“<sup>9</sup> Der Aufschwung des Reformkurses veranlaßte die Kaschauer Loge Resurrexit, am 17. November 1905 einen Beschluß zu verabschieden, den sie den anderen Logen als „feierlichen und entschiedenen Protest“ dagegen zusandte, daß die Logen in den Parteienstreit und die Tagespolitik hineingezogen wurden; diese Entwicklung müsse unvermeidlich zur Spaltung der Logen führen<sup>10</sup>. Die Loge Thököly Imre gab den Vortrag von János Jonás „Páholy vagy párt?“

---

wechselte M. in die Loge Észak über, zu deren Mitgliedern der Maler Peter Kern aus Lip-tovský Mikuláš und Kornel Stodola gehörten, der nach dem Krieg eine bedeutende Rolle in der slowakischen Politik spielte. Unter den Mitgliedern der Loge Észak befanden sich viele „stille Slowaken“, die sich nach dem Umsturz des Jahres 1918 offen zur slowakischen Nationalität bekannten.

<sup>8</sup> Zur sozialen Zusammensetzung der Logen s. den in Anm. 5 zit. Aufsatz von Lipták.

<sup>9</sup> Magyar Országos Lévéltár (im folgenden zit. als MOL), P 1083, 74. Testvériség 1903–1914.

<sup>10</sup> MOL, P 1134, 7. Resurrexit 1900–1915.

(Loge oder Partei?) vom 6. Dezember 1907 als Broschüre heraus. Darin erklärte der Autor, zwar seien sich alle Logenmitglieder einig, daß die Änderung des Wahlrechts, weltliche Schulen und die soziale Frage wichtige Themen seien, doch sei man unterschiedlicher Auffassung, wie diese Fragen geregelt werden sollten, und die Diskussion darüber entzweie die Logen<sup>11</sup>. Auch diese Broschüre wurde an alle anderen Logen versandt. In der ersten Nummer der neuen Zeitschrift der Reformlogen *Dél* (Der Süden), die am 30. Januar 1908 erschien, wurde eine polemische Stellungnahme zu den in der Broschüre vertretenen Ansichten veröffentlicht. Der Autor stellte die Verdienste des Verfassers der Broschüre, der schon 30 Jahre lang einer Loge angehörte, zwar nicht in Abrede, warf ihm aber vor, sich am Althergebrachten festzuklammern und die Freimaurerei so zu interpretieren, als ob diese nur für diejenigen gedacht wäre, die sonst nicht wüßten, wo ihr Platz in der Welt sei. Für solche Menschen seien Tischgesellschaften und Zirkel, in denen man sich durch Selbstunterricht bilde, der geeignete Ort. Die Reformatoren der Freimaurerei wollten keineswegs dem Programm einer Partei folgen, seien jedoch der Auffassung, daß sich die Logen den brennenden Fragen der Zeit öffnen müßten.

Umstritten waren vor allem vier Fragen: das allgemeine Wahlrecht, das Nationalitätenproblem, das Verhältnis zur Kirche und schließlich die Methoden der Verbreitung freimaurerischer Ideen nach außen. Auf diesen letzten Punkt konzentrierten sich die Kommentare zu der Tageszeitung *Világ*, die seit 1910 von reformbereiten freimaurerischen Kreisen herausgegeben wurde. Gleich in der ersten Nummer dieses Blattes vom 30. März 1910 hieß es in dem Leitartikel, daß der einzige Weg, der aus der gegenwärtigen Situation Ungarns herausführe, das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht sei, das die „Kasinos, die Aristokratie und die politische Macht des Feudalismus“ zerschlagen werde. Der Leitartikel der vierten Nummer des Blattes vom 2. April 1910 trat für die Säkularisierung ein, ohne die ein „bürgerliches Ungarn unvorstellbar“ sei. Als Fortsetzungsroman veröffentlichte *Világ* Anatol France' antiklerikales satirisches Werk „Ile des pingouins“. Ein offener Brief an István Tisza, der in Nr. 10 des *Világ* abgedruckt und von Hunderten von Persönlichkeiten unterschrieben wurde, entwarf eine Art Vision der bürgerlichen Gesellschaft „auf den Ruinen des ungarischen agrarischen Feudalismus“<sup>12</sup>.

In allen diesen Fragen vertraten die Logen auf dem Gebiet der Slowakei zunächst einen konservativen oder zumindest vorsichtigen Standpunkt. Die Loge Verschwiegenheit mit Sitz in Bratislava teilte in ihrem Bericht für das Jahr 1905 mit, daß sich ihre Mitglieder intensiv humanitärer Tätigkeit, der Aufklärung und dem „Fortschritt“ gewidmet hätten, „getreu unseren Prinzipien“ jedoch nicht bereit gewesen seien, über das allgemeine Wahlrecht als über eine rein politische Angelegenheit zu diskutieren<sup>13</sup>. Auch nach Auffassung der Loge Felvidék (Horniaky<sup>14</sup>) in Banská Bystrica würden

<sup>11</sup> MOL, P 1134, 7. Thököly Imre 1907–1913.

<sup>12</sup> *Világ*, Nr. 10 vom 9. 4. 1910. Zu den Unterzeichnern des offenen Briefes gehörten neben dem schon erwähnten Peter Makovický der slowakische Unternehmer Ján Párička und ein slowakischer Drucker aus Rosenberg.

<sup>13</sup> MOL, P 1083, 82. Hallgatágság 1886–1919. Bericht für das Jahr 1905.

<sup>14</sup> Slowakisch für Oberungarn.

einige Logenmitglieder mit der Losung des allgemeinen Wahlrechts die Politik in das „einst so stabile Gebäude der Freimaurerei“ hineinragen und damit dem „bislang blühenden freimaurerischen Leben das Grab“ schaufeln<sup>15</sup>. Das allgemeine Wahlrecht stehe zwar in Einklang mit den Prinzipien der Freimaurerei, doch handle es sich auch um das Programm einer politischen Partei, und hierzu möge jeder Bruder seinen eigenen Standpunkt einnehmen. In den Jahren 1907 und 1908 kehrte die Loge Felvidék zu dieser Auseinandersetzung noch einmal zurück. „Wie offenbar die Mehrheit der Logen haben uns die Fragen der unentgeltlichen weltlichen Schulen und des allgemeinen Wahlrechts beschäftigt“, heißt es in den Jahresberichten der Loge<sup>16</sup>, die dabei auch die Diskussion in den Budapester Logen verfolgte und zu den Problemen, um die es damals ging, Vorträge veranstaltete. Als Argument gegen das allgemeine Wahlrecht führte die Loge Felvidék den in der Zeit geläufigen Einwand an, daß die Menschen zunächst einmal Bildung erwerben müßten. Im Jahr 1903 fügte die Loge dem ein neues Argument hinzu, das angesichts der Nationalitätenverhältnisse des Landes üblicherweise benutzt wurde: Man sei gegen das allgemeine Wahlrecht auch „im Hinblick auf die Nationalitätenbewegungen in unserem Gebiet“<sup>17</sup>. Im Jahr 1910 wiederholte die Loge diese Feststellung noch einmal als Antwort auf eine Enquete, die die Loge Marcius zum Wahlrecht durchgeführt hatte. Dabei wies die Loge darauf hin, daß ihre Satzung doch ausdrücklich verbiete, sich mit Politik zu befassen. In der Loge gebe es viele, die „mitten unter den Nationalitäten leben und daher ganz aus der Nähe die schreckliche Gefahr beobachten können, die über die magyarische Nation hereinbricht“<sup>18</sup>. Die mehrjährigen Diskussionen über solche Fragen brachten die Tätigkeit der Logen fast zum Erliegen, so daß im Jahr 1913 „das Leben der Loge nur noch äußerlicher Natur war, da die Brüder sorgsam alle Fragen umgingen, die mit Politik zusammenhängen“. Auch die Loge Szepes (Zips) in Käsmark sprach sich 1905 gegen die Initiative der Reformlogen in der Frage des Wahlrechts aus und stimmte der Auffassung zu, daß den Menschen zunächst Bildung vermittelt werden müsse<sup>19</sup>. In einem Brief an die Große Loge wies die Loge darauf hin, daß sie schon zuvor gegen die radikalen Vorschläge der Logen Reform und Demokratia protestiert habe. Die Verwirklichung des Reformprogramms würde die Logen in die Nähe der politischen Parteien rücken.

Die Frage des allgemeinen Wahlrechts verknüpfte sich also in einigen Logen – wie dies auch für die „profane Politik“ galt – eng mit der Nationalitätenproblematik. Neben

<sup>15</sup> MOL, P 1083, 97. Felvidék 1888–1919. Bericht für das Jahr 1904.

<sup>16</sup> E b e n d a. Bericht für das Jahr 1908.

<sup>17</sup> E b e n d a. Bericht für das Jahr 1909.

<sup>18</sup> E b e n d a. Bericht für das Jahr 1910. Die Loge Felvidék gehörte seit dem Jahr 1902 als Kollektivmitglied dem Verein Femke an, der sich die Assimilation der nichtmagyarischen Nationalitäten in Oberungarn vor allem über die Schulen und aufklärerische Tätigkeit zum Ziel gesetzt hatte. Der Versuch der Loge Felvidék zur Gründung von Logen in Martin, dem Zentrum der slowakischen nationalen Bewegung, und später im benachbarten Vrútky wurden in erster Linie mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Klerikalismus in diesem Gebiet begründet, während die Bestrebungen der Loge Észak, eine Kooperation aller Logen in den von Slowaken bewohnten Gebieten herbeizuführen, einen nationalen Beigeschmack hatten.

<sup>19</sup> MOL, P 1134, 38. Szepes 1902–1915.

den Reformlogen gab es denn auch Stimmen für die Einbeziehung der Logen in den Aufbau eines national homogenen Ungarn. Im Jahr 1908 unterbreitete die Loge Eöt-vös bei der Diskussion über die Änderung der Satzung der Großen Loge den Vorschlag, den § 3 der Satzung durch die Bestimmung abzuändern, daß die wichtigste Aufgabe der ungarischen Freimaurerei darin bestehe, den magyarischen nationalen Gedanken zu verbreiten und am Aufbau des Staates mitzuwirken. Die Freimaurerei müsse sich daher auf das Ziel konzentrieren, daß „innerhalb der Grenzen Ungarns alles und alle magyarisch sind“<sup>20</sup>. Die Loge Szepes lehnte diese Auffassung nachdrücklich ab, da eine solche Zielsetzung eher den politischen Parteien oder nationalen Vereinen angemessen sei. Die Freimaurer seien auf der Suche nach dem, was die Menschen verbinde, nicht nach dem, was sie trenne. „Es ist doch eine der schönsten Aufgaben des Freimaurertums, an der Beseitigung der nationalen Streitigkeiten zu arbeiten.“<sup>21</sup>

Die Diskussion, die in den Logen über dieses Thema geführt wurde, erlahmte nicht, wie die Aufzeichnungen von Vorträgen in den Jahren 1910 und 1911 zeigen. Im Januar 1911 hieß es in einem Vortrag in der Loge Szepes, durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts würden sicherlich mehr Abgeordnete der Nationalitäten in das Parlament gelangen. Dies müsse jedoch kein Fehler sein, denn im Falle von Auseinandersetzungen mit den Nationalitäten würden diese dann nicht mehr von Bezirksvorstehern und Agitatoren, sondern von „berufenen Männern“ geführt werden, die dem Volk den rechten Weg weisen würden<sup>22</sup>.

Grundlage der Diskussion in den Logen waren das Protokoll einer Diskussion über die Nationalitätenfrage in der Loge Demokratia, eine Broschüre Jászis mit dem Titel „A nemzeti kérdés és Magyarorságs jövője“ [Die Nationalitätenfrage und die Zukunft des Magyarentums], der ein Vortrag in dem Hochschüler-Zirkel Galilei zugrunde lag, und seit 1910 auch Artikel aus der Tageszeitung *Világ*. Das Organ der reformorientierten Freimaurer, *Dél*, faßte Jászis Programm eines Ausgleichs mit den Nationalitäten in Ungarn folgendermaßen zusammen: „Eine gute Schule, eine gute Wirtschaft, eine gute Verwaltung in der Sprache des Volkes. Anerkennung der Rechte aller Nationalitäten, damit sich ihre Sprache und Kultur frei entfalten können.“<sup>23</sup> In einem Vortrag über das Wesen der Freimaurerei in der Debreciner Loge Haladás erklärte ein gewisser Kenézy, daß der nichtmagyarische Bürger, der seine nationale Gleichberechtigung anstrebe, im Grunde freimaurerische Arbeit verrichte und es notwendig sei, ihm dabei zu helfen. „Ein chauvinistisches Freimaurertum kann kein Freimaurertum sein.“<sup>24</sup>

Auch in der Frage des Verhältnisses zur Kirche gingen die Auffassungen in den Logen auseinander. Die Errichtung der weltlichen Volksschule gehörte bereits seit dem Jahr 1906 zu den wichtigsten programmatischen Forderungen der ungarischen Großen Loge. Konservative Logen wie Thököly in Preschau stimmten der Großen Loge in

<sup>20</sup> *Dél*, Nr. 13 vom 13. 10. 1908.

<sup>21</sup> *Dél*, Nr. 11 vom 22. 6. 1912.

<sup>22</sup> *Kelet*, Nr. 3 vom 20. 2. 1911.

<sup>23</sup> *Dél*, Nr. 11 vom 22. 6. 1912.

<sup>24</sup> *Dél*, Nr. 5 vom 15. 3. 1912.

diesem Punkt zwar zu, verlangten aber, daß diese Forderungen „im Rahmen des Möglichen“ verwirklicht werden und daß die Einführung eines staatlichen Schulwesens nicht jeden Bruder immer und an jedem Ort binden dürfe<sup>25</sup>. Ebenso vorsichtig argumentierten die Logen in Bratislava. Dagegen faßte die Kaschauer Loge Resurrexit im Dezember 1908 „nach ausgiebiger Diskussion“ sogar den Beschluß, die Säkularisierung des Kirchenbesitzes als „erstrangige nationale Aufgabe“ zu unterstützen<sup>26</sup>.

Diese radikale antiklerikale Strömung wurde zeitweilig auch von einigen Logen auf dem Gebiet der Slowakei befürwortet, doch überwogen hier eher Tendenzen, antiklerikale Ziele über langfristige Aufklärungsprozesse zu erreichen. Das kleinstädtische Milieu zwang zur Vorsicht und brachte auch die Befürchtung hervor, daß antiklerikale Einstellungen mit Atheismus identifiziert werden könnten. Im Jahr 1908 ließ die Loge Felvidék ein Rundschreiben über Klerikalismus und „Hypermodernismus“ verbreiten, das beide Erscheinungen als gleichermaßen verdammenswert betrachtete, die Schärfe seiner Kritik aber eher gegen den „Hypermodernismus“ richtete. „Die einen wollen die Menschen zu mittelalterlicher Dummheit führen, die anderen wollen die Säule dessen zum Einsturz bringen, was den Menschen heilig ist – diesen bleiben dann nur noch Alkohol, Nikotin, Opium, Absinth, Haschisch und die tägliche Plackerei.“<sup>27</sup> Die Loge Testvériség in Bratislava unterstützte das Rundschreiben der Loge Felvidék und protestierte in scharfer Form gegen den Vorschlag der Großen Loge und einiger weiterer Logen, den Kirchenbesitz zu säkularisieren<sup>28</sup>.

In den Jahren 1900 bis 1914 standen in den Logen eine ganze Reihe von Problemen zur Debatte, die die Modernisierung mit sich brachte, u. a. die soziale Frage, der Zerfall der Familie und die Gleichberechtigung der Frauen. Insgesamt haben sich die Vorstellungen des Reformflügels der Logen in der Slowakei – wie übrigens in den meisten ungarischen Logen auf dem Lande – nicht durchsetzen können, doch ihr Einfluß machte sich bemerkbar. Die Verhandlungsprotokolle und Jahresberichte der Logen, die Aufzeichnungen von Vorträgen, der schriftliche Gedankenaustausch zwischen den Logen wie schließlich die Tätigkeit der „Brüder“ im öffentlichen Leben belegen, daß der Streit zwischen der „kontemplativen“ Strömung in der Freimaurerei und den freimaurerischen Gruppen, die die Logen der profanen Welt öffnen wollten, mit dem Sieg der zweiten Richtung endete. Interne freimaurerische Schriften teilten die Logen nach dem Grad ihrer „Fortschrittlichkeit“ in mehrere Gruppen ein<sup>29</sup>. In Wirklichkeit

<sup>25</sup> MOL, P 1083, 128, Thököly Imre 1902–1918. Sitzung vom 21. 2. 1908.

<sup>26</sup> MOL, P 1083, 121. Resurrexit 1904–1919. Die radikale Einstellung der Kaschauer Loge läßt sich aus ihren langjährigen Auseinandersetzungen mit den katholischen Kreisen der Stadt erklären, die für die Loge erfolgreich endeten, da ihre Mitglieder nach und nach einflußreiche Positionen in den städtischen Kasinos, den Vereinen im kulturellen Bereich, in den Organisationen der Ärzte, im örtlichen Theater usw. besetzten.

<sup>27</sup> MOL, P 1083, 97. Felvidék 1888–1919. Gedrucktes Rundschreiben vom 4. 4. 1908.

<sup>28</sup> MOL, P 1083, 131. Testvériség 1902–1918. Bericht für das Jahr 1909. Wie die Säkularisierung lehnten die Logenmitglieder auch das in einer Broschüre von Peter Ágoston geforderte Streikrecht ab. Die Arbeiter seien nach überwiegender Meinung der Loge noch zu ungebildet. Erst wenn sie weitere Fortschritte gemacht hätten, könnten die Gesetze gegen Streiks aufgehoben werden. E b e n d a.

<sup>29</sup> Dél, Nr. 12 vom 18. 9. 1908. Diese Einteilung umfaßte vier Gruppen: radikale, überwiegend radikale, unentschlossene und schließlich konservative Logen. Daß die Logen auf dem

betrifft diese Differenzierung auch die Binnenstruktur der Logen selbst. Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde der Streit nicht mehr so sehr darum geführt, ob die Logen in die Gesellschaft hineinwirken sollten, sondern darum, wie und bis zu welchem Grade sie dies tun sollten: Die Diskussion galt mehr dem Tempo und den Methoden des Einwirkens der Logen auf Politik und Gesellschaft. Für die konservativen freimaurerischen Gruppierungen blieb freilich der radikale Ton der Tageszeitung *Világ*, deren Erscheinen auch von ihnen ständige finanzielle Unterstützung verlangte, ein schwer verdaulicher Brocken<sup>30</sup>. Als Jászi im Jahr 1914 die Bürgerlich-radikale Landespartei gründete, wurde dies in den konservativen Logen als „nichtfreimaurerische“ Tat angesehen.

Eine weitere Verschärfung der Auseinandersetzungen innerhalb der Freimaurerei verhinderte der Krieg, der die Tätigkeit der Logen auf dem Lande überwiegend auf philanthropische Maßnahmen einschränkte. Die Logen richteten Küchen für Arme und Waisen ein, gewährten den Familien der eingerückten Soldaten finanzielle Hilfe und unterstützten Krankenhäuser und Pflegeheime. Der ideelle Streit um die Ausrichtung der Freimaurerei wurde zwar fortgesetzt, doch der Elan dieser Auseinandersetzung wurde durch eine geistige Krise gebrochen: Zu viele freimaurerische Ideale und Illusionen schwanden mit dem Ausbruch des Krieges und noch mehr unter der Einwirkung der Tatsache dahin, daß sich die Logen in vielen Ländern – ähnlich wie die international orientierten Sozialisten – vorbehaltlos in den Dienst ihrer jeweiligen Regierung stellten. Aufgrund der allerdings bruchstückhaften Informationen über die Logen in den Kriegsjahren darf man annehmen, daß der Krieg an der Einstellung der einzelnen Logen zum „profanen“ Leben und an der Art und Weise, wie diese beeinflußt werden sollte, nicht allzuviel änderte. Die letzte bekannte, aus dem Jahr 1917 stammende „Qualifizierung“ der ungarischen Logen unter dem Gesichtspunkt ihrer Reformbereitschaft beziffert die Zahl der fortschrittlichen Logen auf 18 (darunter nicht eine auf dem Gebiet der Slowakei), während sie 12 Logen in die Kategorie der Reformgegner einreichte, darunter drei in der Slowakei: die Logen Testvériség und Verschwiegenheit in Bratislava und die Kaschauer Loge Resurrexit<sup>31</sup>.

Die Auseinandersetzung darum, ob die Logen in die „große Politik“ eingreifen sollten oder nicht und welche Methoden dabei anzuwenden seien, hinderte die Logen und ihre Mitglieder nicht daran, im Rahmen ihrer Tätigkeit fortschrittliche Maßnahmen durchzusetzen, die auf zwei grundlegende Prinzipien der Modernisierung zielten: auf

---

Gebiet der Slowakei zu dieser Zeit noch keine ausgeprägten ideellen Konturen besaßen, zeigt sich auch daran, daß in der letzten Gruppe namentlich nur die Loge Thököly Imre aus Preshau angeführt wird.

<sup>30</sup> Die Loge Thököly hatte sich bereits 1908 eindeutig gegen die Vorschläge zur Gründung einer „profanen“ Zeitschrift ausgesprochen. Im Jahr 1912 gehörten jedoch alle Mitglieder der Loge zu den Abonnenten des *Világ*. MOL, P 1081, 128. Thököly Imre 1902–1918. Der Streit um die finanzielle Unterstützung „profaner“ Druckerzeugnisse setzte sich noch während des Ersten Weltkrieges fort. Die Loge Szepes stimmte in einem Brief an die Große Loge vom 5. 3. 1915 dem Vorschlag zu, einen Fonds für Publikationstätigkeit einzurichten, der jedoch nicht der Zeitschrift *Világ* zugute kommen sollte. MOL, P 1134, 38. Szepes 1902–1915. Auch die Loge Verschwiegenheit lehnte es in einem Brief an die Große Loge vom 18. 12. 1914 ab, die Zeitschrift *Világ* zu unterstützen.

<sup>31</sup> Dél, Nr. 9–10 vom 15. 5. 1917.

die Orientierung an gesellschaftlichem Wandel und rationalem Handeln. Städte und Komitate boten hierfür ein weites Betätigungsfeld: Es war die Zeit, in der die Konservativen ins Hintertreffen gerieten, die Zeit, in der die Städte Wasserleitungen, Kanalisation, elektrische Beleuchtung und humanitäre und Einrichtungen des Gesundheitswesens erhielten, die Zeit der Einrichtung öffentlicher Bibliotheken und der Gründung vor allem von Fach-, Mittel- und Mädchenschulen. Es war die Zeit, in der mit dem Aufbau eines Netzes von Vereinen unterschiedlicher Zielsetzung und kultureller Institutionen eines der Fundamente der bürgerlichen Gesellschaft gelegt wurde. Die Logen beteiligten sich an der Durchführung von Fachkursen für Handwerker und am Bau von Arbeiterwohnungen, organisierten und unterstützten den Kampf gegen ansteckende Krankheiten, wie die Tuberkulose und gegen den Alkoholismus.

Der Einfluß der Logen auf die gesellschaftliche Entwicklung in der jeweiligen Region oder Stadt reichte unterschiedlich weit. In Käsmark, wo die Loge Szepes Vertreter aller Bereiche der städtischen Eliten vereinte (Unternehmer, Angehörige der Staats- und der Stadtverwaltung, des Schulwesens und der freien Berufe), kann dieser Einfluß als erheblich bezeichnet werden. In den großen Städten wie Bratislava und Kaschau übten die Logen geringeren Einfluß aus, auch wenn dieser auf einigen Gebieten nicht zu übersehen war. In Bratislava – hier hatten zwei Logen ihren Sitz – schlossen diese ein Abkommen im Stadtrat, das ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen in bestimmten Fragen ermöglichen sollte<sup>32</sup>. In Bratislava arbeiteten 16 Mitglieder der örtlichen Loge Testvériség in den Schulen der Stadt, fünf davon im Amt eines Schuldirektors. Unter den 30 Mitgliedern der Loge Gömör in Rimavská Sobota befanden sich 12 Pädagogen, fünf von ihnen waren als Schuldirektor tätig. In der Loge Felvidék in Banská Bystrica stellten Pädagogen einen kleineren Anteil an den Logenmitgliedern, während im Freimaurer-Zirkel „Grubenlampe“ in Banská Štiavnica, den die Loge Felvidék gegründet hatte, von 14 Mitgliedern neun den Beruf des Lehrers ausübten. Die Loge Thököly in Preschau zählte in den Jahren 1902–1914 unter ihren Mitgliedern 12 Pädagogen, von denen vier als Direktor eine Schule leiteten und vier an der örtlichen Rechtsakademie lehrten. Einen hohen Anteil von Pädagogen, überwiegend Mittelschulprofessoren, wies auch die Loge Phönix in Lučenec auf. Diese Pädagogen hielten nicht nur an der Schule und in verschiedenen, den Schulen angeschlossenen Interessenzirkeln Unterricht, sondern bildeten zusammen mit den Angehörigen der freien Berufe (Ärzte, Advokaten) auch die Hauptakteure im Rahmen der aufklärerischen Tätigkeit, die die Logen entfalteten. Dabei griffen sie entweder auf ältere lokale Vereine zurück oder gründeten Filialen der von den Freimaurern ins Leben gerufenen oder unterstützten gesamtstaatlichen Institutionen. In Vrútky gründete die Loge Eszák (Der Norden) eine sehr aktive Filiale der von der Loge Kazinczy gegründeten Gesellschaft zur Verbreitung der Kenntnisse<sup>33</sup>, in Käsmark richtete die örtliche Loge eine Nebenstelle des Vereins Szabad Lyceum (Freies Lyzeum) und einen Frauenverein ein<sup>34</sup>. Die Logen in Bratislava gründeten und unterstützten eine

<sup>32</sup> MOL, P 1083, 74. Testvériség 1902–1919.

<sup>33</sup> MOL, P 1083, 142. Eszák 1912–1919.

<sup>34</sup> MOL, P 1083, 123. Szepes 1899–1905. Im Jahr 1902 wurden am Freien Lyzeum 12 Vorträge gehalten, in den folgenden Jahren fanden auch in den umliegenden industriellen und Berg-

Filiale des Vereins Urania<sup>35</sup>. In Banská Štiavnica gründete der örtliche Freimaurer-Zirkel für die Studenten der Bergbau-Akademie eine Filiale des Vereins Freier Gedanke<sup>36</sup>, und die Kaschauer Loge Resurrexit richtete für die Studenten der Rechtsakademie der Stadt eine Filiale desselben Vereins ein, die den Namen „Bacsány-Zirkel“ erhielt<sup>37</sup>. Eine ausgedehnte Tätigkeit entfaltete der Martinovics-Zirkel an der Rechtsakademie in Preschau, der sich die gleichen Ziele setzte wie der Galilei-Zirkel in Budapest<sup>38</sup>. Ohne die finanzielle und moralische Unterstützung der Logen und das persönliche Engagement der Logenmitglieder hätten diese Vereine weder entstehen noch tätig sein können. Einige dieser Vereine richteten sich eine eigene Bibliothek ein und abonnierten Zeitschriften, doch der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten lag in der Veranstaltung von Vorträgen, die selbst in kleinen Städten häufig die beachtliche Zahl von 300–500 Zuhörern fanden. Angelockt wurden die Besucher von den Themen der Vorträge, die von sozialen Fragen bis zu den modernen Strömungen und Richtungen in der Philosophie, der Soziologie und Ökonomie reichten. Oft hörte das Publikum hier zum erstenmal Namen wie Sombart oder Spencer, wurde über neue Entwicklungen in den Naturwissenschaften, die reformistischen Ideen im Marxismus und über andere Bereiche informiert. Häufig behandelten die Vorträge Fragen der Hygiene, soziale Probleme, doch auch heikle Themen wie die Säkularisierung, die Reform des Schulwesens, der öffentlichen Verwaltung und des Wahlrechts. Gerade die Verbindung mit den Logen ermöglichte es diesen Vereinen, auch Referenten aus Budapest einzuladen, unter denen sich bekannte Professoren, Schriftsteller und Journalisten befanden. Auf diese Weise wurde ein aufnahmebereites Milieu für die Vorträge der örtlichen Fachleute und Studenten geschaffen. Der Radikalismus und das schockierend Neue einiger Vorträge riefen den Widerstand der örtlichen konservativen und klerikalen Kreise und

---

bauzentren Vorträge statt, deren Gesamtzahl im Jahr 1908 auf 35 in 20 verschiedenen Orten stieg.

<sup>35</sup> MOL, P 1083, 82. Hallgatáság 1886–1919.

<sup>36</sup> MOL, P 1083, 147. Szabadkőművesek körök [Freimaurer-Zirkel]. Außer für die Studenten der Bergbau-Akademie wurden die Vorträge vor allem für die Schüler der Mittelschulen, allerdings auch für die allgemeine Öffentlichkeit veranstaltet. Zu einem Vortrag über die Frauenbewegung kamen rund 500 Zuhörer.

<sup>37</sup> MOL, P 1083, 121. Resurrexit 1904–1911. Dieser Zirkel veranstaltete auch Vorträge für Arbeiter. Im Jahr 1911 fand in dem Zirkel ein Zyklus von elf Vorträgen über die „naturwissenschaftliche Weltanschauung“ statt. Am 12. 2. 1911 veranstaltete der Zirkel den ersten feministischen Vortrag in Kaschau, bei dem V. Glücklichová über die „Sendung der Frau im 20. Jahrhundert“ sprach. Vgl. Vedecká, kultúrna a osvetová práca v Košiciach v rokoch 1848–1918 [Wissenschaftliche, kulturelle und aufklärerische Tätigkeit in Kaschau in den Jahren 1848–1918]. Hrsg. von Mária Mihóková. Bd. 1. Košice 1991, 376.

<sup>38</sup> Tömöry, Márta: Új vizeken járok. A Galilei Kör története [In neuen Gewässern segelnd. Die Geschichte des Galilei-Zirkels]. Budapest 1960. Die ideelle Ausrichtung des Galilei-Zirkels als einer Organisation der jungen Intelligenz zeigt das Verzeichnis der Vortragenden, zu denen u. a. Max Adler, Werner Sombart, Eduard Bernstein und Iwan Bloch gehörten. Aus einem Flugblatt über die Gründung des Martinovics-Zirkels vom Oktober 1910 geht hervor, daß der Zirkel sich zum Ziel setzte, naturwissenschaftliche und diesen entsprechende gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse zu verbreiten, die dazu beitragen konnten, einen Wandel in den Teilen Ungarns einzuleiten, „wo noch häufig das Mittelalter herrscht“. MOL, P 1083, 128. Thököly Imre 1902–1918.

gelegentlich auch Repressalien gegen die Vereine hervor, wie etwa im Falle des unkonventionellen Vortrages über die Revolution der Jahre 1848–1849 im Martinovics-Zirkel in Preschau<sup>39</sup>.

Gerade das Neuartige und Unkonventionelle sowie ein gewisser „rationaler Radikalismus des reformorientierten Freimaurertums fanden Sympathien bei einem Teil der slowakischen Intelligenz, der sich um die Zeitschrift *Prúdy* gruppierte. Vermittelnd wirkten dabei der Galilei-Zirkel in Budapest und die Zeitschrift *Világ*. An den Initiativen des Galilei-Zirkels beteiligten sich auch slowakische Studenten, über deren Tätigkeit die Zeitschrift *Prúdy* häufig berichtete<sup>40</sup>. Im Jahre 1911 fand auf Anregung des Galilei-Zirkels eine Gesprächsrunde statt, die Milan Hodža mit einem Vortrag über das Nationalitätenproblem einleitete; in der anschließenden Diskussion meldeten sich Jászi und Vertreter der jungen serbischen, rumänischen und ungarischen Intelligenz zu Wort<sup>41</sup>. Hodža vertrat bei dieser Veranstaltung die Auffassung, daß ein „demokratisches, bürgerliches Ungarn, das fortschrittlich und frei ist, nur unter Mitwirkung der nichtmagyarischen Nationen möglich ist“. Die *Prúdy* empfahlen ihren Lesern, auch die Zeitschrift *Világ* zu lesen, die das Blatt als „Zeitschrift der fortschrittlichen demokratischen magyarischen Intelligenz“ charakterisierte. „Unsere Leser würden durch die Lektüre dieser Zeitschrift viel gewinnen.“<sup>42</sup> Die slowakische Zeitschrift druckte in dieser Zeit einige ausführliche Artikel über das Nationalitätenproblem aus dem ungarischen Blatt ab. Im Jahrgang 1912–1913 veröffentlichten *Prúdy* unter dem Titel „Vom deutsch-dänischen Kampfplatz“ in fünf Fortsetzungen eine Art politische Reisebeschreibung von Jászi, die mit der Feststellung schloß: „Der entferntere Beobachter kann jedoch in der deutsch-dänischen Auseinandersetzung leicht die typischen Gesetzmäßigkeiten der ungarischen und österreichischen Nationalitätenfrage erkennen. Wo überall Gewalt und Assimilierung herrschen, wird schließlich nur dies bewirkt: die Stärkung des Bewußtseins und der Absonderung der unterdrückten Nation. Und die einzige Medizin kann in diesem Falle nur die Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens sein.“<sup>43</sup> Mit den Auffassungen, die im Galilei-Zirkel und in der Zeitschrift *Világ* vertreten wurden, verband die jungen radikalen slowakischen Demokraten das lebhafteste Interesse an den großen geistigen Strömungen der Zeit und die Verknüpfung der Nationalitätenfrage mit der allgemeinen Demokratisierung des Landes. „Ohne diese Politik kann Ungarn niemals ein Kultur- noch ein Rechtsstaat werden. Dies ist in der Tat ausgeschlossen, denn Demokratie läßt sich nicht bloß zu 50 Prozent verwirklichen.“<sup>44</sup>

<sup>39</sup> L a d á n y i, Andor: Dejiny prešovského Martinovičovho kruhu 1910–1912 [Die Geschichte des Preschauer Martinovics-Zirkels 1910–1912]. *Nové obzory* 19 (1977) 71–93.

<sup>40</sup> *Prúdy* 1 (1910) 124; 2 (1911) 415; 3 (1911–1912) 34, 234. 3 (1911–1912) 234.

<sup>41</sup> *Prúdy* 2/10 (1911) 415.

<sup>42</sup> *Prúdy* 1/5 (1910) 190.

<sup>43</sup> *Prúdy* 6/1 (1911–1912) 214.

<sup>44</sup> *Prúdy* 2/6 (1910) 230. Zur ideellen und politischen Orientierung der Gruppe um die Zeitschrift *Prúdy* s. H r o n s k ý, Marián: K politickému profilu generacie okolo časopisu *Prúdy* (Prúdistov) 1909–1914 [Zum politischen Profil der Generation um die Zeitschrift *Prúdy* (Prúdisten) 1909–1914]. *HČ* 23/4 (1975) 509–531. – Zur Rolle Jászis in der slowakischen Politik s. die Studie von P o d r i m a v s k ý, Milan: Oszkár Jászi a národnostná otázka [Oszkár

Man wird zugeben müssen, daß die wechselseitigen Sympathien zwischen der Gruppe um die Zeitschrift *Prúdy* und den Kreisen radikaler magyarischer Demokraten, deren Auffassungen auch vom „fortschrittlichen“ Teil der Freimaurerei geteilt wurden, sowohl in der ungarischen als auch der slowakischen Politik nur eine Minderheit betrafen. Vergleicht man die Vorstellung und programmatischen Dokumente der traditionellen Gruppierungen der slowakischen Politik mit den Zielsetzungen der Freimaurer, findet man gewiß einige Berührungspunkte, die jedoch in der Mehrheit durch die Unterschiede zwischen beiden Seiten aufgehoben werden. In der Nationalitätenfrage beschränkten sich die Logen auf Forderungen, die die Rechte des Individuums stärken sollten: Dem Bürger sollte das Recht gewährt werden, seine Sprache in der Schule, bei den Behörden und vor Gericht zu gebrauchen. Kollektive nationale Rechte wurden dagegen ausgeschlossen, und gerade diese wurden in den Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu einem Bestandteil des Programms der slowakischen Politik. Gemeinsam war beiden Seiten die Forderung nach einer Änderung der Grundbesitzverhältnisse und der Beschneidung der wirtschaftlichen und politischen Macht des Großgrundbesitzes, die sich jedoch nicht – so die Mehrheit der slowakischen Politiker – mit einer Schwächung der Position der Kirche verbinden sollte. Übereinstimmung herrschte in der Einsicht in die akute Notwendigkeit, das Schul- und Bildungswesen zu verbessern. Die Einführung eines ausschließlich weltlichen und staatlichen Schulwesens schien den slowakischen Politikern allerdings nicht nur die kirchliche Machtposition anzutasten, sondern verband sich für sie auch mit der Gefahr weiterer Magyarisierungstendenzen. Die Anwendung der unter Apponyi verabschiedeten Schulgesetze aus dem Jahr 1907, die die materielle Situation der Schulen wie der Lehrer unzweifelhaft verbesserten, bestätigte diese Befürchtungen. Ebenfalls aus Furcht vor der staatlichen Assimilierungspolitik hatten die katholischen und die evangelischen Gruppierungen in der slowakischen Politik schon um die Mitte der neunziger Jahre die sogenannten Kirchengesetze und vor allem das Gesetz über die staatlichen Matrikeln abgelehnt. Die weitestgehende Übereinstimmung im Grunde aller Strömungen der slowakischen Politik mit dem Programm der fortschrittlichen Freimaurerei – vom klerikalen Flügel bis zu den Sozialdemokraten – bestand in der Frage des allgemeinen Wahlrechts.

Der Weltkrieg und der Umsturz des Jahres 1918 trafen die Freimaurerlogen auf dem Gebiet der Slowakei in einer Situation, als sich in ihnen erst allmählich die Einsicht in die Notwendigkeit durchzusetzen begann, ihren Anteil an der Weiterentwicklung des Landes mit Hilfe von Maßnahmen auf den Gebieten der Bildung, Aufklärung, Kultur, des materiellen Fortschritts, der Rationalisierung der Verwaltung und der gesellschaftlichen Verhältnisse auch auf die Modernisierung und Demokratisierung der Politik auszudehnen. Daß dieser Prozeß nur langsam vorankam, hatte seine Ursachen auch in der Furcht vor der Freisetzung der Energien und dem plötzlichen Anwachsen des politischen Einflusses der „ungebildeten“ breiten Volksmassen, die vor allem in der unmittelbaren Umgebung der Logen in der nördlichen Slowakei überwiegend

---

Jászi und die Nationalitätenfrage]. HČ 20/1 (1972) 61–88. Nach Auffassung von Podrimavský war für Jászi selbst die slowakische Frage ein „Randproblem“. E b e n d a 86. Daß Jászi Freimaurer war, erwähnt Podrimavský nicht.

nicht zur magyarischen Nationalität gehörten. Die Verschränkung der Logen mit der nationalen Entwicklung belegt u. a. das Auseinanderbrechen einer Loge in Bratislava in eine ungarische und eine deutsche Loge bereits im Jahr 1902, wofür in der Tat ganz eindeutig nationale Begründungen angeführt wurden<sup>45</sup>. Die Notwendigkeit einer demokratischen Regelung der Nationalitätenfrage als unverzichtbarer Bestandteil der Modernisierung des Landes, für die sich die fortschrittliche Freimaurerei stark gemacht hatte, blieb vor dem Ersten Weltkrieg eine zwar positive, aber nicht realisierbare Alternative. Einer der Gründe hierfür lag möglicherweise auch in den Illusionen darüber, daß der Verlauf der Geschichte durch eine aufgeklärte kleine Elite in eine andere Richtung gelenkt werden könne, wie dies Jászi in einem seiner Texte zur Nationalitätenfrage formulierte: „Doch ich glaube, es ist nicht nur eine phantastische Hoffnung, daß sich in Ungarn einige hundert weise, kühne und unabhängige Menschen finden, die dem Jahrmarktgeschrei des chauvinistischen Terrors zum Trotz in Ungarn eine Liga des Friedens zum Schutz der ungestörten kulturellen Entwicklung der Nationalitäten und zur Festigung der gefühlsmäßigen Einheit unseres Landes gründen.“<sup>46</sup>

Übersetzt von Peter Heumos

---

<sup>45</sup> Lipták: Slobodní murari 37.

<sup>46</sup> Prúdy 3/1 (1911–1912) 214.

## DIE SLOWAKEI IN DER VERWALTUNG DER TSCHECHOSLOWAKEI

Von Leon Sokolovský

Trotz ununterbrochener Kontinuität einer slowakischen Besiedlung auf dem heutigen Territorium der Slowakischen Republik, deren Wurzeln bis ins 6. Jahrhundert zurückreichen, hatten die Slowaken praktisch seit der Vertreibung des Fürsten Pribina von Nitra/Neutra durch den mährischen Herzog Mojmir I. im Jahre 833 bis ins 20. Jahrhundert hinein keinen eigenen souveränen Staat<sup>1</sup>. Diese Tatsache zeigte sich auch im Fehlen einer eigenen Zentralverwaltung der Slowakei. In der Praxis ersetzten diese zunächst die Zentralorgane des Großmährischen Reiches, dann jene des Königreiches Ungarn und später des Habsburger Reiches, der österreichisch-ungarischen Monarchie und schließlich der Tschechoslowakischen Republik. Etwas anders war die Situation auf der regionalen Ebene. Dort hielten sich einige Elemente der ursprünglichen slowakischen Territorialverwaltung bis zum Jahre 1918 und konnten zum Ausgangspunkt der Herausbildung einer gleichberechtigten Stellung der Slowakei mit den böhmischen Ländern im Rahmen der neuentstandenen Tschechoslowakei werden. Um die Gründe und besonders die Folgen dieser Entwicklung besser zu verstehen, muß man in einem kurzen Überblick die historischen Anfänge der Verwaltung in der Slowakei betrachten.

Die erhaltenen historischen Quellen, die in den letzten Jahrzehnten durch die Erkenntnis anderer Wissenschaftsdisziplinen bereichert worden sind, zeigen, daß die Grundlagen der späteren territorialen Verwaltungsgliederung der Slowakei bereits im 9. und 10. Jahrhundert existierten<sup>2</sup>. Ihre Ursprünge bilden städtische beziehungsweise burgstädtische Zentren, wie Nitra/Neutra, Bratislava/Prefsburg (Pozsony), Trenčín/Trentschin, Spiš/Zips, Zemplín [Ostslowakei] usw. Auf diese Siedlungsmittelpunkte, die lateinisch *civitates* und in der Sprache der damaligen Slowaken (wie der übrigen Slawen) *grady* genannt wurden, war die Bevölkerung, die in ihrem Einzugsbereich lebte, auf natürliche Weise hin orientiert. Objektiv gesehen waren dafür auch die überwiegend gebirgige Landschaft und das Netz der Wasserläufe ausschlaggebend.

Die angeführten Tatsachen waren so prägend, daß sie auch der entstehende ungarische Staat respektieren mußte, der sich während des 11. Jahrhunderts nach und nach

<sup>1</sup> Im Jahre 833 entstand durch die Vereinigung des slowakischen Fürstentums um das Verwaltungszentrum in Nitra mit dem mährischen Fürstentum im Bereich der unteren March das Fürstentum Großmähren, das dann der Kern des späteren Großmährischen Reiches wurde.

<sup>2</sup> Vgl. dazu *Súdný zákonník pre ľud* [Gerichtsrecht für das Volk] aus dem 9. Jahrhundert, Artikel 21, in: *MAGNAE Moraviae fontes historici* IV, J. E. Purkyně-Universität Brunn 1971, S. 191; ebenso *Descriptio civitatum et regionum ad septentrionalem plagam Danubii* (der sog. Bayerische Geograph) an der Wende vom 9. zum 10. Jh., *e b e n d a* III (1969) 287.

die Slowakei einverleibte. Aber mehr als das: Sie wurden im wesentlichen das Vorbild für die *hradské španstvá* (Gespannschaften oder auch Komitate genannt), also zum Vorbild der ersten Territorial- und Stadtgliederung der königlichen Verwaltung Ungarns.

Im 13. und 14. Jahrhundert entstanden im Rahmen der ursprünglichen Komitatsgrenzen adelige Selbstverwaltungskörperschaften, *stolice*. Auf dem Territorium der heutigen Slowakei lagen davon ganz oder zum überwiegenden Teil neunzehn<sup>3</sup>, und diese Zahl blieb ungefähr bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts konstant. Das bedeutet jedoch nicht, daß die selbständige Komitatsverwaltung in den folgenden 500 Jahren erstarrt gewesen wäre.

Über die normale, historisch bedingte Entwicklung der Komitate vor dem Jahre 1848 betrafen sie hauptsächlich (aber nur für kurze Zeit) die Reformen Josephs II. in den Jahren 1785 bis 1790<sup>4</sup>. An die Stelle adeliger Selbstverwaltungskörperschaften traten staatliche, hierarchisch organisierte Behörden, und die Komitate wurden zu größeren Verwaltungseinheiten zusammengelegt, die sogenannten *Distrikte*. In der Slowakei gab es drei solcher Distrikte (Nitra/Neutra, Banská Bystrica/Neusohl, Košice/Kaschau). Einige historische Komitate wurden in ihrem Umfang verändert. Aus pragmatischen Gründen verfügte der Kaiser die Zusammenlegung der zehn kleinsten Komitate in fünf, während die größeren (z. B. Nitra/Neutra) in zwei kleinere geteilt wurden<sup>5</sup>.

Das ganze josephinische Verwaltungsmodell brach nach dem Tod des Kaisers sofort zusammen. Noch im Frühjahr 1790 wurden die alten Komitatseinrichtungen in vollem Umfang und im ursprünglichen Sinne wiederhergestellt.

Wirksame und schnell aufeinanderfolgende Veränderungen der öffentlichen Verwaltung im Königreich Ungarn und daher auch in der Slowakei brachten die revolutionären Ereignisse des Jahres 1848. Unter ihrem Einfluß öffnete sich die adelige Selbstverwaltung auch für Nichtadlige. In der bürgerlichen Revolution bemühten sich die Vertreter der slowakischen Nationalbewegung (unter Führung von L. Štúr) um die Einführung einer selbständigen slowakischen nationalen Verwaltung. Zuerst verwirklichten sie dies in einigen nord- und mittelslowakischen Komitaten<sup>6</sup>. Schließlich scheiterte dieser Versuch an den Folgen einer taktischen Wendung Wiens gegenüber den Magyaren Ende 1849.

Noch schlimmer wirkte sich die weitere Entwicklung der konterrevolutionären Schritte des siegreichen Wiens aus; sie sind durch die Anstrengung der österreichischen Reichsregierung um Einführung einer starken Zentralgewalt und eines Absolutismus charakterisiert. In den relativ rasch aufeinanderfolgenden Zeiträumen der Militärdiktatur (1849–1850), des Verwaltungsprovisoriums (1850–1853) und der sogenannten definitiven Regelung der öffentlichen Verwaltung in den fünfziger Jahren des

<sup>3</sup> Ž u d e l, J.: *Stolice na Slovensku* [Komitats in der Slowakei]. Bratislava 1984.

<sup>4</sup> H a s e l s t e i n e r, H.: *Joseph II. und die Komitate Ungarns*. Wien-Köln-Graz 1983.

<sup>5</sup> Ž u d e l: *Stolice* 14.

<sup>6</sup> *Dejiny štátu a práva na území Československa v období kapitalizmu 1848–1945*. [Geschichte des Staates und des Rechtes auf dem Territorium der Tschechoslowakei in der Zeit des Kapitalismus 1848–1945]. Teil I. 1848–1918. Bratislava 1971, 71.

19. Jahrhunderts wurde die territoriale Selbstverwaltung abgeschafft. Die teilweise wiederhergestellten Komitate unterstanden höheren Verwaltungsorganen, fünf Distrikten. Das Territorium der Slowakei umfaßte davon zwei, Preßburg für den westlichen und Kaschau für den östlichen Teil des Landes<sup>7</sup>.

Ein Tauwetter der politischen Diktatur und des öffentlich-rechtlichen Monopols des Staates, dessen historisches Symbol Alexander Bach geworden ist, brach erst mit dem Erlaß des sogenannten Oktoberdiploms des Jahres 1860 an. In ihm versprach Kaiser Franz Joseph I. den Völkern der Monarchie das Recht auf eine Selbstverwaltung. Als Folge davon begannen sich die Selbstverwaltungsstrukturen der Komitate wieder zu beleben; eine neue Hoffnung auf eine eigene nationale Verwaltung ergriff auch die Slowaken.

Im Sommer 1860 fand in der Stadt Turčianský Svätý Martin (St. Martin am Turc, heute nur Martin genannt) eine große nationale Versammlung statt, deren Teilnehmer ein *Memorandum der slowakischen Nation* billigten. Dieses historische Dokument enthält auch die Forderung nach Einrichtung einer eigenen slowakischen Verwaltungseinheit, dem *Okolie*; es sollte als eigenes Fürstentum oder Herzogtum im Rahmen des Österreichischen Reiches, also außerhalb Ungarns, eingerichtet werden. Das Okolie sollte sich aus 16 Verwaltungseinheiten, den Bezirken (*okresy*), zusammensetzen, die im wesentlichen die historischen Komitate mit überwiegend slowakischer Bevölkerung umfaßten<sup>8</sup>. Aber wieder wurde von diesen Plänen nichts verwirklicht, weil der Herrscher die Versprechungen des Oktoberdiploms nicht einlöste.

Der letzte Akt der ungarischen Etappe in der Verwaltung der Slowakei begann mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867. Nun wurden die ungarischen Gesetze von 1848 wiedereingeführt und damit auch das System der öffentlichen Verwaltung, einschließlich der Komitatsselbstverwaltung bzw. der Gespansrichtungen (*župa*). Um sie an die neuen staatsrechtlichen Bedingungen anzupassen, wurden einige rechtliche Verfügungen eingeführt, so z. B. die Munizipalgesetze von 1870 und 1886. Diese Gesetze für Selbstverwaltungseinheiten galten in der Slowakei für 18 Komitate (*župy*) und vier Städte<sup>9</sup>. So war die Situation, als es an der Jahreswende 1918/19 zur Neukonstituierung eines staatlichen Gebildes der Tschechen und Slowaken kam, das sich zunächst Tschechisch-Slowakische Republik nannte, aber bald seinen Namen in Tschechoslowakische Republik änderte.

Damit sind wir endlich beim eigentlichen Thema angelangt, das in der Überschrift ausgewiesen wurde; und das ist kein Zufall. Ohne die vorangehende Skizze und die folgende Zusammenfassung der verwaltungsrechtlichen Entwicklung in der Slowakei vor dem Jahre 1918 kämen die Veränderungen und die Probleme der tschechisch-slowakischen Territorialverwaltung der Slowakei nicht deutlich genug ins Blickfeld, und die daraus abzuleitenden Erkenntnisse blieben unscharf. Aber kommen wir zunächst zu der Zusammenfassung.

<sup>7</sup> E b e n d a 93.

<sup>8</sup> Dejiny Slovenska [Geschichte der Slowakei]. Bd. 3. Bratislava 1992, 315–318 und 330–332.

<sup>9</sup> Corpus juris Hungarici; Magyar törvénytár. Artikel XLII vom Jahre 1870 und Art. XXI vom Jahre 1886.

Im Verlauf von ungefähr 800 Jahren gab es bis 1848 nur drei wichtigere Umgestaltungen der öffentlichen Verwaltung, was ungefähr 270 Jahre pro Reformperiode bedeutet; in Wirklichkeit waren dies aber etwa 400 Jahre pro Periode, weil die Josephinische Reform nur sehr kurze Zeit dauerte, nämlich nicht einmal fünf Jahre. In den 70 Jahren von der Revolution 1848 bis zum Zerfall Österreich-Ungarns erfolgten noch acht Veränderungen, was eine durchschnittliche Reformdauer von ungefähr neun Jahren ergibt. In der ersten Etappe dieser Perioden, d. h. in den Jahren 1848 bis 1867, entfielen auf ein Verwaltungssystem nicht mehr als zwei Jahre. Ein wenig dauerhafter war die zweite Etappe nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich; sie dauerte von 1867 bis 1918, also gut fünfzig Jahre. In dieser Etappe blieb die öffentliche Verwaltung unverändert, und man muß betonen, daß sie auf einer durchdachten Aktualisierung der ungarischen (und soweit es die Slowakei betrifft, auch der slowakischen) historischen Tradition der Landesverwaltung beruhte.

Zu den angeführten Orientierungszahlen muß man bemerken, daß die oben genannten Reformen (unabhängig von ihrem politischen Gewicht) das Grundprinzip der natürlichen administrativen Gliederung der Slowakei niemals verletzt haben; auch die oktroyierten Reformen der Jahre 1785–1790 und 1848 bzw. 1867 haben sie respektiert. Auch wenn in ihrem Rahmen wegen der Verstaatlichungsmaßnahmen eine Ebene der Distrikte eingeführt wurde, blieb die ursprüngliche Verwaltungseinheit der Komitate bzw. der Gespane (*župy*) im wesentlichen – wenn auch mit kleinen Änderungen – immer erhalten.

Die Ausrufung der Tschechisch-Slowakischen Republik Ende Oktober 1918 bedeutete für die Entwicklung der öffentlichen Verwaltung auf dem Boden der Slowakei einen grundsätzlichen Bruch. Die Slowakei, die seit dem frühen Mittelalter in den Rahmen des Königreiches Ungarn gebunden gewesen war, trat mit den böhmischen Ländern in eine gemeinsame staatliche Einheit. Die Verwaltungsstrukturen dieser beiden Teile der Republik waren diametral verschieden, und dies nicht nur in den Systemen der Territorialgliederung, sondern hauptsächlich im Charakter ihrer administrativen Einheiten. Diese Tatsache stellte jedoch in den grundsätzlichen Entwürfen für den neuen Staat überhaupt kein Problem dar, weil ihre Verfasser ursprünglich auf eine föderative Gliederung gesetzt hatten, später auf eine Autonomie für die Slowakei<sup>10</sup>. Im ersten oder zweiten Fall hätte sich die öffentliche Verwaltung auf den historischen Grundlagen weiterentwickeln können; aber die Wirklichkeit war ganz anders.

Vom internationalen Standpunkt aus war für die Proklamierung der Tschechoslowakei, als staatliche Einheit der Tschechen und Slowaken, wenigstens mit Blick auf die staatsrechtlichen Bestrebungen der Deutsch-Böhmen – deren Zahl in der neubegründeten ČSR jene der Slowaken übertraf – und anderer nationaler Gruppierungen auf diesem Territorium (besonders der Magyaren in der Slowakei) das diplomatisch wirksamste Argument die Betonung einer einheitlichen tschechoslowakischen

<sup>10</sup> Vgl. die Übereinkunft von Cleveland aus dem Jahre 1915 und das Pittsburger Abkommen aus dem Jahre 1918. In: Š v o r c, Peter: Zrod republiky. Dobové dokumenty, spomienky, stanoviská 1914–1918 [Die Geburt der Republik. Zeitdokumente, Erinnerungen, Stellungnahmen 1914–1918]. Košice 1991.

Nation<sup>11</sup>. Diese pragmatische Idee schien den damaligen Repräsentanten der Republik so überzeugend, daß sie sich nicht nur mit ihr identifizierten, sondern auch zu konsequenten Verfechtern dieser Idee wurden. Die Gleichung „Ein Volk – ein Staat“ ergänzten sie ganz leicht um einen weiteren Teil, nämlich um eine einheitliche öffentliche Verwaltung.

Das erwähnte strategische Ziel war verständlicherweise nicht einfach und keineswegs sofort zu erreichen. Der erste Schritt in diese Richtung war die Ernennung des tschechoslowakisch orientierten Slowaken Vavro Šrobár zum bevollmächtigten Minister für die Verwaltung der Slowakei. Seine Aufgabe bestand darin, diesen Teil der Republik auf eine spätere administrativ-verwaltungstechnische Integration mit Böhmen, Mähren und dem südlichen Schlesien vorzubereiten. Es handelte sich dabei um eine vorübergehende Institution, die unter anderem der Tatsache Rechnung tragen sollte, daß in der Slowakei Munizipalstrukturen überlebt hatten, die zu dieser Zeit in den Städten fast überall von magyarischen bzw. magyaronischen Behörden dominiert waren. In den Jahren 1919 bis 1922 kam es zu einer allmählichen Änderung der Selbstverwaltungskörperschaften der Komitate in eine eindeutig tschechoslowakische, in hohem Maße verstaatlichte lokale Verwaltungsorganisation<sup>12</sup>.

Daß es sich bei der so geregelten staatlichen Verwaltung um eine geplante Übergangsregelung handelte, ergibt sich aus der Tatsache, daß schon 1920 das Gesetz Nr. 126 verabschiedet wurde, in dem sich die Bestrebung einiger politischer Richtungen auf Stärkung der Zentralmacht und Einführung einer einheitlichen gesamtstaatlichen Verwaltung ausdrückte und [gesamtstaatlich] 21 neu zu definierende Gebiete, sogenannte „Gau“ (*župy*), schaffen sollte<sup>13</sup>. Ursprünglich hatte man an die Bezeichnung „Kreise“ (*kraje*) gedacht; die Bezeichnung „Gau“ (*župa*) war gewissermaßen ein formaler Kompromiß mit den Gegnern einer Beseitigung der historischen Gliederung des slowakischen Territoriums. In der Praxis bürgerte sich jedoch die inoffizielle Bezeichnung „Großgau“ (*velžupy*) ein, weil sie gegenüber den ursprünglichen beträchtlich größer waren<sup>14</sup>.

Das Gaugesetz war, wie schon erwähnt, für die gesamte Republik konzipiert worden; in der tschechischen Gesellschaft erhob sich aber zugleich die (zugegebenermaßen nicht unbegründete) Angst darüber, daß einige der vorgesehenen Gau in Böhmen und Mähren überwiegend deutsch besiedelt sein würden. Das führte schließlich

<sup>11</sup> Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1930 gab es in der ganzen ČSR 14 729 536 Einwohner. Davon waren 3 318 445 Deutsche, also 22,53%. In der Slowakei lebten damals 2 337 816 Slowaken, also 13,18% der gesamten Einwohner der Tschechoslowakei. Tschechen und Slowaken zusammen zählten 9 756 604, also 66,24%. Die Magyaren machten mit 7 195 569 insgesamt 4,89% aus; davon lebten in der Slowakei 571 952, was 17,2% der Einwohner der Slowakei bedeutete. Die Slowaken stellten in der Slowakei die Mehrheit mit 70,4% (Angaben nach: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Bd. 1. München 1984, 7; Slovensko. L'ud [Die Slowakei – das Volk]. Bd. 1. Bratislava 1974, 447.)

<sup>12</sup> Sokolovský, L.: Grad – španstvo – stolica – župa. Príspevok k terminológii dejín správy [Grad – Gespannschaft – Komitat – Gau. Ein Beitrag zur Terminologie der Verwaltungsgeschichte]. Slovenská archivistika 16/2 (1981) 111–114.

<sup>13</sup> Sbírka zákonů a nařízení státu československého [Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Tschechoslowakischen Staates]. Teil 49, Ausgabe 11. März 1920, Anlage A.

<sup>14</sup> Sokolovský: Grad 114, Anm. 84 und S. 115f.

dazu, daß das Gesetz nur in der Slowakei in Kraft trat. Am 1. Januar 1923 verschwanden die alten slowakischen Komitate, und an ihrer Stelle traten sechs Großgaue (Bratislava/Prefburg, Nitra/Neutra, Považská/Vaag, Zvolenská/Altsohl, Podtatranská/Tatra, Košická/Kaschau), die formal dem bevollmächtigten Ministerium für die Verwaltung der Slowakei in Prefburg unterstanden. In Wirklichkeit wurden sie immer mehr vom Innenministerium direkt geleitet. Auf diese Weise verfehlte man nicht nur die angestrebte Einheit der öffentlichen Verwaltung, sondern festigte die staatsrechtlichen und damit auch die politischen, wirtschaftlichen und anderen Bindungen der einzelnen slowakischen Regionen an Prag.

Da die Gauverwaltung nicht auf dem Gebiet des ganzen Staates eingeführt werden konnte und auch die Erfahrung mit dieser künstlichen Organisation in der Slowakei ihre Mängel – hauptsächlich ihre funktionale Schwerfälligkeit und allgemeine Unfähigkeit – ganz klar offenbarte, wurden die Gaue im Sinne des Gesetzes Nr. 125/1927 zum 30. Juni 1928 wieder abgeschafft<sup>15</sup>.

Am 1. Juli desselben Jahres trat an ihre Stelle eine Länderordnung, was für die slowakischen Verhältnisse etwas Neues war. Die Neueinrichtung von vier Ländern (*krajiny*) [im Gesamtstaat], die der Zentralregierung fest unterstanden, kann man als den Gipfel der Bemühungen um die Stabilisierung des einheitlich organisierten und zentralverwalteten politisch-verwaltungstechnischen Systems in der Tschechoslowakei ansehen. Das „Land Slowakei“ (*Krajina Slovensko*) oder „das slowakische Land“ (*Slovenská krajina*) wurde zum integralen und unabtrennbaren Teil des Gesamtstaates<sup>16</sup>.

Die Position der Prager Regierung wurde erst infolge des Münchner Diktates erschüttert<sup>17</sup>. In der radikalisierten innenpolitischen Situation blieb der Prager Regierung nichts anderes übrig, als endlich die langwährenden Forderungen der Slowakei nach Autonomie zu akzeptieren, die beständig von Hlinkas Slowakischer Volkspartei (HSL'S) vorgebracht worden waren. Im Oktober 1938 verschwanden die slowakische Landesregierung, der Landtag des slowakischen Landes und weitere slowakische Selbstverwaltungsinstitutionen.

Eine qualitativ neue Situation entstand am 14. März 1939, als auf Hitlers Druck hin der slowakische Landtag die Slowakische Republik ausrief (häufig halboffiziell als „Slowakischer Staat“ bezeichnet, heute auch „Erste Republik“ genannt). Nachdem die zentralen Organe des neuen Staates konstituiert worden waren, wurde auf der Grundlage des Gesetzes 190/1939 zum 1. Januar 1940 auch eine zweistufige öffentliche Verwaltung eingerichtet. Aus bisher nicht völlig geklärten Gründen entstanden wieder sechs „Gaue“ (*župy*), die zweifellos durch die tschechoslowakische Gauverfassung der Jahre 1923 und 1928 inspiriert waren: Bratislava/Prefburg,

<sup>15</sup> *Sbírka zákonů a nařízení státu československého* [Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Tschechoslowakischen Republik]. Teil 57, Ausgabe 12. August 1927.

<sup>16</sup> Die übrigen Länder, tschechisch *země*, waren: Böhmen, Mähren mit dem südlichen Schlesien und die Karpatenukraine (*Podkarpatská Rus*).

<sup>17</sup> Es handelt sich um den Vertrag, den am 29. September 1938 in München die Regierungschefs von Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland unterschrieben. Auf seiner Grundlage fielen die deutschbesiedelten Randgebiete der Tschechoslowakei an das sogenannte Dritte Reich.

Nitrianska/Neutra, Trenčianska/Trentschin, Tatranská/Tatra, Pohronská/südliche Mittelslowakei und Šarišsko-Zemplínska/östliche Slowakei<sup>18</sup>. Die Unterschiede in der inneren Struktur und in den Kompetenzen der Gaubehörden sowie in weiteren Gaueinrichtungen entsprachen – im Vergleich zu vorher – den veränderten Verhältnissen, die durch den Aufstieg des faschistischen totalitären Systems bedingt waren.

Am 29. August 1944 brach in der Mittelslowakei gegen die faschistische Regierung und für die Erneuerung einer demokratischen Tschechoslowakischen Republik ein nationaler Aufstand aus; am 1. September übernahm der Slowakische Nationalrat (*Slovenská národná rada*) die Macht<sup>19</sup>. Er ließ aber nicht die vormünchener Landesverfassung wieder aufleben, sondern legte die Territorialverwaltung der Städte und Kreise in die Kompetenz der „revolutionären Nationalausschüsse“<sup>20</sup>. Auf der Gauebene tat sich nichts, weil dies angesichts des beherrschten geographischen Raumes und der Kürze der Zeit weder möglich noch notwendig war.

In der befreiten Tschechoslowakischen Republik mußte man die selbständige Existenz des slowakischen Volkes zur Kenntnis nehmen, und dies nicht nur wegen des Slowakischen Volksaufstandes, sondern auch wegen der Existenz eines (wenn auch verwerflichen) ehemaligen slowakischen Staates, der zu seiner Zeit völkerrechtlich von einer Reihe von Staaten – darunter auch den USA – anerkannt worden war. Davon zeugt auch das sechste Kapitel des Kaschauer Regierungsprogramms vom 5. April 1945<sup>21</sup>. In dieser Intention wurde dann am 2. Juni 1945 das sogenannte Erste Prager Abkommen zwischen der zentralen tschechoslowakischen Regierung und dem Slowakischen Nationalrat geschlossen<sup>22</sup>. Das zweite und das dritte Prager Abkommen vom April und Juni 1946 waren schon von anderer Art. Die slowakischen nationalen Organe oder – besser – ihre Repräsentanten konnten dem wachsenden Druck von seiten des tschechoslowakischen Staatszentrums nicht mehr standhalten und mußten eine beträchtliche Einschränkung ihrer bis dahin geltenden Kompetenzen hinnehmen<sup>23</sup>. Auf diese Weise wurden sie mehr oder weniger zu ausführenden Organen der Gesetzgebung, von Regierungsverordnungen oder anderer Verfügungen aus Prag.

Die allgemeine politische Lage verschlechterte sich noch nach dem Februar 1948, als das Interesse der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, die Macht zu ergreifen und die unbeschränkte Herrschaft im Staat zu behaupten, für die öffentliche Ver-

<sup>18</sup> Slovenský zákonník [Slowakisches Gesetzbuch]. Teil 41 vom 9. August 1939.

<sup>19</sup> Die „Deklaration des Slowakischen Nationalrates“ vom 1. September 1944 in: Slovenské národné orgány v dokumentoch. I. Obdobie Slovenského národného povstania [Die Slowakischen Nationalorgane in Dokumenten. I. Die Zeit des Slowakischen Nationalaufstandes]. Bratislava 1977, 17–18.

<sup>20</sup> Úprava povereníctva Slovenskej národnej rady pre veci vnútorné o organizovaní národných výborov [Erlaß des Beauftragten des Slowakischen Nationalrates für innere Fragen über die Organisation der Nationalausschüsse] vom 5. September 1944, a. a. O., 126 f.

<sup>21</sup> Rakoš, E./Rudohradský, Š.: Slovenské národné orgány 1943–1968 [Die slowakischen nationalen Organe]. Bratislava 1973, 547 f.

<sup>22</sup> Ebenda 547 f.

<sup>23</sup> Ebenda 552–557.

waltung zum obersten Kriterium geworen war. Die slowakischen nationalen Organe wurden buchstäblich nur geduldet, und ihrer raschen Auflösung entgingen sie nur wegen ihres „revolutionären“ Ursprunges. Eine ganze Reihe von Gesetzesänderungen, die ihre Entwicklung bis zum Jahre 1968 begleiteten, war im wesentlichen nichts anderes als ein Verschieben von Figuren auf dem Schachbrett, wobei dies durch die jeweilige Änderung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse und ihrer Reaktion auf die außenpolitische Entwicklung, besonders durch den Einfluß der Sowjetunion, bedingt war.

In den Jahren 1948 bis 1968 befand Prag die slowakischen nationalen Organe als eigentlich überflüssig. Am besten ist dieser Standpunkt durch die Rechtsnormen zur Organisation und Kompetenzabgrenzung der Nationalausschüsse zu belegen; dies war schon 1949 bei der Einführung der Kreisstruktur<sup>24</sup> sichtbar, aber auch bei den Gesetzen von 1954 und 1960<sup>25</sup>.

Kreise gab es in der Slowakei bis zum Jahre 1960 sechs, die an die „Großgaue“ (*veľžupy*) erinnerten, und danach drei, die ihr Vorbild wiederum in den josephinischen Distrikten besaßen, aber bis auf kleine Ausnahmen unterstanden sie alle der [Zentral-] Regierung oder den zuständigen Ministerien. Bisweilen sprach man von dem sogenannten asymmetrischen Modell der Staats- und Verwaltungsordnung, aber in der praktischen Machtausübung handelte es sich mehr um eine Illusion als um eine Tatsache.

Bei dem Versuch des Jahres 1968, das totalitäre Regime in der Tschechoslowakei zu beseitigen, trat die sogenannte „slowakische Frage“ und mit ihr verbunden die Bemühung um die Erneuerung der Machtbefugnisse der slowakischen Nationalorgane wieder in den Vordergrund. Das Recht der Slowakei auf eine eigene Verwaltung wurde am 1. Januar 1969 erfüllt, als das Verfassungsgesetz Nr. 143/1968 über die Tschechisch-Slowakische Föderation in Kraft trat<sup>26</sup>. Außer der Einrichtung einer Regierung und weiterer Zentralorgane der Slowakischen Sozialistischen Republik wurde die damalige dreistufige Verwaltung der Nationalausschüsse in eine zweistufige geändert. Mit dem Gesetz Nr. 71/1969 wurden zum 1. Juli 1969 die Kreise wieder beseitigt<sup>27</sup> und das Territorium administrativ nach Bezirken (*okresy*) und Gemeinden (*obce*) gegliedert.

<sup>24</sup> Zákon o krajskom zriadení [Gesetz über die Einrichtung von Kreisen] Nr. 280 vom 21. Dezember 1948. Zbierka zákonov republiky Československej [Sammlung der Gesetze der Tschechoslowakischen Republik], Teil 101 vom 24. Dezember 1948.

<sup>25</sup> Zákon o národných výboroch [Gesetz über die Nationalausschüsse] Nr. 13 vom 3. März 1954. Zbierka zákonov republiky Československej [Gesetzessammlung der Tschechoslowakischen Republik] Teil 6, vom 9. März 1954; Zákon o národných výboroch Nr. 65 vom 25. Mai 1960. Sbíрка zákonů Republiky československé [Sammlung der Gesetze der Tschechoslowakischen Republik], Teil 24 vom 7. Juni 1960; Zákon o územním členení státu [Gesetz über die Territorialgliederung des Staates] Nr. 36 vom 9. April 1960.

<sup>26</sup> Ústavný zákon o československej federácii [Verfassungsgesetz über die Tschechoslowakische Föderation] vom 27. Oktober 1968. Zbierka zákonov Československej socialistickej republiky [Gesetzessammlung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik] Teil 41 vom 4. November 1968.

<sup>27</sup> Zákon Slovenskej národnej rady o územnom členení Slovenskej socialistickej republiky [Gesetz des Slowakischen Nationalrates über die Territorialgliederung der Slowakischen Sozialistischen Republik] vom 27. Juni 1969. Zbierka zákonov [Gesetzessammlung], ČSSR. ČSR. SSR. Teil 26 vom 30. Juni 1969.

Nach Husáks Übernahme der Macht in der Kommunistischen Partei und im Staat und der von ihm eingeführten sogenannten „Konsolidierung der politischen Verhältnisse“ wurden die nationalen Republiken faktisch liquidiert. Nach außen hin bewahrte man zwar die Form der Föderation, aber im Innern erfüllte sie ein starker Zentralismus. In Übereinstimmung mit der wiederbelebten Idee einer einheitlichen Verwaltungsstruktur der ganzen Tschechoslowakei wurden durch die Gesetze 130/1970 und 131/1970 zum 1. Januar 1971 in der Slowakei (nach dem Vorbild der Tschechischen Sozialistischen Republik) wieder die Kreise eingeführt<sup>28</sup>.

Zu den natürlichen Konsequenzen des revolutionären Umschwungs im November 1989 gehört auch die bisher unvollendete Reform der öffentlichen Verwaltung. So wurde im Jahre 1990 die Kreisebene wieder abgeschafft, die Bezirke von 1960 behielt man zwar bei, teilte sie jedoch in zwei bis drei Sprengel (*obvody*)<sup>29</sup>. Diese Sprengel entsprechen in vielen Fällen den Bezirken aus der Zeit der historischen Komitatsordnung, als jedes Komitat noch in Stuhlrichterbezirke aufgeteilt war. Damit entstand eine seltsame Hybridstruktur, die unter den Bedingungen der heutigen selbständigen Slowakischen Republik unbedingt durch ein neues, vollständiges System der öffentlichen Verwaltung ersetzt werden muß.

Als Ergebnis der historischen Übersicht kann man feststellen, daß die Eingliederung der Slowakei in die Tschechoslowakische Republik nicht jene Qualität der staatlichen und damit auch öffentlich-rechtlichen Verwaltungsstruktur gebracht hat, an die die Vertreter der Slowakei bei ihrer Entstehung gedacht haben; im Gegenteil. Im Interesse einer vollständigen Einverleibung des slowakischen Gebietes in einen unitarischen Tschechoslowakischen Staat wurde im Jahr 1923 auch die Kontinuität einer mehr als tausendjährigen politisch-verwaltungstechnischen Gliederung abgeschafft.

Während der gesamten Existenz der Tschechoslowakei kam es in der Slowakei zu zwölf schwerwiegenden politisch-rechtlichen Eingriffen bzw. Territorialverwaltungsrefomen, deren durchschnittliche Geltungsdauer jeweils ungefähr sechs Jahre

<sup>28</sup> Zákony Slovenskej národnej rady o územnom členení Slovenskej socialistickej republiky a o zriadení krajských národných výborov v Slovenskej socialistickej republike a o opatreniach s tým súvisiacich [Gesetze des Slowakischen Nationalrates über die Territorialgliederung der Slowakischen Sozialistischen Republik und über die Einrichtung von Kreisnationalausschüssen in der Slowakischen Sozialistischen Republik und damit zusammenhängende Maßnahmen] vom 28. Dezember 1970. Zbierka zákonov [Gesetzsammlung] ČSSR. ČSR, SSR. Teil 39 vom 28. Dezember 1970.

<sup>29</sup> Zákon Slovenskej národnej rady o organizácii miestnej štátnej správy [Gesetz des Slowakischen Nationalrates über die Organisation der örtlichen staatlichen Verwaltung] Nr. 472 vom 29. Oktober 1990. Zbierka zákonov [Gesetzsammlung] ČSFR. ČR. SR. Teil 79 und Opatrenie Ministerstva vnútra Slovenskej Republiky [Verordnung des Ministeriums des Innern der Slowakischen Republik] vom 13. Dezember 1990, in dem eine Liste der Gemeinden veröffentlicht wurde, die die Territorialbezirke [Sprengel] der Bezirksämter in der Slowakischen Republik bilden. A. a. O., Teil 12 vom 11. März 1991. Für die zitierten Gesetze in deutscher Sprache vgl. Lammich, S. / Schmid, K.: Die Staatsordnung der Tschechoslowakei. Berlin 1979 (Quellen zur Rechtsvergleichung aus dem Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin. Die Gesetzgebung der Sozialistischen Staaten. Einzelausgabe 10.). Außerdem vgl. auch Lipscher, L.: Verfassung und politische Verwaltung in der Tschechoslowakei 1918–1939. München-Wien 1979.

betrug. Das spricht für sich. Keine der Reformen konnte sich halten, weil sie alle ausschließlich den bürokratischen Machtinteressen der herrschenden Gruppen entsprungen sind. Sie wurden sozusagen am grünen Tisch geschaffen und vernachlässigten die natürliche geographische Gliederung und die Siedlungsstruktur des Landes. Im wesentlichen wurden sie gewaltsam eingeführt, gegen den Willen oder wenigstens ohne stille Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung. Diese Tatsache kann man zweifellos als eine jener Ursachen ansehen, die zum Zerfall der Tschechisch-Slowakischen Föderativen Republik geführt haben.

Übersetzt von Manfred Alexander

## DIE BEDEUTUNG DER SLOWAKEI FÜR DAS DEUTSCHE REICH IN DEN JAHREN 1939–1945

Von *Tatjana Tönsmeier*

Die Literatur vermittelt oftmals den Eindruck, die Entstehung eines Slowakischen Staates im März 1939 sei nur ein Nebenprodukt der Zerschlagung der Tschechoslowakei und der Errichtung des „Protektorates“ über Böhmen und Mähren gewesen. Tatsächlich geriet die Slowakei auch erstmals in diesem Zusammenhang in das Blickfeld nationalsozialistischer Außenpolitik, aber die Entstehung eines selbständigen Staates war aus der Sicht des Reiches keinesfalls die einzige Option<sup>1</sup>. Sie stellte jedoch nach der altbewährten Methode des „Zerfalls von innen“, erprobt zuvor schon mit den österreichischen Nationalsozialisten und den Sudetendeutschen<sup>2</sup>, die „eleganteste“ Lösung des Problems dar. So kam es – nach verschiedenen Verhandlungen<sup>3</sup> – am 14. März 1939 zur Ausrufung des Slowakischen Staates durch den Landtag in Brati-

<sup>1</sup> Das Spektrum reichte von der Forderung der Führung der Karpatendeutschen auf Eingliederung wenigstens der westlichen Gebiete der Slowakei in die deutsche Ostmark über den Verbleib der Slowakei bei der Č-SR aus militärisch-strategischen Gründen (deutscher Generalstab) bis hin zur Vorstellung des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Ernst Woermann, der in der Selbständigkeit der Slowakei die günstigste Lösung für das Reich sah. Hoensch, Jörg K.: Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/39. Köln-Graz 1965, 99f. – Siehe auch Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes. Serie D (1937–1945), Bde. I–X, Baden-Baden-Frankfurt/M. 1950–1963, IV, 45, 46, 50, 68, 69. Zuvor hatte Hitler die Absicht gehabt, Ungarn für ein Mittun bei der Zerschlagung der ČSR mit dem Erwerb der Slowakei und Rutheniens zu belohnen. Vgl. Ádám, Magda: Die gemeinsamen Aktionen Hitlerdeutschlands und Ungarns zur Aufteilung der Tschechoslowakei. In: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig 1964, 133–139, hier 135 sowie Hoensch, Jörg K.: Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei. Tübingen 1967, 50f.

<sup>2</sup> Hoensch: Ostpolitik 227.

<sup>3</sup> So verhandelten Ende Februar 1939 verschiedene slowakische Minister und Abgeordnete (u. a. D'určanský, Pružinský, Zaťko und Palko) über die ökonomische und politische Entwicklung der Slowakei mit dem Reich, wobei sich das „Argument“ einer drohenden Eingliederung der Slowakei nach Ungarn als besonders „überzeugend“ erwies. Hoensch: Ostpolitik 232–235, siehe auch Jelínek, Yeshayahu A.: The Parish Republic. Hlinka's Slovak People's Party 1939–1945. New York-London 1976, 26f. Anfang März verhandelten Dr. Vojtech Tuka und Dr. Ferdinand D'určanský, beide Vertreter eines auf Loslösung der Slowakei vom tschechoslowakischen Staat bedachten Kurses, mit Göring in Berlin; zeitgleich sprachen Seyss-Inquart, Reichsstatthalter für die Ostmark, und sein persönlicher Referent, Dr. Hammerschmidt, mit Dr. Jozef Tiso, dem Ministerpräsidenten der autonomen Slowakei, in Bratislava. Hoensch: Ostpolitik 247ff., siehe auch Kaiser, Johann: Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der Slowakei 1939–1945. Ein Beitrag zur Erforschung der nationalsozialistischen Satellitenpolitik in Südosteuropa. Bochum 1969 (Diss.), 45f. Nach-

slava (Preßburg)<sup>4</sup>. Damit einher gingen am 18./23. März 1939 die Unterzeichnung eines Schutzvertrages<sup>5</sup> (in dem sich das Reich allerdings für den Fall eines polnischen oder ungarischen Angriffs die Entscheidungsfreiheit vorbehält<sup>6</sup>) und des „Vertraulichen Protokolls über die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakei“<sup>7</sup>. Diese beiden Vertragswerke sowie das im August 1939 unterzeichnete Schutzzonen-Statut, das der deutschen Wehrmacht militärische Hoheitsrechte in dem als „Schutzzone“ deklarierten Teil der Westslowakei (begrenzt durch die Staatsgrenze im Westen, durch den östlichen Rand der Kleinen und Weißen Karpaten sowie des Javornikgebirges im Osten) gewährte<sup>8</sup>, garantierte die politischen, militärischen und ökonomischen Interessen des Deutschen Reiches, nicht aber die eigenstaatliche Zukunft der Slowakei<sup>9</sup>. Erst die militärische Beteiligung der Slowakei am Polenfeldzug sicherte die Existenz des „Schutzstaates“ wie Hitler dem slowakischen Gesandten Černák am 21. Oktober 1939 in Berlin versicherte<sup>10</sup>.

Bis zu diesem Zeitpunkt war der Slowakische Staat tatsächlich eher ein Nebenprodukt der Zerschlagung der Tschechoslowakei. Nach der slowakischen Teilnahme am Polenfeldzug eröffneten sich jedoch der Reichsführung neue Perspektiven: Das Reich „entdeckte“ die politisch-propagandistische, die militärische und die ökonomische Bedeutung der Slowakei für sich.

---

dem der Ausnahmezustand über die Slowakei in der Nacht vom 9. zum 10. März von Staatspräsident Hácha verhängt und die slowakische Regierung abgesetzt worden war, war für die deutsche Seite Eile geboten, wollte sie die günstige Situation ausnutzen. Aber selbst nächtliche Besuche einer deutschen Delegation bei Karol Sidor, vor seiner Absetzung durch Hácha stellvertretender Ministerpräsident, am 12. März führten nicht zur Ausrufung der slowakischen Souveränität. Kaiser: Politik 51 und Hoensch: Ostpolitik 280 ff.; ausführlich auch in den Erinnerungen Čarnogurskýs, vgl. Čarnogurský, Pavol: 14. marec 1939 [14. März 1939]. Bratislava 1992, 214–220.

<sup>4</sup> Kaiser: Politik 56 f., siehe auch Hoensch: Ostpolitik 299–303 und Kamenec, Ivan: Slovenský štát [Der Slowakische Staat]. Praha 1992, 23 f. Zu der vorausgegangenen Reise Tisos und D'určanskýs am 13. 3. nach Berlin siehe Kaiser: Politik 53 ff., Hoensch: Ostpolitik 289–294 und Kamenec: Slovenský štát 22 f. sowie D'urica, Milan S.: Außenpolitische Beziehungen der Slowakischen Republik. München 1983, 15. Die Rede Hitlers an Tiso siehe ADAP, D, IV, 202.

<sup>5</sup> Dokumente zur Autonomiepolitik der Slowakischen Volkspartei Hlinkas. Hrsg. von Jörg K. Hoensch. München-Wien 1984, Dok. Nr. 59.

<sup>6</sup> Hoensch: Ostpolitik 344. Zu den militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Slowakei und Ungarn im März 1939 siehe Malá vojna – Vojenský konflikt medzi Maďarskom a Slovenskom v marci 1939. Príspevky a materiály z konferencie v Michalovciach, 30. 3. 1993 [Der kleine Krieg – Der kriegerische Konflikt zwischen Ungarn und der Slowakei im März 1939. Beiträge und Materialien der Konferenz in Michalovce, 30. 3. 1993]. Bratislava 1993.

<sup>7</sup> Hoensch: Dokumente, Dok. Nr. 59.

<sup>8</sup> Vnuk, František: The German Zone of Protection in Slovakia (A study in Slovak-German relations in March–August 1939). In: Slovakia 9/29 (1959) 7–23, hier 7 f. Zu den Verhandlungen über den Schutzzonenvertrag siehe ADAP, D, VI, 117, 206, 554, 611, 667, 696, 747 und 758. Ausführlich zur Schutzzone und ihrer Funktion als Aufmarschgebiet gegen Polen auch Kaiser: Politik 100–109.

<sup>9</sup> Nach wie vor existierten vielfältige Teilungspläne sowie die Forderung der Wehrmacht nach Annexion. Kamenec: Slovenský štát 38.

<sup>10</sup> „Ihre Haltung hat den Slowakischen Staat endgültig etabliert.“ ADAP, D, VIII, 286.

### 1. Die politisch-propagandistische Bedeutung der Slowakei für das Reich

#### Die Slowakei als „Visitenkarte“ des Reiches

Modern gesprochen könnte man sagen, daß es sich bei dem „Visitenkarten“-Konzept um eine PR-Maßnahme der reichsdeutschen Außenpolitik handelte. Am Beispiel der „selbständigen“ Slowakei sollte den Staaten des Donaumaums demonstriert werden, daß die Patronage durch das Reich keinesfalls mit einem Verlust an Souveränität gleichzusetzen sei – wie viele der südosteuropäischen Staaten befürchteten –, sondern politisch und ökonomisch Fortschritt und Wohlstand bedeute. Für das Reich hing von dem Erfolg dieser Propaganda viel ab: Es mußte die Donastaaten rechtzeitig an sich binden, um ihr Ausscheren aus der nationalsozialistischen Machtsphäre im Kriegsfall zu verhindern, da sonst besonders die Lebensmittelversorgung des Reiches gefährdet gewesen wäre<sup>12</sup>.

Für die Slowakei hatte ihre Rolle als „Werbeträgerin“ der deutschen Außenpolitik durchaus ambivalente Auswirkungen. Auf der einen Seite unterblieben in dieser Phase deutsche Versuche, nationalsozialistisches Gedankengut zu oktroyieren oder slowakische Institutionen deutschen Vorbildern anzugleichen<sup>13</sup> – gemäß der Direktive des Reichsaußenministers von Ribbentrop<sup>14</sup>. Auf der anderen Seite erwartete das Reich vorbildhafte Lösungen in der sogenannten „Judenfrage“ und in der deutschen Minderheitenproblematik, die Signalwirkung für den gesamten Donaumaum haben sollten. Konkret gesprochen bedeutete dies die Forderung nach dem „Einbau des volksdeutschen Elements“ in den Staat entsprechend der „Stellung des Deutschen Reiches zum Slowakischen Staat“<sup>15</sup>.

Die Rolle einer großdeutschen „Visitenkarte“ spielte die Slowakei bis zum Sommer 1940. In jener Zeit änderten sich mit den Siegen der deutschen Wehrmacht an der Westfront die Voraussetzungen der Außenpolitik so grundlegend, daß man in Berlin die Zeit für eine Um- und Neuorientierung gekommen sah: Man zog die „Visitenkarte“

<sup>11</sup> Der Begriff ‚Visitenkarte‘ geht auf den deutschen Gesandten in der Slowakei, Hans Bernard, zurück. ADAP, D, X, 17.

<sup>12</sup> Kaiser: Politik 146 und Jelinek: Republic 38. Zum Visitenkarten-Konzept allgemein auch Škovránek, Stanislav: Slovensko v nacistickom ovládaní Európy. In: Slovensko v rokoch druhej svetovej vojny (Materiály z vedeckého sympózia, nov. 1990). Hrsg. von Slovenská národná rada/Historický ústav SAV [Die Slowakei in der nazistischen Beherrschung Europas. In: Die Slowakei in den Jahren des Zweiten Weltkriegs (Materialien eines wissenschaftlichen Symposions, Nov. 1990). Hrsg. vom Slowakischen Nationalrat/Historisches Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften]. Bratislava 1991, 24–29, hier 25 f.

<sup>13</sup> Kaiser: Politik 147.

<sup>14</sup> ADAP, D, VIII, 409.

<sup>15</sup> Zitiert nach Kaiser: Politik 166 f. Allerdings kollidierten diese weitgehenden deutschen Ansprüche mit slowakischen Vorstellungen, so daß schließlich ein Mittelweg gefunden werden mußte. Siehe dazu Lipták, L’ubomír: Príprava a priebeh salzburgských rokovani roku 1940 medzi predstaviteľmi Nemecka a Slovenského Štátu [Vorbereitung und Verlauf der Salzburger Verhandlungen im Jahre 1940 zwischen den Vertretern Deutschlands und des Slowakischen Staates]. In: Historický časopis 13 (1965) 329–365, hier 354 f. sowie Schmid, Karin: Die Slowakische Republik 1939–1945. Eine staats- und verfassungsrechtliche Betrachtung. Berlin 1982, 533 f. – Kováč, Dušan: Deutsche Partei v politickom systéme

zurück<sup>16</sup> und erwartete nun mehr als nur äußerliche Loyalität. Die Slowakei sollte bei dem Versuch, den Staaten des Donauraums nationalsozialistische Systemelemente aufzuoktroyieren, die Rolle einer Schrittmacherin übernehmen.

*Die Rolle der Slowakei bei den deutschen Neuordnungsplänen für den Donauraum*

Nach den Erfolgen an der Westfront im Frühsommer 1940 war die Stimmung der Reichsführung geradezu euphorisch. Sie hielt nun den richtigen Zeitpunkt für gekommen, eine neue Politik in Südosteuropa zu betreiben. Zur Schaffung eines vom Reich beherrschten „Großwirtschaftsraums“ – was nicht nur eine ökonomische Machtposition meint, sondern ganz allgemein die Sicherung der deutschen Hegemonie gegenüber konkurrierenden Einflüssen, wie zum Beispiel Großbritanniens oder der Sowjetunion – wurde nun auf die Angleichung der politischen Systeme dieser Länder an das deutsche Vorbild gedrängt<sup>17</sup>. Der Slowakei als deutschem „Schutzstaat“ fiel dabei die Rolle einer Schrittmacherin zu.

Im Sommer 1940 hatte ein innerslowakischer Machtkampf, in dessen Zentrum die Frage nach dem Beharren auf slowakischer Souveränität bzw. der verstärkten Annäherung an das Reich stand, seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Das Selbständigkeitsgebahren des amtierenden slowakischen Innen- und Außenministers Dr. Ferdinand D'určanský löste in Berlin erst Verwunderung, dann zunehmende Verärgerung aus<sup>18</sup>. Schließlich hielt die Reichsführung den Zeitpunkt für gekommen, um in der Slowakei ein Exempel zu statuieren.

Zunächst herrschten auf deutscher Seite jedoch viele konkurrierende Vorstellungen darüber, welches das „richtige“ Exempel wäre. Die Parteileitung unter Martin Bormann sowie die Spitzen der karpatendeutschen Minderheit forderten, den Status der Slowakei an den eines Protektorates anzunähern<sup>19</sup>. Ähnliche Auswirkungen hätte auch die in Wirtschaftskreisen anvisierte Zoll- und Währungsunion gehabt<sup>20</sup>. Beson-

---

Slovenského štátu [Die Deutsche Partei im politischen System des Slowakischen Staates]. In: Slovensko v rokoch druhej svetovej vojny 131–134, hier 131 und 133f. – Hoensch, Jörg K.: Grundzüge und Phasen der deutschen Slowakei-Politik im Zweiten Weltkrieg. In: Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947. Hrsg. von Detlef Brandes und Václav Kural. Essen 1994, 215–239, hier 220ff.

<sup>16</sup> So Bernard in einem Memorandum vom 25. Juni 1940 für das Auswärtige Amt: „Mit dem 9. April und dem 10. Mai begann auch ein neues Kapitel im deutsch-slowakischen Verhältnis. Die neue politische Lage erlaubt es, unsere Visitenkarte zurückzuziehen, die wir so lange herausgehalten haben, um sie bekannt werden zu lassen. Jetzt ist die Zeit gekommen, um wieder einmal absolut klarzustellen, besonders im Hinblick auf die Länder Südosteuropas, daß die Slowakei zu unserem Lebensraum gehört, d.h., daß allein unsere Wünsche maßgeblich sind.“ Zitiert nach Broszat, Martin: Das deutsch-slowakische Verhältnis 1939/40 und seine Rückwirkung auf die slowakische Judenpolitik. In: Gutachten des Institutes für Zeitgeschichte, Bd. I. München 1958, 221–229, hier 223.

<sup>17</sup> Kaiser: Politik 347f. – Dress, Hans: Slowakei und faschistische Neuordnung Europas 1939–1941. Berlin 1972, 132f.

<sup>18</sup> Lipták: Salzburg 335. – Jelinek: Republic 37f. – Kaiser: Politik 295f. – Dress: Neuordnung 133. – Zur Politik D'určanskýs auch Schmid: Republik 507.

<sup>19</sup> Kaiser: Politik 340ff. – Dress: Neuordnung 136f. – Lipták: Salzburg 358.

<sup>20</sup> ADAP, D, X, 246.

ders die Diskussion um die Zoll- und Währungsunion läßt im übrigen deutlich werden, daß hier nicht nur die slowakische Zukunft verhandelt wurde, sondern daß man sich im Reich der Tatsache bewußt war, daß das deutsche Agieren im ‚Schutzstaat‘ eine Signalwirkung für ganz Südosteuropa haben würde. Aus eben diesem Grund wurde (zu diesem Zeitpunkt) von einer Union abgesehen<sup>21</sup>. Letztlich gelang es Kreisen um das Auswärtige Amt (AA), sich durchzusetzen. Hier vertrat man die Überzeugung, die günstigste Lösung sei in personellen Veränderungen zu sehen, nicht jedoch in einer Neubestimmung des Charakters der bilateralen Beziehungen<sup>22</sup>. Gegen eine Aushöhlung der slowakischen Souveränität wehrte sich das AA allerdings nicht nur aus politisch-propagandistischen Gründen, sondern auch aus nicht zu unterschätzendem Ressortegoismus<sup>23</sup>.

Die vom Reich favorisierten Änderungen wurden bei einem Treffen deutscher und slowakischer Politiker am 28. Juli 1940 in Salzburg durchgesetzt, dem sogenannten Salzburger Diktat. Den Slowaken wurde vorgeworfen, ihre Seite des Schutzvertrages nicht erfüllt zu haben. Das Reich als „Garant“ der politischen Unabhängigkeit könne „eine diese Unabhängigkeit gefährdende innere Zersetzung nicht dulden“. Außerdem wurden die mangelnde Verfolgung der Juden, eine verfehlte Sozialpolitik (die zu Streiks und Sympathien für die KP führe) sowie „politischer Katholizismus“ kritisiert<sup>24</sup>. Deshalb forderte der Reichsaußenminister von Ribbentrop, den slowakischen Staatschef Dr. Jozef Tiso ultimativ zur Umbildung seiner Regierung auf<sup>25</sup>. Daß es sich wirklich um mehr handelte als nur um die Ersetzung eines zu eigenmächtigen Politikers (und seines Umfeldes) durch dem Reich genehme Figuren, beleuchtet die Tatsache, daß sich zeitgleich Delegationen rumänischer sowie bulgarischer Regierungsvertreter in Berlin aufhielten<sup>26</sup>. Es ging der nationalsozialistischen Außenpolitik um den gesamten Donaauraum, nicht um die Slowakei allein<sup>27</sup>.

Folgerichtig begnügte man sich in Berlin nicht mit dem Ausbau der deutschen Gesandtschaft in Bratislava<sup>28</sup>, sondern entsandte Berater in nahezu alle Bereiche des slowakischen öffentlichen Lebens. Ihre Aufgabe sah man in der „Steuerung aller Vorgänge des slowakischen staatlichen, politischen und völkischen Lebens im Reichs-

<sup>21</sup> Dress: Neuordnung 138f. – Zu den deutsch-slowakischen Gesprächen im Sommer 1940 über die Einbeziehung der Slowakei in die Zoll- und Währungsunion siehe ADAP, D, X, 246 und 320.

<sup>22</sup> Das heißt, man wollte den auf Selbständigkeit orientierten Dr. Ferdinand D'určanský durch die Spitzen des prodeutschen, faschistophilen Lagers ersetzen: Professor Dr. Vojtech Tuka, der Gründer einer slowakischen Parallele der italienischen Fasci di Combattimento und der SA, sollte Außenminister, Alexander (Šaňo) Mach Innenminister werden. Kaiser: Politik 337ff.

<sup>23</sup> Zur Frage des Ressortegoismus des AA in diesem Zusammenhang siehe ADAP, D, X, 143.

<sup>24</sup> ADAP, D, X, 205. – Siehe auch Dress: Neuordnung 137f. und Lipták: Salzburg 358f.

<sup>25</sup> Zu den deutsch-slowakischen Gesprächen in Salzburg siehe Lipták: Salzburg 361 sowie Dress: Neuordnung 139f. und Jelinek: Republic 42.

<sup>26</sup> Lipták: Salzburg 360.

<sup>27</sup> Als Indiz für die Richtigkeit dieser Einschätzung läßt sich auch Hitlers Rede vor der slowakischen Delegation in Salzburg anführen, in der er sein politisches und ökonomisches Konzept von Mitteleuropa darlegte und die Slowaken darauf hinwies, daß er politische Stabilität in diesem Raum brauche. ADAP, D, X, 248.

<sup>28</sup> Kaiser: Politik 356f.

interesse“<sup>29</sup>. Auch der deutsche Gesandte<sup>30</sup> selbst fungierte als Berater; er war dem neuen slowakischen Außenminister Dr. Vojtech Tuka zugeordnet<sup>31</sup>. Tuka honorierte seine „Beförderung“ von Salzburg dadurch, daß er bei allen, auch unbedeutenden Entscheidungen mittels der Gesandtschaft beim Reichsaußenminister nachzufragen pflegte und erst nach der entsprechenden Antwort handelte<sup>32</sup>.

Zusammenfassend gesagt bedeuteten die Ereignisse, die als Diktat von Salzburg beschrieben wurden, den Versuch, im ‚Schutzstaat‘ nationalsozialistische Systemelemente einzuführen, nicht jedoch die bilateralen Beziehungen ihrem Charakter nach zu verändern, denn die reichsdeutsche Außenpolitik hatte bei ihrem Agieren in der Slowakei stets den gesamten südosteuropäischen Raum vor Augen: Sie wollte ihren Anspruch auf Hegemonie in diesem Teil der Welt bekräftigen. Um ihre Position zu sichern, forderte sie die Angleichung der politischen Systeme, sah jedoch von der Einbeziehung in eine Zoll- und Währungsunion ab. Im Verlauf des Krieges ließen sich allerdings so weitgehende Eingriffe in die innere Struktur einzelner Länder kaum noch realisieren. In der Slowakei wurde daher die Verfolgung der Juden – aus der Sicht des Reiches – zum „Rudiment des Gleichschaltungsprozesses“<sup>33</sup>, darüber hinaus ließ sich die slowakische Beteiligung am Holocaust propagandistisch nutzen.

#### *Die slowakische Beteiligung am Holocaust*

Judenfeindliches Denken und Handeln wurde in der Slowakei nicht erst als „Import“ aus dem Deutschen Reich eingeführt, sondern hatte eigene, ältere Wurzeln<sup>34</sup>. Der autochthone Antisemitismus war jedoch nicht rassistisch, sondern wirtschaftlich und religiös motiviert<sup>35</sup>. Gleichwohl bildete er die Grundlage für die Kollaboration nicht nur in der Slowakei, sondern auch in anderen südosteuropäischen Ländern<sup>36</sup>.

<sup>29</sup> Zitiert nach Kaiser: Politik 358.

<sup>30</sup> Hans Bernard wurde nach dem Salzburger Diktat durch den SA-Gruppenführer Manfred Freiherr von Killinger abgelöst; dessen Nachfolger war seit Januar 1941 Hans Ludin. Kaiser: Politik 356 und 473.

<sup>31</sup> Lipták: Salzburg 361.

<sup>32</sup> Schmid spricht deshalb von einem faktischen Weisungsverhältnis. Schmid: Republik 510.

<sup>33</sup> Kaiser: Politik 566.

<sup>34</sup> Siehe dazu Gogolák, Ludwig von: Beiträge zur Geschichte des slowakischen Volkes. 3 Bde., Bd. 3: Zwischen zwei Revolutionen (1848–1918). München 1972, 97, 103 und 130f.

<sup>35</sup> Kaiser: Politik 178f. Zur Abgrenzung des „traditionellen“ Antisemitismus zu der rassistisch motivierten Variante auch Jelinek, Yeshayahu A.: The Vatican, the Catholic Church, the Catholics, and the Persecution of the Jews during World War II: The Case of Slovakia. In: Jews and Non-Jews in Eastern Europe 1918–1945. Hrsg. von Bela Vago und George L. Mosse. Jerusalem 1974, 221–255, hier 223 und Kamenec, Ivan: Snem Slovenskej republiky a jeho postoj k problému židovského obyvateľ'stva na Slovensku v rokoch 1939–1945 [Das Parlament der Slowakischen Republik und seine Haltung zum Problem der jüdischen Einwohner in der Slowakei in den Jahren 1939–1945]. Historický Časopis 17 (1969) 329–360, hier 330.

<sup>36</sup> Zum Antisemitismus und seinen Auswirkungen in Ungarn siehe Wippermann, Wolfgang: Europäischer Faschismus im Vergleich (1922–1982). Frankfurt/M. 1983, 91f. und Nolte, Ernst: Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Ent-

„Kaum ein anderer nationalsozialistischer Impuls stieß [...] in den genannten Ländern auf so wenig Gegenwehr und fand so zahlreiche bereitwillige Helfer wie der Antisemitismus.“<sup>37</sup>

Die antijüdischen Maßnahmen im ‚autonomen Land Slowakei‘ (seit der Föderalisierung der Tschechoslowakei im November 1938) und später dann im Slowakischen Staat zeigten entsprechend vor allem eine wirtschaftliche und religiöse Zielsetzung. Dazu gehörte die Einführung eines Numerus Clausus im Erziehungswesen<sup>38</sup>, die Beschränkung von Juden in vielen freien Berufen<sup>39</sup>, ihr Ausschluß aus dem öffentlichen Dienst und der Armee sowie die Einführung eines Arbeitsdienstes mit Strafcharakter für jüdische Rekruten und schließlich die Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte der slowakischen Judenschaft<sup>40</sup>. Festgelegt wurde auch, wer als Jude zu gelten hatte; die Kriterien waren jedoch noch eindeutig konfessionell bestimmt<sup>41</sup>. Allerdings sind auch Ghettoisierung<sup>42</sup> und Abschiebung<sup>43</sup> schon in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre keine unbekanntenen Forderungen.

wicklung der Faschismen. München 1966, 177f. – Zu Rumänien siehe Wippermann: Faschismus 97f. und Nolte: Bewegungen 100 und 177, sowie zu Kroatien Wippermann: Faschismus 107 und Nolte: Bewegungen 177.

<sup>37</sup> Diskussionsbeitrag Broszat zu Jong, Luis de: Zwischen Kollaboration und Résistance. In: Das Dritte Reich und Europa. Bericht über die Tagung des Institutes für Zeitgeschichte in Tutzing/Mai 1956. München 1957, 133–152, hier 171f. Deshalb konnte der Antisemitismus, nach dem Scheitern des Versuchs, die Slowakei ideologisch auf NS-Linie zu bringen, zum „... wichtigsten – freilich rein negativ bleibenden – ideologischen Integrationsfaktor ...“ werden. Hoensch: Weg 233.

<sup>38</sup> Bodensieck, Heinrich: Das Dritte Reich und die Lage der Juden in der Tschecho-Slowakei nach München. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 9 (1961) 249–261, hier 252. – Lipscher, Ladislav: The Jews of Slovakia 1939–1945. In: The Jews of Czechoslovakia. Historical Studies and Surveys. 3 Bde., Bd. 3, hrsg. von Avigdor Dagan u. a. Philadelphia-New York 1984, 165–261, hier 176. – Mit dem Gesamtkomplex der Politik des Slowakischen Staates gegenüber seiner jüdischen Bevölkerung befaßt sich außerdem sehr gründlich Kamenec, Ivan: Po stopách tragédie [Auf den Spuren der Tragödie]. Bratislava 1991 sowie der Sammelband Tragédia slovenských židov. Materiály z medzinárodného sympozia Banská Bystrica 25.–27. marca 1992 [Die Tragödie der slowakischen Juden. Materialien des internationalen Symposiums in Neusohl 25.–27. März 1992]. Banská Bystrica 1992.

<sup>39</sup> Zu den Restriktionen gegenüber Juristen, Ärzten, Zeitungsherausgebern Lipscher: Jews 166.

<sup>40</sup> Kaiser: Politik 179.

<sup>41</sup> Broszat: Verhältnis 226 und Kaiser: Politik 179. Ausführlich zu den Definitionen Lipscher: Jews 165f. Grundsätzlich dazu außerdem auch Dress: Neuordnung 144, Fauck, S.: Das deutsch-slowakische Verhältnis und seine Rückwirkung auf die slowakische Judenpolitik. In: Gutachten des Institutes für Zeitgeschichte, Bd. II. Stuttgart 1966, 61–73, hier 61 und Kamenec: Snem 333.

<sup>42</sup> So ein Artikel im „Slovák“ vom 10. 2. 1939: „Cirkev vždy urgovala, aby židia a kresťania nebyvali spolu, aby každé mesto muselo mať svoje getto, aby museli židia nosiť ozačenie [...] Cirkev je za odstránenie židov.“ [A. i. O., T. T.; Die Kirche hat immer darauf gedrungen, daß Juden und Christen nicht zusammen wohnen, daß jede Stadt ihr eigenes Ghetto haben muß, daß die Juden ein Kennzeichen tragen müssen ... Die Kirche ist für das Fortschaffen der Juden.]. Zitiert nach Stanek, I.: Vatikán, spojenec ľudáctva a tzv. sloveského štátu [Der Vatikan, ein Verbündeter der Ludaken und des sog. Slowakischen Staates]. Československý časopis historický 3 (1955) 82–110, hier 99.

<sup>43</sup> Nach dem Abschluß des Bündnisvertrages zwischen der ČSR und der Sowjetunion 1935 schlug Sidor im Prager Parlament vor, alle Juden aus der Slowakei und aus Ruthenien nach

Deutsch-slowakische Kontakte gehen in diesem Kontext ebenfalls schon bis in den Herbst 1938 zurück. Anlässlich eines Gesprächs mit Göring im Oktober 1938 sagte D'určanský ihm zu, die sogenannte ‚Judenfrage‘ werde „ähnlich wie in Deutschland gelöst“<sup>44</sup> werden. Unterredungen fanden außerdem auch zwischen D'určanský, Alexander Mach, Franz Karmasin, dem Führer der karpatendeutschen Minderheit, und Adolf Eichmann statt<sup>45</sup>.

Alle diese Kontakte hatten jedoch nur unzureichende Maßnahmen – im Sinne der Reichsregierung – zur Lösung des behaupteten ‚Judenproblems‘ gezeitigt. Deshalb war der erste Berater, der nach dem Salzburger Diktat schon im August 1940 in Bratislava eintraf, der SS-Hauptsturmbannführer Dieter Wisliceny, für die ‚Judenfrage‘ zuständig. Unter seiner Ägide verschärfte sich die Situation für die slowakischen Juden empfindlich. So wurde zum Beispiel das Ermächtigungsgesetz Nr. 210 vom 11. September 1940 in Kraft gesetzt, das der slowakischen Regierung die Möglichkeit gab, die Juden auf dem Verordnungsweg (das heißt ohne Einschaltung des Parlaments) aus allen politischen und sozialen Bereichen hinauszudrängen und ihr Vermögen zu arisieren<sup>46</sup>. Auch die institutionelle Seite der antijüdischen Maßnahmen wurde reorganisiert: Auf der Seite der Regierung wurden die antijüdischen Einrichtungen im Zentralwirtschaftsamt, dem *Ústredný hospodarský úrad*, zusammengefaßt, seit 1941 die Abteilung 14 des Innenministeriums<sup>47</sup>. Dem gegenüber stand auf jüdischer Seite die sogenannte Judenzentrale, *Ústredňa Židov*, die im September 1940 auf Vorschlag von Wisliceny eingerichtet wurde. Als Zwangskörperschaft der slowakischen Judenschaft mußte sie den Staatsbehörden bei deren Diskriminierung und späteren Ermordung der slowakischen Juden zur Hand gehen<sup>48</sup>.

---

Birobidschan umzusiedeln. Rothkirchen, Livia: Vatican Policy and the „Jewish Problem“ in „Independent“ Slovakia (1939–1945). *Yad-Vashelem Studies* 6 (1966) 27–53, hier 30 und Lipscher, Ladislav: Die Juden im Slowakischen Staat 1939–1945. München-Wien 1980, 15.

<sup>44</sup> ADAP, D, IV, 68. Allerdings gehörte zu den deutschen Anklagepunkten 1940 in Salzburg auch der Vorwurf an D'určanský, daß hinter ihm jüdischer und freimaurerischer Einfluß stehe und er die „Judenfrage“ in keiner Weise der Lösung nähergebrachte habe. Broszat: Verhältnis 227f. und Dress: Neuordnung 138. Dies ist eigentlich der Vorwurf mangelnder Loyalität an einen Mann, auf den das Reich seine Hoffnung wegen seines Verhaltens vor dem 14. 3. 1939 in besonderer Weise gesetzt hatte.

<sup>45</sup> Kaiser: Politik 16f., siehe auch Hoensch: Ostpolitik 136f.

<sup>46</sup> Kaiser: Politik 403f., siehe auch Lipscher: Jews 174 und Broszat: Verhältnis 228. – Zur Arisierung, die bereits vor dem September 1940 praktiziert wurde, Lipscher: Jews 166ff. und Fauck: Verhältnis 63.

<sup>47</sup> Lipscher: Jews 174f.

<sup>48</sup> Kaiser: Politik 413f., siehe auch Lipscher: Jews 175 und 185f. sowie Fauck: Verhältnis 63f., Reitlinger, Gerald: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945. Berlin 1979<sup>5</sup>, 438. – Sehr ausführlich zu Personen, Organisationsstruktur und Arbeitsbereichen der Judenzentrale Neumann, Jirmejahu Oscar: Im Schatten des Todes: Ein Tatsachenbericht vom Schicksalskampf des slowakischen Judentums. Tel Aviv 1956, 38–47. – Zur Vorbildfunktion des Rates der jüdischen Kultusgemeinde in Prag für ähnliche Einrichtungen, besonders auch in polnischen und russischen Städten, Reitlinger: Endlösung 26ff.

Der „Judenberater“ Wisliceny unterstützte zunächst all jene Maßnahmen, die vom autochthonen slowakischen Antisemitismus getragen wurden. Nach dem Ausschöpfen dieses Potentials begann er, eine rassistisch motivierte Judenpolitik durchzusetzen. Den Auftakt dazu bildete im September 1941 die Verabschiedung des sogenannten Judenkodex<sup>49</sup>. Dieses Gesetzeswerk diente nicht nur der Zusammenfassung und Systematisierung der vielen verschiedenen antijüdischen Erlasse, sondern mit der Einführung der Zwangsarbeit<sup>50</sup> und der Möglichkeit zur willkürlichen Umsiedlung<sup>51</sup> schuf es auch die Voraussetzungen für die im März 1942 beginnenden Deportationen. Ihnen fielen bis zum Oktober desselben Jahres etwa 58 000 Menschen zum Opfer<sup>52</sup>.

Nach und nach regte sich von verschiedenen Seiten Widerstand gegen die Deportationen<sup>53</sup>, so daß es im Herbst 1942 zu einem vorläufigen Ende der Transporte kam. Die

<sup>49</sup> Kaiser: Politik 569f. – Aus der umfangreichen Literatur zum Kodex auch Lipscher: Jews 181f., Jelinek: Republic 74f., Dress: Neuordnung 144f. und Reitlinger: Endlösung 439. – Zu dem Einfluß Wislicenys auf die Verabschiedung des Kodex Kamenec: Snem 348f.

<sup>50</sup> Lipscher: Jews 186ff., auch Fauck, S.: Jüdischer Arbeitsdienst in der Slowakei 1939–1941. In: Gutachten des Institutes für Zeitgeschichte, Bd. II. Stuttgart 1966, 59f. – Zu der Errichtung von Arbeitslagern, besonders in Sered' und Nováky, Kaiser: Politik 575 sowie Neumann: Schatten 83–86 und 121–125, außerdem Reitlinger: Endlösung 439f.

<sup>51</sup> Lipscher: Jews 184, siehe auch Broszat: Verhältnis 277 und Neumann: Schatten 77f.

<sup>52</sup> Kárný, Miroslav: Die tschechoslowakischen Opfer der deutschen Okkupation. In: Der Weg in die Katastrophe 151–160, hier 154. Die Gesamtzahl der jüdischen Opfer referiert Kárný mit 65 000 bis 70 000 (Kárný 152f.). Zu den einzelnen Transporten auch Lipscher: Jews 193, Neumann: Schatten 95ff., Kaiser: Politik 579, Fauck: Verhältnis 65f. und Reitlinger: Endlösung 121, 175 und 440f.

<sup>53</sup> Zu den Vertretern des Regierungslagers, die sich zumindest um eine Abschwächung der antijüdischen Maßnahmen bemühten, gehörten der Bildungsminister Dr. Sivák, der Justizminister Dr. Fritz und der Finanzminister Dr. Pružinský. Aus Wirtschaftskreisen ist noch Dr. Karvaš, der Vorsitzende der Slowakischen Nationalbank, anzuführen. Lipscher: Jews 208ff. Zu den einzelnen slowakischen Persönlichkeiten, die projüdisch gesinnt waren, auch Neumann: Schatten 68ff., 109 und 135 sowie Jelinek: Church 231 und 241. Auch in der Bevölkerung waren die Deportationen nicht sehr populär, besonders seitdem slowakische Soldaten aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten schreckliche Berichte über das Schicksal der Juden mit in die Heimat brachten. Rothkirchen: Vatican 37. Zu den Protestierenden gehörten auch die Kirchen und der Vatikan. Zu der Haltung der Kirchen in der Slowakei Lipscher: Jews 211f. und 217, siehe auch Conway, John S.: The Churches, the Slovak State and the Jews 1939–1945. The Slavonic and East European Review 52 (1974) 85–112, hier 99 und 105, – Rothkirchen: Vatican 44. – Jelinek: Church 239f. – Kaiser: Politik 576f. – Zum Vatikan siehe Vatikán a Slovenská republika (1939–1945), Dokumenty [Der Vatikan und die Slowakische Republik (1939–1945), Dokumente]. Hrsg. von Ivan Kamenec, Vilém Prečan, Stanislav Škovránek. Bratislava 1992, Dok. Nr. 50, Dok. Nr. 54, Dok. Nr. 63 (jeweils von 1942), Dok. Nr. 88, Dok. Nr. 92 (jeweils von 1943) sowie Dok. Nr. 126 und Dok. Nr. 142 (nach dem SNP). Allerdings ließ der Vatikan keine Mittel des kanonischen Rechts zur Anwendung kommen, wie zum Beispiel das Interdikt. Jelinek: Church 227, siehe auch Kaiser: Politik 576. Auch darf man nicht außer acht lassen, daß die sich vermehrenden Proteste zeitlich mit Himmlers Absicht zusammenfielen, aus dem temporären Aufschub der Deportationen finanziellen Gewinn zu ziehen: Der Verkauf von Emigrationserlaubnissen an reiche slowakische Juden sollte dem Aufbau einer SS-Division in Ungarn dienen, Reitlinger: Endlösung 443ff. Außerdem Lipscher: Jews 213

erneute Jagd auf die Juden nach dem Slowakischen Nationalaufstand (SNP) zwei Jahre später lag nicht mehr in slowakischer, sondern in deutscher Verantwortlichkeit.

Die Reichsregierung war durchaus zufrieden mit ihrem ‚Schutzstaat‘ und dessen Präsidenten, dem Geistlichen Tiso. Man denke nur an die Äußerung Hitlers: „Es ist interessant, wie so ein katholisches Priesterchen – Tiso – uns die Juden zuschickt!“<sup>54</sup> Schließlich war der politische Nutzen, der dem Reich durch die Beteiligung der Verbündeten – und damit auch der Slowaken – am Holocaust erwuchs, bedeutend: Durch ihr Mittun an der Ermordung der Juden wurden diese an das Reich gebunden, so daß ihnen das Ausscheren aus der gemeinsamen Front unmöglich wurde<sup>55</sup>. Dieses Ziel hatte das Auswärtige Amt schon im Vorfeld der Wannsee-Konferenz vor Augen, als es die Absicht äußerte, im Namen der Reichsregierung gegenüber den Regierungen der Slowakei, Rumäniens, Kroatiens, Bulgariens und Ungarns ihre Bereitwilligkeit erklären zu lassen, „die in diesen Ländern lebenden Juden ebenfalls nach dem Osten abzuschieben“<sup>56</sup>.

Neben dem politischen Nutzen muß man aber gerade im Fall der Slowakei auch wieder die propagandistische Seite im Auge behalten. Denn wie konnten ‚Umsiedlungen‘ von Juden unmenschlich sein, wenn sich ein Staat wie die Slowakei, an deren Spitze ein katholischer Priester stand, daran beteiligte?

Im Zusammenhang mit dem Ende der Deportationen stellt Jelinek die Frage, ob angesichts von mindestens 60 000 deportierten slowakischen Juden nicht ein für die deutschen Stellen zufriedenstellendes Maß erreicht gewesen sei, man also von ‚Planerfüllung‘ sprechen könne<sup>57</sup>. Tatsächlich ist genau dies die traurige Wahrheit: Die Slowaken realisierten die deutschen Mordvorhaben auch in ihrem Land und gaben so der Reichsregierung die Möglichkeit, daraus politisch und propagandistisch Kapital zu schlagen.

## 2. Die militärische Bedeutung der Slowakei für das Deutsche Reich

Als militärischer Bündnisgenosse nahm die Slowakei auf deutscher Seite am Feldzug gegen Polen<sup>58</sup> und am Überfall auf die Sowjetunion<sup>59</sup> teil. Besonders im zweiten

---

und Fauck: Verhältnis 67f. Fauck weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß solche Verkäufe zuvor schon in den Niederlanden angewandt worden waren und später noch einmal in Ungarn zum Tragen kamen.

<sup>54</sup> Zitiert nach Adolf Hitler: Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnung Heinrich Heims. Hrsg. von Werner Jochmann. Hamburg 1980, 377. Die Übersetzung des Zitates (einschließlich ... „für die Etappe ist das wunderbar!“, aber ohne Auslassungszeichen) ins Slowakische bei Škovráněk: Slovensko v nacistickom ovládaní 26 entstellt den Sinn, denn die „Etappe“ bezieht sich nicht auf einen Zeitabschnitt. Hitler spricht hier von den Befindlichkeiten an der Front und im Hinterland.

<sup>55</sup> Kaiser: Politik 568.

<sup>56</sup> Reitlinger: Endlösung 110.

<sup>57</sup> Jelinek: Church 237.

<sup>58</sup> Kaiser: Politik 117f. sowie Lipták, L'ubomír: Slovensko v rokoch druhej svetovej vojny. In: Slovenské dejiny [Die Slowakei in den Jahren des Zweiten Weltkrieges. In: Slowakische Geschichte]. Hrsg. von Richard Marsina, Viliam Čičaj, Dušan Kováč und L'ubomír Lipták. Martin 1992, 243f. – Zur Beteiligung karpatendeutscher Ein-

Fall wird deutlich, was grundsätzlich galt: Slowakische Politiker sahen in ihrer Beteiligung an den militärischen Aktionen des Reiches die Voraussetzung für die Rückgliederung der ehemaligen slowakischen Südgebiete, die 1938 im I. Wiener Schiedsspruch<sup>60</sup> an Ungarn gefallen waren<sup>61</sup>. Entsprechende Hoffnungen, bei der Neugestaltung Europas nach dem endgültigen deutschen Sieg berücksichtigt zu werden, hegten auch andere Bündnispartner des Reiches<sup>62</sup>. Logischerweise wollten sie alle – und so auch die Slowaken – deshalb zu Beginn des Rußlandfeldzuges möglichst große Kontingente schicken, um sich gute Verhandlungsbedingungen für die Friedensneuordnung zu erkämpfen – im wahrsten Sinne des Wortes. Das OKW dagegen wollte die Beteiligung der verbündeten Truppen zunächst möglichst geringhalten, um sich nicht „vorzeitig“ die Hände zu binden. Erst im Verlauf des Krieges, und besonders seit Stalingrad, forderte es von seinen Verbündeten mehr und mehr Unterstützung. In den jeweiligen Ländern war jedoch die Neigung dazu in Anbetracht des immer unwahrscheinlicher werdenden deutschen Sieges rapide gesunken<sup>63</sup>.

Die Slowakei beteiligte sich am Überfall auf die Sowjetunion mit zwei Divisionen: Die Sicherungsdivision war mit Kommunikationsaufgaben in der Ukraine und in Weißrußland betraut, die schnelle Division rückte zusammen mit den deutschen Truppen bis zum Kaukasus vor. Dennoch war der militärische Nutzen der slowakischen Streitkräfte für das Reich eher gering: Sie wiesen die höchsten Desertionsraten aller auf deutscher Seite kämpfenden Truppen auf. Die schnelle Division war seit

---

heiten, den „Freiwilligen Schutzstaffeln“ (FS), am Polenfeldzug Dress: Neuordnung 78f.

<sup>59</sup> Die Entscheidung dazu fiel im kleinsten Kreis um Tiso, Tuka und den Verteidigungsminister Čatloš unter Ausschluß des Parlamentes und der Regierung. Kaiser: Politik 544.

<sup>60</sup> ADAP, D, IV, 99–III. Der Wiener Schiedsspruch bedeutete für die Slowakei den Verlust von 10423 km<sup>2</sup> mit einer Gesamtbevölkerung von 859858 Einwohnern (276287 Slowaken, 505808 Ungarn, 26181 Juden, 8967 Deutschen und 1829 Ruthenen). Hoensch: Ostpolitik 123. Ähnliche Zahlen (0,85 Millionen) nennt auch Radice, E. A./Kaser, M. C.: The Economic History of Eastern Europe 1919–1975. 4 Bde., Bd. 2: Interwar Policy, the War and Reconstruction. Oxford 1986, 309. Der Umfang des abgetretenen Gebietes belief sich auf 21,26 Prozent der Gesamtfläche des Landes mit einem Viertel der Gesamtbevölkerung. D'urica: Beziehungen 9. Zum Nutzen des abgetretenen Gebietes, bei dem es sich überwiegend um fruchtbares Ackerland handelte, für Ungarn Hoensch: Revisionismus 191f. Ausführlich beschäftigt sich mit diesem Gebiet Vietor, Martin: Dejiny okupácie južného Slovenska 1939–1945 [Die Geschichte der Okkupation der Südslowakei 1938–1945]. Bratislava 1968.

<sup>61</sup> Kamenec: Slovenský štát 45, siehe auch Strelko, Amon: Vnútropolitický vývoj ľudského tábora v rokoch 1941–1942 [Die innenpolitische Entwicklung des ludakischen Lagers in den Jahren 1941–1942]. Historický časopis 37 (1989) 367–384, hier 368f.

<sup>62</sup> In ähnlicher Weise war auch für Rumänien und Ungarn ihr jeweiliger Truppeneinsatz an der Haltung gegenüber dem jeweils anderen Staat orientiert. Broszat, Martin: Deutschland – Ungarn – Rumänien. Entwicklung und Grundfaktoren nationalsozialistischer Hegemonial- und Bündnispolitik 1938–1941. Historische Zeitschrift 206 (1968) 45–96 hier 95f., siehe auch Hillgruber, Andreas: Der Einbau der verbündeten Armeen in die deutsche Ostfront 1941–1944. Wehrwissenschaftliche Rundschau 10 (1960) 659–682, hier 670f. Bei Hillgruber auch der Hinweis, daß ungarische und rumänische Truppen durch deutsche oder italienische Kräfte getrennt werden mußten. Hillgruber: Armeen 667f.

<sup>63</sup> Kaiser: Politik 545–550. Konkret zu dem slowakischen Fall siehe Hoensch: Weg 231f.

Oktober 1943 nicht mehr einsatzfähig, nachdem fast 3 000 Offiziere und Soldaten in organisierter Weise auf sowjetische Seite übergetreten waren. Etwa zur gleichen Zeit wurde die Sicherungsddivision als Baubrigade nach Italien verlegt; sie war aufgrund anhaltender Übertritte zu den Partisanen zu einem Unsicherheitsfaktor für die Wehrmacht geworden<sup>64</sup>.

War der militärische Beitrag des Slowakischen Staates für die Feldzüge des Reiches bestenfalls zweitrangig, so war der propagandistische Nutzen um so größer. Ähnlich wie im Fall der Deportation und Ermordung der Juden ließen sich auch die deutschen Militäraktionen in ein harmloseres Licht stellen, wenn man darauf verweisen konnte, daß ein Staat mit einem katholischen Priester an der Spitze sich beteiligte. Möglicherweise noch wichtiger war die Tatsache, daß es sich bei den Slowaken um eine slawische Nation handelte. Dadurch erhielt die reichsdeutsche Propaganda die Möglichkeit, die rassistischen Ziele des Krieges zu verschleiern. Die Beteiligung eines Staates mit slawischer Bevölkerung sollte „beweisen“, daß dieser Krieg nicht ‚antislawisch‘, sondern ‚antibolschewistisch‘ ausgerichtet war<sup>65</sup>.

In den bisher geschilderten Bereichen brachte der Slowakische Staat dem Deutschen Reich politischen oder auch militärischen Nutzen, besonders wichtig war jedoch stets auch die propagandistische Komponente. Das Bild wäre jedoch ohne einen Blick auf die schonungslose Ausbeutung der slowakischen Volkswirtschaft und die damit verbundenen ganz praktischen Vorteile für das Reich unvollständig. Um diesen Komplex soll es im folgenden gehen.

### 3. Die ökonomische Bedeutung der Slowakei für das Deutsche Reich

#### Die Voraussetzungen

Die Slowakei war in den dreißiger und vierziger Jahren ein überwiegend agrarisch orientiertes Land<sup>66</sup>. Daher sollte sie nach reichsdeutschen Vorstellungen, im Rahmen des sogenannten Großraum-Konzeptes<sup>67</sup>, landwirtschaftliche Produkte liefern<sup>68</sup>, im

<sup>64</sup> Lipták: Dejiny 244. – Zur slowakischen Beteiligung grundsätzlich auch Hillgruber: Armeen 667, 669 und 678, wo allerdings die Behauptung, daß „die gesamte slowakische Armee im eigenen Lande zu den Partisanen [überlief], als am 29. 8. 1944 in der mittleren Slowakei ein von den Sowjets in die Wege geleiteter Aufstand ausbrach“ als übertrieben und sachlich nicht ganz richtig zurückgewiesen werden muß. Zu den Gründen für die hohe Desertionsrate zählten: Kriegsunwilligkeit in der Bevölkerung schon bei Ausbruch der Kämpfe, unzulängliche Ausrüstung, das Entsetzen über die nationalsozialistische Besatzungspraxis sowie die tschechoslowakische oder panslawistische Gesinnung in großen Teilen des slowakischen Offizierskorps. Kaiser: Politik 553f.

<sup>65</sup> Škovráněk: Slovensko v nacistickom ovladaní 25f. – Auf die Bedeutung der Slowaken als Slawen für die Vorstellung eines nationalsozialistischen ‚Commonwealths‘ verweist Jelinek, Yeshayahu A.: Bohemia-Moravia, Slovakia, and the Third Reich during the Second World War. In: East European Quarterly 3 (1969) 229–239, hier 234.

<sup>66</sup> Kaiser: Politik 192.

<sup>67</sup> Das Großraum-Konzept spiegelt in seinen Entstehungszusammenhängen die in Deutschland zu Anfang des Jahrhunderts weitverbreitete Vorstellung wider, daß es für einen Staat von Nachteil sei, nicht bzw. nur in geringem Maße über Kolonien zu verfügen. Der Großraum sollte anstelle der Kolonien in Übersee die Versorgung mit Rohstoffen und landwirtschaft-

übrigen aber die Rolle eines industriell unterentwickelten Produzenten von Komplementärgütern spielen<sup>69</sup>.

Während man in Berlin zunächst kein klares Konzept hatte, wie man mit der Slowakei im politischen Sinne verfahren sollte, war die Ausbeutung ihres volkswirtschaftlichen Potentials von Anfang an eine beschlossene Sache. Den Auftakt bildete die Unterzeichnung des „Vertraulichen Protokolls über wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakei“<sup>70</sup> im März 1939. Das Protokoll schrieb die Ausbeutung und Verwertung der slowakischen Bodenschätze sowie der Produkte der Land- und Forstwirtschaft fest. Außerdem wurden dadurch die Industrie sowie das Finanz-, Verkehrs- und Transportwesen deutscher Kontrolle unterstellt. Wie wichtig der Reichsführung diese Eingriffsmöglichkeiten waren, läßt sich im übrigen daraus erkennen, daß der Reichsaußenminister von Ribbentrop den Schutzvertrag ohne dieses Zusatzdokument nicht unterschrieben hätte<sup>71</sup>.

Bereits Anfang April 1939 wurden spezielle Ausschüsse auf Regierungsebene als wirtschaftspolitisches Lenkungsinstrument eingerichtet<sup>72</sup>. Zusätzlich wurde als Handelsattaché und Berater für Wirtschafts- und Finanzfragen, Dr. Erich Gebert, vom Reich entsandt, der verlangte, auf alle wichtigen Entscheidungen Einfluß nehmen zu können<sup>73</sup>. Als nächste Etappe folgte dann im Januar 1940 die Verabschiedung des Wehrwirtschaftsvertrages (WWV). Dadurch wurde die Entsendung von Wehrwirtschaftsoffizieren und ‚Einzelbeauftragten‘ möglich, die die Produktion der ihnen unterstellten Betriebe im Interesse der deutschen Kriegswirtschaft beeinflussen konnten. Somit stellte der WWV eine Form der quasilegalen Aneignung kriegswirtschaftlich bedeutsamen Potentials in einem abhängigen Staat dar<sup>74</sup>.

Seit dem Zusammenbruch der deutschen ‚Blitzkriegsstrategie‘ im Winter 1941 und besonders seit dem Debakel von Stalingrad wurde die Totalisierung des Krieges von einer umfassenden Militarisierung der Wirtschaft begleitet. Diese Entwicklung machte auch vor der Slowakei nicht halt: In der zweiten Hälfte des Jahres 1943 wurde zunächst der Wehrwirtschaftsoffizier durch die Deutsche Industriekommission

---

lichen Produkten gewährleisten. Tatsächlich verbarg sich dahinter „no more than a system of economic links between the imperial power and individual satellites“. Radice: Economic History 300 und 303.

<sup>68</sup> Kaiser: Politik 374.

<sup>69</sup> E b e n d a 381 f. und 204 – H o r n o v á, Adela: Exploátacia Slovenska hitlerovským Nemekom za druhej svetovej vojny. In: Nemecká otázka a Československo (1938–1961) [Die Ausbeutung der Slowakei durch Hitlerdeutschland während des Zweiten Weltkrieges. In: Die deutsche Frage und die Tschechoslowakei (1938–1961)]. Hrsg. von L’udovít H o l o t í k u. a. Bratislava 1962, 98–111, hier 100.

<sup>70</sup> H o e n s c h: Dokumente, Dok. Nr. 59.

<sup>71</sup> H o e n s c h: Ostpolitik 345.

<sup>72</sup> K a i s e r: Politik 198 – H o r n o v á: Exploátacia 99.

<sup>73</sup> D r e s s: Neuordnung 68 f. – H o r n o v á: Exploátacia 98 f.

<sup>74</sup> Allgemein zum WWV K a i s e r: Politik 205 f. und 210–214, D r e s s: Neuordnung 97 und K a m e n e c: Slovenský stát 41. – Zu den langwierigen Verhandlungen und zum slowakischen Widerstand gegen den WWV außerdem K a i s e r: Politik 206 ff. und D r e s s: Neuordnung 72 f.

(DIKO) abgelöst. Sie hatte die Aufgabe, „im Interesse der deutschen Rüstungs- und Kriegsproduktion“ die slowakische Industrie und ihre Fachkräfte „erschöpfend und planvoll auszunutzen“<sup>75</sup>. Außerdem wurde der WWV formell erweitert: 26 Betriebe, darunter die größten des Landes, und über 40 000 Arbeiter waren beinahe ausschließlich im Dienst der deutschen Kriegswirtschaft tätig. Diese massive Einbeziehung der Slowakei führte 1942/43 zu einem ungewöhnlich heftigen Wirtschaftsboom im Lande – entgegen der NS-Propaganda keine Folge umfangreicher Industrialisierung, sondern Ausschöpfung aller Kapazitäten im Dienste ausschließlich der kriegsbedingten Produktion<sup>76</sup>. Schließlich setzten einzig noch die finanzielle und energetische Belastbarkeit der Slowakei ihrer Heranziehung für die Zwecke des Reiches Grenzen<sup>77</sup>.

Neben den verschiedenen staatlichen Institutionen spielte auch der privatwirtschaftliche Sektor eine nicht unbedeutende Rolle bei der Realisierung der Ausbeutung der slowakischen Volkswirtschaft. Besondere Bedeutung kam Banken und Großkonzernen zu. Die Einrichtung des Protektorates ermöglichte reichsdeutschen Kreditinstituten die Übernahme tschechischer bzw. tschechoslowakischer Banken. Da in den Händen dieser Institutionen nicht nur weitgehend die Kontrolle über das slowakische Bankwesen, sondern auch über die slowakische Industrie gelegen hatte, verschafften Anteilsübernahmen den neuen Eignern aus dem Reich auch die Kontrolle<sup>78</sup>. Unter den in der Slowakei tätigen deutschen Geldinstituten hatte die Deutsche Golddiskontbank die Schlüsselposition inne<sup>79</sup>. Ebenfalls aktiv waren auch die Deutsche Bank mit der Union Bank als Filiale in Bratislava und die Dresdner Bank<sup>80</sup>.

Die einer Monopolstellung gleichkommende Macht deutscher Banken in der Slowakei ermöglichte eine umfangreiche Kapitalexpansion seitens der Großkonzerne des Reiches besonders im schwerindustriellen Bereich. Diese Praxis begründete die beherrschende Position der Hermann-Göring-Werke (HGW) in diesem Industrie-

<sup>75</sup> Zitiert nach Kaiser: Politik 504.

<sup>76</sup> Kaiser: Politik 511 ff. – Bereits im Herbst 1940 hatte die Slowakei einen Aufschwung zu verzeichnen, der ebenfalls im Zusammenhang mit den Lieferungen, speziell von Kriegsmaterial, zu sehen ist. Heumos, Peter: Slovensko vo vojnovom hospodárstve Tretej Ríše. In: Slovensko v rokoch druhej svetovej vojny 70 ff., hier 70. – Zu den Steigerungsraten des Exportvolumens der Wehrwirtschaftsbetriebe siehe Kaiser: Politik 501 f. Hier findet sich auch der Hinweis, daß der Anteil des WWV-Exportes am gesamten slowakischen Export ursprünglich nur 5,5 Prozent betrug, 1944 jedoch ein Drittel ausmachte.

<sup>77</sup> Kaiser: Politik 502 f., siehe auch Dress: Neuordnung 104 und Stanek: Vatikán 109. Je nachdem, ob die bei Kaiser oder bei Dress genannten Zahlen zugrunde gelegt werden, ergibt sich, daß zwischen 23 und 31 Prozent der Arbeiter und Angestellten in der Slowakei für die deutsche Kriegsmaschinerie tätig waren. – Zu den seit den Bombardierungen von Industrieanlagen im Reich verstärkt genutzten Möglichkeiten (durch den WWV), deutsches Kapital in der Slowakei einzusetzen, zum Beispiel bei den Eisenwerken in Podbrezová (bei Brezno, Briesen) oder bei den Waffen- und Munitionsfabriken in Dubnica (Dubnitz an der Waag) und Považská Bystrica (Waagbistritz). Lipták: Dejiny 250.

<sup>78</sup> Radice: Economic History 339.

<sup>79</sup> Diese Bank war zum Beispiel bei der Umwandlung von ehemals tschechoslowakischen Aktien von Gesellschaften mit Sitz in der Slowakei in nunmehr slowakische Aktien federführend. Von Bedeutung war außerdem ihre Beteiligung am Zahlungsverkehr des Reiches mit der Slowakei. Hornová: Exploatacia 100 ff.

<sup>80</sup> Ebeňda 102 f., siehe auch Dress: Neuordnung 88 f.

zweig<sup>81</sup>. Was die HGW für die Schwerindustrie, bedeutete die IG Farben AG (IGF) für die chemische Industrie<sup>82</sup>. Die Slowakei spielte in den Plänen des Chemiekonzerns eine doppelte Rolle: Ihre Ressourcen sollten ausgebeutet werden. Darüber hinaus sollte von hier die Erschließung ganz Südosteuropas erfolgen<sup>83</sup>.

Insgesamt war die slowakische Wirtschaft in beträchtlichem Umfang in das Deutsche Reich integriert, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie die des Protektorates<sup>84</sup>. Diese Tatsache läßt sich zum Beispiel am Anteil des deutschen Kapitals an slowakischen Aktiengesellschaften ablesen. Befanden sich 1938 nur vier Prozent aller slowakischen Aktien in deutscher Hand, so waren es 1942 51,6 Prozent. Der slowakische Anteil stieg im Vergleichszeitraum von 11,4 auf 18,2 Prozent. Während die Investitionen deutscher Unternehmen schwerpunktmäßig in Gesellschaften mit mehr als 20 Millionen Kronen Aktienkapital im Bereich von Bergbau und Hüttenwesen sowie Metall- und Chemieindustrie flossen, konzentrierten sich die slowakischen Aktivitäten auf kleine und mittlere Betriebe besonders der Leichtindustrie<sup>85</sup>.

Die geschäftliche Tätigkeit deutscher Kartelle und die häufig pseudolegale Übernahme von Betrieben in der Slowakei, aber auch im gesamten Donauraum, führte zu einer Umwandlung von zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen in firmeninterne<sup>86</sup>. Transaktionen von nunmehr firmeninternem Charakter bedeuteten im Endeffekt internationale Wertverschiebungen in größtem Ausmaß<sup>87</sup>.

#### *Der slowakische Beitrag für die deutsche Kriegswirtschaft*

Die Slowakei gehörte zwar zur Gruppe der Überschuß produzierenden Agrarstaaten in Südosteuropa, hatte jedoch durch die Arbitrage fruchtbare Gebiete in beträchtlichem Umfang an Ungarn verloren. Immerhin wurde Ende 1941 mit dem Reich ein Abkommen geschlossen, wonach vier Fünftel der slowakischen Überschußproduktion für den Export nach Deutschland vorgesehen waren<sup>88</sup>. Von einer Militari-

<sup>81</sup> Kaiser: Politik 2238–242, siehe auch Jelinek: Republic 120 und Hornová: Exploatacia 103f.

<sup>82</sup> Kaiser: Politik 242ff., siehe auch Hornová: Exploatacia 104f. und Dress: Neuordnung 98ff.

<sup>83</sup> Im einzelnen dazu Radant, Hans: Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa 1938 bis zum Ende des zweiten [sic!] Weltkrieges. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, Teil I, 77–146, hier 84ff., 88f. und 91. – Zu den in der Slowakei tätigen Großkonzernen gehörten außerdem noch Reemtsma in der Holzwirtschaft sowie Mannesmann, Preussag (Kaiser: Politik 247) und die AEG, die mit der Organisation Todt zusammenarbeitete, Hornová: Exploatacia 106, siehe auch Dress: Neuordnung 96.

<sup>84</sup> Radice: Economic History 364.

<sup>85</sup> Dress: Neuordnung 103. – Laut Heumos stieg der Anteil deutschen Kapitals an slowakischen Aktien sogar von 0,2 Prozent 1939 auf 62 Prozent 1945, der slowakische Anteil dagegen nur von 15 auf 18 Prozent. Heumos: Slovensko 71. Lipták nennt dagegen für die Steigerung des deutschen Anteils die gleichen Werte wie Dress. Lipták: Dejiny 250.

<sup>86</sup> Kaiser: Politik 249.

<sup>87</sup> So zum Beispiel im Falle der slowakischen Apollo-Naphta AG, die durch die Konzernbank der IGF für rumänische Erdöllieferungen in die Slowakei durch eine IGF-Tochter „gekauft“ wurde. Radant: IG Farben 125f., siehe auch Hornová: Exploatacia 107.

<sup>88</sup> Allerdings war den Slowaken aufgrund der schlechten deutschen Zahlungsmoral grundsätz-

sierung der Landwirtschaft kann man jedoch nicht sprechen. Darauf deutet zum einen die unveränderte Struktur der Bauernhöfe hin<sup>89</sup>, zum anderen die Tatsache, daß sich weder beim Viehbestand noch bei der Getreidefläche bzw. beim -ertrag umfangreiche Veränderungen während der Kriegsjahre erkennen lassen<sup>90</sup>.

Deutlicher als im Bereich von Land- (und Forstwirtschaft<sup>91</sup>) zeigt sich die beherrschende Stellung des Reiches bei der Erschließung und Förderung der Bodenschätze. Der Abbau von Kupfererz, Quecksilber, Antimon, Erdöl und Mangan wurde zu fast 100 Prozent, von Magnesit und Eisenerz zu bedeutenden Teilen von deutschen Unternehmen kontrolliert<sup>92</sup>. Diese erdrückende Monopolstellung weist auf die Bedeutung der slowakischen Vorkommen für das Reich hin. So stammte immerhin ein Drittel des gesamten deutschen Manganimports aus der Slowakei, das entsprach 95 Prozent der slowakischen Fördermenge. Der slowakische Anteil am deutschen Antimonimport lag ebenfalls bei ungefähr 30 Prozent<sup>93</sup>. Auch das für die deutsche Kriegswirtschaft so wichtige Magnesit wurde zu großen Teilen aus dem ‚Schutzstaat‘ eingeführt, denn schon vor der Weltwirtschaftskrise hatte der slowakische Anteil an der Weltproduktion bei 14 Prozent gelegen<sup>94</sup>.

Zu den „Lieferungen“ der Slowakei gehörte auch die Entsendung von Arbeitskräften, denn spätestens seit 1939 machte sich im Reich ein Mangel an Arbeitern deutlich bemerkbar. In Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit<sup>95</sup> in der Slowakei gab es daher in der ersten Phase der deutschen Anwerbungen stets mehr Interessenten als Genehmigungen – zumal Arbeitsmigration das traditionelle Mittel war, der Arbeitslosigkeit saisonal oder dauerhaft zu entkommen<sup>96</sup>.

---

lich an der Senkung ihrer Exporte gelegen. Heumos: Slovensko 71. – Zum Umfang der Getreideimporte des Reiches einschließlich der lokalen Erwerbungen der Wehrmacht siehe Radice: Economic History 375 und Brandt, Karl: Management of Agriculture and Food in the German-Occupied and other Areas of Fortress Europe. A Study of Military Government. Stanford 1953, 259f. Der gesamte Artikel von Brandt beruht auf Aussagen von Dr. Hans Hamscha, dem ehemaligen deutschen Berater für die Landwirtschaft an der deutschen Gesandtschaft in Bratislava. Brandt: Agriculture XXVII. Die überaus positive Beurteilung der deutsch-slowakischen Zusammenarbeit (255ff.) ist entsprechend mit Zurückhaltung aufzunehmen, zumal einige hier gemachte Aussagen in der übrigen Literatur auch anders dargestellt werden.

<sup>89</sup> Radice: Economic History 367f.

<sup>90</sup> Brandt: Agriculture 254f., siehe auch Radice: Economic History 376.

<sup>91</sup> Der Nutzungsgrad der slowakischen Forstwirtschaft durch das Reich wird in der Literatur unterschiedlich hoch veranschlagt. Siehe zur Forstwirtschaft Kaiser: Politik 245f., Dress: Neuordnung 100f. und Radice: Economic History 411ff.

<sup>92</sup> Dress: Neuordnung 94. – Grundsätzlich zur Einflußnahme im Bereich des Bergbaus auch Kaiser: Politik 509 sowie zum Antimonbergbau Radice: Economic History 408f. und Hornová: Exploatacia 106f. – Schon im November 1937 hatte Hitler dargelegt, daß das Reich seinen Bedarf an Kupfer (und Zinn) nicht selbst decken könne. ADAP, D, I, 19. – Zur Erdölförderung und -verarbeitung Kaiser: Politik 214–217 und Hornová: Exploatacia 107, außerdem Stánek: Vatikán 109.

<sup>93</sup> Dress: Neuordnung 91f.

<sup>94</sup> Ebinda 93.

<sup>95</sup> Die hohe Arbeitslosigkeit blieb während der ganzen Existenz des Slowakischen Staates ein (ungelöstes) Problem. Lipták: Dejiny 249.

<sup>96</sup> Konečný, Zdeněk/Maínuš, František: Slováci na pracích v Německu a Protektorátě za

Obwohl sich D'určanský – aus politischen und ökonomischen Gründen, das heißt aus Angst vor der Abwanderung von Fachkräften<sup>97</sup> – und die slowakischen Banken<sup>98</sup> um eine Begrenzung der Quote bemühten, sank die Zahl der Neuwerbungen erstmals<sup>99</sup> erst 1942 auf 40 000 wegen der Einberufungen zum Militär. Dadurch sank auch die Gesamtzahl der Slowaken im Reich auf 65 000<sup>100</sup>. Als gegen Ende des Krieges die Lage für die deutsche Wirtschaft immer prekärer wurde, kam es 1944 zu Zwangsverpflichtungen. Besonders betroffen waren davon Industriearbeiter. Ihnen wurde am Ende des Jahres, nach Ablauf ihrer Verträge, sogar die Heimreise verweigert<sup>101</sup>.

Schätzungen nach Kriegsende gehen davon aus, daß insgesamt ungefähr 200 000 Slowakinnen<sup>102</sup> und Slowaken im Reich und im Protektorat gearbeitet haben<sup>103</sup>. Ihre Behandlung wurde im Verlauf des Krieges zunehmend schlechter<sup>104</sup> und unterschied sich schließlich kaum noch von derjenigen der Ostarbeiter<sup>105</sup>. Letztlich bedeutete die Entsendung slowakischer Arbeitskräfte eine Subventionierung der deutschen Kriegswirtschaft.

Abschließend noch einige Bemerkungen zum bilateralen Handel, bei dem sich der seitens des Reiches ausgeübte Zwang zum Clearingsystem<sup>106</sup> besonders negativ auf die

---

druhé světové války [Slowaken auf Arbeit in Deutschland und im Protektorat während des Zweiten Weltkrieges]. In: Historický Časopis 17 (1969) 565–590, hier 574 f. Dort auch der Hinweis, daß 1939 etwa 58 000 offiziell vermittelte Menschen im Reich arbeiteten; zusätzlich etwa noch 12 000 bis 15 000 als Schwarzarbeiter. Sie alle fanden zumeist eine Beschäftigung in der Landwirtschaft (567). Kaiser nennt für 1939 eine Zahl von ca. 60 000 Slowaken, die im Reich arbeiteten. Kaiser: Politik 217.

<sup>97</sup> E b e n d a 218 f.

<sup>98</sup> Die slowakischen Banken mußten für die Lohn Guthaben der slowakischen Arbeitskräfte aufkommen, denn das Reich wollte seine Verschuldung beim Slowakischen Staat nicht noch weiter steigern. Auch durch die Einführung eines Kontos zum Wareneinkauf für die slowakische Volkswirtschaft in Deutschland konnte das Problem letztlich nicht gelöst werden. K o n e č n ý / M a i n u š: Slováci 569 f.

<sup>99</sup> 1940 und 1941 waren gleichbleibend etwa 80 000 Slowaken im Reich beschäftigt. K o n e č n ý / M a i n u š: Slováci 573 und 576.

<sup>100</sup> E b e n d a 576 f.

<sup>101</sup> E b e n d a 577 ff.

<sup>102</sup> Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte lag mit 25 Prozent höher als im Ländervergleich, wo er sich durchschnittlich um 20 Prozent bewegte. Insgesamt stellte die Slowakei 1941 das fünfgrößte Kontingent an Arbeitskräften nach Polen, Italien, den Niederlanden und Belgien. P f a h l m a n n, Hans: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Darmstadt 1968, 119–122.

<sup>103</sup> K o n e č n ý / M a i n u š: Slováci 579 f. Die Zahlen gehen allerdings ziemlich auseinander: 140 000 nach L i p t á k: Dejiny 249; 100 000 bis 120 000 nach D r e s s: Neuordnung 120 f.; 120 000 nach S t a n e k: Vatikán 109 und nur 37 000 nach B r a n d t: Agriculture 615. Die letzte Zahl erscheint jedoch zu niedrig, denn Pfahlmann zitiert aus den Unterlagen der Werbestellen, wonach im Kalenderjahr 1943 allein 34 076 slowakische Arbeitskräfte für den Einsatz ins Reich geworben wurden; ungeachtet derer, die sich schon im Reich befanden: P f a h l m a n n: Fremdarbeiter 80 f.

<sup>104</sup> Allgemein zu der Versorgung und den Löhnen in Industrie und Landwirtschaft K o n e č n ý / M a i n u š: Slováci 580 ff. – Zu den Löhnen und Arbeitsbedingungen außerdem auch P f a h l m a n n: Fremdarbeiter 222 ff.

<sup>105</sup> K o n e č n ý / M a i n u š: Slováci 590.

<sup>106</sup> Unter dem Clearingsystem versteht man eine Methode des bargeldlosen, devisenunabhängigen, bilateralen Zahlungsverkehrs, der über Verrechnungskassen der jeweiligen National-

slowakische Wirtschaft auswirkte. Nachteilig war in diesem Kontext die begrenzte Aufnahmefähigkeit des slowakischen Marktes für deutsche Waren<sup>107</sup>. Eine wesentlich entscheidendere Rolle spielte jedoch die Tatsache, daß das Reich es nach und nach aufgab, den Ausgleich der Zahlungsbilanzen auch nur anzustreben. Diese Haltung manifestierte sich in einer Vereinbarung vom August 1940, wonach Überweisungen im Verrechnungsverkehr „grundsätzlich ohne Rücksicht auf den Stand der Verrechnungskonten unverzüglich“ auszuführen waren. Diese Abmachung ermöglichte eine nahezu unbegrenzte Ausweitung deutscher Bedarfsforderungen<sup>108</sup>. Die konkreten Zahlen der slowakischen Guthaben zeigen, daß dies auch die tatsächliche Politik des Reiches war. Schon 1940 beliefen sich die slowakischen Guthaben in Berlin auf 86 Millionen RM. Das entsprach fast zwei Dritteln des slowakischen Staatshaushaltes. 1941 betrugen die Ausstände des Reiches 197 Millionen RM, ein Jahr später 275,7 Millionen RM. Bis Ende Juli 1944 war die Clearingverschuldung des Reiches auf 6,667 Milliarden Ks<sup>109</sup> (bei einem Umtauschkurs zwischen RM und Ks von 1:11,62<sup>110</sup> etwa 573,75 Millionen RM) gestiegen, ein Betrag in der doppelten Höhe der slowakischen Staatsausgaben<sup>111</sup>. Wenn man weiterhin noch beachtet, daß die Wechselkurse 1939 festgesetzt worden waren, aber trotz der inflationären Entwicklung bis 1945 keine Anpassung erfuhr, und zusätzlich die slowakischen Guthaben beim Reich nicht verzinst wurden, sind sie faktisch als zinslose Kredite der Slowakei zur Finanzierung der deutschen Kriegswirtschaft zu bezeichnen<sup>112</sup>. Das Clearingsystem erwies sich somit als elegante Methode, einen Teil der Kriegskosten des Reiches auf einen Verbündeten abzuwälzen.

### Fazit

Will man die Bedeutung des Slowakischen Staates für das Deutsche Reich mit einem Wort erfassen, so ist sicher der Begriff des *Mustersatelliten* der am nächsten liegende. Die Slowakei, die sich in ihrer staatlichen Existenz durch den ungarischen Revisionismus in solcher Weise bedroht sah, daß sie nicht davor zurückschreckte, zum „Juniorpartner“ von Hitler-Deutschland zu werden, erfüllte die ihr zugewiesene Rolle durchaus zur Zufriedenheit des Reiches.

---

banken abgewickelt wird. Es diente als Druckmittel zur Ausweitung des Handelsaustausches. Kaiser: Politik 135 ff. – Zur Zusammensetzung der Clearingbestände im konkreten slowakischen Fall siehe Radice: Economic History 346 f., Dress: Neuordnung 109f. sowie Kaiser: Politik 518–521.

<sup>107</sup> Kaiser: Politik 201.

<sup>108</sup> E b e n d a 375 ff. In diesem Sinn formulierte auch der deutsche Gesandte in der Slowakei, von Killinger, in einem Schreiben vom Oktober 1940 an das AA die Ziele seiner Tätigkeit, „daß [die Slowakei] uns im Kriege wirtschaftlich hundertprozentig zur Verfügung steht und daß sie politisch so geführt wird, daß auch nicht der geringste Zweifel bestehen kann, daß sie im Kriege nicht auf Vordermann marschirt“. Zitiert nach H o e n s c h: Weg 225.

<sup>109</sup> Kaiser: Politik 521 f. – Zum Clearingstand 1943 siehe auch H e u m o s: Slovensko 71.

<sup>110</sup> R a d i c e: Economic History 330. Hier auch der Hinweis, daß die 1939 festgesetzten Wechselkurse bis 1945 galten.

<sup>111</sup> Kaiser: Politik 523.

<sup>112</sup> E b e n d a 229f.

War der politische und militärische Nutzen in praktischer Hinsicht vielleicht zweitrangig, so war der propagandistische Gewinn dagegen beträchtlich. Die Slowakei, der deutsche „Schutzstaat“, ermöglichte der Reichsführung im Rahmen des „Visitenkarten“-Konzepts zunächst eine Verschleierung ihrer hegemonialen Absichten im gesamten südosteuropäischen Raum. Später, das heißt nach den Siegen an der Westfront im Frühsommer 1940, fiel der Slowakei die Rolle einer Schrittmacherin bei dem deutschen Bemühen um Angleichung der politischen Systeme des Donauraums an das nationalsozialistische Vorbild zu. Darüber hinaus war die Slowakei bedeutsam als ein Staat mit slawischer Bevölkerung, denn so konnte die rassistische Zielsetzung besonders des Krieges gegen die Sowjetunion kaschiert werden: Das Reich konnte so leichter behaupten, es handele sich um einen Feldzug gegen den „Bolschewismus“ (und nicht gegen den „slawischen Untermenschen“). Im Zusammenhang mit dem Holocaust war für die reichsdeutsche Propaganda besonders die Tatsache bedeutsam, daß an der Spitze des Slowakischen Staates ein katholischer Geistlicher stand. Dies erhöhte die Glaubwürdigkeit der Lüge, daß die Transporte „Umsiedlung“, und nicht Ermordung bedeuteten.

Neben dem propagandistischen Aspekt muß auch der ökonomische gewertet werden. Die Slowakei versorgte das Reich mit land- und forstwirtschaftlichen Produkten, mit kriegswichtigen Bodenschätzen (von denen die deutsche Wirtschaft sonst zum Teil wegen der Blockadepolitik im Krieg abgeschnitten war) und schickte Arbeitskräfte. Ihr volkswirtschaftlicher Beitrag für die deutsche Kriegsproduktion, gemessen an den Kapazitäten des Landes, war beträchtlich<sup>113</sup>. Bis an den Rand des finanziellen und energetischen Zusammenbruchs ließ sie sich, ganz Mustersatellit, vor den deutschen „Kriegskarren“ spannen – nicht zuletzt, um sich ein Minimum an innenpolitischem Spielraum zu bewahren.

Wenn man bedenkt, daß alle diese Anstrengungen, einschließlich der Ermordung eines großen Teils der slowakischen Juden, dazu dienen sollten, unter dem „Schutz“ des Deutschen Reiches die slowakische Eigenstaatlichkeit zu wahren, so sind die slowakischen Politiker bei ihrer Entscheidung schlecht beraten gewesen: Im Falle eines deutschen Sieges sahen Pläne der SS<sup>114</sup> vor, die slowakische Bevölkerung teilweise zu germanisieren, teilweise zu deportieren und auszurotten, um ihr Siedlungsgebiet durch Kolonisation an das sogenannte deutsche „Kernland“ anzugliedern.

---

<sup>113</sup> Laut Kaiser lag der slowakische Beitrag relativ gesehen sogar höher als derjenige von Bulgarien, Rumänien oder Ungarn. Während nämlich die Clearingbelastung pro Kopf der Bevölkerung für die Slowakei 193 RM betrug, lag sie für Ungarn bei 71 RM, für Rumänien bei 52 RM und für Bulgarien sogar lediglich bei 12 RM pro Kopf der Bevölkerung. Kaiser: Politik 527.

<sup>114</sup> Zu den verschiedenen Konzeptionen über die Neuordnung Europas nach Kriegsende in SS-Kreisen Elvert, Jürgen: „Germanen“ und „Imperialisten“. Zwei Europakonzepte aus nationalsozialistischer Zeit. Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 5 (1992) 161–184. – Für den slowakischen Fall siehe Kaiser: Politik 440ff. und 514 sowie Jelinek: Reich 238f. Kaiser legt auch dar, daß die Vorstellungen des deutschen Gesandten Ludin wie auch seiner engsten Mitarbeiter Gmelin und Snyckers, alle Angehörige der SA, weniger radikal waren, den Slowaken jedoch nicht mehr als kulturell-nationale Eigenständigkeit bei Anerkennung der Führungsrolle des Reiches auf politischem, militärischem und ökonomischem Gebiet zubilligten. Kaiser: Politik 482.

## DIE DEPORTATION DER JUDEN AUS DER SLOWAKEI 1944–1945

*Von Gila Fatran*

Die Judendeportationen aus der Slowakei vom Jahre 1942 waren mit dem Transport von Geisteskranken, der am 20. Oktober jenes Jahres abging, beendet. Der „Arbeitsgruppe“ (d. h. eine 1942 zu Rettungsmaßnahmen für die Juden in der Slowakei konstituierte Gruppe von Aktivisten), welche sich für die Unterbrechung der Deportationen einsetzte, wurde eine entsprechende Zusage bis zum Frühling gegeben<sup>1</sup>. Änderungen an der Front zugunsten der Alliierten und ein Abstandnehmen der Gemäßigten in der slowakischen Administration von der Fortsetzung der Aussiedlungen zeichneten sich zu jener Zeit immer deutlicher ab und gaben der jüdischen Leitung Hoffnung, daß es in ihrer Kraft sein würde, eine Wiederaufnahme der Aussiedlungen zu verhindern. Und als im Laufe des Jahres 1943 und im Frühjahr 1944 die deutsche Forderung nach Wiederaufnahme der Transporte auftauchte, um die Aussiedlung der Juden abzuschließen, ist es der „Arbeitsgruppe“ geglückt, wirksame Unterstützung zu mobilisieren und der Drohung sogar einigemal mit Erfolg entgegenzutreten<sup>2</sup>. Angesichts der Annäherung der Ostfront war dies das letzte Mal, daß die Verbannung über den Häuptern der Juden aus der Ostslowakei schwebte. Die wirksame Intervention verwandelte die Aussiedlung zur zwangsweisen Evakuierung in die Westslowakei ohne Internierung in Lagern. Offiziell wurden alle Juden der Ostslowakei evakuiert, ausgenommen Ärzte, Apotheker und in Mischehen Lebende. Es kam aber vor, daß Betroffene beschlossen, dem Evakuierungsbefehl in der Hoffnung, daß sie im Osten schneller durch die Rote Armee befreit würden, nicht Folge zu leisten. Sie verbargen sich daher bei Christen oder in den Wäldern. Es stellte sich heraus, daß ihre Annahme richtig war, denn die Ostslowakei wurde einige Monate früher als die Westslowakei befreit.

Die genaue Anzahl der zu dieser Zeit in der Slowakei lebenden Juden ist schwer abzuschätzen. Von den 90 000 Juden der Slowakei wurden im Laufe des Jahres 1942 um die 58 000 ausgesiedelt, und die Zahl der nach Ungarn Geflüchteten wird auf ca. 10 000 geschätzt. (Die Angaben hierzu schwanken wegen der vielen illegalen Grenzübertritte in beiden Richtungen.) Diese Daten legen den Schluß nahe, daß die Zahl der Juden in der Slowakei zu Beginn des Jahres 1944 um die 22 000 betrug. Die Invasion der Deutschen in Ungarn am 19. März 1944 und die beschleunigte Deportation der Juden verstärkten die Rückflucht in die Slowakei. Es ist daher wiederum schwer, die Zahl der Heimkehrer abzuschätzen. Da waren diejenigen, die die Lebensgefahr aufgrund der Anwesenheit der Deutschen auf sich nahmen und sich zum illegalen Grenz-

<sup>1</sup> Brief von Gisi Fleischmann, Oskar Neumann und Moshe Dax nach Istanbul (7.4.1943). Archiv Lochamei Hagatáot Sl. 30.

<sup>2</sup> Fatran, Gila: *Struggle for Surviving?* Tel Aviv 1992, Kap. 10.

übertritt entschlossen, und es fehlt auch nicht an mißlungenen Versuchen, bei welchen die Flüchtlinge ertappt wurden. Die Schätzung des Historikers Jehoschua Büchler, daß es ungefähr 3000 Juden glückte, die Grenzen zu überschreiten, ist einleuchtend. Die folgende Berechnung kalkuliert die Anzahl der Juden in der Slowakei zur Zeit des slowakischen Nationalaufstands auf ca. 25 000.

Anzahl der slowakischen Juden (Schätzung) am 29. 8. 1944	
Vor der Deportation im Jahre 1942	90 000
Opfer der Deportation des Jahres 1942	- 58 000
Bis März 1944 nach Ungarn Geflüchtete	- 10 000
Rückkehrer in die Slowakei nach der Invasion der Deutschen in Ungarn	<u>+ 3 000</u>
Anzahl an Juden bei Ausbruch des Nationalaufstands	25 000

Zu Sommerbeginn des Jahres 1944 war der allgemeine Eindruck der, daß die Deutschen den Krieg nicht gewinnen würden. Die Fortschritte der alliierten Armeen und die Angst der Würdenträger vor dem Tag, an dem sie für ihre Taten vor Gericht stünden, wie auch die totale wirtschaftliche Ausbeutung der Slowakei durch die Deutschen brachten viele der Zögernden, sogar viele derjenigen, welche das faschistische Regime unterstützt hatten, dazu, sich dem Lager anzuschließen, das kurz vor dem Sieg stand<sup>3</sup>. Partisanengruppen, welche Sabotageaktionen durchführten, organisierten sich. Auch in den Reihen der slowakischen Armee mehrten sich die Gegner des Regimes. Zu den Faktoren, die die Bereitschaft schwinden ließen, den Krieg auf der Seite der Deutschen fortzusetzen, ist auch die hohe Zahl der slowakischen Gefallenen an der Ostfront zu rechnen, die mit dazu führte, daß man verbreitet „kriegsmüde“ war und „im Wechsel zum gegnerischen Lager einen besseren Schutz der slowakischen Sache“ sah<sup>4</sup>.

Die Vorbereitungen für den Aufstand weckten gemischte Gefühle unter den Juden. Einerseits war ein starker Wille vorhanden, an dem antifaschistischen Kampf teilzunehmen, andererseits wußte man, daß das Los der Juden in der Gefangenschaft ein anderes sein würde als das der Nichtjuden. Ledige, das zentrale Potential jeder kämpfenden Einheit, waren infolge der Aussiedlung der Jugendlichen im Frühling 1942 unter den Juden in der Minderheit. Die jüdischen Männer waren zum Großteil Väter von kleinen Kindern oder Söhne greiser Eltern, welche bis dahin aufgrund von Schutzlegitimationen ihrer Söhne von der Deportation ausgenommen waren. Die Sorge um das Schicksal der Verwandten war entscheidend für den Entschluß, sich dem Aufstand anzuschließen oder nicht. Trotz alledem war der Prozentsatz der Juden,

<sup>3</sup> Prečan, Vilém: Slovenské národné povstanie, Nemci a Slovensko. Dokumenty [Der Slowakische Nationalaufstand, die Deutschen und die Slowakei. Dokumente]. Bd. II. Bratislava 1971, Dok. Nr. 19.

<sup>4</sup> E b e n d a, Dok. Nr. 30, 53, 125.

die sich für den Aufstand entschieden, größer als der Anteil slowakischer Kämpfer an der Gesamtbevölkerung.

Der Einmarsch der Deutschen in der Slowakei am 29. August 1944 als Reaktion auf die vermehrten Sabotageaktionen beschleunigte bei den Juden das unaufschiebbare Bedürfnis, einen Entschluß zu fassen, welche Richtung sie in Zukunft einschlagen sollten. Allen war klar, daß die Stunde der Entscheidung geschlagen hatte. Noch an diesem Abend wurde in Banská Bystrica, der Bezirkshauptstadt, die von den Aufständischen beherrscht war, der Nationalaufstand ausgerufen. Sobald sich die Nachricht verbreitete, strömten die Juden mit ihren Familien in das befreite Gebiet in der Mittelslowakei. An die 5000 Personen hatten sich in die Stadt der Aufständischen aufgemacht. Es ist nur natürlich, daß ein so großer Zustrom von Menschen in einer 13 000 Einwohner zählenden Kleinstadt auf keine allzu sympathische Gastfreundschaft stieß. Folgt man den Äußerungen derjenigen, welche damals die Flüchtlinge unterstützten, so gab es bei der örtlichen Bevölkerung durchaus antisemitische Erscheinungen. Die slowakischen Juden wußten in den „ruhigen“ Monaten, daß die Stunde der Entscheidung noch vor der ersehnten Befreiung kommen würde, ob nun anlässlich des Rückzugs der deutschen Armee von der Ostfront oder infolge der vermehrten Sabotage-Aktionen, welche das Entfachen des Aufstandes verkündeten. Trotz der Invasion der Deutschen und Ausrufung des Aufstandes war die Mehrheit – wie wir später sehen werden – unvorbereitet und verwirrt. Wenn auch nicht allen Juden die Vernichtungsmaschinerie in den Lagern bekannt war, so wußten die meisten, daß die 1942 Ausgesiedelten nicht zur Arbeit geführt worden waren, wie ihnen der Feind weismachen wollte, sondern daß sie bereits nicht mehr am Leben waren. Warum haben so viele in dieser schicksalsschweren Lage nichts zu ihrer Rettung unternommen?

Auch die Führung der slowakischen Juden hatte mit einem inneren Konflikt zu kämpfen, wenn es um die Frage ging, wie man die jüdische Restbevölkerung vor der bevorstehenden Katastrophe retten könnte<sup>5</sup>. Die größte Sorge bereiteten die in den Arbeitslagern Internierten, die bei einer erneuten Deportation die leichteste Beute des Feindes sein konnten. Die geeignetste Maßnahme, sich vor der Aussiedlung zu schützen, sah man in der Ablösung der Wächter der „Hlinka-Garde“ (HG), welche dem Bunde mit den Deutschen treu blieben, durch gemäßigtere Gendarmen, die zum Teil der tschechoslowakischen Republik die Treue hielten. Die Bemühung der Leitung waren vom Erfolg gekrönt, und am 4. Februar 1944 wurde ein Befehl des Innenministeriums veröffentlicht, welcher Direktiven enthielt, in den Arbeitslagern Gendarmerie einzusetzen. Der Befehl trat am 1. April desselben Jahres in Kraft<sup>6</sup> und erwies sich als positiv. Als die Deutschen in die Slowakei eindrangen, wurden die Lagertore von der Gendarmerie sperrangelweit geöffnet. Jetzt standen die „Befreiten“ vor einem großen Dilemma: Wohin sollten sie sich wenden? Ein Teil – abgesehen von den Jugendlichen, die sich dem bewaffneten Aufstand anschlossen – strömte in die von Aufständischen beherrschten Gebiete und ganz besonders in die Hauptstadt des Aufstands, Banská Bystrica (andere Städte gingen schnell in den Herrschaftsbereich

<sup>5</sup> Fatran: Struggle 247–255.

<sup>6</sup> Mitteilung der 14. Abteilung des Innenministeriums vom 11. 4. 1944. Slovenský Národný Archív, K. 581, Dok. Nr. 1483/44.

der Deutschen über). Andere hingegen suchten Zufluchtsstätten auf, welche sie sich beizeiten vorbereitet hatten, oder sie begannen erst jetzt, in bedrängter Lage, solche zu suchen. Es gab auch Personen, die verwirrt und verstört in den Lagern zurückblieben, nachdem sie keine Mittel zur Rettung besaßen.

Gleichzeitig mit der Invasion der deutschen Armee in die Slowakei erschien auch die Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei (Sipo) und des Sicherheitsdienstes (SD) unter dem Befehl des SS-Obersturmbannführers Dr. Joseph Witiska. Die zur Panik neigenden Leiter der Ú.Ž (Judenzentrale) versuchten, mit dem Befehlshaber des Sicherheitsdienstes (SD), SS-Hauptsturmführer Koslowski, zu einer Absprache zu kommen, um die bevorstehende Wiederaufnahme der Transporte zu verhindern. Aufgrund von Kontakten hatten sie erfahren, daß in absehbarer Zeit (es geschah dann erst in der zweiten Septemberhälfte) SS-Hauptsturmführer Alois Brunner, in dessen Hände die ganze Judenangelegenheit gelegt wurde, nach Bratislava kommen würde<sup>7</sup>. Zwecks Niederschlagung des Aufstands wurden auch die zwei Einsatzkommando-Einheiten 13 und 14, welche eine zentrale Rolle bei der Gefangennahme und Ermordung von Juden spielten, hierher verlegt, und auch die Sonderkommando-Einheiten z. B. V. 15, 27 und 29, deren Anteil (das gilt besonders für die Einheiten 27 und 29) an der Judenverfolgung von Bedeutung war. Der Feldzug zur Niederwerfung des Aufstandes und Endabrechnung mit den Juden begann sofort nach Ankunft der ersten Einheiten in der Slowakei<sup>8</sup>.

Am 5. September kam es zur Errichtung einer neuen Regierung in der Slowakei unter Dr. Stephan Tiso, einem Verwandten des Präsidenten Josef Tiso, der auf seinem Posten verblieb. Sie hatte nicht dieselben Machtbefugnisse wie die vorhergehende Regierung Tuka. Es ist wichtig zu erwähnen, daß zu den bedeutendsten von dieser Regierung initiierten Änderungen die Übertragung der Zuständigkeit für Judenangelegenheiten vom Innenministerium an das Verteidigungsministerium und die Errichtung einer Sicherheitsabteilung seitens dieses Ministeriums gehörten. An der Spitze dieser Abteilung stand Otomar Kubala, welcher zu den hohen Funktionären der „Hlinka-Garde“ zählte, ein begeisterter Mitläufer, der eine kompromißlose Treue den Deutschen gegenüber wahrte und nun auch eine leitende Funktion ausübte. Da das Militär wegen Illoyalität und teilweisem Anschluß an den Aufstand entwaffnet wurde, wurden im Rahmen der „Hlinka-Garde“, die den Deutschen gegenüber Loyalität bewies, bewaffnete Stoßtruppen (Pohotovostné Oddiele Hlinkovej Gardy-POHG) gebildet. Parallel hierzu errichtete die volksdeutsche Minderheit, laut Befehl des Kommandanten der deutschen Okkupationskräfte vom 2. September, Einheiten „zum Schutze der Heimat“ (HS-Heimatschutz). Beide Formationen zählten zu den treuesten Helfern der Deutschen bei der Enttarnung von Partisanen und ihren Helfern, ganz besonders von Juden, die in der Slowakei oder an verschiedenen Konzentrationspunkten exekutiert wurden. Bei alledem, trotz der Ernennung eines neuen Verteidigungsministers und der bereits erwähnten Maßnahmen, ging die absolute Zuständigkeit in Judenangelegenheiten an die Deutschen über. Die Propaganda-Fanfaren

<sup>7</sup> Fatran: Struggle 251 f.

<sup>8</sup> Fašistické represálie na Slovensku [Faschistische Repressalien in der Slowakei]. Bratislava 1990, 143 ff.

der Regierung Stephan Tiso und der regierenden Partei wiesen die Hauptschuld am Aufstand und die Verantwortung für die bevorstehende Bestrafung den Juden zu.

Bei den Kabinettsitzungen vom 11. und 15. September wurde beschlossen, alle Juden, außer Ärzten, Apothekern und Nichtjuden, die in Mischehen lebten, im Lager Sered zusammenzufassen<sup>9</sup>.

### *Das Konzentrationslager Sered*

Von den drei Arbeitslagern, welche in der Slowakei existierten, war das Lager Sered auch nach dem Ausbruch des Aufstandes nicht im Herrschaftsbereich der Aufständischen. So wurde es von den Deutschen im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Aussiedlung zum Konzentrationslager für die restlichen slowakischen Juden bestimmt.

Was hat sich in diesem Lager abgespielt, seit es seine Tore nach der Invasion der Deutschen und der Umwandlung in ein Konzentrationslager von neuem geöffnet hatte? In einem offiziellen Dokument des Innenministeriums vom 31. 8. 1944 heißt es u. a.: „Die Wache der Gendarmerie öffnete die Tore des Judenlagers in Sered. Die Juden verließen es in Massen. Das Lager wird jetzt von der örtlichen militärischen Einheit bewacht. Das Innenministerium wurde aufgefordert, die intakte Aufrechterhaltung der Lagerökonomie zu sichern...“<sup>10</sup>

Das Innenministerium entsandte daher sofort eine Person nach Sered zwecks Sicherstellung des großen Warenlagers und zum Schutz von anderem mobilen Besitz vor Plünderern. Die großen Plünderer waren aber gerade die deutschen Soldaten, und ihnen gegenüber wagte niemand etwas zu unternehmen. Diese waren schon am 2. September ins Lager eingedrungen und hatten den Großteil des Lagerinventars auf Lastwagen verfrachtet. So paradox es klingt, es waren die Deutschen, welche die wenigen verbliebenen Juden aus dem Lager vertrieben und auch diejenigen, die zurückkamen, nachdem es ihnen nicht geglückt war, eine andere Zufluchtsstätte zu finden. Die Plünderung durch die Deutschen wurde auch am 4. September fortgesetzt. Am 5. September erreichte das Lager Sered eine telefonische Nachricht des Innenministeriums, die besagte, das Lager in Sered wieder in Betrieb zu nehmen<sup>11</sup>.

Im Bericht des Innenministeriums an den neuen Verteidigungsminister Stephan Hašík vom 11. September ist schon von über 1000 internierten Juden, unter ihnen auch zurückgekehrte „Deserteure“ des Lagers, die Rede. (Zu den am schnellsten Gefaßten zählten Juden aus den Provinzstädten, welche nicht im Gebiet der Aufständischen lagen, oder aus Städten wie Nitra, Topolčany und Žilina, die in die Hände der Deutschen gefallen waren.) In dem Schreiben wird im Namen von Dr. Anton Vašek, vormals Leiter der Abteilung 14, in dessen Kompetenz die Lösung der „Judenfrage“ fiel, ersucht, die Produktion in den Werkstätten und die Verpflegung der Inhaftierten wieder aufzunehmen. Daraus ist zu schließen, daß die Zuständigkeit für Juden-

<sup>9</sup> Protokolle der Kabinettsitzungen vom 11. 9. 1944 und 15. 9. 1944, Dr. Stefan Tiso, Slovenský Národný Archív, NS Tnlud 10/46-3; MV 1497/44 K. 582.

<sup>10</sup> Slovenský Národný Archív, NS Tnlud 17/46.

<sup>11</sup> Bericht vom 4. 9. 1944. Slovenský Národný Archív, MV prez. 14, 1476/44.

angelegenheiten vom Innenministerium an das Verteidigungsministerium übergegangen war. Als der Bericht abgesandt wurde, oblag die Bewachung des Lagers 8 Gendarmen und 15 deutschen Sicherheitskräften, die selbstverständlich den Direktiven ihrer Kommandanten unterstellt waren<sup>12</sup>.

Die Jagd auf Juden erhöhte deren Zahl im Lager Sered auf 1500, wie aus einem Bericht vom 14. September hervorgeht. Auch dieser Bericht des Innenministeriums an den Verteidigungsminister zielte auf die Wiederaufnahme der Produktion in den Werkstätten ab. Vašek pries den wirtschaftlichen Wert der Arbeitslager in der Vergangenheit und betonte deren „politische Mission“ (d. h. Isolierung der Juden von der arischen Bevölkerung) und den künftigen Beitrag zur Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse des Staates. Er hob hervor, daß in den Arbeitslagern kein Mangel an Rohmaterial für die Aufnahme der Produktion bestehe. Die Bewachung der Lager, heißt es in dem Bericht, unterliege der Gendarmerie-Einheit, welche reorganisiert würde (eine Anspielung auf die Illoyalität in ihren Reihen), und die Anzahl der SS-Wächter wurde auf 30 erhöht<sup>13</sup>. Aus dem Ersuchen des Berichterstatters, die Befugnisse der beiden Sicherheitsorgane, denen die Bewachung des Lagers anvertraut war, abzugrenzen, ist ersichtlich, daß die Deutschen hier die Oberhand hatten. Das Kommando über das Lager führten die Vertreter der deutschen Minderheit in der Slowakei, wie Franz Knollmayer und Josef Haeckel. Beide waren wegen ihrer Schandtaten und Grausamkeiten, die meist mit schweren Verletzungen der Häftlinge und sogar mit Mord endeten, bekannt. Ende September übernahm SS-Hauptsturmführer Alois Brunner das Kommando.

Auch die verstärkten Bemühungen Vašeks, den Verteidigungsminister für eine Wiederaufnahme der Produktion in Sered zu bewegen, lassen sich keinesfalls mit dem Bestreben der jüdischen Leitung gleichsetzen. Wir besitzen bis dato noch kein Dokument, aus welchem ersichtlich wäre, daß er auf Ersuchen der jüdischen Leitung gehandelt hätte, und es ist auf keinen Fall altruistischen Beweggründen zuzuschreiben. Der „König der Juden“, wie er im Jahre 1942 auf dem Höhepunkt der Deportationen genannt wurde, als er über Leben und Tod herrschte, war von seiner höchsten Höhe in die tiefste Tiefe gesunken, und sogar die Quellen seiner materiellen Vorteile waren versiegt. Die Wiederbelebung des Lagers sollte eigentlich die vergangenen, guten Tage wieder herbeibringen, aber seine Bitten fanden bei den Deutschen, deren Bemühungen, die Slowakei während der Jahre 1943–1944 vom Rest der Juden „zu säubern“, von Fall zu Fall scheiterten, kein Gehör<sup>14</sup>. Einige Tage vor der Invasion der Deutschen forderte Ludin, der deutsche Botschafter, die Rückkehr des deutschen Beraters für Judenfragen, SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny, um so die Überwindung des passiven Widerstandes der slowakischen Regierungsstellen gegenüber der Lösung der „Judenfrage“ zu beschleunigen.<sup>15</sup> Jetzt hat die Stunde geschlagen: Der Aufstand! Und die Juden sind selbstverständlich dessen Drahtzieher! Und man muß daher die slowakische Bevölkerung vor diesen schützen, es bleibt daher nichts anders übrig,

<sup>12</sup> Bericht vom 6. 9. 1944. Slovenský Národný Archív, MV 1472/44, K 581.

<sup>13</sup> Bericht vom 14. 9. 1499. Slovenský Národný Archív, MV prez. D 1480–1/44.

<sup>14</sup> Fatran: Struggle, Kap. 10.

<sup>15</sup> Prečan: Povstanie, Bd. II, Dok. Nr. 58.

als sich dieser zu entledigen.“<sup>16</sup> Das Kriegsende stand vor der Tür, und die Angelegenheit mußte so schnell wie möglich aus der Welt geschafft werden. Aus diesem Grund waren die Deutschen nicht an der Wiederaufnahme der Produktion interessiert. Somit ist klar, warum das Ersuchen des slowakischen Außenministeriums vom 4. September, den Betrieb im Arbeitslager<sup>17</sup> wiederaufzunehmen, von der deutschen Botschaft in Bratislava ignoriert wurde. Das Verhalten der Deutschen in dieser Frage hat klar ihre Tendenz zum Ausdruck gebracht.

Der September war der intensiven Jagd auf Juden, ihrer Erfassung und Konzentration unter dem Befehl des Einsatzkommandos 13 gewidmet. SS-Hauptsturmführer Schoenemann, Befehlshaber der Kommandantur in Žilina, stach bei dieser Aktion durch seine besonders herrschsüchtige Aktivität hervor. Bei seinem Einzug in die Stadt am 9. September bemächtigte er sich sofort aller regionalen Regierungsstellen und begann die Teilnehmer am Aufstand aufzuspüren und einzufangen. Parallel dazu mobilisierte er den SD und die Sipo, die Gendarmerie und die bewaffneten Stoßtruppen der „Hlinka-Garde“ (POHG) zwecks Verhaftung der in der Region lebenden Juden. Die Liste der aus Žilina deportierten Juden im Jahre 1944 (die einzige Liste der mit der zweiten Welle Ausgesiedelten) legt Zeugnis von der Besessenheit Schoenemanns ab. Mit den 23 Transporten (die Überführung von 8 Juden ins Lager inbegriffen), welche die Stadt zwischen dem 13. September 1944 und dem 16. Januar 1945 verließen, wurden 895 Juden deportiert. Die ersten beiden Transporte gingen ins Internierungslager Ilava und alle übrigen, beginnend mit dem 18. September, ins Konzentrationslager Sered. Die Einlieferung von zwei Transporten nach Ilava geschah auf Beschluß der Regierung Stephan Tiso vom 11. September, daß nämlich die Juden dort nur vorläufig zusammenzufassen seien. Gebe es am Ort eine größere Anzahl Aufgegriffener, werde man sie ins Lager Sered überführen<sup>18</sup>. Bei der Razzia für den ersten Transport in Žilina wurden 428 Personen verhaftet, beinahe die Hälfte der Zahl aller Gefaßten in dieser Stadt, und alle später Aufgegriffenen verteilten sich auf 22 weitere Transporte. Die den Deportierten entwendete persönliche Habe wurde in der örtlichen Synagoge untergebracht und von dort nach Deutschland überführt<sup>19</sup>.

Wenn man alle Schwierigkeiten in Betracht zieht, die mit dem Aufspüren von Verstecken oder Untergetauchten einhergingen, so stellt sich die Frage, ob sich der Rest der slowakischen Juden der bevorstehenden Gefahr ausreichend bewußt war. Was in Žilina passierte, geschah auch an anderen Orten, und als krasses Beispiel, zu dem wir später noch kommen werden, ist auf die erste Razzia in Bratislava zu verweisen. Zweifelsohne kamen hier mehrere Faktoren zusammen. Man mußte einen

<sup>16</sup> Prečan, Vilém: Slovenské národné povstanie. Dokumenty [Der Slowakische Nationalaufstand, die Deutschen und die Slowakei. Dokumente]. Bd. I. Bratislava 1965, Dok. Nr. 587, S. 1093 f.

<sup>17</sup> Slovenský Národný Archív, MZV, 285/44, židia.

<sup>18</sup> Partielle Transkription der Kabinettsitzung vom 11. 9. 1944. NS Tnlud 10/46-3, K. 44

<sup>19</sup> AM SNP Banská Bystrica, F IX. prir. č. S. 112/85, zväzok IV, 347-407. - Stanislav, Jan/Mičev, Stanislav: Protizidovské represálie na Slovensku od septembra 1944 do apríla 1945 [Antijüdische Repressalien in der Slowakei, Sept. 1944 - Apr. 1945]. In: Tragédia slovenských Židov. Banská Bystrica 1992, 224 (Anm. 37).

vertrauenswürdigen Nichtjuden finden, der bereit war, ein Risiko auf sich zu nehmen. Es fehlte an finanziellen Mitteln; und vielfach gab es Greise, Kranke oder Säuglinge in der Familie, mit denen man nicht so einfach untertauchen konnte. Auch die Illusion, daß es gar nicht so schlimm kommen würde, spielte eine Rolle. Andererseits fügten sich viele – nach mißlungenen Fluchtversuchen – in ihr Schicksal. Der Bau eines eigenen Unterschlupfs war außer den technischen Schwierigkeiten auch mit dem Problem verbunden, daß man für eine zuverlässige Verpflegung auf die Bewohner der nächstliegenden Dörfer angewiesen war.

Wer die Berichte jener Überlebenden gelesen hat, die sich während des harten Winters in den verschneiten Bergen versteckten und mangels Proviant oft vor der Entscheidung standen, entweder Hungers zu sterben oder sich den Behörden zu stellen, kann verstehen, wie schwer es war, eine solche Entscheidung zu treffen, um so mehr, wenn es um kinderreiche Familien, Kranke und Greise ging. Wer kann diejenigen aufzählen, welche nach dem Abstieg aus den Bergverstecken auf dem Weg ins Dorf zwecks Proviantauffrischung erfroren sind, welche gezwungen waren, auf Um- und Querwegen in ihr Versteck zurückzukehren oder welche ihre Verstecke nicht wieder erreichten und entweder im Dorf oder unterwegs von den Sicherheitsorganen geschnappt wurden? Wer kann die Stimmung der Angehörigen verstehen – so sie nicht selbst inzwischen schon gefaßt waren – bei der verzweifelten Erwartung ihrer Rückkehr? Im „großen und ganzen“ befanden sich diese Flüchtlinge nicht länger als sechs bis acht Monate in ihren Verstecken, aber diese Zeit war schwer und nervenzermürend. Die Lage derjenigen, die Unterschlupf in Häusern von Nichtjuden fanden und deren Finanzmittel bis Kriegsende reichten, war etwas besser. Abgesehen von der sie ständig begleitenden Angst, hatten diejenigen Juden das bessere Los gezogen, die dank glücklicher Umstände an den unterschiedlichsten Orten, wo man sie nicht kannte, mit gefälschten arischen Dokumenten untertauchten.

Noch im September veröffentlichten die deutschen Sicherheitsorgane in der Slowakei ein Verbot, dem zufolge es untersagt war, Juden zu verbergen oder sie auf irgendeine Art zu unterstützen, und dessen Nichtbefolgung mit der Todesstrafe bedroht war<sup>20</sup>. Es besteht kein Zweifel, daß diese Kundmachung viele Slowaken davon abhielt, Juden in ihren Häusern zu verbergen, und es den Sicherheitsorganen erleichterte, jüdische Opfer, die in ihrer Verzweiflung an Ort und Stelle blieben oder angstvoll hin und her wanderten, zu fassen. Es fehlte aber auch nicht an Kollaboration der Bevölkerung mit den Sicherheitsorganen. Solche Fälle sind zum Beispiel im Bericht über die Lage der Juden in der Stadt Piešťany vom Spitzel des SD am 13. September 1944 verzeichnet. „Begonnen mit dem 11. dieses Monats setzte die ‚Garde‘ (POHG) selbständig ihre Aktionen fort, wobei die örtliche Bevölkerung erfolgreich und vorbildlich kollaborierte. Ohne Unterlaß holten sie Juden aus den verschiedenen

---

<sup>20</sup> In bezug auf die Anweisung des Amtes für Verwaltungsbehörden vom 29. 9. 1944, die es der Allgemeinheit bei Androhung der Todesstrafe untersagte, Juden zu verbergen oder sie auf irgend eine Art zu unterstützen, wurde z. B. aus Žilina gemeldet, daß deren Verkündung dort am 20.–23. September stattgefunden hatte. Die HG war dabei den Anweisungen der deutschen Sicherheitsbehörden gefolgt. SPU Žilina, 291/12 prez. K 37.

Verstecken heraus und überführten sie nach Trenčín.“ Der SS-Hauptsturmführer Jentsch „lobte“ die Slowaken in seinem Bericht vom 8. September aus Topolčany an seinen Kommandanten Witiska überschwenglich: „Aus den sich in unseren Händen befindenden Äußerungen der örtlichen Bevölkerung ist ersichtlich, daß das slowakische Volk mit vollster Zustimmung die antijüdischen Aktionen verfolgt, und es wurden Freudentemonstrationen veranstaltet, als bekannt wurde, daß man gefährliche Juden verhaftete.“<sup>21</sup>

Die Razzien in den Provinzstädten und Dörfern wurden fortgesetzt. Solange nicht mit der Deportation begonnen wurde, hatten die Deutschen Zeit, sich mit den Slowaken im Zusammenhang mit der Übernahme der Verantwortung für die Durchführung der „radikalen Lösung“ (das war das Codewort für Deportation in Gesprächen mit den Beamten der slowakischen Regierungämter oder beim Austausch amtlicher Noten zwischen der deutschen Botschaft und dem Außenministerium) höflich in Verbindung zu setzen. An sich setzte das deutsche Außenministerium die diplomatische Höflichkeit auch nach Wiederaufnahme der Deportationen fort – im Gegensatz zu Brunner, welcher überhaupt nicht auf die Slowaken Rücksicht nahm und in der Slowakei verfuhr, als ob er der Hausherr wäre. Witiska zeigte sich im Gespräch mit Ministerpräsident Stephan Tiso davon beeindruckt, daß eigentlich nicht der Akt der Deportationen diesen abschreckte, sondern die Frage, wer dafür die Verantwortung trägt. Tiso und sein Verteidigungsminister versuchten die Deportationen mit der Begründung aufzuschieben, daß das zerrüttete Verwaltungssystem erst reorganisiert werden müsse, bevor es solche Beschlüsse auf sich nehmen könne. Witiska schloß daraus, daß die Aussiedlungen nur erfolgen könnten, wenn deutscherseits Druck ausgeübt werde<sup>22</sup>. Die Frage der Verantwortung wurde auch auf diplomatischen Wegen, nämlich zwischen dem deutschen Botschafter Ludin und zwischen seinem Ministerium, besprochen, Ludin versuchte seinen Vorschlag durchzubringen, daß im Falle eines diplomatischen Protestes gegen die „radikale Lösung der Judenfrage“ Deutschland die Verantwortung für die antijüdischen Maßnahmen auf sich nehmen solle. Das deutsche Außenministerium hat den Vorschlag auf elegante Weise abgelehnt und gefordert, daß die slowakische Regierung die Verantwortung für diese Aktion tragen solle. Ministerpräsident Tiso wurde die Begründung vorgeschlagen, daß die „radikale Lösung“ angesichts des massiven Judenanteils am Aufstand eine Sicherheitsnotwendigkeit des Staates sei<sup>23</sup>. In dieser Angelegenheit macht Himmler anlässlich seines Besuches in Bratislava Anfang Oktober einen weitergehenden Schritt, indem er vorschlug, die Deportationen damit zu begründen, „die Juden vor Aufstandsaufwieglern und vor der zürnenden Bevölkerung schützen“ zu müssen<sup>24</sup>.

Die Ankunft von Alois Brunner Ende September in der Slowakei war ein weiteres Anzeichen dafür, daß sich die Schlinge um den Hals der Juden zuzog. Schließlich war er ein Abgesandter Eichmanns und verfügte über reiche Erfahrungen bei der Durch-

<sup>21</sup> Prečan: Povstanie Bd. II, Dok. Nr. 120, 130.

<sup>22</sup> Ebenda, Dok. Nr. 154.

<sup>23</sup> Ebenda, Dok. Nr. 169, 172.

<sup>24</sup> Prečan: Povstanie, Bd. I, Dok. Nr. 587.

führung von Aussiedlungen. Als das Kriegsende schon nicht mehr weit war, einen Monat vor Ende der Judenvergasungen, gab es für ihn nichts Wichtigeres als die Vollstreckung der „Endlösung“. Vorabinformationen über seine Person zum Trotz suchte die jüdische Leitung, ermutigt durch Rabbiner Weissmandel, Brunner zu überzeugen, die Deportationen nicht aufzunehmen, und ihn durch wichtige Warenlieferungen an Deutschland zu kaufen.

Brunner, ein Experte, wenn es darum ging, sich zu verstellen, ist es gelungen, alle bis zum bitteren Ende zu täuschen. Indem er Interesse an ihren Vorschlägen heuchelte, glückte es ihm, die Wachsamkeit eines Großteils der Juden der Hauptstadt einzuschläfern, die in enger Verbindung mit ihrer Leitung standen. Bei einer großangelegten Razzia am Abend des 28. September wurden von der POHG und von SS- und HS-Männern 1800 Juden, unter ihnen die Mehrheit der jüdischen Leitung, verhaftet. Sie wurden in den Gebäuden der Judenzentrale, „Ú.Ž“, konzentriert, wo sie dichtgedrängt von schwerbewaffneten Posten bewacht wurden. Um 6 Uhr früh mußten sie zur Peripherie-Eisenbahn marschieren, und nach sieben Stunden Wartezeit wurden sie, zu 70 bis 80 in je einen Waggon gepfercht, in einen Güterzug verfrachtet. Um 2 Uhr mittags wurden die Waggons versiegelt, aber der Zug setzte sich erst nach weiteren sieben Stunden in Bewegung. Während dieser Zeit war jeder Zugang zu den Inhaftierten strengstens untersagt. Nicht einmal Wasser durften sie bekommen. Der Zug kam erst um 2 Uhr morgens in Sered an. Der Transport wurde von Brunner höchstpersönlich begleitet. Bei ihrer Ankunft wurden die Deportierten von den SS-Wächtern mit KZ-üblicher Brutalität behandelt<sup>25</sup>.

Wenn es schon zu denken gibt, mit welcher Leichtigkeit viele Menschen bei den ersten Razzien Anfang September in den Provinzstädten gefaßt wurden, um so schwerer ist der große Erfolg der Deutschen und ihrer Helfer bei der ersten Razzia in der Hauptstadt zu erklären. Bratislava war die letzte in der Reihe der Städte. Hier verfügte die jüdische Leitung über ein Netz von Informanten. Gerade diese Tatsache führte sie jedoch dazu, daß sie verlockt wurden, an Ort und Stelle in ihren Wohnungen zu verbleiben. Noch am Tage der großen Razzia, am 28. September, erreichte sie zwar die Nachricht, daß in der Nacht ein Überfall bevorstehe, aber einige Stunden später kam Entwarnung. Nunmehr hieß es, eine ruhige Nacht sei zu erwarten. Die Neigung, sich Illusionen hinzugeben und an das Gute zu glauben, bezahlte die Gemeinde mit 1800 Inhaftierten auf den ersten Schlag. Die Organisatoren der Razzia verfügten nicht nur über Wohnadressen der Juden in Bratislava, sondern auch Ermittlungsergebnisse über Slowaken, welche geneigt waren, Juden übernachten zu lassen oder sie zu verbergen. So kam es, daß im Rahmen der großen Razzia auch viele Häuser von Nichtjuden und sogar Wohnungen von Deutschen durchsucht wurden.

Slowakische Behörden waren im Vorfeld der Razzia von Brunner nicht eingeweiht worden. Auf diese Art gab man ihnen zu verstehen, wer der wahre Herr war. Das Lager Sered, schon vor Ankunft der 1800 Inhaftierten überfüllt, mußte sofort entlastet werden. Noch in den Nachmittagsstunden des 30. September 1944 verließ der

---

<sup>25</sup> Protokoll über die Tätigkeit des Hauptsturmführers Brunner in der Slowakei vom 27. 10. 1945, unterzeichnet: Dr. Oskar Neumann, Dr. Tibor Kováč. Eine dritte Unterschrift ist unleserlich. Archiv Yad Vashem, M-5/162. – Fatran: Struggle 250–255.

erste Transport der zweiten Welle mit 1860 Deportierten (die in Bratislava Gefaßten sollten erst beim folgenden Transport an die Reihe kommen) Sered direkt nach Auschwitz<sup>26</sup>. Es besteht kein Zweifel, daß bei der Terminierung der Jagd auf die Juden der Hauptstadt der Abfahrtszeitpunkt des ersten Transports berücksichtigt war, was sogar unter normalen Umständen nicht ohne vorherige Planung hätte ablaufen können und erst recht nicht jetzt, wo es an einer regulären Verwaltung fehlte. Der slowakischen Regierung ist all das erst im nachhinein bekannt geworden. Es kann sein, daß der Beschluß der slowakischen Regierung vom 2. Oktober, den Deutschen ein Memorandum zu überreichen mit der Forderung, die Juden lediglich auf slowakischem Territorium zusammenzulegen, wobei man sich auf eine Absprache zwischen dem Vertrauensmann Himmlers, SS-General Gottlob Berger, und dem Bevollmächtigten der slowakischen Regierung stützte, auch ein wenig Protest gegenüber den Willkürakten der Deutschen auf slowakischem Boden war<sup>27</sup>. Im einem Gespräch mit Ludin vom 4. Oktober machte der Ministerpräsident darauf aufmerksam, daß die Angelegenheit „zweifelsohne diplomatische Schwierigkeiten verursachen wird, denn es ist ein Protest des Heiligen Stuhls und höchstwahrscheinlich auch des Repräsentanten der Schweizer Regierung zu erwarten“<sup>28</sup>. Das deutsche Außenministerium reagierte nicht auf den Protest der slowakischen Regierung, und Himmler hat diesen bei seinem kurzen Besuch in Bratislava im Oktober rigoros zurückgewiesen. Bei diesem Treffen mit dem Ministerpräsidenten vertrat er den Standpunkt, daß die jetzige Regierung die gegebene Situation ausschließlich der Inkonsequenz der slowakischen Regierung zur Zeit der Deportationen von 1942 und der damaligen Unterbrechung der Aktion, im Zuge dessen über 20 000 Juden auf dem Gebiet der Slowakei zurückgeblieben waren, zu verdanken habe<sup>29</sup>. Bekanntlich hat Himmler immer von der Deportation aller Juden der Slowakei gesprochen<sup>30</sup>.

#### *Proteste in der Welt*

Die Nachrichten vom Schicksal der übriggebliebenen Juden der Slowakei verbreitete sich schnell in der westlichen Welt und erreichte sogar die Führung der jüdischen Bevölkerung des damaligen Palästina. Die Gefahr der Vernichtung so kurz vor Kriegsende rief eine Reihe von Interventionen hervor.

Der Oberrabbiner von Palästina, Dr. Jitzchak Herzog, wandte sich in einem Schreiben vom 9. September flehentlich an Hughes, den Vertreter des Heiligen Stuhls in Kairo, er möge „den deutschen Repräsentanten gegenüber betonen, daß die Fortsetzung der Verfolgung des restlichen jüdischen Volkes es ihnen mehr und mehr erschweren wird, den Versuch zu unternehmen, sich der kulturfördernden Menschheit

<sup>26</sup> Aussage des Adolf (Adulo) Rosenberg, aufgezeichnet am 3. 12. 1962. Archiv Moreshet: A 170, S. 21.

<sup>27</sup> Unvollständiges Protokoll der Kabinettsitzung vom 2. 10. 1944. Tnlud 10/46/3, NS. K. 44, S. 120.

<sup>28</sup> Prečan: Povstanie, Bd. II, Dok. Nr. 169.

<sup>29</sup> Prečan: Povstanie, Bd. I, Dok. Nr. 587.

<sup>30</sup> Gedächtnisprotokoll von Luther, Ltr. Abt. III. des deutschen Außenamtes, NG-2586.

zu nähern<sup>31</sup>. Die Bitte des Rabbiners Herzog an Hughes, dringendst telegraphisch um Intervention des Heiligen Stuhls zur Rettung des Restes der slowakischen Juden anzuschreiben, ließ der Repräsentant des Vatikans unbeantwortet. Daraus hat Herzog den Schluß gezogen, daß „der Vatikan nicht mehr tun kann als er tat und tut“, wie er sich in einem Schreiben vom 30. September an den Staatssekretär ausdrückte. Herzog wollte persönlich den Papst besuchen und um dessen dringendste Intervention ersuchen, und nur die Behauptung Hughes', daß die Wirkung des Besuches betreffend das Schicksal des jüdischen Volkes negativ sein könnte, hielt ihn davon ab. Hughes führte auch an<sup>32</sup>, daß er am 25. September anlässlich der Gerüchte von der schrecklichen Lage der Juden in der Slowakei ein weiteres Telegramm mit dem folgenden Aufruf bekam: „... Rettet in der zwölften Stunde die letzten Reste der ehrenwerten Gemeinde, rettet sie vor der Vernichtung, steht nicht tatenlos beiseite gegenüber der beispiellosen Tragödie“<sup>33</sup>. Das Telegramm enthielt die Schlußworte: „Möge Eure Exzellenz urteilen, was von Wichtigkeit zu unternehmen ist.“

Am 15. September hat der apostolische Nuntius in Bern das Telegramm an seinen Kollegen Roncalli in Istanbul weitergeleitet, welcher im allgemeinen von der Führung der jüdischen Gemeinde in Palästina eingeschaltet wurde. Roncalli forderte die Intervention des Papstes zur Rettung der slowakischen Juden<sup>34</sup>. In der Antwort des Vatikans vom 19. September heißt es, daß man bereits interveniert habe, dies aber wiederholen wolle<sup>35</sup>.

Der Vorschlag des Bevollmächtigten des Vatikans in der Slowakei, Burzio, vom 15. September an das Staatssekretariat des Vatikans ging dahin, daß der Heilige Stuhl bei der slowakischen Regierung intervenieren sollte, was nur nützen könnte. Dieser Vorschlag erstaunt ob seiner Unschlüssigkeit und des späten Zeitpunkts<sup>36</sup>. Staatssekretär Tardini intervenierte sofort beim Botschafter der Slowakei beim Vatikan, Karol Sidor, und schlug Burzio vor, zu entscheiden, ob es ratsam sei, im Namen des Heiligen Stuhls bei der slowakischen Regierung oder beim Präsidenten zu intervenieren, wobei er betonte, daß der Papst von den slowakischen Behörden eine Stellungnahme erwarte, welche katholische Lehre und Meinung das slowakische Volk vertrete. Tardini zufolge hätte auch eine kollektive Intervention des (slowakischen) Episkopats Nutzen bringen können<sup>37</sup>.

Das Außenministerium der Vereinigten Staaten von Amerika forderte über Ciconnani, den Vertreter des Vatikans in den Staaten, die Intervention des Heiligen Stuhls, um die Deportation der slowakischen Juden zu verhindern<sup>38</sup>. Als Reaktion berichtete Staatssekretär Tardini am 28. September dem amerikanischen Botschafter Taylor, was

<sup>31</sup> Vatikan a Slovenská Republika [Der Vatikan und die Slowakische Republik] (1939–1945). Dokumenty. Red. v. Ivan Kamenec, Vilém Prečan, Stanislav Škorvaneč. Bratislava 1992, 195 (Anm. 1).

<sup>32</sup> Ebenda, Dok. Nr. 128.

<sup>33</sup> Ebenda 195 (Anm. 2).

<sup>34</sup> Ebenda 191 (Anm. 1).

<sup>35</sup> Ebenda.

<sup>36</sup> Ebenda, Dok. Nr. 125.

<sup>37</sup> Ebenda, Anhang.

<sup>38</sup> Ebenda 194 (Anm. 3).

der Vatikan bereits unternommen hatte und was er noch zu unternehmen gedachte<sup>39</sup>. Am 3. Oktober, nach der Wiederaufnahme der Deportationen, telegraphierte der Vertreter des Vatikans in Washington seinem Staatssekretariat: „Die hiesige Regierung ersuchte mich vor kurzem, dem Präsidenten Tiso zur Kenntnis zu bringen, daß sie die Geschehnisse verfolgt und seinen Anteil und den seiner Helfer bei der Durchführung der Aussiedlungen und der Verfolgung der Angehörigen der jüdischen Rasse nicht vergessen wird.“<sup>40</sup> Tardini hat den Inhalt des Telegramms am 6. Oktober an Burzio mit dem Vorschlag weitergeleitet, er solle die Angelegenheit, wenn es ihm richtig und nützlich erscheine, den verantwortlichen Stellen vorlegen<sup>41</sup>. An demselben Tag berichtete Burzio ihm von den Interventionen, die er durchführte: Am 22. September bei der slowakischen Regierung, am 24. September bei Präsident Tiso, und nach der brutalen Razzia auf die Juden Bratislavas hatte er diesen am 29. September nochmals aufgesucht. Er beklagt sich in seiner Mitteilung, daß er bei Tiso kein Verständnis für die Not der Verfolgten gefunden habe. In den Juden sehe dieser die Ursache für alles Schlechte und rechtfertigte die Schritte der Deutschen, die von den erhabensten Kriegsinteressen diktiert seien<sup>42</sup>. Aus diesem Grund hielt es Burzio für sinnlos, sich erneut an Präsident Tiso zu wenden.

Nach erfolgter Bestätigung seiner Heiligkeit brachte Tardini am 28. Oktober das große Bedauern des Heiligen Vaters über die Geschehnisse in der Slowakei zu Burzios Kenntnis. Er beauftragte ihn, Präsident Tiso sofort davon in Kenntnis zu setzen, daß der Heilige Vater zutiefst betrübt sei angesichts der Qual der vielen Menschen, die wegen ihrer Nationalität oder ihrer Rasse zu leiden hätten, was den menschlichen Prinzipien und der Gerechtigkeit widerspreche. Der Heilige Vater fordere ihn auf, seine Gefühle und Absichten an seiner Ehre und seinem Gewissen als Pfarrer zu messen<sup>43</sup>. Präsident Tiso führte in seiner Antwort vom 8. November aus, daß die feindliche Propaganda bei der Schilderung der grausamen Reaktion der slowakischen Regierung Tschechen und Juden gegenüber übertrieben habe. Die gegen sie eingesetzten Mittel seien der Ausdruck der Pflicht der Regierung, ihr Volk vor denjenigen zu schützen, deren Lage während des Krieges gut war, die sich aber Ende August offen den feindlichen Kräften angeschlossen hatten. Er fügte hinzu: „Unsere Schuld liegt in unserer Treue zu den Deutschen, welche nicht nur unser Recht auf Selbständigkeit und nationale Freiheit anerkannt haben, sondern uns auch im Kampf gegen die Feinde unserer Nation, die Juden und Tschechen, beigestanden sind.“<sup>44</sup>

Auch die tschechoslowakische Exilregierung wandte sich auf Vermittlung der Botschaft Großbritanniens in Rom an den Vatikan und brachte ihre Zuversicht zum Ausdruck, das Leiden der Tschechen und Juden werde erleichtert, wenn der Heilige Stuhl ein angemessenes Interesse an ihrem Schicksal zeige, wodurch viele Tausende der

<sup>39</sup> Ebenda, Dok. Nr. 127.

<sup>40</sup> Ebenda, Dok. Nr. 129.

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> Ebenda, Dok. Nr. 130.

<sup>43</sup> Ebenda, Dok. Nr. 136 sowie Anhang.

<sup>44</sup> Ebenda, Dok. Nr. 138.

von den Deutschen Verfolgten gerettet werden könnten<sup>45</sup>. Daß Großbritannien selbst sich heraushielt, fällt hier ins Auge. Selbst die irische Botschaft ersuchte beim Heiligen Stuhl um Information zu dessen Tätigkeit zur Rettung der Juden der Slowakei<sup>46</sup>.

Das Internationale Rote Kreuz, welches auf dem Höhepunkt des Krieges keine allzu große Bereitschaft gezeigt hatte, den verfolgten Juden zu helfen, sandte jetzt seinen Repräsentanten Georges Dunand in die Slowakei. Der Vertreter des JOINT in Genf, Saly Mayer, der schon über die Inhaftierung der Gizi Fleischmann, einer der markantesten Persönlichkeiten in der Leitung der „Arbeitsgruppe“, informiert war, vermittelte die Übersendung eines Geldbetrags an die Bedürftigen und ersuchte darum, aus Sorge um die jüdische Allgemeinheit und zur Verteilung des Geldes einen neuen Treuhänder zu ernennen. Dunand hat, nachdem beträchtliche Zeit verstrichen war, verschiedentlich bei den slowakischen Behörden interveniert, aber stets erfolglos<sup>47</sup>.

Der Erzbischof Erling Eidem aus Uppsala wandte sich am 27. November an Präsident Tiso in Sachen „unserer jüdischen Brüder, welche im letzten Jahrzehnt in Europa so viel zu leiden hatten“. In einer sehr vorsichtigen und rücksichtsvollen Sprache bat er darum, die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, die Juden der Slowakei in ein anderes Land zu überführen, um sie zu retten<sup>48</sup>. Im Begleitschreiben zu einem Brief des slowakischen Generalkonsuls wurde klargelegt, daß es hierbei um die „Überführung der Juden (in ein neutrales Land), finanziert von den Behörden der Vereinigten Staaten, die das gerne machen werden, ging. Details könne er nicht hinzufügen. Aus den Gesprächen war ich vom positiven Standpunkt der amerikanischen Kreise beeindruckt, welche der Sache höchste Wichtigkeit zuschrieben“<sup>49</sup>.

In einer Zeit, wo jeder Tag schicksalsentscheidend war, hielt es der Präsident für angebracht, seine Antwort an den schwedischen Erzbischof mehr als fünf Wochen hinauszuschieben. Erst am 4. Januar 1945 bringt er in seinem Brief, die inzwischen durchgeführten Aussiedlungen ignorierend, sein Bedauern zum Ausdruck, daß der Vorschlag seiner Exzellenz nicht vor dem 28. August 1944, als die Situation der Juden „gut“ war, angekommen sei. Daß die Juden sich dem bewaffneten Aufstand angeschlossen hätten, sei der Grund für ihre Verfolgung, was auch das Schicksal der slowakischen Aufständischen wie auch der Angehörigen anderer Nationen sei. „Ich werde mich freuen“, betont Tiso im letzten Absatz seines Briefes, „wenn der Briefwechsel zwischen uns ein ähnliches Interesse am Schicksal des slowakischen Volkes, welches um seine staatliche und nationale Selbständigkeit kämpft, zeigen wird.“<sup>50</sup>

Viele intervenierten im Interesse derjenigen Juden, welche eine fremde Staatsbürgerschaft besaßen. Bei den Aussiedlungen im Jahre 1942 waren amerikanische oder ungarische Staatsbürger wie auch diejenigen, die getauft waren oder bei denen wirt-

<sup>45</sup> E b e n d a 204 (Anm. 1).

<sup>46</sup> E b e n d a 206 (Anm. 10).

<sup>47</sup> D u n a n d, Georges: Nè perdez pas leur trace. Neuchâtel 1950. – E c k s t e i n, Sándor: Es megis ellenáltunk ... (Történek a szlovákiai zsidó mentő-munkából) [Und wir haben trotzdem Widerstand geleistet (Die Rettungsaktion der slowakischen Juden)]. Eigenverlag o. O., o. J., 111.

<sup>48</sup> Vatikan a SR, Dok. Nr. 144.

<sup>49</sup> E b e n d a 216 (Anm. 1).

<sup>50</sup> E b e n d a, Dok. Nr. 149. – Slovenský Národný Archiv, Fond KPR, K. 8, č. 405.

schaftliche Interessen gegen eine Deportation sprachen, vor der Deportation geschützt. Beim Einfall der Deutschen wurden alle Schutzlegitimationen ungültig. Damals initiierten amerikanische Bürger eine Petition an das slowakische Außenministerium und verlangten Schutz vor der Deportation. Das Außenministerium sagte unter der Bedingung zu, daß die Betroffenen zu ihrem eigenen Schutz an einem Ort konzentriert werden müßten, und die Bittsteller waren einverstanden. Sie wurden in einem eigens angemieteten Schloß, in Marianka bei Bratislava, zusammengeführt, wobei alle Auslagen von den Insassen getragen wurden. Später wurde es auch Besitzern von südamerikanischen oder anderen Pässen erlaubt, sich ihnen anzuschließen. Aber nicht für lange. Ihre Immunität war kein Hindernis für Brunner. Anfang Oktober überfiel er mit seinen mit Maschinenpistolen bewaffneten Horden das Schloß, nahm die Bewohner gefangen, und an die 300 Personen (in den erwähnten Dokumenten ist von 400 die Rede) marschierten zu Fuß zum Bahnhof in Stupava, von wo sie mit einem Militärzug nach Sered transportiert wurden. Sie wurden am 17. Oktober zusammen mit Gisi Fleischmann nach Auschwitz deportiert. Das war der letzte Transport, dessen Opfer in den Gaskammer getötet wurden<sup>51</sup>.

Das Schicksal jener „privilegierten“ Gruppe gab Anstoß zu einer weitverzweigten Intervention im Ausland. Zunächst interessierte sich der amerikanische Außenminister für ihren Aufenthaltsort und ihre Namen. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß diese Anfrage dem amerikanischen Botschafter in Rom am 11. November übersandt wurde und die Ergebnisse erst am 15. desselben Monats an das Staatssekretariat weitergeleitet wurden<sup>52</sup>, als die Mehrzahl der Betroffenen schon nicht mehr am Leben war. Das Außenministerium berichtete im Wege seiner Vertretungen in der Slowakei und in Deutschland von der Bereitschaft der Deutschen, Juden mit amerikanischen Pässen gegen Deutsche in den Vereinigten Staaten auszutauschen. Bis zur Durchführung des Austausches sollten sie auf deutschem Boden leben und „gut“ behandelt werden<sup>53</sup>.

Die Schweizer Regierung protestierte am 24. Oktober beim slowakischen Außenministerium gegen die Wiederaufnahme der Deportationen und warnte, daß die Angelegenheit die Beziehungen der Slowakei zur Schweiz nur beeinträchtigen könnte. In dem Memorandum wurden Namen von jüdischen Verhafteten genannt, die eine wesentliche Rolle bei den wirtschaftlichen Kontakten beider Staaten spielten. Ebenso wurden auch Namen von Verwandten von Schweizer Bürgern aufgelistet. Die Schweizer Regierung bat darum, Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes zu gestatten, sich um ihre Bürger zu kümmern<sup>54</sup>.

Das slowakische Außenministerium verwies selbstverständlich den Protest an die richtige Adresse – an die deutschen Stellen. Witiska, Kommandant der Einsatzgruppe H, bekam vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA) Direktiven, ohne Rücksicht auf den Protest der Schweizer Regierung die Aktion fortzusetzen, aber Inhaber Schwei-

<sup>51</sup> Zeugenaussage der Geretteten Edith Kessler am 30. 6. 1994 in Gegenwart der Autorin des vorliegenden Beitrags. – Vgl. auch Eckstein: Es megis ellenáltunk 102–107.

<sup>52</sup> Vatikán a SR, Dok. Nr. 140.

<sup>53</sup> E b e n d a, Dok. Nr. 146 bezüglich der Interventionen zugunsten der in Marianka Internierten. Vgl. ebenso die Dokumente Nr. 132, 134, 137, 140, 141, 142, 143, 150.

<sup>54</sup> P r e č a n: Povstanie, Bd. II., Dok. Nr. 206.

zer Papiere nicht schlecht zu behandeln. Ludin stimmte der vorgeschlagenen Formulierung zu, denn er hatte keine Bedenken, damit den deutschen Interessen zu schaden. Seiner Meinung nach waren die in der Schweizer Liste Angeführten bereits deportiert, daher wollte er der slowakischen Regierung vorschlagen, die Forderung der Schweizer Regierung direkt nach Berlin weiterzuleiten<sup>55</sup>.

Die angeführten Interventionen wie auch der Versuch der jüdischen Leitung, die Deportationen zu verhindern, waren a priori wegen der entschiedenen Absicht Himmlers und seines Stabes, die Judenreinigung der Slowakei im Wettlauf mit der Zeit zu vervollständigen, ohne Aussicht auf Erfolg. Es bestehen Zweifel, ob es je in der Macht des Präsidenten stand, irgend etwas zur Rettung der letzten Juden beizutragen. Aber seine Reaktion auf die vielen Interventionen beweist, daß er seine volle Zustimmung zur Judendeportation gab, zu der Zeit, als es ihm bereits bekannt war, daß man sie in den Tod schickt. Der Zorn des Vatikans angesichts seiner Hartnäckigkeit und Erbarmungslosigkeit Notleidenden gegenüber kam in den letzten Briefen, welche zwischen Burzio und Tardini gewechselt wurden, zum Ausdruck. Auf die Frage Burzios, ob er sich der slowakischen Regierung anschließen solle, wenn sich diese an Deutschland wenden würde, hat Tardini geantwortet: „Ich sehe keinen Grund, sich der Regierung anzuschließen, welche den Nuntius nicht anerkennt und in einigen Fällen nicht einmal dem Rat des Heiligen Stuhls Gehör geschenkt hat.“<sup>56</sup>

#### *Die Ereignisse in der Ostslowakei*

Nach der Zwangsevakuierung der Juden aus der Ost- in die Westslowakei vom 15. Mai 1944 verblieben laut offiziellen Daten 451 Juden – Ärzte, Apotheker und in Mischehen Lebende. Wie viele sich entschlossen, sich in den Wäldern oder bei Nichtjuden zu verstecken, ist nicht bekannt. Bei Ausbruch des Aufstandes war anfangs ein gewisser Zustrom in das Aufstandsgebiet zu verzeichnen. Als die Erhebung unterdrückt wurde, versuchten Unzählige, in die Ostslowakei zu gelangen. Anfangs war man voller Erwartungen gewesen, daß das in der Ostslowakei stationierte Militär sich mit den Aufständischen und mit der näherrückenden Roten Armee verbünden würde. Die Schnelligkeit und Effizienz der Deutschen – man spricht auch von Verrat der Kommandeure – führte zur Entwaffnung des ostslowakischen Militärs und zur Machtergreifung des Eroberers. Die Verbindungen mit den Regierungsämtern waren unterbrochen und wurden erst Anfang Oktober wiederhergestellt<sup>57</sup>. Die Jagd auf Juden und das willkürliche Morden begann noch Anfang September in der Region Spiš durch den „Heimatschutz“ (HS) der deutschen Minderheit. Auf die Schaffung dieser Formation folgte die Aufstellung des slowakischen Stoßtrupps (POHG) in der Ostslowakei, der erst Mitte November vor Ort erschien. Am 6. November war dort eine westslowakische Einheit der POHG in Aktion. In der ersten Septemberhälfte

<sup>55</sup> Ebenda, Dok. Nr. 210.

<sup>56</sup> Ebenda, Dok. Nr. 145, 147.

<sup>57</sup> Zitiert nach Sulaček, J.: *Tragické osudy židovského obyvateľstva na východnom Slovensku v roku 1944* [Das tragische Los der jüdischen Bevölkerung der Ostslowakei im Jahre 1944]. Vortrag auf einem Symposium in Košice am 19. 5. 1994. – Slovenský Národný Archív MV 406–562–12/44; OLS Prešov, Tnlud 75/45.

war aus Lwow das Sonderkommando 27 eingetroffen, welches auch die Sondereinheit J wie „Judenbehandlung“ unter dem SS-Offizier Schiller, dem auch örtliche Helfer zur Verfügung standen, einschloß. Allein auf ihr Konto gehen mindestens 159 Morde und mehr als 110 Deportierte in den Lagern, zum Großteil Juden<sup>58</sup>.

Die Aufgegriffenen, die nicht an Ort und Stelle ermordet wurden, wurden ins Gefängnis Prešov eingeliefert, welches im Sinne des Abkommens über die Zusammenarbeit den deutschen Sicherheitskräften der SS unterstellt war. Die Zusammenarbeit mit der erst kürzlich aufgestellten POGH-Einheit mit dem Sonderkommando 27 führte Mitte November zur Verhaftung einer großen Zahl von Juden. In ihrem Eifer, möglichst viele Juden zu fassen, folterten die Menschenjäger die Gefangenen, damit diese das Versteck noch flüchtiger Juden preisgaben. Es ist uns der Fall eines Verhafteten namens Brenner bekannt, der zu Tode gepeinigt wurde. Da das Lager Sereď außerhalb der Ostslowakei lag, organisierte die SS-Mannschaft einen direkten Transport aus Prešov nach Deutschland. Von diesem Transport wissen wir aufgrund der Aussage von Naomi Fürst-Brenner, der Tochter des zu Tode Gefolterten. Sie war selbst unter den Deportierten, welche am 20. November direkt nach Auschwitz geschafft wurden. Auch die Nichtjüdin, welche die Familie der Naomi versteckt hatte, wurde mit abtransportiert. Nach einem kurzen Halt in jener Todesfabrik, welche damals nicht mehr in Betrieb war, setzte der Zug seine Fahrt nach Deutschland fort, wo die Deportierten schließlich ins KZ Ravensbrück geschafft wurden. Die Zeugin hatte Schwierigkeiten, die Anzahl der Ausgesiedelten genau zu beziffern<sup>59</sup>. Diese Aussiedlung verlängerte die Leiden der Opfer um einige Monate. Ein Teil von ihnen kam unmittelbar vor Beendigung des Krieges um, als die Ostslowakei kurz vor der Befreiung durch die Rote Armee stand.

### *Terror und Mord*

Banská Bystrica, das letzte Bollwerk der Partisanen, fiel am 27. Oktober in die Hände der Eroberer. Der Rest der Kämpfer verschanzte sich in den Bergen. Das Einsatzkommando 14 hatte den Auftrag, die Zone von Regimegegnern und Juden zu reinigen<sup>60</sup>. Vor allem verwandelte die SS das Gefängnis des Bezirksgerichts der Stadt in eine Art Konzentrationslager für Untergrundkämpfer, Kollaborateure des Aufstands, Juden und Zigeuner. Von hier wurden sie nach Kremnička gebracht, wo sie auf die Knie gezwungen und über einen Panzersperrgraben mit einem Genickschuß umgebracht wurden. Die Getroffenen fielen in die Grube. Einige waren – noch vor dem Schuß in der Hoffnung, zwischen den Leichen Deckung zu finden – in den Graben gesprungen. Das Schicksal ereilte sich auch dort. Die Mordbanden der POHG erledigten sie von oben mit Maschinenpistolen. Nach dem Krieg wurden 747 Tote, unter

<sup>58</sup> Stanislav/Mičev: *Protizidovské represálie* 217.

<sup>59</sup> Aussage von Naomi Fürst, S. 18–20, Kibbuz Lehavot Chaviva, aufgenommen von Jehoschua Büchler im Januar 1989: Gestützt wird diese Aussage auf die Klageschrift gegen das vormalige slowakische Parlamentsmitglied Dr. Matej Hurka (Tnlud 6/47–51, NS 130, Archiv Yad Vashem M48–104) wie auch auf Sulaček: *Tragické osudy*.

<sup>60</sup> AM SNP Banská Bystrica, F IX, prir. č. S. 25/78, Prehľad S. 9–20. Zitiert nach: Stanislav/Mičev: *Protivožidovské represálie*.

ihnen 211 Frauen und 58 Kinder<sup>61</sup>, die Hälfte davon Juden, entdeckt. Das Massengrab in Kremnička wurde zum Symbol der grausamen Niederschlagung des Aufstandes.

Nicht weniger erschütternd war die Liquidierung der Regimegegner und der aus rassistischen Gründen Verfolgten in Nemecka. Auch hier wüteten die Soldaten des Einsatzkommandos 14 unter dem Kommando von SS-Obersturmführer Deffner und deren Helfershelfer von der POHG. Die Opfer von Nemecka wurden über einem Ofen zur Kalkverbrennung ermordet, so daß der Genickschuß sie in die Flammen beförderte. Die verkohlten Leichname erschwerten nach dem Krieg Identifizierung und Zählung der Ermordeten. Aufgrund der Auswertung der Registratur im Gefängnis Banská Bystrica und der Aussagen der POHG-Kollaboranten nach dem Krieg wird die Anzahl der Opfer in Nemecka auf ungefähr 900 beziffert<sup>62</sup>.

In der Stadt Zvolen wurde der jüdische Friedhof als Hinrichtungsstätte ausersehen. SS-Unterscharführer Wich dirigierte persönlich die Überführung der zum Tode Verurteilten aus dem Bezirksgefängnis. Die Gruben waren beizeiten vorbereitet. Nach dem Krieg wurden 218 Leichname aus sechs Massengräbern exhumiert. Unter den Getöteten waren 36 Frauen und 6 Kinder<sup>63</sup>. Parallel dazu haben SS-Einheiten und die POHG unter Mitwirkung der HS im Walde Borina, außerhalb der Stadt, Hinrichtungen durchgeführt. Hier wurden 105 Ermordete gefunden<sup>64</sup>.

Einer der wichtigsten Stützpunkte des Einsatzkommandos 14 war Kremnica. In der Stadt und ihrer Umgebung wurden unter dem Kommando von SS-Obersturmführer Ramthun 261 Opfer hingerichtet, 182 von ihnen in Dolný Turk<sup>65</sup>.

In der Westslowakei war das Sonderkommando 15 mit der Liquidierung der Aufstandskollaborateure betraut. In den Wäldern entdeckten sie Verstecke, wo die Juden an Ort und Stelle ermordet wurden<sup>66</sup>.

Das sind nur einige Beispiele von insgesamt 176 Massengräbern, deren Großteil nach dem Krieg auf dem zeitweise von den Aufständischen beherrschten Gebieten in

<sup>61</sup> AM SNP Banská Bystrica, F XIII, prir. č. S 43/77; F XIII/A Kremnička, K 20, prir. č. S. 153/81; F IX, prir. č. S 110/85, s. 154; F IX, sign. A/1, A/2, K. 5, prir. č. 355/59/ 357/59. – Stanislav/Mičev: Protizidovské represálie, Anm. 50, 51.

<sup>62</sup> Pamätné miesta boja slovenského ľudu proti fašizmu [Gedenkstätten des antifaschistischen Kampfes der slowakischen Nation]. Obzor (1965) 94 f. – Pazur, Štefan: Fašistické represálie na Slovensku [Faschistische Repressalien in der Slowakei]. Bratislava 1982, 52. – AM SNP Banská Bystrica, F IX, prir. č. S 110/85, S 224 f.; prir. č. S 25/78. Prehľad S. 14. – Kniha väzňov Krajského súdu v B. Bystrici [Häftlingsbuch des Bezirksgerichts in Banská Bystrica]. – Stanislav/Mičev: Protizidovské represálie, Anm. 53–55.

<sup>63</sup> AM SNP Banská Bystrica, F IX, sign. A/1, A/2, K. 5, prir. č. A-478; K. 6, prir. č. S 4/78. Vgl. auch Anm. 58. Es existiert noch eine Reihe weiterer Belege.

<sup>64</sup> AM SNP Banská Bystrica, F IX, prir. č. S 25/78, Prehľad S. 19; F XIII, K. 21, prir. č. S 157/81. Vgl. auch: Stanislav/Mičev: Protizidovské represálie, Anm. 59.

<sup>65</sup> Stanislav/Mičev: Protizidovské represálie 209.

<sup>66</sup> SOKA Topolčany, OS Banovce nad Bábrou Nt 10/45/4. – AM SNP, Banská Bystrica und prir. č. S 109/81, S 10. – SOKA Topolčany, ONV Bánovce nad Bebravou 543 und 129/1945 adm. – E b e n d a OU MNV Radisa 854/1945 adm. – Stanislav/Mičev: Protizidovské represálie, Anm. 107–110.

der Mittelslowakei entdeckt wurde. Es waren insgesamt 3723 Opfer; 2792 waren Männer, 720 Frauen und, das Schrecklichste, 211 Kinder<sup>67</sup>. Die Anzahl der unentdeckt gebliebenen Leichname werden wir nie erfahren.

Das Einsatzkommando 29 war besonders in Bratislava tätig. Diese Einheit führte die große Jagd nach den Juden in der Hauptstadt am 28. und 29. September durch. Zur Fortsetzung der „Säuberung“ der Hauptstadt etablierte sich in einem der Büros der „Judenzentrale“, Edulgasse 6, das Büro des Oberkommandos. Es war hauptsächlich mit HS-Freiwilligen unter dem Befehl von Gustav Hauskrecht besetzt. Das Gros war in Deutschland geschult und vom Leiter der deutschen Minderheit in der Slowakei, Franz Karmasin, zu dieser Aufgabe mobilisiert worden. Ihre Aufgabe bestand darin, Spitzeldienste zu leisten und Informationen über versteckte Juden zu beschaffen, diese zu ergreifen und aus ihnen per Folter Adressen anderer Untergetauchter herauszuholen. Viele wurden zu Tode gefoltert. Ihre genaue Zahl ist unbekannt. Bei derartigen Verhören wurden unzählige Namen von Juden bekannt, welche ihr Leben auf diese Art verloren. Ihre Leichen wurden in die Donau geworfen<sup>68</sup>.

### *Bilanz der zweiten Deportationswelle*

Die Feststellung der Anzahl der Transporte und der Deportierten der zweiten Deportationswelle kann auf Zeugenaussagen gestützt werden. Von erhaltenen Belegen weiß man praktisch nichts, und es ist zweifelhaft, ob je welche gefunden werden. Der einzige Beleg, den wir kennen, ist der Bericht von Witiska, Leiter der Einsatzgruppe H, über Aktionen der deutschen Sicherheitseinheiten vom 9. Dezember 1944. (Bekanntlich dauerten die Deportationen bis zum 31. März 1945.) Aus diesem Dokument geht hervor, daß von den 12 937 Festgenommenen 9653 Juden waren. „Sonderbehandelt“ (Nazijargon für Ermordung ohne Gerichtsverfahren) wurden 2237 (wie viele davon Juden waren, wird nicht angeführt). Ins KZ waren bis zu diesem Datum 8075 Personen – Juden und Nichtjuden – eingeliefert worden<sup>69</sup>.

In allen Zeugenaussagen besteht Einigkeit darüber, daß die Deportationen am 30. September begannen und daß alle Transporte vom Lager Sered abgingen. Die jüdischen Verbindungen zwischen der Ost- und Westslowakei waren zu dieser Zeit, hauptsächlich infolge der Liquidierung der jüdischen Leitung, vollkommen abgerissen, was dazu führte, daß Informationen über die bereits geschilderte Deportation aus Prešov direkt nach Deutschland selbst nach dem Krieg nicht zur Kenntnis der Historiker des Holocaust am slowakischen Judentum gelangten. Bis heute wissen wir nicht, ob dies der einzige Transport war. In dem Sammelwerk, das die in Auschwitz eingetroffenen Transporte auflistet<sup>70</sup>, sind drei Deportationen angeführt, welche

<sup>67</sup> Prečan: Povstanie, Bd. I, 1119.

<sup>68</sup> Verhör des HS-Mannes Jozef Pour vom 12. 4. 1946 durch die Anklägerin am Volksgerichtshof in Bratislava. Olud 489/45 sowie 160/45.

<sup>69</sup> Prečan: Povstanie, Bd. II, Dok. Nr. 226.

<sup>70</sup> Czech, Danuta: Kalendarz wydarzeń w KL Auschwitz, Oświęcim [Kalendarium der Transporte ins KZ Auschwitz]. O. O. 1992, 746, 748, 763.

für den ersten Transport vom 30. September in Frage kommen und uns hier interessieren:

Aus Čadca wurden am 1. September 1944, nach vollzogener Selektion, sechs Männer und acht Frauen nach Auschwitz gebracht. Die anderen, unter ihnen 72 Männer (vermutlich umfaßte der Transport über 100 Personen), wurden in die Gaskammern geschickt.

Von dem Transport, der am 5. September 1944 aus Čadca abging, kamen überhaupt nur ein Mann und zwei Frauen ins Lager Auschwitz. (Eine Gesamtzahl fehlt ebenso wie Angaben über das Los der übrigen.)

Aus der Slowakei kamen am 20. September 1944 (das zumindest schließt die Verfasserin des Sammelwerkes aus der Tatsache, daß der betreffende Transport hier seinen Ursprung hatte) 177 Personen in Auschwitz an, von denen 146 in die Gaskammern geschickt wurden. Die übrigen kamen ins Lager.

Auch aus dem Inhaftierungslager Ilava gingen direkte Transporte nach Deutschland. In einer offiziellen Mitteilung vom 8. November über die Situation im Lager heißt es u. a., daß am 7. November 1944 ein Einsatzkommando-Mann (nähere Angaben zur Person werden nicht gemacht) ins Lager kam, welcher den Befehl gab, die Inhaftierten zu mustern. Er wählte am 9. November, also zwei Tage danach, 183 Personen aufgrund ihres Aussehens und ihres Berufs zum Abtransport nach Deutschland aus. Der Verfasser des Berichtes fragt: „Warum tun das die Deutschen? Auch in der vergangenen Woche wurden 100 Mann aus dem Lager geholt und ins Reich deportiert. Sie haben nichts hinterlassen.“<sup>71</sup> Es besteht kein Zweifel, daß auch Juden unter den Deportierten waren.

Laut Aussage der Überlebenden der „Arbeitsgruppe“ verließen 12 Transporte mit ungefähr 13 500 Deportierten das Lager Sered zwischen dem 30. September 1944 und dem 30. März 1945. Die ersten fünf gingen nach Auschwitz, und das Gros der Deportierten wurde bei seiner Ankunft umgebracht. Die übrigen Transporte gingen nach Oranienburg, Sachsenhausen, Bergen-Belsen, Ravensbruck und in andere Lager<sup>72</sup>.

Laut Dr. Bedrich-Baruch Steiner, der in der „Judenzentrale“ die statistische Abteilung leitete, wurden in der besagten Zeit 12 306 Juden deportiert, von denen 7936 nach Auschwitz und in die übrigen genannten Lager sowie nach Buchenwald und Theresienstadt kamen<sup>73</sup>.

Zwei Zeugenaussagen vormaliger Häftlinge, welche bis zum letzten Transport im Lager Sered waren und in ihren Notizbüchern die Termine der Transporte und die Anzahl der Deportierten festhielten, Adolf (Adulo) Rosenberg und Gregor Weiss-Alexander<sup>74</sup>, kommen mehr oder weniger zu den gleichen Resultaten.

<sup>71</sup> Dok. Tnlud 49/45–28, NS, K. 29 (Slovenský Národný Archiv) ist laut Bearbeitungsvermerk am 1. 12. 1944 im Verteidigungsministerium eingegangen, wurde dort jedoch erst am 26. 2. 1945 weiterbearbeitet.

<sup>72</sup> Protokoll über Aktivitäten des Hauptsturmführers Brunner (vgl. Anm. 25).

<sup>73</sup> Fatran: *Struggle* 254, 256.

<sup>74</sup> Adolf (Adulo) Rosenberg kam nach dem Krieg nach Israel. Seine Befragung wurde am 3. 12. 1962 im Institute of Contemporary Jewry and Oral History, Hebrew University, Jerusalem, durch Yeshayahu A. Jelinek vorgenommen. Archiv Moreshet A. 170. – Alexander Weiss-

## Die Zahl der Deportierten

Transportdatum	Deportierte laut Rosenberg	Laut Weiss-Alexander
30. 9.1944	1860	–
3.10.1944	1836	3770
10.10.1944	1890	1882
17.10.1944	920	862
2.11.1944	930	920
16.11.1944	785	782
2.12.1944*	742	772
19.12.1944	944	944
16. 1.1945	681	681
9. 3.1945	549	549
31. 3.1945	370	370
Insgesamt	11507	11532

\* Bei Weiss-Alexander der 3.12.

Rosenberg, welcher der Chevra Kaddischa (Beerdigungsanstalt in jüdischen Gemeinden) im Lager angehörte, bemerkt in seiner Zeugenaussage noch, daß nach seinen Eintragungen in Sered zu dieser Zeit 44 Juden ermordet wurden, die meisten höchstwahrscheinlich von Peter Rudik, einem ehemaligen ungarischen Gendarmen und nunmehrigen SS-Angehörigen. Der Zeuge Weiss berichtet über ihn, daß er die Todesurteile im Lager vollstreckte. Jedem in Sered war bekannt, daß er Juden ermordete, besonders diejenigen, welche geflohen und wieder aufgegriffen worden waren. Auch dafür, daß er Juden grausam prügelte, war er berüchtigt<sup>75</sup>.

Man darf davon ausgehen, daß die Daten der zwei Zeugen, die zur Zeit der Geschehnisse eingetragen wurden, aller Wahrscheinlichkeit nach der Wahrheit am nächsten kommen. Die Daten der ersten Transporte werden auch im Bericht von Witiska, Kommandant der Einsatzgruppe H (im Dezember), bestätigt<sup>76</sup>.

Bleibt uns noch, die Zahl der auf slowakischem Boden Ermordeten aufzusummieren. Dr. Bedřich Steiner führte in seiner Zeugenaussage im Eichmann-Prozeß aus, daß es sich um 3500 Fälle handelt<sup>77</sup>. Es ist anzunehmen, daß in dieser Zahl auch die Ermordeten in den südlichen Gebieten enthalten sind, die während des Krieges von Ungarn annektiert wurden. Wenn die Gesamtzahl der Ermordeten auf slowakischem Boden – Juden und Nichtjuden – 3723 betrug, übertreiben wir nicht, wenn wir davon ausgehen, daß darunter um die 2000 Juden waren.

Gregor blieb in der Tschechoslowakei. Seine Aussage wurde am 13. 12. 1968 in der Krajská zpráva zboru národnej bezpečnosti [Bezirksamt für nationale Sicherheit] aufgezeichnet. Weiss-Gregor hatte in der Kartei-Abteilung gearbeitet. Seiner Aussage zufolge befanden sich die Karteischränke unter ständiger SS-Aufsicht. Brunner saß im Zimmer nebenan, und er bestimmte, wer auf eine Transportliste kam.

<sup>75</sup> Aussage Weiss-Gregor, S. 6.

<sup>76</sup> Prečan: Povstanie, Bd. II, Dok. Nr. 226.

<sup>77</sup> Zeugenaussage im Eichmann-Prozeß, Bd. II, Jerusalem 1974, S. 715.

Anzahl der Juden, die auf slowakischem Territorium der Vernichtung entgingen (Schätzung)

Anzahl der Juden bei Ausbruch des Aufstands:	25 000
Aus Sered abtransportiert bzw. in Sered ermordet:	11 550
Aus Prešov deportiert:	100
Aus Ilava deportiert:	100
Aus Čadca deportiert:	400
Auf slowakischem Boden ermordet:	2000
Gesamtzahl der Deportierten und Ermordeten:	14 150
Auf slowakischem Boden gerettet:	10 850

Es besteht kein Zweifel, daß beinahe jeder Überlebende seine Rettung der Unterstützung von nichtjüdischer Seite verdankt, ob nun aus rein humanen Motiven oder gegen Entgelt gewährt. Angesichts der großen Gefahr, in welcher die Juden schwebten, scheint es, daß es an Verständnis für ihre verzweifelte Lage und an Bereitschaft, ihnen zu helfen, mangelte. Hierin ist der Grund dafür zu suchen, daß so viele Juden schon bei den ersten Razzien gefaßt wurden. Hier kam die Gleichgültigkeit des Klerus zum Vorschein, welche die katholische Bevölkerung nicht ermunterte, verfolgten Juden beizustehen. Solch ein Aufruf hätte zweifelsohne viel dazu beitragen können, die Zahl der Geretteten zu erhöhen. Zum historisch bedingten Haß gegen das Judentum als Religion kam noch ein beträchtlicher Beitrag der klerikalfaschistischen Politik, für welche die „Lösung der Judenfrage“ einen zentralen Platz einnahm. Die für diese Politik Verantwortlichen rechtfertigten ihre Taten damit, daß es sich um die Vollstreckung eines gerechten Urteils den „Bedrückern und Ausnützern des slowakischen Volkes“ gegenüber handle. Was den Juden genommen werde, sei nur „Rückgabe des Geraubten“, und solange es noch Juden auf slowakischem Boden gebe, werde das Problem der Slowaken nicht gelöst sein. Diese Argumentation akzeptierte die Mehrheit des slowakischen Volkes ganz oder teilweise, und ihr Einfluß war selbst in den letzten Phasen des Krieges fühlbar. (Auch unter den Partisanen gab es Kämpfer, die wegen antisemitischer Erscheinungen ihre jüdische Identität verheimlichten.) Die slowakische Regierung, welche aus verständlichen Gründen in den letzten Kriegsphasen nicht an der Aussiedlung der Juden interessiert war, zahlte den Preis ihrer den Deutschen noch am Beginn ihrer „selbständigen“ Existenz gegebenen Verpflichtung, nämlich Lösung der „Judenfrage“ nach deutschem Muster. Hier wollen wir nochmals betonen, daß der Widerstand der Gemäßigten gegen die Deportationen von Juden schon im Sommer 1942 begann, als keine Zweifel mehr bestanden, daß sie in den sicheren Tod geschickt wurden. Der Golem, den die Regierung ins Leben gerufen hatte, die „Hlinka Garde“, überwältigte seinen Schöpfer und hörte auf, sich dessen Herrschaft zu beugen. Als „POHG-Stoßtrupp“ stellten sich die Männer der „Hlinka-Garde“ an die Seite der deutschen Okkupanten, und bei der Unterdrückung des Aufstandes schrieben sie das häßlichste Kapitel in der Geschichte des slowakischen Volkes, in dem es um Folterungen und grausame Morde an Tausenden von Opfern, unter ihnen Säuglinge, Kinder und Greise, geht.

Aus dem Hebräischen übersetzt von Avri Salomon

## DIE SLOWAKEI NACH DEM STAATSTREICH IM FEBRUAR 1948

*Von Michal Barnovský*

Der Februar 1948 bildet unzweifelhaft einen Meilenstein in der neuzeitlichen Geschichte der Tschecho-Slowakei und der Slowakei. In den letzten Februartagen des Jahres 1948 sicherten sich die Kommunisten das Machtmonopol und errichteten eine Diktatur, die ihnen dazu diente, die Gesellschaft nach ihrer eigenen Doktrin umzugestalten. Es trifft zwar zu, daß die Kommunisten schon seit 1945 eine bedeutende Machtposition innehatten, das sogenannte volksdemokratische politische System keine parlamentarische Ordnung darstellte und weitreichende ökonomische Reformen (Nationalisierung der Industrie, Bodenreform usw.) bereits vor dem kommunistischen Staatsstreich durchgeführt worden waren. Alle diese Maßnahmen leisteten der Errichtung der kommunistischen Diktatur Vorschub, waren aber als solche noch kein Ausdruck einer kommunistischen Diktatur. Erst der Februar 1948 stellte die Weichen für eine qualitative Veränderung der gesellschaftlich-politischen Entwicklung. Das Machtmonopol der Nationalen Front verwandelte sich nun in das kommunistische Machtmonopol, die eingeschränkte bzw. regulierte Demokratie wurde durch eine Diktatur ersetzt und die Drei-Sektoren-Ökonomie schrittweise in eine einsektorale Wirtschaft überführt. Es handelte sich also um eine grundsätzliche Veränderung des politischen Systems und der gesellschaftlichen Ordnung. Daher können wir Auffassungen nicht zustimmen, die die Unterschiede vor und nach dem Februar 1948 bagatellisieren und im Februarumsturz keinen Entwicklungsbruch erkennen wollen<sup>1</sup>. Ebenso unhaltbar erscheint uns die seinerzeit von der kommunistischen Historiographie aufgestellte Behauptung, daß die Slowakei bereits im Herbst 1947 ihren „kleinen Februarumsturz“ erlebt habe. Die politische Krise im Herbst 1947 in der Slowakei stellte zwar einen Versuch der slowakischen Kommunisten dar, die politischen Machtverhältnisse in der Slowakei auf nichtparlamentarischem Wege zu ändern, doch entsprach das Ergebnis nicht den Erwartungen. Die Krise wurde vielmehr durch einen

---

<sup>1</sup> Dieser Betrachtungsweise begegnen wir in der Exilliteratur bei den ehemaligen Repräsentanten und Anhängern der Slowakischen Volkspartei Hlinkas. So schreibt etwa Ferdinand D'určanský: „Diejenigen, die im Februar 1948 von den Kommunisten kaltgestellt wurden, verkündeten und verwirklichten das gleiche Programm wie die Kommunisten. Wie wir die Dinge auch betrachten mögen, bleibt es doch eine Tatsache, daß es damals nicht um einen ideellen Konflikt ging, sondern nur um Rivalitäten zwischen Personen . . . Es ging nicht um die Entscheidung zwischen Demokratie und Kommunismus, denn in der Tschecho-Slowakei existierte die kommunistische Diktatur damals bereits.“ D'určanský, Ferdinand: *Právo Slovákov na samostatnosť vo svetle dokumentov. Biela kniha* [Das Recht der Slowaken auf Selbständigkeit im Lichte der Dokumente. Ein Weißbuch]. Bd. 1. Buenos Aires 1954, 662–663.

Kompromiß beigelegt, und der Versuch einer kommunistischen Machtübernahme geriet bestenfalls zur Generalprobe.

Es ist nicht die Aufgabe des vorliegenden Beitrags, den Verlauf der Februarereignisse 1948 zu analysieren, sondern deren unmittelbare Folgewirkungen auf politischem Gebiet etwa für den Zeitraum eines halben Jahres aufzuzeigen. Im einleitenden Teil soll allerdings auf einige Besonderheiten dieses entscheidenden Machtkampfes in der Slowakei im Vergleich mit den böhmischen Ländern hingewiesen werden. In der ČSR existierten damals zwei kommunistische Parteien: die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) und die Kommunistische Partei der Slowakei (KPS), die einen gemeinsamen, in Prag ausgearbeiteten Kurs steuerten und die gleiche Taktik zur Erreichung ihres strategischen Ziels verfolgten. Um ein gemeinsames Vorgehen von KPTsch und KPS in der Regierungskrise im Februar 1948 zu gewährleisten, entsandte Klement Gottwald Viliam Široký und Július Duriš in die Slowakei, so daß die KPS im wesentlichen die Beschlüsse und die Schritte der Prager KPTsch-Führung kopierte, wobei sich diese wiederum die Erfahrungen der slowakischen Kommunisten aus dem Herbst 1947 zunutze machte, wie der Betriebsrätekongreß, der Kongreß der Bauernkommissionen und die politischen Streiks in der Februarkrise zeigen. Die slowakische Demokratische Partei hielt sich andererseits an das taktische Konzept der Tschechoslowakischen nationalsozialistischen Partei. Die beiden anderen Parteien in der Slowakei – die Freiheitspartei und die Tschechoslowakische sozialdemokratische Partei – spielten nur eine ganz unwesentliche Rolle und beeinflussten die politische Entwicklung kaum.

Trotz dieser gemeinsamen und koordinierten Aktionen der beiden politischen Lager auf gesamtstaatlicher Ebene drückten die andersgearteten Verhältnisse in der Slowakei dem Geschehen während und nach dem Februarumsturz ihren Stempel auf. Dazu gehörte auch, daß die slowakischen Kommunisten dafür eintraten, die Konfrontation mit dem politischen Gegner rascher herbeizuführen und die politische Machtfrage noch vor den Wahlen zu klären. Ihnen war bewußt, daß sie – verglichen mit der KPTsch – über die schwächeren Machtpositionen verfügten und bei den kommenden Wahlen nicht die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen würden<sup>2</sup>. Aus diesen Gründen waren sie bereit, in der Auseinandersetzung mit der „Reaktion“ zu radikaleren Maßnahmen zu greifen. Zugleich stellte die KPS-Führung Überlegungen an, wie die Demokratische Partei durch die Gründung einer weiteren Partei gespalten werden könne. Zu diesem Zweck unterstützten die slowakischen Kommunisten den ehemaligen Funktionär der Demokratischen Partei und Oberbürgermeister von Bratislava, Jozef Kyselý, der die Uneinigkeit in der Demokratischen Partei zu schüren versuchte. Andererseits blieb die Führung der Demokratischen Partei – im Unterschied zu den tschechoslowakischen nationalen Sozialisten – bis zum Ausbruch der Regierungskrise im Februar 1948 weitgehend untätig. Noch am 19. Februar lehnte der Parteivorstand einen möglichen Rücktritt der Minister, die der Demokratischen Partei angehörten,

---

<sup>2</sup> Die KPS-Führung nahm an, daß die Demokratische Partei bei den Wahlen zum tschechoslowakischen Parlament im Mai 1948 mindestens zehn Prozent der Stimmen verlieren würde. Im Mai 1946 hatten 62 Prozent der Wähler in der Slowakei für die Demokratische Partei gestimmt.

mit sieben gegen drei Stimmen ab. Am folgenden Tag schlossen sich zwar die Vertreter der Demokratischen Partei in der Regierung dem Rücktritt der Minister der nationalsozialistischen und der Tschechoslowakischen Volkspartei an, vollzogen diesen Schritt jedoch eher aus Solidarität mit ihren tschechischen Amtskollegen denn aus der Überzeugung von der Richtigkeit der Demission. Im Blick auf dieses politische Verhalten muß berücksichtigt werden, daß die Demokratische Partei durch die Ereignisse im Herbst 1947 bis zu einem gewissen Grad geschwächt worden war und daß sich in der Partei gegensätzliche Strömungen bemerkbar machten. Die Partei stand vor der Notwendigkeit, ihre Reihen konsolidieren zu müssen und sich auf die kommenden Wahlen vorzubereiten.

Die Mobilisierung der ehemaligen Partisanen während der Regierungskrise stellte ein weiteres Spezifikum der Slowakei dar. Der Verband der slowakischen Partisanen war seit seiner Gründung ein Instrument der Politik der KPS. Da es in der Slowakei weniger Industriebetriebe gab als in Böhmen, wo die KPTsch vor allem im industriellen Sektor die Volksmilizen organisieren konnten, und da die Nutzung des Sicherheitsbereichs für die politischen Zielsetzungen der KPS dadurch erschwert wurde, da an der Spitze des Amtes des Beauftragten für das Innere mit General Mikuláš Ferjenčík ein Mann stand, der sich politisch zu Beneš orientierte, entschloß sich die KPS-Führung dazu, die Partisanen in die politischen Auseinandersetzungen einzubeziehen. Ende Februar 1948 wurden 3856 Partisanen mobilisiert, von denen 1624 unter Waffen standen. Die Volksmilizen zählten 6704 Mitglieder, die etwa zu einem Drittel bewaffnet waren<sup>3</sup>. Um sich das Machtmonopol zu sichern, griff die KPS auch auf den Staatssicherheitsdienst und den Nachrichtendienst des Amtes des Beauftragten für das Innere zurück, in dem sie über starken Einfluß verfügten. Über den Innenminister der ČSR, den Kommunisten Václav Nosek, erzwangen die slowakischen Kommunisten personelle Veränderungen in den Spitzenpositionen der Polizei in der Slowakei, so daß sich die Mehrheit der Angehörigen der Polizeikräfte den in der Februarkrise gebildeten Aktionsausschüssen zur Verfügung stellte.

In diesem Zusammenhang ist auf die Rolle bewaffneter Kräfte im Februarumsturz hinzuweisen. Die Führung der KPTsch ging nicht davon aus, daß es im Verlauf der Regierungskrise zu bewaffneten Zusammenstößen kommen würde, da sie hinreichende Informationen darüber besaß, daß die anderen Parteien in der Nationalen Front keinen bewaffneten Putsch vorbereiteten. Dessen ungeachtet rief die Partei zur Bildung der Volksmilizen auf und zog ausgewählte Einheiten der Sicherheitskräfte in Prag zusammen, um ihre Kraft und ihre Bereitschaft zu demonstrieren, den politischen Konflikt nach ihrer eigenen Konzeption zu regeln und ihre Widersacher einzuschüchtern. Diese politisch-psychologische Funktion haben die genannten bewaffneten Kräfte und in der Slowakei auch die Partisanen während des Februarumsturzes erfüllt.

Was die Sicherheitskräfte betrifft, so haben diese eine Reihe repressiver Maßnahmen durchgeführt. Zwischen dem 22. Februar und dem 1. März 1948 wurden in der Slowakei 173 Personen verhaftet, die sich zum großen Teil aus Funktionären und

---

<sup>3</sup> Slowakisches Nationalarchiv (im folgenden zit. als SNA), Fonds Amt des Präsidiums des Slowakischen Nationalrats (im folgenden zit. als ÚP SNR), Karton 119.

und Aktivisten der Demokratischen Partei zusammensetzen<sup>4</sup>. Die Verhaftungen nahmen nur deshalb keinen Massencharakter an, weil das Vorgehen der Kommunisten auf keinen Widerstand traf und Präsident Beneš – nachdem die Regierungskrise fünf Tage lang gedauert hatte – in vollem Umfang die Vorschläge Gottwalds zur Beilegung der Krise akzeptierte. In der Armee besaßen die Kommunisten nur schwachen Einfluß und verlegten sich deshalb hier auf eine Strategie der Neutralisierung<sup>5</sup>.

Der nahezu synchrone, zeitlich nur in geringem Maße verschobene Ablauf der politischen Veränderungen in den einzelnen staatlichen Bereichen sowohl im Zentrum der Staatsmacht als auch in den Regionen ist ein charakteristisches Element des Februarumsturzes. Es belegt die Handlungsfähigkeit der kommunistischen Partei wie andererseits die Passivität und Resignation der demokratischen Kräfte. Die erste Veränderung auf Regierungsebene wurde in der Slowakei am 23. Februar im Kollegium der Beauftragten vorgenommen, also zu einem Zeitpunkt, als Beneš den Rücktritt der Minister noch nicht angenommen und sich der Zentrale Aktionsausschuß der Slowakischen nationalen Front noch nicht konstituiert hatte. Dieser wurde erst am 25. Februar gegründet. Gustáv Husák als Vorsitzender des Kollegiums der Beauftragten entließ die Beauftragten, die die Demokratische Partei vertraten, aus ihren Ämtern und begründete diese Maßnahme damit, daß der Rücktritt der Repräsentanten der Demokratischen Partei in der Regierung auch als Rücktritt der Beauftragten dieser Partei betrachtet werden müsse. Dementsprechend betraute Husák die anderen Beauftragten mit der Verwaltung der Ressorts, die zuvor der Demokratischen Partei unterstanden hatten. Diese Entscheidung war offenkundig gesetzwidrig, und Husák selbst war sich als Jurist dessen bewußt<sup>6</sup>. Das Präsidium des Slowakischen Nationalrats (SNR) hat die Beauftragten der Demokratischen Partei erst am 28. Februar rückwirkend abberufen und am 6. März acht neue Mitglieder des Kollegiums der Beauftragten ernannt. In dem neuen Exekutivorgan besetzten die slowakischen Kommunisten zehn von insgesamt 14 Ressorts.

Auch die machtpolitischen Veränderungen im SNR vollzogen sich auf andere Weise als in der Verfassungsgebenden Nationalversammlung in Prag. Bis zum 12. März, als der SNR zum ersten Mal nach dem Februarumsturz zusammentrat, verloren 30 Mitglieder des slowakischen Parlaments ihr Mandat. Der Aktionsausschuß der Demokra-

<sup>4</sup> SNA, Fonds Amt des Beauftragten des Inneren, Sekretariat (im folgendne zit. als PV Sekr.), Karton 189.

<sup>5</sup> Vor dem Februarumsturz 1948 gab es in der Slowakei rund 100 kommunistische Offiziere. In der Armee galt das Prinzip der Überparteilichkeit, das allen Parteien untersagte, in der Armee tätig zu werden. Verteidigungsminister Ludvík Svoboda gehörte keiner Partei an, sympathisierte aber eindeutig mit den Kommunisten. Oberbefehlshaber der Armee war der Präsident der Republik. Einiges deutet darauf hin, daß sich die KPTsch-Führung nicht sicher war, ob der Verteidigungsminister in kritischen Momenten dem Druck der nichtkommunistischen politischen Gruppierungen widerstehen würde. Rudolf Slánský, der Generalsekretär des ZK der KPTsch, äußerte bei der Gründungssitzung des Kominform in Szklarska Poręba (Polen) die Befürchtung, daß Svoboda dem Einfluß „reaktionärer Elemente“ erliegen könne. A d i b e k o v, Grigorij M.: Kominform i poslevoennaja Evropa 1947–1956 gg. [Das Kominform und Nachkriegseuropa in den Jahren 1947–1956]. Moskva 1994, 42.

<sup>6</sup> P l e v z a, Viliam: Vzostupy a pády. Gustáv Husák prehovoril [Aufstieg und Fall. Gustáv Husák erzählt]. Bratislava 1991, 58–59.

tischen Partei berief 25 Mitglieder des SNR ab, drei Mitglieder des SNR traten freiwillig zurück, ein SNR-Mitglied für die sozialdemokratische Partei stellte sein Mandat zur Verfügung, und die KPS zwang ein Mitglied des SNR zum Rücktritt. Daraus geht hervor, daß die Mandate im SNR imperativen Charakter hatten, d. h., daß die Parteien über diese Mandate verfügten. Das imperative Mandat im SNR kam in der Weise zustande, daß der SNR kein gewähltes Organ darstellte, sondern ein Gremium, in das die einzelnen Parteien auf der Grundlage der Ergebnisse der Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung (1946) ihre Vertreter delegierten. Die Wähler in der Slowakei wählten also nicht konkrete Personen, sondern Parteien. Anders stellte sich die Situation im Prager Parlament dar, das aus ordentlichen Wahlen hervorgegangen war. Hier konnten die Aktionsausschüsse zwar Abgeordnete aus einer Partei ausschließen, ihnen jedoch nicht das Mandat entziehen, und dies auch dann nicht, wenn die Abgeordneten ihre Bindung an die jeweilige Partei auflösten. Allerdings zeigte sich, daß die Kommunisten mit diesem Problem verhältnismäßig leicht fertig wurden. Die „erneuerte“ Nationale Front konnte sich im Parlament sogar eine qualifizierte (verfassungsändernde) Mehrheit sichern, da ein erheblicher Teil der nichtkommunistischen Abgeordneten die neue Regierung Gottwald unterstützte<sup>7</sup>.

Ihre Macht über die Bezirke, Städte und Gemeinden erlangten die Kommunisten mit Hilfe der Aktionsausschüsse. Am 2. März 1948 wies das Amt des Beauftragten für das Innere die Bezirksnationalausschüsse an, sich den Entscheidungen der Aktionsausschüsse unterzuordnen<sup>8</sup>. Diejenigen Nationalausschüsse, in denen die Kommunisten nicht die Mehrheit besaßen, sollten aufgelöst und durch provisorische Verwaltungskommissionen ersetzt werden. Diese Anordnung hatte zur Folge, daß nur in 1136 von insgesamt 3348 Gemeinden die örtlichen Nationalausschüsse weiterexistierten. Bei den Bezirksnationalausschüssen blieben von insgesamt 79 nur sechs bestehen. Nach dem Abschluß der politischen Säuberung unter 36 587 Mitgliedern der Nationalausschüsse gehörten diesen 26 332 Mitglieder der KPS, 8 412 Parteilose, 1 506 Mitglieder der Partei der slowakischen Erneuerung und 337 Mitglieder der Freiheitspartei an<sup>9</sup>.

Die Leichtigkeit, mit der die Kommunisten im Februarumsturz den Sieg davontrugen, läßt sich nicht nur durch die Präsenz der Sowjetunion in Mitteleuropa erklären. Die dramatischen Ereignisse im vorangegangenen Jahrzehnt (1938–1948) hatten den Boden für die Errichtung des kommunistischen Systems bereitet. Die bürgerliche Gesellschaft war in ihren Grundfesten erschüttert worden, traditionelle Werte hatten ihre Bedeutung verloren, das Vertrauen in liberale Regelungen der gesellschaftlich-politischen Konflikte war geschwunden, das Gewicht der Rolle des Staates hatte zugenommen usw. Zudem hatten sich die ältere wie die mittlere Generation an Umbrüche

<sup>7</sup> Für das Regierungsprogramm vom 11. März 1948 stimmten alle 230 anwesenden Abgeordneten der Verfassungsgebenden Nationalversammlung. KPTsch und KPS besaßen zusammen 114 Abgeordnete. Nimmt man an, daß alle Abgeordneten anwesend waren, so sprachen 116 nichtkommunistische Abgeordnete der neuen Regierung das Vertrauen aus und damit 62 Prozent aller (186) nichtkommunistischen Abgeordneten.

<sup>8</sup> SNA, Fonds PV Sekr., Karton 88.

<sup>9</sup> SNA, Fonds PV Sekr., Karton 131.

der politischen Entwicklung (1918, 1939, 1944–1945) gewöhnt, und die Februarereignisse erschienen ihnen anfangs keineswegs als etwas Außerordentliches. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, darunter die Angehörigen der Intelligenz, machte sich die tatsächliche Reichweite des Februarumsturzes bewußt, während die Mehrheit nicht wußte, worum es bei dieser Auseinandersetzung ging. Hinzu kam, daß Regierungskrise und Staatsstreich zusammenfielen und dieser sowohl durch den Präsidenten als auch durch das tschechoslowakische Parlament legalisiert wurde. Wenige Tage nach dem Februarumsturz unterzeichneten 490 führende Persönlichkeiten und Repräsentanten des slowakischen kulturellen Lebens einen Aufruf, in dem sie die politischen Veränderungen begrüßten. Nicht wenige waren wie gebannt von der Vision sozialer Gerechtigkeit, die sich nun zu eröffnen schien, andere hofften auf die Industrialisierung der Slowakei. Die kommunistischen Versprechen erschienen in der Tat großzügig und verlockend. Auch wenn den Menschen manches zunächst nicht gefiel, trösteten sie sich doch damit, daß mit der Zeit alles zurechtgerückt werden würde, daß nichts so heiß gegessen werde, wie es gekocht wird.

Der vielleicht größte Teil der erwachsenen Bevölkerung hat den mit dem Februarumsturz eingetretenen Veränderungen keinen Beifall gespendet, diese aber auch nicht zu verhindern versucht. Unter dem Gesichtspunkt ihrer Einstellung zur kommunistischen Herrschaft zeigt diese Bevölkerungsgruppe eine breite Differenzierung. Schweigen und Passivität war bei den einen Ausdruck der Gleichgültigkeit und der politischen Indifferenz, bei anderen der Furcht, hier des passiven Widerstandes, dort wortlosen Einverständnisses. Der Mechanismus einer erzwungenen Demonstration von Zustimmung funktionierte damals noch nicht. Im Verlauf der Februarereignisse trafen die Kommunisten, wie erwähnt, auf keinen nennenswerten Widerstand, und so muß die Niederlage der demokratischen Kräfte als geradezu vernichtend bezeichnet werden. Die Emigration nach dem Februar 1948 hat dann dem Komplex dieser Niederlage lange gelitten und kehrte immer wieder zu ihm zurück, um ihre Absichten zu erklären, ihr eigenes Tun und Nichttun. Tatsache ist, daß die demokratischen Gruppierungen auf außerparlamentarische Formen des politischen Machtkampfes einfach nicht vorbereitet waren: In diesem Sinne waren sie schon machtlos, bevor sie die Macht verloren. Viele Protagonisten der bürgerlichen Parteien machten sich den Ernst der Situation in der Februarkrise nicht bewußt, erlitten durch den heftigen Gegenangriff der Kommunisten geradezu einen Schock, wurden von Angst und Hoffnungslosigkeit überwältigt. Die Ablehnung des kommunistischen Regimes zeigte sich in den Frühjahrsmonaten 1948 vor allem in der Flucht ins Ausland, in Flüsterpropaganda und der Verbreitung von Flugblättern.

Mit der Übernahme der Macht leiteten die Kommunisten eine politische Säuberung ein, die – wie oben schon angedeutet – über die Aktionsausschüsse der Nationalen Front durchgeführt wurde und sich auf die nichtkommunistischen Parteien, die gesellschaftlichen Organisationen, die öffentliche Verwaltung, den Staats- und Wirtschaftsapparat sowie die kulturelle Institution erstreckte, in den Betrieben dagegen von den Betriebsräten übernommen wurde, ohne daß diese sich dabei – so wenig wie die Aktionsausschüsse – auf eine rechtliche Grundlage stützen konnten. Erst am 21. Juli 1948, als die Säuberung im Grunde bereits beendet war, verabschiedete die Nationalversammlung ein Gesetz über die Regelung einiger Verhältnisse zum Schutz

des öffentlichen Interesses, in dem festgestellt wurde, daß alle Maßnahmen und Entscheidungen der Aktionsausschüsse zum Schutz der volksdemokratischen Ordnung und zum Zweck der Säuberung auch dann rechtmäßig seien, wenn sie nicht im Einklang mit der Rechtsordnung stünden<sup>10</sup>. Die Säuberung richtete sich gegen die politischen und ideellen Gegner der kommunistischen Partei und betraf in der Slowakei insbesondere Funktionäre und Anhänger der Demokratischen Partei. Opfer der politischen Verfolgung wurden auch ehemalige exponierte Mitglieder der Volkspartei Hlinkas, sofern sie öffentliche Ämter ausübten, in den Jahren 1945–1948 in der staatlichen Verwaltung tätig gewesen waren oder sich der Strafverfolgung in diesem Zeitraum entzogen hatten.

Insgesamt wurden 1573 Personen existentiell betroffen, von denen 762 ihren Arbeitsplatz verloren<sup>11</sup>, während die restlichen pensioniert, ihrer Ämter enthoben, in Urlaub geschickt oder versetzt wurden. Hinzu kommen 160 Berufsoffiziere, die das Ministerium der nationalen Verteidigung unter Fortzahlung ihrer Bezüge in den Urlaub schickte, womit sich eine Zahl von 1733 Personen ergibt, deren beruflich-soziale Existenz durch den Februarumsturz vernichtet oder stark beeinträchtigt wurde<sup>12</sup>. Die Gesamtzahl dieses Personenkreises lag jedoch erheblich höher. Etwa 25 000 Vertreter der nichtkommunistischen Parteien in den Nationalausschüssen und Verwaltungskommissionen verloren ihre Mitgliedschaft in diesen staatlichen Organen; hinzugezählt werden müssen die Opfer der Säuberungen in Vereinen, Interessenverbänden, unter den Hochschulstudenten usw. Unter diesen Voraussetzungen kann man die Gesamtzahl der in der Slowakei durch die politischen Ereignisse Betroffenen auf 35 000–40 000 Personen schätzen. Dabei kann man nicht davon ausgehen, daß die repressiven Eingriffe in die Existenz dieser Personen einen einmaligen Akt darstellen; viele der Betroffenen blieben von dieser „Aussonderung“ ihr ganzes Leben lang gezeichnet. Die Säuberung nach dem Februarumsturz war die erste politisch motivierte massenhafte Verfolgung nach der Errichtung des Machtmonopols der KPTsch, mit der zugleich der Höhepunkt des politischen Machtkampfes erreicht wurde. Spätere Säuberungen hingen mit der Aufrechterhaltung der Macht der kommunistischen Partei und mit dem Umbau der Gesellschaft nach den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus zusammen.

Schon kurz nach dem Februarumsturz 1948 wurde damit begonnen, repressive Maßnahmen zu intensivieren, doch eine starke Zunahme der einschlägigen Anordnungen und Erlasse setzte erst im Herbst 1948 ein und wurde bis zum Jahr 1953 fortgeführt. Am 23. März 1948 verabschiedete der SNR die Verordnung über die Einrichtung von Arbeitsbrigaden<sup>13</sup>. Auf ihrer Grundlage wurde beim Amt des Beauftragten für das Innere eine Sonderkommission gebildet, die über die Höhe des Strafmaßes entschied, ohne daß dabei ein Gerichtsverfahren stattfand. Bis zum Ende des Jahres 1948 wurden 1608 Personen den Arbeitsbrigaden zugeteilt; etwas mehr als 61 Prozent

<sup>10</sup> Nr. 213/1948 Sb.

<sup>11</sup> SNA, Fonds Zentraler Aktionsausschuß der Slowakischen Nationalen Front (im folgenden zit. als ÚAV SNF), Karton 87.

<sup>12</sup> SNA, Fonds PV Sekr., Karton 193.

<sup>13</sup> Nr. 7/1948 Sb SNR.

davon stellten sogenannte politische und wirtschaftliche Saboteure<sup>14</sup>. Die Verschärfung der Strafverfolgung für Vergehen im wirtschaftlichen Bereich dokumentiert ein von der Nationalversammlung am 25. März 1948 angenommenes Gesetz, mit dem die Retributionsgerichtsbarkeit wiederhergestellt wurde<sup>15</sup>. Zwischen dem 1. April und dem 31. Dezember 1948 verhandelten die Volksgerichte in der Slowakei 1717 Fälle, von denen 903 mit einer Verurteilung, 814 mit einem Freispruch endeten. Überwiegend wurden harte Urteile gefällt; die durchschnittliche Freiheitsstrafe lag bei fünf Jahren, fünf Monaten und 20 Tagen. In elf Fällen wurden die Angeklagten zum Tode verurteilt. Daneben hoben die Volksgerichte 210 bereits vorher ergangene Urteile wieder auf<sup>16</sup>.

Am 22. März 1948 beschloß das Präsidium des ZK der KPTsch, in der Slowakei mit der Durchführung von politischen Prozessen zu beginnen. Von April bis Juni 1948 fanden in Bratislava die ersten politischen Prozesse nach dem Februarumsturz statt. Zwischen dem 19. und 29. April standen 17 Angeklagte vor dem Staatsgericht in Bratislava, darunter auch Ján Ursíny, ein ehemaliger führender Repräsentant der Demokratischen Partei und stellvertretender Ministerpräsident der tschechoslowakischen Regierung, sowie sein Pressesekretär Otto Obuch. Dieser Prozeß endete mit der Verurteilung von 16 Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von 99 Jahren und verhängte über Ursíny eine Gefängnisstrafe von sieben Jahren. Im Mai 1948 folgte, wiederum in Bratislava, ein weiterer politischer Prozeß gegen eine zehnköpfige Gruppe von „Verschwörern“, unter denen sich mit den beiden ehemaligen Generalsekretären der Demokratischen Partei und Abgeordneten Miloš Bugár und Ján Kempný sowie dem Abgeordneten Jozef Staško erneut Spitzenfunktionäre dieser Partei befanden. Am 15. Mai erging das Urteil des Gerichts, das Freiheitsstrafen von insgesamt 37 Jahren und neun Monaten verhängte (Bugár wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, Kempný und Staško zu jeweils sechs Jahren Gefängnis), wobei die Anklage auf „Verbindung mit der Emigration und staatsfeindliche Tätigkeit“ lautete<sup>17</sup>. Einen Monat später stand eine Gruppe aus Žilina mit Anton Meltzer an der Spitze vor Gericht, der ebenfalls „staatsfeindliche“ Tätigkeit vorgeworfen wurde.

Die ersten politischen Prozesse nach dem kommunistischen Staatsstreich waren bereits seit dem Herbst 1947 im Anschluß an die Aufdeckung einer vom Staatssicherheitsdienst konstruierten „staatsfeindlichen Verschwörung“ vorbereitet worden. Ursprünglich sollten sie die These der kommunistischen Partei von einer weitverzweigten staatsfeindlichen Tätigkeit der „Reaktion“ im In- und Ausland bestätigen und führende Funktionäre der Demokratischen Partei und ihre Politik zumal im Hinblick auf Vereinbarungen mit dem politischen Katholizismus kompromittieren. Nach dem Februarumsturz wurde der Zweck, dem die politischen Prozesse zu dienen hatten,

---

<sup>14</sup> Zelenák, Peter: *Socializácia živností na Slovensku* [Die Sozialisierung des Kleingewerbes in der Slowakei]. Bratislava 1988, 49 (Historické štúdie).

<sup>15</sup> Nr. 33/1948 Sb.

<sup>16</sup> SNA, Fonds Amt des Präsidiums des Kollegiums der Beauftragten (im folgenden zit. als ÚP ZP), Signatur ZP, Karton 42.

<sup>17</sup> Staatliches Gebietsarchiv in Bratislava (im folgenden zit. als ŠOBA). Fonds Staatsgericht, Nr. HP 4/48 a.

insofern geändert, als diese nun beweisen sollten, daß der „siegreiche Februar“ die tschechoslowakische Republik gerettet hatte.

Mit dem Februarumsturz 1948 wurde nicht nur definitiv über die Frage entschieden, in wessen Händen künftig die politische Macht liegen würde, sondern auch über das Schicksal der nichtkommunistischen Parteien wie über die Gestaltung des politischen Systems überhaupt.

Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß die Kommunisten eine klare Vorstellung davon besaßen, welche Schritte sie nach der Machtübernahme unternehmen und welches politische System sie errichten würden. Zwar stand ihnen das Muster der Sowjetunion vor Augen, doch den Weg dorthin mußten sie zunächst noch suchen. Bald sollte sich freilich zeigen, daß das Ziel in erheblichem Maße auch den Weg zu diesem bzw. die Mittel und Methoden bestimmen würde, die angewandt wurden, um dieses Ziel zu erreichen. Zunächst tauchte die Frage auf, was mit den nichtkommunistischen Parteien geschehen sollte. Die Antworten auf diese Frage fielen unterschiedlich aus, auch wenn sich alle darin einig waren, daß der politische Pluralismus vor dem Februar 1948 beseitigt werden müsse. Endgültig geklärt wurde das Problem durch die Plenarsitzung des ZK der KPTsch im Juni 1948, die sich für das Fortbestehen der nichtkommunistischen Parteien als Satellitenparteien der KPTsch bzw. der KPS entschieden und damit für eine Lösung, die die nichtkommunistischen Parteien faktisch zu Pseudo- oder Potemkinschen Parteien degradierte. KPTsch und KPS hatten sich schon zuvor darum bemüht, den Einfluß der nichtkommunistischen Parteien durch eine organisierte Mitgliederwerbung für die eigene Partei zu schwächen. Diese Kampagne war bereits 1947 im Rahmen der Vorbereitung auf die nächsten Wahlen zur Nationalversammlung gestartet worden, nahm aber erst nach dem Februarumsturz größere Dimensionen an. Nun wurde auch ihre Zielsetzung in der Weise geändert, daß sich die Kampagne an die Mitgliederbasis der in Auflösung begriffenen anderen Parteien richten sollte. Noch im Februar 1948 gaben 10 193 Personen ihre Anmeldung als neue Mitglieder der KPS ab, im März waren es 58 314, im April 61 299, im Mai 36 291 und allein zwischen dem 1. und dem 10. Juni 1948 11 880 Personen, sodaß die KPS insgesamt 177 977 neue Mitglieder hinzugewann. Das Ziel, das sich die Parteiführung gesteckt hatte, nämlich bis zum 1. Mai 236 400 neue Mitglieder anzuwerben, wurde damit zwar nicht erreicht, doch hatte sich der Mitgliederbestand der KPS bis zum August 1948 verdoppelt, als die Partei 407 150 Mitglieder zählte<sup>18</sup>. Die Anwerbung neuer Mitglieder aus den anderen Parteien rief den Unwillen der KPS-Mitglieder hervor, die der Partei schon vor dem Februarumsturz angehört hatten und nun mit ihren politischen Gegnern von Gestern unter einem Dach wohnen mußten. Das Präsidium des ZK der KPS bestand jedoch darauf, daß die Anwerbungskampagne bis zum Juli 1948 fortgesetzt wurde und bezeichnete die Einwände der alten Parteimitglieder als „sektiererische Abweichungen“.

Legt man formale Gesichtspunkte zugrunde, so war die Demokratische Partei nach dem Februarumsturz weder aufgelöst noch verboten. Die Tätigkeit der Partei wurde allerdings durch politische und administrative Maßnahmen gelähmt, und sie fiel in der

---

<sup>18</sup> SNA, Fonds ÚV KSS, Karton 2324.

Tat binnen weniger Tage auseinander. Dieser schnelle Zerfall der Demokratischen Partei kam auch für die KPS-Führung überraschend. Noch am 1. März 1948 hatte das Präsidium des ZK der KPS den Beschluß gefaßt, eine Bauernpartei zu gründen, die vermutlich als eine Art Gegengewicht zur Demokratischen Partei dienen und einen Teil ihrer Mitglieder und Sympathisanten auffangen sollte<sup>19</sup>. Der Beschluß des Politbüros brauchte nun nicht mehr verwirklicht zu werden, da er von den Ereignissen überholt worden war. Daß die Demokratische Partei so rasch auseinanderfiel, hatte vielfältige Ursachen und hing jedenfalls nicht allein mit den politischen und administrativen Repressionen zusammen, denen sich die Partei nach dem Februarumsturz ausgesetzt sah. Die Demokratische Partei war eine junge Partei mit einer heterogenen Zusammensetzung, die ein entsprechend differenziertes Meinungsspektrum und widersprüchliche Konzeptionen unter ihren Mitgliedern bedingte. Nach dem Februarumsturz war ein Teil der führenden Funktionäre emigriert, viele Parteimitglieder mußten den Gang ins Gefängnis antreten, andere wechselten zur KPS über und wieder andere engagierten sich außerhalb der KPS als Sympathisanten dieser Partei. Die Masse der Mitglieder der Demokratischen Partei befand sich in einem Zustand der Desorientierung, und es kam vor, daß ganze Ortsorganisationen der Partei geschlossen zur KPS übertraten. Während der Februarereignisse formierten sich in der Demokratischen Partei drei Gruppen, die in Opposition zur damaligen Parteiführung standen und ihre Bereitschaft bekundeten, mit der KPS zusammenzuarbeiten: eine Gruppe um Milan Polák, eine zweite um Ján Ševčík und eine dritte unter Führung von Jozef Kyselý. Jede dieser Gruppen entwickelte sich selbständig, handelte auf eigene Faust und wollte die Mitglieder der Demokratischen Partei auf ihre Seite ziehen. Auf Empfehlung des KPS-Vorsitzenden Široký schlossen sich diese drei Gruppierungen im Aktionsausschuß der Demokratischen Partei zusammen und gründeten im März 1948 die Partei der slowakischen Erneuerung, die sich von dem politischen Kurs distanzierte, den die Demokratische Partei vor dem Februar 1948 gesteuert hatte. Um der neuen Partei Mitglieder zuzuführen, wandte sich die Parteiführung an mehrere ehemalige Funktionäre der Demokratischen Partei und rief diese dazu auf, Ortsorganisationen zu gründen. Dieser Aufruf stieß zum einen auf Desinteresse und hatte zum anderen deshalb keinen Erfolg, weil die Bezirks- und Ortssaktionsausschüsse der Nationalen Front, in denen die Kommunisten über die Mehrheit verfügten und das letzte Wort hatten, den Aufbau einer Mitgliederbasis der neuen Partei verhinderten. Deshalb wählte die KPS die Funktionäre der Partei der slowakischen Erneuerung faktisch selbst aus<sup>20</sup>. In der slowakischen Nationalen Front wurde andererseits grundsätzlich festgelegt, daß sich die Partei der slowakischen Erneuerung nicht darauf konzentrieren sollte, ehemalige Mitglieder der Demokratischen Partei anzuwerben, sondern neue Anhänger gewinnen müsse. Da jedoch zur gleichen Zeit die KPS um neue

<sup>19</sup> SNA, Fonds ÚV KSS, Karton 789.

<sup>20</sup> Auf Anweisung des Beauftragten für das Innere arbeitete die Sicherheitsabteilung seines Amtes am 8. April 1948 zwei Verzeichnisse der ehemaligen Funktionäre der Demokratischen Partei aus, von denen das erste Berichte von 27 Funktionären enthielt, die für weitere Zusammenarbeit in Frage kamen. Im zweiten Verzeichnis wurden 77 Funktionäre angeführt, mit denen eine Zusammenarbeit nicht empfohlen wurde. SNA, Fonds PV Sekr., Karton 190.

Mitglieder warb, traten diejenigen, die sich politisch engagieren wollten, eher in die KPS als in die Partei der slowakischen Erneuerung ein. So gerieten die Führungskräfte dieser Partei in die Situation von Generälen ohne Heer. Ihre Partei verfügte zwar über eine eigene Zeitung (*L'ud*), war in der Regierung und im Kollegium der Beauftragten vertreten, entsandte auch einige Abgeordnete in die Nationalversammlung und den SNR, besaß aber weder ein eigenes Programm, noch konnte sie sich auf eine eigene Mitgliederbasis stützen.

Ein ähnliches Schicksal erlitt auch die Freiheitspartei. Deren Führung hatte während des Februarumsturzes zwischen den Fronten laviert, einerseits war die Demission der Minister der drei nichtkommunistischen Parteien verurteilt, andererseits aber waren auch die kommunistischen Vorschläge zur Beilegung der Regierungskrise und die Gründung der Aktionsausschüsse der Nationalen Front nicht gebilligt. Erst am 26. Februar, als alles bereits entschieden war, stellte sich die Partei auf die Seite der Sieger und sprach sich für die neue Regierung Gottwald aus, in der sie mit Vavro Šrobár auch einen Vertreter besaß. Diese Umorientierung bewahrte die Partei jedoch nicht vor der Säuberung. Mehrere ihrer führenden Funktionäre emigrierten nach dem Februarumsturz. Während die Freiheitspartei vor dem Staatsstreich etwa 15 000 Mitglieder besaß, schätzte die Parteiführung deren Zahl im Sommer 1948 auf nur noch 4000–5000. Bei diesen handelte es sich zudem eher um Sympathisanten als um wirkliche Parteimitglieder, da die Freiheitspartei – abgesehen von ihrem Zentralsekretariat – über keine weiteren Organe und Organisationen verfügte. Die Tätigkeit der Partei reduzierte sich auf die Herausgabe der Zeitung *Sloboda*, die sich jedoch nicht allzusehr von der kommunistischen Presse unterschied. Einige Mitglieder der Parteiführung vertraten denn auch die Auffassung, daß sie nicht zögern würden, die Partei aufzulösen, wenn die KPS einen solchen Schritt nicht als Provokation betrachten würde<sup>21</sup>.

Der Tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei in der Slowakei war nach dem Februarumsturz kein langes Leben vergönnt. Am 15. April löste die Parteiführung die Partei auf und forderte ihre Mitglieder dazu auf, der KPS beizutreten.

Auch im Hinblick auf die Wahlen zur Nationalversammlung waren sich die Kommunisten nicht von Anfang an darüber im klaren, wie sie vorgehen sollten. Ende März vertrat die KPTsch-Führung die Auffassung, daß die Parteien die Wahlen mit einer eigenen Kandidatenliste bestreiten würden, wobei sie erwartete, daß die KPTsch mindestens 75 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen würde. Als die Bezirksorganisationen der KPTsch der Parteiführung ihre Prognosen für die Wahlen mitteilten, die davon ausgingen, daß der KPTsch 58–59 Prozent der Wählerstimmen zufallen würden, änderte die Parteiführung ihren Standpunkt. Der geschätzte Stimmenanteil erschien den führenden Vertretern der KPTsch als zu gering, um die anderen Parteien in die Knie zwingen zu können und vor der Welt die Berechtigung des Februarumsturzes 1948 zu demonstrieren. Hinzu kamen Befürchtungen, daß der Wahlkampf zu einer Regeneration der anderen Parteien führen werde. Am 5. April beschloß daher das Präsidium des ZK der KPTsch, daß die Wahlen auf der Grundlage einer

<sup>21</sup> SNA, Fonds PV (Sicherheitsabteilung), Karton 503.

Einheitsliste durchgeführt werden sollten<sup>22</sup>. Die nichtkommunistischen Parteien, die sich in einem beklagenswerten Zustand befanden, stimmten diesem Beschluß zu.

Von Anfang an herrschte in der KPS im Blick auf die Wahlen zur Nationalversammlung nur gedämpfter Optimismus. Nach den Erfahrungen des Jahres 1946 befürchteten die slowakischen Kommunisten, daß die Kirche in den Wahlkampf eingreifen würde. Daher beschloß das Präsidium des ZK der KPS am 9. Januar, bei den Verhandlungen mit den Repräsentanten der katholischen Kirche eine Strategie der „Neutralisierung“ des Klerus zu verfolgen, die das Bischofskollegium oder andere kirchliche Organisationen daran hindern sollte, in den Wahlkampf zugunsten einer Partei einzugreifen<sup>23</sup>. Der Verband der slowakischen Partisanen trat schon Ende 1947 mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, daß die Parteien bei den kommenden Wahlen einen Block bilden sollten. Ende Februar und Anfang März 1948 erhoben einige Bezirksorganisationen des Verbandes der slowakischen Partisanen abermals die Forderung nach einer Einheitsliste bei den Wahlen zum tschechoslowakischen Parlament<sup>24</sup>. Auch die KPTsch-Führung neigte zu dieser Forderung, und dies noch zu einer Zeit, als man in den böhmischen Ländern mit eigenen Kandidatenlisten der Parteien rechnete, und sie begründete ihre Auffassung damit, daß in der Slowakei „der Klerus noch großes Gewicht hat“<sup>25</sup>. Die Furcht vor dem katholischen Klerus schwand auch dann nicht, als die Entscheidung für die Einheitsliste gefallen war. In der Tat befürchteten die Kommunisten, daß ein erheblicher Teil der slowakischen Bevölkerung unter dem Einfluß des Klerus seine oppositionelle Einstellung durch die Abgabe weißer (leerer) Stimmzettel dokumentieren würde. Am 8. April befaßte sich das Präsidium des ZK der KPS mit dieser Frage, legte den Schlüssel für die Verteilung der Mandate fest, wonach die nichtkommunistischen Parteien 25–27 Prozent erhalten sollten, und beschloß, daß der Zentrale Aktionsausschuß der Slowakischen Nationalen Front Verhandlungen mit führenden Kirchenvertretern aufnehmen sollte. Diese zielten darauf ab, sich der Zustimmung der Kirche zur Einheitsliste zu versichern, wobei keinerlei Kompromisse – vor allem in der Frage des kirchlichen Grundeigentums und der kirchlichen Schulen – angeboten werden sollten<sup>26</sup>. Die katholische Kirche hat sich bei den Verhandlungen nicht für die Einheitsliste ausgesprochen, rief dann andererseits auch die Gläubigen nicht dazu auf, mit weißen Stimmzetteln zu stimmen. Sofern dies dennoch geschah, ging dies auf die Initiative einzelner Priester oder Bischöfe zurück. Nach Berichten kommunistischer Funktionäre hat der Klerus gleichwohl das Wahlergebnis in mehreren Bezirken beeinflusst<sup>27</sup>.

<sup>22</sup> Kaplan, Karel: *Československo v letech 1948–1953. Zakladatelské období komunistického režimu* [Die Tschechoslowakei 1948–1953. Die Gründungsphase des kommunistischen Regimes]. Bd. 2. Praha 1991, 41.

<sup>23</sup> SNA, Fonds ÚV KSS, Karton 789.

<sup>24</sup> SNA, Fonds ÚP SNR, Karton 119.

<sup>25</sup> Kaplan: *Československo v letech 1948–1953*, 41.

<sup>26</sup> SNA, Fonds ÚV KSS, Karton 789.

<sup>27</sup> Die meisten weißen Stimmzettel wurden in der Tat in den Wahlbezirken gezählt, in denen die katholische Kirche über starken Einfluß verfügte. Dazu gehörten Námestovo, wo die weißen Stimmzettel einen Anteil von 72,8 Prozent an allen Stimmzetteln erreichten, Spišská Stará Ves

Offiziell begründete die Führungsspitze der KPTsch die Zusammenstellung einer Einheitsliste damit, daß das Volk für die Einheit eintrete. Meinungsumfragen im April 1948 zeigten jedoch, daß sich 61 Prozent der befragten Personen für eine selbständige Kandidatur der Parteien aussprachen und nur 23 Prozent der Einheitsliste zustimmten<sup>28</sup>. Das Gesetz über die Wahlen zur Nationalversammlung vom 16. April 1948 dehnte – verglichen mit dem Gesetz über die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung aus dem Jahr 1946 – das Verbot der Ausübung des Wahlrechts auf diejenigen Personen aus, die von den Säuberungen nach dem Februarumsturz betroffen waren. Zugleich ließ es die Möglichkeit oppositioneller Kandidatenlisten zu, wenn für diese 1000 Unterschriften beigebracht werden konnten. Die realen Verhältnisse – Unmöglichkeit der Agitation für derartige Listen, Gefahr der Verfolgung usw. – erlaubten es jedoch nicht, daß von dieser formalen Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde.

Die Wahlen zum tschechoslowakischen Parlament fanden am 30. Mai 1948 statt. In der Slowakei stimmten 85,9 Prozent der Wähler für die Einheitsliste, knapp über 14,1 Prozent der Wähler gaben weiße oder ungültige Stimmzettel ab. Über 126 000 Personen bzw. fast sieben Prozent der in den Wählerverzeichnissen eingetragenen Bürger gingen nicht zu den Wahlurnen. Da in der ČSR Wahlpflicht bestand, drohte diesen Personen Strafverfolgung. Obwohl es sich um eine beträchtliche Anzahl von Personen handelte, kamen der KPS-Vorsitzende Široký und der Beauftragte für das Innere Daniel Okáli überein, daß Strafverfolgung nur in den Fällen eingeleitet werden sollte, in denen der Verdacht bestand, daß mit der Nichtbeteiligung an den Wahlen eine feindselige Einstellung zur ČSR und ihrer gesellschaftlich-politischen Ordnung bekundet werden wollte<sup>29</sup>. Am 31. Mai nahm das Präsidium des ZK der KPS zum Ergebnis der Wahlen Stellung und beschloß: „Das Wahlergebnis soll in einer innerparteilichen Kampagne gewürdigt werden. Zugleich soll in großem Maßstab Selbstkritik geübt werden.“<sup>30</sup> Die Selbstkritik sollte die Parteifunktionäre in denjenigen Bezirken betreffen, in denen ein hoher Anteil weißer Stimmzettel verzeichnet worden war. Am 4. Juni 1948 fand eine Beratung der Gebietssekretäre der KPS statt, die sich ebenfalls mit dem Wahlergebnis befaßte. Einige Sekretäre sprachen dabei offen darüber, daß in vielen Gemeinden das Prinzip der geheimen Wahl absichtlich verletzt worden sei, um ein für die Partei günstigeres Wahlergebnis zu erzielen, und daß die Ergebnisse außerdem „korrigiert“ worden seien, um den Prozentsatz der weißen Stimmzettel zu senken<sup>31</sup>. Die Wahlen spiegelten also nicht nur deshalb die realen politischen Kräfteverhältnisse nicht wider, weil sie totalitären Charakter hatten, sondern auch deshalb, weil sie obendrein noch gefälscht wurden.

---

(42,7 Prozent), Trstená (39,4 Prozent) und Dolný Kubín (39,1 Prozent). Die kommunistischen Funktionäre behaupteten, die slowakischen Bischöfe hätten ein Flugblatt verbreitet, in dem sie die Gläubigen dazu aufforderten, bei den Wahlen mit weißen Stimmzetteln zu stimmen. Die Bischöfe leugneten dies. In jedem Fall war der Einfluß der katholischen Kirche auf das Wahlergebnis des Jahres 1948 geringer als 1946.

<sup>28</sup> SNA, Fonds PV Sekr., Karton 191.

<sup>29</sup> SNA, Fonds PV Sekr., Karton 189.

<sup>30</sup> SNA, Fonds ÚV KSS, Karton 789.

<sup>31</sup> SNA, Fonds ÚV KSS, Karton 2111.

Die Führung der kommunistischen Partei besaß schließlich auch kein klares Konzept im Hinblick auf die Nationale Front und ihren Platz in dem neuen politischen System. Die Aktionsausschüsse der Nationalen Front waren als Instrumente der Machtübernahme entstanden und stellten eine politische Realität dar, ohne daß Klarheit darüber bestand, welche Aufgabe sie unter gesamtpolitisch gewandelten Bedingungen erfüllen sollten. Als Organe, die an der Wiege der neuen Machtverhältnisse gestanden und diesen zum Durchbruch verholfen hatten, meldeten die Aktionsausschüsse erhebliche Machtansprüche an, die sie in Konflikt mit den Nationalausschüssen brachten. Aus diesem Grunde berief das Amt des Beauftragten für das Innere für den 19. und 20. März 1948 eine Beratung ein, an der die Vorsitzenden der Bezirksnationalausschüsse, der provisorischen Bezirksverwaltungscommissionen und der Bezirksaktionsausschüsse der Nationalen Front teilnahmen. Führende Funktionäre der KPS versuchten auf diesem Forum klarzustellen, welche Rolle die Aktionsausschüsse im Verhältnis zu den Nationalausschüssen spielen sollten. Die Aktionsausschüsse seien ständige Einrichtungen, sie besäßen Entscheidungs-, jedoch keine exekutiven Kompetenzen und könnten daher auch die Nationalausschüsse nicht ersetzen, sondern müßten mit diesen zusammenarbeiten. Die Entscheidungen der Aktionsausschüsse seien jedoch verbindlich. Andere Fragen der Konstruktion der Nationalen Front wurden auf dieser Beratung nicht geklärt, etwa die, daß anfangs häufig dafür plädiert wurde, die Aktionsausschüsse in der Verfassung zu verankern und der erneuerten Nationalen Front den Status des höchsten politischen Führungsorgans zu verleihen. Weitere Überlegungen sahen vor, der Nationalen Front Koordinierungs- und Kontrollfunktionen zu übertragen oder sie in eine Massenorganisation mit individueller Mitgliedschaft umzuwandeln<sup>32</sup>. Schon die ersten Wochen der Tätigkeit der erneuerten Nationalen Front zeigten, daß sich diese von der Nationalen Front vor dem Februarumsturz, die eine Art volksdemokratische Koalition dargestellt hatte, deutlich unterschied. Neben den Parteien integrierte die Nationale Front auch gesellschaftliche Organisationen (Gewerkschaften, bäuerliche Interessenvertretungen, Jugend- und Widerstandsorganisationen), wodurch die dominierende Stellung der KPS in der Nationalen Front unterstrichen wurde. Das Organisationsgefüge der Nationalen Front reichte von den örtlichen Organisationen bis zu den zentralen Führungsorganen. Während in der Nationalen Front vor dem Februarumsturz verbindliche Beschlüsse einstimmig gefaßt werden mußten, fanden in der erneuerten Nationalen Front Abstimmungen statt, bei denen sich die Minderheit der Mehrheit und die unteren den höheren Organen unterordnen mußten. Damit verlor die Nationale Front ihre Funktion als die Machtarena, in der ein politischer Interessenausgleich vollzogen werden konnte. Der Tätigkeitsbereich der Aktionsausschüsse der Nationalen Front, die während und unmittelbar nach dem Februarumsturz, wie erwähnt, eine autoritative Machtposition innehatten, wurde allerdings bald zunehmend eingengt. Nach der Beendigung der Säuberungen verloren sie schrittweise ihre Funktion und verwandelten sich schließlich in bloß formale Institutionen. In die Verfassung wurden die Aktionsausschüsse nicht aufgenommen. Ihre Ortsorganisationen lösten sich mit

<sup>32</sup> Kaplan: Československo v letech 1948–1953, 24.

der Zeit auf, und die Aufgabe derjenigen Ausschüsse, die bestehen blieben, reduzierte sich darauf, als „Transmissionsriemen“ zu den nichtkommunistischen Parteien zu fungieren und das Machtmonopol der kommunistischen Partei zu kaschieren<sup>33</sup>.

Die Regelung des tschechisch-slowakischen Verhältnisses gehörte zu den Schlüsselfragen der Nachkriegspolitik in der Tschechoslowakei. Nachdem die slowakischen nationalen Organe während des Slowakischen Nationalaufstandes auf revolutionärem Wege entstanden waren, hatte das Kaschauer Regierungsprogramm vom April 1945 diese akzeptiert und den Grundsatz der Gleichberechtigung von Tschechen und Slowaken verkündet. Da sich die Verfassung des Jahres 1920 auf die Fiktion einer tschechoslowakischen Nation gründete und slowakische nationale Organe nicht erwähnte, ergab sich die Notwendigkeit, die neuen tschechisch-slowakischen Beziehungen auf eine verfassungsrechtliche Grundlage zu stellen. Die Parteien kamen überein, daß die Verfassungsgebende Nationalversammlung diese Frage bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung klären sollte; bis zur Verabschiedung der Verfassung würden die tschechisch-slowakischen Beziehungen durch politische Vereinbarungen geregelt werden. Die Vertreter der slowakischen Parteien erhoben anfangs die Forderung nach einer föderativen Umgestaltung der ČSR. Nachdem die tschechischen Parteien dieses Postulat abgelehnt hatten, beschränkten sich die Verhandlungen zwischen beiden Seiten auf die Frage der Festlegung der Kompetenzen der slowakischen nationalen Organe und ihres Verhältnisses zu den gesamtstaatlichen Organen, d. h. zum Staatspräsidenten, zur Regierung und zur Nationalversammlung. Nach dem dritten Prager Abkommen, das am 27. Juni 1946 geschlossen wurde, gerieten der SNR und das Kollegium der Beauftragten in Abhängigkeit von der Regierung, und ihre Kompetenzen wurden beträchtlich eingeschränkt. Die slowakischen Kommunisten gehörten zunächst ebenfalls zu den Verfechtern einer föderativen Ordnung, die den slowakischen nationalen Organen breite Rechtsbefugnisse einräumen sollte. Nach dem Wahlsieg der Demokratischen Partei im Mai 1946 revidierten sie ihren Standpunkt und traten nun für den zentralistischen Einheitsstaat ein. Gemeinsam mit den tschechischen Parteien setzten sie die Annahme des dritten Prager Abkommens durch, glaubten jedoch weiterhin daran, daß es sich hierbei um eine provisorische Lösung handele, die nur so lange Bestand haben würde, bis die Machtfrage zugunsten der Kommunisten geregelt werden würde. Um so größer war die Enttäuschung der slowakischen Kommunisten nach dem Februarumsturz. Es scheint, daß sich die national orientierte Garnitur der slowakischen Kommunisten, die den Aufstand des Jahres 1944 getragen hatte (Husák, Laco Novomeský u. a.), bald dessen bewußt wurde, daß sich die Föderation nicht durchsetzen ließ, aber sie hielt daran fest, daß die Rechtsbefugnisse der slowakischen nationalen Organe unter Beibehaltung des asymmetrischen Modells der staatsrechtlichen Verhältnisse erweitert wurden<sup>34</sup>. Die Prager KPTsch-Führung lehnte jedoch entsprechende Forderungen zumeist ab. Die neue Verfassung, die am 9. Mai 1948

<sup>33</sup> E b e n d a 25.

<sup>34</sup> Der Begriff des „asymmetrischen Modells“ soll deutlich machen, daß die slowakischen nationalen Organe auf der tschechischen Seite kein Pendant besaßen. Es existierten slowakische und gesamtstaatliche Organe, die zugleich die tschechischen nationalen Organe ersetzten und auf diese Weise „Asymmetrie“ herstellten.

verabschiedet wurde, beinhaltete faktisch eine weitere Entmachtung der slowakischen nationalen Organe.

Zentralismus und Einschränkung nationaler Rechte sind dem kommunistischen Regime immanent. Die Slowakei hätte sich auch dann nicht in einer besseren Lage befunden, wenn es ihren politischen Repräsentanten gelungen wäre, die Föderalisierung des Gesamtstaates durchzusetzen, wie die Erfahrungen der Sowjetunion, Jugoslawiens und schließlich auch der Tschecho-Slowakei nach 1968 zeigen. In der ČSR wurde die mit zentralistischen Ordnungsvorstellungen verbundene nationale Problematik jedoch vor allem durch die Residuen der Ideologie des Tchechoslowakismus, durch das asymmetrische Modell der staatsrechtlichen Verfassung, durch die Überzeugung der KPTsch-Führung, die Slowakei sei das schwächste Glied im gesamtstaatlichen Zusammenhang, und durch die Kampagne gegen den sogenannten bourgeoisen Nationalismus bedingt, für die es schon 1948 erste Anzeichen gibt<sup>35</sup>.

Als die kommunistische Herrschaftsordnung einige Monate nach dem Februarumsturz noch nicht auf öffentlich artikulierten Widerstand gestoßen war, bedienten sich die herrschenden Kreise dieser Tatsache als Argument für die Behauptung, daß das Volk mit den gesellschaftlich-politischen Veränderungen einverstanden sei. Etwa um die Mitte des Sommers 1948 begannen sich jedoch Vokabular und Tonfall der kommunistischen Propaganda zu ändern. Immer häufiger war von der umstürzlerischen Tätigkeit der „Reaktion“ und den Feinden der volksdemokratischen Ordnung die Rede. Mit großem publizistischem Aufwand wurde über die Aufdeckung tatsächlicher oder fiktiver staatsfeindlicher Gruppierungen berichtet. Dieser Kurswechsel hatte seine äußeren und inneren Gründe. Zu den äußeren Faktoren gehörte vor allem die Resolution des Kominform zur Situation der Kommunistischen Partei Jugoslawiens vom Juni 1948, die Stalins These von der Verschärfung des Klassenkampfes beim Übergang zum Sozialismus verbreitete. Ihren Beitrag zum Wandel des politischen Klimas leisteten auch „Hinweise“ einiger sowjetischer Politiker auf den „Liberalismus“ in der ČSR<sup>36</sup>. Die ersten öffentlichen Proteste gegen die Entwicklung nach dem Februarumsturz während des Sokoltreffens in Prag Ende Juni/Anfang Juli 1948 und beim Begräbnis Benešs am 8. September 1948 sowie zunehmende soziale Spannungen zählten zu den inneren Bedingungsfaktoren, die die Kursänderung der kommunistischen Politik und Propaganda beeinflussten. Nach Berichten des Staatssicherheitsdienstes über die Reaktionen der slowakischen Bevölkerung auf den Tod Benešs

---

<sup>35</sup> Auf der Sitzung des ZK der KPS am 27.–28. September 1948 erklärte der KPS-Vorsitzende Široký u. a.: „Wir müssen selbstkritisch betonen, daß selbst die Führungsorgane der Partei dem Einfluß des kleinbürgerlichen Nationalismus nicht widerstanden haben.“ *Komunistická strana Slovenska. Dokumenty z konferencií a plén 1944–1948* [Die Kommunistische Partei der Slowakei. Dokumente der Parteikonferenzen und Plenarsitzungen 1944–1948]. Hrsg. von Marta V a r t í k o v á. Bratislava 1971, 710.

<sup>36</sup> Nach einem Bericht des tschechoslowakischen Botschafters in Moskau, Bohuslav Laštovička, vom 17. Juli 1948 betrachtete Moskau einige Vorgänge in der ČSR (etwa das Sokoltreffen) unter politischen Gesichtspunkten als „Produkt des Liberalismus, der [...] sich auch nach dem Februar fortsetzt“. Staatliches Zentralarchiv Prag (im folgenden zit. als SÚA), Archiv des ZK der KPTsch (im folgenden zit. als A ÚV KSČ), Fonds 100/24, Bd. 99, archiva-lische Einheit 1145.

kam es in der Slowakei zu keinen politischen Aktionen oder Zwischenfällen. Es fanden lediglich offizielle Trauergottesdienste statt<sup>37</sup>. Die Berichte betonten jedoch die sozialen Motive der Unzufriedenheit und die Befürchtungen der Gläubigen, daß ein Konflikt zwischen Staat und Kirche drohe. Gerade diese beiden Fragen beunruhigten die kommunistische Führung. Bereits zwei Tage nach der Beilegung der Regierungskrise, am 27. Februar 1948, hatte sich Gottwald mit einem Brief an Stalin gewandt und darum gebeten, die Sowjetunion möge die ČSR durch Fleischlieferungen unterstützen. Gottwald bediente sich dabei auch eines politischen Arguments: „Es wäre politisch sicherlich äußerst mißlich“, schrieb Gottwald, „wenn die neue Regierung ihre Tätigkeit mit einer Kürzung der Fleischrationen beginnen müßte.“<sup>38</sup> Die sowjetische Regierung ließ Gottwald wissen, daß sie nicht in der Lage sei, Hilfe zu leisten, da die Sowjetunion infolge der Mißernte des Jahres 1946 selbst Fleisch aus dem Ausland einführen müsse und mit Versorgungsschwierigkeiten zu kämpfen habe, was den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. Bis zum Ende des Jahres 1948 gelang es der tschechoslowakischen Regierung nicht, die Probleme bei der Versorgung mit Fleisch und Textilien zu beseitigen; infolgedessen verschärfte sich die Kritik breiter Bevölkerungsschichten an den Versorgungsverhältnissen. Kurze Streiks, bei denen soziale Forderungen erhoben wurden (Lohnerhöhungen, Verbesserung der Versorgung u. ä.), waren in den Sommermonaten des Jahres 1948 keine seltene Erscheinung. In Bratislava führte diese Unzufriedenheit am 20. und 21. August zu einer Demonstration, an der mehr als 1000 Personen teilnahmen. In den Abendstunden des 20. August verwandelte sich diese Protestkundgebung in ein antijüdisches Pogrom. Die Polizei mußte eingreifen, 40 Personen wurden verhaftet und in Arbeitslager gebracht<sup>39</sup>.

Unsicherheit und Unruhe griffen aus einer Reihe von Gründen auch auf das Land über. Bei der zugesagten und im März 1948 gesetzlich verankerten Bodenreform hatten die Bauern für ihren Privatbesitz nichts gewonnen, da der enteignete Boden den Genossenschaften und dem staatlichen Agrarsektor zugeteilt wurde. Der Staat verlangte von den Bauern – oft auch im Weg von Strafmaßnahmen – die Erfüllung ihrer Ablieferungspflichten auf der Grundlage niedriger Aufkaufpreise<sup>40</sup>. Und schließlich verbreiteten sich in der zweiten Jahreshälfte 1948 wie ein Lauffeuer Nachrichten über die angeblich geplante Kollektivierung. Nach der zweiten Etappe der Nationalisierung der Industrie, nach der Beschränkung der Rohstoff- und Materialzuteilung und nach der Einführung strenger Vorkehrungen gegen Schwarzhändler und Schieber wurde nun auch die Schicht der Gewerbetreibenden und kleinen Unternehmer von Panik ergriffen. Man wird feststellen dürfen, daß sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1948 in erheblichem Maße auch derjenigen Bevölkerungsgruppen ein Gefühl der Unsicherheit und Enttäuschung bemächtigte, die noch vor kurzer Zeit mit den Kom-

<sup>37</sup> SNA, Fonds PV Sekr., Karton 193.

<sup>38</sup> SÚA Praha, A ÚV KSČ, Fonds 100/24, Bd. 72, archivalische Einheit 998.

<sup>39</sup> SNA, Fonds PV Sekr., Karton 78.

<sup>40</sup> Im Jahr 1948 wurden in 23 502 Fällen Strafen wegen Nichterfüllung der Ablieferungspflichten verhängt. SNA, Fonds ÚV KSS, Karton 790.

munisten sympathisiert und an ihre Versprechen geglaubt hatten. Auf der Sitzung des ZK der KPS am 27./28. September 1948 wiesen mehrere Redner auf die sich verbreitende Unzufriedenheit und das sinkende Vertrauen zur KPS hin und schlugen Alarm. Die Führung der KPTsch antwortete auf die sich mehrenden Anzeichen sozialer und politischer Unzufriedenheit mit der Einführung eines „harten Kurses“. Am 6. Oktober 1948 verabschiedete die tschechoslowakische Nationalversammlung das Gesetz zum Schutz der volksdemokratischen Ordnung<sup>41</sup> und drei Wochen später das Gesetz über die Zwangsarbeit<sup>42</sup>. Zu Beginn des Jahres 1949 wurden Gewerbetreibende, Bauern mit mehr als 15 ha und diejenigen Bauern, die ihre Ablieferungspflichten nicht erfüllten, vom Zuteilungsverfahren für industrielle Konsumgüter ausgeschlossen. Politisch-ideologische Kampagnen, die mit der öffentlichen Meinung manipulierten, begleitete diese diskriminierenden und repressiven Maßnahmen und riefen den Eindruck hervor, als sei das kommunistische Regime durch seinen inneren Feind bedroht. Die „Schuldigen“, die im Zuge solcher Kampagnen enthüllt wurden, sollten die Funktion eines Blitzableiters erfüllen.

Die Auseinandersetzungen zwischen der kommunistischen Partei und der katholischen Kirche, die nach dem Februar 1948 die Form eines Konflikts zwischen Staat und Kirche annahmen, spielten sich auf drei Ebenen ab: auf einer ideologischen, einer politischen und einer außenpolitischen. Mit dem Versuch der KPTsch, sich auch im ideologischen Bereich das Monopol zu sichern, war der Religion als Weltanschauung der Kampf angesagt. Diese Seite der Kirchenpolitik der KPTsch trat erst in den späteren Jahren in den Vordergrund und stellte das langfristige Ziel der Kirchenpolitik dar. Im Jahr 1948 und zu Beginn der fünfziger Jahre dominierte im Verhältnis der KPTsch zur katholischen Kirche der machtpolitische Aspekt einschließlich seiner internationalen Dimensionen. In der katholischen Kirche sah die KPTsch ihren letzten noch verbliebenen politischen Widersacher; dessen Machtzentrum lag nicht im Lande selbst, sondern im Vatikan. Da die Partei davon ausging, daß der Vatikan in den Diensten des „Imperialismus“ stand, zielte ihre Strategie darauf, die katholische Kirche in der ČSR von diesem ihrem Machtzentrum abzutrennen, sie staatlicher Kontrolle zu unterwerfen und in eine nationale Kirche umzuwandeln<sup>43</sup>.

In der Slowakei hatten sich zwischen den politischen Gruppierungen und der katholischen Kirche schon vor dem Februarumsturz 1948 Spannungen angehäuft. Die neuen slowakischen politischen Führungseliten, die aus dem Slowakischen Nationalaufstand hervorgegangen waren, mißtrauten den Repräsentanten der katholischen Kirche, die eng mit Hlinkas Slowakischer Volkspartei und den Machtstrukturen des slowakischen Staates in den Jahren 1939–1945 verbunden gewesen waren. Die Verstaatlichung des kirchlichen Schulwesens, das Eintreten des slowakischen Bischöfe für eine milde Strafe für Jozef Tiso, den ehemaligen Präsidenten der Slowakischen Republik, und ihr Plädoyer dafür, Tiso zu begnadigen, nachdem das Todesurteil gegen ihn aus-

<sup>41</sup> Nr. 231/1948 Sb.

<sup>42</sup> Nr. 247/1948 Sb.

<sup>43</sup> Kaplan, Karel: *Stát a církev v Československu v letech 1948–1953* [Staat und Kirche in der Tschechoslowakei in den Jahren 1948–1953]. Brno 1993, 23 ff.

gesprochen worden war, sowie schließlich die Unterstützung der Demokratischen Partei durch die katholische Kirche bei den Wahlen im Mai 1946 trugen dazu bei, den Streit zwischen der KPS und den hohen katholischen Würdenträgern zu verschärfen. Nach der Errichtung des kommunistischen Machtmonopols nahmen diese Auseinandersetzungen gesamtstaatliche Dimensionen und eine neue Qualität an, da die katholische Kirche das kommunistische Regime als atheistisch und daher religionsfeindlich betrachtete. Beide Seiten waren sich bewußt, daß es zwischen ihnen zu einem grundsätzlichen Konflikt kommen mußte, bemühten sich aber darum, den erwarteten Zusammenstoß hinauszuschieben, wobei seitens der Kommunisten auch die Überlegung eine Rolle spielte, daß die Wahlen im Mai 1948 durch die Kontroverse mit der katholischen Kirche nicht zu ihren Ungunsten beeinflußt wurden. Die ersten Kontakte zur katholischen Kirche knüpfte die neue Regierung im März 1948 durch Vermittlung des Zentralen Aktionsausschusses der Nationalen Front an. Vor den Wahlen zum tschechoslowakischen Parlament am 30. Mai 1948 wurden die Verhandlungen unterbrochen, danach wiederaufgenommen und am 18. Juni abermals unterbrochen, diesmal für mehr als ein halbes Jahr. Die Gespräche führten also zu keinen Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche; deren Vertreter lehnten es ab, eine positive Stellungnahme zu den Februarereignissen abzugeben, die Einheitsliste bei den Wahlen zu befürworten und dem kommunistischen Regime öffentlich Loyalität zuzusichern. Das Bischofskollegium bestätigte noch einmal das Verbot politischer Tätigkeit für die Priester, und diejenigen, die dem zuwiderhandelten, wurden vom Priesteramt suspendiert. Dies betraf in der Slowakei auch zwei Mitglieder des Kollegiums der Beauftragten, Jozef Lukačovič und Alexander Horák. Die slowakischen Bischöfe und Ordinarien haben als einzige ihre Stimme gegen die politischen Säuberungen erhoben. Erzbischof Karol Kmeťko sandte dem Vorsitzenden des Kollegiums der Beauftragten, Husák, am 26. April 1948 ein Memorandum, in dem er forderte, konkrete Beweise für die Schuld derjenigen Angehörigen der katholischen Intelligenz vorzulegen, die von den Säuberungen betroffen worden waren<sup>44</sup>.

Der Versuch der kommunistischen Führung, sich die katholische Kirche im Wege von Verhandlungen mit den Bischöfen zu unterwerfen, blieb somit zwar erfolglos, doch gelang es den Kommunisten bis zu einem gewissen Grade – in den böhmischen Ländern mehr, in der Slowakei weniger –, den kirchlichen Einfluß auf die Wahlen zum tschechoslowakischen Parlament in Grenzen zu halten und die Teilnahme kirchlicher Vertreter an den Feierlichkeiten anläßlich der Wahl Gottwalds zum Präsidenten der Republik sicherzustellen, die die staatliche Propaganda als Zustimmung der Kirche zum kommunistischen Regime interpretierte. Der Prager Erzbischof Josef Beran trat dieser Behauptung anschließend entgegen. Die Kirche gewann andererseits durch die Verhandlungen wenig; sie erreichte, daß einige der beabsichtigten repressiven staatlichen Maßnahmen aufgeschoben wurden und erhielt die Zusage, daß sich die Schüler an den kirchlichen Schulen in den böhmischen Ländern einschreiben durften. In der zweiten Jahreshälfte 1948, als die Verhandlungen zwischen Staat und Kirche ruhten, nahm die Zahl derjenigen, die sich gegen einen Dialog zwischen den Kontrahenten

<sup>44</sup> SNA, Fonds ÚAV SNF, Karton 88.

aussprachen, auf beiden Seiten zu<sup>45</sup>. Daraus resultierte eine weitere Verhärtung der Fronten. Im folgenden Jahr ging der Staat zu einem schärferen kirchenpolitischen Kurs über, der schließlich zu den politischen Prozessen gegen kirchliche Würdenträger führte.

Übersetzt von Peter Heumos

---

<sup>45</sup> Kaplan: Staat und Kirche 1993, 58 ff. – Vaško, Václav: Neumlčená kronika katolíckej cirkve v Československu po druhej svetovej válce [Die nicht zum Verstummen gebrachte Chronik der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg]. Bd. 2. Praha 1990, 41 ff.

## DIE SLOWAKISCHE REPUBLIK: STAAT IM SCHATTEN

Von Karin Schmid

Die Slowakische Republik wird kaum jemals für sich allein betrachtet, sondern regelmäßig nur durch den Filter der Tschechischen Republik gesehen. Diese vergleichende Sicht mag zwar nicht uninteressant sein. Doch stellt sich die Slowakei meist in einem schlechteren Bild dar als die frühere Brudernation. Sie wird als die treibende Kraft gewertet, die den Zerfall der Tschechoslowakei bewirkt habe. Ihre Verfassungsordnung, Entwicklung zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ebenso wie ihr wirtschaftlicher Transformationsprozeß blieben hinter den entsprechenden Entwicklungen im tschechischen Nachbarstaat zurück.

Das Schicksal, nur im Vergleich mit einem anderen Staat beurteilt zu werden, erscheint einzigartig. Nicht wird Serbien stets nur an Kroatien gemessen, nicht die Ukraine stets nur an Rußland. Auch die Tschechische Republik wird nicht mit der Slowakischen verglichen, sondern nur umgekehrt, und man fragt sich, inwieweit der vergleichende Blick immer zu einer gerechten Würdigung führt, inwieweit Sicht und Wirklichkeit übereinstimmen, inwieweit das Negativurteil über die Slowakei, etwa in Sachen des Zerfalls der Tschechoslowakei oder der Verfassungsordnung und Entwicklung zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft, begründet ist.

### *Die Slowakei und das Ende der tschechoslowakischen Föderation*

In der „samtenen Revolution“ im November 1989 waren Tschechen und Slowaken noch vereint gegen das sozialistische System in ihrem Land und ihre Einbindung in die sozialistische Gemeinschaft vorgegangen. Doch schon wenig später schien es, als erwache der alte, aus der Zwischenkriegszeit bekannte Nationalitätenstreit zwischen den beiden staatstragenden „Brudernationen“ wieder, geprägt durch die Forderungen der Slowaken nach mehr autonomen Rechten. Allerdings konnten kritische Beobachter schon bald feststellen, daß es weniger um die traditionellen Streitpunkte nationaler Identität und Gleichberechtigung ging, sondern offenbar in erster Linie um die Art und Weise des ökonomischen Systemwechsels<sup>1</sup>. Der Bund erstrebte einen möglichst

---

<sup>1</sup> Vgl. u. a. Kipke, Rüdiger: Die jüngste politische Entwicklung der Tschechoslowakei im Meinungsspiegel ihrer Bürger. In: Abschied von der Tschechoslowakei. Köln 1993, 39–53. – Reißmüller, Johann Georg: Arbeitslosigkeit und Demütigungen. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. 3. 1992. – Schönfeld, Roland: Die Auflösung der Tschechoslowakei. Europa Archiv 8 (1993) 228–238, obwohl er, insoweit vielleicht mißverständlich, als „eigentliche Zerreißprobe“ die „Nationalitätenfrage“ ansieht (S. 233). – In jüngster Zeit wieder Elster, Jon: Consenting Adults or the Sorcerer's Apprentice? East European Constitutional Review, Winter 1995 (1995) 36–41. – Anders Hošková, Mahulena: Die Selbstauflösung der ČSFR. Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 53/3 (1993)

schnellen Anschluß an die westliche Wirtschaft, vor allem an die Strukturen der EU (damals noch EG) und glaubte, dies am ehesten durch einen harten Kurs der Transformation ohne soziale Zugeständnisse erreichen zu können. Die wirtschaftlich schwächere Slowakei versuchte demgegenüber, gegen diesen Kurs einen Großteil ihrer vorhandenen Produktionsstrukturen beizubehalten, insbesondere als Prag die Aufgabe der Rüstungsindustrie, der wichtigsten und größten Industrie im Lande, von ihr verlangt hatte, ohne eine umgehende und erfolversprechende Konversion der Betriebe zur Kompensation einzuleiten<sup>2</sup>. Sie forderte von der Föderation mehr Kompetenzen zur Lösung der Probleme im Innern sowie effektive Wirtschaftshilfe, auf jeden Fall eine langsamere, für sie sozial verträglichere Verwirklichung der freien Marktwirtschaft. Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, drohte sie schließlich mit Souveränitätserklärung und Sezession.

Die Föderation kam im wesentlichen nur der Forderung nach Kompetenzabgaben nach, wodurch das Problem allein nicht zu lösen war. Eher schwächte sich die Föderation dadurch selbst und machte sich mehr und mehr funktionsunfähig, während sie die Republiken in die Lage versetzte, sich mehr und mehr voneinander abzugrenzen. Ende 1990 war auf diese Weise der gemeinsame Staat faktisch bereits geteilt<sup>3</sup>. Die Verabschiedung des Verfassungsgesetzes über ein Volksreferendum<sup>4</sup>, wonach eine „Entscheidung über grundlegende Fragen der Staatsordnung“ nur durch ein Referendum getroffen werden sollte (Art. 1), kann als untauglicher Versuch zur Rettung der Föderation gewertet werden. So blieb denn auch das Folgegesetz, das die Einzelheiten des Referendums regeln sollte (Art. 7), aus.

Zu den Wahlen vom 5./6. Juni 1992 traten die jeweils größten Parteien der beiden Teilrepubliken, die ODS (Bürgerlich-Demokratische Partei) in der Tschechischen Republik unter Václav Klaus und die HZDS (Bewegung für eine Demokratische Slowakei) in der Slowakischen Republik unter Vladimír Mečiar, mit ihren unterschiedlichen Vorstellungen zur Wirtschaftsentwicklung wie auch zur Erhaltung des gemeinsamen Staates und mit ebenso unterschiedlichen Mitteln zu deren Durchsetzung an. Mečiar erstrebte nach wie vor eine „freie Marktwirtschaft mit sozialen und ökologischen Zielen“ und drohte zur Durchsetzung mit einem Stufenprogramm: Erklärung der Souveränität, Verabschiedung einer Verfassung für die Slowakei, Erlangung der

---

689–735, die interessanterweise die Frage einer gemeinsamen Verteidigung als ausschlaggebend ansieht (S. 690).

<sup>2</sup> Näheres hierzu u. a. bei Lukas, Zdeněk: Tschechen und Slowaken: Wirtschaftliche und soziale Diskrepanzen. In: Abschied von der Tschechoslowakei 54–62, insbesondere 57. – Vgl. auch „Kein Geld für schnelle Konversion“. Prager Zeitung Nr. 9 vom 27. 2. 1992.

<sup>3</sup> Brokl, Lubomír/Mansfeldová, Zdenka: Die letzten Wahlen in der ČSFR 1992 und die Lage danach. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 2/93, Köln 1993, 1. – Die Bedeutungslosigkeit der Föderation gegenüber den Republiken spiegelte sich auch in den Rechtsetzungsakten wider: Während früher die Zahl der Gesetzgebungsakte der Föderalversammlung gegenüber der Republikgesetzgebung sichtbar überwogen hatte, Republikgesetze auch inhaltlich weitestgehend nur Ausführungsgesetze gewesen waren, überstieg nunmehr die Republikgesetzgebung, insbesondere die des Slowakischen Nationalrats, die Zahl der föderalen Gesetze um ein Beträchtliches.

<sup>4</sup> Nr. 327/1991 Sb.

Völkerrechtssubjektivität, Durchführung eines Referendums über die Beziehungen zur Tschechischen Republik. Klaus befürwortete nach wie vor eine freie Marktwirtschaft ohne Abstriche und Zugeständnisse und ging dabei offensichtlich bereits von der unvermeidlichen Spaltung der Föderation aus; er hielt es für seine Aufgabe, in Zusammenarbeit mit dem Nationalrat „ein festes Fundament für eine eigene tschechische Staatlichkeit“ zu entwickeln<sup>5</sup>. Für engere (konföderative) Beziehungen zur Slowakei sah er keine Möglichkeit. Die treibende Kraft zur Aufgabe der Föderation ging zu diesem Zeitpunkt also offensichtlich von der tschechischen Seite aus; die slowakische Seite schien die Beendigung des gemeinsamen Staates nur in Kauf nehmen zu wollen<sup>6</sup>.

Zehn Tage nach den Wahlen<sup>7</sup>, in der bereits dritten Verhandlungsrunde, am 17. Juni 1992, einigten sich die beiden Wahlsieger Klaus und Mečiar über eine föderale Übergangsregierung sowie darüber, daß die Länderparlamente bis zum 30. September 1992 eine Entscheidung über die künftige Staatsform – Föderation oder Konföderation – getroffen haben sollten. Doch schon in der fünften Verhandlungsrunde, am 23. Juli 1992, unterzeichneten sie das sog. politische Abkommen über die Auflösung der Föderation. Die Alternative einer Konföderation war diskutiert, aber schließlich abgelehnt worden. Die Vorstellungen der slowakischen Seite von einer „Union nach Art der Verträge von Maastricht“, allerdings mit getrennten Währungen, hätte nach tschechischer Auffassung „ins Chaos“ geführt<sup>8</sup>.

Die notwendig verkürzte und kursorische Rekapitulation der Ereignisse und Entwicklungen in Richtung auf das Ende der tschechoslowakischen Föderation lassen keinesfalls eine Schuldzuweisung zu. Es gibt verschiedene Gründe, die dafür sprechen, daß ein föderativ organisierter Staat, der allein aus zwei Teilstaaten besteht, von denen der eine größer und wirtschaftlich besser ausgestattet ist als der andere, früher oder später an dieser Ordnung scheitern muß. Doch folgt daraus nicht automatisch, daß der kleinere und wirtschaftlich schwächere Teil die Trennung betreibt; Vernunftgründe könnten eher dagegen sprechen<sup>9</sup>. Im Falle der Tschechoslowakei aber dürften die Wahlen vom Juni 1992, die Wahlprogramme der beiden größten Parteien und die Verhandlungen nach ihrem Wahlsieg offenlegen, daß die treibende Kraft zur Auflösung der Föderation nicht allein und in erster Linie auf Seiten der Slowakei zu suchen ist.

<sup>5</sup> Zu Einzelheiten Brokl / Mansfeldová: Berichte des Bundesinstituts 11 und 17.

<sup>6</sup> Čarnogurský, Jan: Gespräch vom 2. 3. 1993. – Vgl. auch Hahn, Eva: Tschechoslowakei 1992 – ein Ende, das keiner wollte. Das Parlament vom 6. 11. 1992. – U. a.

<sup>7</sup> Zu Einzelheiten u. a. Vodíčka, Karel: Koalitionsabsprache: Wir teilen den Staat! Wahlergebnisse 1992 und deren Folgen für die tschechoslowakische Staatlichkeit. In: Abschied von der Tschechoslowakei 77–106. – Brokl / Mansfeldová: Berichte des Bundesinstituts. – Auch Hoškova: Die Selbstauflösung der ČSFR 691 f.

<sup>8</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> Schönfeld: Europa Archiv 8/1993, 237–238. – Ströbinger, Rudolf: Eine Trennung von den Tschechen wäre für die Slowaken ebenso kostspielig wie unrentabel. Slovenské noviny vom 7. 2. 1992. – Šujan, Ivan: Wirtschaftliche und soziale Folgen der Trennung. In: Abschied von der Tschechoslowakei 153–162.

*Verfassungsordnung und Minderheitenschutz*

Vorarbeiten zu einer eigenen slowakischen Verfassung setzten bereits 1990 ein in einer dafür geschaffenen Sonderkommission unter der Leitung des Vorsitzenden des Obersten Gerichts der slowakischen (Teil-)Republik<sup>10</sup>. Sie erarbeitete bis Mitte 1992 insgesamt drei Entwürfe; ein weiterer Entwurf wurde im November 1991 von der Slowakischen Nationalpartei vorgelegt. Die letzte Formulierung im Sommer 1992 ging verhältnismäßig sehr schnell vor sich<sup>11</sup>. Dennoch vermittelt die Verfassung von ihrer gesamten Anlage wie auch den Einzelregelungen her den Eindruck einer sorgfältigen und durchdachten Arbeit. Die insgesamt 156 Artikel, denen eine Präambel vorangestellt ist, gliedern sich in neun Abschnitte, die teilweise wieder in Unterabschnitte unterteilt sind. Der erste Abschnitt enthält die Grundbestimmungen, der zweite die Grundrechte und -freiheiten, der dritte ist der Wirtschaft der Slowakischen Republik gewidmet, der vierte der territorialen Selbstverwaltung, der fünfte bis siebente Abschnitt regelt die drei Staatsgewalten Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung, der achte enthält Bestimmungen über die Staatsanwaltschaft und der neunte Übergangs- und Schlußbestimmungen. Vergleicht man die Verfassung in Hinblick auf Anlage und Einzelregelungen mit der der Tschechischen Republik, die zum Jahresende 1992 eilig verabschiedet wurde und statt eines Grundrechtsteils lediglich auf die Akte der Grundrechte und -freiheiten verweist, wie sie in der ČSFR als eigenes Verfassungsgesetz am 9. Januar 1991 ergangen war<sup>12</sup>, so vermittelt sie ein besseres Ordnungsdenken und erscheint insoweit wesentlich weniger angreifbar als die tschechische Verfassung. Dennoch wird sie, wenn ihr auch der Charakter einer auf einen demokratischen Rechtsstaat ausgerichteten Grundordnung nicht grundsätzlich abgesprochen wird, vielfach wegen ihres Grundrechtsteils und der unzureichenden Garantie nationaler Minderheitenrechte angegriffen<sup>13</sup>. Kritikwürdig erscheint besonders Artikel 6, der das Slowakische als Staatssprache festlegt<sup>14</sup>. Diese Vorschrift wird dahin interpretiert, daß nationalen Minderheiten der Gebrauch ihrer Sprache vor allem im behördlichen Verkehr nicht gewährleistet sei, insoweit auf ein noch zu erlassendes Gesetz verwiesen werde<sup>15</sup>. Insoweit stehe die slowakische Verfassung auch in Widerspruch mit Artikel 25 der Akte der Grundrechte und -freiheiten oder schränke diesen zumindest ein; die Akte aber sei infolge der Bestimmungen über die Rezeption des tschechoslowakischen Rechts auch in der Slowakei geltendes Verfassungsrecht<sup>16</sup>.

Diese Kritik übersieht allerdings, daß die Verfassung den Rechten der nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen einen eigenen Unterabschnitt widmet, bestehend aus zwei zum Teil umfassenden Vorschriften. Diese sind nahezu identisch mit

<sup>10</sup> Einzelheiten bei Jičínský, Zdeněk/Mikule, Vladimír: Einführung zu den Verfassungstexten. In: Das Ende der Tschechoslowakei 1992 in verfassungsrechtlicher Sicht. Hrsg. v. Karin Schmid und Vladimír Horský. Berlin 1995, 28–33.

<sup>11</sup> Hošková: Die Selbstauflösung der ČSFR 699.

<sup>12</sup> Nr. 23/1991 Sb.

<sup>13</sup> Hošková: Die Selbstauflösung der ČSFR 702.

<sup>14</sup> Ebenda.

<sup>15</sup> So auch mißverständlich Jičínský/Mikule: Das Ende der Tschechoslowakei 48.

<sup>16</sup> Ebenda.

den entsprechenden Artikeln der Akte. So wiederholt Artikel 33 der slowakischen Verfassung wörtlich die Bestimmung des Artikels 24 der Akte, wonach die Zugehörigkeit zu jedweder nationalen Minderheit oder ethnischen Gruppe niemandem zum Nachteil gereichen darf. Die Unterscheidung zwischen „nationaler Minderheit“ und „ethnischer Gruppe“ im Gegensatz zur Akte, die nur von „nationalen und ethnischen Minderheiten“ spricht, zeugt dabei einmal mehr von dem präzisen Ordnungsdenken in der slowakischen Gesetzgebung. Artikel 34 der slowakischen Verfassung über die Rechte der nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen deckt sich im wesentlichen mit Artikel 25 der Akte – und gewährleistet somit unter anderem auch das Recht zum Gebrauch der eigenen Sprache im Verkehr mit den Behörden (Abs. 2 lit. b). Die erwähnte Kritik an der Verfassung entbehrt also der Grundlage. Artikel 34 geht sogar über die Akte hinaus, indem er noch das Recht fest schreibt, „Bildungs- und Kultureinrichtungen zu gründen und zu erhalten“. Er enthält allerdings insoweit eine Einschränkung der Akte, als er in einem zusätzlichen Absatz 3 bestimmt, daß die Ausübung der Rechte nationaler Minderheiten oder ethnischer Gruppen nicht zur Bedrohung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Slowakischen Republik oder zur Diskriminierung ihrer übrigen Bevölkerung führen dürfe. Eine solche Bestimmung erscheint jedoch legitim. Sie macht nicht die Verfassung angreifbar. Sie kann allerdings einer restriktiven Minderheitenpolitik Argumente, wenn auch nicht die Grundlage liefern.

Insgesamt zeigt sich die Politik der Slowakei gegenüber ihren zahlreichen Minderheiten (neben Ungarn und Roma, die gern als ein und dieselbe Ethnie gesehen werden, Polen, Russinen, Ukrainer, Deutsche und, seit der Selbstständigkeit, nun auch Tschechen) eher unauffällig. Das Verhältnis der Slowaken zu den Karpatendeutschen erscheint sogar entspannter als das der Tschechen zu den Sudetendeutschen, wenn Präsident Kováč ihnen gegenüber vom Recht auf Heimat spricht<sup>17</sup>. Angriffe richteten sich jedoch seit jeher gegen die Behandlung der ungarischen Minderheit im slowakischen Staatsverband. Die ungarische Volksgruppe mit über 0,5 Mio. Einwohnern stellt die größte Minderheit, und Forderungen ihrerseits nach autonomen Rechten werden nicht selten als Gefahr für die staatliche Souveränität apostrophiert<sup>18</sup>. Bekannt wurde vor allem der Streit um die zweisprachigen Ortstafeln. So sollten im Juli 1993 auf Anordnung des Verkehrsministeriums alle ungarisch beschrifteten Ortsschilder entfernt werden<sup>19</sup>. Berücksichtigt man den historischen Hintergrund, so erscheint die Anordnung allerdings nicht so schikanös, wie sie in der Presse dargestellt wurde. Bis nach dem Zweiten Weltkrieg waren in der betreffenden Gegend die Ortstafeln zwei-, oft sogar dreisprachig beschriftet, je nachdem, ob auch eine deutsche Minderheit dort ansässig war oder nicht. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sollte gemäß den Beneš-Dekreten die Tschechoslowakei ein rein slawisches Land werden; die Ortstafeln in jener Gegend durften deshalb nur mehr slowakisch beschriftet sein. Da die Beneš-

<sup>17</sup> Rede vor dem 23. Karpatendeutschen Bundestreffen in Karlsruhe (21.–23. Mai 1993). *Karpatenblatt* 6 (1993) 1 ff.

<sup>18</sup> D a h m, Christof: Minderheitenschutz in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa. Pressestimmen zur aktuellen Situation. *Deutschland und seine Nachbarn* 7 (1993) 38–44, hier S. 41.

<sup>19</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. 8. 1993.

Dekrete nach wie vor fortgelten, wie die Tschechoslowakei immer bekräftigte, war eine zweisprachige Beschriftung, wie sie nach 1989 Platz griff, eigentlich rechtswidrig. Andererseits verpflichtete sich die Slowakei für ihre Aufnahme in den Europarat ausdrücklich zur Wahrung der Rechte ihrer ungarischen Minderheit. Angesichts dieser Verpflichtung wie auch verschiedener Pressestimmen im Inland<sup>20</sup> erging schließlich im Juli 1994 ein Gesetz, wonach in den national gemischten Gebieten zweisprachige Ortstafeln aufgestellt werden können<sup>21</sup>. Dieses Gesetz blieb in den Medien allerdings weit weniger beachtet als die Anordnung des Verkehrsministeriums vom Jahr zuvor.

Der Ortstafel-Fall deutet – ebenso wie die Beilegung des Streits um das Staudammprojekt von Gabčíkovo-Nagymaros durch Übergabe des Falls an den Europäischen Gerichtshof oder die kürzlich erfolgte Unterzeichnung des slowakisch-ungarischen Grundlagenvertrages – auf ein Bemühen der Slowakei um Konfliktlösung hin. Dennoch bleiben die slowakisch-ungarischen Beziehungen belastet und werden immer wieder neuen Belastungen ausgesetzt<sup>22</sup> – wie etwa durch das Gesetz über die Staatsprache vom 15. November 1995<sup>23</sup>, das am 1. Januar 1996 in Kraft trat und von den westlichen Medien scharf kritisiert wurde<sup>24</sup>; es verwehre den Minderheiten den Gebrauch ihrer Muttersprache, insbesondere vor den Ämtern.

Tatsächlich deklariert das Gesetz die slowakische Sprache als Staatssprache, die im amtlichen Verkehr, in den staatlichen Behörden einschließlich Militär und Polizei sowie in den Medien und in den Elementar- und weiterführenden Schulen zu gebrauchen ist. Es regelt nicht den Gebrauch von Minderheitensprachen, der ausdrücklich einem besonderen Gesetz vorbehalten bleibt. Von seinem Wortlaut her enthält das Gesetz also noch keine eklatante Benachteiligung der Minderheiten; möglicherweise erleichtert es eine Minderheiten diskriminierende Praxis. Die eigentliche Problematik liegt aber wohl eher darin, daß überhaupt ein solches Gesetz verabschiedet wurde<sup>25</sup>. Minderheitenpolitik verlangt überall und stets äußerst behutsames Vorgehen. Vielleicht sollte sie möglichst wenig durch rechtliche Normen vorprogrammiert werden. Vielleicht steht das erwähnte slowakische Ordnungsdenken einer subtilen Politikführung, wie sie gegenüber Minderheiten verlangt wird, im Wege. Dann bleibt zu hoffen, daß das slowakische Streben in die europäischen Strukturen jedes Ordnungsdenken, das rechtliche Regelungen zu Lasten guter zwischenmenschlicher und zwischenstaatlicher Beziehungen praktizieren lassen könnte, korrigiert.

<sup>20</sup> Slowakische Namen, ungarische Namen, historische Namen ... *Osteuropa* 10 (1994) A673–A576.

<sup>21</sup> Gesetz vom 7. 7. 1994, Nr. 191/1994 Z. z.; s. a. *Neue Züricher Zeitung* vom 9. 7. 1994.

<sup>22</sup> So protestiert die ungarische Minderheit neuerdings wieder gegen Einschränkungen ihrer Sprache im Bildungswesen: „Aufstand der Knöpfe“ in der Slowakei. *Neues Deutschland* vom 4. 7. 1995.

<sup>23</sup> Nr. 270/1995 Z. z.

<sup>24</sup> Siehe z. B. *Neues Deutschland* vom 3. 11. 1995; *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. 11. 1995; *Prager Zeitung* vom 30. 11. 1995; s. a. *Süddeutsche Zeitung* vom 3. 2. 1996: „Sprach-Kommissare belauern Slowaken“.

<sup>25</sup> So lehnte denn auch Ministerpräsident Klaus ein entsprechendes Gesetz für die Tschechische Republik ab, um nicht „nationalistische Untertöne in die Gesetzgebung zu bringen“ – *Süddeutsche Zeitung* vom 19. 1. 1996.

*Demokratie und Rechtsstaatlichkeit*

Seit ihrer Entstehung ist in der Slowakischen Republik die dritte Regierung im Amt, die zweite unter Mečiar. Diese turbulenten politischen Szenenwechsel geben verschiedentlich Anlaß, bei der Slowakei die Fähigkeit zu demokratischer Entwicklung anzuzweifeln<sup>26</sup>. Eine solche Folgerung erscheint allerdings nicht zwingend. Ebenso gut könnten derartig rasante Veränderungen für eine sehr lebendige demokratische Entwicklung sprechen. Es kommt auf die Art und Weise der Regierungswechsel sowie auf die Politikführung insgesamt an, um die Frage nach einer demokratischen Entwicklung zu prüfen.

Den Regierungswechseln gingen zum Teil schwere Spannungen zwischen den Regierungsorganen – Staatspräsident und Regierung – voraus. Im März 1994 eskalieren die Spannungen zum Mißtrauensvotum gegen die erste Regierung Mečiar. Jozef Moravčík wurde als neuer Premier eingesetzt, der eine Rechts-Links-Koalition als Übergangsregierung führte. Aus den vorgezogenen Wahlen im Herbst 1994 ging Mečiar erneut, wenn auch mit knapper Mehrheit, als Wahlsieger hervor, der nunmehr eine Koalition aus seiner HZDS (Bewegung für eine Demokratische Slowakei), der stark national geprägten SNS und der Arbeiterpartei ZRS führt. Die genannten Spannungen wurden also im Rahmen der Verfassung ausgetragen und führten nicht zu einer Verletzung der Verfassung<sup>27</sup>. Trotz ihrer Prägung durch bestimmte Persönlichkeiten bestätigen sie auch nicht die Auffassung, daß die Slowaken einfache, autoritäre Lösungen bevorzugen, ohne die Fähigkeit zu besitzen, Programme zu analysieren<sup>28</sup>. Eher zeigen die dreimaligen Wahlen, daß echte Programme noch nicht gefunden sind und echte Parteien sich noch nicht herausgebildet haben. Die politische Landschaft wird mehr durch Bewegungen und Gruppierungen als durch Parteien im traditionellen Sinn bestimmt. Dies zeigt sich auch darin, daß alle Regierungen Koalitionsregierungen sind. Darin unterscheidet sich die Slowakei auch nicht wesentlich von der Tschechischen Republik. Die Entwicklung zur Demokratie wird allein hierdurch nicht in Frage gestellt; die politische Szene zeigt eine nicht unübliche Vorstufe zur echten parlamentarischen Demokratie; sie weist Züge der unmittelbaren Demokratie auf<sup>29</sup>.

Besorgniserregender erscheint der derzeitige politische Stil der Parlamentsmehrheit: Unmittelbar nach den Wahlen besetzten die drei Regierungsparteien die Posten des Parlamentsvorsitzenden und seiner Stellvertreter und übernahmen den Vorsitz in allen wichtigen Ausschüssen. Die parlamentarischen Ausschüsse widerspiegeln in ihrer Besetzung auch nicht das gesamte Spektrum des im Parlament vertretenen Meinungsprozesses. Wenn aber allein die Mehrheit alle Positionen besetzt hält, geht

<sup>26</sup> Schneider, Eleonora: Die Slowakische Republik im Jahre drei. In: Zwischen Krise und Konsolidierung. Hrsg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Jahrbuch 1994/95. München - Wien 1995, 145–155, hier 152.

<sup>27</sup> Vgl. auch Jičínský/Mikule: Das Ende der Tschechoslowakei 83.

<sup>28</sup> Schneider: Zwischen Krise und Konsolidierung 151.

<sup>29</sup> Vgl. auch Bricke, Dieter: Die Slowakei auf dem Weg in die Europäische Union. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen. Juni 1995, 20–26, m. w. N.

Demokratie verloren<sup>30</sup>. Ebenso bedenklich erscheint auch die Art und Weise parlamentarischer Aufgabenerfüllung: Um den Chef des Sicherheitsdienstes mit einem „ihrer Leute“ zu besetzen, gegen den Willen des Staatspräsidenten und unter Umgehung von dessen Berufungsrecht, wurde auf Vorschlag der HZDS sein Amt im Wege einfacher Gesetzesänderung der Regierung unterstellt<sup>31</sup>. Solche Verhaltensweisen tragen in der Tat undemokratische Züge. Man kann nur hoffen, daß es sich um Entgleisungen handelt und das gegenwärtige Erscheinungsbild des Slowakischen Nationalrats nur vorübergehender Natur ist und den Weg zu echter parlamentarischer Demokratie nicht auf Dauer oder lange Zeit verbauen wird. Anlaß zu Hoffnung gibt die Tatsache, daß die Medien bisher ihre Unabhängigkeit wahren konnten. Die „vierte Gewalt“ im Staat könnte ein Abgleiten in ein autoritäres Regierungssystem verhindern. Hoffen läßt auch die Tatsache, daß sowohl der Staatspräsident als auch der Vorsitzende des Verfassungsgerichts ein Gegengewicht gegen die Gleichschaltungspolitik der Regierung bilden<sup>32</sup>. So hat denn auch das Verfassungsgericht vier Untersuchungsausschüsse im Nationalrat nicht zuletzt wegen ihrer einseitigen Besetzung für verfassungswidrig erklärt – eine Entscheidung, die zu Recht als gegen die Regierung gerichtet angesehen wird<sup>33</sup>. Hoffen läßt schließlich auch wieder das unbeirrbar Streben der Slowakei in die europäischen Strukturen<sup>34</sup>. Insofern könnten die beiden Demarchen der Europäischen Union gegen die derzeitige Politikführung der Slowakei<sup>35</sup> ihre Wirkung nicht verfehlt haben, auch wenn sie unter dem Gesichtspunkt der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates völkerrechtlich nicht unbedenklich erscheinen und Mečiar die Vorwürfe zurückwies<sup>36</sup>.

Der derzeitige politische Stil könnte auch die Entwicklung zum Rechtsstaat gefährden. Allerdings wird der Weg zur Rechtsstaatlichkeit in allen postkommunistischen Staaten vornehmlich durch die Art und Weise gekennzeichnet, in der sie das kommunistische Unrecht in ihrem Land zu bewältigen suchen, sei es durch strafrechtliche oder strafrechtsähnliche Ahndung, sei es durch Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer des Systems.

Das Parlament der Slowakischen Republik hatte bis Februar 1996 keine Gesetze zu einer strafrechtlichen oder strafrechtsähnlichen Ahndung solchen Unrechts verabschiedet. Es gab keine Entsprechung zu dem tschechischen Gesetz über die Wider-

<sup>30</sup> So wörtlich Klose, Hans-Ulrich nach seinem Besuch im Slowakischen Nationalrat vom 6. März 1995. *Transition*, vol. 1, no. 5 vom 14. 4. 1995, 56.

<sup>31</sup> E b e n d a.

<sup>32</sup> Vgl. auch Michael Frank in *Süddeutsche Zeitung* vom 7. 6. 1995.

<sup>33</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. 12. 1995.

<sup>34</sup> Rede von Staatspräsident Michal Kováč bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland – Slowakischer Rundfunk vom 12. 10. 1995 (*Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland* vom 13. 10. 1995).

<sup>35</sup> *Süddeutsche Zeitung* vom 21. 10. 1995; *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. 10. 1995; *Neue Zürcher Zeitung* vom 29. 10. 1995; vgl. auch *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. 10. 1995; „Amerikanische Kritik an der slowakischen Innenpolitik“.

<sup>36</sup> *Süddeutsche Zeitung* vom 18./19. 11. 1995; *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. 11. 1995.

rechtlichkeit des kommunistischen Systems<sup>37</sup>. Ebenso wenig gibt es bis heute eine Entsprechung zu der tschechischen Vorbereitung eines Stasi-Unterlagengesetzes. Allerdings hat die Slowakei das tschechoslowakische Gesetz über die Zeit der Unfreiheit<sup>38</sup> sowie das über die Grenzen hinaus bekannt gewordene Lustrationsgesetz<sup>39</sup> durch Rezeption übernommen und ist damit gehalten, diese Rechtssetzungsakte durchzuführen. Die Durchführung des Gesetzes über die Zeit der Unfreiheit, das im wesentlichen die Fortgeltung der tschechoslowakischen Rechtsordnung feststellte, dürfte keine größeren Schwierigkeiten bereiten. Das Lustrationsgesetz aber wurde und wird in der Slowakei weitgehend ignoriert. Das Gesetz, wonach all jene Personen, die zwischen dem 25. Februar 1948, also gleichsam dem Gründungstag der sozialistischen Tschechoslowakei, und dem 17. November 1989, dem Tag, an dem im Wege der „samtenen Revolution“ das sozialistische System abgeschüttelt wurde, bestimmte im Gesetz aufgeführte Funktionen ausgeübt oder Stellungen bekleidet hatten, solche Funktionen in staatlichen Organen oder Organisationen bis Ende 1996 nicht mehr ausüben dürfen, hatte allerdings bereits in der ČSFR die gesamte rechtspolitische und rechtsethische Problematik der Bewältigung kommunistischen Unrechts offenbart: So betrifft das Gesetz u. a. auch solche Personen, die am Prager Frühling oder an der Charta 77 mitgewirkt hatten, wohingegen manche jener Personen, die zu schweigenden Mitläufern des Regimes gehörten, nicht erfaßt sind. Viele Betroffene fühlen sich ungerecht und „als Abfall“ behandelt. Die Gründe für die weitgehende Nichtanwendung des Gesetzes in der Slowakei dürften in dieser Erfahrung zu suchen sein. Die von einer Lustration bedrohten Slowaken könnten aber auch zu den entschiedenen Gegnern des zentralistisch ausgerichteten Prager Föderalismus gehört haben, die man nicht diskriminieren möchte. Eine Rolle spielen könnte in der in ihren Entscheidungen und Aktionen häufig rationaler als die Tschechische Republik erscheinenden Slowakei auch die Überlegung, daß durch die Lustration zugleich die ohnehin geringe Zahl kompetenter Fachleute in Wirtschaft und Politik noch weiter dezimiert werden könnte. Slowakischem juristischen Ordnungsdenken wäre schließlich auch die Erkenntnis zuzutrauen, daß in der Verfolgung einstiger politischer Funktionäre der Rechtsstaat zugleich an seine Grenzen stößt.

Zu Rehabilitierungen und Entschädigungen von Opfern des kommunistischen Systems hat die Slowakische Republik sich demgegenüber von Anfang an verpflichtet gefühlt, wie aus den zahlreichen Änderungen und Durchführungsbestimmungen zu den einschlägigen tschechoslowakischen Gesetzen zu erkennen ist<sup>40</sup>. Die Durchfüh-

<sup>37</sup> Nr. 198/1993 Sb. Das Anfang Februar 1996 verabschiedete Gesetz über die „Illegalität des kommunistischen Systems“ bezeichnet auch nicht die KP als „verbrecherische Organisation“ – vgl. Neues Deutschland vom 15. 2. 1996.

<sup>38</sup> Nr. 480/1991 Sb.

<sup>39</sup> Gesetz über die Festlegung einiger weiterer Voraussetzungen für die Ausübung einiger Funktionen in staatlichen Organen und Organisationen der ČSFR, der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik vom 4. Oktober 1991, Nr. 451/1991 Sb.

<sup>40</sup> Zu Einzelheiten Schmid, Karin: Zur juristischen Bewältigung kommunistischen Unrechts in der Slowakischen Republik. In: Juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts in Osteuropa und Deutschland. Hrsg. von Georg Brunner. Berlin 1995, 104–116, hier S. 110–112.

rung der tschechoslowakischen rezipierten oder eigenen Gesetze scheint auch zu keiner Zeit Probleme bereitet zu haben. Die Rückgabe von Eigentum an Kirchen und Klöster vollzieht sich sogar reibungsloser und unproblematischer als in der Tschechischen Republik.

Grundlage der Restitution an Kirchen und Religionsgemeinschaften ist nicht das rezipierte Gesetz der ČSFR über die Regelung einiger vermögensrechtlicher Verhältnisse der Orden und Kongregationen sowie des Erzbistums Olmütz<sup>41</sup>, sondern ein neues Gesetz der Slowakischen Republik<sup>42</sup>. Die slowakische Regierung hatte bereits ein halbes Jahr nach der Unabhängigkeit, am 20. Juli 1993, einen entsprechenden Entwurf vorgelegt, was darauf hindeutet, daß das Verhältnis des (neuen) Staates zu seinen Kirchen und Religionsgemeinschaften von aktueller politischer Relevanz geworden sein mußte. Zum Teil wurde dieser Vorstoß auch als Versuch der Regierung Mečiar gewertet, ihre seit den Wahlen vom Juni 1992 ständig weiter gesunkene Popularität zurückzugewinnen<sup>43</sup>. Tatsächlich waren die Kirchen nach der „samtenen Revolution“ 1989 wie auch nach dem Ende der ČSFR 1992 vom Staat finanziell weitestgehend abhängig geblieben. Es gab kaum Mittel zur Unterhaltung der Gebäude und Durchführung karitativer Maßnahmen. So war denn auch der Gesetzesvorlage ein Vorstoß der römisch-katholischen Kirche vorangegangen; in einer Stellungnahme vom 6. Juli 1993 forderte sie die entschädigungslose Rückgabe allen Vermögens, das ihr seit dem Zweiten Weltkrieg enteignet worden war.

Das gesamte kirchliche Eigentum ist schwer zu schätzen. Das slowakische Kulturministerium geht von 150 000 ha Eigentum aus, worunter 10 000 ha Wald und 50 000 ha Ländereien fallen sollen, insgesamt ca. 1,5 Prozent der gesamten slowakischen Landfläche. Erwartet werden daneben Rückgabeforderungen von 2 300 historischen Bauwerken, darunter ca. 1 050 Gebäuden, die derzeit als Krankenhäuser oder soziale Einrichtungen sowie als Schulen genutzt werden.

Ungeachtet der mit der Rückgabe derartigen Vermögens verbundenen Probleme, sah die Regierungsvorlage die Restitution allen Eigentums vor, das den christlichen Kirchen seit dem 8. Mai 1945 und der jüdischen Gemeinde seit dem 2. November 1938 im Enteignungswege entzogen worden war, ausgenommen allerdings solchen Landes, auf dem der Staat Schulen, Krankenhäuser und andere soziale Einrichtungen errichtet hatte. Ungeachtet auch aller Problematik, wurde die Regierungsvorlage von nahezu allen Parteien begrüßt; allein die Partei der Demokratischen Linken (SDL) wandte sich gegen die Rückgabe der Ländereien und Wälder und wollte den Kirchen auch nur so viel an Eigentum rückerstattet wissen, als diese zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben benötigten. Das Parlament brachte zwei Monate später einen eigenen Entwurf ein, wonach auch bereits im Wege der Privatisierung erworbenes Eigentum zurückzugeben war. Gegen diese Bestimmung aber legte Präsident Kováč sein Veto ein, da sie seiner Ansicht nach gegen die in der slowakischen Verfassung festgeschriebene Eigentumsgarantie verstieß. Das Parlament verabschiedete daraufhin am 27. Oktober 1993

<sup>41</sup> Gesetz vom 19. Juli 1990, Nr. 403/1990 Sb.

<sup>42</sup> Nr. 282/1993 Z. z., in Kraft seit 1. 1. 1994.

<sup>43</sup> Fisher, Sharon: Church Restitution Law Passed in Slovakia. RFE/RL Research Report, vol. 2, no. 46 vom 19. 11. 1993.

eine geänderte Fassung, wonach vor allem landwirtschaftliche Genossenschaften und Handelsgesellschaften kirchliches Eigentum nicht ohne Entschädigung zurückzugeben brauchten, wenn sie es rechtmäßig erworben hatten. Die einzelnen legislatorischen Schritte offenbarten zugleich ein erstaunliches Maß gesetzgeberischer Kultur, und es konnte mit diesem Gesetz der Schlußstrich unter das Kapitel Restitution kirchlichen Eigentums gezogen werden. In der Tschechischen Republik zeichnet sich ein derartiger Schlußstrich noch nicht ab.

### *Privatisierung und wirtschaftliche Entwicklung*

Zum kommunistischen Unrecht zählt nicht zuletzt die Negierung und Mißachtung von Privateigentum. Zur Bewältigung kommunistischen Unrechts wie auch zur Verhinderung ähnlicher Machtkonstellationen, wie sie kommunistischen Regimen eigen waren, ist deshalb die Garantie des Eigentums besonders wichtig. Die Privatisierungsprogramme der postkommunistischen Staaten besitzen daher nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern vor allem auch einen politischen Wiedergutmachungsaspekt.

In der ČSFR wurde zunächst die „kleine Privatisierung“, die Übertragung von Staatseigentum an einigen Sachen auf andere juristische oder natürliche Personen, in die Wege geleitet<sup>44</sup>. Sie wurde noch vor dem Ende der ČSFR im wesentlichen abgeschlossen. Die „große Privatisierung“, d. h. die Coupon-Privatisierung, wonach die Erwerber von Coupons im Laufe verschiedener Privatisierungswellen zu Eigentümern beziehungsweise Miteigentümern der in Handelsgesellschaften umzuwandelnden ehemals großen Staatsbetriebe werden konnten<sup>45</sup>, wurde demgegenüber langsamer angegangen, und die neue Slowakische Republik war mit dem Erbe der ersten Privatisierungswelle, durch die auch so wichtige slowakische Industriezweige wie die Waffenproduktion betroffen und zum Erliegen gekommen waren, belastet. Dies mag einer der Gründe dafür gewesen sein, daß die große Privatisierung nur schleppend fortgesetzt wurde. So war in der ersten Regierung Mečiar auch zeitweise der Posten des Privatisierungsministers vakant. Auch versuchte die Regierung, die zweite Privatisierungswelle statt durch Coupon-Privatisierung durch Direktverkäufe aufgrund von Ausschreibungen zu realisieren. Damit war wiederum Schiebung und Korruption der Weg geöffnet. Der Sturz der ersten Regierung Mečiar könnte durch diese Form der großen Privatisierung mitverursacht worden sein. Die Regierung Moravčík kehrte denn auch wieder zur Methode der Coupon-Privatisierung zurück. Drei Wochen vor den vorgezogenen Wahlen vom 29. September und 1. Oktober 1994 genehmigte Moravčík noch den Verkauf von Staatsvermögen in Höhe bis zu rund 250 Mrd. Kronen – bislang eines der größten Privatisierungsprojekte eines Staates. Die neue Regierung Mečiar kehrte wieder zur Form der Direktverkäufe zurück. Mit ihr wird zwar der Gefahr, daß durch viele Kleinaktionäre große und prosperierende Unternehmen zersplittert und in ihrer Existenz bedroht werden, entgegengesteuert. Andererseits sind Korruption und anderen Unregelmäßigkeiten erneut die Tore geöffnet. Wenn auch der Trend zu Direktverkäufen gerade bei großen Unternehmen

<sup>44</sup> Gesetz vom 25. Oktober 1990, Nr. 427/1990 Sb., i. d. F. der späteren Vorschriften.

<sup>45</sup> Geregelt durch das inzwischen mehrfach geänderte Gesetz Nr. 92/1991 Sb.

allgemein – auch in der Tschechischen Republik – erkennbar wird, so gibt er in der Slowakei insofern verstärkt Anlaß zur Sorge, als hier zugleich Strafbestimmungen über die Bestechung (§§ 161, 162 Abs. 2 und 163) aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wurden<sup>46</sup>. Der Verdacht kommt auf, daß die Regierung Mečiar sich und ihre Leute straflos zu bereichern beabsichtigt. Immerhin hat das Verfassungsgericht die Absicht Mečiar's, die Coupon-Privatisierung der Regierung seines Vorgängers Moravčik wieder rückgängig zu machen, für verfassungswidrig erklärt<sup>47</sup>.

Insgesamt ist die wirtschaftliche Entwicklung der Slowakei entgegen allen gegenteiligen Voraussagen positiv zu bewerten. Wenn auch ihre wirtschaftliche Ausgangsposition im Zeitpunkt der Selbständigkeit auffallend schlechter war als die der Tschechischen Republik, so sind sowohl Inflationsrate wie auch Arbeitslosenquote weiterhin rückläufig. Ihre Orientierung nach Osten, etwa auf den ukrainischen Markt, sollte nicht als bedenklich angeprangert werden. Auch die Tschechische Republik strebt inzwischen wieder verstärkt wirtschaftliche Beziehungen zu Rußland und der Ukraine an. Beide Nachfolgestaaten der ČSFR dürften erkannt haben, daß der Verlust der östlichen Märkte Schwierigkeiten mit sich gebracht hat, die es auszugleichen gilt. Ein weiterer Ausgleich wird ebenfalls beiderseits in der Entwicklung der mitteleuropäischen Freihandelszone (CEFTA) gesehen. Auch insofern steht die Slowakei der Tschechischen Republik nicht nach.

### Fazit

Es ist nicht zu übersehen und zu leugnen, daß die Slowakei nach ihrer Selbständigkeit am 1. Januar 1993 wesentlich schlechtere Startbedingungen besaß als ihre einstige Brudernation. Dennoch haben die zahlreichen Schwierigkeiten nicht das vorhergesagte Chaos verursacht. Die wirtschaftliche Entwicklung der Slowakei ist insgesamt positiv zu bewerten. Auch was die Entwicklung des Rechtsstaates angeht, vor allem in der Bewältigung kommunistischen Unrechts, kann die Slowakei keineswegs als rückständig beurteilt werden; hinsichtlich der Restitution kirchlichen Eigentums ist sie sogar weiter gediehen als die Tschechische Republik. Ebenso erscheint die Slowakei in bezug auf die rechtliche wie auch die tatsächliche Behandlung ihrer Minderheiten, auch ihrer ungarischen Minderheit, insgesamt nicht so angreifbar, wie die Medien manchmal weismachen. Und die Ursachen zur Trennung der einstigen Tschechoslowakei dürfen nicht in einem slowakischen Nationalismus oder Separatismus gesucht werden, sondern in erster Linie in den verhärteten Fronten zweier Politiker, und es war der tschechische, der den letzten Anstoß gegeben haben dürfte. Anlaß zur Sorge gibt allerdings das derzeitige Bild von „Demokratie“-Praktizierung. Hier ist die Staaten- und Völkergemeinschaft, ist vor allem Europa, in dessen Strukturen die Slowakische Republik aufgenommen werden will, aufgerufen, Hilfe zu leisten, damit der durchaus vielversprechende neue slowakische Staat nicht in ein autoritäres System verfällt. Nicht zuletzt deshalb aber sollte dieser Staat nicht länger nur in der Relation

<sup>46</sup> Nr. 102/1995 Z. z.

<sup>47</sup> Süddeutsche Zeitung vom 7. 6. 1995.

zur Tschechischen Republik gesehen werden. Ihre eigenständigen und keineswegs immer falschen politischen Wege haben die Slowakische Republik schon längst aus dem Schatten des einstigen „großen Bruders“ heraustreten lassen, und es vermittelt ein falsches, zumindest schiefes Bild von ihr und könnte bedenklich sein, sie weiterhin an diesem zu messen. Losgelöst aus dem Schatten des tschechischen Nachbarstaates, kann sie – vielleicht sogar besser als dieser – eine echte Brückenfunktion zwischen Ost und West wahrnehmen und sich so zu einem stabilisierenden Faktor in Mitteleuropa entwickeln.

## DIE SLOWAKISCHE HISTORIOGRAPHIE IN DEN JAHREN 1990–1994

*Von Pavol Petruf*

Ziel dieses Beitrags ist eine knappe Charakterisierung der Entwicklung der slowakischen Historiographie nach dem November 1989 und die Darstellung einiger ihrer wichtigsten Ergebnisse. Der Beitrag ist in drei Teile gegliedert: Der erste weist auf einige allgemeine Tendenzen der historischen Forschung im hier untersuchten Zeitraum hin, der zweite informiert in Umrissen über die historische Forschung zur Geschichte der Slowakei, der dritte über Forschungen zur allgemeinen Geschichte. Einige zusammenfassende Bemerkungen schließen diesen kurzen Überblick ab.

Der Zusammenbruch des totalitären politischen Regimes, das sich als allzuständig betrachtete und in alle Bereiche menschlicher Tätigkeit einschließlich der Wissenschaft eingriff, führte nach dem November 1989 zur Beseitigung der politischen und ideologischen Manipulation der Geschichtswissenschaft und zur Wiederherstellung der Freiheit wissenschaftlicher Forschung überhaupt. Dies machte sich in der Folgezeit auf zwei Ebenen bemerkbar: Zum einen boten sich den Historikern unvergleichlich größere Möglichkeiten, ihre Forschungsaufgaben im Einklang mit den sachlichen Erfordernissen der Historiographie als einer wissenschaftlichen Disziplin festzulegen, zum anderen verlor die Selbstzensur ihren Sinn, die jahrzehntelang die Persönlichkeit des Historikers und damit auch die Historiographie selbst deformiert hatte. Die historische Forschung konnte nun auch wieder auf diejenigen Historiker zurückgreifen, die unter kommunistischer Herrschaft geächtet und mit Berufsverbot belegt worden waren, sich zugleich aber auch den slowakischen Historikern im Exil öffnen, die maßgeblich dazu beitrugen, viele Aspekte der slowakischen Geschichte in neuem Licht erscheinen zu lassen. Die historische Forschung enttabuisierte sich, und eine Reihe von Schlüsselfragen vor allem der modernen slowakischen Geschichte, deren Interpretation jahrelang durch schematische Erklärungsmuster geprägt worden war, wurde nun Gegenstand wissenschaftlicher Kontroversen, die zum Abbau von Legenden und besseren Einsichten in diese Schlüsselfragen führten. Die slowakische Historiographie ist somit nach dem November 1989 – trotz einiger andauernder Unzulänglichkeiten, deren Beseitigung längere Zeit erfordern wird, und trotz neuer Probleme, die sich aus der schwierigen Finanzierungslage im Bereich der Forschung ergeben – thematisch reichhaltiger geworden, in ihren Konzeptionen und Auffassungen differenzierter, wissenschaftlich produktiver und der gesellschaftlichen Entwicklung förderlicher.

Die institutionelle Grundlage der Geschichtswissenschaft kann angesichts des knappen Raumes, der hier zur Verfügung steht, nur gestreift werden. Im Kern hat sich diese Grundlage – verglichen mit der Zeit vor dem November 1989 – nicht verändert: Verschwunden sind nur einige wenig produktive oder kontraproduktive historische

Einrichtungen, wie beispielsweise das Institut für Geschichte des Marxismus-Leninismus des ZK der Kommunistischen Partei der Slowakei, das Institut für wissenschaftlichen Atheismus der Slowakischen Akademie der Wissenschaften u. a. Hinzu kamen auf der anderen Seite neue wissenschaftliche Arbeitsstätten, die sich an der historischen Forschung beteiligen, so etwa die Universität in Trnava und das Politologische Kabinett der Slowakischen Akademie der Wissenschaften. Ein Teil der wissenschaftlichen Einrichtungen hat seinen Namen geändert oder kehrte zu früheren Bezeichnungen zurück, grundlegende Veränderungen im institutionellen Bereich wurden jedoch im übrigen nicht vorgenommen. Einzige Ausnahme in dieser Hinsicht bildet das Slowakische Historische Institut in Rom<sup>1</sup>, das 1991 gegründet wurde und die Aufgabe hat, die Materialien des vatikanischen Geheimarchivs zu sichten und auf ihrer Grundlage Quellenverzeichnisse zur Geschichte der Slowakei anzufertigen bzw. zu komplettieren.

Die wichtigsten wissenschaftlichen Einrichtungen, in denen historische Forschung stattfindet, sind demnach gegenwärtig: das Historische und das Archäologische Institut sowie das Politologische Kabinett der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, das Militärgeschichtliche Institut, das Institut für die Geschichte des Slowakischen Nationalaufstandes, die historische Sektion der Matica slovenská, die historische Abteilung des Slowakischen Nationalmuseums, die Lehrstühle für Geschichte an den slowakischen Universitäten sowie noch einige weitere Arbeitsstellen, zu denen u. a. das Nationalarchiv der Slowakischen Republik gehört.

Während sich die Struktur der historischen Arbeitsstellen im ganzen nicht gewandelt hat, traten in der Organisation der historischen Forschung doch nicht unerhebliche Veränderungen ein, insbesondere durch die Einführung des Stipendien-Systems, das im Vergleich zu früheren Jahren eine bessere Nutzung der Arbeitskapazität einzelner Historiker oder Gruppen von Historikern ermöglicht. Obwohl das Stipendien-System insgesamt nicht so funktioniert, wie man sich dies ursprünglich vorgestellt hatte, entwickelte es sich seit Beginn der neunziger Jahre doch zu einem wichtigen innovativen Faktor im Prozeß der Festlegung der Forschungsaufgaben und hat zumindest dazu beigetragen, daß diese Aufgaben in angemessener Zeit erfüllt werden können.

Ein spezifisches (wenn auch keineswegs neues) Merkmal der slowakischen Historiographie in den Jahren 1990–1994 ist ihre ausgeprägte Orientierung an der Erforschung der nationalen Geschichte. Im Rahmen dieser Ausrichtung hat sich die Geschichtswissenschaft auf einige herausragende Themenkomplexe konzentriert, die – ohne hier einen vollständigen Überblick geben zu wollen – vor allem die Fragen der Ethnogenese der Slowaken betreffen, die Emanzipation der slowakischen Nation, ihre staatsrechtlichen Bestrebungen besonders in der neueren und neuesten Geschichte, die Nationalitätenproblematik und die ethnischen Verhältnisse in der Slowakei, die Beziehungen der slowakischen Nation zu ihren Nachbarvölkern und -staaten, Fragen der politischen Geschichte der Slowakei unmittelbar nach dem Ende des

---

<sup>1</sup> Chalupecký, Ivan: Poslanie a činnosť Slovenského historického ústavu v Ríme [Aufgabe und Tätigkeit des Slowakischen Historischen Instituts in Rom]. Slovenská archivistika 27/2 (1992) 156–158.

Zweiten Weltkrieges und die Problematik der slowakischen Auswanderung. Im Rahmen dieser zentralen Themenkreise, die eine Art Achse der historischen Forschung auf dem Gebiet der slowakischen Geschichte bilden, hat die Historiographie ihre Aufmerksamkeit einem breiten Spektrum von Teilfragen gewidmet (von einigen wird im folgenden noch die Rede sein), wobei sie zahlreiche Probleme und Themen nicht umgehen konnte, die mit den genannten zentralen Themenbereichen zwar nicht unmittelbar zusammenhängen, gleichwohl einen natürlichen und ebenso wichtigen Bestandteil der historischen Forschung in ihrer gesamten chronologischen Ausdehnung darstellen. Zu diesen Themen gehören einzelne Fragen der politischen und militärischen Geschichte in verschiedenen Zeitabschnitten<sup>2</sup>, die in der slowakischen Historiographie sehr selten behandelte Problematik der Geheimbünde<sup>3</sup>, verschiedene Aspekte der Wirtschaftsgeschichte<sup>4</sup>, der Agrargeschichte<sup>5</sup>, der Stadtgeschichte<sup>6</sup>, der

<sup>2</sup> Vgl. dazu beispielsweise Brezáková, Blanka: Politický zápas Anjouovcov o uhorskú korunu [Der politische Kampf der Anjou um die ungarische Krone]. HČ 39/6 (1991) 569–587. – Kachnič, Pavol: Pobyt profesora T. G. Masaryka v Bystričke a jeho kontakty so slovenskou národnou reprezentáciou v rokoch 1887–1900 [Der Aufenthalt Professor T. G. Masaryks in Bystrička und seine Kontakte zur slowakischen nationalen Repräsentation in den Jahren 1887–1900]. In: Na prelome času [An der Zeitenwende]. Banská Bystrica 1991, 140–162, – Dangl, Vojtech: Počiatková fáza bitky pri Komarówe a činnosť VI. košického zboru [Der Auftakt zur Schlacht bei Komarów und die Tätigkeit des VI. Kaschauer Korps]. HČ 40/4 (1992) 422–427. – Hronský, Marián: Priebeh vojenského konfliktu ČSR s Maďarskom roku 1919 [Der Verlauf des militärischen Konflikts zwischen der ČSR und Ungarn im Jahr 1919]. HČ 41/5–6 (1993) 583–621.

<sup>3</sup> Lipták, Ľubomír: Slobodní murári na Slovensku v období dualizmu [Die Freimaurer in der Slowakei in der Zeit des Dualismus]. HČ 39/1 (1991) 28–48.

<sup>4</sup> Bartl, Július: Desiatky ostrihomského arcibiskupstva z rokov 1435 a 1437 ako prameň k dejinám vinohradníctva v 15. storočí [Der Zehnte des Esztergomer Erzbistums in den Jahren 1435 und 1437 als Quelle zur Geschichte des Weinbaus im 15. Jahrhundert]. Zborník Filozofickej fakulty UK – Historica 39–40 (1991) 187–194. – Irša, Rudolf: Holčícka manufaktúra. Dejiny. Črepnisko z roku 1789 [Die Manufaktur in Holič. Ihre Geschichte. Die Scherbengrube aus dem Jahr 1789]. Skalica 1991. – Nemeskürthyová, Ľudmila: Pohľad na život v cechoch na Slovensku v 16. storočí [Ein Blick auf das Leben der Zünfte in der Slowakei im 16. Jahrhundert]. Zborník Slovenského národného múzea 85 (1991) 9–26. – Lipták, Ľubomír: Smaltovnický priemysel na Slovensku do roku 1918 [Das Mälzereiwesen in der Slowakei bis zum Jahre 1918]. E b e n d a 86 (1992) 87–108.

<sup>5</sup> Baďurík, Jozef: Malokarpatské vinohradníctvo v 16. storočí [Der Weinbau in den Kleinen Karpaten im 16. Jahrhundert]. Bratislava 1990. – Holec, Roman: Poľnohospodárstvo na Slovensku v poslednej tretine 19. storočia [Die Landwirtschaft in der Slowakei im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts]. Bratislava 1991. – Prelovská, Daniela: Rolnícke pomery v Nitrianskej stolici vo svetle súpisov tereziánskej urbárskej regulácie [Die bäuerlichen Verhältnisse im Gerichtsbezirk Neutra im Lichte der Einwohnerverzeichnisse der Theresianischen Urbarialregulierung]. Agrikultúra 23 (1991) 31–48. – Horváth, Pavol: K počiatkom pestovania d'ateliny a zemiakov na Slovensku [Zu den Anfängen des Klee- und Kartoffelanbaus in der Slowakei]. E b e n d a 49–70. – Cambel, Samuel: Sociálno-ekonomické a politické východiská slovenskej pozemkovej reformy 1938–1945 [Die sozialökonomischen und politischen Ausgangspunkte der slowakischen Bodenreform 1938–1945]. HČ 41/5–6 (1993) 654–668.

<sup>6</sup> Duchoň, Jozef: Úvahy o najstaršom územnom vývoji mesta Košic [Überlegungen zur ältesten territorialen Entwicklung der Stadt Kaschau]. HČ 39/3 (1991) 294–315. – Dobrotková, Marta: Sociálna štruktúra mesta Trenčín v 18. storočí [Die soziale Struktur der Stadt

Geschichte von Wissenschaft, Technik, Kultur und Kunst<sup>7</sup> sowie die Bereiche der demographischen Entwicklung und der Siedlungsgeschichte<sup>8</sup>. Hier sind interessante Ergebnisse vorgelegt worden, die zum besseren Verständnis wenig bekannter und bisher unzureichend bearbeiteter Teilgebiete der slowakischen Geschichte beitragen. Was die oben erwähnten zentralen Themenkomplexe betrifft, so zielen die Forschungen zur Problematik der Ethnogenese der Slowaken vor allem auf die Frage der alten slowakischen Besiedlung in der südlichen Slowakei und im nördlichen Ungarn<sup>9</sup>. Unter chronologischen Gesichtspunkten kann man dieser Thematik auch die Forschungen zu verschiedenen Aspekten der großmährischen Geschichte zuordnen<sup>10</sup>.

Im Blick auf die nationalemanzipatorischen und staatsrechtlichen Bestrebungen der Slowaken setzte sich die Forschung im wesentlichen das Ziel, den Einfluß der wirt-

Trenčín im 18. Jahrhundert]. *Zborník Filozofickej fakulty UK – Historica* 38 (1991) 23–58.  
– Kohútová, Mária: Mestotvorný proces na Záhori do konca 14. storočia [Der Stadtbildungsprozess im Gebiet Záhori bis zum Ende des 14. Jahrhunderts]. *HČ* 42/3 (1994) 401–408.

<sup>7</sup> Hrabovec, Ivan: Z dejín botaniky a zoológie na Slovensku do polovice 19. storočia [Aus der Geschichte der Botanik und der Zoologie in der Slowakei bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts]. Bratislava 1990. – Junas, Ján: Lekári a spoločnosť v 19. storočí na Slovensku [Ärzte und Gesellschaft im 19. Jahrhundert in der Slowakei]. Martin 1990. – Banáry, Boris: Slovenské národné obrodenie v hudbe [Die slowakische nationale Wiedergeburt in der Musik]. Martin 1990. – Hulková, Marta: Das Musikleben in Städten der Zips (Spiš) am Ende des 16. und im 17. Jahrhundert. *Zborník Filozofickej a Pedagogickej fakulty UK – Musaica* 21 (1991) 85–104. – Kowalská, Eva: Kráľovská akadémia v Bratislava na prelome 18. a 19. storočia [Die Königliche Akademie in Bratislava an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert]. In: Kapitoly z vedeckého života v Bratislave [Kapitel aus dem wissenschaftlichen Leben in Bratislava]. Bratislava 1991, 27–38. – Vožár, Jozef: Vplyv slovenského baníctva na formovanie vedeckého profilu Ignáca Borna [Der Einfluß des slowakischen Bergbaus auf die Herausbildung der wissenschaftlichen Auffassungen von Ignaz Born]. *HČ* 41/3 (1993) 244–258. – Hallon, L'udovít: Vývoj technickej základne priemyslu na Slovensku v rokoch 1924–1930 [Die Entwicklung der technischen Grundlage der Industrie in der Slowakei in den Jahren 1924–1930]. *HČ* 41/1 (1993) 36–49. – Tibenský, Ján: Úsilie Adama Františka Kollára o organizáciu vedeckého života v Uhorsku v 18. storočí a Daniel Trstiansky [Die Bemühungen von Adam František Kollár um die Organisation des wissenschaftlichen Lebens in Ungarn im 18. Jahrhundert und Daniel Trstiansky]. *HČ* 42/3 (1994) 446–454.

<sup>8</sup> Kohútová, Mária: Demografický a sídlitný obraz západného Slovenska [Das demographische und siedlungsgeschichtliche Bild der Westslowakei]. Bratislava 1990. – Uličný, František: Dejiny osídlenia Šariša [Die Geschichte der Besiedlung von Šariš]. Košice 1990. – Šalamon, Pavol: Demografický vývoj Košic v rokoch 1848–1870 [Die demographische Entwicklung Kaschaus in den Jahren 1848–1870]. 1. *Slovenská archivistika* 26/1 (1991) 56–77. – Ders.: Demografický vývoj Košic v rokoch 1870–1918. *Ebenda* 26/2 (1991) 44–61.

<sup>9</sup> Sedlák, Vincent: Historicko-spoločenský vývin Slovanov v dunajsko-karpatскеj oblasti so zreteľom na predkov Slovákov [Die historisch-gesellschaftliche Entwicklung der Slawen im Donau-Karpatengebiet unter Berücksichtigung der Vorfahren der Slowaken]. *Slavica Slovaca* 27/2 (1992) 177–185. – Ders.: Začiatky nemeckého osídlenia bratislavského Záhoria [Die Anfänge der deutschen Besiedlung des Gebiets jenseits der Berge um Bratislava]. *HČ* 41/3 (1993) 233–243.

<sup>10</sup> Kučera, Matúš: Postavy veľkomoravskej histórie [Gestalten der großmährischen Geschichte]. Martin 1991. – Marsina, Richard: Poloha a rozloha Veľkej Moravy [Lage und Ausdehnung Großmährens]. *Slavica Slovaca* 27/1 (1992) 4–14.

schaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung in der Slowakei, slowakischer politischer Persönlichkeiten und der Partei wie auch der internationalen Situation auf diese Bewegung darzustellen. Untersuchungen zu dieser Thematik decken vor allem den Zeitraum von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahr 1970 ab<sup>11</sup>. Zu diesem Forschungskomplex gehören Darstellungen, die Teilfragen aufgreifen, wie etwa die tschechisch-slowakischen Beziehungen in der tschechisch-slowakischen Auslandsaktion im Ersten Weltkrieg<sup>12</sup>, die slowakischen Initiativen zur Umwandlung des politischen Systems der Tschecho-Slowakei in der Zwischenkriegszeit<sup>13</sup>, das slowakische Problem im politischen System der Tschecho-Slowakei<sup>14</sup>, die militär- und geopolitischen Aspekte der Entwicklung der Slowakei in den Jahren 1938–1945<sup>15</sup> und eine Reihe anderer partieller Untersuchungsfelder, die mit der nationalen und staatsrechtlichen Bewegung der Slowaken zusammenhängen<sup>16</sup>.

- <sup>11</sup> Škvarna, Dušan: Slovenské štátoprávne predstavy a pokusy [Die slowakischen staatsrechtlichen Vorstellungen und Bestrebungen]. HČ 38/4 (1990) 470–499. – Podrimavský, Milan: Obraz národnej emancipácie v rokoch 1848–1918 [Das Bild der nationalen Emanzipation in den Jahren 1848–1918]. HC 39/4–5 (1991) 12–27. – Kowalská, Eva: Národný vývoj Slovákov do roku 1918. Problémy počiatkov [Die nationale Entwicklung der Slowaken bis zum Jahr 1918. Probleme der Anfänge]. Slovenské pohľady 109/1 (1992) 94–97. – Tibenský, Ján: Funkcia cyrilometodskej a veľkomoravskej tradície v ideológii slovenskej národnosti [Die Funktion der kyrillo-methodianischen und großmährischen Tradition in der Ideologie der slowakischen Nationalität]. HČ 40/5 (1992) 579–594. – Magdolenová, Anna: Národná a štátna idea v diele Františka Hrušovského [Die nationale und staatliche Idee im Werk František Hrušovskýs]. HČ 41/5–6 (1993) 684–692. – Krajčovič, Milan: Medzinárodné podmienky slovenského národného hnutia 19. storočia [Die internationalen Bedingungen der slowakischen nationalen Bewegung des 19. Jahrhunderts]. HČ 41/5–6 (1993) 551–566. – Macho, Peter: Konceptia historicko-politickej individuality Slovenska v kontexte štátoprávnych hnutí národov habsburskej monarchie v 60. rokoch 19. storočia [Die Konzeption der historisch-politischen Individualität der Slowakei im Kontext der staatsrechtlichen Bewegungen der Völker der Habsburgermonarchie in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts]. Historické štúdie 35 (1994) 23–48. – Písch, Mikuláš: Zahraničopolitické reflexie slovenského národného hnutia na prahu svetovej vojny [Außenpolitische Reflexionen der slowakischen nationalen Bewegung an der Schwelle zum Weltkrieg]. HČ 42/1 (1994) 44–55.
- <sup>12</sup> Kováč, Dušan: Česko-slovenské vzťahy v 1. česko-slovenskom zahraničnom odboji [Die tschecho-slowakischen Beziehungen im ersten tschecho-slowakischen Widerstandskampf im Ausland]. In: Cestami česko-slovenské vzájemnosti [Auf den Wegen der tschecho-slowakischen Wechselseitigkeit]. Liberec 1993, 61–68.
- <sup>13</sup> Bartlová, Alena: Slovenské návrhy na transformáciu politického systému medzivojnového Česko-Slovenska [Die slowakischen Vorschläge zur Umgestaltung des politischen Systems der Tschecho-Slowakei in der Zwischenkriegszeit]. In: Masarykova idea československé státnosti ve světle kritiky dějin [Masaryks Idee der tschechoslowakischen Staatlichkeit im Lichte der Kritik der Geschichte]. Praha 1993, 89–95.
- <sup>14</sup> Slovensko v politickom systéme Československa [Die Slowakei im politischen System der Tschechoslowakei]. Hrsg. von Valerián Bystrický. Bratislava 1992.
- <sup>15</sup> Vojenskopolitické a geopolitické súvislosti vývoja Slovenska v rokoch 1918–1945 [Militär- und geopolitische Zusammenhänge der Entwicklung der Slowakei 1918–1945]. Trenčín 1992.
- <sup>16</sup> Bystrický, Valerián: Zahraničopolitické aspekty obrany Česko-Slovenska [Außenpolitische Aspekte der Verteidigung der Tschecho-Slowakei]. E b e n d a 60–77.

Im Anschluß an derartige Forschungen ging die slowakische Historiographie auch stärker auf die Versuche ein, der Slowakei vor dem Zweiten Weltkrieg Autonomie zu sichern<sup>17</sup>, und ließ – verglichen mit den vorangegangenen Jahrzehnten – ein tieferes Interesse an den Persönlichkeiten des slowakischen politischen und öffentlichen Lebens vor allem, aber nicht ausschließlich im 20. Jahrhundert erkennen<sup>18</sup>. Dieses Interesse rührte einerseits daher, daß die slowakische Geschichte unter den ideologischen Voraussetzungen der vergangenen Jahrzehnte, denen sich die Historiker weitgehend anzupassen pflegten, in unangemessener Weise „entpersonalisiert“ worden war, entsprang jedoch andererseits dem Bedürfnis, die Protagonisten der slowakischen Politik neu zu würdigen, die zwar ihren Platz in der Geschichte des Landes hatten, jedoch tendenziös, ja sogar abwertend dargestellt zu werden pflegten. So erschienen mehrere Arbeiten über Andrej Hlinka<sup>19</sup>, Jozef Tiso<sup>20</sup>, Milan Hodža<sup>21</sup> und Alexander Mach<sup>22</sup>. Kürzere, aber interessante biographische Artikel wurden auch anderen slowakischen Politikern und im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten gewidmet, so Matúš Dula, Emil Stodola, Vavro Šrobár, Ferdinand Juriga, Karol A. Medvecký, Egid Lehocký, Samuel Zoch und Ivan Dérer<sup>23</sup> wie auch Štefan Osuský

<sup>17</sup> Bartlová, Alena: Boj o autonómiu Slovenska v rokoch 1919–1938 [Der Kampf um die Autonomie der Slowakei in den Jahren 1918–1938]. Sborník k dejinám 19. a 20. storočia 13 (1993) 207–224.

<sup>18</sup> Ein Beispiel ist der Sammelband: Ján Kollár (1793–1993). Hrsg. von Cyril Kraus. Bratislava 1993.

<sup>19</sup> Andrej Hlinka a jeho miesto v slovenských dejinách [Andrej Hlinka und sein Platz in der slowakischen Geschichte]. Hrsg. von František Bielik und Štefan Borovský. Bratislava 1991. – Andrej Hlinka v slove a obraze [Andrej Hlinka in Wort und Bild]. Hrsg. von Jozef Kirschbaum und František Fuga. Toronto-Ruzomberok 1991. – Bartlová, Alena: Andrej Hlinka. Bratislava 1991. – Kirschbaum, Jozef: Andrej Hlinka ako politik v prvej Č-SR [Andrej Hlinka als Politiker in der ersten Č-SR]. HČ 40/6 (1992) 694–706.

<sup>20</sup> Proces s dr. J. Tisom. Spomienky obžalobcu Antona Rašlu a obhajcu Ernesta Žabkayho [Der Prozeß gegen Dr. J. Tiso. Erinnerungen des Anklägers Anton Rašla und des Verteidigers Ernest Žabkay]. Bratislava 1990. – Pokus o politický a osobný profil Jozefa Tisu [Versuch eines politischen und persönlichen Profils Jozefa Tisos]. Hrsg. von Valerián Bystrický und Štefan Fano. Bratislava 1992. – D'urica, Milan S.: Jozef Tiso. Slovenský kňaz a štátnik [Jozef Tiso. Ein slowakischer Priester und Staatsmann.] Bd. 1: 1887–1947. Zweite verbesserte Aufl. Martin 1992. – Slovenský rodol'ub. Dr. Jozef Tiso 1887–1947 [Ein slowakischer Patriot. Dr. Jozef Tiso 1887–1947]. Trenčín 1992. – Čulen, Konštantín: Po Svätoplukovi druha naša hlava. Život dr. Jozefa Tisu [Unser zweites Staatsoberhaupt nach Svätopluk. Das Leben Dr. Jozef Tisos]. 2. Aufl. Partizánske 1992. – Murín, Karol: Spomienky a svedectvo. Priatelia prezidenta Tisu v cudzine a na Slovensku [Erinnerungen und Zeugnis. Die Freunde des Präsidenten Tiso im Ausland und in der Slowakei]. Partizánske 1992. – Baranovský, Michal: Politické súvislosti súdneho procesu s dr. J. Tisom a spol. [Politische Zusammenhänge des Gerichtsprozesses gegen Dr. J. Tiso und seine Mitangeklagten]. HČ 40/4 (1992) 457–472.

<sup>21</sup> Milan Hodža. Štátnik a politik [Milan Hodža. Staatsmann und Politiker]. Hrsg. von Svätoslav Mathé. Bratislava 1992.

<sup>22</sup> Vnuk, František: Mat' svoj štát znamená život (Politická biografía A. Macha) [Seinen eigenen Staat zu haben, heißt zu leben (Eine politische Biographie Alexander Machs)]. Bratislava 1991.

<sup>23</sup> Muži deklarácie [Die Männer der Deklaration]. Autorenkollektiv. Martin 1991.

und Vladimír Clementis<sup>24</sup>. Ein verhältnismäßig reges Interesse galt der Person Milan Rastislav Štefánik<sup>25</sup>. Darüber hinaus wurde die Forschung zur Geschichte der slowakischen Parteien intensiviert<sup>26</sup>, und in einem wesentlich größeren Maße als zuvor befaßten sich die Historiker mit verschiedenen Aspekten des Slowakischen Staates, zu denen zahlreiche Monographien, Sammelbände, Aufsätze und Dokumentensammlungen vorgelegt wurden<sup>27</sup>. Daneben erschienen auch Erinnerungen führender Vertreter der Ersten Slowakischen Republik<sup>28</sup>. Einen wichtigen Bereich der Erforschung des Zeitraums 1938–1945, der immer zugleich auch mit der Untersuchung der slowakischen staatsrechtlichen Bestrebungen verbunden wurde, bildete die Geschichte des Widerstandes in den Kriegsjahren, über den mehrere Publikationen veröffentlicht wurden, die neue Perspektiven eröffneten und die Kenntnis dieses Kapitels der slowakischen Zeitgeschichte vertieften. Im Gegensatz zu praktisch allen anderen Forschungsbereichen wurde gerade der Widerstand, der auf spezifische Weise in Konfrontation zu den staatsrechtlichen Bestrebungen geriet, nicht zufällig Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen und in einer Art interpretiert, die auf unversöhnliche Meinungsverschiedenheiten schließen läßt<sup>29</sup>. Im Rahmen der Erforschung der slowa-

<sup>24</sup> Juríček, Ján: Štefan Osuský v česko-slovenskom zahraničnom odboji [Štefan Osuský im tschecho-slowakischen ausländischen Widerstand]. HČ 38/2 (1990) 321–330. – Drug, Štefan: Vladimír Clementis. Život a dielo v dokumentoch. Politik, ktorý citoval, recitoval a dovoľoval sa slovenských básnikov [Vladimír Clementis. Leben und Werk in Dokumenten. Ein Politiker, der slowakische Dichter zitierte, rezitierte und sich auf sie berief]. Martin 1993. – Musil, Miroslav/Králik, Ján: Štefan Osuský: slávny neznámy [Štefan Osuský: der berühmte Unbekannte]. Medzinárodné otázky 3/2 (1994) 55–62.

<sup>25</sup> Štvrtecký, Štefan: Náš Milan Rastislav Štefánik [Unser Milan Rastislav Štefánik]. Bratislava 1990. – Mlynárik, Jan: Milan Rastislav Štefánik v historiografii [Milan Rastislav Štefánik in der Historiographie]. HČ 38/2 (1990) 398–419. – Rušin, Vojtech: Milan Rastislav Štefánik, slovenský astronóm [Milan Rastislav Štefánik, ein slowakischer Astronom]. Bratislava 1991. – Vároš, Milan: Posledný let generála Štefánika [Der letzte Flug General Štefánik's]. Bratislava 1991.

<sup>26</sup> Politické strany na Slovensku [Die politischen Parteien in der Slowakei]. Autorenkollektiv. Bratislava 1992.

<sup>27</sup> Slovensko v rokoch druhej svetovej vojny [Die Slowakei in den Jahren des Zweiten Weltkrieges]. Hrsg. von Valerián Bystrický. Bratislava 1991. – Kamenec, Ivan: Slovenský štát 1939–1945 [Der Slowakische Staat 1939–1945]. Praha 1992. – Čarnogurský, Pavol: 14. marec 1939 [Der 14. März 1939]. Bratislava 1992. – Vatikán a Slovenská republika 1939–1945. Dokumenty [Der Vatikan und die Slowakische Republik 1939–1945. Dokumente]. Hrsg. von Ivan Kamenec, Vilém Prečan und Stanislav Škorvák. Bratislava 1992. – Slovensko na konci druhej svetovej vojny. Stav, východiská a perspektívy [Die Slowakei am Ende des Zweiten Weltkrieges. Lage, Ausgangspunkte und Perspektiven]. Hrsg. von Valerián Bystrický und Štefan Fano. Bratislava 1994.

<sup>28</sup> Sidor, Karol: Taktó vznikol Slovenský štát [So entstand der Slowakische Staat]. Bratislava 1991. – Medrický, Gejza: Minsiter spomína [Ein Minister erinnert sich]. Bratislava 1991. – D'určanský, František: Biela kniha. Právo Slovákov na samostatnosť vo svetle dokumentov [Das Weißbuch. Das Recht der Slowaken auf Selbständigkeit im Lichte der Dokumente]. Bd. 1. T. 1–4. Trenčín o. J. (Neuaufgabe der Ausgabe Buenos Aires 1954). – Národohospodár Peter Zaťko spomína [Der Nationalökonom Peter Zaťko erinnert sich]. Hrsg. von Štefan Teren. Liptovský Mikuláš 1994. – Karvaš, Imrich: Moje pamäti (V pazúrkoch gestapa) [Meine Erinnerungen (In den Klauen der Gestapo)]. Bratislava 1994.

<sup>29</sup> Jablonický, Jozef: Povstanie bez legiend. Dvadsať kapitol o príprave a začiatku Slovenského národného povstania [Der Aufstand ohne Legenden. Zwanzig Kapitel über die Vorbe-

kischen staatsrechtlichen Bestrebungen wurde auch die Frage der tschecho-slowakischen Beziehungen und der tschecho-slowakischen Föderation am Ende der sechziger Jahre aufgegriffen<sup>30</sup>. Ertragreich war auch die Forschung zur Nationalitätenproblematik und zu den ethnischen Beziehungen in der Slowakei. Hier konzentrierte sich das Interesse auf die Untersuchung einiger Fragen in der Entwicklung der ungarischen Minderheit in der Tschecho-Slowakei nach 1945, ferner auf die Lage der Slowaken in Ungarn und die Situation des ungarischen Schulwesens in der Slowakei nach dem Zweiten Weltkrieg sowie auf allgemeine Probleme interethnischer Beziehungen, auf den Zusammenhang von Minderheiten und Politik, auf die Problematik „Nationen, nationale Minderheiten und demokratische Gesellschaft“ und ähnliche Themen<sup>31</sup>.

---

reitung und den Beginn des Slowakischen Nationalaufstands]. Bratislava 1990. – Ders.: Glosy o histórii SNP. Zneužívanie a falšovanie dejín SNP [Glossen zur Historiographie des Slowakischen Nationalaufstands. Mißbrauch und Fälschung der Geschichte des Slowakischen Nationalaufstands]. Bratislava 1994. – SNP v pamäti národa. Materiály z vedeckej konferencie k 50. výročiu SNP [Der Slowakische Nationalaufstand im Gedächtnis der Nation. Materialien einer wissenschaftlichen Konferenz zum 50. Jahrestag des Slowakischen Nationalaufstands]. Bratislava 1994. – Dies ater. Nešťastný deň 29. august 1944. Výber príspevkov zo seminára Dies ater uskutočneného 26. 8. 1993 v Bratislava, doplnený o výpovede [Dies ater. Der unselbige 29. August 1944. Auswahl von Beiträgen eines Seminars von Dies ater am 26. 8. 1993 in Bratislava, ergänzt durch Zeugenaussagen und Dokumente]. Hrsg. von Peter Bielik und Peter Mulík. Bratislava 1994.

<sup>30</sup> Slovenská spoločnosť v krízových rokoch 1967–1970 [Die slowakische Gesellschaft in den Krisen Jahren 1967–1970]. 3 Bde. Bratislava 1992. – Slovensko v rokoch 1967–1970. Výber dokumentov [Die Slowakei in den Jahren 1967–1970. Eine Auswahl von Dokumenten]. Hrsg. von Michal Štefanský. Bratislava 1992. – Žatkuliak, Jozef: Realizácia ústavného zákona o československej federácii do októbra 1968 [Die Anwendung des Gesetzes über die tschecho-slowakische Föderation bis zum Oktober 1968]. HČ 40/4 (1992) 473–486.

<sup>31</sup> Vývoj a postavenie maďarskej národnostnej menšiny na Slovensku po roku 1948 [Entwicklung und Lage der ungarischen nationalen Minderheit in der Slowakei nach dem Jahr 1948]. Hrsg. von Štefan Šutaj. Košice 1990. – Lehotská, Darina: Interetnické vzťahy v kultúrnom vývine miest na Slovensku [Interethnische Beziehungen in der kulturellen Entwicklung der Städte in der Slowakei]. Zborník Filozofickej fakulty UK – Historica 37 (1990) 47–61. – Gabzdilová, Soňa: Školy s maďarským vyučovacím jazykom na Slovensku po druhej svetovej vojne [Schulen mit ungarischer Unterrichtssprache in der Slowakei nach dem Zweiten Weltkrieg]. Košice 1991. – Národy, národnosti a etnické skupiny v demokratickej spoločnosti [Nationen, Nationalitäten und ethnische Gruppen in der demokratischen Gesellschaft]. Bratislava-Praha 1991. – Minority v politike [Die Minoritäten in der Politik]. Hrsg. von Jana Plichťová. Bratislava 1992. – Čierna-Lantayová, Dagmar: Political and Human Aspects of the Repatriation of Slovaks from Hungary after 1945. Human Affairs 2/2 (1992) 173–182. – Šutaj, Štefan: Maďarská menšina na Slovensku v rokoch 1945–1948 (Východiska a praxá politiky k maďarskej menšine na Slovensku) [Die ungarische Minderheit in der Slowakei in den Jahren 1945–1948 (Ausgangslage und politische Praxis gegenüber der ungarischen Minderheit in der Slowakei)]. Bratislava 1993. – Mésáros, Július: Historická analýza genézy národnostnej otázky v Uhorsku [Historische Analyse der Entstehung der Nationalitätenfrage in Ungarn]. In: Aktuálne otázky histórie. 2. Zborník prednášok [Aktuelle Fragen der Geschichte. 2. Eine Sammlung von Vorträgen]. Banská Bystrica 1993, 42–51. – Národnostný zborník I. [Sammelband zur Nationalitätenfrage I.]. Hrsg. von L'udovít Haraksim. Bratislava 1993. – Národnosti na Slovensku [Die Nationalitäten in der Slowakei]. Hrsg. von L'udovít Haraksim. Bratislava 1993. – Slováci v Maďarsku [Die Slowaken in Ungarn]. Martin 1994. – Minoritné etnické spoločenstva na Slovensku v procesoch spo-

Das Forschungsinteresse wandte sich darüber hinaus der deutschen Minderheit in der Slowakei zu, deren Geschichte in einem breiten, fast ein Jahrhundert erfassenden Rahmen aufgearbeitet wurde<sup>32</sup>, ebenso der rusinischen Minderheit und den Fragen ihrer nationalen Identität<sup>33</sup> wie schließlich der Geschichte der Roma in der Slowakei<sup>34</sup>.

An die letztgenannten Forschungen knüpften Arbeiten an, die sich mit den Beziehungen der slowakischen Nation zu ihren Nachbarvölkern und -staaten beschäftigten, insbesondere mit Polen und Ungarn, zumal letzterem. In dem breiten Spektrum von Fragen, die an das Verhältnis zu diesen beiden Nationen herangetragen wurden, dominierten die ungarische Politik gegenüber der Slowakei am Ende der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts, ferner der sogenannte kleine Krieg, Probleme der tschecho-slowakisch-ungarischen Beziehungen in den Jahren 1938–1949, die polnischen Gebietsforderungen an die Slowakei gegen Ende der dreißiger Jahre u. a. m.<sup>35</sup>.

Bei der Aufarbeitung der Geschichte der Slowakei nach 1945 lag der Schwerpunkt in der Untersuchung der machtpolitischen Konflikte und der Errichtung des totalitären kommunistischen Systems in den ersten Nachkriegsjahren (1945–1948), also in jenem kurzen Zeitraum, der die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhält-

čenských premií [Die Gesellschaften der ethnischen Minderheiten in der Slowakei in den Prozessen gesellschaftlicher Veränderungen]. Bratislava 1994.

<sup>32</sup> Kováč, Dušan: Nemecko a nemecká menšina na Slovensku 1871–1945 [Deutschland und die deutsche Minderheit in der Slowakei 1871–1945]. Bratislava 1991. – Ders.: Politická aktivita nemeckej menšiny na Slovensku v poslednom období druhej svetovej vojny [Die politischen Aktivitäten der deutschen Minderheit in der Slowakei in der Endphase des Zweiten Weltkriegs]. In: Slovensko na konci druhej svetovej vojny 1994, 221–226.

<sup>33</sup> Gajdoš, Marián/Konečný, Stanislav: K politickému a sociálnoekonomickému postaveniu Rusínov-Ukrajincov na Slovensku v povojnových rokoch [Zur politischen und sozialökonomischen Lage der Rusinen-Ukrainer in der Slowakei in den Nachkriegsjahren]. Košice 1991. – Haraksim, Ľudovít: K národnostnej problematike rusinskej národnosti [Zur Nationalitätenproblematik der ruthenischen Nationalität]. In: Národy, národnosti a etnické skupiny 1991, 185–190.

<sup>34</sup> Geceľovský, Vladimír: Rómovia na Gemeri do roku 1945 [Die Roma in Gemer bis zum Jahr 1945]. Rožňava 1990. – Jurová, Anna: Vývoj rómskej problematiky na Slovensku po roku 1945 [Die Entwicklung der Problematik der Roma in der Slowakei nach dem Jahr 1945]. In: Etnické menšiny na Slovensku [Ethnische Minderheiten in der Slowakei]. Košice 1991, 82–117.

<sup>35</sup> Deák, Ladislav: Slovensko v politike Maďarska v rokoch 1938–1939 [Die Slowakei in der Politik Ungarns in den Jahren 1938–1939]. Bratislava 1990. – Ders.: Hra o Slovensko. Slovensko v politike Maďarska a Poľska v rokoch 1933–1939 [Das Spiel um die Slowakei. Die Slowakei in der Politik Ungarns und Polens in den Jahren 1933–1939]. Bratislava 1991. – Bystrický, Valerián: Poľské územné nároky voči Slovensku roku 1938 [Die polnischen Gebietsansprüche an die Slowakei im Jahr 1938]. HČ 39/1 (1991) 12–27. – Mésároš, Július: Deformácie vo vedomí slovenskej a maďarskej národnej pospolitosti v spoločných dejinách a ich zdroje [Die Deformierung des Bewußtseins der slowakischen und der ungarischen nationalen Gemeinschaft in der gemeinsamen Geschichte und deren Quellen] HČ 39/2–3 (1991) 316–323. – Čierna-Lantayová, Dagmar: Podoby česko-slovensko-maďarského vzťahu 1938–1949 [Formen des tschecho-slowakisch-ungarischen Verhältnisses 1938–1949]. Bratislava 1992. – Slovensko-maďarské vzťahy v 20. storočí [Die slowakisch-ungarischen Beziehungen im 20. Jahrhundert]. Hrsg. von Peter Zelenák. Bratislava 1992. – Malá vojna [Der kleine Krieg]. Hrsg. von Ladislav Deák. Bratislava 1993.

nisse der Slowakei grundlegend veränderte<sup>36</sup>. Beachtung fand in der Historiographie auch die „slowakische Frage“ in der Nachkriegsgeschichte der Tschecho-Slowakei<sup>37</sup>.

In einem Überblick über die historische Forschung in der Slowakei nach dem November 1989 darf das Untersuchungsfeld der slowakischen Auswanderung nicht fehlen, deren Geschichte in Teilaspekten in der Form von Aufsätzen, Monographien und Quellensammlungen bearbeitet wurde<sup>38</sup>. Die Veränderung des politischen Klimas nach dem Umbruch des Jahres 1989 ermöglichte es, nun auch Themen aufzugreifen, denen die Geschichtsschreibung zuvor nicht die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet hatte. In diesem Zusammenhang sind die Kirchengeschichte und die Geschichte der Juden an erster Stelle zu erwähnen. Was die Kirchengeschichte betrifft, so erschienen mehrere Arbeiten, die sich mit der Verfolgung der Kirche in der Slowakei nach der kommunistischen Machtübernahme befassen, doch auch mit dem kyrillo-methodianischen Erbe in der religiösen, nationalen und kulturellen Entwicklung der Slowakei, mit der Christianisierung Ungarns und anderen Themenbereichen, die mit der Position der Kirche in der Slowakei und mit der kirchlichen Verwaltung zusammenhängen<sup>39</sup>. Zur jüdischen Geschichte wurden Untersuchungen veröffent-

<sup>36</sup> B a r n o v s k ý, Michal: Na ceste k monopolu moci. Mocenskopolitické zápasy na Slovensku v rokoch 1945–1948 [Auf dem Weg zum Machtmonopol. Machtpolitische Auseinandersetzungen in der Slowakei in den Jahren 1945–1948]. Bratislava 1993. – L e t z, Róbert: Slovensko v rokoch 1945–1948. Na ceste ku komunistickej totalite [Die Slowakei in den Jahren 1945–1948. Auf dem Weg zur kommunistischen totalitären Herrschaft]. Bratislava 1994.

<sup>37</sup> Slovenská otázka v dejinách Česko-Slovenska 1945–1992 [Die slowakische Frage in der Geschichte der Tschecho-Slowakei 1945–1992]. Hrsg. von Michal B a r n o v s k ý. Bratislava 1994.

<sup>38</sup> Slovenské vyst'ahovalectvo. Dokumenty. 5. Pramene k dejinám slovenského vyst'ahovalectva do Francúzska a Belgicka v rokoch 1920–1945 [Die slowakische Auswanderung. Dokumente. 5. Quellen zur Geschichte der slowakischen Auswanderung nach Frankreich und Belgien in den Jahren 1920–1945]. Hrsg. von Claude B a l á ž. Martin 1990. – J a k e š o v á, Elena: Kanadská historiografia, etnické skupiny a Slováci [Die kanadische Historiographie, ethnische Gruppen und die Slowaken]. Historické štúdie 34 (1993) 136–140. – Ú r a d n í k, Vendelín: Slováci v Bukovine [Die Slowaken in der Bukowina]. Martin 1993. – M i n á r, Imrich: Americki Slováci a Slovensko 1880–1980 [Die amerikanischen Slowaken und die Slowakei 1880–1980]. Bratislava 1994.

<sup>39</sup> Zur Verfolgung der katholischen Kirche unter dem Kommunismus s. Č a r n o g u r s k ý, Ján: Vážnil som za vieru [Für den Glauben im Gefängnis]. Bratislava 1990. – H l i n k a, Anton: Sila slabých a slabosť silných. Cirkev na Slovensku v rokoch 1945–1989 [Die Kraft der Schwachen und die Schwächen der Starken. Die Kirche in der Slowakei in den Jahren 1945–1989]. Trnava 1990. – M i k l o š k o, František: Nebudete ich môcť rozvrátiť. Z osudov katolíckej cirkvi na Slovensku v rokoch 1943–1989 [Ihr werdet sie nicht zerstören können. Zum Schicksal der katholischen Kirche in der Slowakei in den Jahren 1943–1989]. Bratislava 1991. – M u l í k, Peter: Cirkev v tieni totality. Súbor štúdií [Die Kirche im Schatten totalitärer Herrschaft. Eine Sammlung von Studien]. Trnava 1994.

Zur kyrillo-methodianischen Tradition der slowakischen katholischen Kirche vgl. V r a g a š, Štefan: Cyrilometodské dedičstvo v náboženskom, národnom a kultúrnom živote Slovákov [Das kyrillo-methodianische Erbe im religiösen, nationalen und kulturellen Leben der Slowaken]. Bratislava 1991.

Andere Themen der religiösen und kirchlichen Entwicklung in der Slowakei bzw. in Ungarn behandeln Š p i e s z, Anton: Rekatalizácia na Slovensku v mestách v rokoch 1681–1781 [Die Rekatholisierung in der Slowakei in den Städten in den Jahren 1681–1781]. HČ 39/6 (1991)

licht, die vor allem der Frage nach der Entstehung der antijüdischen Rassengesetze des Slowakischen Staates nachgehen, die jüdischen Kultusgemeinden in der Slowakei zu erfassen versuchen, die Ausbildung der jüdischen Nationalität in der modernen slowakischen Geschichte beschreiben und analysieren, die Verfolgung der Juden in der Slowakei während des Zweiten Weltkrieges thematisieren, die Teilnahme der Juden am Widerstand und andere Bereiche der jüdischen Geschichte bearbeiten<sup>40</sup>.

Wenn die Forschung zur slowakischen nationalen Geschichte als ein verhältnismäßig breit angelegtes Unternehmen bezeichnet werden darf, so gilt dies weder thematisch noch von der Zahl der Historiker her für die Forschungen zur allgemeinen Geschichte. Was den gesamten Zeitraum vor dem 20. Jahrhundert betrifft, beschränkte sich die allgemeine Geschichte im wesentlichen auf einige wenige, zeitlich und sachlich nicht miteinander verbundene Forschungsfelder, und zwar vor allem auf die byzantinische Geschichte<sup>41</sup>, die Geschichte des Osmanischen Reiches<sup>42</sup>, auf die

---

588–612. – Kowalská, Eva: Funkcia farára v josephinovej cirkevnej politike [Die Funktion des Pfarrers in der josephinischen Kirchenpolitik]. *HČ* 39/2 (1991) 149–161. – Žudel, Juraj: Náboženská štruktúra obyvateľstva slobodných kráľovských miest na Slovensku v 2. polovici 18. storočia [Die religiöse Struktur der Einwohner der königlichen Freistädte in der Slowakei in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts]. *Geografický časopis* 43/3 (1991) 215–230. – Marsina, Richard: Kristianizácia Maďarov a Uhorska medzi Východom a Západom [Die Christianisierung der Ungarn und Ungarns zwischen Ost und West]. *HČ* 40/4 (1992) 409–421. – Cirkevné matriky na Slovensku zo 16.–19. storočia [Die Kirchenmatrikeln aus der Slowakei vom 16. bis 19. Jahrhundert]. Hrsg. von Jana Sarmánová-Kalesná. Bratislava 1991. – Chalupický, Ivan: Archívy katolíckej cirkevnej správy na Slovensku [Die Archive der katholischen Kirchenverwaltung in der Slowakei]. *Slovenská archivistika* 27/1 (1992) 14–29.

Allgemeine Darstellungen der Kirchengeschichte siehe u. a. Korec, Ján Ch.: *Cirkev v zápase storočí. Od Neróna po osvietenstvo* [Die Kirche im Kampf durch die Jahrhunderte. Von Nero bis zur Aufklärung]. Bratislava 1990. – *Cirkevné dejiny. Stredovek* [Kirchengeschichte. Das Mittelalter]. Bratislava 1990.

<sup>40</sup> Kamenec, Ivan: *Po stopách tragédie. Vznik a vývin protizidovských rasových zákonov na Slovensku 1939–1945* [Auf den Spuren der Tragödie. Entstehung und Entwicklung der antijüdischen Rassengesetze in der Slowakei 1939–1945]. Bratislava 1991. – Barkány, Eugen/Dojč, L'udovít: *Židovské náboženské obce na Slovensku* [Die jüdischen Kultusgemeinden in der Slowakei]. Bratislava 1991. – Kamenec, Ivan: *Problém židovskej národnosti v moderných slovenských dejinách* [Das Problem der jüdischen Nationalität in der modernen slowakischen Geschichte]. In: *Národy, národnosti a etnické skupiny 1991*, 203–208. – Kovačevičová, Soňa: *Imigračné a emigračné cesty Židov na Slovensku* [Ein- und Auswanderungswege der Juden in der Slowakei]. *Slovenský národopis* 39/3–4 (1991) 288–302. – Franek, Jaroslav: *Judaizmus. Kniha o židovskej kultúre, histórii a náboženstve* [Judaismus. Ein Buch über jüdische Kultur, Geschichte und Religion]. Bratislava 1991. – Kamenec, Ivan: *Historická retrospektíva formovania židovskej národnosti v moderných slovenských dejinách* [Historischer Rückblick auf die Formierung der jüdischen Nationalität in der modernen slowakischen Geschichte]. *Sociológia* 24/1–2 (1992) 25–30. *Tragédia slovenských Židov* [Die Tragödie der slowakischen Juden]. Hrsg. von Dušan Tóth. Banská Bystrica 1992. – Jablonický, Jozef: *Židia v rezistencii na Slovensku* [Juden im Widerstand in der Slowakei]. In: *Aktuálne otázky histórie 1992*, 109–119. – Hoffmann, Gabriel/Hoffmann, Ladislav: *Katolícka cirkev a tragédia slovenských židov v dokumentoch* [Die katholische Kirche und die Tragödie der slowakischen Juden in Dokumenten]. *Partizánske* 1994.

<sup>41</sup> Avenarius, Alexander: *Svojráz byzantskej duchovnej kultúry a jeho tradícia* [Die Eigenart der byzantinischen Kultur und ihre Tradition]. *Slovenské pohľady* 106/9 (1990) 7–14. –

Entwicklung der Slawistik und des slawischen Kulturkreises<sup>43</sup> und Studien zum antiken Rom<sup>44</sup>. Die allgemeine Geschichte im 20. Jahrhundert nahm sich insbesondere der Politik der Großmächte gegenüber Mittel- und Südosteuropa in den Jahren 1939–1949 an. Die Ergebnisse dieser Forschungen wurden in zwei Sammelbänden publiziert<sup>45</sup>. Ein starkes Interesse galt in diesem Zusammenhang den diplomatischen Beziehungen zwischen der Slowakei und Frankreich (das zwar in den Kriegsjahren nicht zu den Großmächten zählte, wohl aber in der Zeit, als die ersten Versuche zur Anknüpfung diplomatischer Beziehungen des Slowakischen Staates zu Paris unternommen wurden) während des Zweiten Weltkrieges<sup>46</sup>, dem nach dem Kriege vorbereiteten tschecho-slowakisch-französischen Bündnisvertrag<sup>47</sup>, dem Vorstoß der amerikanischen Truppen in die Tschecho-Slowakei im Jahr 1945<sup>48</sup>, der deutschen Frage

---

Ders.: Byzantská kultúra v slovanskom prostredí v 6.–12. storočí. K systému recepcie a transformácie [Die byzantinische Kultur im slawischen Milieu im 6.–12. Jahrhundert. Zum System der Rezeption und der Transformation]. Bratislava 1992.

<sup>42</sup> K o p ě a n, Vojtech: Sociálne premeny Osmanskej ríše v 17.–18. storočí [Die sozialen Veränderungen im Osmanischen Reich des 17.–18. Jahrhunderts]. In: Sondy z dejín strednej a východnej Európy [Sonden aus der Geschichte Mittel- und Osteuropas]. Bratislava 1991, 50–80. – B l a š k o v i ě, Jozef: Nové Zámky pod osmanko-tureckou nadvládou 1663–1685 [Nové Zámky unter osmanisch-türkischer Vorherrschaft 1663–1685]. T. 3: Podrobný súpis Novozámockého ejáleta [Detaillierte Bestandsaufnahme der Provinz Nové Zámky]. Castrum Novum 5 (1991) 22–159. – K o p ě a n, Vojtech: Osmanská výprava na Slovensko v rokoch 1663–1664 [Der osmanische Feldzug in die Slowakei in den Jahren 1663–1664]. HČ 40/3 (1992) 297–314. – Ders.: Der osmanische Krieg gegen die Habsburger 1663–1664. Asian and African Studies 2/2 (1993) 169–189.

<sup>43</sup> I v a n t y š y n o v á, Tatjana: Počiatky slovenskej slavistiky a Nemecko. Stav výskumu a prehľad literatúry [Die Anfänge der slowakischen Slawistik und Deutschland. Stand der Forschung Literaturüberblick]. Slovanské štúdie 1992/1, 72–80. – D i e s.: Slovanská idea v Rusku a na Ukrajine. N. A. Rigel'man a J. Kollár [Die slawische Idee in Rußland und in der Ukraine. N. A. Rigel'man und J. Kollár]. Slovanské štúdie 1992/2, 148–157. – Š e b e s t o v á, Martina: Príspevok k medzislovanským kultúrnym kontaktom v období raného stredoveku [Beitrag zu den kulturellen Kontakten zwischen den Slawen in der Zeit des Frühmittelalters]. Slovanské štúdie 1992/2, 127–135. – Bibliografia slavistických prác na Slovensku za roky 1919–1939 [Bibliographie der slawistischen Arbeiten in der Slowakei für die Jahre 1919–1939]. Hrsg. von Maria D o r ě á k o v á. Prešov 1993.

<sup>44</sup> V a l a c h o v i ě, Pavol: Zosimos o rozklade municipálneho zriadenia v Rímskej ríši [Zosimos über den Zerfall der Munizipalverfassung im Römischen Reich]. Zborník Filozofickej fakulty UK – Historica 38 (1991) 9–21.

<sup>45</sup> Stredná a juhovýchodná Európa. Sondy do vývoja v štyridsiatych rokoch [Mittel- und Südosteuropa. Sonden ihrer Entwicklung in den vierziger Jahren]. Hrsg. von Pavol P e t r u f. Bratislava 1992. – Stredná a juhovýchodná Európa v politike veľmoci. Sondy do vývoja II. [Mittel- und Südosteuropa in der Politik der Großmächte. Sonden ihrer Entwicklung II.] Hrsg. von Pavol P e t r u f. Bratislava 1994.

<sup>46</sup> P e t r u f, Pavol: Vzťahy medzi Slovenskom a Francúzskom v rokoch 1939–1944 [Die Beziehungen zwischen der Slowakei und Frankreich in den Jahren 1939–1944]. HČ 41/5–6 (1993) 693–705.

<sup>47</sup> Ders.: Príprava povojnovej spojeneckej zmluvy medzi Česko-Slovenskom a Francúzskom [Die Vorbereitung des Bündnisvertrages zwischen der Tschecho-Slowakei und Frankreich nach dem Krieg]. In: Stredná a juhovýchodná Európa 1992, 74–120.

<sup>48</sup> Ders.: K pobytu amerických vojsk v Česko-Slovensku roku 1945 [Zum Aufenthalt amerikanischer Truppen in der Tschecho-Slowakei im Jahr 1945]. HČ 38/5 (1990) 651–679.

und der britischen Politik gegenüber der Slowakei im Zweiten Weltkrieg<sup>49</sup>, den sowjetischen geopolitischen Zielsetzungen in Mittel- und Südosteuropa während des Zweiten Weltkrieges und unmittelbar danach<sup>50</sup>, dem Problem der sowjetischen Einflußnahme auf dem Balkan<sup>51</sup> sowie anderen Aspekten des sowjetischen Vordringens nach Mittel- und Südosteuropa<sup>52</sup>. Im Rahmen der Beschäftigung mit Frankreich wandte sich die Historiographie auch Fragen der tschecho-slowakisch-französischen Beziehungen im Ersten Weltkrieg zu, untersuchte den Einfluß der Französischen Revolution auf die nationalemanzipatorische Bewegung der Slowaken und analysierte einige Aktionen der französischen Diplomatie in der Zwischenkriegszeit<sup>53</sup>. Die Aufarbeitung des Faschismus und Totalitarismus in den Darstellungen deutscher Historiker bildete einen weiteren Komplex der Forschung auf dem Gebiet der allgemeinen Geschichte<sup>54</sup>, deren Resultate für weitere Themenbereiche im 20. Jahrhundert teils in Form knapper Zusammenfassungen, teils in umfangreicheren Monographien vorgelegt wurden<sup>55</sup>.

<sup>49</sup> Ivaničková, Edita: Česko-Slovensko, Poľsko a nemecká otázka v rokoch 1939–1947 [Die Tschecho-Slowakei, Polen und die deutsche Frage in den Jahren 1939–1947]. In: Stredná a juhovýchodná Európa 1992, 4–47. – Dies.: Britská politika a Slovensko v rokoch 1939–1945 [Die britische Politik und die Slowakei in den Jahren 1939–1945]. In: Slovensko na konci druhej svetovej vojny 1994, 125–130.

<sup>50</sup> Čierna-Lantová, Dagmar: Kontinuita sovietskych geopolitických záujmov v strednej a juhovýchodnej Európe v rokoch 1939–1947 [Die Kontinuität der sowjetischen geopolitischen Interessen in Mittel- und Südosteuropa in den Jahren 1939–1947]. HČ 41/5–6 (1993) 669–683.

<sup>51</sup> Tonková, Mária: Balkánske krajiny v období formovania východného bloku [Die Balkanländer in der Zeit der Formierung des östlichen Blocks]. In: Stredná a juhovýchodná Európa 1992, 177–220.

<sup>52</sup> Štefániková, Antónia: Ekonomické predpoklady uplatňovania sovietskej sféry vplyvu v Poľsku a v Maďarsku 1945–1948 [Die ökonomischen Voraussetzungen der Durchsetzung der sowjetischen Einflusssphäre in Polen und Ungarn 1945–1948]. In: Stredná a juhovýchodná Európa 1992, 144–176. – Dies.: Predpoklady zavedenia sovietskeho modelu v ekonomike Bulharska a Rumunska 1945–1948 [Die Voraussetzungen für die Einführung des sowjetischen ökonomischen Modells in Bulgarien und Rumänien 1945–1948]. HČ 42/2 (1994) 491–505.

<sup>53</sup> Ferencuhová, Bohumila: Myšlienky Francúzskej revolúcie a slovenské národnoemancipačné hnutie [Die Ideen der Französischen Revolution und die slowakische nationalemanzipatorische Bewegung]. HČ 38/6 (1990). – Dies.: Francúzski slavisti a česko-slovenký zahraničný odboj v priebehu prvej svetovej vojny [Die französischen Slavisten und der tschecho-slowakische ausländische Widerstand während des Ersten Weltkrieges]. Slovanské štúdie 1992/1, 48–71. – Dies.: Briandov plán Európskej federálnej únie a Česko-Slovensko: vláda, paneurópske hnutie, verejná mienka [Briands Plan einer europäischen föderativen Union und die Tschecho-Slowakei: Regierung, Paneuropäische Bewegung, öffentliche Meinung]. HČ 41/2 (1993) 123–142.

<sup>54</sup> Nižňanský, Eduard: Fašizmus a totalitarizmus. Odraz teórie totalitarizmu v dielach historikov Spolkovej republiky Nemecko o fašizme. [Faschismus und Totalitarismus. Die Theorie des Totalitarismus in den Werken von Historikern der Bundesrepublik Deutschland über den Faschismus]. Studia Historica Nitriensia 1 (1993) 41–60.

<sup>55</sup> Fabián, Juraj: Posledné dni Uhorska [Die letzten Tage Ungarns]. Bratislava 1990. – Titó, Ľudovít: Dejiny Nemecka [Geschichte Deutschlands]. Banská Bystrica 1991. – Petruf, Pavol: Marshallov plán [Der Marshallplan]. Bratislava 1993. – Tkadlečková, Herta: Úvod do politických dejín Európy 1871–1945 [Einführung in die politische Geschichte Europas 1871–1945]. Bratislava 1994.

Zu den charakteristischen Merkmalen der Forschungen zur allgemeinen Geschichte der neuesten Zeit gehört, daß sie sich von ihren früheren Zwangspräferenzen befreit haben, die sie auf die Bearbeitung eines festen Kanons bestimmter Themen (Friedenspolitik der Sowjetunion, Entstehung und Formierung des sozialistischen Welt-systems, Aufbau der Einheit der sozialistischen Staaten usw.) verpflichteten. Die Forschung auf dem Gebiet der neuesten Geschichte bietet jedoch ein wenig geschlossenes Bild; dazu tragen das Fehlen einer Forschungstradition in diesem Bereich und spezialisierter Institutionen, die verhältnismäßig kleine Zahl der hier tätigen Forscher, die geringen finanziellen Mittel, die für Forschungen in ausländischen Archiven zur Verfügung stehen, und viele andere Umstände bei. Dies und die konzeptionellen Defizite der Forschungen zur allgemeinen Geschichte erschweren nicht nur die systematische Aufarbeitung derjenigen Themen und Fragen, die unter dem Aspekt der weltgeschichtlichen Entwicklung universelle Bedeutung besitzen, sondern wirken sich auch in erheblichem Maße restriktiv auf die intensivere Beschäftigung mit theoretischen und methodologischen Fragen der Geschichte aus, da es auf der Hand liegt, daß man hier Anregungen nicht ausschließlich in der eigenen Tradition und den geistigen Strömungen des eigenen Landes suchen kann. Auch aus diesen Gründen ist die Auseinandersetzung mit theoretischen Problemen der Geschichtsschreibung einer der Schwachpunkte der slowakischen Historiographie in der ersten Hälfte der neunziger Jahre geblieben.

Ein Überblick über das, was die slowakische Geschichtswissenschaft in den Jahren 1990–1994 hervorgebracht hat, läßt erkennen, daß nur verhältnismäßig wenige zusammenfassende Arbeiten und Monographien erschienen sind und den Hauptanteil Studien und Aufsätze bilden, die zumeist in Sammelbänden zu Tagungen und Konferenzen publiziert wurden. Dieser Stand der Dinge kann kaum als optimal bezeichnet werden. Was zusammenfassende („synthetische“) Arbeiten betrifft (d. h. der slowakischen Geschichte, denn für darüber hinausgehende Synthesen, etwa zu Aspekten der Weltgeschichte, fehlten in der slowakischen Historiographie der ersten Hälfte der neunziger Jahre die Voraussetzungen), so ist zu beobachten, daß die Abneigung gegenüber solchen wissenschaftlichen Unternehmen deutlich zugenommen hat, wofür mehrere Gründe verantwortlich sind. Der entscheidende Grund liegt wohl darin, daß die sechsbändige Geschichte der Slowakei, die vor dem November 1989 erarbeitet worden war und von der fünf Bände vor dem Umbruch des Jahres 1989 erschienen, danach von einem Tag auf den anderen zu einem erheblichen Teil nicht mehr den neuen Anforderungen und Erwartungen genügen konnte. Dies hat seine Spuren hinterlassen und zu breiteren Diskussionen über Sinn und Zweck derartiger Arbeiten geführt, die deutlich gemacht haben, daß die Meinungen der Historiker in dieser Frage auseinandergehen: Sie reichen von der Auffassung, die den Nutzen solcher Gesamtdarstellungen auch mit dem Argument teilweise in Zweifel ziehen, außer den Historikern würde diese kaum jemand lesen<sup>56</sup>, bis zu der Ansicht, daß Werke dieser Art in höchstem Maße notwendig seien und jede Historikergeneration anstreben

---

<sup>56</sup> Dejiny Slovenska v dejinách Slovenska. Diskusia historikov [Die Geschichte der Slowakei in der Geschichte der Slowakei. Eine Historiker-Diskussion]. Slovenské pohľady 108/10 (1992) 8 (Diskussionsbeitrag Dušan Kováč).

müsse, solche Werke hervorzubringen, da sie einen großen Beitrag zur Prägung des nationalen Bewußtseins und zur gesellschaftlichen und nationalkulturellen Entwicklung leisteten<sup>57</sup>. Kategorisch hat sich begreiflicherweise kein einziger Historiker gegen die Erarbeitung großer Gesamtdarstellungen ausgesprochen, doch die Mehrheit plädierte dafür, mit ihrer Inangriffnahme zu warten. Zum einen existierten in der Historiographie zahlreiche Lücken, die durch Monographien über weitgespannte Themen – Geschichte der Landwirtschaft, des Bergbaus, der Industrie, jedoch auch der Leibeigenschaft bzw. der Untertänigkeit u. a. m. – zunächst gefüllt werden müßten. Zum anderen bestehe die Notwendigkeit, erst einmal das Wissen über die theoretischen Grundlagen der historischen Wissenschaft zu vertiefen. Einige Historiker sehen einen Ausweg darin, anstelle von Gesamtdarstellungen des „universalen Typus“, als welche man die erwähnte sechsbändige Geschichte der Slowakei bezeichnen könne, in einer ersten Phase (die zeitlich nicht näher eingegrenzt wird) Synthesen zu verfassen, die lediglich einen Aspekt von Gesamtdarstellungen herausgreifen<sup>58</sup>, etwa eine Geschichte der Kultur, der Kirche, der Wirtschaft usw., wie sie bislang in der Slowakei fehlen.

In den Jahren 1990–1994 sind aus den genannten Gründen nur sehr wenige Gesamtdarstellungen der slowakischen Geschichte erschienen, genaugenommen nur drei, und zwar der dritte Band der Geschichte der Slowakei<sup>59</sup>, der den Zeitraum von 1848 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts erfaßte und – wie erwähnt – noch vor dem November 1989 erstellt wurde, ferner der Band „Slovenské dejiny“ (Slowakische Geschichte)<sup>60</sup>, den vier Autoren verfaßt haben, sowie ein Abriß der Militärgeschichte der Slowakei bis zum Jahr 1526<sup>61</sup>. Die Arbeit von Špiesz<sup>62</sup> und eine weitere Darstellung, an der vier Autoren mitgewirkt haben<sup>63</sup>, geben sehr knappe Überblicke, denen gemeinsam ist, daß sie einige Abschnitte der slowakischen Geschichte von deutlich anderen Positionen her betrachten, als dies die marxistisch-leninistische Historiographie jahrzehntelang zu tun pflegte.

In den Jahren 1990–1994 hat die slowakische historische Forschung der Öffentlichkeit Hunderte von Studien und Aufsätzen, Dutzende von Monographien und vereinzelte zusammenfassende Darstellungen vorgelegt. Die historische Forschung hat sich in diesem Zeitraum mit einem breiten Spektrum von Fragen (hier konnte nur auf einige hingewiesen werden) der slowakischen Geschichte in ihrer ganzen zeitlichen

<sup>57</sup> E b e n d a 9 (Diskussionsbeitrag Vojtech Dangl).

<sup>58</sup> E b e n d a 10 (Diskussionsbeitrag Milan Podrimavský).

<sup>59</sup> *Dejiny Slovenska III. Od roku 1848 do konca 19. storočia* [Geschichte der Slowakei III. Vom Jahr 1848 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts]. Autorenkollektiv. Bratislava 1992.

<sup>60</sup> Marsina, Richard/Čičaj, Viliam/Kováč, Dušan/Lipták, Ľubomír: *Slovenské dejiny* [Slowakische Geschichte]. Martin 1992.

<sup>61</sup> Klein, Bohuš/Ruttkay, Alexander/Marsina, Richard: *Vojenské dejiny Slovenska* [Militärische Geschichte der Slowakei]. T. 1: *Stručný náčrt do roku 1526* [Knapper Abriß bis zum Jahr 1526]. Bratislava 1993.

<sup>62</sup> Špiesz, Anton: *Dejiny Slovenska na ceste k sebauvedomeniu* [Die Geschichte der Slowakei auf dem Wege zur Selbstbewußtwerdung]. Bratislava 1992.

<sup>63</sup> Ferko, Milan/Marsina, Richard/Děák, Ladislav/Kružliak, Imrich: *Starý národ – mladý štát* [Alte Nation – junger Staat]. Bratislava 1994.

Ausdehnung und mit ausgewählten Problemen der allgemeinen Geschichte befaßt. Es ist der slowakischen Historiographie in diesen Jahren gelungen, sich von der gedanklich-konzeptionellen Sterilität zu befreien, die für die Zeit vor dem November 1989 typisch war, und erste Schritte auf dem Weg zu einer tieferen Reflexion der von ihr untersuchten Fragen und ihrer selbst zu tun. Weit mehr als in der Vergangenheit gliederte sich die Historiographie in den internationalen wissenschaftlichen Diskussionszusammenhang ein, was eine der grundlegenden Voraussetzungen für ihre künftigen Entwicklungschancen als wissenschaftliche Disziplin darstellt.

Übersetzt von Peter Heumos

## DIE SLOWAKISCHE HISTORIOGRAPHIE NACH 1989 AKTIVA, PROBLEME, PERSPEKTIVEN

Von *Dušan Kováč*

Das Jahr 1989 war nicht nur für die slowakische Gesellschaft, sondern auch für die slowakische Geschichtswissenschaft eine Zeitenwende. Die Historiker erlebten eine bis dahin nicht gekannte Freiheit. Vor ihnen öffneten sich neue Horizonte, deren Weite sie geradezu überwältigte. Diese Situation erfüllte viele von ihnen mit Enthusiasmus, barg aber auch gewisse Risiken in sich. Die Zeit war gekommen, um sich die grundlegende Frage zu stellen, in welche Richtung sich die slowakische Historiographie bewegen sollte. Die neugewonnene Freiheit bedeutete zugleich eine neue Verantwortung, denn es war nun nicht mehr möglich, sich darauf hinauszureden, daß diese oder jene Forschungsmethoden nicht angewandt und diese oder jene Themen nicht bearbeitet werden konnten. Freiheit ist in der Tat immer auch Verantwortung, immer auch eine Last. Dies gilt auch für die Geschichtswissenschaft. Nicht alle professionellen Historiker waren auf diese neue Situation vorbereitet, doch wird man inzwischen feststellen dürfen, daß die neuerlangte Freiheit der wissenschaftlichen Forschung einen Wert darstellt, der für die slowakischen Historiker in den fünf Jahren nach dem Umbruch vom November 1989 zur grundlegenden und unverzichtbaren Voraussetzung ihrer Arbeit geworden ist.

Dies ist unzweifelhaft ein positives Ergebnis. In dem Beitrag von Pavel Petruf in diesem Heft findet der Leser die konkreten Themen und Probleme, mit denen sich die slowakische Geschichtswissenschaft nach der Wende des Jahres 1989 beschäftigt hat<sup>1</sup>. Ich beschränke mich daher auf einige knappe Überlegungen dazu, wie die slowakische Historiographie die neue Freiheit der Forschung genutzt hat und auf welche Probleme sie dabei gestoßen ist. Zum besseren Verständnis ist es dabei notwendig, einen kurzen Überblick über die Entwicklung der slowakischen Geschichtswissenschaft zu geben.

Die slowakische professionelle Geschichtsschreibung ist jung. Als in vielen europäischen Nationen im 19. Jahrhundert, zumal in der zweiten Hälfte, die Grundlagen für die Erkenntnis der eigenen Vergangenheit gelegt wurden, blieb die slowakische Historiographie zunächst noch auf amateurhaftem Niveau und vermochte kein systematisches Instrumentarium zur Analyse der slowakischen Gesellschaft zu entwickeln. Die Gründe hierfür lagen in den unzureichenden kulturell-gesellschaftlichen Bedingungen unter ungarischer Herrschaft, die sich nicht allein auf die slowakische Historiographie auswirkten. Den Slowaken fehlte die gesamte national-kulturelle Infrastruktur, angefangen beim Schulwesen.

<sup>1</sup> Vgl. dazu im einzelnen auch *Historiografia na Slovensku – Historiography in Slovakia 1990–1994*. Hrsg. von Alžbeta Sedláková. Bratislava 1995.

Historische Forschung zu jener Zeit war eine Angelegenheit einiger weniger Enthusiasten, zumeist Priester und Lehrer. Die Grundlage für den Aufbau einer slowakischen Geschichtsschreibung wurden erst mit der Entstehung der Tschechoslowakei allmählich hergestellt, als in Bratislava die Komenský-Universität gegründet wurde. Einen weiteren Entwicklungsschub erfuhr die historische Forschung seit dem Jahr 1943 und der Errichtung der Slowakischen Akademie der Wissenschaften und Künste, in der die Historiographie eine gewichtige Vertretung fand<sup>2</sup>. Im Jahr 1953 folgte dann die Gründung der Slowakischen Akademie der Wissenschaften und in ihrem Rahmen auch die des Historischen Instituts, das fortan das institutionelle Zentrum der historischen Forschung bildete. Mit der Zeit kamen Lehrstühle für Geschichte an den Hochschulen hinzu, es entstanden professionell geleitete Archive und Museen. Viele Probleme, mit denen sich die gegenwärtige slowakische Historiographie herumschlägt, haben ihre Wurzeln in der Vergangenheit.

So hat beispielsweise das slowakische Archivwesen bis heute eine seiner wichtigsten Aufgaben, nämlich die Edition von Dokumenten (und vor allem Urkunden) zur slowakischen Geschichte, nicht zu erfüllen vermocht. Die grundlegenden Quellen befinden sich daher überwiegend noch in den Archiven und sind nur einem kleinen Kreis von Spezialisten zugänglich. Die interessierte Öffentlichkeit hat somit keine Möglichkeit, die verschiedensten ideologischen und mythenbildenden Konstruktionen, die ihr von der Publizistik und einem Teil der Historiographie vorgelegt werden, mit den Quellen zu konfrontieren. Eine sorgfältigere Gesamtdarstellung der slowakischen Geschichte wurde erst in der marxistischen Periode zustande gebracht<sup>3</sup>, und es besteht keine Möglichkeit, diese Untersuchungen mit ähnlich angelegten Werken zu vergleichen, seien diese nun positivistischen oder anderen Charakters. Der Schatten, den vergangene Entwicklungen auf die slowakische historische Wissenschaft werfen, reicht auch in ihre interpretatorischen und konzeptionellen Muster hinein. Kehrt man zu den Anfängen der slowakischen Historiographie zurück, so wird man feststellen müssen, daß die ersten historischen Arbeiten aus dem Bedürfnis hervorgingen, die slowakische Nation und ihre Vergangenheit gegen Angriffe von außen zu verteidigen<sup>4</sup>. Dieser Zwang zur Apologetik und die Forderung, Lobgesänge auf das ehrwürdige Alter und die historische Einzigartigkeit der Slowaken anzustimmen, werden bis heute von verschiedenen Institutionen und einem Teil der slowakischen Gesellschaft an die professionellen Historiker herangetragen. Diese wehren sich zwar dagegen, für derartige Zielsetzungen in Anspruch genommen zu werden, doch hat sich in der Gesellschaft insgesamt noch keineswegs die Vorstellung eingebürgert, daß die histori-

<sup>2</sup> Zur Geschichte der Slowakischen Akademie der Wissenschaften und Künste s. neuerdings: Slovenská akadémia vied a umení [Die Slowakische Akademie der Wissenschaften und Künste]. Bratislava 1994.

<sup>3</sup> Vgl. Dejiny Slovenska [Geschichte der Slowakei]. 2 Bde. Bratislava 1961–1968. – Dejiny Slovenska [Geschichte der Slowakei]. 6 Bde. Bratislava 1986–1991.

<sup>4</sup> Die erste bekannte apologetische Darstellung dieser Art stammt von dem Geistlichen Ján Baltazár Magin und erschien unter dem Titel „Murices nobilissimae et novissimae Posoniensis scriptori sparsi, sive apologia pro inclyto comitatu Trenchiniensi, eiusdemque nominis civitate conscripta adversus calumnias, quibus cervus et agnus per summam iniuriam ab eodem scriptore funt onerati“ im Jahr 1723 in Púchov.

sche Wissenschaft – wie jede andere Wissenschaft – ihre grundlegenden Ziele im Bereich der Erkenntnis findet.

Die Anfänge der professionellen slowakischen Historiographie liegen, wie erwähnt, in den Jahren nach 1918, und das heißt auch, daß ihre frühe Entwicklung durch das Konzept der einheitlichen tschechoslowakischen Geschichte beeinflusst wurde. Im Kern handelte es sich dabei um ein künstlich geschaffenes Interpretationsmuster, in dessen Rahmen die slowakische Geschichte ihre eigene Dynamik verlor und im Grunde zu einer Art regionaler Ergänzung der tschechischen Geschichte zusammenschumpfte. Es lag in der Konsequenz der Anwendung dieses Interpretationsmusters, daß die Slowaken aus dem Kontext der ungarischen Geschichte herausgelöst wurden, und wollte man mit diesem Interpretationsschema nun auch die Zeit nach 1918 erfassen, so würde dies bedeuten, daß die Slowaken auch aus der tschechoslowakischen Geschichte eliminiert werden würden. Dann würde die Gefahr drohen, daß die slowakische Geschichte auf die Geschichte des slowakischen Dissens mit Ungarn beziehungsweise mit der Tschechoslowakei verengt wird.

Besonders schwer lastet auf der slowakischen Historiographie das Erbe ihrer marxistischen Entwicklungsperiode. Nach der kommunistischen Machtübernahme im Jahr 1948 wurde die marxistische Methode für die slowakische Geschichtsschreibung zur verbindlichen Richtschnur. Dieser machtpolitisch motivierte Eingriff in die natürliche Entwicklung hatte für die slowakische Historiographie noch schwerwiegendere Folgen als für die Geschichtswissenschaften in anderen kommunistisch beherrschten ostmitteleuropäischen Ländern, da er vollzogen wurde, noch ehe die slowakischen Historiker eine breitere und fundiertere Grundlage für die Geschichtsschreibung als professionell betriebene Wissenschaft hergestellt hatten. Anders ausgedrückt: Noch bevor sich auf natürliche Weise im Rahmen der Geschichtswissenschaft verschiedenartige Strömungen und Schulen formieren konnten, wurde die slowakische Historiographie in das Prokrustesbett des Marxismus gezwängt. Unter solchen Voraussetzungen ergab sich in den fünfziger Jahren ein immer deutlicher hervortretendes Paradoxon: Während sich in der Slowakei auf der einen Seite eine gute institutionelle Infrastruktur für die historische Wissenschaft mit dem Historischen Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften an der Spitze herausbilden und entwickeln konnte und sich nach und nach gut ausgebildete Historiker in Forschung und Lehre etablierten, gerieten die institutionellen Grundlagen in einen immer tieferen Widerspruch zu dem allzu engen Deutungsmuster und der erzwungenen interpretatorischen Einseitigkeit des historischen Prozesses.

Es wäre allerdings falsch, die gesamte Entwicklung der slowakischen Historiographie nach 1948 pauschal in negativem Licht sehen zu wollen, denn in diesem Zeitraum wurden auch gehaltvolle und noch heute gültige Arbeiten publiziert. Freilich wird man sehen müssen, daß sich diese Werke nicht einer günstigen gesellschaftlichen Situation verdanken, sondern trotz ungünstiger gesellschaftlicher Verhältnisse hervorgebracht wurden. Gute Arbeiten entstanden vor allem in den thematischen Bereichen, die nicht im Brennpunkt des Interesses der kommunistischen Partei lagen. Die größten Probleme bereitete zweifellos die Interpretation der slowakischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Selbst dann, wenn die Historiographie auf diesem Gebiet in internen Diskussionen ihre künstlichen Barrieren zu überwinden vermochte, wurden

die Ergebnisse solcher Diskussionen nicht publiziert, gelangten nicht in das gesellschaftliche Bewußtsein und schon gar nicht in die Lehrbücher der Schulen und Universitäten. Während sich die Geschichtswissenschaft in den achtziger Jahren bereits gewisse Freiräume schaffen konnte, blieben die Lehrbücher konzeptionell auf dem Niveau der fünfziger Jahre. Zwischen der Geschichtswissenschaft und dem historischen Bewußtsein der Gesellschaft entstand somit eine Kluft, die sich zunehmend vertiefte.

Nach 1989 stand die slowakische Historiographie vor einer neuen Situation, die Hoffnungen weckte und Aufschwung gab, aber zugleich ganz erhebliche Anforderungen stellte. Natürlich konnten nicht alle Schwierigkeiten, die sich in den vergangenen Jahrzehnten angehäuft hatten, sofort überwunden werden. Dies erforderte vielmehr konzentrierte Anstrengungen auf Jahre hinaus. Die wichtigste Rolle mußte in dieser veränderten Situation das historische Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften spielen.

Aus der Größe der zu bewältigenden Aufgaben folgte, daß diese nur schrittweise und mit Hilfe eines auf klar definierte Ziele zugeschnittenen Programms verwirklicht werden konnten. Ein solches Programm hat die Leitung des Historischen Instituts den Mitarbeitern des Instituts vorgelegt, und nach ausführlichen Diskussionen wurde damit begonnen, dieses Programm Schritt für Schritt in die Tat umzusetzen.

Die erste Aufgabe, der sich die slowakischen Historiker nach dem November 1989 gegenübersehen, bestand darin, die offenkundigen Deformationen zu beseitigen, über die sich die Fachleute zwar seit langem im klaren waren, mit denen sie sich jedoch öffentlich nicht hatten auseinandersetzen können. Diese Deformationen betrafen insbesondere, wie schon angedeutet, die Geschichte des 20. Jahrhunderts. In diesem Punkt konnte verhältnismäßig rasch Abhilfe geschaffen werden, und zwar sowohl durch einige neue Untersuchungen und durch im Historischen Institut veranstaltete Vortragsreihen für Lehrer und die interessierte Öffentlichkeit als auch durch die Ausarbeitung neuer Lehrbuchtexte und die Publizität, die die Medien der Slowakischen Republik den Historikern und der Historiographie verschafften<sup>5</sup>.

Als schwieriger stellte es sich dagegen heraus, diejenigen Deformationen zu überwinden, die durch die einseitige marxistische Interpretation des historischen Prozesses zustande gekommen waren, wobei es sich oft um einen auf doktrinaire Lehrsätze reduzierten Marxismus handelte, mit dem sicherlich auch Marx selbst nicht einverstanden gewesen wäre. Diese Einseitigkeit betraf ältere und neuere historische Perioden gleichermaßen und machte sich sowohl bei der Periodisierung der Geschichte als auch bei den Interpretationen des historischen Prozesses als bloßer Geschichte von Klassenkämpfen und als Aufeinanderfolge verschiedener gesellschaftlich-ökonomischer Formationen bemerkbar.

Gemäß der Konzeption, die das Historische Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften ausgearbeitet hatte, wurde die historische Forschung allmählich

---

<sup>5</sup> Als Beispiel für neue Lehrbuchtexte sei hier verwiesen auf Kováč, Dušan/Lipták, L'ubomír: Kapitoly z dejín pre stredne školy [Kapitel aus der Geschichte für die Mittelschulen]. Bratislava 1990.

auf neue Grundlagen gestellt. Mehr als dies in den vergangenen Jahrzehnten der Fall gewesen war, wurde nun Wert auf „Tiefenanalysen“ der Gesellschaft in ihrer historischen Entwicklung gelegt. Die bis 1989 übliche Akzentuierung der „politischen Spitze des Eisbergs“ als dem vermeintlichen Motor der Geschichte hatte keinen ausreichenden Ansatzpunkt geboten, um gesellschaftliche Bewegungen in ihrer ganzen Differenziertheit erfassen zu können. Paradoxe Weise hinkte gerade die Sozialgeschichte unter den Auspizien des Marxismus hinter der allgemeinen Entwicklung der Geschichtswissenschaft her; hier mußten nun überhaupt erst die Fundamente gelegt werden. Dies galt auch im Blick auf gesellschaftliche Großgruppen wie die Arbeiterschaft, obwohl die Arbeiterbewegung vor 1989 – wie überall in kommunistisch regierten Ländern – zu den besonders bevorzugten Disziplinen gehört hatte. Außerhalb des Fragehorizonts der Historiker blieb dagegen vor 1989 u. a. die Elitenforschung und die Analyse zahlreicher sozialer Gruppen, von denen hier nur Kinder, Frauen und ältere Menschen genannt seien. Die Umorientierung der Forschung auf Untersuchungen zur Alltagsgeschichte, auf die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, auf ethnohistorische Stereotypen und tiefreichende Sonden zur Stadt- und Regionalgeschichte – um nur einige wenige Bereiche zu nennen – hat bereits erste Früchte getragen.

Die Impulse, die vom Historischen Institut der Slowakischen Akademie ausgehen, finden unter den Historikern überall in der Slowakei Resonanz, und man wird feststellen dürfen, daß die slowakischen Historiker in vergleichsweise kurzer Zeit neue Kontakte mit der Geschichtswissenschaft in allen Teilen der Welt geknüpft haben und nach einer ersten Phase des gegenseitigen Kennenlernens heute einen organischen Bestandteil der weltweiten Kommunität der Historiker bilden. Wird die Freiheit wissenschaftlicher Forschung in der Slowakei bewahrt, so berechtigt die gegenwärtige Entwicklung der slowakischen Historiographie zu der Hoffnung auf bemerkenswerte Resultate.

Allerdings darf man den Blick nicht davor verschließen, daß die slowakische Geschichtswissenschaft mit eben dieser Freiheit der wissenschaftlichen Forschung in letzter Zeit ihre Probleme hat. Die Fesseln, die dieser Freiheit angelegt werden, sind historisch immer in erster Linie mit irgendeiner Ideologie verbunden gewesen, die auf machtpolitischem Wege als verbindliche Richtschnur festgesetzt wurde. In der Slowakei mehren sich in jüngster Zeit vehemente Versuche, die slowakische Historiographie in ein enges nationalistisches Fahrwasser zu drängen. Unter dem Vorwand der Verteidigung und Bewahrung des „Slowakentums“ beginnen Angriffe gegen „Tschechoslowaken“, „Magyarophile“ u. a. m. Dabei werden die Begriffe „Slowakentum“ oder auch „Tschechoslowakismus“ in ebenderselben Weise als deklarative Etiketts benutzt wie zu Beginn der siebziger Jahre die Einteilung der Historiker in „wahre Marxisten“ und „rechtsgerichtete Opportunisten“. Ein erheblicher Teil dieser nationalistischen Initiativen geht von der Führung der *Matica slovenská* aus, die über die Grenzen der Slowakei hinaus durch ihre berüchtigten Versuche bekannt geworden ist, den mit dem Dritten Reich kollaborierenden slowakischen Staat der Jahre 1939–1945 zu glorifizieren, den antifaschistischen slowakischen Aufstand des Jahres 1944 als Putsch abzuqualifizieren und auch andere historische Vorgänge über einen solchen politisch-nationalen Leisten zu schlagen. Die Führung der *Matica slovenská* verfolgt das Ziel, sich die gesellschaftswissenschaftlichen Institute der Slowakischen Akademie der

Wissenschaften einzuverleiben. Dieser absurde Versuch hat in einem entsprechenden Gesetzentwurf der *Matica slovenská* bereits konkrete Gestalt angenommen. Das Historische Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften gehört zu den Einrichtungen, deren sich die *Matica slovenská* bemächtigen will. Zwar steht eine solche Zielsetzung im Widerspruch zur Verfassung der Slowakischen Republik, ihren Gesetzen und den elementaren Regeln korrekten politischen Verhaltens, und von daher erscheint es nicht möglich, daß der Gesetzentwurf der *Matica slovenská* unter rechtsstaatlichen Bedingungen das Parlament passieren könnte. Dennoch sind solche Absichten ein deutliches Signal dafür, daß die Freiheit von Wissenschaft und Forschung in der Slowakei von bestimmten Interessengruppen bedroht ist. Die Slowakische Akademie der Wissenschaften und die Hochschulen des Landes haben eine funktionierende akademische Gemeinde errichtet, in der die Grundsätze der akademischen Freiheit gelten. Etwas Vergleichbares findet sich in der *Matica slovenská* nicht; sie ist keine staatliche Institution, sondern ein Verein. Es liegt auf der Hand, daß die Freiheit der Wissenschaft in dem sich formierenden neuen slowakischen Staat nicht durch Erklärungen und Versprechungen gewährleistet werden kann, sondern nur durch die Erhaltung der bestehenden akademischen Institutionen und damit auch der akademischen Freiheiten.

Zu den Versuchen, die Freiheit der historischen Forschung einzuschränken, können wir nicht schweigen. Wir sollten sie auch nicht unterschätzen. Auch wenn die Pläne der *Matica slovenská*, die gesellschaftswissenschaftlichen Institute der Slowakischen Akademie der Wissenschaften zu annektieren, nicht zum Ziel führen sollten, muß sich die akademische Gemeinde doch dessen bewußt sein, daß damit die Gefahr, daß die wissenschaftliche Forschung in eine bestimmte ideologische Richtung gedrängt wird, nicht gebannt ist. In letzter Konsequenz können solche Versuche die natürliche Entwicklung der Historiographie zwar bremsen und die gegenwärtigen Forschungstrends für eine gewisse Zeit in eine andere Richtung lenken, doch sind sie nicht in der Lage, den Weg, den die slowakische Geschichtswissenschaft seit 1989 eingeschlagen hat, auf Dauer zu blockieren.

### *Anhang*

Der Gesetzentwurf des Nationalrats der Slowakischen Republik über die *Matica slovenská* und die Stellungnahme des Direktors und der Mitarbeiter des Historischen Instituts: siehe S. 175–180.

# GESETZENTWURF DES NATIONALRATS DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK ÜBER DIE MATICA SLOVENSKÁ

Der Nationalrat der Slowakischen Republik, ausgehend von der Tatsache, daß die Matica slovenská die historisch bewährte, bedeutendste Institution der slowakischen Nation auf dem Gebiet der kulturellen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Tätigkeit ist, und davon, daß ihre Stellung und Zielsetzung unter den Bedingungen der selbständigen Slowakischen Republik neu geregelt werden müssen, hat folgendes Gesetz beschlossen:

## § 1

### Grundlegende Bestimmungen

- (1) Die Matica slovenská ist eine nichtstaatliche juristische Person.
- (2) Sitz der Matica slovenská ist Martin.

## § 2

### Auftrag und Aufgaben der Matica slovenská

- (1) Der Auftrag der Matica slovenská besteht darin,
  - (a) den slowakischen Patriotismus zu stärken,
  - (b) die Beziehung der Bürger zum slowakischen Staatsgedanken zu vertiefen,
  - (c) vorrangig slowakistische Dokumente zu erwerben, zu sammeln, zu bearbeiten, aufzubewahren, zu schützen und zugänglich zu machen sowie das national-kulturelle Erbe zu fördern und der Gegenwart nahezubringen,
  - (d) der lokalen und regionalen Kultur zur Entfaltung zu verhelfen,
  - (e) insbesondere auf die Jugend im Geiste nationaler, moralischer und demokratischer Werte einzuwirken,
  - (f) das nationale Bewußtsein der Slowaken in sprachlich gemischten Gebieten zu heben,
  - (g) das Verhältnis der Kulturen der Bürger, die sich zu den nationalen Minderheiten und ethnische Gruppen auf dem Gebiet der Slowakischen Republik bekennen, zur slowakischen nationalen Kultur enger zu gestalten,
  - (h) für die Bewahrung des nationalen Bewußtseins der slowakischen Landsleute im Ausland Sorge zu tragen,
  - (ch) die Schöpfer und Gönner slowakischer Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft in aller Welt um sich zu sammeln,

- (i) das Ansehen der Slowakischen Republik im Ausland auch durch die Errichtung eigener Informations- und Kulturzentren zu fördern,
  - (j) Kontakte zu europäischen und weltweit wirkenden Organisationen für Fragen der Kultur, der nationalen Identität, des geistigen Lebens und des Schutzes allgemein menschlicher Werte zu pflegen,
  - (k) im In- und Ausland Stiftungen zur Förderung des nationalen und kulturellen Lebens zu gründen und die bedeutendsten Vertreter bestimmter Bereiche schöpferischer (einschließlich wissenschaftlicher) Tätigkeit auszuzeichnen,
  - (l) mit den staatlichen Organen und den Organen der territorialen Selbstverwaltung bei der Entwicklung des Schulwesens, der Kultur und des gesellschaftlichen Lebens zusammenzuarbeiten,
  - (m) originär slowakische künstlerische Werke, wissenschaftliche Abhandlungen und publizistische Darstellungen herauszugeben,
  - (n) koordinierende und planerische Aufgaben bei der Ausarbeitung von Lehrbüchern und Lehrbuchtexten zu einigen Bereichen der Gesellschaftswissenschaften für Grund- und Mittelschulen im Auftrag des Schulministeriums der Slowakischen Republik zu erfüllen.
- (2) Der Matica slovenská können besondere Aufgaben übertragen werden, wenn deren Erfüllung auf diesem Wege zweckmäßiger und vorteilhafter ist.

### § 3

#### Institutionen, welche die der Matica slovenská vom Staat anvertrauten Aufgaben wahrnehmen

Die der Matica slovenská vom Staat anvertrauten Aufgaben erfüllen vor allem folgende Institutionen:

- (a) Die Slowakische Nationalbibliothek<sup>1</sup> als nationales und methodisches Zentrum des Bibliothekswesens der Slowakischen Republik ist eine juristische Person, deren Gründer das Kultusministerium der Slowakischen Republik (im folgenden kurz „Ministerium“) ist; sie führt ihren Haushalt nach besonderen Vorschriften<sup>2</sup>. Die Gründungsurkunde erläßt der Kultusminister der Slowakischen Republik auf Ersuchen des Vorsitzenden der Matica slovenská. Der Direktor der Nationalbibliothek wird vom Kultusminister der Slowakischen Republik auf Vorschlag des Vorsitzenden der Matica slovenská ernannt und abberufen.
- (b) Die Gedenkstätte der nationalen Kultur als zentrale Arbeitsstätte für archivarische, museale und biographische Dokumentation, für die Erforschung, den Schutz und die Unterstützung der slowakischen Kultur und Literatur<sup>3</sup>, deren Gründer das Ministerium ist, ist eine juristische Person, die ihren Haushalt ebenfalls nach besonderen Vorschriften führt<sup>2</sup>. Der Direktor der Gedenkstätte der nationalen Kultur wird vom Kultusminister der Slowakischen Republik auf Vorschlag des Vorsitzenden der Matica slovenská ernannt und abberufen.
- (c) Das Landsmannschaftliche Museum der Matica slovenská ist ein organisatorischer Bestandteil der Matica slovenská und in das Haus der Auslandsslowaken syste-

matisch eingegliedert. Das Landsmannschaftliche Museum der Matica slovenská ist die zentrale Arbeitsstätte der Matica slovenská für den Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Slowaken, die außerhalb des Gebiets der Slowakischen Republik leben, und für die Bewahrung und Weiterentwicklung ihrer nationalen Identität und ihrer Beziehungen zur Slowakischen Republik. Der leitende Mitarbeiter des Landsmannschaftlichen Museums wird vom Vorsitzenden der Matica slovenská nach Zustimmung des Kultusministers der Slowakischen Republik ernannt.

- (d) Die Beratungszentren für Nationalitätenfragen der Matica slovenská; sie sind ein organisatorischer Bestandteil der Matica slovenská als Koordinator der Forschung und Dokumentation zur Nationalitäten- und ethnischen Problematik in der Slowakischen Republik.
- (e) Das Institut für slowakische Literatur der Slowakischen Akademie der Wissenschaften und das Historische Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften sind wissenschaftliche Arbeitsstätten für grundlegende Fragen der slowakischen Forschung. Ihre Stellung als Rechtssubjekte ist von der Matica slovenská abgeleitet.
- (f) Die Slowakischen Informations- und Kulturzentren der Matica slovenská im Ausland; sie sind organisatorische Bestandteile der Matica slovenská als Arbeitsstätten der Matica slovenská für die Werbung für die Slowakei und für die Zusammenarbeit mit den Auslands Slowaken.

#### § 4

##### Organisation der Matica slovenská

- (1) Die Matica slovenská setzt sich zusammen aus
  - (a) den örtlichen Zweigstellen der Matica slovenská,
  - (b) den Interessen- und wissenschaftlichen Sektionen (im folgenden kurz „Sektion“),
  - (c) den in § 3, lit. (c), (d), (e) und (f) angeführten Subjekten,
  - (d) weiteren ständigen fachspezifischen und gemeinschaftlichen Arbeitsstätten.

Ihre Verhältnisse regelt die Satzung der Matica slovenská.

- (2) Die Sektion leitet ihre Stellung als Rechtssubjekt von der Matica slovenská ab, und zwar in dem durch die Satzung der Matica slovenská festgelegten Umfang. Die Sektion vereinigt Mitglieder der Matica slovenská und wirkt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der Gemeinden, gesellschaftlichen Interessen und wissenschaftlichen Disziplinen mit.
- (3) Die Matica slovenská kann zur Erfüllung der Aufgaben, die durch dieses Gesetz festgelegt werden, auch weitere Organisationen bilden, leiten und gründen, deren Rechtssubjektivität abgeleitet ist und deren Stellung und Auftrag durch die Satzung der Matica slovenská geregelt werden.
- (4) Die in § 3, lit. (a) und (b) angeführten juristischen Personen sind in ihrem Verhältnis zur Matica slovenská staatliche Zuschußorganisationen; sie treten nach außen in eigenem Namen auf.

## § 5

## Organe und Leitung der Matica slovenská

- (1) Das höchste Organ der Matica slovenská ist die Vollversammlung als Versammlung der Delegierten der einzelnen Sektionen, die gemäß der Satzung der Matica slovenská entsandt werden. Die Vollversammlung erörtert grundsätzliche Fragen der Orientierung und Tätigkeit der Matica slovenská, verabschiedet und ändert die Satzung der Matica slovenská, wählt und beruft den Vorsitzenden der Matica slovenská und des Ausschusses der Matica slovenská ab. Sie genehmigt Entscheidungen des Ausschusses über die Einrichtung von Organisationen, Arbeitsstätten und Sektionen. Sie genehmigt die Grundsätze der Haushaltsführung der Matica slovenská (§ 7).
- (2) Der Ausschuß der Matica slovenská ist das höchste Exekutivorgan der Matica slovenská. Dieser beschließt über die Einrichtung weiterer Organisationen, Arbeitsstätten und Sektionen. Die Gültigkeit solcher Beschlüsse unterliegt der Zustimmung der Vollversammlung. Vorsitzender des Ausschusses ist der Vorsitzende der Matica slovenská.
- (3) Ein satzungsgemäßes Organ der Matica slovenská ist ihr Vorsitzender, der die gesamte Tätigkeit der Matica slovenská koordiniert.

<sup>1</sup> Gesetz Nr. 53/1959 Zb über das einheitliche Bibliothekssystem (Bibliotheksgesetz).

<sup>2</sup> Gesetz des Nationalrats der Slowakischen Republik Nr. 303/1995 Zb über die Grundsätze des Haushalts. – Gesetz des Nationalrats der Slowakischen Republik Nr. 304/1995 Zb über den Staatshaushalt für das Jahr 1996 und über die Abänderung und Ergänzung einiger Gesetze.

<sup>3</sup> Vgl. dazu beispielsweise das Gesetz des Slowakischen Nationalrats Nr. 109/1961 Zb über Museen und Galerien. – Gesetz des Slowakischen Nationalrats Nr. 149/1975 Zb über das Archivwesen in der Fassung des Gesetzes des Slowakischen Nationalrats Nr. 571/1991 Zb, vollständig verkündet unter Nr. 332/1992 Zb.

STELLUNGNAHME DES DIREKTORS DES HISTORISCHEN  
INSTITUTS DER SLOWAKISCHEN AKADEMIE DER  
WISSENSCHAFTEN ZUM GESETZENTWURF ÜBER  
DIE MATICA SLOVENSKÁ

*Die Freiheit der Forschung in der Slowakei ist bedroht*

Sechs Jahre nach dem November 1989 sind die Gesellschaftswissenschaften in der Slowakei wieder unter ideologischen Druck geraten und ist die Freiheit wissenschaftlicher Forschung abermals bedroht.

Ein sicheres Indiz hierfür ist der Gesetzentwurf über die Matica slovenská. Gemäß diesem Gesetzentwurf soll die Matica slovenská als Verein einige Aufgaben des Staates übernehmen, u. a. auch die Planung und Koordinierung der Herausgabe von Lehrbüchern. Außerdem will die Matica slovenská nach diesem Gesetzentwurf zwei gesellschaftswissenschaftliche Institute der Slowakischen Akademie der Wissenschaften übernehmen – das Historische Institut und das Institut für slowa-

kische Literatur. Beide Institute sind seit ihrer Entstehung Bestandteil der Slowakischen Akademie der Wissenschaften. Nach dem November 1989 haben sich beide Institute zu führenden wissenschaftlichen Arbeitsstätten entwickelt, die auch im Ausland Anerkennung finden. Ihre Übernahme durch die Matica slovenská würde deshalb eine massive Beeinträchtigung ihres wissenschaftlichen Niveaus und einen schwerwiegenden Eingriff in die historische und literaturwissenschaftliche Forschung in der Slowakei darstellen.

Die Matica slovenská ist ein Verein, dessen Aufgaben – so der Gesetzentwurf – im Bereich der Volksbildung und der Kultur liegen. Die Matica slovenská ist weder eine wissenschaftliche noch eine akademische Institution. Wie für jeden Verein sind für die Matica slovenská die Beschlüsse der Vollversammlung maßgebend; ihre gesamte Tätigkeit wird durch den Vereinsausschuß, also durch ein mit Laien besetztes Gremium, kontrolliert. Diese Vereinsgremien sollen nach dem neuen Gesetz die wissenschaftliche Forschung kontrollieren und leiten, deren Aufgaben festlegen und die Ergebnisse bewerten.

Es ist bekannt, daß sich die gegenwärtige Leitung der Matica slovenská öffentlich für das auf Kollaboration beruhende, undemokratische und inhumane Regime des slowakischen Staates der Jahre 1938–1945 und seinen Präsidenten Jozef Tiso einsetzt. Den slowakischen antifaschistischen Aufstand des Jahres 1944 bezeichnet die Matica slovenská in ihren Publikationen als Putsch. Auf dem Boden der Matica slovenská werden Mythen über die slowakische Vergangenheit produziert, die mit Wissenschaft nichts zu tun haben. Man kann sich unschwer vorstellen, in welcher Weise die gegenwärtige Leitung der Matica slovenská Einfluß auf die Tätigkeit wissenschaftlicher Institute nehmen würde.

Die Verabschiedung des Gesetzes über die Matica slovenská würde die historische und literaturwissenschaftliche Forschung weit hinter das Jahr 1989 zurückwerfen, als diese wissenschaftlichen Disziplinen den Ideologen zum Opfer fielen.

#### STELLUNGNAHME DER MITARBEITER DES HISTORISCHEN INSTITUTS DER SLOWAKISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZUM GESETZENTWURF ÜBER DIE MATICA SLOVENSKÁ

Die unterzeichneten Mitarbeiter des Historischen Instituts der Slowakischen Akademie der Wissenschaften protestieren erneut auf das schärfste gegen den bereits parapierten Gesetzentwurf über die mechanische Eingliederung des Historischen Instituts der Slowakischen Akademie der Wissenschaften (bzw. weiterer Arbeitsstätten der Slowakischen Akademie der Wissenschaften) in die Matica slovenská. Der Entwurf steht im Widerspruch zum Gesetz über die Slowakische Akademie der Wissenschaften und verletzt dessen Integrität; er steht nicht im Einklang mit dem demokratischen Charakter und der Pluralität wissenschaftlicher Forschung; er bedroht die Grundlagenforschung zur nationalen und zur allgemeinen Geschichte sowie die bereits bestehende, allgemein respektierte und fruchtbare Zusammenarbeit der slowakischen Historiographie mit wissenschaftlichen Institutionen im Ausland.

Wir sind der Überzeugung, daß es unzulässig ist, wenn sich die Matica slovenská, deren Arbeit und Verdienste im Bereich der Kultur und der slowakischen Geschichte wir anerkennen, gegenwärtig als die bedeutendste wissenschaftliche Institution in der Slowakei ausgibt. Das Historische Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften war nie ein Bestandteil der Matica slovenská; es entstand im Rahmen der Slowakischen Akademie der Wissenschaften und Künste im Jahr 1943 und arbeitet mit der Matica slovenská bis zum heutigen Tage korrekt zusammen. Weder denjenigen, die das Gesetz entworfen haben, noch der gegenwärtigen Leitung der Matica slovenská geht es jedoch um die Entwicklung der Wissenschaft, sondern darum, daß ihnen nicht nur das Historische Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, sondern die gesamte historische Forschung völlig untergeordnet wird. Nur so läßt es sich nämlich erklären, daß die Leitung der Matica slovenská es vor diesem schwerwiegenden Schritt nicht für notwendig befunden hat, die Leitung des Historischen Instituts der Slowakischen Akademie der Wissenschaften bzw. dessen Mitarbeiter auch nur zu konsultieren.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Matica slovenská würde ein Präzedenz für die machtpolitische Manipulation mit wissenschaftlichen Institutionen geschaffen werden. Wir appellieren daher an unsere Kollegen in anderen historischen, gesellschaftswissenschaftlichen und mit wissenschaftlicher Forschung befaßten Arbeitsstätten, ihre Solidarität mit uns zum Ausdruck zu bringen.

Unterzeichnet von 72 Mitarbeitern des Historischen Instituts der  
Slowakischen Akademie der Wissenschaften

A. Avenarius, M. Barnovský, A. Bartlová, B. Brezováková, V. Bystrický, V. Čičaj, D. Čierna-Lantayová, L. Deák, G. Dudeková, M. Ďurková, D. Dvořáková, M. Fabricius, M. Fabriciusová, A. Falisová, B. Ferenčuhová, E. Frimmová, L. Hallon, L. Haraksim, M. Hertel, V. Hlavová, P. Horváth, I. Hrabovec, K. Hradská, A. Hrnko, J. Hučko, E. Ivaničková, T. Ivantyšinová, E. Jakešová, V. Jaksicsová, I. Kamenec, M. Kamenický, L. Kázmerová, D. Kodajová, M. Kohútová, D. Kováč, E. Kowalská, N. Krajčovičová, M. Kubrická, B. Krasnovský, V. Lakatošová, T. Lengyelová, L. Lipták, M. Londák, E. Londáková, J. Lukačká, P. Macho, E. Mannová, I. Mikuličová, M. Morovics, I. Mrva, T. Okániková, B. Ondrušová, F. Oslanský, D. Pelčáková, J. Pešek, P. Petruf, M. Podrimavský, D. Schvarzová, A. Sedliaková, M. Šepitka, S. Sikora, A. Štefániková, J. Steinhübel, Š. Štvrtecký, X. Šuchová, B. Ťašká, H. Tříšková, H. Vojtková, J. Vozár, P. Zelenák, J. Žatkuliak, V. Zsideková.

Bratislava, den 11. April 1996

Übersetzt von Peter Heumos

## TÄTIGKEITSBERICHT des Collegium Carolinum für 1995

Im Berichtsjahr 1995 konnte das Collegium Carolinum (CC) seinen satzungsgemäßen Aufgaben wiederum in vollem Umfang nachkommen und durch die wissenschaftlichen und organisatorischen Leistungen der Mitglieder wieder angestellten Mitarbeiter einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung der böhmischen Länder und zur Vertiefung der deutsch-tschechischen Beziehungen leisten. Schwerpunkte der Arbeit lagen neben der Forschungstätigkeit insbesondere bei der Veranstaltung von Tagungen, bei der Herausgabe von Fachveröffentlichungen und bei der Pflege wissenschaftlicher Kontakte.

Ermöglicht wurden die vielfältigen Tätigkeiten des Collegium Carolinum durch die finanzielle Grundausstattung seitens des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, wofür dem Ministerium besonderer Dank gilt. Neben der kontinuierlichen Förderung durch den Freistaat Bayern ist der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Bundesministerium des Innern für die Finanzierung von Stipendien, wissenschaftlichen Projekten und Publikationen, der Universität Gießen für die kostenfreie Überlassung der Redaktionsräume des Sudetendeutschen Wörterbuchs und dem Auswärtigen Amt für die fortlaufende Finanzierung der „Berichte zu Staat und Gesellschaft in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik“ zu danken. Schließlich konnte aufgrund einer Spende des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft eine Forschungskonferenz mit Nachwuchswissenschaftlern zur Geschichte der Tschechoslowakei durchgeführt werden.

Im Berichtsjahr trat die Mitgliederversammlung des Collegium Carolinum e. V. am 23. November 1995 in Bad Wiessee zusammen. Auf der Mitgliederversammlung wurden das Arbeitsprogramm und der festgestellte Wirtschaftsplan für das laufende Jahr sowie der Jahresabschluß für das Vorjahr in Verbindung mit der Entlastung des Vorstandes gebilligt und eine Satzungsänderung beschlossen. Die satzungsgemäß bestellten Revisoren führten die Jahresprüfung am 6. Februar durch.

Vorstandssitzungen fanden zur Beratung und Beschlußfassung über laufende Arbeitsvorhaben und künftige Projekte am 6. März, am 10. Juli und am 25. November statt. Dem Vorstand des CC gehörten im Berichtsjahr an: Prof. Dr. PhDr. h. c. Ferdinand Seibt (1. Vorsitzender), Prof. Dr. Hans Lemberg und Prof. Dr. Jörg K. Hoensch (beide stellvertr. Vors.), Prof. Dr. Ernst Nittner und Prof. Dr. Horst Förster.

Das Kuratorium kam am 16. Februar zu seiner Jahressitzung zusammen. Dem im Herbst neu berufenen Beratungsgremium gehören an (in alphabetischer Reihenfolge): Ministerialdirigentin Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel, Prof. Dr. Edgar Hösch, Prof. Dr. Günther Hedtkamp, Ministerialrat Jörg Kudlich, Prof. Dr. Ernst Nittner, Prof. Dr. Dr. h. c. Erwin Oberländer, Ministerialrat Dr. Walter Rösner-Kraus, Ministerialdirigent a. D. Prof. Hans Sehling, Staatsminister a. D. Walter Stain sowie mit beratender Stimme Prof. Dr. PhDr. h. c. Ferdinand Seibt.

Das Institut beschäftigte im Berichtsjahr folgende wissenschaftliche Mitarbeiter, die alle aus Haushaltsmitteln finanziert wurden:

Dr. Eva Hahn  
 Dr. Peter Heumos  
 Dr. Antje Holzhauser  
 Bernd Kesselgruber  
 Robert Luft  
 Dr. Michaela Marek

Die Geschäftsführung des Instituts lag in Händen von Robert Luft. Im Sekretariatsbereich waren festangestellt tätig: Rosemarie Stadelmeier, Gertraud Schreiner, Irene Schäfer und Norbert Vierbücher. Im Herbst absolvierte ein Politologiestudent, Herr Pavel Jerabek, ein vierwöchiges Praktikum am Institut. Außerdem halfen wiederum bewährte studentische und andere Hilfskräfte bei Institutsarbeiten mit, insbesondere in der Biographischen Sammlung Jiří Veselý und in der Sammlung des Sudetendeutschen Wörterbuchs Eva-Maria Englisch.

Das Collegium Carolinum gehört folgenden Vereinigungen an: Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik (AHF), Arbeitsgemeinschaft Historischer Kommissionen und landesgeschichtlicher Institute, Arbeitsgemeinschaft der Münchner Osteuropa-Institute, Herder-Institut e. V., Marburg, Koordinationsausschuß der bundesgeförderten Osteuropaforschung, Gesamtverein der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine und Mediävistenverband sowie der Czechoslovak History Conference. Eine kontinuierliche fachliche Zusammenarbeit hat sich mit einigen Instituten der Tschechischen und der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, mit tschechischen Universitäten, dem Prager Zentrum für deutsche und österreichische Studien am Institut für Internationale Studien und dem Prager Institut für Zeitgeschichte sowie dem in Prag ansässigen französischen Forschungsinstitut CeFREs entwickelt. Enger Kontakt besteht darüber hinaus zu wissenschaftlichen Institutionen, wie dem Osteuropa-Institut München, dem Südost-Institut München, dem Institut für Ostrecht München und der Historischen Kommission der Sudetenländer sowie zum Adalbert Stifter Verein, zur Ackermann-Gemeinde und zur Seliger-Gemeinde. Seine Publikationen tauscht das Collegium Carolinum mit über 70 Forschungseinrichtungen und Bibliotheken des In- und Auslands, insbesondere in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik sowie in Österreich.

\* \* \*

Das Collegium Carolinum und seine Mitglieder konnten im Berichtsjahr, ungeachtet der zum Teil sehr schwierigen Haushaltslage und einer personellen Unterbesetzung, mit ihren verschiedenen Tätigkeiten dem umfassenden Arbeitsfeld der Forschungen zu den böhmischen Ländern gerecht werden. Angesichts der besonderen deutsch-tschechischen Beziehungen und der aktuellen Fragen um Identität und Formen der Nachbarschaft gehört dabei die Geschichte der letzten 150 Jahre im böhmischen und mährischen Raum und in seinen Beziehungen zu Deutschland zu den vordringlichen Forschungsaufgaben. Dies bedarf nicht nur der internationalen Zusammenarbeit, sondern insbesondere der Zusammenarbeit mit Wissenschaft-

lern aus der Tschechischen und der Slowakischen Republik sowie der Einbeziehung von Forschern aus den neuen Bundesländern. Beides konnte das Institut mit seinen Mitarbeitern in München und Gießen sowie den zur Zeit 45 Mitgliedern des Vereins 1995 erfolgreich gestalten.

Besonderes Augenmerk galt dem Ausbau der Kontakte zu Institutionen in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik, mit deren Mitarbeitern zahlreiche Arbeitsgespräche geführt wurden. Besonders enge Beziehungen entwickelten sich zu dem im Aufbau befindlichen „Institut für Internationale Studien“ an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Prager Karls-Universität unter Leitung von Prof. PhDr. Jan Křen und insbesondere mit dem „Lehrstuhl für deutsche und österreichische Studien“ unter Leitung von Doz. PhDr. Jiří Pešek. Darüber hinaus bestanden enge Kontakte mit dem Historischen Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag, mit den Universitäten in Prag, Brünn, Olmütz, Pilsen, Budweis, Aussig und Troppau und mit wissenschaftlichen Einrichtungen in der Slowakei. In diesem Zusammenhang konnten auch Studentengruppen aus Prag im Institut begrüßt und die Arbeit des CC vor Ort anschaulich vermittelt werden. Einen besonderen Raum nahmen Brünner Einrichtungen ein, wobei neben den historischen Instituten und den Kontakten der Gießener Wörterbuchmitarbeiter zu Germanisten, Volkskundlern und Bohemisten-Einrichtungen auch der Arbeitsbesuch einer Mitarbeiterin der Mährischen Galerie im Rahmen eines geplanten Forschungsprojekts über biographische Studien zu Künstlern und Mäzenen der Zwischenkriegszeit zu erwähnen ist. Fortgesetzt wurden zudem die Kontakte mit dem tschechischen Schulministerium, die nicht nur im Rahmen der deutsch-tschechischen Schulbuch-Kommission unter Beteiligung von Mitarbeitern und Mitgliedern des CC gepflegt wurden und die langfristig auf eine Einbeziehung des Instituts in Formen der Lehrerfortbildung zielen. Ausgebaut werden konnte auch die Zusammenarbeit bei ostmitteleuropäischen und insbesondere böhmischen, mährischen und slowakischen Themen mit Institutionen in Italien, Frankreich und Dänemark. Insbesondere zu dem französischen sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum CeFREs in Prag, zu dem es bedauerlicherweise kein deutsches Pendant gibt, haben sich die Verbindungen durch wechselseitige Arbeitsbesuche intensiviert. Im Mittelpunkt der Kontakte standen dabei Fragen der neuesten Geschichte bis hin zu den deutsch-tschechischen Beziehungen in der Gegenwart. Ein sozialgeschichtliches Forschungsprojekt wird das CC in Zukunft auch mit Kollegen an den Universitäten Wien und Salzburg enger verbinden.

Die Forschungsarbeiten des Instituts wurden entsprechend dem Arbeitsplan intensiv fortgesetzt. Im Berichtsjahr wurde die *Biographische Sammlung* unter Beteiligung von Hilfskräften in München und von externen Mitarbeitern in Prag und Wien laufend ergänzt und die dazugehörige Bibliographie aktualisiert. Erschlossen wurden in diesem Jahr auch die Bestände des Berliner „Document Center“, um in einzelnen Biographien insbesondere Lücken für die Jahre 1933/38 bis 1945 zu schließen. Durch gegenseitige Arbeitsbesuche wurde die Zusammenarbeit mit dem „Biografický slovník českých zemí“ der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag fortgeführt. Vorgelegt wurde die achte Lieferung von Band 3 des Biographischen Lexikons zur Geschichte der böhmischen Länder, begonnen wurde mit den Arbeiten an der neunten und den dritten Band abschließenden Lieferung.

Eine bedeutende Erweiterung erfuhr die biographische Sammlung durch den Erwerb der sogenannten „Sammlung Kuhn“, einer ca. 120 000 Karteikarten umfassenden biographischen Kartothek mit Einträgen über Personen, die zwischen 1948 und 1989 zu den politischen, militärischen und kulturellen Führungsschichten der kommunistischen Tschechoslowakei gehörten. Durch diesen Bestand, der aus der Arbeit von Dr. Heinrich Kuhn an dem 1969/70 vom CC publizierten „Biographischen Handbuch der Tschechoslowakei“ hervorgegangen ist und seitdem kontinuierlich erweitert wurde, stehen der Wissenschaft gerade für die jüngere tschechoslowakische Geschichte interessante biographische Angaben zur Verfügung.

Das Kernstück der *Schriftgutsammlung* des CC, der umfangreiche Nachlaß des Journalisten Vladimír Pekelský mit einem hervorragenden Bestand von tschechischen und slowakischen Exilzeitschriften aus den vierziger und fünfziger Jahren unseres Jahrhunderts, erfreute sich wiederum größeren Interesses bei tschechischen Forschern, insbesondere aus Prag und Olmütz. Erfreulicherweise konnte im Berichtsjahr mit zusätzlichen Kräften begonnen werden, die Zeitschriftenbestände neu zu ordnen und per EDV zu erfassen. Es ist beabsichtigt, die Erstellung eines Inventars der Zeitschriften 1996 abzuschließen.

Die Arbeiten am *Sudetendeutschen Wörterbuch* konnten mit guten Fortschritten im Berichtsjahr von der Außenstelle des Collegium Carolinum in Gießen fortgeführt werden. Lieferung 7 des zweiten Bandes konnte vorgelegt werden, begonnen wurden die Vorbereitungen für die beiden folgenden Lieferungen, die den Band 2 und damit auch den Buchstaben B/P abschließen sollen. Durch Arbeitsbesuche von Prager Germanisten in Gießen und im Rahmen eines Sprachkurses in Brünn konnten die Kontakte mit tschechischen Wissenschaftlern ausgebaut werden.

Zusätzlich zu den laufenden Forschungen, den Veranstaltungen und der Herausgabe von Publikationen half das CC durch Auskünfte und eine umfangreiche Beratungstätigkeit öffentlichen Institutionen, Forschern und den Medien. Das ganze Jahr über suchten zahlreiche Wissenschaftler, Vertreter wissenschaftlicher Institutionen, Studenten und Journalisten Rat und Kontakt bei den Mitarbeitern und beim Vorsitzenden des Collegium Carolinum. Insgesamt läßt sich in der Öffentlichkeit wie im Rahmen der universitären Ausbildung und Forschung ein wachsendes Interesse an Fragen der böhmischen Länder registrieren, was sowohl die Arbeitsbelastung wie auch die Bedeutung des CC für die deutsche wie die internationale Forschung deutlich erhöhte.

Neben der zum Teil sehr umfangreichen Beratung bei Abschlußarbeiten über Themen zur böhmischen, mährischen und slowakischen Geschichte erfolgte die Betreuung einzelner tschechischer Geschichtsstudenten der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität und von Gastwissenschaftlern des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. Als *Stipendiat* war für mehrere Wochen Dr. Václav Maidl aus Prag am Institut, der das Forschungsthema „Geschichte der deutschsprachigen Literatur im Böhmerwald, insbesondere im 19. und frühen 20. Jahrhundert“ bearbeitete.

Dem aktuellen Informationsbedürfnis und dem Auftrag des Auswärtigen Amtes, die innen- und außenpolitischen Entwicklungen der Tschechischen und der Slowakischen Republik in übersichtlich knapper Form zusammenzufassen, kam das CC wiederum mit vierteljährlich herausgegebenen *Berichten zu Staat und Gesellschaft in der*

*Tschechischen und in der Slowakischen Republik* nach, die anhand tschechischer und slowakischer Tageszeitungen von Dr. Peter Heumos unter Mitarbeit von Norbert Vierbücher, Dipl.-Dolm., erstellt wurden. Unter den im Berichtsjahr abgedruckten und meist übersetzten Dokumenten befinden sich die Rede von Staatspräsident Václav Havel zum deutsch-tschechischen Verhältnis vom 17. Februar, die Erklärungen der Deutsch-tschechischen und -slowakischen Historikerkommission von 1990 und 1995 sowie das im Zusammenhang mit dem Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union vorgelegte Memorandum der slowakischen Regierung.

Seinem Auftrag, zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit und völkerübergreifenden Verständigung beizutragen, kam das Collegium Carolinum auch durch organisatorische Betreuung der 1989/90 von den beiden Staatspräsidenten angeregten und seitdem von den Auswärtigen Ministerien getragenen *Deutsch-tschechischen und -slowakischen Historikerkommission* nach. Zum Jahresbeginn gingen die damit auf deutscher Seite verbundenen Aufgaben vom Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen auf das CC in München über. In der inhaltlich unabhängigen und eigenständig tätigen Kommission bzw. in ihrer deutschen Sektion sind zudem mehrere Mitglieder des CC vertreten; Vorsitzender der deutschen Sektion ist, wie bisher, Prof. Dr. Dr. h. c. Rudolf Vierhaus. Höhepunkt der Arbeiten der trilateralen Historikerkommission war nach einer Fachkonferenz und einer öffentlichen Diskussionsrunde in Prag eine Arbeitssitzung gemeinsam mit den Staatspräsidenten der Tschechischen Republik und Deutschlands, Václav Havel und Roman Herzog, am 30. Oktober in Dresden.

Im Berichtsjahr konnten zu mehreren älteren Forschungsprojekten Publikationen oder Abschlußberichte vorgelegt werden, auf die im einzelnen unten verwiesen ist. Neu beantragt wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien unter Leitung von Prof. Dr. Michael Mitterauer und Kooperationspartnern in der Tschechischen Republik sowie in Großbritannien das Projekt *Soziale Strukturen in Böhmen vom 16. bis zum 19. Jahrhundert*, dessen Beginn für 1996 vorgesehen ist.

Mit einer umfangreichen Publikation in dem Band „Böhmen im 19. Jahrhundert. Vom Klassizismus zur Moderne“ wurde das Projekt *Architektur in den böhmischen Ländern im 19. Jahrhundert* abgeschlossen.

In Bohemia 36 (1995) Heft 2 wurde der Abschlußbericht des von der DFG geförderten Vorhabens *Briefe zwischen ost- und westeuropäischen Sozialisten 1945–1948* publiziert.

Mit der Vorlage zweier umfangreicherer Manuskripte wurde das von der DFG bis Anfang 1992 geförderte Forschungsvorhaben über *Handwerk und Kleingewerbe in Böhmen 1848–1914* im Berichtsjahr abgeschlossen.

Mit Teil II der fünfteiligen Edition *Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag* befindet sich der dritte Band, der die Jahre von 1921 bis 1926 umfaßt, im Satz. Begonnen wurde inzwischen mit der Bearbeitung von Teil V (1933–1938) und von Teil III (1927–1932).

Aus dem von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Projekt *Die Emigration aus der Tschechoslowakei 1945–1948* ging ein längerer Aufsatz hervor, der im Berichtsjahr in Bohemia 36 (1995) Heft 1 veröffentlicht wurde.

Weitergeführt wurden auch die Vorbereitungen zum dritten Teil der mehrbändigen Edition *Briefe und Dokumente zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie*, der die Epoche bis zur Wahlreform von 1907 und die ersten Jahre des Volksparlaments berücksichtigen wird.

Fortgesetzt wurden die Recherchen und Arbeiten zur Erstellung der *Bibliographie des böhmischen Glases*, die 1996 zum Abschluß gebracht werden sollen.

Das Vorhaben zur Erforschung des spätmittelalterlichen Städtewesens in der Slowakei unter dem Titel: *Die Kaschauer Ratsordnung von 1404 – Quellenkritische Edition des Handschriftenstammes sowie rechts-, gedanken- und sprachgeschichtliche Interpretation* soll, nach einer durch fehlende Finanzierung bedingten Unterbrechung, im Jahr 1996 fortgeführt werden.

Darüber hinaus ist auf die wissenschaftlichen Leistungen der Mitarbeiter des CC hinzuweisen, die sich in zahlreichen Publikationen, Vorträgen, Tagungsbesuchen und Beratungen niederschlugen und die zum Teil weiter unten aufgeführt sind.

\* \* \*

Als Kontrast zu den verschiedenen Gedenk- und Jubiläumsveranstaltungen, die „50 Jahre Kriegsende“ allenthalben hervorriefen, wählte das Collegium Carolinum für seine – diesmal von Peter Heumos konzipierte und organisierte – *Jahrestagung*, die vom 18. bis 20. November in Bad Wiessee stattfand, das Thema „Die Tschechoslowakei und Ostmitteleuropa 1945–1948“ (vgl. Tagungsbericht weiter unten). Ziel der Veranstaltung war nicht so sehr eine faktographische Gesamtsicht der Entwicklungen in der ČSR und anderen Ländern der Region zwischen der Sowjetunion und Deutschland als vielmehr die Diskussion der Kontinuitäten, unterschiedlichen Schnittstellen und der Umbrüche, die sich in diesem Teil Europas zwischen dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Okkupationsherrschaft und der Etablierung und Stabilisierung des kommunistischen Systems unter sowjetischer Vorherrschaft vollzogen. Die Veröffentlichung der Beiträge in einem Sammelband der Reihe „Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum“ wird vorbereitet.

Im Rahmen der Jahrestagung war es den Teilnehmern schließlich auch ermöglicht worden, die Veranstaltung des Adalbert Stifter Vereins in München über aktuelle Fragen des deutsch-tschechischen Verhältnisses „Böhmen aus deutscher Sicht: Ein Podiumsgespräch mit Richard von Weizsäcker, Antje Vollmer und Peter Glotz“ zu besuchen.

Im Zusammenhang mit einem langfristig gesetzten Forschungsschwerpunkt des Instituts stand ein Kolloquium über „Neue Forschungsfragen zur Tschechoslowakei 1918–1992“, das am 10. und 11. Februar in München vom Collegium Carolinum mit finanzieller Unterstützung des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft veranstaltet wurde und an dem insbesondere Nachwuchswissenschaftler aus der Tschechischen Republik, aus Dänemark, Norwegen, den USA, Frankreich und Deutschland teilnahmen. Neben der kontrovers behandelten Frage der Periodisierung der Geschichte der Tschechoslowakei 1918–1992 und neben Überlegungen zu spezifischen Elementen der tschechoslowakischen Geschichte lag der Akzent auf neueren strukturgeschichtlichen Fragestellungen, vor allem aber auch auf den zahlreichen Defiziten hinsichtlich der sozial- und gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklung.

Einigkeit bestand unter den Teilnehmern, daß die Forschungssituation für die Erste Republik bedeutend besser ist als für die kommunistische Periode 1948–1989.

Mitveranstalter war das Institut bei der vom 20. bis 23. Juni vom Deutsch-Italienischen Zentrum Villa Vigoni durchgeführten Tagung „Deutsche, Italiener, Tschechen und Slowaken im 19. und 20. Jahrhundert“, auf der Historiker, Politologen und Literaturwissenschaftler aus den genannten vier Ländern die vielfältigen Beziehungsgeflechte zwischen diesen Völkern bzw. Staaten und ihre gegenseitige Wahrnehmung von 1848 bis heute diskutierten (vgl. den Tagungsbericht in BohZ 36/1995, 442–445).

Im Rahmen des unter Leitung der Abteilung für Mittelalterliche Studien der Central European University in Budapest durchgeführten mehrjährigen Projektes „Women and Power in Medieval Central Europe“, in das insbesondere Professor Seibt einbezogen war, beteiligte sich das Collegium Carolinum an der Durchführung zweier Sektionen auf dem 2. Internationalen Mediaevisten-Kongreß in Leeds/Großbritannien. Unter dem Titel „Women in Power“ und „Women without Power“ stellten am 11. und 12. Juli fünf Projektmitarbeiterinnen aus ostmitteleuropäischen Ländern ihre Forschungsergebnisse über Königinnen, Adlige und andere Frauen mittelalterlicher Oberschichten zur Diskussion.

Aktuellen Fragen der slowakischen Entwicklung war die halbtägige Veranstaltung „Die Slowakei am Scheideweg“ gewidmet, die die Offene Akademie der Münchner Volkshochschule gemeinsam mit dem Collegium Carolinum am 8. Oktober in München mit slowakischen und deutschen Referenten aus den Bereichen Publizistik, Soziologie, Geschichte und Literaturwissenschaft durchführte, um auf die besonderen Probleme dieses jungen Staates aufmerksam zu machen.

Begonnen wurde im Berichtsjahr mit den Vorbereitungen für die Jahrestagung 1996, die unter dem Thema „Bauen für die Nation – Strategien architektonischer Selbstdarstellung kleiner Völker zwischen nationaler Identität und sozialer Ambition“ stehen wird, und mit der Planung der Sektion „Geschichtsdiskurse und Geschichtsbilder im tschechisch-deutschen Dialog“, mit der das Collegium Carolinum auf dem im September 1996 in München stattfindenden Deutschen Historikertag vertreten sein wird.

Im Berichtsjahr galten die öffentlichen *Vorträge* des Collegium Carolinum zwei Themenkreisen, für die Referenten aus verschiedenen Ländern gewonnen werden konnten. Ein Teil der Vorträge beschäftigte sich mit Fragen der politischen Entwicklung der Tschechoslowakei bzw. des tschechisch-deutschen Verhältnisses und die anderen mit Aspekten der deutschen und tschechischen Literatur in den böhmischen Ländern. Im einzelnen wurden 1995 folgende öffentliche Vorträge im Seminarraum des Instituts veranstaltet, die zum Teil in der Bohemia veröffentlicht werden sollen:

- 10. Februar, Dr. Peter Bugge (Aarhus): Konstitutionalismus und Parlament im tschechischen politischen Denken;
- 17. März, Prof. Dr. Rudolf Jaworski (Kiel): Friedrich Naumann und Thomas Masaryk – zwei Visionen für ein neues Europa;
- 19. Mai, Dr. Václav Handl (Prag): Die deutsch-tschechischen Beziehungen in der aktuellen europäischen Politik;

23. Juni, Prof. Dr. Alfred Thomas (Cambridge, Mass.): Frauen, Juden und Deutsche: Außenseiter im altschechischen *Mastičkář* (Salbenkrämer);

7. Juli, Prof. Dr. Michel Reffet (Dijon): Deutschsprachige Dichter Prags und Böhmens in der nationalen und in der religiösen Konfliktsituation (gemeinsam mit dem Adalbert Stifter Verein);

27. Oktober, Dr. Václav Maidl (Prag): Die deutschsprachige Literatur im Böhmerwald im 19. und 20. Jahrhundert.

\* \* \*

Auszüge aus den Beiträgen der vom CC und der Franz-Kafka-Gesellschaft im Frühjahr 1994 in Prag veranstalteten Tagung „Naše dějiny – Unsere Geschichte“ (vgl. BohZ 35/2, 1994) wurden auch in tschechischer Sprache in Heft 1–2/1994 der Zeitschrift „Die Verwandlung, Věstník Společnosti Franze Kafky“ veröffentlicht, das Anfang 1995 vorlag.

Im Berichtsjahr 1995 konnten die Mitarbeiter des Collegium Carolinum wiederum Periodika wie die Zeitschrift Bohemia, Lieferungen von Hand- und Wörterbüchern sowie Bände aus den Reihen „Veröffentlichungen des Collegium Carolinum“ (VCC) und „Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum“ (BWT) in beachtlichem Umfang redaktionell und drucktechnisch betreuen und fertigstellen. Im einzelnen wurden veröffentlicht:

1. Berichte zu Staat und Gesellschaft in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik. Jahrgang 1994, Heft 4, Selbstverlag Collegium Carolinum, München 1995.
2. Berichte zu Staat und Gesellschaft in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik. Jahrgang 1995, Heft 1–3, Selbstverlag Collegium Carolinum, München 1995.
3. Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder. Hrsg. von Ferdinand Seibt und Hans Lemberg. R. Oldenbourg Verlag, München. Band 36 (1995) Heft 1, S. 1–269.
4. Bohemia (w. o.) Band 36 (1995) Heft 2, S. 271–537.
5. Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder. Hrsg. von Ferdinand Seibt, Hans Lemberg und Helmut Slapnicka. R. Oldenbourg Verlag, München 1995. Band III, Lieferung 8: Ry-Sch (S. 561–640).
6. Sudetendeutsches Wörterbuch. Wörterbuch der deutschen Mundarten in Böhmen und Mähren-Schlesien. Hrsg. von Heinz Engels und Otfried Ehrismann. R. Oldenbourg Verlag, München 1995. Band II, Lieferung 7: Blutwurz – praktizieren (S. 481–560).
7. Maiestas Carolina. Der Kodifikationsentwurf Karls IV. für das Königreich Böhmen von 1355. Auf Grundlage der lateinischen Handschriften hrsg., eingeleitet und ins Deutsche übertragen von Bernd-Ulrich Hergemöller. R. Oldenbourg Verlag, München 1995, CLXXXIII und 304 S. (VCC 74).
8. Alfred Thomas: The Labyrinth of the World. Truth and Representation in Czech Literature. R. Oldenbourg Verlag, München 1995, 174 S. (VCC 78).

9. Stefan Bauer: Ein böhmischer Jude im Exil. Der Schriftsteller Ernst Sommer (1888–1955). R. Oldenbourg Verlag, München 1995, 475 S., 11 Abb. (VCC 79).
10. Neuerwerbungen der wissenschaftlichen Bibliothek von Collegium Carolinum, Sudetendeutschem Archiv, Ackermann-Gemeinde und Adalbert Stifter Verein. 3 Lieferungen. München 1995, vervielfältigt zum internen Gebrauch.

Im Satz befanden sich Ende 1995 folgende Publikationen:

1. Jan Křen: Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche in den böhmischen Ländern 1780–1918 (VCC 71).
2. Thomas Weiser: Arbeiterführer in der Tschechoslowakei. Eine Kollektivbiographie sozialdemokratischer und kommunistischer Parteifunktionäre in der Ersten ČSR (VCC 72).
3. Die Revolutionen von 1848/49 in Ostmitteleuropa. Hrsg. von Rudolf Jaworski und Robert Luft (BWT 18).
4. Polen und die böhmischen Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Politik und Gesellschaft im Vergleich. Hrsg. von Peter Heumos (BWT 19).
5. Christian Scharf: Ausgleichspolitik und Pressekampf in der Ära Hohenwart (VCC 82).
6. Anton Gnirs: Topographie der historischen und kunstgeschichtlichen Denkmale in dem Bezirke Karlsbad (Prag 1933). Hrsg. vom Collegium Carolinum, bearbeitet von Anna Gnirs (Handbuch der sudetendeutschen Kulturgeschichte 8).

In Druckvorbereitung sind folgende Publikationen:

1. Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder. Hrsg. von Ferdinand Seibt und Hans Lemberg. Band 37 (1996) Heft 1.
2. Sudetendeutsches Wörterbuch. Wörterbuch der deutschen Mundarten in Böhmen und Mähren-Schlesien, Band II, Lieferung 8 und 9 sowie Band III, Lieferung 1.
3. Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder. Band III, Lieferung 9.
4. Kurt Pittrof/Robert Luft: Bibliographie des böhmischen Glases (VCC 68).
5. Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil II: 1921–1926. Berichte des Gesandten Dr. Walter Koch. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander (VCC 49/II).
6. Martin Posselt: Richard Coudenhove-Kalergi und die Europäische Parlamentarier-Union (VCC 73).
7. 2. erw. Auflage von Rudolf M. Wlaschek: Juden in Böhmen (VCC 66).
8. Jana Neumannová: Kulturpolitik in der Tschechoslowakei 1945–1948 (VCC 80).
9. Radko Břach: Die Tschechoslowakei und Locarno (VCC 81).
10. Jan Hus – zwischen Zeiten, Völkern, Konfessionen. Hrsg. von Ferdinand Seibt u. a. (VCC 85).

Die Mitglieder des Collegium Carolinum traten im Berichtsjahr mit folgenden Publikationen an die Öffentlichkeit:

*Prof. Dr. Manfred Alexander*

1. Die Deutschen in der Slowakei, 1918–1945. Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 7 (1995) 24–30.
2. Die wissenschaftliche Betrachtung von Tschechen und Slowaken in der Bundesrepublik Deutschland. Historické štúdie 36 (1995) 211–223.

*Prof. Dr. Detlef Brandes*

1. Die Zerstörung der deutsch-tschechischen Konfliktgemeinschaft 1938–1947. In: Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa. Hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1995, 50–66.
2. Der „Kulakenaufstand“ im westsibirischen Halbstadt? Forschungen zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen 4 (1994) 98–116.
3. Istorija uspecha: nemeckie kolonisty v „Novorossii“ i Bessarabii (1987–1914 gg.). In: Voprosy germanskoj istorii. Ukrainsko-nemeckie svjazi v novoe i novejšee vztremja. Mežvuzovskij sbornik naučnych trudov. Dnepropetrovsk 1995, 74–91.
4. Die britische Regierung kommt zu einem Zwischenergebnis. Die Empfehlungen des britischen Interdepartmental Committee on the Transfer of German population vom Mai 1944. In: Occursus/Setkání/Begegnung. Sborník k počtě 65. narozenin profa. Jana Křena. Praha 1995, 50–80.

*Prof. Dr. Josef Breburda*

1. Zus. mit A. Kollender-Szych und G. Xie: Degradacja gleb przez zasolenie i desertifikację w autonomicznym regionie Ningxia (Chiny). Zeszyty problemowe postępów nauk rolniczych 416 (1995) 805–814.
2. Zus. mit E. Klimm und H. Eger: Desertifikationsbekämpfung in Turkmenistan. Gießen 1995, 69 S. (Studie für die GTZ).
3. Zus. mit anderen: Erosion assessment, classification and soil reference collection of soils in (sub)tropical China with focus on the Yingtan and Hainan areas. Final Report (European Community). 18 Bde. Bruxelles 1995.

*Dr. Stephan Dolezel*

1. Zus. mit Martin Loiperdinger: Hitler in Parteitagfilm und Wochenschau. In: Führerbilder. Hrsg. von Martin Loiperdinger, Rudolf Herz und Ulrich Pohlmann. München 1995, 77–100.

*Prof. Dr. Winfried Eberhard*

1. Reformation and Counterreformation in East Central Europe. In: Handbook of European History 1400–1600, Late Middle Ages, Renaissance and Reformation. Vol. 2: Visions, Programs and Outcomes. Hrsg. von Thomas A. Brady Jr., Heiko A. Oberman und James D. Tracy. Leiden-New York-Köln 1995, 551–584.
2. Metropolenbildung im östlichen Mitteleuropa. Eine vorläufige Diskussionsbilanz. In: Metropolen im Wandel. Zentralität in Ostmitteleuropa an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit. Hrsg. von Evamaria Engel, Karen Lambrecht und Hanna Nogosseck. Berlin 1995, 277–282.

*Prof. Dr. Wilfried Fiedler*

1. Article 97, 98, 99. In: The Charter of the United Nations. A Commentary. Hrsg. von Bruno Simma. Oxford 1994, 1019–1075.

2. Kulturgüter als Kriegsbeute? Rechtliche Probleme der Rückführung deutscher Kulturgüter aus Rußland. Heidelberg 1995, 49 S. (Heidelberger Forum 95).
3. Why has the war loot question still not been resolved? Arts Newspaper 1995.
4. Die letzten Kriegsgefangenen. Die New Yorker Debatte über Kulturschätze, die im Weltkrieg verschwanden und geraubt wurden und wieder aufgetaucht sind. Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 23. vom 27. Januar 1995, 37.
5. Der internationale Schutz der Kulturgüter autochthoner Bevölkerungsgruppen. Pazifik-Forum 5 (1995) 217–232.
6. Die deutsche Revolution 1989: Ursache, Verlauf, Folgen. In: Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Band 7: Die Einheit Deutschlands. Hrsg. von Josef Isensee und Paul Kirchhof. Heidelberg 1995, 3–33.
7. Die Wirklichkeit des Staates als menschliche Wirksamkeit – Über Hermann Heller (Teschen 1891 – Madrid 1933). Oberschlesisches Jahrbuch 11 (1995) 149–167.

*Prof. Dr. Horst Förster*

1. Możliwości w współpracy transgranicznej na przykładzie „Euroregionu Nysy“ In: Polska i Niemcy. Hrsg. von E. Buchhofer und B. Kortus. Kraków 1995, 123–140.
2. Ökonomische und ökologische Probleme in Ostmitteleuropa. In: Mitten in Europa – Die Rückkehr von Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn. Materialien der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Bad Urach 1995, 70–85.

*Prof. Dr. Horst Glassl*

1. Versuche einer multinationalen Lösung. War die Tschechoslowakei eine Musterdemokratie?/Pokus multinárodnostního řešení. Bylo Československo vzornou demokracií? In: Češi a němci – historická tabu/Tschechen und Deutsche – historische Tabus. Praha 1995, 119–132.
2. Zerstörte Orte und versunkene Kultur in Westböhmen/Zničená městečka a zmizelá kultura v západních Čechách. In: Češi a Němci – ztracené dějiny/Tschechen und Deutsche – verlorene Geschichte? Praha 1995, 237–244.
3. Die ukrainische geistig-politische Situation und Lesja Ukrainka. In: Lesja Ukrainka und die europäische Literatur. Hrsg. von Bojko-Blochyn, Hans Rothe, und Friedrich Scholz. Köln 1994, 1–9.
4. Wie weit reicht Europa auf dem Balkan? In: 44. Internationaler Kongreß „Kirche in Not“. Christen – Nationen – Europa. Bd. 42. Hrsg. vom Albertus-Magnus-Kolleg. Königstein 1995, 121–140.

*Prof. Dr. Monika Glettler*

1. Vereine in zentralen Städten der Habsburgermonarchie im 19. und 20. Jahrhundert. Preßburg/Pozsony/Bratislava – Klagenfurt/Celovec. Der Donauraum (1995) Heft 1, 29–38.
2. Reemigranti ze Spojených států amerických v rakousko-uherské monarchii. Dějiny a současnost 17/6 (1995) 20–28.
3. Die Habsburgermonarchie: Vergangenheit in der Gegenwart? BohZ 36/2 (1995) 287–297.

*Dr. Gerhard Hanke*

1. Die landesherrliche Jagd im Amperland in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Amperland 31 (1995) 100–110.
2. Zur Siedlungsgeschichte der früheren Gemeindeteile von Niederroth. Mit Besitzgeschichte aller Altanwesen in Niederroth, Weyhern, Frauenhofen, Unterhandenzhofen und Kreut. In: Niederroth. Ein Dorf im Dachauer Land. Niederroth 1995, 9–18, 48–156, 226–246, 254–267 und 272–283.

*Dr. Peter Heumos*

1. Pluralistische Machtorganisation als Garant von Demokratie? Zur Struktur und zum autoritären Potential der Ersten Tschechoslowakischen Republik. In: *Autoritäre Regime in Ostmitteleuropa 1919–1944*. Hrsg. von Erwin Oberländer, Rudolf Jaworski, Hans Lemberg und Holm Sundhausen. Mainz 1995, 136–139.
2. Strukturální prvky první Československé republiky. Politicko-spoločenský systém, intermediární organizace a problém stability. *Soudobé dějiny* 2/2–3 (1995) 157–168.
3. Abschlußbericht über das Forschungsprojekt „Briefe zwischen ost- und westeuropäischen Sozialisten 1945–1948“. *Bohemia* 36/2 (1995) 425–437.

*Prof. Dr. Jörg K. Hoensch*

1. Itinerar König und Kaiser Sigismunds 1368–1437. Warendorf 1995, 178 S. (Studien zu den Luxemburgern und ihrer Zeit 6).
2. *A History of Modern Hungary 1867–1994*. Second enlarged edition. London-New York 1995, 389 S.
3. *Histoire de la Bohême. Des origines à la Révolution de velours*. Paris 1995, 524 S.
4. Die Entwicklung der Slowakei im 19. und 20. Jahrhundert und ihre Beziehungen zu den böhmischen Ländern bis zur Auflösung des gemeinsamen Staatswesens. In: *Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa*. Hannover 1995, 118–134.
5. Nationalsozialistische Europapläne im Zweiten Weltkrieg. Versuch einer Synthese. In: *Mitteleuropa-Konzeption in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Hrsg. von Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan, Anna Drabek und Brigitta Zaar. Wien 1995, 307–325.
6. Zur Lage der Schriftsteller unter dem Kriegsrecht in Polen. In: *Ein Dialog zwischen Blinden und Taubstummen. Der Kongreß des Verbandes deutscher Schriftsteller 1984 in Saarbrücken. Eine Dokumentation*. Hrsg. von Ralph Schock u. a. Blieskastel 1995, 16–21.
7. Die „Erledigung der Rest-Tschechei“. In: *Das Dritte Reich. Ein Lesebuch zur deutschen Geschichte 1933–1945*. Hrsg. von Christoph Studt. München 1995, 161–164.

*Prof. Dr. Rudolf Jaworski*

1. Tomáš G. Masaryk versus Friedrich Naumann. Zwei Europavisionen im Ersten Weltkrieg. In: *Occursus/Setkání/Begegnung. Sborník k počtĕ 65. narozenin profa. Jana Křena*. Praha 1995, 159–177.

*Prof. Dr. Otto Kimminich*

1. Minderheitenschutz in Europa: Probleme und Perspektiven. München 1995, 16 S. (Arbeitspapier der Forschungsstelle Dritte Welt am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München 17/1995).
2. Neue Probleme im Asylrecht: Krieg, Bürgerkrieg, Flucht und Vertreibung heute. *AWR-Bulletin* 32/4 (1994) 160–174.
3. Disarmament. In: *United Nations: Law, Policies and Practice*. Hrsg. von Rüdiger Wolfrum. Bd. 1. London 1995, 407–417.
4. Nationale Identität in Europa. In: 44. Internationaler Kongreß „Kirche in Not“. Christen – Nationen – Europa. Bd. 42. Hrsg. vom Albertus-Magnus-Kolleg. Königstein 1995, 40–60.
5. Expulsion from the UN. Commentary on Art. 6 of the Charter. In: *The Charter of the United Nations. A Commentary*. Hrsg. von Bruno Simma. Oxford 1994, 185–193.
6. Peaceful Change. Commentary on Art. 14 of the Charter. In: *Ebenda* 279–287.
7. Die Beneš-Dekrete. Eine Beurteilung aus völkerrechtlicher Sicht. In: *Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen*. Hrsg. vom Sudetendeutschen Archiv. München 1995, 96–112.

8. Das Unrecht von 1945 in seiner völkerrechtlichen Bedeutung. *Erzieherbrief* 42/3 (1995) 83–94.
9. Der Weg zur Europäischen Union. Konzeptionen der Einigung Europas in rechtshistorischer Sicht. In: *Festschrift für Ernst Niermann*. Stuttgart 1995, 116–125.
10. Nachruf für Felix Ermacora. *Archiv des Völkerrechts* 33/3 (1995) 305–308.
11. Der Beitrag der Sudetendeutschen zu einem Nationalitätenrecht. *Sudetenland* 36/2 (1995) 114–132.
12. Völkerrechtliches Gutachten zu „Vertreibung: Recht gegen Recht – Unrecht gegen Unrecht“ von Remigiusz Sobanski. Münster 1995, 28–97 (Schriftenreihe der Apostolischen Visitation Breslau 5).
13. Auswirkungen des Einigungsvertrags auf die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes. In: *Festschrift zum 180jährigen Bestehen des Carl Heymann Verlags*. Hrsg. von Jörn Ipsen u. a. Köln-Berlin 1995, 75–90.
14. Der Beitrag der Vereinten Nationen zur Fortentwicklung des Völkerrechts. *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 42/95 vom 13. 10. 1995, 13–26.
15. Flucht und Vertreibung, Aufnahme in Bayern: der völkerrechtliche Hintergrund. In: *Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge*. Hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung. München 1995, 17–33.
16. Menschenrechte. In: *Weltprobleme*. Hrsg. von Peter J. Opitz. 4. Aufl. München-Bonn 1995, 93–116 (Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit; Bundeszentrale für politische Bildung).
17. Der Bundesstaat. In: *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*. Hrsg. von Josef Isensee und Paul Kirchhof. 2. Aufl. Heidelberg 1995, Bd. I: 1113–1149.
18. Todfeindschaft oder Versöhnung? Deutsche und Tschechen – ein schicksalhafter Dialog. *Zeitwende* 66/4 (1995) 204–215.
19. Der Mythos der humanitären Intervention. *Archiv des Völkerrechts* 33/4 (1995) 430–458.
20. Der Schutz der Stille. *Mut* Nr. 340 (Dez. 1995) 63–76.
21. Kontinuität und Wandel: Verfassung als Zukunftsaufgabe. In: *Der Neubeginn im Wandel der Zeit*. Hrsg. von Peter A. Döring. Frankfurt/M. 1995, 51–59.

*Prof. Dr. H. G. Jiří Kosta*

1. Hospodářské vztahy mezi Československem a Sovětským svazem po druhé světové válce (1945–1953). In: *Systém centrálně plánovaných ekonomik v zemích střední a jihovýchodní Evropy a příčiny jeho rozpadu*. Praha 1995, 83–16.
2. Die Einbindung der tschechoslowakischen Wirtschaft in den sowjetischen Block. *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (1995) Heft 1, 193–205.
3. Die wirtschaftliche Entwicklung der Visegrád-Staaten im Vergleich. *Bohemia* 36/1 (1995) 138–145.
4. Die Systemtransformation in den CEFTA-Ländern: Strategien und Ergebnisse. *Ost-europa-Wirtschaft* (1995) Heft 3, 238–247.
5. Česká ekonomika pět let po sametové revoluci. *Statistika* (1995) Heft 7, 331–334; auch erschienen unter dem Titel „Transformační cesta středoevropských ekonomik“ in: *Peníze & řízení* (1995) Heft 4, 20–21.
6. Česká ekonomika v čele středoevropského peletonu. *Lidové noviny* vom 21. Februar 1995.
7. Eine totale Abkehr von der Devisenbewirtschaftung ist nicht frei von Risiken. *Prager Zeitung* vom 12. Januar 1995.
8. Der Geist des Prager Tagblatts. Erinnerungen eines Zeitzeugen. *Prager Zeitung* vom 16. Februar 1995.

9. Die Überlebenschancen waren immer verschwindend gering. Erinnerungen an die Flucht aus dem KZ. Prager Zeitung vom 27. April 1995.
10. Deutliche Erfolgsbilanz. Reformland mit der stabilsten Währung. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Mai 1995, Beilage „Tschechische Republik“, Seite B 3.
11. Die tschechische Wirtschaftswissenschaft von 1945 bis 1990. BohZ 36/2 (1995) 376–387.
12. Škoda als Testbeispiel eines deutsch-tschechischen Gemeinschaftsunternehmens. Blick durch die Wirtschaft vom 5. Januar 1995, 2.
13. Im Reform-Wettlauf hat Tschechien die Nase vorn. Frankfurter Rundschau vom 24. Januar 1995.

*Prof. PhDr. Jan Křen*

1. „Naše dějiny“/Unsere Geschichte. In: Češi a němci – historická tabu/Tschechen und Deutsche – historische Tabus. Praha 1995, 36–46.
2. Odsun v německých pohledech/Die Abschiebung aus deutscher Sicht. In: Češi a němci – ztracené dějiny/Tschechen und Deutsche – verlorene Geschichte? Praha 1995, 86–92.
3. Po padesáti letech. Literární noviny vom 27. April 1995.
4. Kolik máme minulosti? O česko-německých vztazích. In: Dialog o občanské společnosti. Praha 1995, 95–102, 218–224.
5. Das Integrationsproblem in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen. In: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hrsg. von Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan, Anna Drabek und Brigitta Zaar. Wien 1995, 153–164.
6. Prezidenti a historici. Literární noviny vom 30. November 1995.

*Prof. Dr. Dr. h. c. Leopold Kretzenbacher*

1. Kreuzholzlegenden zwischen Byzanz und dem Abendlande. Byzantinisch-griechische Kreuzholzlegenden vor und um Basileios Herakleios und ihr Fortleben im lateinischen Westen bis zum Zweiten Vaticanum. München 1995, 114 S., 15 Abb. (Bayerische Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse 1995/3).
2. In memoriam Niko Kuret (Triest 24. 4. 1906 – Ljubljana 25. 1. 1995). Österreichische Zeitschrift für Volkskunde 98/2 (1995) 211–214.
3. St. Ivo, der bretonische Armenanwalt und Juristenpatron in der Grazer Herrengasse. Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark 86 (1995) 187–208.
4. Der „Hexenritt“ auf dem Kanzleirelief in Maria Trost. Legende und Bild um den Rache-fluch der beim Tanz verschmähten Zigeunerin. Blätter für Heimatkunde 69 (1995) 56–63.
5. Povedka in bajka o Zlatorogu. In: Baumbach, Rudolf: Zlatorog. Planinska pravljica. Übers. von Anton Funtek. München 1995, 125–143.

*Prof. Dr. Peter Krüger*

1. Wege und Widersprüche der europäischen Integration im 20. Jahrhundert. München 1995, 39 S. (Schriften des Historischen Kollegs, Vorträge 45).
2. Europabewußtsein in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Europa im Blick der Historiker. Hrsg. von Rainer Hudemann, Hartmut Kaelble und Klaus Schwabe. München 1995, 31–35 (Historische Zeitschrift Beiheft 21).
3. Wirtschaftliche Mitteleuropa-Pläne in Deutschland zwischen den Weltkriegen. In: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hrsg. von Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan, Anna Drabek und Brigitta Zaar. Wien 1995, 283–303.

*Prof. Dr. Gerhard Kurz*

1. Hrsg. zus. mit anderen: Hölderlin und die Moderne. Tübingen 1995.
2. Nachwort zu: Franz Kafka. Erzählungen. Hrsg. von M. Müller. Stuttgart 1995, 343–366.

*Prof. Dr. Hans Lemberg*

1. Der Weg zur Entstehung der Nationalstaaten in Ostmitteleuropa. In: Osteuropa zwischen Nationalstaat und Integration. Hrsg. von Georg Brunner. Berlin 1995, 45–71 (Osteuropaforschung, Schriftenreihe der Gesellschaft für Osteuropakunde 33).
2. Mitteleuropa und Osteuropa. Politische Konzeptionen im Spiegel der Historikerdiskussion der Zwischenkriegszeit. In: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hrsg. von Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan, Anna Drabek und Brigitta Zaar. Wien 1995, 213–220.
3. Němci a český stát ve 20. století. In: Velké dějiny – malý národ. O dnešní české státnosti a o současném odkazu velkých dějin zemí české koruny a Československé republiky. Hrsg. von Frank Boldt. Praha 1995, 22–33.
4. Tschechen, Slowaken und Deutsche in der Tschechoslowakischen Republik 1918–1938. In: Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa. Hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Hannover 1995, 30–94.
5. „Mnichov 1938“ a jeho dlouhodobé důsledky pro vztahy mezi Čechy a Němci. Soudobé dějiny 2 (1995) 295–307.
6. Wer hat am 6. März 1945 die Kölner Hohenzollernbrücke „verteidigt“? Ein Bericht von Friedrich [recte Ferdinand] Müller aus dem Jahre 1965. Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins 66 (1995) 137–150.
7. Change and Regional Differences in Conditions of Life: East Central Europe in a 20th Century Perspective. In: Dynamisism in Europe. Hrsg. von Alfred Hecht und Harald Bauder. Waterloo/Ontario 1995, 59–65 (Viessmann Discussion Paper Series on Europe 7).
8. Das Deutsche Reich im polnischen Urteil 1871–1945. In: Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn. Hrsg. von Klaus Hildebrand. München 1995, 69–84 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 33).
9. Zwei „Exzesse“ des Marienbader Lehrers Schusser im Mai 1885. Die Nervosität an der deutsch-böhmischen Peripherie und die k. k. Mäßigungspolitik der Prager Landesselbstverwaltung. In: Occursus/Setkání/Begegnung. Sborník k počtě 65. narozenin profa. Jana Křena. Praha 1995, 178–201.

*Prof. Dr. Bedrich Loewenstein*

1. Národní dějiny. Die Verwandlung – Věstník Společnosti Franze Kafka (1994) Heft 1–2, 12–13.
2. Historie má pomáhat žít. Golo Mann (1909–1994) s výtahy z dopisů do Praha 1966–1973. Soudobé dějiny 1/6 (1994) 800–816.
3. Wir und die anderen. In: Mit Fremden leben. Eine Kulturgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Hrsg. von A. Demandt. München 1995, 9–23; tschech.: My a ti druzí. Sociologický časopis 31 (1995) 187–200.
4. Od „vlasteneckých ctností“ ke kultu národa. Patriotismus mezi osvícenstvím a raným romantismem. ČČH 94 (1995) 646–664.
5. Manifest nepolitické politiky. Masarykova „Česká otázka“ po 45 letech. Sociologický časopis 31/4 (1995) 1–9.
6. O dějinách s smíchu. Sociálně psychologická úvaha, zvláště o vypravování vtípů v diktaturách. In: Occursus/Setkání/Begegnung. Sborník k počtě 65. narozenin profa. Jana Křena. Praha 1995, 202–220.

*Prof. Dr. Franz Machilek*

1. Jan Hus, die Hussiten und die Oberpfalz. Festvortrag beim 15. Speinsharttag am 8. Juli 1994. O. O. 1994, 24 S.
2. Die hussitische Forderung nach öffentlichem Gehör und der Beheimsteiner Vertrag von 1430. In: Husitství – reformace – renaissance. Sborník k 60. narozeninám Františka Šmahela. Hrsg. von Jaroslav Pánek, Miloslav Polívka, Noemi Rejchrtová. Praha 1994, 503–527.
3. Rüdinger (Rüdiger), Esrom. In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 8. Hrsg. von Traugott Bautz. Herzberg 1994, 952–956.
4. Zus. mit Margarita Machilek: Zur Feier des Festes der Praesentatio Mariae und zur Ikonographie. In: Beiträge zur fränkischen Kunstgeschichte. Hrsg. von Markus Hörsch und Peter Ruderich. Bd. 1/2. 1995, 95–115.
5. Zur Vergesellschaftung von Heiligen im Mittelalter. In: Ganzheitliches Denken. Festschrift für Arnulf Rieber zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Erwin Schadel. Frankfurt-Berlin 1995, 421–431.
6. Kloster Speinshart und seine Stifter. In: 850 Jahre Prämonstratenserabtei Speinshart 1145–1995. Pressath 1995, 29–50.
7. Die Urkunde über Pretzfeld von 1145. Ihre Bedeutung im Rahmen der regionalen Kirchengeschichte des Mittelalters. Die Fränkische Schweiz (1995) Heft 3, 1–7.
8. Němečtí husité. In: Jan Hus mezi epochami, národy a konfesemi. Sborník z mezinárodního sympoziá 1993 v Bayreuthu. Bearb. von Jan B. Lášek. Praha 1995, 259–264.
9. Das Leben und Wirken des Franz Ludwig von Erthal vor 1779. In: Franz Ludwig von Erthal. Fürstbischof von Bamberg und Würzburg 1779–1795. Hrsg. von Renate Baumgärtel-Fleischmann. Bamberg 1995, 11–19.
10. Geschichte, Aufgaben und Benützung des Staatsarchivs Bamberg. In: Archivtag „Archiv und Heimatpflege“ für die oberfränkischen Stadt- und Heimatpfleger im Staatsarchiv Bamberg am 5. März 1994. München 1995, 1–7.

*Prof. Dr. Antonín Měšťan*

1. Die tschechische Literatur (1785–1919). In: Böhmen im 19. Jahrhundert. Vom Klassizismus zur Moderne. Hrsg. von Ferdinand Seibt. Berlin etc. 1995, 37–48, 384–385 und 425.
2. Die tschechische Gegenwartsliteratur. In: Dokumentation der Tschechischen Kulturwoche 1994. Marburg 1995, 82–91.
3. Charles Sealsfield und die Slawen. Germanoslavica (1995) Heft 1, 13–21.
4. Zapomenutá překladatelka O. Malybroková. Naše přítomnost (1995) Nr. 4, 14–15.
5. The Czech stereotypes of Czechs compared with the Czech stereotype of Poles. In: Stereotypes and Nations, International Cultural Center Cracow. Kraków 1995, 35–44.
6. Kultura a politika na Východě a Západě. In: Ve světle tmy. Praha 1995, 118–122.
7. Jak se přichází k pseudonymům. Naše přítomnost (1995) Nr. 7, 15–16.
8. Žeromského román „Przedwiośnie“ a vidina skleněných domů. Slavia (1995) Nr. 1–2, 113–115.
9. Paul Claudel a katolíci v Čechách. Naše přítomnost (1995) Nr. 10, 25.
10. Nebezpečí přehnané víry v počítače. Komenský (Brno 1995) Nr. 3–4, 72–73.
11. Grillparzer, Böhmen und die Tschechen. In: Für all, was Menschen je erfahren ... Hrsg. von Joseph P. Strelka. Bern-Frankfurt etc. 1995, 137–150.
12. Problémy demokratizácie vysokých škôl v strednej a východnej Európe. Ekológia a život 4 (Žilina 1995) Nr. 2, 7–8.
13. Prager jüdische Autoren als deutsche und tschechische Schriftsteller. Stifter-Jahrbuch 9 (1995) 107–112.

*Prof. Dr. Bernard Michel*

1. Nations et nationalismes en Europe centrale XIX<sup>e</sup>-XX<sup>e</sup> siècle. Paris 1995, 323 S.
2. L'Autriche et l'entrée dans la guerre en 1914. Les entrées en guerre en 1914. Guerres mondiales et conflits contemporains 45 (1995) no. 179, 5-14.
3. Edouard Benes et la France, 1918-1938. In: Essays in Russian and East European History. Festschrift in honor of Edward Thaden. Hrsg. von Leo Schelbert. Boulder 1995 (East European Monographs 1995/5).

*Prof. Dr. Peter Moraw*

1. Über König und Reich. Aufsätze zur deutschen Verfassungsgeschichte des späten Mittelalters. Sigmaringen 1995.
2. Zentrale und dezentrale Machtgefüge im spätmittelalterlichen Reich. In: Bericht über den neunzehnten österreichischen Historikertag in Graz. 18. bis 23. Mai 1992. Wien 1993 [1995], 117-119.
3. Neuere Forschungen zur Reichsverfassung des späten Mittelalters. In: Mittelalterforschung nach der Wende 1989. Hrsg. von Michael Borgolte. München 1995, 453-484 (Historische Zeitschrift Beiheft 20).
4. Der Reichstag zu Worms von 1495. In: 1495 - Kaiser, Reich, Reformation. Der Reichstag zu Worms. Koblenz 1995, 39-55.
5. Liebig in Gießen. In: Konflikt und Reform. Festschrift für Helmut Berding. Hrsg. von Wilfried Speitkamp und Hans-Peter Ullmann. Göttingen 1995, 216-232.
6. Die Funktion von Einigungen und Bündnissen im spätmittelalterlichen Reich. In: Alternativen zur Reichsverfassung in der Frühen Neuzeit? Hrsg. von Volker Press. Nach dem Tode des Herausgebers bearbeitet von Dieter Stievermann. München 1995, 1-21.
7. Die alte Universität Erfurt im Rahmen der deutschen und europäischen Hochschulgeschichte. In: Erfurt - Geschichte und Gegenwart. Hrsg. von Ulmann Weiß. Weimar 1995, 189-205.

*Prof. Dr. Ernst Nittner*

1. Überlegungen, Thesen und Anregungen. Vervielf. Ms. Vorgelegt bei der Feier zum 80. Geburtstag am 10. März 1995 von der Ackermann-Gemeinde. München 1995, 93 S.

*Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Richard G. Plaschka*

1. Ot Rilskija manastir do novi istoričeski izmerenija. Njakoi beležki za nacionalnitate i nadnacionalnitate aspekti. Istorija, Obštinstvo, Filosofija 4 (Sofija 1991) 69-76.
2. Zwischen nationalem Aufbegehren und Verrat. Der Erste Weltkrieg leitete das Scheitern multinationaler Armeen ein. Zbornik filofskog fakulteta, serija A: Istorijiske nauke XVIII (Beograd 1994) 331-336.
3. Hrsg. zus. mit Horst Haselsteiner, Arnold Suppan, Anna Drabek und Brigitta Zaar: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien 1995.
4. Von nationalen zu übernationalen Konzeptionen. In: Ebenda IX-XII.
5. Zus. mit Arnold Suppan: Zur historischen Perspektive der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. In: Hrabovec, Emilia: Vertreibung und Abschied. Deutsche in Mähren 1845-1947. Frankfurt/M.-Bern 1995, 5-19.
6. Gewissen als „Gegenprinzip gegen Totalitarismus“. Zur Suche des „Wahren und Guten“ im bewaffneten Widerstand innerhalb des nationalsozialistischen Staates. In: Die Sache mit der Wahrheit. Wien 1995, 94-102.
7. Für Bosnien „eine starke und unparteiische Kraft“. Österreich-Ungarn erhielt 1878 das Mandat Europas für den Einmarsch. In: Sicherheit in Europa. Wien 1995, 17-26.

8. Historische Perspektive zur Vertreibung der Deutschen aus Böhmen. *Academia* (1995) Heft 2, 8–11.
9. Damals. Zu Maria Regina Pisa: Damals war es anders. Jugendjahre 1935–1945. Wien 1994. *Wiener Journal* 174 (1995) 31.
10. Hrsg. zus. mit Gerald Stourzh und Jan Paul Niederkorn: Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute. Wien 1995 (*Archiv für Österreichische Geschichte* 136).

*Prof. Dr. Walter Schamschula*

1. Geschichte der tschechischen Literatur. Bd. 2: Von der Romantik bis zum Ersten Weltkrieg. Köln-Weimar-Wien 1995 (Bausteine zur Geschichte der Literatur der Slawen 36/2).
2. Gleb P. Stuve, the Poet and Translator of Rilke. In: *O Rus! Studia litteraria slavica in honorem Hugh McLean*. Hrsg. von S. Karlinsky, James L. Rice und Barry P. Scherr. Oakland 1995, 442–451 (*Berkeley Slavic Specialities*).

*Dr. Georg R. Schroubek*

1. Jahrestage ... [8. Mai 1945]. *Prager Nachrichten* 46 (Mai/Juni 1995) 5–11.

*Prof. Dr. PhDr. h. c. Ferdinand Seibt*

1. Hrsg.: Böhmen im 19. Jahrhundert. Vom Klassizismus zur Moderne. Berlin etc. 1995, 487 S.
2. Das Janusgesicht des 19. Jahrhunderts. In: Ebenda 9–23, 383 und 423–424.
3. Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas. 2. Auflage der vollständig überarbeiteten Neuauflage. München 1995.
4. Češi a Němci. Problematiké sousedství. Die Verwandlung – *Věstník Společnosti Franze Kafky* (1994) Heft 1–2, 3–11.
5. Fragen zwischen Deutschen und Tschechen/Otázky mezi Němci a Čechy. In: *Češi a němci – historická tabu/Tschechen und Deutsche – historische Tabus*. Praha 1995, 18–29.
6. Karl IV. In: *Lebendiges Mittelalter. Ein Lesebuch*. Hrsg. von Brigitta Hellmann. München 1995, 80–94.
7. Karlstein. In: *Burgen- und Schloßkapellen. Kolloquium des Wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Burgenvereinigung*. Hrsg. von Barbara Schock-Werner. Marxburg/Braubach 1955, 3–8 (Veröffentlichungen der Deutschen Burgenvereinigung B 3).
8. Danksagung für den Preis des Adalbert Stifter Vereins zur Förderung deutsch-tschechischer Beziehungen am 7. Mai 1994. *Stifter-Jahrbuch* 9 (1995) 22–27.
9. Cestou k Mnichovu. *Soudobé dějiny* 2/2–3 (1995) 282–294.
10. Vorwort zur zweiten, durchgesehenen Auflage. In: *Ortslexikon der böhmischen Länder 1910–1965*. Hrsg. von Heribert Sturm. 2., durchges. Aufl. München 1995, V.
11. Die Stunde Clios. In: *Occursus/Setkání/Begegnung. Sborník k počtĕ 65. narozenin profa. Jana Křena*. Praha 1995, 257–280.

*Prof. PhDr. Emil Skála, DrSc.*

1. Tschechische Exonyma im deutschen Sprachgebiet bis zum Dreißigjährigen Krieg. In: *Studien zum Humanismus in den böhmischen Ländern. Teil 3: Die Bedeutung der humanistischen Topographien und Reisebeschreibungen in der Kultur der böhmischen Länder bis zur Zeit Balbíns*. Hrsg. von Hans-Bernd Harder und Hans Rothe u. a. Köln-Wien-Weimar 1993, 249–256.
2. Zum Prager Deutsch des 14. Jahrhunderts. In: *Granatapfel. Festschrift für Gerhard Bauer zum 65. Geburtstag*. Hrsg. von Bernhard Haage. Göppingen 1994, 13–27 (*Göppinger Arbeiten zur Germanistik* 580).

3. Mundartliches in der Egerer Kanzlei. *Germanistica Pragensia* 11 (1994) 13–24.
4. Lexikographie in Böhmen im 14.–19. Jahrhundert. *Germanoslavica N. F.* 1/1–2 (1994) 3–10.
5. Die sprachwissenschaftliche Germanistik an der Karlsuniversität in Prag. In: *Německá a rakouská studia v České republice a ve světě*. Hrsg. vom Centrum německých a rakouských studií. Praha 1994, 55–61.
6. A két- és többnyelvűségéről. *Prágai tükkör* 1994 (1994) Heft 3, 6–16.
7. Zde nejsou lvi. Jak to vypadá se znalostmi česko-německé historie. *Nedělní Lidové noviny* vom 15. 1. 1994, 2.

*Univ.-Prof. Dr. Helmut Slapnicka*

1. Der Anteil tschechischer Juristen an der Rechtsordnung des alten Österreich. *Acta Universitatis Carolinae – Phil et. hist.* 3 = *Studia historica* 39 (1993 [1995]) 89–98.
2. Von der Sprache der Gesetze und den Gesetzen über die Sprache. Die Rechtsordnung zwischen Zentralismus und Autonomie. In: *Böhmen im 19. Jahrhundert. Vom Klassizismus zur Moderne*. Hrsg. von Ferdinand Seibt. Berlin etc. 1995, 25–36, 384 und 424–425.
3. České a sudetoněmecké plány reformy ústavy Rakousko-Uherska. *Moderní dějiny* 1 (1993) 37–52.
4. Tschechische und sudetendeutsche Pläne einer Reform der Verfassung Österreich-Ungarns. In: *Mitteuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Hrsg. von Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan, Anna Drabek und Brigitta Zaar. Wien 1995, 81–96.
5. Die Verfassungsverhältnisse der Böhmisches Länder vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Untergang der Donaumonarchie. In: *Quellen zur südwestdeutschen Geschichte in Archiven der Tschechischen Republik*. Hrsg. von Volker Rödel. Stuttgart 1995, 19–31 (*Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg A 5*).
6. Die deutschen Juristenvereine und Juristentage in der Tschechoslowakei. *Germanoslavica N. F.* 2 (1995) 101–105.
7. [Artikel] Adalbert Schönborn. In: *Österreichisches Biographisches Lexikon*, 51. Lfg. Wien-Graz-Köln 1995, 56.

*Prof. PhDr. František Šmabel*

1. Pocta Františku Hoffmanovi – Laudatio Jiřího Kejře. *Studie o rukopisech* 30 (1993–1994) 135–140.
2. Svoboda slova, svatá válka a tolerance z nutnosti v husitských Čechách. *ČČH* 93 (1994) 644–679.
3. Pokulhávat v závěsu mne nebavilo. *Rozhovor. Dějiny a současnost* 17/1 (1995) 45–47.
4. Le clergé rural de Bohême a l'époque du mouvement hussite. In: *Le clergé rural dans l'Europe médiévale et moderne*. Hrsg. von P. Bonnassie. Toulouse 1995, 101–114.
5. Prag in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. In: *Metropolen im Wandel*. Hrsg. von Eva-maria Engel, Karen Lambrecht und Hanna Nogosseck. Berlin 1995, 185–211.
6. Die nationale Frage im hussitischen Böhmen. In: *Přednášky z XXXIV a XXXV běhu LŠSS*. Praha 1995, 243–258.
7. Blasfemie rituálu? Tři pohřby krále Václava IV. In: *Pocta prof. JUDr. Karlu Malému, DrSc., k 65 narozeninám*. Hrsg. von Ladislav Soukup. Praha 1995, 133–143.
8. Úvodní zamýšlení k dvojímu jubileu (ČČH 100 let, Historický ústav 75). *Bulletin Historického ústavu AV ČR* 6/3 (1995) 1–2.
9. Násilí slovem a otázkou moci. In: *Occursus/Setkání/Begegnung. Sborník k počtě 65. narozenin profa. Jana Křena*. Praha 1995, 281 ff.

*Univ.-Prof. Dr. Gerald Stourzh*

1. Hrsg. zus. mit Richard G. Plaschka und Jan Paul Niederkorn: Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute. Wien 1995 (Archiv für Österreichische Geschichte 136).
2. Erschütterung und Konsolidierung des Österreichbewußtseins – vom Zusammenbruch der Monarchie zur Zweiten Republik. In: Ebenda 289–311.
3. Der nationale Ausgleich in der Bukowina 1909/1910. In: Die Bukowina in Vergangenheit und Gegenwart. Hrsg. von Ilona Slawinski und Joseph P. Strelka. Bern-Frankfurt etc. 1995, 35–52.

*Prof. Dr. Stanley B. Winters*

1. Historical Geography and Environmental Studies in der Czech Republic. Czechoslovak History Newsletter 18/1 (1995) 13–15.
2. A Selected List of Current Research Projects in Central Europe on the History and Culture of Bohemia, Moravia, Silesia, and Slovakia. Czechoslovak History Newsletter 18/1 (1995) 15–18.
3. Ladislav Niklíček, 1936–1995. Czechoslovak History Newsletter 18/2 (1995) 21–23.

## Veröffentlichungen der Mitarbeiter des Collegium Carolinum

*Dr. Eva Hahn*

1. Die „tschechische Frage“ von Masaryk bis Havel. Transit (1995) Nr. 10, 163–173.
2. Menschen oder Nationen? Die Vertreibung der Deutschen aus tschechischer Sicht. In: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Hrsg. von Wolfgang Benz. 2. Aufl. Frankfurt/M. 1995, 178–197 (erweitert um „Noch kein Epilog ...“).
3. Jak zacházet s poraženými. Lidové noviny vom 24. 2. 1995.
4. Sudetoněmecká nedorozumění. Lidové noviny vom 31. 3. 1995.
5. To, co vítězí, nemusí být vždy pravda. O Arnoštu Gellnerovi, bílém koni a moderním světě. Lidové noviny vom 26. 8. 1995.
6. Hommage an Ernest Gellner. BohZ 36/2 (1995) 271–286; Teilvorabdruck in Newsletter des Instituts für Wissenschaften vom Menschen 51 (1995) 24–26.
7. Odsun: Die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Ein Dokumentarfilm von Karl-Peter Schwarz, wissenschaftliche Beratung Eva Hahn. Erstaufführung in ORF II am 18. 5. 1995.

*Dr. Peter Heumos* (siehe Mitglieder)*Dr. Antje Holzhauer, M. A.*

1. „râche und vêhede: Ehre und Recht“. In: Ehrismann, Otfried: Ehre und Jut, Â ventiere und Minne. Höfische Wortgeschichten aus dem Mittelalter. Unter Mitarbeit von Antje Holzhauer u. a. München 1995, 154–161.

*Robert Luft*

1. Gemeinde oder Gesamtstaat? Zur politischen Karriere tschechischer Politiker vor 1914. In: Ústřední moc a regionální samospráva/Zentralmacht und regionale Selbstverwaltung. XXIII. Mikulovské Sympozium – IV. Sympozium „Spojující a rozdělující na hranici/IV. Verbindendes und Trennendes an der Grenze“. Brno 1995, 269–280.
2. [Stichwortartikel] Schönburg-Hartenstein, Josef Alexander Heinrich Fürst von (1826–1896); Schönburg-Hartenstein, Heinrich Eduard Fürst von (1787–1872). In: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, 51. Lfg. Wien-Graz-Köln 1995, 60f.

## Dr. Michaela Marek

1. „Monumentalbauten“ und Städtebau als Spiegel des gesellschaftlichen Wandels in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Böhmen im 19. Jahrhundert. Vom Klassizismus zur Moderne. Hrsg. von Ferdinand Seibt. Berlin etc. 1995, 149–233, 290–411 und 432–439.
2. Eindrücke einer Grenzgängerin zwischen Ost und West. XXIII. Deutscher Kunsthistorikertag in Dresden. Kunstchronik 48 (1995) 292–304.

\* \* \*

Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Collegium Carolinum nahmen im Berichtsjahr im Rahmen ihrer Dienstpflichten an zahlreichen *Fachtagungen* im In- und Ausland teil, auf denen sie meist referierten und die bilateralen wie internationalen wissenschaftlichen Kontakte intensivierten. Über einige der Veranstaltungen wurde von den Mitarbeitern im Chronikteil der Bohemia bereits berichtet.

## Lehraufträge:

*Michaela Marek*: Vorlesung und Seminar zur italienischen Renaissancemalerei und -plastik am Institut für Kunstgeschichte der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität in Prag (SS 95).

## Vorträge und Tagungsteilnahmen:

26. 1. Consiglio Regionale del Piemonte/Università di Torino, Turin: „Nazionalismi e conflitti etnici nell'Europa orientale e nell'ex-Unione Sovietica“; Referentin *Eva Hahn*: La „questione ceca“: da Masaryk ad Havel.
- 10.–11. 2. Collegium Carolinum, München: Forschungsgespräch „Die Tschechoslowakei 1918–1992“.
8. 3. 15. Symposium zur Problematik des 19. Jahrhunderts im Rahmen der Smetana-Tage, Pilsen: „Die Idylle und das Idyllische in der Kultur des 19. Jahrhunderts“.
- 24.–26. 3. Katholische Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Weingarten: „Unser Nachbar Tschechien“; Referent *Peter Heumos*: Die Geschichtswissenschaft in der Tschechischen Republik seit 1989. Konzeptionen, Probleme, Entwicklungsperspektiven. – Die Parteien in der Tschechischen Republik seit 1989. Politische Programme und soziale Grundlagen.
- 29.–31. 3. Herder-Institut und Herder-Forschungsrat, Marburg: „Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Aktuelle Forschungsprobleme“; Referent *Robert Luft*: Kontinuität und Praktikabilität einer alten Grenze: das böhmische Beispiel.
- 21.–22. 4. Historische Kommission der Sudetenländer, Bad Wiessee: Jahrestagung „Deutschland und die Tschechen, Teil II“.
- 15./16. 5. Akademie der Künste, Prag; Referentin *Michaela Marek*: Frührenaissance und ihr humanistischer Hintergrund (2 Vorträge).

- 15.–18. 5. Institut für Tschechische Geschichte an der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität zus. mit dem Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig, Prag: 5. Deutsch-tschechische Schulbuchkonferenz „Der Zweite Weltkrieg 1938–1946“.
18. 5. Křesťanská akademie, Prag; Referentin *Michaela Marek*: Umění a mecenát jako medium občanské zodpovědnosti – Příklad Florencie v první polovině 15. století.
- 6.–8. 6. Goethe-Institut Prag und Germanistisches Institut der Karls-Universität, Prag: Colloquium „Literatur/Geschichte im Prager Kontext“ (zum Geburtstag von Kurt Krolop); Referent *Robert Luft*: Deutsche und Tschechen in Prag um 1900. Verbindungen über nationale Grenzen.
- 20.–23. 6. Villa Vigoni, Loveno di Mengaggio: „Deutsche, Italiener, Tschechen und Slowaken im 19. und 20. Jahrhundert“; Referentin *Eva Hahn*: Die verdrängte Nachbarschaft zwischen den Tschechen und Italienern.
- 10.–13. 7. II. International Medieval Congress, Leeds.
- 6.–11. 8. V. World Congress for Central and East European Studies, Warschau.
25. 9. Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft, Dresden: Sektion für Geschichte „Wiedervereinigung. Beispiele aus der europäischen Geschichte“.
27. 8.–3. 9. Paul-Kleinewefers-Stiftung, Nettetel-Leutherheide: „Deutsch-tschechische Seminarwoche“; Referent *Peter Heumos*: Deutsch-tschechische Beziehungen im 20. Jahrhundert.
- 12.–13. 10. Architekturfakultät und Historisches Institut der Pädagogischen Fakultät der Technischen Universität Reichenberg; Liberec: „Reichenberg und seine Architektur um 1900“.
- 15.–17. 10. Fachkommission für Zeitgeschichte im J. G. Herder-Forschungsrat zus. mit Herder-Institut, Marburg: „Krieg, Okkupation und Gesellschaft in Ostmittel- und Westeuropa 1939–1945“.
- 24.–28. 10. Rat für kulturelle Zusammenarbeit des Europarats in Straßburg, Prag: „Mutual understanding and the teaching of European history: challenges, problems and approaches“; Referent *Robert Luft*: History and Result of the Czech-German Textbook-Commission (Czech-German Textbook Relations).
- 13.–15. 11. Arbeitssitzung der „Bad Homburger deutsch-tschechischen Studiengruppe“, Bad Homburg.
16. 11. Goethe-Institut Prag: Buchpräsentation „Böhmen im 19. Jahrhundert“; Referentin *Michaela Marek*: Zu den sozialhistorischen Interpretationsmöglichkeiten der böhmischen Architektur im 19. Jahrhundert.
- 24.–26. 11. Collegium Carolinum, Bad Wiessee: Jahrestagung „Die Tschechoslowakei und Ostmitteleuropa 1945–1948“.
- 1.–2. 12. Institut mezinárodních studií FSV UK Praha, Reichenberg/Liberec: „Obraz Němců, Německa a Rakouska v české společnosti 19. a 20. století“.

- 13.–16. 12. Paul-Kleinewefers-Stiftung, Nettetal-Leutherheide: „Probleme der gesellschaftlichen Transformation in Polen, Ungarn, der Tschechischen und der Slowakischen Republik“; Referent *Peter Heumos*: Probleme der Parteien- und Verbandsbildung in der Tschechischen und der Slowakischen Republik. Zum Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Repräsentation gesellschaftlicher Interessen.

In diesem Zusammenhang ist auch ein vierwöchiger Sprachkurs in Brünn einer Mitarbeiterin des Sudetendeutschen Wörterbuchs erwähnenswert. Des weiteren besuchten hauptamtliche Mitarbeiter des Collegium Carolinum die Jahres- oder Mitgliederversammlungen folgender Organisationen: Herder-Institut, Marburg (10. 3.); Verband der Osteuropa-Historiker, Frankfurt/Main (24. 2.); AHF – Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen, München (6. 3.); Koordinationsausschuß für die bundesgeförderte Osteuropaforschung, Köln (12. 10.).

\* \* \*

Die wissenschaftliche *Bibliothek*, die seit gut zehn Jahren als Bibliotheksgemeinschaft von insgesamt vier themenverwandten Institutionen besteht und vom Collegium Carolinum verwaltet wird, verzeichnete wiederum ein erfolgreiches Berichtsjahr. Der Bibliotheksausschuß der zusammengeschlossenen Institute tagte am 8. März und am 16. November. Für die kontinuierliche Unterstützung der Bibliothek ist besonders der Sudetendeutschen Stiftung zu danken.

Das Collegium Carolinum beschäftigte im Berichtsjahr in der Bibliothek folgende festangestellte Mitarbeiter: Helene Vadas (Bibliothekseleiterin) und Gabriele Zeller (Bibliotheksassistentin) und seit März Gerhard Ach (Bibliotheksassistent). Ohne die Mitarbeit mehrerer studentischer Hilfskräfte, unter denen sich erfreulicherweise viele mit tschechischen oder slowakischen Sprachkenntnissen befinden, wäre der Betrieb der Bibliothek im gegebenen Umfang nicht möglich gewesen. Die wünschenswerte Erweiterung der eingeschränkten Öffnungszeiten konnte aus Kostengründen nicht erfolgen. Aufgrund zusätzlicher Mittel konnte im Berichtsjahr die Erschließung des kunsthistorischen Sonderbestandes im Adalbert Stifter Verein fortgesetzt werden.

Der inventarisierte Bibliotheksbestand vermehrte sich im Berichtsjahr um 2877 auf 123 100 Einheiten, was eine Steigerung des Zuwachses um 10 Prozent bedeutet. Das Collegium Carolinum verzeichnete dabei eine Zunahme seiner Bestände von 1540 Einheiten und stellt mit 67 299 Einheiten weiterhin etwa 55 Prozent des Gesamtbestands. Die Arbeitsbedingungen und die Ausstattung mit Geräten konnte durch den Kauf eines speziellen Karteikartenkopierers verbessert werden. Laufend bezogen werden 406 Periodika – davon 238 vom Collegium Carolinum, teilweise im Tausch, und zwar 12 Zeitungen, 149 Zeitschriften, 77 Jahrbücher. Bei den Periodika handelt es sich um 271 deutschsprachige, 100 tschechische und 14 slowakische, 14 englische, drei französische, drei polnische und eine ungarische Veröffentlichung. Unter den kontinuierlich bezogenen Zeitungen befinden sich 13 deutsche, 11 tschechische und zwei slowakische Presseorgane.

Die Bibliothek verzeichnete insgesamt 2569 Besuche, daneben wurden mehreren Besuchergruppen aus dem In- und Ausland die Bibliotheksbestände vorgestellt. Durch

ihren Arbeitsbesuch in der Bibliothek unterstrich die Gattin des bayerischen Ministerpräsidenten, Frau Stoiber, die besondere Bedeutung und Einschlägigkeit der Bibliothek. Eine besondere Rolle spielte die schriftliche und telefonische Auskunftserteilung, unter anderem an Behörden, an die Medien und an Nichtwissenschaftler, die einschließlich des Versands von Kopien ungefähr 1670 Vorgänge betraf, ungeachtet der Anfragen, die durch die Mitarbeiter der einzelnen Institute beantwortet wurden. Den Benutzern und den Mitarbeitern des Hauses wurden insgesamt 4671 Bände vorgelegt, die 3686 Bände der beiden Handbibliotheken nicht gerechnet. 60 Bände wurden über die Fernleihe an Bibliotheken und Benutzer außer Haus ausgeliehen, 228 Bände für kurzzeitige Ausstellungszwecke bereitgestellt.

Gesichtet und in neuen Listen erfaßt wurde der Dublettenbestand, angelegt wurden gesonderte Verzeichnisse der laufenden Zeitschriften sowie des Bestands an Tageszeitungen vor 1945. Die Arbeit an den Sachkatalogen einschließlich der Zeitschriften-, des Personen- und des Ortskatalogs sowie die Verzettelung von Zeitschriftenaufsätzen und Studien in Sammelbänden konnte – neben den regulären Arbeiten – mit eigenen Mitteln nur in sehr geringem Umfang fortgeführt werden, da die dazu notwendigen Bibliothekskräfte nicht zur Verfügung standen. Katalogkartenduplikate wurden wiederum an den „Gesamtkatalog Ostmitteleuropa“ des Herder-Instituts übersandt. Dreimal wurden im Berichtsjahr die Neuzugänge der Bibliothek in kopierten Heften den Mitarbeitern und interessierten Bibliotheken bzw. Institutionen zur Verfügung gestellt.

## JAHRESTAGUNG DES COLLEGIUM CAROLINUM

Die Jahrestagung des Collegium Carolinum fand im Jahre 1995 zum 25. Mal an derselben Stelle in Bad Wiessee statt; trotz der großen personellen Kontinuität der Tagungen waren aber nur wenige anwesend, die auch an dieser ersten Wiesseer Tagung teilgenommen hatten. Prägender als diese Erinnerung war eine andere Erfahrung: zum ersten Mal konnten drei neue Mitglieder des Collegiums aus der Tschechischen Republik begrüßt werden (Prof. Dr. Jan Křen, Prof. Dr. Emil Skála und Prof. Dr. František Šmahel (der indes nicht hatte kommen können), und unter den vielen Teilnehmern der Veranstaltung befanden sich erfreulich viele Teilnehmer aus den ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten Deutschlands und Österreichs.

Die Jahrestagung stand unter dem Thema „Die Tschechoslowakei und Ostmitteleuropa 1945–1948“, und intendiert war, diese „Periode des Übergangs“ zwischen der Befreiung von deutscher Besatzung und dem Herrschaftsantritt der Kommunisten (in der Tschechoslowakei) im Lichte neuer Dokumente oder neuer Diskussionen in den betreffenden Ländern zu diskutieren. Prof. Dr. Ferdinand Seibt leitete die Veranstaltung mit einem Fragekatalog ein, der zu einer Neubewertung einlud, inwieweit Defekte in den Gesellschaften – selbst- oder fremdverschuldet – die neue Chance der Demokratie in den einzelnen Ländern hatten zum Scheitern bringen helfen.

In der ersten Sektion stellte Prof. Dr. Jörg K. Hoensch die drei Referenten als Opfer der Normalisierung nach 1968 vor, die in der Emigration in Deutschland hatten Zuflucht suchen müssen. Dr. Vilém Prečan berichtete über eine Archivreise nach

Moskau, wo er in drei Archiven zur Zeitgeschichte unterschiedliche Erfahrungen hatte machen können. Insgesamt, so erklärte er, enthalten die Archive keinen „Stein der Weisen“, aber im Detail können manche Dinge mit ihrer Hilfe besser belegt werden. Allerdings sind die Arbeitsbedingungen unberechenbar: Während in einem Archiv alles Gewünschte bereitgestellt wurde, waren im Armee-Archiv und im Außenpolitischen Archiv technische und psychologische Schwierigkeiten zu überwinden. Nicht alle Aktenstücke können dort – auch nach längerer Wartezeit – eingesehen werden, und das ökonomische Interesse macht manche Beschaffung unverhältnismäßig teuer. Hoffnung – für die westliche Forschung zumal – besteht aber in der Möglichkeit, konkrete Suchaufträge nach Akten zu erteilen oder Veröffentlichungen von Einzeldokumenten („Istočniki“) zu benutzen.

Prof. Dr. Michal Reimann berichtete dann über Forschungen im Präsidialarchiv in Moskau, die Aufschluß über die konkreten Pläne Stalins zu einer Sowjetisierung der Staaten Ostmitteleuropas bringen könnten. Er hatte dabei den Eindruck gewonnen, daß Stalin mit einem Rückzug der USA aus Europa, einer allgemeinen Wendung der europäischen Politik „nach links“ und einem starken Einfluß auf „Deutschland als Ganzes“ gerechnet hatte. In den ersten Jahren gab es offenbar eine starke Tendenz, eine Politik des „eigenen Weges“ für einzelne kommunistische Parteien und einen „begrenzten Pluralismus“ zu erlauben, bis nach dem Ausscheiden der KPF aus der französischen Regierung im Juni 1947 das Ruder herumgeworfen und im Februar 1948 in Prag ein Schlußstrich unter diese offenere Politik gezogen wurde. Über die Gründe für den Kurswechsel zu einer harten Politik konnte der Referent nur spekulieren und auf den angeschlagenen Gesundheitszustand Stalins im Jahre 1947 verweisen.

Auf der Grundlage von Statistiken über die „Bevölkerungsveränderungen“ trug anschließend Dr. Jiří Sláma die Ergebnisse seiner Forschung über die Folgen der Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei vor. Die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Folgen leitete zu der – auf dieser Materialbasis schwer entscheidbaren – Frage über, inwieweit die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ein Vehikel der Sowjetisierung des Landes gewesen sei.

Die zweite Sektion unter der Leitung des Berichterstatters begann mit einem Referat des abwesenden Milan Drápala (Prag) dem ein junger deutscher Wissenschaftler seine Stimme lieh, über das Problem der kommunistischen Avantgarde in der Tschechoslowakei nach 1945 am Beispiel von Vítězslav Nezval. Dieser konnte in gewisser Weise als typischer Vertreter seiner Generation dargestellt werden: zuerst von der kommunistischen Lehre überzeugt, wandelte er sich als schließlich verbeamteter Künstler in einen distanzierten, „oszillierenden“ und widerspruchsvollen Beobachter.

Ebenfalls der Literatur war der Vortrag von Stefan Bauer über die Reemigration deutschsprachiger Schriftsteller in die Tschechoslowakei gewidmet. Was der Titel nicht besagte, war die Tatsache, daß es sich dabei um einige wenige Schriftsteller jüdischer Herkunft handelte, die wegen ihrer deutschsprachigen Kultur keine Chance erhielten, in der Tschechoslowakei wieder Fuß zu fassen.

Einen ungeplanten – und kurzfristig ermöglichten – Einblick in die aktuellen Schwierigkeiten des deutsch-tschechischen Dialogs bot am Abend die Teilnahme an einer Podiumsveranstaltung in München, auf der der vormalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer und Dr. Peter

Glutz im Anschluß an eine Podiumsdiskussion mit den Ansichten einiger extremer Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft konfrontiert wurden.

In der folgenden Vormittagssession unter Leitung von Prof. Dr. Hans Lemberg stand zunächst ein Thema der tschechischen Nachkriegsgeschichte auf dem Programm. Dr. Jiří Kocián aus Prag stellte die tschechische nationale sozialistische Partei und ihre Beziehungen zu anderen Parteien in Ostmitteleuropa in den Jahren 1945 bis 1948 vor; angesichts der Gegnerschaft der Kommunisten gegen diese Partei und wegen der komplizierten Verhältnisse in den anderen Ländern konnte daraus keine Erfolgsgeschichte werden. In der ungewöhnlich lebhaften Diskussion kamen dann terminologische und methodologische Probleme zur Sprache, was zeigte, daß einige Probleme der Wertung der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte zwischen den Historikern der verschiedenen Länder noch nicht ausdiskutiert sind.

Den Blick auf die Slowakei lenkten die folgenden Referate des Vormittags: Dr. Michal Barnovský aus Preßburg sprach über die Formierung der Demokratischen Partei und ihre Auseinandersetzung mit dem Erbe des Slowakischen Staates. Der Referent hob hervor, daß die Demokratische Partei ihre Wurzeln im Slowakischen Volksaufstand besaß und daß nur einem kleinen Teil der Mitglieder und Funktions-träger (ca. 5%) eine Verbindung mit der alten klerikal-faschistoiden Slowakischen Volkspartei in der Nachfolge Hlinkas nachzuweisen ist. Aus der ursprünglich durch-aus gesamtstaatlich orientierten Partei wurde nach dem 3. Prager Abkommen (27. 6. 1946) und der darin verankerten tschechischen und zentralistischen Dominanz eine betont slowakische Partei, die mit ihrer nun antitschechischen Stimmung keine Hilfe bei anderen bürgerlichen Parteien mehr finden konnte.

Frau Dr. Edita Ivaničková, Preßburg, sprach anschließend über „die staatsrecht-liche Stellung der Slowakei in den Diskussionen der slowakischen politischen Füh-rungsgruppen 1944–1948“. Sie referierte die komplizierte Situation, daß einerseits der slowakische Staat angesichts der Ansprüche auf Restitution der ČSR in toto nicht zu halten war, andererseits die Forderung nach einer Sonderstellung der Slowaken durch die Erfahrung eigener Staatlichkeit und den Aufstand in der Bevölkerung ver-stärkt Fuß gefaßt hatte. Der Kompromiß im kommunistischen Programm führte zu einer „asymmetrischen Lösung“, die den Slowaken eine gewisse Sonderstellung in dem wieder zentral verwalteten Staat bringen sollte und keine Seite zufriedenstellte. Die Wünsche nach einer Restituierung einer selbständigen Slowakei konnten danach nur noch im Ausland geäußert werden.

Die Nachmittagssession, geleitet von Prof. Dr. Horst Förster, lenkte den Blick zunächst auf das nördliche Mitteleuropa, auf Finnland. Dr. Hermann Beyer-Thoma, München, berichtete über die „Demokratie in der Zerreißprobe“. Finn-land war in der besonderen Lage, daß es im Krieg mit der Sowjetunion gestanden hatte, diesen Krieg verloren hatte und dennoch von der Besetzung durch die Rote Armee verschont worden war. In den wesentlichen Zügen wurden die Fakten referiert und die Sonderbedingungen Finnlands diskutiert, die darin bestanden, daß die erfahreneren Sozialdemokraten die Kommunisten im parlamentarischen Verfahren aus-spielen und aus der Regierung drängen konnten; die Wahlen vom Mai 1948 bescherte den Kommunisten dann eine Wahlniederlage. In der anschließenden lebhaften Dis-kussion standen dann die besonderen Bedingungen in Finnland im Zentrum, wobei

sowohl die geographischen, die personellen wie die politischen Faktoren gewichtet wurden.

Der nächste Themenblock war Polen gewidmet. Prof. Dr. Andrzej Sakson, Posen, sprach über „die Reorganisation des politischen Systems in Polen, 1945–1948“ und beschränkte sich im wesentlichen auf die Darstellung der Fakten der politischen Geschichte. Prof. Dr. Janusz Żarnowski, Warschau, stellte anschließend die Folgewirkungen von Krieg und Okkupation auf die Entwicklung der sozialen Klassen in Polen dar. Hier wurden die enormen Menschenverluste Polens während des Krieges analysiert, ihre Konsequenzen aber insbesondere für die Bauern gewertet, die am meisten gewonnen hätten.

Die Abschlusßdiskussion leitete am Sonntag morgen eine Zusammenfassung von Dr. Martin Schulze Wessel ein. In ihr wurde der Akzent auf die mentalen Verschiebungen in der Bevölkerung gelegt und eine vergleichende Betrachtung mit den Ländern Westeuropas angeregt.

Man tut den Veranstaltern wohl kein Unrecht, wenn man am Ende konstatiert, daß das erstrebte Ziel einer Erneuerung der Diskussion nicht erreicht wurde; zu vieles blieb im Rahmen des Bekannten, blieb Referat statt Deutung, und von neuen Quellen konnte noch keine Rede sein. Es wird noch abzuwarten sein, ob die Historiker sich Methoden der Sozialwissenschaften bedienen werden, um über die positivistische Beschreibung hinaus zu einer Bewertung der Phänomene ohne nationale Verkrustung gelangen zu können. Die Bevölkerungsumschichtungen, die Verluste an Territorium (Polen) und die inneren Gewinne aufgrund der Vertreibung der Deutschen werden in ihren Konsequenzen erst noch auszuloten sein.

Köln

Manfred Alexander

## DAS HERDER-INSTITUT IN MARBURG: EIN FORUM FÜR DIE OSTMITTELEUROPAFORSCHUNG

Zu Beginn des Jahres 1994 ist das 1950 vom Johann Gottfried Herder-Forschungsrat gegründete Herder-Institut in Marburg in Umsetzung einer Empfehlung des Wissenschaftsrates vom Mai 1992<sup>1</sup> als „eingetragener Verein“ rechtlich verselbständigt und in seinen Aufgaben neu definiert worden. Als eine von Bund und allen sechzehn Bundesländern im Rahmen der gemeinsamen Forschungsförderung gemäß Artikel 91b Grundgesetz finanzierte außeruniversitäre Einrichtung „von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse“<sup>2</sup> (Institut der „Blauen Liste“) erfüllt das Herder-Institut nunmehr die Funktion einer wissenschaftlichen Serviceeinrichtung für die Ostmitteleuropaforschung. Den Kernbereich seines

<sup>1</sup> Wissenschaftsrat. Empfehlungen und Stellungnahmen 1992. Köln 1993, 317–368, bes. 348–365.

<sup>2</sup> Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung über die gemeinsame Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung. In: Informationen über die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK). Bonn 1994, 61–78, hier 61.

Arbeitsgebietes bilden – wie bisher – die heutigen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei, Estland, Lettland und Litauen. Dieser Kernbereich kann zur Wahrung inhaltlicher Zusammenhänge sowie zu komparatistischen Zwecken in Einzelfällen nach allen Seiten hin überschritten werden. Um der neuen bzw. modifizierten Aufgabenstellung – auch das alte Herder-Institut verstand sich immer auch als eine Service-Institution<sup>3</sup> – gerecht zu werden, wird das Institut interessierten Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen wissenschaftliche Serviceleistungen künftig im Rahmen dreier zentraler Bereiche anbieten.

Im Rahmen eines *Grundlagenservice* sollen neben der kontinuierlichen Unterhaltung und Erweiterung einschlägiger Spezialsammlungen (Bibliothek; Bild-, Karten-, Dokumentensammlung; Pressearchiv) systematische Beschreibungen einzelner Sammlungsbestände Forschungsmöglichkeiten im Herder-Institut bzw. an seinen Materialien aufzeigen und zu intensiverer Nutzung der Institutsbestände anregen. In Gestalt themenorientierter, im wesentlichen auf der Grundlage der Institutsbestände zu erarbeitender „Materialien zur Ostmitteleuropaforschung“ sollen zudem zu spezifischen Forschungsfragen überschaubare Quellen- und Materialbestände aufbereitet und erschlossen werden. Mit Editionen historischer Primärquellen, insbesondere landschaftlicher Urkundenbücher, sollen darüber hinaus der Ostmitteleuropaforschung wichtige Quellentexte auch unmittelbar zugänglich gemacht werden. Hier werden zunächst insbesondere die Arbeiten am Schlesischen, Pommerschen und Preußischen Urkundenbuch fortgeführt werden. Abgerundet wird der Grundlagenservice durch ein modifiziertes Programm zur Erstellung von Jahresbibliographien zur Geschichte und Landeskunde einzelner ostmitteleuropäischer Regionen. Die in Kooperation mit Partnerinstitutionen in Polen, der Tschechischen und Slowakischen Republik erarbeiteten Bibliographien sollen mittelfristig in einer Literaturlatenbank zusammengeführt werden, die unabhängig von den in Buchform publizierten Jahresbibliographien jeweils auch einen laufenden direkten On-line-Zugriff ermöglichen soll.

Auf der Grundlage der aufzubauenden Literaturlatenbank und seiner Sammlungen wird das Institut künftig einen erweiterten *Informations- und Recherche-Service* anbieten, der neben Literaturrecherchen und -dokumentationen für Einzelwissenschaftler und Forschungseinrichtungen auch entsprechende Dienstleistungen im Bereich des Bild- und Kartennachweises sowie der Pressedokumentation umfassen wird. Die Vermittlung länder- bzw. regionalbezogener Fachinformationen an Einzelpersonen und Institutionen bildet einen weiteren Aspekt des Informations- und Recherche-Service.

Ein wichtiges Element des Servicecharakters des Instituts besteht in seiner *Forumfunktion* für die Ostmitteleuropaforschung. Dem Anspruch, Diskussions- und Kommunikationsforum für die internationale Ostmitteleuropaforschung zu sein, sucht das Institut mit einem eigenen Stipendienprogramm gerecht zu werden, das insbesondere

<sup>3</sup> Vgl. Wezzerka, Hugo: Johann Gottfried Herder-Forschungsrat und Johann Gottfried Herder-Institut. Entstehung und Entwicklung eines Verbundes der Ostmitteleuropaforschung. In: Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945–1990. Hrsg. von Erwin Oberländer. Stuttgart 1992, 256–275.

jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Ostmitteleuropa verstärkt Möglichkeiten zur Nutzung der Institutsbestände sowie zum internationalen Gespräch eröffnen soll. Daneben bietet ein breitgefächertes Veröffentlichungsprogramm Kommunikationsmöglichkeiten über das traditionelle Printmedium, das durch ein sukzessiv entstehendes Informationsangebot im Rahmen des Internet/WWW eine zukunftsorientierte Ergänzung erfährt. Ein zentrales Element der Forumfunktion des Institut wird auch künftig das Medium „Tagung“ sein. Hier wird sich das Institut nationalen und internationalen Kooperationspartnern in stärkerem Maße als bisher öffnen und seine Infrastruktur auch über die Trägereinrichtungen des Vereins Herder-Institut hinaus interessierten Partnern zur Durchführung gemeinsamer Tagungen, Kolloquien und workshops zur Verfügung stellen.

In diesem Zusammenhang wird u. a. die traditionell enge Kooperation des Herder-Instituts mit dem J. G. Herder-Forschungsrat weiterhin einen wichtigen Platz einnehmen. Die langjährige gemeinsame Konferenzarbeit wurde im November 1995 mit einer internationalen Fachtagung zum Thema „Krieg, Okkupation und Gesellschaft in Ostmittel- und Westeuropa 1939–1945“ und im März 1996 mit einer ähnlich international besetzten Tagung zum Thema „Politische Eliten in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert“ fortgesetzt.

Anliegen der gemeinsam mit der Kommission für Zeitgeschichte im J. G. Herder-Forschungsrat vom 15. bis 18. November 1995 durchgeführten sozialgeschichtlich angelegten Tagung „Krieg, Okkupation und Gesellschaft in Ostmittel- und Westeuropa 1939–1945“ war es, den Folgen und Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges mit seinen unterschiedlichen Besatzungssituationen auf die ostmitteleuropäischen Gesellschaften und ihre einzelnen Gruppierungen nachzugehen. Dabei war der Blick in einer „verknüpfenden Fragestellung“ einerseits auf die unmittelbaren Folgen und Auswirkungen selbst, andererseits auf die durch diese Folgen und Auswirkungen geschaffenen Dispositionen der ostmitteleuropäischen Gesellschaften für den nach 1945 einsetzenden Aufbau des neuen staatssozialistischen Regimes gerichtet.

Die Tagung, die Referenten und Diskutanten aus Polen, Ungarn, der Tschechischen und Slowakischen Republik, den Niederlanden und Dänemark sowie aus Deutschland zusammenführte, wurde mit einem öffentlichen Vortrag von Tomasz Szarota (Warschau) eröffnet, in dem der Referent in vergleichender Perspektive die tiefgreifenden Auswirkungen von Krieg und Okkupation auf das Alltagsleben in Warschau und anderen besetzten europäischen Hauptstädten darstellte. Die sich anschließende Tagungsdiskussion führte einmal mehr die methodischen Schwierigkeiten eines Fragens nach den Wandlungen und Umbrüchen sozialer Strukturen, sozialpsychologischer Verhaltensweisen und mentaler Einstellungen vor Augen. Zurecht wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß sich diese Phänomene nicht quantifizieren und sich aus den verfügbaren Quellenzeugnissen nur mit großer Mühe und einem ausgefeilten Instrumentarium ermitteln lassen. Zwangsläufig mußte in der Diskussion auch immer wieder auf die äußeren politischen Handlungsabläufe, die ereignisgeschichtlichen Vorgänge der Okkupationen sowie die ihnen zugrundeliegenden politischen Konzeptionen der Okkupanten eingegangen werden. Der engeren Fragestellung näherte man sich in immer neuen Einkreisungen und Anläufen. Dabei erwies sich der gewählte erweiterte komparatistische Ansatz mit der Einbeziehung der Besatzungs-

situationen in zwei nord- bzw. westeuropäischen Ländern als besonders fruchtbar.

Die Tagung machte deutlich, daß der Grad des sozialen Wandels während der Okkupationen und die Richtung der weiteren Entwicklung der im Krieg okkupierten Gesellschaften in der Zeit nach dem Krieg nicht nur durch das unterschiedliche Ausmaß von Besatzung und Terror, sondern in hohem Maße auch von der Ausgangslage, den sozialen Strukturen und Verhältnissen der betroffenen Gesellschaften in der Vorkriegszeit bestimmt war. Hans Blom (Amsterdam) zeigte am Beispiel der niederländischen Gesellschaft, daß die deutschen Okkupanten mit einer äußerst komplexen gesellschaftlichen Struktur konfrontiert wurden, deren Wurzeln und Traditionen weit in die holländische Geschichte zurückreichten. Blom führte diese komplexe Sozialstruktur, die starke „Versäulung“ der niederländischen Gesellschaft als Deutungsmuster dafür an, daß sowohl das nationalsozialistische Programm einer wirtschaftlichen Ausbeutung als auch der Versuch einer politischen Gleichschaltung der niederländischen Gesellschaft letztlich scheiterte. Daß die deutschen Okkupanten mit ihren intendierten Umstrukturierungsplänen nicht erfolgreich waren, zeigt im Umkehrschluß, wie tief die Versäulung der niederländischen Gesellschaft verankert war. Unter der äußeren okkupationspolitischen Oberfläche blieb die holländische Gesellschaft in ihren sozialen Vorkriegsstrukturen im wesentlichen stabil. Auch in Dänemark war die Kriegszeit – wie Henning Poulsen (Arhus) darstellte – mit ihrem für die Dänen sehr milden Okkupationsregime von einem hohen Grad an Stabilität geprägt, ja geradezu ein konservierender Faktor, der sozialen Wandel nicht nur nicht bewirkte, sondern regelrecht verhinderte. In seiner Erklärung dieses Phänomens verwies Poulsen insbesondere auf die agrarische Prägung der dänischen Vorkriegsgesellschaft.

Die durch eine Einführung von Hans Lemberg (Marburg), eine Zusammenfassung von Eduard Mühle (Marburg) und zehn Leitreferate strukturierte Diskussion unterschied zwischen intendiertem und nichtintendiertem sozialen Wandel. Als intendierter Wandel traten dabei zum einen die durch geplante Maßnahmen der nationalsozialistischen Okkupanten forcierten Veränderungen, zum anderen die durch die im Exil, im Untergrund oder bei den mit den Nationalsozialisten verbündeten politischen Eliten während des Krieges konzipierten, dann in der unmittelbaren Nachkriegszeit zum Zuge gekommenen eigenen nationalen Umgestaltungspläne der ostmitteleuropäischen Gesellschaften ins Blickfeld. Als ein kaum zu überschätzender Faktor des vom nationalsozialistischen Regime intendierten sozialen Wandels, der das Sozial- und Wirtschaftsgefüge der west-, mehr noch aber der ostmitteleuropäischen Gesellschaft grundlegend veränderte, wurde die Vernichtung des europäischen Judentums herausgehoben. Am Beispiel der Slowakei stellte Ladislav Suško (Bratislava) den Prozeß der Verdrängung der Juden aus dem Wirtschafts-, Kultur- und Geistesleben einer Gesellschaft dar. Dabei machte er zugleich deutlich, daß die antijüdische Politik der Slowakei keineswegs nur ein Ergebnis äußeren deutschen Drucks war, sondern ein Aspekt slowakischer Innenpolitik, bei dem die Erste Slowakische Republik letztlich die volle Entscheidungsfreiheit behielt. Die Liquidierung und – in erheblich kleinerem Umfang – auch die Arisierung jüdischer Unternehmen, mittel- und kleinständischer Betriebe hatte nicht nur einen radikalen Umbruch in den Strukturen des slowakischen Wirtschaftslebens zur Folge, sondern auch verheerende Auswirkungen auf die

politische Mentalität und Moral der slowakischen Elite, die sich – so Suško – bis zu Korruption und Vetternwirtschaft niederschläge, die den heutigen politischen Alltag der Slowakei bestimme.

Die mit der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung bewirkten tiefgreifenden Veränderungen in der Sozial- und Wirtschaftsstruktur der betroffenen Gesellschaften wurden von Stanisław Meducki (Kielce) am Beispiel der Stadt Kielce in einer mikrostrukturellen Analyse vor Augen geführt. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, wie tief der Bruch im Gefüge dieser mittelpolnischen Stadt gewesen sein muß, in der noch 1941 30% der 80000 Einwohner Juden waren, denen 41% aller Läden und 57% aller Handwerksstätten gehörten. Nicht nur in Kielce und in der Slowakei konnte die Zerschlagung des jüdischen klein- und mittelständischen Gewerbes nie wieder kompensiert werden. Die damit in den Gesellschafts- und Wirtschaftsgefügen Ostmitteleuropas langfristig eingetretenen gravierenden Schäden sind auch in den anderen Referaten immer wieder hervorgehoben worden. Die Frage, welche Auswirkungen die von der nichtjüdischen Bevölkerung besetzter Staaten wahrgenommene Judenverfolgung auf das Sozialverhalten, die kulturelle und politische Mentalität der ostmitteleuropäischen Nachkriegsgesellschaften hatte, ist nur gestreift worden. Die schwer zu ermittelnden Reaktionen der nichtjüdischen Bevölkerung Ostmitteleuropas reichten bekanntlich von aktiver Hilfe für verfolgte Juden über eine im Innern von Abscheu, Furcht und Mitleid geprägte Anteilnahme, eine distanzierte Gleichgültigkeit über heimliche Genugtuung bis hin zur aktiven Unterstützung der Verfolgungsmaßnahmen. Auf die Sozialpsychologie der ostmitteleuropäischen Gesellschaften haben sich auch jene Verschiebungen ausgewirkt, die durch das Nachrücken sozialer Aufsteiger in die von den deportierten und ermordeten Juden geräumten wirtschaftlichen und sozialen Positionen entstanden. Peter Sipos (Budapest) wies darauf hin, daß es in Ungarn in erster Linie Angehörige der mittleren und höheren Verwaltungsschicht waren, die von der Verdrängung der Juden in diesem Sinne profitierten, während Karel Sommer (Opava) für das Protektorat Böhmen und Mähren hier mit den Deutschen eher ein nationales als soziales Element ausmachte.

Eng verbunden mit der Vernichtung des jüdischen Elements – in Einzelschicksalen auch identisch mit ihr – war die Verdrängung und beabsichtigte Vernichtung der Intelligenzschichten der ostmitteleuropäischen Gesellschaften. Auch die Auswirkungen dieses vom Okkupanten intendierten sozialen Wandels wurden u. a. von Karel Sommer für das Protektorat insbesondere mit Blick auf die Veränderungen in der allgemeinen Berufsstruktur hervorgehoben. Mit der Dezimierung des Mittelstandes der ostmitteleuropäischen Gesellschaft durch die Vernichtung des Judentums korrespondierte ein starkes Anwachsen des Arbeiterstandes, das in seiner spezifischen Rekrutierungskombination von einerseits deklassierten Mittelständlern und Intelligenzberuflern, andererseits aufsteigenden ländlichen Zuwanderern für die Nachkriegsentwicklung bereits wichtige sozial-ökonomische Weichen stellte und in Verbindung mit Ent eignungen von Kapital und Grundbesitz zu einer Angleichung der Einkommens- und Besitzverhältnisse und damit des Sozialstatus führte. Hans Lemberg verwies in diesem Zusammenhang auf den bislang nur für die Verhältnisse in den staatssozialistischen Nachkriegssystemen entwickelten Begriff der „comprehensive workers“ und fragte zurecht, ob sich dieser neue umfassendere, zugleich eine gewisse Nivellierung impli-

zierende Typus nicht schon in der Kriegszeit bzw. Kriegswirtschaft herauszubilden begonnen hatte.

Wichtig und von nachhaltigem Einfluß für die Wirtschaftsentwicklung im allgemeinen und die Industrientwicklung der ostmitteleuropäischen Nachkriegsgesellschaft im besonderen war die in unterschiedlicher Komplexität und Effizienz während der Besatzung bzw. direkten Abhängigkeit etablierte Kriegswirtschaft. Ihre Auswirkungen wurden von Miroslav Fabricius (Bratislava) am Beispiel der Slowakei und von Karel Sommer für das Protektorat Böhmen und Mähren detailliert dargestellt. Inwieweit die im Rahmen der Kriegswirtschaft verfolgte staatliche Regulierung bzw. die Etablierung von Mechanismen und Institutionen zentralstaatlicher Wirtschaftssteuerung unter den Prämissen der Kriegsproduktion anschließend direkte Auswirkungen auf die Einrichtung der staatssozialistischen Wirtschaftslenkung hatte, scheint gleichwohl noch näherer Untersuchungen zu bedürfen. In einer Hinsicht hatte die Kriegswirtschaft, wie Susanne Conze (Bielefeld) mit Bezug auf Ergebnisse der historischen Frauenforschung anmerkte, offenbar keine langfristigen Auswirkungen gehabt: nämlich im Hinblick auf eine mögliche Veränderung des Geschlechterverhältnisses aufgrund des massiven Einsatzes von Frauen in der Kriegsproduktion. Die spezifische Wertschätzung der Frau als Trägerin des Produktionsprozesses war – anders als in der Sowjetunion – in Westeuropa, aber auch in den USA ein vorübergehendes Phänomen in einer Ausnahmesituation ohne nachhaltige emanzipatorische Wirkung.

Kontrovers diskutiert wurde in diesem Zusammenhang das Konzept der „Modernisierung“. Während insbesondere Ladislav Suško und Miroslav Fabricius in der Übernahme moderner deutscher Organisationserfahrungen und technologischer Verfahren (z. B. in der chemischen Industrie) sowie in der von deutschen Beratern unterstützten Technologisierung der Landwirtschaft für die Slowakei, ein Diskutant angesichts des Take-off der modernen französischen Industriegesellschaft just während der Okkupation bzw. des Vichy-Regimes für Frankreich und Peter Sipos angesichts eines merkbaren Urbanisierungsschubs für Ungarn durchaus von Modernisierung sprechen wollten, haben andere Teilnehmer die Tauglichkeit dieses Begriffs in diesem Zusammenhang eher in Zweifel gezogen.

Die Frage, inwieweit allgemeine säkulare Entwicklungstrends wirtschaftlicher Modernisierung unabhängig von Krieg, Kriegswirtschaft, Besatzung und Terror sozialen Wandel beschleunigten, konnte nur andiskutiert werden. Interessant war auch hier der Vergleich. So legte z. B. die Beobachtung von Henning Poulsen, daß die dänische Gesellschaft trotz Krieg und Okkupation sehr stabil geblieben war und beides keine wesentlichen sozialen Auswirkungen hatte, es andererseits aber doch in dieser Zeit auch in Dänemark als Ausfluß der wirtschaftlichen Entwicklung zu einer gewissen Angleichung der Lohnniveaus, zu einer zunehmenden Vereinheitlichung der Gesellschaft kam, die Überlegung nahe, daß die entsprechenden sozialen Veränderungen vielleicht vor allem eine Folge eines durchgängigen wirtschaftlichen Modernisierungstrends waren, der durch die unterschiedlichen Okkupationssituationen je unterschiedlich geprägt, gefördert oder gehemmt, aber möglicherweise nicht ursächlich angestoßen worden war.

Als ein weiterer Faktor tiefgreifenden sozialen Wandels wurden die zahlreichen und umfangreichen geographisch-territorialen Verschiebungen der Völker während und

unmittelbar nach dem Krieg in Gestalt von Deportationen und Vertreibungen gesehen. Waclaw Długoborski (Kattowitz) verdeutlichte am Beispiel der zum Teil bereits vor den Kriegshandlungen begonnenen Deportationen durch die deutschen und sowjetischen Okkupanten in den drei Okkupationsgebieten Polens, Karel Sommer am Beispiel der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei die schwerwiegenden langfristigen Folgen dieser Zwangsmaßnahmen.

Einige Aspekte wurden in der Diskussion nicht oder zu wenig angesprochen; so die Frage nach den Auswirkungen der Unterdrückung bzw. Zerstörung der nationalen Bildungssysteme, des nationalen Kulturlebens und Kunstschaffens; die Frage nach den Auswirkungen der verschieden intensiven nationalen Selbst- und Rückbesinnung als Ausdruck von Widerstand und Selbstbehauptungswillen bzw. des unterschiedlichen Organisationsgrades von Widerstand; schließlich die Frage nach den Auswirkungen des kontroversen Diskurses innerhalb der ostmitteleuropäischen Exil- und Untergrundgesellschaften im Hinblick auf die Gestaltung der Nachkriegszeit. Nicht nur diese Fragen harren der weiteren Erörterung.

Marburg

Eduard Mühle

#### THE 1995 NATIONAL CONVENTION OF THE AMERICAN ASSOCIATION FOR THE ADVANCEMENT OF SLAVIC STUDIES

The city of Washington, D. C., was the site of the 27th National Convention of the American Association for the Advancement of Slavic Studies (AAASS), held on 26–29 October 1995. Over 2,000 persons registered. The AAASS is a multidisciplinary area studies organization with members mainly from history, literature, languages, economics, and political science. Its annual convention is the largest gathering in North America of specialists on East Central and Southeastern Europe, Russia, and the former Soviet Union.

The banner attendance justified the AAASS's three-year advance reservation of the spacious Sheraton Washington Hotel as the convention center. The program listed 297 panel sessions and 59 special events, such as business meetings of AAASS affiliates (e.g. the Czechoslovak History Conference, the Slovak Studies Association, the Polish Studies Association), receptions at the Library of Congress and the Polish Embassy, and excursions to the Hillwood Museum and the Holocaust Museum.

Obviously no one individual could have attended more than a small fraction of the panels and special events, while also browsing the book exhibition, mixing socially with colleagues, and seeing Washington's tourist attractions. The Russianists and ex-Sovietologists, as usual, dominated the program. With two thirds of the 3,600 AAASS members in these fields, not surprisingly two-thirds of the panels (or 197) dealt wholly or in large part with Russia, the Soviet Union, and their successor states. About 5 per cent of AAASS members specialize on the the Habsburg monarchy and the Czechs and Slovaks, and 6 per cent of the panels (or 18) dealt with them.

At one panel on „Eduard Beneš: New Perspectives,“ Piotr S. Wandycz (Yale U.), using Beneš's own words, attributed Beneš's lifelong anti-Polish stance to his egalitarian reaction to the Polish feudal aristocracy, his disapproval of Poland's hostility

toward Soviet Russia, and its disputes over Těšín and Javorina. Igor Lukes (Boston U.) saw Beneš's role in the Tukhachevsky Affair as that of Stalin's dupe, because Stalin himself had instigated it. Milan Hauner (U. of Wisconsin), discussing Beneš and the German problem, said Beneš's deep fear of Pan-Germanism and of a Habsburg restoration was partly responsible for his acceptance of a common border with the Soviet Union for security. A roundtable on „State-Building in a Multinational Setting: the Habsburg Empire and Its Legacy,” brought together David Good (U. of Minnesota), István Deák (Columbia U.), Alexander J. Motyl (Columbia U.), and Dennison Rusinow (U. of Pittsburgh). The annual business meeting of the Czechoslovak History Conference unfortunately was scheduled at the same time, thereby reducing the potential audience at each session.

The panel on “The Slovak Nation in the Twentieth Century” began with T. Mills Kelly (George Washington U.) discussing the Slovak national movement and the Czech National Council from 1900 to 1914. He maintained there were common elements in the Czech and Slovak struggles, within Austria-Hungary, and that the Council's activities evidenced a greater Czech interest in the Slovaks than is generally accepted. Ivan Kamenec (Historical Institute, SAV) believed the emphasis on nationalism in the first Slovak state was a means for the Ludaks to rationalize the state's problems arising from its contentious relations with the Third Reich, the Jews, and the Slovak National Uprising. Darina Malová (Comenius U.) used results from parliamentary elections and public opinion polls to interpret nationalism as a political strategy in Slovakia after 1989. She said nationalism was promoted by political leaders to deflect opposition toward government policies on the economy and socialization.

Among papers given at a panel on “Comparative Approaches to Modern East Central European History,” William L. Blackwood (Yale U.) saw interwar right-wing politics in Poland and Czechoslovakia as barometers for the crisis in post-1918 liberalism. Polish National Democracy was essentially a continuation of the program of the pre-war party, whereas Czechoslovak National Democracy, formerly the Young Czech party, became a “lightning rod for fiscal conservatism.” John Connelly (U. of California, Berkeley) on the sovietization of Czech, Polish, and East German universities from 1949 to 1954, described individual responses by each country to the Soviet model; therefore, one can speak only of “relatively totalitarian states” when comparing the three higher educational systems. Jeremy King (Columbia U.) dealt with differing perspectives on rising nationalism in the Habsburg monarchy, citing the preservation or destruction of statues of heroes as metaphors for local respect toward the national heritage in several towns in Hungary and Bohemia.

At the session on “State Building in Central Europe: Czechoslovakia 1918 to the Present,” Todd Huebner (Columbia U.) looked closely at Czechoslovakia in its formative years 1918–1921. He asserted that the republic was founded on the false or incorrect premise that it was a national state with national minorities, not a multinational state; however, in the parliamentary debate over one “Czechoslovak” language, a moderate, rather than a radical, solution was arrived at because of the influence of T. G. Masaryk and Antonín Švehla. Nancy M. Wingfield (U. of Nevada, Las Vegas) examined the years 1945–1948 as crucial to a struggle for control of „the national memory.” In a process of collective forgetting of the German contribution to the

culture and economy of the Bohemian Lands, the communists emerged as victors in enforcing a lasting outcome. James W. Peterson (Valdosta State U.) examined various sociological and political theories of development in the post-1989 Czech and Slovak republics that seek to explain the roles of public opinion and government policies in privatization, administrative reform, cultural affairs, and defense conversion.

The AAASS banquet featured a talk by the association's president Marianna Tax Choldin (U. of Illinois, Urbana) on archival and library resources in Eastern Europe and Russia. She will be succeeded in office for 1996 by Abbott Gleason (Brown U.). Ralph T. Fisher (U. Illinois, Urbana) received the AAASS Award for Distinguished Contribution to Slavic Studies. The Czechoslovak History Conference, at its business meeting, named Stanley B. Winters (N.J. Institute of Technology) the recipient of its Award for Distinguished Service in Teaching, Scholarship, and Publication.

Many papers presented at the convention were of high quality. There was little rehashing of the familiar, frequent challenging of stereotypes, and adroit use of findings from Czech, Slovak, and other European archives, particularly by advanced graduate students and recent Ph. D.'s. Time limits for papers and comments set by the organizers were generally observed. These points were seconded by colleagues who attended panels not covered here.

The convention also confirmed the presence of a substantial cohort of promising young scholars who will enrich their fields as the senior generation retires. However, the problems of academic underemployment and joblessness are serious. Even the great research universities, some mentioned above, with their huge endowments, high tuitions, and ample government contracts and public funding, are using part-time and adjunct instructors to teach undergraduates. Across the United States, colleges and universities, faced growing enrolments and public resistance to increased tuition, are consolidating departments, particularly in the humanities and social sciences. Vacant tenured positions remain unfilled. Many institutions have turned to at-home computer hookups to expand off-campus „distance learning“ and thus enlarge student-teacher ratios. Educational authorities in the 50 states are pressing institutions to become more market-oriented, efficient, and accountable in their programs and budgets.

Alongside these cheerless developments, the good news from the AAASS convention is that scholarly interest in the Czech, Slovak, and Habsburg fields is undiminished.

Port Charlotte, Florida

Stanley B. Winters

## REICHENBERG UND SEINE ARCHITEKTUR UM 1900

In Reichenberg (Liberec) wurde am 12. und 13. Oktober 1995 eine neue regionalhistorische Tagungsreihe initiiert. Die erste Veranstaltung, konzipiert von der Architekturfakultät sowie der Pädagogischen Fakultät der Technischen Universität Liberec in Zusammenarbeit mit den Verwaltungen von Stadt und Kreis Liberec, war der Reichenberger Architektur der Jahrhundertwende gewidmet, doch versprach man sich davon offenkundig weitaus mehr, als das Thema annehmen läßt. Nicht nur, daß die Verzahnung der Architektur mit ihrem kulturellen und vor allem politischen Kontext

nachdrücklicher thematisiert wurde als üblich; auch unter anderen Gesichtspunkten visierte man einen eigenen Standard an.

Die Wahl eines der sensibelsten Abschnitte in der Geschichte der Stadt – der freilich keineswegs zu den relativ wenig bearbeiteten gehört – war ein Hinweis, daß es nicht zuletzt um ein neues, zeitgemäßes Selbstverständnis der nordböhmischen Metropole gehen sollte. Die selbstgewählte Rolle Reichenbergs als kulturelles und politisches Zentrum der böhmischen Deutschen um die Jahrhundertwende (und später) ist zwar schon seit einigen Jahren kein Tabu mehr, und ebenso lange pflegt man auf verschiedenen Gebieten die Kooperation nicht nur mit „den Deutschen“, sondern gerade auch mit den Deutschen aus Reichenberg. Doch sind die wechselseitigen Berührungspunkte, wie sich im Verlauf der Tagung einige Male zeigte, noch sehr empfindlich, so daß eine solide Aufarbeitung der Vergangenheit nur hilfreich sein kann.

Der Einbettung des kunsthistorischen Themas in die politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge entsprach die Beteiligung von Historikern, Kunst- und Architekturhistorikern aus Wien, München und Triest, deren Blickwinkel und Vergleichsmöglichkeiten verhindern helfen sollten, daß die Diskussion im provinziellen Rahmen stecken blieb.

Eingangsgab Rudolf Anděl (Liberec) eine Einführung in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Stadt seit dem 16. Jahrhundert; die Darstellung des ausgehenden 19. und des Anfangs des 20. Jahrhunderts war mit Rücksicht auf ein nachfolgendes Referat eher kursorisch gehalten, doch erhielten die Zuhörer einen Überblick über die Bevölkerungsentwicklung und vor allem die Struktur des Textilgewerbes und der Maschinenbauindustrie, auf die Reichenberg um 1900 seinen Führungsanspruch gründete. Eine ähnliche Überblicksdarstellung war auch für die Architekturgeschichte vorgesehen, doch mußte sie entfallen, so daß Svatopluk Techniks (Liberec) Referat über den Jugendstil in der Reichenberger Architektur ins Thema einführte. Als einer der besten Kenner des Denkmalbestandes in der Region zeigte Technik, daß in Reichenberg überaus zahlreiche Wohnhäuser und vor allem Villen im Sezessionsstil errichtet wurden, jedoch keine größeren Ensembles und keine offiziellen Bauten. Im Stadtkern sei der Jugendstil deshalb kaum zur Anwendung gekommen, weil dieser in der Gründerzeit vollständig neu verbaut worden war. In der Überfülle von Namen und Daten wurde das entscheidende Manko jener Kennerschaft offenbar, die mit dem visuellen Befund auskommt und sowohl auf Quellenstudium als auch auf Analysen, Vergleiche und Interpretation verzichtet. So bedarf es zumindest einer ausdrücklichen Feststellung, daß man – keineswegs nur in Reichenberg – für die öffentlichen und Repräsentationsbauten Experimente mit neuen Kunstformen mied und sich an die bewährten historischen Stile hielt, die festgefügte Bedeutungswerte transportierten.

Eher beiläufig erfuhr man, daß die Reichenberger häufig außer Wiener Architekten auch reichsdeutsche beschäftigten. Dieser Aspekt war Gegenstand eines eigenen Referats von Dieter Klein (München), das ebenfalls eine Reihe an Informationen, wie sie in der Literatur bisher nicht greifbar sind, enthielt, dabei jedoch auf jegliche Problematisierung verzichtete. Klein konzentrierte sich vornehmlich auf die engen künstlerischen Beziehungen zu München, die er darauf zurückführte, daß die Reichenberger Architekten und Baumeister München neben Wien als Ausbildungsort favorisierten. Die Frage, wie diese Affinität zu erklären ist und warum keinerlei Kontakte nach Prag

bestanden, blieb unberührt. Mag das Autonomiestreben Reichenbergs unmittelbar als Hintergrund erkennbar sein, so wäre es immerhin interessant zu fragen, wie man das Bemühen um „deutsche Identität“ einerseits und die nie in Frage gestellte Staatsloyalität andererseits gegeneinander austarierte; daß es hier nicht allein um „ästhetisches Empfinden“ ging, sondern durchaus auch um politische Schachzüge, belegt die Planungsgeschichte des Rathauses wie auch die des Gewerbemuseums. Unberücksichtigt blieb in beiden Überblicksvorträgen der gesamte Komplex der typologischen, funktionalen und gesellschaftsgeschichtlichen Fragen.

Dagegen führte Mara Reissberger (Wien) am Beispiel der Wiener Mietspaläste vor, wie ertragreich Architektur mittels einer sozialhistorisch orientierten Analyse interpretiert werden kann. So zeigte Reissberger, wie die großbürgerlichen Bauherren und ihre Architekten einen spezifischen Bautypus entwickelten, der subtil auf den Rang des „Geldadels“ in der sozialen Hierarchie abgestimmt war und diesen umgekehrt auch definieren sollte. Während sich die bisherige Forschung vornehmlich für die Orientierung des Großbürgertums am Adel interessierte – die Angleichung der herrschaftlichen Wohnung in Disposition und Ausstattung an Adelsresidenzen –, wurde in Reissbergers Referat deutlich, daß die Ladenlokale und Mietwohnungen keineswegs „zwangsläufig“ an der Palastfassade in Erscheinung traten, sondern wohl abgewogen mit der Belétage komponiert wurden, um die Quelle des Wohlstandes und somit auch den sozialen Standort selbstbewußt zur Schau zu stellen.

Einen thematischen Schwerpunkt bildete mit zwei Referaten die Deutsch-böhmische Ausstellung des Jahres 1906. Miloslava Melanová (Liberec) erläuterte die Vorgeschichte und die Hintergründe des ehrgeizigen Projekts. Sie stellte in ihrem aus Quellen gearbeiteten und von Klischees freien Referat fest, daß die Ausstellung, ein politisch motiviertes Unternehmen, im Zusammenhang mit den Bemühungen einer Gruppe deutschböhmischer Politiker um die Einrichtung einer autonomen Provinz „Deutschböhmen“ stand. Konzipiert von der Handels- und Gewerbekammer Reichenberg als „Antwort“ auf die Jubiläumsausstellung 1891 in Prag, sollte die Schau belegen, daß der Anteil „Deutschböhmens“ an Volkswirtschaft und Technologie der Monarchie höher war als der der überwiegend tschechischen Landesteile. Wiederum ist jene wohlabgewogene Ambivalenz in der politischen Orientierung zu beobachten, wie sie die großen öffentlichen Bauprojekte bestimmte: Der Entwurf für das Werbeplakat wurde bei einem Münchner Künstler bestellt, mit der Planung der Ausstellungsbauten beauftragte man dagegen den renommierten Wiener Architekten Max Fabiani. Die langjährige Vorbereitung war ein Kraftakt, der nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der geplanten Provinz, sondern auch ihren inneren Zusammenhalt demonstrieren sollte: 70 Ortskomitees waren daran beteiligt, die Finanzierung sicherten unter anderem Spendenaktionen ab. Die erhoffte Wirkung schlug jedoch ins Gegenteil um: Der Kaiser, von dessen Besuch man sich den entscheidenden Durchbruch versprochen hatte, nutzte die Gelegenheit, um die Zusammengehörigkeit Böhmens zu bekräftigen; die gesamte westböhmische Region hatte sich dem Projekt samt seinen politischen Implikationen verweigert, und die Anziehungskraft der parallel veranstalteten großen Ausstellung in Nürnberg trug noch zusätzlich dazu bei, daß die Ausstellung auch finanziell als Mißerfolg endete.

Marco Pozzettos (Triest) impressionistisch anmutende Ausführungen über die Ausstellungsbauten gingen von der irrigen Annahme aus, Max Fabiani habe in Reichenberg die Ausstellungsarchitektur revolutioniert, indem er sie ephemere, vorwiegend aus Holz und Leinwand, konzipierte. Hauptthema war ein Modell des Areals, das Pozzetto aufgrund der Pläne und Fotos im umfangreichen Katalog der Ausstellung hatte anfertigen lassen. Interessant war immerhin zu beobachten, wie Fabiani die übliche Instrumentalisierung der (historischen) Architekturmotive zu Demonstrationzwecken ad absurdum führte und eingeführten Pathosformeln wie Bossierung und klassische Giebel, dem Material entsprechend, spielerisch in Ornamente umdeutete.

Das Kapitel der Zwischenkriegszeit, das nicht zuletzt unter dem politischen Aspekt aufschlußreich zu werden versprach, reduzierte sich gegenüber der Vorankündigung auf einen monographischen Beitrag. Zdeněk Lukeš (Prag/Liberec) skizzierte Vita und Œuvre von Josef Zásche, einem deutschböhmischem Architekten, der, wiewohl sein Nachlaß infolge der Vertreibung verlorengegangen ist, heute paradoxerweise besser bearbeitet ist als die Galionsfigur der tschechischen Moderne, Jan Kotěra. Allerdings zeigte Lukeš, daß die konzentrierte Aufmerksamkeit durchaus gerechtfertigt ist, da an Zásches Entwicklung einerseits die komplexe Orientierungssuche der Architektur zwischen ausklingendem Historismus und Moderne Schritt für Schritt exemplifiziert werden kann und der Architekt andererseits insofern eine Ausnahmerecheinung war, als er als einziger bruchlos zwischen den deutschböhmischem und den tschechischen Künstler- und Auftraggeberkreisen wechseln konnte.

Konzept wie Verlauf der Tagung wecken für die Nachfolgeveranstaltungen hohe Erwartungen. Wie mutig und unkonventionell die Idee – allem Schein der Normalität zum Trotz – war, erschloß sich auf mehreren verschiedenen Ebenen. Der methodische Ansatz, Geschichte und Kunstgeschichte als gleichgewichtige Komponenten zu kombinieren, ist zwar nicht neu, doch bedarf er noch immer der Förderung und Einübung: Noch immer neigen viele Kunsthistoriker dazu, ihren Gegenstand in einer Art ästhetischem Reservat jenseits der „übrigen“ Geschichte anzusiedeln, während Historiker offenbar eher bereit sind, die Künste als Teil der Geschichte oder zumindest als „Quelle“ wahrzunehmen. Umgekehrt überrascht es freilich, daß eine konsequente Verknüpfung der Fragestellungen und Methoden, wie sie Mara Reissberger mit beeindruckendem Ergebnis vorführte, bei allen Beteiligten am ehesten Ratlosigkeit hinterließ. Hinzu kommt ein weiteres: Während das tschechisch-deutsche Thema andernorts problemlos Projekte der Regionalforschung trägt, ist die „deutsche“ Vergangenheit von Liberec nach wie vor ein neuralgischer Punkt. So fand es Rudolf Anděl notwendig, in seinem Referat auszuführen, daß die Tschechen, nachdem sie „verfolgt“ worden waren, 1918 endlich den ihnen gebührenden Einfluß in der Stadtverwaltung erhalten hätten und daß der Zweite Weltkrieg nur eine kurze Unterbrechung in der Entwicklung der Stadt bedeutet habe. Ebenso unnötigerweise trumpfte ein offiziell eingeladener – jedoch nach eigenem Bekunden fachlich nicht kompetenter – deutschsprachiger Gast in einem „spontanen“ Resümee der Tagung auf, daß „nun endlich auch die Tschechen selbst hätten eingestehen müssen“, daß die Stadt „schon immer deutsch gewesen“ sei. Doch hatte der Mann sowohl die Idee der Initiative als auch ihre bisherigen Ergebnisse mißverstanden: Sofern es gelingt, das wissenschaftliche Interesse von den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Interessen abzukoppeln, kann

die geplante Tagungsreihe nicht nur belastende Vorurteile ausräumen, sondern vor allem in methodischer Hinsicht zu einem Schwerpunkt der Regionalforschung werden.

München

Michaela Marek

## DAS BILD DER DEUTSCHEN, DEUTSCHLANDS UND ÖSTERREICHS IN DER TSCHECHISCHEN GESELLSCHAFT DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS

Unter diesem Titel fand im nordböhmischem Reichenberg (Liberec) vom 1. bis 2. Dezember 1995 eine vom Prager Institut für internationale Studien in Kooperation mit dem Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut veranstaltete Tagung statt.

Insgesamt zwölf Referate näherten sich diesem komplexen, methodisch schwierigen Thema auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Das einleitende, grundlegende Überlegungen anstellende Referat hielt Bedřich Loewenstein. Jiří Rak referierte dann über das „Bild der Deutschen, Deutschlands und Österreichs in der tschechischen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts“. Eine Reihe von Vorträgen beschäftigte sich mit dem vorgegebenen Thema in regional und zeitlich begrenzter Art und Weise: Jan Galandauer berichtete über die Zeit unmittelbar vor der Gründung des unabhängigen Tschechoslowakischen Staates, Eva Broklová über die Erste Tschechoslowakische Republik, Jan Rataj über die sogenannte Zweite Republik und das „Protektorat“, Stanislav Bíman über das Bild der Deutschen und Deutschlands bei der tschechischen Minderheit im Sudetengau 1938–1945. Dieter Schallner untersuchte in seinem Referat die Jahre der Vertreibung (1945–1947). Jeder der Referenten faßte das Thema anders auf und legte seinen Überlegungen andere Quellen zugrunde. So wurde z. B. das Deutschland-Bild in Schulbüchern, in der Presse oder in den Äußerungen der politischen Elite in Parlamentsdebatten und Publizistik untersucht.

Einen ganz anderen Zugang wiederum hatten die Referate von Anita Pelánová (Das Bild der Deutschen und der Österreicher in der Optik Schwejks), Václav Majdl (Sie haben es nicht leicht oder: deutschsprachige Gestalten in der tschechischen Literatur) und Pavel Zeman (Das Bild Deutschlands in Film-Wochenschauen der dreißiger Jahre). Den Abschluß bildete ein auf Ergebnissen aktueller Meinungsumfragen beruhender Ausblick auf die Gegenwart (Eva Stehlíková und Olga Šmídová).

Die Vorträge und die sich jeweils anschließenden Diskussionen machten das Problematische der Fragestellung deutlich. Es wurde die Frage erörtert, inwieweit man überhaupt von „dem Bild“ sprechen könne, ob es nicht vielmehr eine so große Vielzahl von „Bildern“ gebe, daß es fast unmöglich erscheine, diesen Begriff überhaupt zu erfassen. Auch wurde deutlich, daß man die „andere Seite der Medaille“ eigentlich mitzubetrachten habe, nämlich das Bild der Deutschen von den Tschechen bzw. der tschechischen Gesellschaft. Dabei könnten sich interessante Wechselwirkungen feststellen lassen. So wurde z. B. darauf hingewiesen, daß eine gewisse „Larmoyanz“ auf beiden Seiten ein vorherrschender Zug sei: sowohl die Tschechen als auch die (Sudeten-)Deutschen sähen sich in erster Linie in der Rolle der Opfer.

Jan Křen machte in der Abschlusßdiskussion auf den allgemeinen Charakter von „Nachbarschafts-Zwistigkeiten“ aufmerksam. Reizvoll wäre es deshalb auch, einmal der Frage nachzugehen, ob nicht das „Bild der Deutschen“ in der tschechischen Gesellschaft demjenigen anderer kleiner Nachbargesellschaften Deutschlands, z. B. der Niederländer, Belgier oder Dänen, entspricht.

Zum Programm der Konferenz gehörte auch ein Besuch der Staatlichen Wissenschaftlichen Bibliothek in Reichenberg mit ihren reichen Beständen an sudetendeutscher Literatur. Die Ergebnisse der Tagung, die sich als Auftakt und Anregung zu weiteren Forschungen in diesem Bereich verstand, sollen in einem Sammelband veröffentlicht werden.

Bonn

Ralf Gebel

### DIE SLOWAKEI AM SCHEIDEWEG

Die Offene Akademie der Münchner Volkshochschule veranstaltete mit dem Collegium Carolinum am 8. Oktober ein Symposium unter diesem Titel. Es referierten der Direktor des Instituts für Geschichte an der Slowakischen Akademie, Dušan Kováč, über die slowakische Frage zwischen 1939 und 1945; Martin Bútorá, Soziologie-Dozent in Prag und Trnava (Tyrnau), über die Entwicklung der slowakischen Gesellschaft seit 1989; Gerhard Seewann, Mitarbeiter des Münchner Südost-Instituts, über Nationalitäten als Konfliktpotential in der Slowakei und Ostmitteleuropa; Peter Zajac, Direktor des Instituts für slowakische Literatur an der Akademie der Wissenschaften, über die Linien des Widerstandes in der slowakischen Literatur, und Martin M. Šimečka, Schriftsteller und Verlagsleiter, über Öffentlichkeit und Gesellschaft in der heutigen Slowakei. Das alles waren recht informative Themen für deutsche Zuhörer, zumal die Slowakei in unseren Medien nicht gerade eine Spitzenposition hält. Dieser Auffassung waren unter den Zuhörern auch nicht wenige, die eigens aus Bratislava zu dieser Veranstaltung nach München gereist waren. Überdies gingen sie davon aus, daß die Slowakei in der gesamten westlichen Presse, der deutschen voran, ein sehr schlechtes Image habe, durch Berichte die, wie sie wiederholt hervorhoben, „in Prag“ geschrieben worden seien.

Konnte man das als einen Ausdruck des Ärgers mit dem Nachbarn und ehemaligen Staatspartner ansehen, der sich leider mit wenig Fingerspitzengefühl gut siebzig Jahre lang immer wieder als der „große Bruder“ gegeben hatte und das Land in eine frustrierende Juniorpartnerschaft drückte, wie man klagt, so waren die Proben von autoritärer Selbstbezogenheit, welche einige Diskussionssteilnehmer aus Bratislava immer wieder unversehens zum besten gaben, in viel deutlicherem Maß geeignet, die Abneigung so manches westlichen Beobachters vor einer im großen und ganzen bei der stärksten slowakischen Koalitionspartei vorherrschenden autoritären Selbstbezogenheit zu enthüllen. Für den in den Wegen und Wandlungen der Nationalitätenfragen geschulten europäischen Zuhörer gab es immer wieder unverhoffte Aha-Erlebnisse. Etwa wenn die nun einmal unverkennbare Zurücksetzung von Nichtslowaken in der Präambel der slowakischen Verfassung bestritten wurde; wenn man beklagte, es gäbe nur drei „regierungstreue Zeitungen“ gegenüber dreimal soviel unabhängigen im Land; wenn man den westlichen Standard von der Rechtsstaatlichkeit im Umgang mit

Angeklagten bedenkenlos in den Hintergrund rückte oder einem der Referenten die tschechische Herkunft seines Vaters vor Augen hielt. Aber nicht Tschechen und Slowaken, sondern Slowaken und Ungarn bildeten den heißen Zankapfel. Darüber trat manches zurück, was den Titel dieses Symposions eigentlich rechtfertigte: Der Scheideweg zwischen Recht und Gewalt. Wieder einmal wurde deutlich, wie der westliche Mangel an Verständnis für einen langen Entwicklungsgang mit all den Klippen der wirklichen Abkehr von nationalbezogener Denkweise tatsächlich besonders da berechnet werden muß, wo all die ideellen und ideologischen Irrwege dieses Jahrhunderts ihre Spuren hinterlassen haben; und das vor einem deutschen Publikum, das immerhin mit besonderem Verständnis aufgrund der eigenen Vergangenheit die Schwierigkeiten der rechten Artikulation bedachte. Wieviel eher sollten vergleichbare Veranstaltungen die Diskutanten von hier und dort zusammenführen – mit einem Effekt, der durch die gebotenen Reflexionsmöglichkeiten weit über das Informationsbedürfnis hinausführt!

Der Offenen Akademie in München fällt hier womöglich noch eine besondere Bedeutung zu. Um so mehr, als bereits vor dieser Veranstaltung das slowakische Parlament sich mit dem geplanten Symposium beschäftigt hatte. Der Abgeordnete Hofbauer gab in der neunten Parlamentssitzung am 21. September laut Parlamentsbericht zum besten, daß „irgendeine namenlose Münchner Volkshochschule zu Zeiten des Oktoberfestes“ zu dieser Veranstaltung eingeladen habe und daß bei dieser Gelegenheit „Titanen der Politologie“ die deutsche Öffentlichkeit informieren würden, darunter auch solche, die vom slowakischen Staat bezahlt würden. Diese ungeschlachte Ironie führt dem deutschen Beobachter mit einem Schlag die slowakischen Gegensätze vor Augen, man muß sie nicht näher interpretieren. Da ist dann weiterhin in den Ausführungen des Delegierten Hofbauer die Rede vom Terror der Minderheit, die sich mit Freiheit und Pluralität nicht übereinbringen lasse, und vornehmlich von der „falschen Ägide“ dieser beiden Werte. Unter der Befürchtung, „daß unsere derzeitige demokratische pluralitäre Gegenwart zeitweise grotesken und anarchistischen Charakter“ annähme, die einem schlecht informierten Beobachter den Eindruck vermitteln könne, die ganze Slowakei sei gegen die Slowakei, wettet hier also ein Parlamentsmitglied unter Namensnennung gegen Referenten, die im Nachbarland einiges vorzutragen beabsichtigen, das dem Abgeordneten selbst wohl kaum schon bekannt gewesen sein dürfte. Und die „Freiheit und Pluralität eines jeden einzelnen oder einer Gruppe“, die er genau da ihre Grenze finden läßt, wo „Freiheit und Pluralität eines anderen einzelnen oder einer Gruppe“ zu finden seien, hat er selber mit diesem in westlichen Ohren unerhörten Angriff auf noch ungehörte Referate aufs äußerste verletzt. Die von den Münchner Veranstaltern ausgewählten Referenten gehörten augenscheinlich nicht zur führenden Koalitionspartei in Bratislava, und alle Anschuldigungen, die daraus folgten, durfte man ohne weiteres dem Abgeordnetenhaus mitteilen.

Es ist nicht auszuschließen, daß auch bei uns manchmal einen Abgeordneten, wenn auch keinem der profilierten Parlamentarier, Mutmaßungen und Ängste zu einer solchen Attacke hinrissen. Aber es ist auszuschließen, daß er sie dann tatsächlich reitet. Das etwa, in einer dem Abgeordneten Hofbauer selber wohl unverständlichen Erläuterung, erscheint geradewegs als die gegenwärtige Situation der Slowakei am Scheideweg.

## ZU DEN TSCHECHISCH-DEUTSCHEN SCHULBUCHBEZIEHUNGEN

Der Rat für kulturelle Zusammenarbeit als Organ des Europarats veranstaltete vom 24. bis 28. Oktober 1995 in Prag ein internationales Symposium über „Gegenseitiges Verstehen und das Unterrichten von europäischer Geschichte: Forderungen, Probleme und Methoden“. Die Konferenz bildete die letzte große Etappe auf dem Weg zu einer gemeinsamen Erklärung zum „Geschichtsunterricht im neuen Europa“, die 1997 von den europäischen Unterrichts- und Bildungsministern verabschiedet werden soll. Im Rahmen der Veranstaltung wurde insbesondere diskutiert, wie nationale Geschichte unterrichtet werden kann, ohne nationalistische Formen anzunehmen, wie zwischen lokaler, regionaler, staatlich-nationaler, überstaatlich-regionaler, europäischer und globaler Geschichte ein Gleichgewicht gefunden werden könne, welche europäischen Dimensionen in welcher Form im Geschichtsunterricht vermittelt werden können und schließlich welche positiven gegenseitigen Einflüsse die verschiedenen nationalen Entwicklungen im Rahmen der europäischen Geschichte charakterisieren. Als konkretes Beispiel für positive Wechselwirkungen in der europäischen Geschichte wurden u. a. von Helena Krejčová (Prag) die innere Vielfalt der Minderheitengruppe der böhmischen Juden und ihre stimulierenden Einflüsse auf die tschechische, deutsche und zionistische bzw. israelische Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert vorgestellt.

Die Prager Veranstaltung bot darüber hinaus nicht allein wegen des Veranstaltungsortes Gelegenheit, die in der Öffentlichkeit bislang nur wenig beachteten tschechisch-deutschen Schulbuchverhandlungen einem breiteren Forum bekannt zu machen. Zugleich war es Anlaß zu einer Art Zwischenbilanz, da die 1988 begonnene erste Gesprächsrunde 1995 erfolgreich abgeschlossen werden konnte<sup>1</sup>.

Im Auftrag des Georg-Eckert-Instituts wurde vom Verfasser auf dem Europarat-Symposium in Prag folgendes Statement über „Geschichte und Ergebnisse der tschechisch-deutschen Schulbucharbeit“ abgegeben:

„Die Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen weisen aufgrund historischer Entwicklungen, insbesondere im 20. Jahrhundert, ähnliche Belastungen auf wie die Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen oder Deutschen und Polen. Im Gegensatz zu diesen finden zumindest in der deutschen Öffentlichkeit die deutsch-tschechischen Beziehungen jedoch bis heute kaum eine besondere Aufmerksamkeit, obwohl Deutschland seit 1990/92 die längste Grenze mit der Tschechischen Republik verbindet und umgekehrt. In der diplomatischen Sprache der zwanziger Jahre war von „korrekten“, aber keineswegs von freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten und beiden Völkern die Rede, dies gilt bis heute.

Zerstört wurde diese sachlich-kühle Grundlage des Miteinanders durch das Jahrzehnt der Katastrophen zwischen 1938 und 1948. Ausgehend von dem 1938 durch Hitler erzwungenen Münchner Abkommen über die deutsche Besetzung der Tschechoslowakei 1939 und die deutsche Gewaltherrschaft in Böhmen und Mähren wäh-

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch die Tagungsberichte in BohZ 30 (1989) 155–157; 31 (1990) 153–154; 35 (1994) 460–461; 36 (1995) 445–447.

rend des Krieges bis hin zur Vertreibung der in den böhmischen Ländern seit Generationen lebenden Deutschen durch die tschechische Seite in den Jahren 1945 und 1948 reicht die Kette der Brutalitäten, die beide Völker und die Menschen weiter voneinander entfernte.

Die Folge dieses Dezenniums war ein ebenso stilles, schweigendes wie problematisches Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei bzw. der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, dessen Nachwirken bis heute auch die tschechisch-deutsche Schulbucharbeit prägt.

Im Rahmen der Entspannungstendenzen in den sechziger Jahren kam es im Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig 1967 erstmals zu bilateralen Historiker- und Schulbuchkontakten, die zwar aufgrund der politischen Situation Ende 1968 abgebrochen werden mußten, aber wenigstens einen publizistischen Niederschlag fanden<sup>2</sup>. Erst nach zwei Jahrzehnten – jedoch noch vor dem Umbruch von 1989 – konnten 1988 auf Initiative von Historikern und Didaktikern der Prager Karls-Universität im UNESCO-Rahmen erneut bilaterale Schulbuchgespräche aufgenommen werden. Vereinbart wurde damals eine Runde von sechs Konferenzen, um die gemeinsame Geschichte und die Beziehungen zwischen 1780 und 1948 abschnittsweise in chronologischer Reihenfolge zu behandeln.

Nach einer durch die Teilung der Tschechoslowakei hervorgerufenen kurzzeitigen Unterbrechung konnte diese Runde der von Historikern getragenen tschechisch-deutschen Schulbuchgespräche im Mai 1995 abgeschlossen werden. Die Ergebnisse der letzten Tagung über das Dezennium von 1938 bis 1948 sollen in beiden Sprachen u. a. vom Georg-Eckert-Institut publiziert werden. In den nächsten Jahren soll die Zusammenarbeit in Konferenzen mit thematischen Schwerpunkten fortgesetzt werden, die zum Teil über den bisher betrachteten Zeitraum der letzten 200 Jahre hinausgehen werden, auch wenn der Zeitgeschichte im Geschichtsunterricht und im öffentlichen Bewußtsein die größte Bedeutung zukommt.

Eines der Ergebnisse der tschechisch-deutschen Schulbuchgespräche ist, daß die Schulbücher beider Seiten weitgehend frei von offensichtlichen nationalen Feindbildern oder Stereotypen sind. Während jedoch tschechoslowakische und zum Teil auch tschechische Schulbücher stärker die Entwicklung von Nationen und Völkern in den Mittelpunkt stellen, legen deutsche Geschichtsbücher die Betonung auf Staaten und Rechtsordnungen. Hinsichtlich der gegenseitigen Wahrnehmung bestehen auf beiden Seiten gravierende Mängel, wenn auch in unterschiedlicher Form: tschechische Schulbücher engen die deutsche Geschichte in der Regel auf Preußen ein und lassen gerade die Entwicklung der Deutschen in den böhmischen Ländern fast völlig un-

<sup>2</sup> Siehe den zum Teil zweisprachigen Tagungsband: Zur Geschichte der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen. Referate der deutsch-tschechoslowakischen Historikertagung. Braunschweig, 28–30. November 1967. Braunschweig 1968 (Schriftenreihe des Internationalen Schulbuchinstituts 14). – Vgl. auch: Deutsch-tschechische Beziehungen in der Schulliteratur und im populären Geschichtsbild. Hrsg. von Hans L e m b e r g und Ferdinand S e i b t. Braunschweig 1980 (Studien zur Internationalen Schulbuchforschung 28). – Allgemein zur Entwicklung der Schulbuchkontakte bis 1989 L u f t, Robert: Deutsche und österreichische Schulbuchgespräche mit der Tschechoslowakei. Zu Schulbuchverhandlungen, Schulbuchanalysen und Geschichtsbildern. ÖOH 31 (1989) 103–129.

berücksichtigt; die böhmische und tschechische Geschichte insgesamt kommt andererseits in deutschen Unterrichtswerken fast gar nicht vor. Erschwert wird ein Vergleich der Unterrichtswerke und die Entwicklung eines gemeinsamen inhaltlichen Lehrkonzepts zudem durch die sehr unterschiedlichen didaktischen, methodischen und inhaltlichen Ansätze und Zielsetzungen in beiden Ländern.

Einigkeit besteht in der deutsch-tschechischen Schulbuchkonferenz darüber, daß das multikulturelle, Jahrhunderte währende und bis zum Zweiten Weltkrieg weitgehend friedliche Neben- und Miteinander von Tschechen, Deutschen, Juden und Menschen anderer Nationalitäten in den böhmischen Ländern sich besonders und für beide Länder gleichermaßen als Thema des Geschichtsunterrichts eignet.

Bei den tschechisch-deutschen Schulbuchgesprächen wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß wesentlicher als die Differenzen und Defizite auf Seiten von Wissenschaft und Schulbuch die Traditionen des Geschichtsbildes in der Öffentlichkeit und in den Medien ist, die durch das Schulbuch nur bedingt beeinflusst werden kann. Die kontinuierliche Arbeit der Historiker in beiden Gesellschaften, insbesondere aber wissenschaftliche wie populäre Veröffentlichungen unter Berücksichtigung anderer Medien, Übersetzungen von historischen Darstellungen etc. dürften langfristig zu einer Verbesserung der Situation führen. Im tschechisch-deutschen Verhältnis geht es vor allem darum, die distanzierte, bis zum Teil abweisende Grundstimmung zu verändern und allgemein dahin zu wirken, daß die historischen Unterschiede akzeptiert werden. Die gezielte Lehrerfortbildung, der Lehreraustausch und Schulpartnerschaften scheinen dafür erfolgreichere Wege zu sein als die häufigen Klassenfahrten nach Prag. Von persönlichen Kontakten ist am ehesten die Überwindung von Unkenntnis, Skepsis und Desinteresse zwischen beiden Völkern zu erwarten.

München

Robert Luft

## PREISVERLEIHUNG

Die *Czechoslovak History Conference*, eine wissenschaftliche Gesellschaft zur Förderung der Geschichts- und Gegenwartsforschung der böhmischen Länder und der Slowakei mit Sitz in den USA hat das Mitglied des Collegium Carolinum, Herrn Professor Dr. Stanley B. Winters, mit ihrem Preis „Distinguished Service Award“ für das Jahr 1995 ausgezeichnet.

Der schon zuvor vielfach geehrte und international bekannte Historiker, Distinguished Professor Emeritus von New Jersey Institute of Technology, ist Verfasser von zahlreichen Studien und Abhandlungen auch zur böhmischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Er war Gründungsmitglied, in den Jahren 1974–76 und 1980–82 Mitglied des Exekutivausschusses und 1988–90 Präsident der *Czechoslovak History Conference* und gehört zu den bekanntesten und sowohl fachlich wie persönlich hoch geschätzten amerikanischen Bohemisten. In den Jahren 1975–92 wirkte er auch als Redakteur der international bekannten Zeitschrift *East Central Europe*, wo er sich besonders für die Einbeziehung der tschechischen und deutschen Bohemistik in den englischsprachigen Diskurs eingesetzt hat. Seit 1985 ist Stanley B. Winters Mitherausgeber der Zeitschrift *Bohemia* und seit 1989 Mitglied des Collegium Carolinum.

## NEUE LITERATUR

*Vznik Československa 1918. Dokumenty československé zahraniční politiky [Die Entstehung der Tschechoslowakei 1918]. Dokumente der tschechoslowakischen Außenpolitik].* Hrsg. von Antonín Klimek, Helena Nováčková, Milada Polišenská, Ivan Štoviček unter Mitwirkung von Jan Galandauer, Bohumír Klípa, Martin Kučera, Karel Pichlík und Jitka Zablouilová.

Ústav mezinárodních vztahů, Praha 1994, 439 S.

Lange Zeit gab es keine tschechische Dokumentenedition über die Entstehung der Ersten Tschechoslowakischen Republik, die internationalem Standard genügt und den vorliegenden Publikationen aus verschiedenen anderen Ländern entsprochen hätte. Der vorliegende Band über das Jahr 1918, herausgegeben vom Institut für internationale Beziehungen in Prag, kann diese Lücke endlich schließen. Die Auswahl der 187 Dokumente oblag einem Kollektiv von Historikern, die sich als Ziel gesetzt hatten:

- das Jahr 1918 bis zur Entstehung des neuen Staates zu dokumentieren (de facto bis zum 31. Oktober 1918);
- ausschließlich Dokumente aus tschechischen und slowakischen Archiven zu benutzen, um Überschneidungen mit vorliegenden Akteneditionen zu vermeiden;
- wo immer es ging, die Originale aufzufinden und die Texte in der Originalsprache abzudrucken.

Wie in der Einleitung knapp beschrieben wird, hat die Erfüllung dieser Vorgaben viele Probleme mit sich gebracht: in einigen Archiven mußten die Bestände erst geordnet und katalogisiert werden; eine Reihe von Dokumenten ist infolge „unsachgemäßer Handhabung“ verschwunden oder verfälscht worden; andere existieren nur in Übersetzungen (etwa im Band 3 von Benešs Werk „Světová válka a naše revoluce“, 2. Aufl. Prag 1929). Es war von der Kommission also Grundlagenarbeit zu verrichten, ehe 600 Dokumente in die Endauswahl gelangten, aus der dann die vorliegende Edition gestaltet wurde.

Der Band beginnt mit einer Einleitung aus der Feder des Leiters des Instituts für Internationale Beziehungen, Otto Pick, der die Mitarbeiter würdigt; dann folgen drei kurze Abhandlungen über die Auslandsaktion der Tschechen im Ersten Weltkrieg (Karel Pichlík), über die politischen Aktionen der Tschechen in der Monarchie (Jan Galandauer) und schließlich über die Tätigkeit der Legion in Rußland (Antonín Klimek); leider haben die Verfasser hier auf eine Übersicht der verwendeten Literatur verzichtet. Die Editionsprinzipien sind dann ausführlich erläutert und sind tadellos. Der Hauptteil der Dokumente reicht von S. 31 bis S. 353; die Erläuterungen betreffen Fundorte und Art des jeweiligen Dokuments sowie Textprobleme; darauf folgen Erläuterungen zu den genannten Personen und Problemen sowie die Vernetzung der

Dokumente der Edition untereinander. Eine Zeitübersicht schließt sich an (S. 355–378); darauf folgt eine Auflistung der Überschriften der Dokumente in tschechischer (S. 379–396) und eine regestenartige Kurzbeschreibung der Dokumente in englischer Sprache (S. 397–423). Ein ausführliches Personenregister mit der Angabe der Funktionen zum Zeitpunkt der Entstehung der Dokumente, in dem leider die Lebensdaten der erwähnten Personen fehlen, beschließt die vorzüglich gestaltete Edition.

Inhaltlich durchziehen im wesentlichen drei Ereignisstränge die nach Datum der Entstehung (manchmal der Veröffentlichung oder Ratifizierung) geordneten Dokumente:

- die Tätigkeit der Auslandsaktion unter Masaryk, die im Sommer 1918 die allmähliche Anerkennung durch die Alliierten findet;
- die Berichterstattung über die Legion in Rußland, deren Schicksal breit dokumentiert ist und kaum der späteren Glorifizierung entspricht;
- die Ereignisse, die unmittelbar mit der Ausrufung des selbständigen Staates verbunden sind.

Der mit dem Thema einigermaßen vertraute Historiker wird unter den Dokumenten manche „alte Bekannte“ finden, wie das „Pittsburger Abkommen“ (Dok. 123), die Unabhängigkeitserklärung im ersten Gesetz des neuen Staates (Dok. 170) und die Erklärung von St. Martin am Turz (Dok. 181). Inwieweit die abgedruckten Dokumente das bisherige Geschichtsbild verändern werden, müssen Einzeluntersuchungen zeigen; aber die tschechischen und slowakischen Dokumente des Jahres 1918 werden in Zukunft nach dieser Edition zu zitieren sein.

Köln

Manfred Alexander

*Kubů, Eduard: Německo – zahraničněpolitické dilema Edvarda Beneše (Hospodářské vztahy s Německem v československé zahraniční politice let 1918–1924 [Deutschland – das außenpolitische Dilemma von Eduard Beneš. Die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland in der tschechoslowakischen Außenpolitik der Jahre 1918–1924].*

Univerzita Karlova, Praha 1994, 141 S. und Tabellenanhang.

Es ist nur ein kleiner zeitlicher Rahmen, den der Verfasser in seiner Arbeit betrachtet, im wesentlichen die Jahre 1921 bis 1923, aber er will keine Geschichte der Außenpolitik in diesem Zeitraum schreiben, sondern in einem Diskurs auf einen Mangel der wissenschaftlichen Literatur aufmerksam machen: Zu sehr wurde, wie der Verfasser wiederholt schreibt, bisher die Außenpolitik von Beneš und der „Burg“ unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit betrachtet, die ein enges Bündnis mit Frankreich nahelegte. Kubů setzt hiergegen die Bedeutung der Wirtschaft, insbesondere der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland, als korrigierendes Element. Zwar ist die These nicht so neu, wie der Autor behauptet, aber es gelingt ihm doch, die Aufmerksamkeit auf einige Probleme zu lenken, die insbesondere in der tschechoslowakischen Betrachtung selbst nie in diesem Maße verdeutlicht worden sind.

Nach einer Beschreibung der außenpolitischen Ausgangslage nach dem Ersten Weltkrieg, die Deutschland und die Tschechoslowakei in zwei verschiedenen „La-

gern“ sah, behandelt er in einem Kapitel über die Reparationsfrage den beide Staaten einenden finanziellen Komplex an Belastungen aus dem Erbe der Monarchie und der Staatsgründung. Auch wenn für die ČSR diese Schulden mit dem verschleiernenden Begriff „Befreiungstaxe“ belegt und in der Öffentlichkeit kaum diskutiert wurden, so waren es de facto beträchtliche Belastungen, deren Bezahlung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft geschadet hätte. Demgegenüber steht der andere Strang der Außenpolitik von Beneš, der ČSR für die wenigen Tage eines Kriegszustandes mit Deutschland einen – wenn auch nur symbolischen – Anspruch auf Reparationen zuzugestehen. Dies hat Beneš mit einiger Mühe erreicht und in den Verhandlungen über die eigenen Schulden als Verhandlungsobjekt einbringen können.

Die eigentliche Leistung der vorliegenden Arbeit besteht darin, aus den Akten des Tschechoslowakischen Außenministeriums Belege für die tatsächliche wirtschaftliche Abhängigkeit der ČSR von Deutschland und deren Reflexion durch die Beamten selbst vorzubringen. In fünf Beispielansätzen zeigt der Verfasser diese Abhängigkeit im Bereich der Währung, des reichsdeutschen Eigentums in der ČSR, in der Handelspolitik, im Transit und im Kohleexport. Deutlich wird, daß den reinen „Außenpolitikern“ dieser Zusammenhang durchaus klar war, sie aber zwischen der Loyalität zu Frankreich und der Wahrung eigener Interessen schwankten. Im folgenden Kapitel wird dies besonders am Beispiel der Kohlelieferung an Deutschland im Krisenjahr 1923 aufgezeigt: Prag lieferte und verschleierte die tatsächliche Illoyalität gegenüber Paris, um den Interessen der eigenen Volkswirtschaft zu entsprechen.

In diesem Schlußkapitel erörtert Eduard Kubů noch einmal die Grundthese und kann dabei einen Geheimbericht von Beneš vor ausgewählten Journalisten und Mitarbeitern des Außenministeriums vom 25. Januar 1923 verwerten (S. 114), in dem Beneš in klarer Sprache die Großmächte wegen ihrer Politik gegenüber Deutschland tadelte, aber auch Deutschland wegen bewußter Nichterfüllung der Verpflichtungen anklagte, die USA wegen ihrer politischen Enthaltensamkeit verurteilte. An diesem Beispiel wird auch die Taktik von Beneš klar, wie er seine eigenen Gedanken in die Presse brachte und deren Berichte dann gegenüber den Verbündeten als „Druck der öffentlichen Meinung“ verwertete. Gerade an der Ruhrkrise kann der Autor die Doppelbödigkeit der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen aufzeigen: Beneš vertrat verbal die Position Frankreichs, nahm in der praktischen Politik indes eine vorsichtige prodeutsche Haltung ein: „Das Abwarten, Lavieren und die Neutralität waren in der Ruhrkrise ebenso wie im Jahre 1921 die natürliche Folge des Zusammenpralls wirtschaftlicher und politischer Interessen in der Beziehung zu Deutschland, Frankreich, den übrigen alliierten Großmächten und Teilen der heimischen Unternehmerkreise“ (S. 120).

In der Beschreibung der Fakten und dieser Abhängigkeit ist dem Verfasser voll zuzustimmen, aber eine Frage bleibt offen: wenn er in der allmählichen Abschwächung der Reparationslasten für Deutschland, besonders im Dawes-Plan von 1924, den Beginn des politischen Niedergangs der tschechoslowakischen außenpolitischen Stellung sieht, wie ist dann das Verhältnis zu Deutschland eigentlich zu verstehen gewesen? Deutschland wird mehrfach als „Konkurrent“ bezeichnet, mit dem man aber den weitaus größten Teil des Handels abwickelte, wäre dann – zumindest aus heutiger Sicht – nicht die Bezeichnung „Handelspartner“ angemessen? Und wie lassen sich

die Beziehungen als „korrekt“ rechtfertigen (was sind denn „inkorrekte“ Beziehungen?), wenn die Emanzipation Deutschlands von den Belastungen des Versailler Vertrages ausdrücklich als „sehr gefährlich“ bezeichnet wird (S. 35)? Das Grundmuster der Außenpolitik von Beneš, allein auf die Karte Frankreichs gesetzt zu haben, ging eben an den geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen vorbei. In dieser Härte spricht der Verfasser das Urteil nicht aus, obwohl er aner kennenswerter Weise viel Material zu einer Bewertung der tschechoslowakischen Wirtschaft als schwach und im Vergleich mit Deutschland zurückgeblieben beiträgt.

Kleinere Mängel beeinträchtigen den Wert der Arbeit: Die archivalischen Aktenstücke werden nicht nach dem Datum, sondern nur nach dem Fundort zitiert, so daß eine Überprüfung mit veröffentlichten Stücken sehr mühsam ist; die in den Fußnoten zitierte Literatur ist umfangreicher als die in der Literaturliste erfaßte, aber immer noch weit von einer Vollständigkeit entfernt; die berühmten „14 Punkte“ Wilsons sollten nicht ohne Belege in „18“ geändert werden (S. 15). Insgesamt ist der durchaus verdienstvollen Arbeit vorzuhalten, daß sie eher als eine polemische Streitschrift daherkommt, denn als eine nüchterne Analyse: analytische Teile überwiegen zwar im Text (schön ist z. B. die Darstellung der Kronprinzenaffäre aus tschechoslowakischer Sicht, die Bedeutung der Transportprobleme der ČSR), aber die Hauptthese wird mit ermüdender Monotonie umspielt, obwohl der Text als Beleg dazu durchaus ausreichend wäre.

Köln

Manfred Alexander

*Felak, James Ramon: „At the Price of the Republic“. Hlinka's Slovak People's Party, 1929-1938.*

University of Pittsburgh Press, Pittsburgh-London 1994, XIV + 264 S.

Als aus den Parlamentswahlen in der ČSFR im Juni 1992 in der Slowakei die vom nationalistischen Volkstribun Vladimír Mečiar geführten Kräfte und die separatistische Slowakische Nationalpartei als stimmenstärkste Gruppierungen hervorgingen, setzte in der von ihnen kontrollierten Presse eine Kampagne für die Unabhängigkeit der östlichen Staatshälfte ein, die in Inhalt und Argumentation fatal an die Auseinandersetzungen zwischen Tschechen und Slowaken in den letzten Monaten der Ersten ČSR erinnerte. Bei der Lektüre der an der University of Indiana bei Ch. Jelavich erarbeiteten Dissertation des inzwischen an der University of Washington lehrenden Felak treten die Parallelitäten zwischen 1937/38 und 1992 deutlich zutage; sie vermitteln so den Eindruck, als ob der zum 1. Januar 1993 vollzogene Schritt in die Eigenstaatlichkeit nur eine Fortsetzung des infolge der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg gescheiterten Versuchs darstellt, die Souveränität zu erringen.

Beginnend mit der Verurteilung V. Tukas wegen Landesverrats im Herbst 1929, dem gleichzeitigen Austritt der Slowakischen Volkspartei (SVP) aus der Regierung Švehla und der parteiinternen Auseinandersetzungen nach dem starken Stimmenverlust bei den Wahlen konzentriert sich Felak in seiner faktengesättigten, chronologisch aufgebauten Schilderung vornehmlich auf drei ineinander verzahnte Fragestellungen: Welche Strategie und Taktik verfolgte die SVP, wie liefen die Flügelkämpfe um Macht

und Einfluß auf den alternden Parteipatriarchen Hlinka ab, und mit welchen anderen Gruppierungen und Parteien wurde eine zeitweilige Zusammenarbeit angestrebt? Gestützt auf die einschlägigen Untersuchungen und Dokumentationen, eine gründliche Auswertung der Presse und dank der Möglichkeit, erstmals bislang unzugängliches Archivmaterial, besonders die auch Interna der SVP beinhaltenden Polizeiberichte, einzusehen, wird er seinem Untersuchungsziel vollauf gerecht. Nach einer überlegt-bedächtigen Beweisführung bietet Felak stets – gelegentlich allerdings etwas knapp geratene – Zusammenfassungen an, die seine beeindruckende Vertrautheit mit der Materie und die Ausgewogenheit seines Urteils belegen.

In zwei einleitenden Kapiteln, die ein Viertel des Buchumfangs ausmachen, wird auf die Entwicklung des slowakischen Nationalbewußtseins sowie auf die Ideologie und das Programm der SVP eingegangen. Danach werden in fünf Abschnitten die bis zur Durchsetzung des Autonomiebegehrens und der Gewährung der Landesselbstverwaltung im Oktober 1938 reichenden Aktivitäten der SVP präsentiert und abschließend ein in den Wertungen zwar nicht neues, dennoch aber in der Schlüssigkeit voll überzeugendes Resümee geboten. Ob Felak nun die Hintergründe der von Hlinka im Dezember 1932 gemachten Aussage, das nationale Selbstbestimmungsrecht der Slowaken „selbst um den Preis der Republik“ (S. 96 f.) erkämpfen zu wollen, erläutert, den Ablauf der von der SVP im Sinne ihres Autonomieprogramms publikumswirksam umfunktionierten Pribina-Feier am 13. August 1933 in Nitra (S. 101 ff.) schildert, die unter dem Einfluß der um die Zeitschrift „Nástup“ gescharten Parteijugend langsam um sich greifende Radikalisierung analysiert (S. 125 f., 136 ff.) und den noch zu Lebzeiten einsetzenden Kampf um das politische Erbe Hlinkas darlegt (S. 195 ff.), erweist er sich immer als wohlinformiert und sachlich-argumentativ. Er geht einerseits auf die Finanzprobleme und die schlechte Zahlungsmoral der Mitglieder, auf die Eifersüchteleien der Parteihonoratioren untereinander, auf die Unberechenbarkeit Hlinkas und seine späten polonophilen Neigungen ein, bezieht andererseits aber auch Stellung zu den Meinungsverschiedenheiten mit der Katholischen Volkspartei J. Šrámeks sowie dem von M. Hodža geführten slowakischen Flügel der einflußreichen Agrarpartei oder zu der von beiderseitigem Mißtrauen bestimmten zeitweiligen Zusammenarbeit mit der Slowakischen Nationalpartei unter M. Rázus. Doch wenn er die Motive auflistet, die bei der Stimmabgabe zugunsten Beneš bei der Präsidentenwahl im Dezember 1935 den Ausschlag gaben und kurz darauf den Eintritt der SVP in die von Hodža geleitete Regierung verhinderten (S. 155 ff.), ließe sich eine ausführlichere, differenziertere Begründung durchaus vorstellen.

Wegen der streckenweise stark komprimierten Präsentation unterlaufen Felak gelegentlich mißverständliche Aussagen. Die Behauptung, Tuka sei ein bezahlter ungarischer Agent gewesen (S. 31 f., S. 55 ff.), läßt sich zwar mit der Kernaussage des Richterspruchs begründen, der den früheren Magyaronen und Gründer der „Rodobrana“ genannten Parteilruppe zu einer fünfzehnjährigen Gefängnisstrafe verurteilte, aber der Vorwurf wurde weder in den Ermittlungen noch durch die Beweisaufnahme in einem rechtsstaatliche Grundsätze mehrfach verletzenden politischen Prozeß zweifelsfrei belegt. Da die damals umlaufenden Gerüchte, das Erscheinen des „Nástup“ sei anfangs finanziell vom polnischen Gesandten in Prag, ab 1937 durch sudetendeutsche Zahlungen ermöglicht worden (S. 160), nicht mehr verifiziert werden können,

sollten sie in apodiktischer Form nicht aufrechterhalten werden. Befremdlich ist, daß Felak weder in der Auswahlbibliographie noch im umfangreichen Anmerkungsapparat Bezug auf die den gleichen Zeitraum abdeckende Monographie von A. Bartlová<sup>1</sup> nimmt, die bereits 1969 gedruckt vorlag, auf Anweisung des Zensors wegen politischer Inopportunität aber eingestampft werden mußte und daher erst 1992 erscheinen konnte; auch ihre 1991 publizierte Hlinka-Biographie findet keine Erwähnung. Die Dissertation von D. H. El Mallakh<sup>2</sup>, die brauchbares Material enthält, wurde zwar bibliographisch erfaßt, aber inhaltlich nicht ausgewertet. Den Anfangskapiteln eines von einem Direktbeteiligten, P. Čarnogurský, geschriebenen Buches<sup>3</sup> über die zur Eigenstaatlichkeit führenden Initiativen hätten sich wichtige Einsichten gerade über die polonophilen Strömungen in der SVP und den Streit um Führerschaft und politische Ausrichtung entnehmen lassen.

Diese Vorbehalte können das Verdienst Felaks aber nicht schmälern. Er hat eine klar gegliederte, inhaltsreiche und gut lesbare Darstellung der entscheidenden Jahre in der Geschichte der Slowakischen Volkspartei Hlinkas und ihrer wichtigsten Repräsentanten vorgelegt, die in stringenter Beweisführung und fundierter, sachbezogener Argumentation die Ziele und die politischen Aktivitäten dieser starken Oppositionskraft im Kampf um die Autonomie der Slowakei aufzeigt und ihre Mitverantwortung am Auseinanderbrechen der Ersten Tschechoslowakischen Republik offenlegt.

Saarbrücken

Jörg K. Hoensch

<sup>1</sup> Účast' HSL'S na politickom vývoji Slovenska v r. 1930–1938.

<sup>2</sup> The Slovak Autonomy Movement, 1935–1939: A Study in Unrelenting Nationalism. Boulder-New York 1979.

<sup>3</sup> 14. marec 1939. Bratislava 1992.

*Schwarz, Karl-Peter: Tschechen und Slowaken: Der lange Weg zur friedlichen Trennung.*

Europa Verlag, Wien-Zürich 1993, 239 S.

Historisches Fachwissen und spannende Lektüre ist eine im deutschen Sprachbereich seltene Kombination. Besonders selten kommt es dort vor, wo es um die Geschichte der Tschechoslowakei geht; da steht nämlich dieser Kombination zusätzlich die populäre Mythologisierung dieses Staates im Wege. Dem Historiker und Journalisten Karl-Peter Schwarz (u. a. Korrespondent der Wiener Zeitung Die Presse in Prag in den frühen neunziger Jahren) ist dieses Meisterstück jedoch gelungen.

Sein Buch bettet die Geschichte der Tschechoslowakei in den Kontext mitteleuropäischer Zusammenhänge ein, und seine Fragestellungen greifen gesamteuropäische Perspektiven und Probleme auf. Nationsbildungen, Staatsgründungen, politische und Interessenskonflikte, Machtmißbrauch und Probleme der demokratischen Willensbildung bilden den Fokus dieses Buches, erörtert am Beispiel der böhmischen, tschechischen und slowakischen historischen Auseinandersetzungen. Karl-Peter Schwarz' Studie ist nicht aus der Suche nach bisher unbekanntem Archivmaterial entstanden, sondern ist das Ergebnis sorgfältigen Nachdenkens und Hinterfragens von gängigen Klischees.

Was dieses Buch besonders auszeichnet, ist die Berücksichtigung und Vermittlung solcher historischer Zusammenhänge, die meist entweder bei den „tschechophilen“ oder „germanophilen“ Autoren jeweils zu kurz kommen. Daß Joseph II., beispielsweise, solche Sprachregelungen bevorzugte, die von den Tschechen bis heute als benachteiligend empfunden werden einerseits, daß er jedoch keineswegs der Erfinder von bewußter Manipulation mit Sprachregelungen war, sondern auch ein „guter Schüler“ der böhmischen Stände andererseits, ist ein Zusammenhang, der selten als solcher wahrgenommen wird. Dieses Buch hat keine Fußnoten, und ein Fachhistoriker findet manches zu beanstanden; dennoch vermag es Schwarz besser als viele andere, gegensätzlichen und widersprüchlichen Perspektiven gerecht zu werden. Diese Fähigkeit ist angesichts der deutsch-tschechischen und tchechisch-slowakischen Auseinandersetzungen um die gemeinsame Geschichte bis heute eine Seltenheit. Dies wird beispielhaft an der Darstellung der tschechoslowakischen Nachkriegsgeschichte deutlich. Während wir heute Zeugen von nach wie vor „nationalisierten“ Debatten über die Vertreibung der Sudetendeutschen sind, analysiert Schwarz jene Ereignisse und ihre Folgen als verheerend „nicht nur für die Deutschen und Ungarn, sondern auch für Tschechen und Slowaken“ (S. 171). Im Zusammenhang mit dem Ende der Tschechoslowakei bietet diese seine Perspektive eine einmalige Interpretation der tschechisch-slowakischen Auseinandersetzungen. Schwarz weicht von nahezu allen westlichen Kommentatoren der damaligen Entwicklung ab, indem er eine relationale Darstellung bietet. Weder zählt er die Schritte und Entscheidungen tschechischer bzw. slowakischer Politiker auf, wie es damals üblich war, noch präsentiert er das weltweit populäre, von den Prager Gesprächspartnern westlicher Journalisten geprägte Bild der Slowaken. Anstatt dessen greift er einzelne sachbezogene Schwierigkeiten auf und ist bemüht, beiden Völkern gerecht zu werden.

Es ist eine bemerkenswerte Geschichtsdarstellung, die viele Fragen aufwirft und Anregungen für die künftige Geschichtsforschung bietet. In der Bibliographie wird der Fachhistoriker manch eine Studie vermissen, die zum Kanon der Bohemistik gehört; hoffentlich werden die meisten von ihnen nicht jene Titel übersehen, die meist in der bohemistischen Geschichtsschreibung fehlen. Nämlich Werke von Benedict Anderson, Ralf Dahrendorf, Ernest Gellner, Wolf Lepenies, Karl Popper, Jenö Szűcs oder Immanuel Wallerstein, die das Denken schulen und Fragestellungen schärfen.

München

Eva Hahn

*Rozloučení s Československem. Příčiny a důsledky česko-slovenského rozchodu [Abschied von der Tschechoslowakei. Ursachen und Folgen der Trennung von Tschechen und Slowaken]. Hrsg. v. Rüdiger Kipke und Karel Vo dička<sup>1</sup>.*

Český spisovatel, Praha 1993, 234 S.

Der Versuch, das Verhältnis von Tschechen und Slowaken nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung zu ordnen, ist, sobald die hinter der verfassungsrechtlichen Fas-

<sup>1</sup> Deutsche Ausgabe: Abschied von der Tschechoslowakei. Hrsg. v. Rüdiger Kipke und Karel Vo dička. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1993, 222 S.

sade verborgene Parteidiktatur weggefallen war, gescheitert. Nach den Wahlen vom Juni 1992 hat es kaum ein halbes Jahr bis zum Auseinanderbrechen des gemeinsamen Staates gedauert, ohne daß von der eben erst für diesen Fall geschaffenen Einrichtung des Referendums Gebrauch gemacht worden wäre. Auch die zunächst noch beibehaltene Währungsunion hatte nur 38 Tage lang Bestand.

Im vorliegenden Sammelband haben zu dieser Frage sechs tschechische, fünf slowakische und vier deutsche Autoren Stellung genommen und sie aus historischer, staatsrechtlicher, völkerrechtlicher, volkswirtschaftlicher, sicherheitspolitischer und soziologischer Sicht untersucht. Ihre Beiträge zeichnen sich durchwegs durch große, zum Teil aus eigener Erfahrung an führender Stelle des bisherigen gemeinsamen Staats geschöpfte Sachkenntnis aus, ihre Lektüre gewährt einen umfassenden, alle wichtigen Gesichtspunkte berücksichtigenden Einblick. Die Herausgeber haben die Beiträge zu zwei Gruppen zusammengefaßt, deren erste den Ursachen der Trennung nachgeht, während sich die zweite mit ihren Folgerungen befaßt. Ein Teil der Beiträge wird durch umfangreiches statistisches Material sehr wirkungsvoll unterstützt.

Das mit den Verfassungsgesetz der ČSFR vom 25. November 1992 ausgesprochene Verbot einer Weiterverwendung von Symbolen der untergegangenen Föderation durch einen seiner Nachfolgestaaten kann wohl nicht zur Entscheidung der Frage herangezogen werden, ob es sich um eine Sezession oder um einen Staatszerfall handelt, denn schon drei Wochen später wurde unbekümmert um dieses Verbot durch ein Gesetz des Tschechischen Nationalrats die Staatsflagge der bisherigen Föderation, ein weiß-rot gestreiftes Feld mit blauem Keil, als Staatsflagge der Tschechischen Republik eingeführt. Prag war bis 1918 nicht Hauptstadt der böhmischen Länder, sondern nur Böhmens, Mähren und Schlesien hatten damals eigene Hauptstädte (Brünn und Tropaup).

Unter den Mitarbeitern dieses Bandes befinden sich offensichtlich keine Anhänger der Trennung. Der ehemalige Außenminister Jiří Dienstbier spricht davon, daß die Desintegration in einer Zeit erfolgte, in der die Forderung Integrierung lautete, der einstige Vorsitzende der Tschechischen Regierung Petr Pithart meinte, Mečiar und seine Anhänger seien sich dessen nicht gewußt gewesen, was sie taten. Der slowakische Soziologe Fedor Gál bezeichnet die Teilung als einen unüberlegten Schritt, der Stellvertretende Vorsitzende der einstigen Bundesversammlung Zdeněk Jičínský betont, daß der Staatszerfall nicht „aus der Natur der Sache“ entsprungen sei, sondern in nationaler Beschränktheit, fehlender politischer Reife, Dilettantismus und Egoismus seine Ursachen habe. Der slowakische Historiker Ján Mlynárik spricht von der Hoffnung beider Völker auf Wiedervereinigung, und auch die beiden Herausgeber stellen fest, daß die Mehrheit der Tschechen und der Slowaken eine Trennung nicht gewünscht habe.

Linz/Donau

Helmut Slapnicka

### *Die Roma in der Slowakei: ein Literaturbericht*

Der letzten Volkszählung von 1989 zufolge lebten in der Slowakei 253 943 Personen, die sich zu der Volksgruppe der Roma bekannten, das sind 4,8% der Gesamtbevölkerung; glaubt man Experten, die mit einigem Recht von einer Dunkelziffer

sprechen, so wäre die Zahl mindestens mit 300 000, gleich 5,7% der Bevölkerung, anzusetzen. Damit wären die „Zigeuner“ nach den Ungarn die größte nationale Minderheit in der Slowakei, und die Slowakei hätte in Europa den höchsten Anteil von Roma-Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung aufzuweisen. Nimmt man hinzu, daß die Roma seit 1322 (in der Zips) urkundlich nachweisbar sind, dann ist es schwer verständlich, daß dieser Bevölkerungsgruppe so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Man kann es wohl schärfer fassen, weil staatliche Stellen der Tschechoslowakei in der Vergangenheit an einer öffentlichen Behandlung wenig Interesse gezeigt hatten. Zwar gab es seit 1969 eine „Kommission der Slowakischen Regierung für Frage der Zigeuner“ (1991 aufgelöst), die ein Informationsmonopol ausübte, sie hat dies aber auch dazu benutzt, der tschechischen Orientalistin und Erforscherin der Roma-Sprache Milena Hübschmannová ein Publikationsverbot zu erteilen.

Einen ersten Durchbruch schaffte eine Veranstaltung vom 6. Juli 1986 in Východná, in der unter dem Thema „Menschen mit Roma-Herkunft“ (*L'udia z rodu Romov*) Roma-Folklore vorgestellt wurde. Trotz Behinderung durch staatliche Stellen wurde die Veranstaltung ein Erfolg, und als die Ethnographische Abteilung der Slowakischen Akademie der Wissenschaften einen Sammelband mit Beiträgen von 24 Experten vorbereitete (als thematisches Sonderheft der Zeitschrift *Slovenský národopis* [Slowakische Ethnologie], 1, 1988 erschienen), da wurde dies von staatlichen Stellen zunächst kritisiert, weil die Roma kein „Ethnikum“ seien. Erst mit einer Entschließung vom 19. Januar 1988 stimmte das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge der Slowakei dem Druck zu, akzeptierte die Ethnizität der Roma und schlug vor, die Bezeichnung „cigán“ künftig mit großem „C“, also „Cigán“, zu schreiben. Das genannte Heft der Zeitschrift wurde ein großer Erfolg und war nach kurzer Zeit vergriffen.

Nach dem Umsturz 1989 hat sich einerseits die Lage der Roma verändert, da sie nun von einem Objekt der Politik zu einem Subjekt eigener Organisation geworden sind, andererseits hat auch die wissenschaftliche und allgemeine öffentliche Aufmerksamkeit zugenommen. Am 28. Juni 1990 wurde vom Slowakischen Nationalmuseum in Martin die erste Ausstellung zu diesem Problem unter dem Titel „Aus Geschichte und Gegenwart unserer Roma“ eröffnet, und mit besonderer Aufmerksamkeit wurde am 29. November 1990 der erste Besuch eines Staatspräsidenten, hier Václav Havel, in einer Zigeunersiedlung in der Zips registriert; die Opfer der Roma aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs wurden am 7. Dezember 1991 durch ein Denkmal bei Zvolen/Altsohl geehrt.

Die Öffentlichkeit wurde also auf das Problem aufmerksam, und die Roma-Gesellschaft in der Slowakei hat mit der eigenen Organisation begonnen; dies ist eine günstige Voraussetzung für eine neue Publikationstätigkeit zu diesem Thema. Arne B. Mann von der Ethnographischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften hat mit dem Sammelband *Neznámi Rómovia* (Unbekannte Roma)<sup>1</sup> an das Heft des *Slovenský Národopis* angeknüpft, um die slowakische Öffentlichkeit besser zu unterrichten.

---

<sup>1</sup> *Neznámi Rómovia. Zo života a kultúry Cigánov-Rómov na Slovensku* [Unbekannte Roma. Aus dem Leben und der Kultur der Zigeuner-Roma in der Slowakei]. Hrsg. v. Arne B. Mann. Ister Science Press, Bratislava 1992, 207 S. und Bildanhang.

In 18 Beiträgen, die meist knapp und in einem populären Stil geschrieben sind, wird die ganze Bandbreite der Roma in der Slowakei dargestellt: von der ersten Erwähnung in den Quellen der Zips bis heute, da sie in der Zips 12,7% der Gesamtbevölkerung stellen (Zusanna Kollarová), über die orale Tradition der Roma (Ladislav Snopko), die Schulfrage (Ľudovít Fliegel), anthropologische Untersuchungen (Daniela Siváková), traditionelle Berufsfelder (Arne B. Mann), herausragende Geigenvirtouosen (Josef Drenko und Vladimír Majerčiak) bis zum Alltagsleben (Pavol Antol). Besonders bemerkenswert erscheinen zwei Beiträge: Jana Belišová bietet einen umfangreichen Beitrag zur Musik der Roma aus dem Dorf Žehňa (Art der Stücke, Rhythmik, Themen der Texte), Milena Hübschmannová „erzählt“, wie sie die Sprichwörter und Redensarten („kluge Worte“) der Roma gefunden und erforscht hat; ganz nebenbei vermittelt sie einen faszinierenden Blick in die Welt einer meist diffamierten Bevölkerungsgruppe, die sich selbst zutiefst human artikuliert und sich in Märchen (eines ist auf der Rückseite des Einbandes zweisprachig abgedruckt) als die eigentlich gelungene Schöpfung Gottes versteht. Der Band ist auch darin eine Neuheit, als er neben den englischsprachigen Kurzfassungen solche in der erst im April 1990 auf dem Vierten Warschauer Kongreß der Romani Union standardisierten Hochsprache der europäischen Roma enthält; ein Glossar der „Neologismen“ und eine Kurzbeschreibung der Probleme, die wohl letzte europäische „Sprache“ zu einer „Schreibe“ zu machen, sowie eine Adressenliste der bis 1992 gegründeten kulturellen Organisationen der Roma runden den Band ab.

Einen historisch-wissenschaftlichen Zugang zu dem Problem bietet die preisgekrönte Arbeit von Anna Jurová<sup>2</sup>, die im erwähnten Sammelband ebenfalls mit einem kurzen Aufsatz vertreten ist. Die Verfasserin hat in den Archiven verschiedener slowakischer Ministerien, in den Polizeiakten und in der Gesetzgebung eine Fülle von Dokumenten gefunden und als erste bearbeiten können. In ihrer Darstellung entsteht ein klares Bild des Dilemmas der Politik: Einerseits war man nach 1945 voll guten Willens und gegen eine rassistische Behandlung des Themas, andererseits verstand man das „Zigeuner-Problem“ nicht als ein ethnisches, sondern als ein soziales Problem. Dies bedeutet, daß es keine „Nation“ der Zigeuner geben konnte, also sie selbst keine Möglichkeit erhielten, sich an der Lösung ihrer eigenen Problematik zu beteiligen; stattdessen waren sie ein Objekt staatlicher Fürsorge, um sie aus der sozialen, bildungs-mäßigen und kulturellen Rückständigkeit zu befreien. Anders ausgedrückt, aus einem armen und kulturell zurückgebliebenen Zigeuner sollte ein gebildeter Slowake werden, nicht ein gebildeter und selbstbewußter Roma.

In der Praxis führte dies zu einer ambivalenten Politik: einerseits wurden große Anstrengungen zum Wohnungsbau, zur Ausbildung und beruflichen Integration der Roma unternommen, andererseits bedeutete der Höhepunkt dieser Fürsorgemaßnahmen auch den Höhepunkt der Repression; denn an ein Ausweichen vor staatlichen Eingriffen über die Jahrhunderte gewöhnt, versuchten die Betroffenen auch strengen staatlichen Zwang (Zwangsansiedlung, Verstaatlichung von Pferd und Wagen, um das

<sup>2</sup> Jurová Anna: Vyoj rómskej problematiky na Slovensku po roku 1945 [Die Entwicklung der Roma-Problematik in der Slowakei nach dem Jahre 1945]. Spoločenskovedný ústav Slovenskej akadémie vied v Košiciach Goldpress Publishers. Bratislava 1993, 138 S.

Nomadisieren zu unterbinden) zu unterlaufen. Die Verfasserin sieht im Jahre 1958 den Höhepunkt dieser Politik, die die Roma als „ethnographische Gruppe“ langfristig der Mehrheitsnation einschmelzen wollte. Trotz großer Aufwendungen und unbestreitbarer Erfolge in Einzelfällen erwies sich diese Politik der sozialen Fürsorge als Mißerfolg. Den Berichten über verwüstete Wohnungen und mangelnde Bereitschaft, sich den Umgangsformen der Mehrheit anzupassen, steht eben die andere Seite gegenüber, daß die betroffenen Roma selbst nicht beteiligt waren, die erfolgreich sich von ihrer Herkunft abwandten und als mögliche Führungselite ausfielen. Als positives Ergebnis ebenfalls ambivalenter Art ist zu bemerken, daß die Ausweitung der Krankenversorgung und die Eingliederung der Roma in den Arbeitsprozeß einen Anstieg der Geburtenrate zur Folge hatte, so daß das Bevölkerungswachstum der Minderheit das Vier- bis Fünffache der Slowaken zur Folge hatte. Familienzusammenhalt auf der einen, Armut und eine Vielzahl von Frühgebärenden auf der anderen Seite waren Ergebnis einer Politik, die die Roma als Objekt staatlicher Fürsorge sah.

In einem Aufsatz, der populär gehalten ist, bis in die Gegenwart reicht und überdies in deutscher Sprache vorliegt, hat die Autorin die Gesamtproblematik noch einmal kurz dargestellt<sup>3</sup>. Hier schildert sie auch die Auswirkungen des Umsturzes im Lande und die ökonomischen Probleme der Roma heute: Infolge der ökonomischen Veränderungen sind die alten Fürsorgemaßnahmen des Staates zusammengebrochen, viele der meist ungelerten Roma sind entlassen worden oder ließen sich durch Abfindungen zur Arbeitsaufgabe verleiten. Heute sind weite Gebiete der Ostslowakei verarmt, und in einigen Dörfern sind 100 % der Männer ohne Beschäftigung. Dagegen wurde eine kleine Schicht der Roma zu Unternehmern und nutzte die neuen Verhältnisse und unklaren Rechtsvorschriften zu schnellem Reichtum. Insgesamt positiv kann aber das Erwachen eines nationalen Selbstbewußtseins bewertet werden: in Nitra/Neutra entstand die erste Lehrerbildungsanstalt, Unterricht in der Muttersprache soll die Akkulturation der Kinder fördern, und politische Parteien können am Willensbildungsprozeß teilnehmen, wenn sie auch – wegen ihrer Überzahl und ihrer Uneinigkeit – kaum tatsächlichen Einfluß ausüben. Insgesamt gesehen ist eine neue Zeit für eine lange diskriminierte Minderheit angebrochen, und einige von den Betroffenen versuchen sie zu nutzen<sup>4</sup>.

Köln

Manfred Alexander

<sup>3</sup> Jurová, Anna: Die Roma in der Slowakei nach 1945. In: *Ethnos – Nation. Eine europäische Zeitschrift* (Köln). 2/2 (1994) 29–47.

<sup>4</sup> Zur Roma-Problematik der Jahre 1991–1993 mit Blick auf den tschechischen Landesteil vgl. Sewering-Wollanek, Marlis: Zwischen nationaler Selbstbehauptung und Integration. Geschichte und Gegenwart der Roma in der ehemaligen Tschechoslowakei. In: *Dokumentation Ostmitteleuropa*. Wissenschaftlicher Dienst für Ostmitteleuropa NF 19 (43), Marburg 1993 (Johann-Gottfried-Herder Institut).

*A Guide to Historiography in Slovakia. Hrsg. v. Elena Mannová und David Paul Daniel. Bratislava 1995, 212 S.*

Historický ústav SAV (Studia Slovaca 20).

Die slowakische Geschichte in ihren „komplexen kulturellen, sozialen, ökonomischen und linguistischen Elementen“ in einer „Weltsprache“ zu vermitteln, ist die Absicht dieses Werkes, das einer ersten Übersicht von 1984 nun in einer erweiterten und revidierten Fassung folgt. Nach einer Einleitung von Lubomír Lipták über das Geschichtsbewußtsein in der Slowakei, über Brüche und Kontinuitäten der dortigen Historiographie, schließlich über die Benutzbarkeit von Werken, die unter ideologischen Prämissen entstanden sind, folgen kurze Essays über „Basic Literature“, also Gesamtdarstellungen, Nachschlagewerke, Bibliographien, Regionalgeschichte, Zeitschriften und Atlanten, jeweils mit bibliographischen Hinweisen.

Den Kern des Buches bilden sieben Essays über Geschichtsepochen, die von Fachleuten über ihr eigenes Arbeitsgebiet verfaßt worden sind. So schreiben Alexander Avenarius über die Zeit bis zum Ungarneinfall und Richard Marsina über das Mittelalter bis zum 16. Jahrhundert kleine Forschungsberichte, Pavel Horváth und Milan Podrimavský bieten eine Aufzählung der Forschungsliteratur bis 1800 bzw. 1918; einem stärker historiographischen Ansatz folgt Nataša Krajčovičová für die Periode 1918 bis 1938, und mit deutlich politischem Ansatz und einer wertenden Kritik schreibt Ivan Kamenec über den Zeitraum 1938 bis 1945 bzw. Michal Barnovský über die Zeit nach 1945.

Wichtig ist die Feststellung, daß im Prinzip die ganze im Land erschienene Produktion erfaßt wird, d. h., es wird nicht nach ideologischer Zuordnung der Verfasser gefragt. Besonders die Zeithistoriker stellen zwar deutliche Unterschiede in der Qualität fest, wenn etwa die klerikal-faschistoiden Tendenzen der „Ludáci“ oder die kommunistische Auftragsproduktion beschrieben wird, aber es finden sich auch spätere Emigranten der verschiedenen Zeiträume mit ihren Werken, die in der Heimat publiziert worden waren.

Diesem nützlichen Überblick über die slowakische Forschung über die Slowakei – die mangelnde Einbindung in die internationale Forschung wird schon von Lipták hervorgehoben – folgt ein Überblick über die Historischen Institutionen (Elena Mannová), Archive (Elo Rákoš), Bibliotheken (Ludmila Čelková) und Museen (Lubomír Lipták) in der Slowakei, jeweils mit den formalen Angaben (Adressen) und einer Auflistung der leitenden Wissenschaftler mit ihren Forschungsinteressen.

Die Historische Abteilung der Slowakischen Akademie der Wissenschaften hat mit diesem Werk nicht nur einen Leistungsnachweis erbracht und Defizite aufgedeckt, sondern für alle, die sich mit der Geschichte der Slowakei und der Slowaken beschäftigen, einen nützlichen Ratgeber in die Hand gegeben. Für Archivaufenthalte und für den Kontakt mit slowakischen Kollegen wird dieser Band unentbehrlich, bei dem nur zu bemängeln ist, daß ein Namensindex fehlt. Bemerkenswert ist auch die gute und präzise englische Sprache, bei der der Leser nur einmal stutzt, wenn vom „renewal of German power“ im 3. Jahrhundert n. Chr. die Rede ist (S. 49).

## SUMMARIES

### GREAT MORAVIAN BISHOPRICS AT THE TIME OF MOJMÍR II

*Ján Steinhübel*

The reestablishing of the clerical organization in Great Moravia – four bishoprics being founded in 899 – was a great diplomatic success for Prince Mojmir II. The Bavarian bishops, who considered the Great Moravian Empire a part of the bishopric of Passau and thus the newly established bishoprics for having been illegally separated from the Passau diocese, submitted a protest with the Pope in July, 900 A. D. The present study examines the question to what degree that protest was justified and what was the precise location of the new administrative units. Summing up, the author concludes that the claims for Moravia and the Nitra region by the Passau clergy had no basis whatsoever, but that including the *Ostmark* and *Pannonia superior* into the Moravian archdiocese was an intrusion into the rights of the Passau bishopric “which was impossible to tolerate”.

### THE SCHOOL ISSUE AND THE TOLERATION PATENT: POLITICAL ATTITUDES OF LUTHERAN PROTESTANTS IN HUNGARY

*Eva Kowalská*

Promulgation of the toleration patent was greeted with undisguised enthusiasm by the Protestants, who expected that it would bring about in particular a renewal of their parochial life. In Hungary and Transylvania, where Protestants had managed to maintain a modicum of religious rights and autonomy, the patent quite paradoxically became a source of political quarrel and controversy, as Protestants became engaged in an outright conflict with representatives of a state pursuing a policy of enlightenment, representatives who considered centralization of religious affairs a prerequisite for national modernization. One of the fields where conflicts soon emerged was the school system, the autonomy of which to the Protestants was a manifestation of their autonomy, even during the reforms of the 1780s. Based on archive research, the author offers new insights in a chapter of Hungaro-Slovak history that has often been overlooked so far.

VICTORY AND DEFEAT:  
ECONOMIC NATIONALISM IN SLOVAKIA BEFORE 1918

*Roman Holec*

In this contribution, the relationship between industrialization and its social and economic effects on one hand and the rise of nationalist thinking on the other is analyzed. At the outset, the author notes that "beginning with the early 19th century economic antagonism, tied as it was to growing nationalism, acquired a national (political) dimension and, conversely, national (political) conflicts had their economic aspects as well", whence he derives his notion of economic nationalism as a "concept or movement in which political and economic aspects were glued together by national emotions". Now the author proceeds to examine the "offensive" as well as the "defensive" sides of this phenomenon in the Habsburg monarchy, where he deals with the politico-economic conflicts between the two parts of the Empire and with Hungaro-Slovak and Slovak-Czech economic relations. He concludes that after the founding of Czechoslovakia, inherited politico-economic conflicts and disproportions had a strong and lasting influence on the relationship between Czechs and Slovaks.

FREEMASONRY AND MODERNIZATION  
IN EARLY 20TH CENTURY SLOVAKIA

*L'ubomír Lipták*

Following decades in which the lodges concentrated on philanthropic activities and supporting the arts, it was not before the 1890s that Freemasonry entered public consciousness, in connection with the dispute about the so-called ecclesiastical legislation in Hungary, and at the beginning of the 20th century a debate started in the lodges on the issue of Masonic participation, both by lodges and by individual members, in the social changes underway. By analyzing that debate in terms of social history, the present contribution offers rare insights into a cultural and historical dimension of Slovak life before World War I. The issue of the actual significance of Masonic influence is also treated, with regional and social differences being taken into consideration.

SLOVAKIA AND THE CZECHOSLOVAK  
ADMINISTRATION

*Leon Sokolovský*

Nonwithstanding a continuous history of Slovak settlement on the territory of today's Slovak Republic, beginning as early as the 6th century A. D., Slovaks lacked a sovereign state of their own after the expulsion, in 833, of Prince Pribina of Nitra by the Moravian duke, Mojmir I, and this situation lasted until well into the 20th century.

This situation was reflected in there being no Slovak national administration. This was different at regional level, where certain elements of the Slovak territorial administration did exist as long as 1918. The author of the present contribution first offers an outline of historic developments, before progressing to discuss all twelve administrative reforms implemented in Slovakia after the establishing of the Czechoslovak state. That all these reforms were conceived by persons with no firsthand knowledge of the local situation, that they neglected geographical facts and the natural pattern of settlement, and that they were even instituted without the population consenting expressly or at least tacitly is, according to the author, one of the reasons for Czechoslovakia eventually breaking up.

### SLOVAKIA'S IMPORTANCE FOR THE GERMAN REICH, 1939-1945

*Tatjana Tönsmeier*

This contribution is based on a master's dissertation submitted at Marburg university in 1994. The author attempts to counter a notion not infrequently found in published studies, according to which the establishing of a Slovak state in March, 1939, was but a by-product of the dissolution of Czechoslovakia and the institution of the "Protectorate" over Bohemia and Moravia. She analyzes what specific political, military, and economic importance the Slovak state had for the Third Reich, examining in particular the realm of political propaganda. The most important factors being considered are Slovakia's function as a "showcase" of the Reich, the role attached to Slovakia within German plans for a new order in the Danube region, Slovak participation in the Holocaust and in the military operations of the Reich as well as the Slovak contribution to Germany's wartime economy. What finally emerges is the picture of Slovakia as the ideal "satellite".

### THE DEPORTATION OF SLOVAK JEWS, 1944-45

*Gila Fatran*

Deportation of Jews from Slovakia in 1942 was brought to a close with the transport of a group of mentally ill persons on October 20 of that year. When, in 1943 and in the spring of 1944, the Germans raised the demand that the transports be reinstated, the so-called working group that had sought cessation of the transports in 1942, succeeded in garnering effective support and, in some cases, managed to stave off the threat. In the Slovak cabinet meetings of September 11 and 15, 1944, the decision was taken to concentrate the Jews resident within Slovak boundaries in the camp Sered, the one camp which after the outbreak of the Slovak National Uprising was not on rebel territory. The author traces the destiny of some 25 000 Jews living in Slovakia at that time, of whom around 14 500 were deported and eventually killed, with particular attention being devoted to the multitudinous reactions from abroad.

## SLOVAKIA AFTER THE FEBRUARY 1948 COUP D'ÉTAT

*Michal Barnovský*

In this contribution, the events of February 1948 are briefly outlined, but above all their direct political effects in the following six months are traced. In doing so, the author explains the difference that existed in the first postwar years up to the communist takeover between political developments in Slovakia and in the Bohemian lands, and he points out the almost synchronous – with only minor intervals between the various branches of the administration and between the center and the regions – political change as a characteristic element of the February coup. In contrast to the rank-and-file descriptions of this period of Czechoslovak history which are rather Czech-biased, the emphasis on Slovak developments in this article does not only bring to the fore some less well-known aspects, it also supports the theory that the change brought about by the February coup was more profound than is generally assumed.

THE SLOVAK REPUBLIC: A NATION MISSED BY  
THE LIMELIGHT*Karin Schmid*

This contribution questions the customary attitude of so many researchers both of Czechoslovak history and of developments in the two successor states, who tend to recognize Slovak matters only in relation to those in the Bohemian lands. The author asks to what degree this particular perspective leads to a fair judgment, to what degree perception is identical with reality, and to what degree current negative opinions on Slovakia, for instance with respect to the breakup of Czechoslovakia, the constitutional system, and the path to democracy, a market economy and the rule of law, are justified. She attempts to give a balanced and differentiated answer and pleads for adopting an outlook on Slovakia without the widespread negative bias, as a result of which this nation might eventually emerge from the shadow cast by its former "bigger brother".

## SLOVAK HISTORIOGRAPHY, 1990–1994

*Pavol Petruf*

The aim here is to give a brief appraisal of developments in Slovak historiography following the turnaround of November, 1989, and of the most important results of historical research. The article comprises three parts. The first points out some general tendencies of historical research in the period examined, the second outlines research activities specifically devoted to Slovak history, and the third those concerning history in general. Overall, the author stresses the fact that the earlier conceptual sterility has been overcome and that there is a great deal of new studies on new questions, while he also demonstrates the unsatisfactory level of reflexion concerning theory of science, the lack of preliminary work in the field of contemporary history, and the difficulties encountered by those attempting to publish synthetic histories, where conditions improve only slowly.

SLOVAK HISTORIOGRAPHY AFTER 1989:  
STRENGTHS, PROBLEMS, OUTLOOKS

*Dušan Kováč*

Here, the director of the Institute of History at the Slovak Academy of Sciences presents his insights on "what use the Slovak Academy of Sciences has made of the new freedom of research and with what kind of problems it has met". Having furnished brief information on the general development of Slovak historiography, the author proceeds to a description of the difficulties so far encountered, such as the continuing validity of interpretational and conceptual patterns ("apologetics being practically compulsory, and praise and reverence being expected with respect to the venerable age and historic uniqueness of the Slovak nation") and the legacy of the Marxist period. Awareness of these problems on the part of historians, however, opened up a rift between historical science and the popular conception of history, and Dušan Kováč describes what attempts the institute has made to bridge this gap. He reports on the difficulties with which he and his staff met, in particular attempts at placing the independent research institute of the Academy of Sciences under the auspices of the cultural society, *Matice slovenská*, which is notorious for its nationalist attitudes, thereby interfering with the institute's independent scientific activity and subordinating it once more to a particular ideological orientation. As an appendix, the contribution features excerpts from the Slovak National Council's draft law on *Matice slovenská* and the position on this bill published by the director and the staff of the Institute of History at the Slovak Academy of Sciences.

## RÉSUMÉS

### LES ÉVÊCHÉS DE GRANDE MORAVIE AU TEMPS DE MOJMÍR II

*Ján Steinhübel*

Le rétablissement de l'organisation religieuse en Grande Moravie avec l'établissement de quatre évêchés en 899 fut un grand succès diplomatique du comte Mojmir II. Les évêques bavarois, qui considéraient l'Empire de Grande Moravie comme étant une partie du diocèse de Passau, virent dans l'établissement des nouveaux évêchés un partage illégal du diocèse de Passau et protestèrent en juillet 900 auprès du pape. Dans cet essai, l'auteur se penche sur le problème de savoir si leur protestation était légitime et de savoir également où se trouvaient ces évêchés. En résumé, l'auteur établit que les revendications des évêques de Passau sur la Moravie et la région de Nitra n'étaient en aucun cas justifiées mais que le rattachement de l'«Ostmark» et de la Pannonie supérieure à l'archevêché morave représentait une atteinte aux droits du diocèse de Passau, «qui ne pouvait pas être tolérée».

### LE PROBLÈME SCOLAIRE ET L'ÉDIT DE TOLÉRANCE: LES POSITIONS POLITIQUES DES PROTESTANTS LUTHÉRIENS EN HONGRIE

*Eva Kowalská*

Un grand enthousiasme ouvertement affiché de la part des protestants, qui espéraient ainsi un renouvellement de la vie dans leurs paroisses, accompagna la publication de l'Édit de tolérance. En Hongrie et en Transylvanie où les protestants avaient réussi à préserver certains droits religieux et une certaine autonomie, l'Édit de tolérance se trouva de manière paradoxale à l'origine de tensions et controverses politiques. Les protestants entrèrent ainsi en conflit directement avec les représentants de l'État résolument «éclairé» pour qui la centralisation de la vie spirituelle était une condition sine qua non de la modernisation de l'État. L'un des domaines, par lequel on en arriva à un conflit, fut celui de système scolaire dont l'autonomie, même pendant les réformes des années 80, était un symbole d'indépendance pour les protestants. Grâce à de nouvelles études des archives, l'auteur nous permet d'entrevoir des aspects jusqu'à-là peu connus de l'histoire hongro-slovaque.

VICTOIRES ET REVERS:  
LE NATIONALISME ÉCONOMIQUE SLOVAQUE AVANT  
1918

*Roman Holec*

Dans cet essai, l'auteur analyse les corrélations entre l'industrialisation et ses effets socio-économiques d'une part et la montée du nationalisme d'autre part. L'auteur s'appuie sur la constatation suivante: Depuis le début du XIX<sup>e</sup> siècle l'antagonisme économique, étroitement lié au nationalisme montant, a pris une dimension nationale (politique); inversement, des conflits nationaux (politiques) ont également envahi le domaine économique. L'auteur en fait découler aussi son concept de nationalisme économique en tant que «construction idéale» ou mouvement, dans laquelle le politique et l'économique sous le signe commun du nationalisme se sont fondus. Ensuite il étudie le côté «offensif» et «défensif» de ces signes dans la monarchie des Habsbourgs. Dans le détail, il s'intéresse aux conflits politico-économiques entre les deux entités de la monarchie et aux relations économiques slovaco-hongroises et slovaco-tchèques. En résumé, il remarque que les conflits et les disproportions politico-économiques existants après la fondation de la Tchécoslovaquie ont influencé aussi par la suite de manière persistante le développement des relations tchéco-slovaques.

LES FRANCS-MAÇONS ET LA MODERNISATION  
EN SLOVAQUIE AU DÉBUT DU XX<sup>e</sup> SIÈCLE

*L'ubomír Lipták*

Après des décennies, au cours desquelles les loges se sont concentrées sur des mesures philanthropiques et sur le soutien à l'art, c'est seulement dans les années 1890 que la franc-maçonnerie, en relation avec les discussions concernant les soi-disant lois religieuses en Hongrie, est devenue présente dans la conscience de la société. Au début du XX<sup>e</sup> siècle, une discussion dans les loges francs-maçonnnes a été engagée à propos de la participation de la franc-maçonnerie, ses loges et ses membres aux transformations sociale. A partir de l'analyse de ces discussions sur un fond socio-historique, cet essai permet d'appréhender une dimension culturelle et historique, jusqu'à-là peu connue, de la vie slovaque avant la Première guerre mondiale. L'auteur examine aussi l'influence de la franc-maçonnerie, en portant son attention sur des différences spécifiques aussi bien régionales que sociales.

LA SLOVAQUIE DANS L'ADMINISTRATION DE LA  
TCHÉCOSLOVAQUIE

*Leon Sokolovský*

Bien qu'ils aient colonisé de manière ininterrompue le territoire actuel de la République Slovaque (colonisation dont on retrouve les traces jusqu'au sixième siècle), les Slovaques, depuis que le duc morave Mojmir I avait chassé le prince Pribina de Nitra, n'avaient pratiquement plus eu d'état souverain propre de 833 jusqu'au XX<sup>e</sup> siècle.

Ceci apparait aussi dans le fait qu'il manquait à la Slovaquie sa propre administration centrale. La situation était néanmoins différente au niveau régional où quelques éléments de l'administration slovaque territoriale d'origine se maintinrent jusqu'en 1918. Après une rapide revue des points principaux historiques, l'auteur nous décrit les douze réformes de l'administration en Slovaquie depuis la fondation de la Tchécoslovaquie. Le fait que toutes ces réformes décidées «à la table verte» ne prenaient pas en compte la structure naturelle géographique et celle de la répartition de la population du pays et le fait qu'elles furent introduites sans l'accord du peuple ou au moins sans son assentiment a été, selon l'auteur, une des causes qui mena à la désintégration de la Tchécoslovaquie.

### CE QUE REPRÉSENTAIT LA SLOVAQUIE POUR LE REICH ALLEMAND DE 1939 À 1945

*Tatjana Tönsmeier*

Cet essai s'appuie sur un travail de maîtrise remis à l'université de Marburg en 1994. L'auteur s'élève contre l'impression souvent transmise dans la littérature, à savoir que la formation d'un Etat slovaque en mars a été un «produit» secondaire de la dislocation de la Tchécoslovaquie et de la fondation du «protectorat» sur la Bohême et la Moravie. L'auteur fait une recherche pour déterminer ce que l'Etat slovaque représentait spécifiquement pour le Troisième Reich du point de vue politique, militaire et économique et elle étudie tout particulièrement la propagande politique. Les points principaux sur lesquels elle se penche sont les suivants: la fonction de la Slovaquie en tant que «carte de visite» du Reich, le rôle de la Slovaquie dans les plans du Nouvel Ordre allemand dans l'espace danubien, la participation slovaque à l'Holocauste et aux campagnes militaires du Reich de même que la contribution slovaque à l'économie de guerre allemande. Il en résulte que dans cette étude la Slovaquie se révèle comme «un (Etat) satellite modèle».

### LA DÉPORTATION DES JUIFS À PARTIR DE LA SLOVAQUIE DE 1944 À 1945

*Gila Fatran*

Les déportations de Juifs à partir de la Slovaquie de l'année 1942 se terminèrent avec le convoi des malades mentaux du 20 octobre 1942. Quand, au cours de l'année 1943 et au début de 1944, la demande allemande pour une reprise des convois refit surface, le dit «Groupe de travail», qui avait pris position pour l'arrêt des convois en 1942, réussit encore à mobiliser un soutien efficace et même à s'opposer plusieurs fois à la menace avec succès. Lors des sessions du cabinet du 11 au 15 septembre 1944, il fut cependant décidé de rassembler tous les Juifs se trouvant sur le territoire de la Slovaquie dans le camp de Sered, qui était le seul camp, après le début de l'insurrection, à ne pas se trouver dans la région contrôlée par les insurgés. L'auteur retrace le destin des 25 000 Juifs qui vivaient à l'époque en Slovaquie et dont environ 14 500 furent déportés et assassinés. L'auteur porte aussi particulièrement son attention sur les diverses réactions qui vinrent de l'étranger.

## LA SLOVAQUIE APRÈS LE COUP D'ÉTAT DE FÉVRIER 1948

*Michal Barnovský*

Dans cet essai, l'auteur décrit de manière brève les événements de février 1948. Il se penche surtout sur les conséquences immédiates qu'ils ont eues dans le domaine politique dans les six mois qui suivirent. Il nous explique les différences entre les différents développements politiques en Slovaquie et dans les pays bohèmes au cours des premières années de l'après-guerre jusqu'à la prise du pouvoir par les communistes. Il analyse aussi le déroulement (presque synchrone et très légèrement décalé dans le temps) des transformations politiques dans les différentes sphères de l'état – au centre du pouvoir et dans les régions – en tant qu'élément caractéristique du coup d'état de février. A la différence des représentations courantes de l'histoire tchécoslovaque de cette époque qui étaient largement axées sur les pays bohèmes, la représentation qui nous est offerte ici des transformations en Slovaquie nous permet non seulement de mettre en valeur des aspects peu connus mais aussi de renforcer la thèse que le coup d'état de février a marqué un tournant beaucoup plus profond qu'on ne l'avait cru jusqu'alors.

## LA RÉPUBLIQUE SLOVAQUE: UN ÉTAT DANS L'OMBRE

*Karin Schmid*

Dans cet essai, l'auteur soulève les problèmes posés par l'attitude de nombreux observateurs et analystes de l'histoire tchécoslovaque et des développements dans les deux états successeurs, qui ont pris l'habitude de ne voir les transformations en Slovaquie qu'en les comparant avec les pays bohèmes. Mme Schmid se pose la question de savoir si ce regard comparateur permet d'évaluer la situation de manière juste, dans quelle mesure vue et réalité coïncident et dans quelle mesure le jugement négatif sur la Slovaquie, en ce qui concerne la désintégration de la Tchécoslovaquie, l'ordre constitutionnel et le développement vers la démocratie, l'état de droit et l'économie de marché est fondé. Elle essaie de répondre à ces questions de manière différenciée, met en garde contre le parti-pris fort répandu vis à vis des développements en Slovaquie et elle fait un plaidoyer pour que l'on finisse enfin par tirer la Slovaquie de l'ombre de son ancien «grand frère».

## L'HISTORIOGRAPHIE SLOVAQUE DANS LES ANNÉES 1990-1994

*Pavol Petruš*

L'auteur fait une brève description du développement de l'historiographie slovaque après novembre 1989 et présente ses principaux accomplissements. L'essai est divisé en trois parties. La première décrit quelques tendances générales de la recherche historique pendant la période ici étudiée. La deuxième nous dresse les grandes lignes de la recherche historique sur l'histoire de la Slovaquie. La troisième nous informe sur la recherche

en histoire générale. L'auteur souligne que la stérilité des concepts et des idées a été surmontée et un grand nombre de nouvelles études portant sur de nouvelles questions a été publié. En même temps, il met l'accent sur l'état actuel peu satisfaisant de la réflexion théorique scientifique, sur le manque de travaux préliminaires dans le domaine de l'histoire contemporaine et sur les difficultés qui accompagnent les conditions nécessaires à l'élaboration d'une histoire générale.

## L'HISTORIOGRAPHIE SLOVAQUE APRÈS 1989: ACTIF, PROBLÈMES, PERSPECTIVES

*Dušan Kováč*

Le directeur de l'Institut historique de l'Académie des Sciences slovaque nous fait part ici de ses nombreuses considérations: il s'interroge pour savoir «comment l'historiographie slovaque a utilisé la nouvelle liberté de recherche et quels problèmes elle a rencontrés». L'auteur passe rapidement en revue le développement de l'historiographie slovaque puis il se penche sur les difficultés actuelles telles que la continuité des anciens modèles d'interprétation et de conception (l'obligation de répandre des louanges au sujet de l'âge vénérable et du caractère unique historique du peuple slovaque) et l'héritage de la période marxiste. A partir de la prise de conscience du problème des historiens s'est creusé un fossé entre la science historique et la conscience historique de la société. Dušan Kováč nous laisse entrevoir comment l'Institut historique s'est efforcé de le combler. En même temps, l'auteur décrit les difficultés que lui et ses assistants ont rencontrées, surtout les tentatives de placer l'Institut scientifique indépendant de l'Académie des Sciences sous l'autorité de l'Association culturelle *Matica slovenská* connue pour son nationalisme notoire et d'empêcher ainsi son activité scientifique indépendante et de le ramener ainsi de nouveau dans une certaine lignée idéologique. En appendice, on a publié ici des extraits des projets de lois du Conseil national de la République slovaque sur le *Matica slovenská* et sur la prise de position du directeur et des assistants de l'Institut historique de l'Académie des Sciences slovaque.

## RESUMÉ

### VELKOMORAVSKÁ BISKUPSTVÍ V DOBĚ MOJMÍRA II.

*Ján Steinhübel*

Obnovení církevní organizace na Velké Moravě zřízením čtyř biskupství v roce 899 znamenalo velký diplomatický úspěch knížete Mojžíra II. Bavorští biskupové, kteří považovali Velkomoravskou říši za část diecése Pasov a pokládali proto zřízení nových biskupství za protiprávní rozdělení pasovské diecése, podali v červenci 900 u papeže protest. V tomto článku se hledá odpověď na otázku, nakolik byl jejich protest oprávněn a kde se biskupství, o která se jednalo, nacházela. Na závěr autor zjišťuje, že nároky pasovských biskupů na Moravu a nitranskou oblast neměly žádného oprávnění, že ovšem připojením Východní marky a Pannonie superior k moravskému arcibiskupství znamenalo zásah do práv diecése Pasov, „který nemohl být tolerován“.

### PROBLÉM ŠKOLSTVÍ A TOLERANČNÍ PATENT: POLITICKÉ VYSTOUPENÍ LUTERÁNSKÝCH PROTESTANTŮ V MAD'ARSKU

*Eva Kowalská*

Vydání tolerančního patentu bylo provázeno netajeným nadšením protestantů, kteří si od něj slibovali především obnovení života ve svých církevních obcích. V Maďarsku a Sedmihradsku, kde se protestantům podařilo udržet si alespoň jistou míru církevních práv a autonomie, stal se patent paradoxním způsobem i zdrojem politického napětí a kontroverzí. Protestanti se totiž dostali do přímého konfliktu se státem, který na sebe vzal závazek osvěty obyvatelstva, a jeho reprezentanty, kteří považovali centralizaci duchovního života za předpoklad státní modernizace. Jednou z oblastí, kde došlo brzy ke konfliktům, bylo školství, jehož autonomie představovala pro protestanty i během reformy 80. let symbol nezávislosti. Na podkladě nových archivních studií nám autorka poskytuje nový náhled do této doposud málo známé kapitoly maďarsko-slovenských dějin.

### VÍTĚZSTVÍ A PROHRY: SLOVENSKÝ EKONOMICKÝ NACIONALISMUS DO ROKU 1918

*Roman Holec*

V článku jsou podrobeny zkoumání vzájemné vztahy mezi industrializací a jejími socioekonomickými důsledky na jedné straně a vzrůstem nacionalismu na straně

druhé. Autor vychází z pozorování, že „od začátku 19. století hospodářskému antagonismu v jeho těsném spojení se vzrůstajícím nacionalismem přibyla i národnostní (politická) dimenze a naopak národnostní (politické) konflikty přesáhly i do oblasti hospodářství“. Z toho Holec vyvozuje svoji koncepci ekonomického nacionalismu jako „pomyslnou konstrukci nebo jako hnutí, ve kterém se politické a ekonomické aspekty slily pod společným znaménkem národnosti“, a vyšetřuje pak „ofenzivní“ a „defenzivní“ stránku těchto zjevů v habsburské monarchii. Konkrétně se přitom zabývá hospodářskopolitickými konflikty mezi oběma částmi monarchie a maďarsko-slovenskými a slovensko-českými hospodářskými vztahy. Na závěr konstatuje, že existující hospodářskopolitické konflikty a disproporce ovlivnily po založení Československa natrvalo i vývoj česko-slovenských vztahů.

## SVOBODNÍ ZEDNÁŘI A MODERNIZACE NA SLOVENSKU NA POČÁTKU 20. STOLETÍ

*L'ubomír Lipták*

Po desetiletích, ve kterých se lóže soustřeďovaly na filantropické akce a podporování umění, vstoupilo svobodné zednářství do povědomí společnosti teprve v devadesátých letech 19. století, v souvislosti se spory o tzv. církevní zákony v Maďarsku. Na počátku 20. století došlo pak v zednářských lóžích k diskusím o účasti svobodného zednářství, lóží a jejich členů na společenských přeměnách. Pomocí analýzy těchto diskusí na pozadí sociálněhistorické situace nám tento příspěvek umožňuje dosud málo známý pohled do kulturněhistorické dimenze slovenského života před první světovou válkou. Autor se zabývá i otázkou působení zednářství, přičemž věnuje svoji pozornost jak regionálním, tak i sociálně specifickým rozdílům.

## SLOVENSKO POD SPRÁVOU ČESKOSLOVENSKA

*Leon Sokolovský*

Přes nepřetržitou kontinuitu slovenského osídlení na dnešním území Slovenské republiky, jehož kořeny sahají až do 6. století, neměli Slováci od vyhnání knížete Pribiny z Nitry moravským vévodou Mojzírem 1. v roce 833 až do 20. století prakticky žádný vlastní suverénní stát. Tato skutečnost se odrazila i v tom, že Slovensko nemělo žádnou vlastní centrální správu. Jiná však byla situace na regionální úrovni, kde se držely elementy původní slovenské územní správy až do roku 1918. Po krátkém historickém přehledu osvětluje článek oněch dvanáct správních reforem, které proběhly na Slovensku od zřízení Československé republiky. Ve skutečnosti, že všechny tyto reformy vznikly „u zeleného stolu“ a přitom zanedbávaly přirozené geografické členění a strukturu osídlení země, a navíc byly zavedeny bez souhlasu, ba dokonce i bez tichého srozumění obyvatelstva, vidí autor jednu z příčin, které vedly k rozpadu Československa.

## VÝZNAM SLOVENSKA PRO NĚMECKOU ŘÍŠÍ V LETECH 1939–1945

*Tatjana Tönsmeier*

Tento článek vznikl na podkladě diplomové práce, která byla v roce 1994 předložena na univerzitě v Marburgu. Autorka vystupuje proti dojmu, který vědecká literatura často vyvolává, jako by vznik Slovenského státu v březnu 1939 byl jen vedlejším produktem rozpadu Československa a zřízení „protektorátu“ nad Čechami a Moravou. Vyšetřuje specifický politický, vojenský a hospodářský význam Slovenského státu pro třetí říši a přitom si obzvláště všímá politicko-propagandistických aspektů. Ve středu pozornosti stojí prozkoumání funkce Slovenska jako „vizitky“ Říše, role Slovenska v plánech Německa při novém uspořádání dunajských zemí, slovenská účast na holocaustu a polních taženích Říše, jakož i slovenský příspěvek pro německé válečné hospodářství. Souhrnem vzniká obraz Slovenska jako „vzorového satelitu“.

## DEPORTACE ŽIDŮ ZE SLOVENSKA V LETECH 1944–1945

*Gila Fatran*

Deportace židů ze Slovenska v roce 1942 byly ukončeny 20. října 1942 deportací chorobomyslných. Když v průběhu roku 1943 a na jaře 1944 přišli Němci s požadavkem, transporty znovu obnovit, podařilo se tzv. pracovní skupině, která se v roce 1942 zasadila o zastavení transportů, zorganizovat účinnou pomoc a dokonce ještě několikrát úspěšně čelit hrozbě transportů. Při zasedáních Kabinetu 11. a 15. září 1944 bylo však rozhodnuto, soustředit židy, nacházející se na území Slovenska, v táboře v Seredi, který byl jediným táborem, jenž se po vypuknutí povstání nenacházel v moci povstalců. Autorka rekonstruuje další osudy těch asi 25 000 židů, žijících tehdy na Slovensku, z nichž bylo asi 14 500 deportováno a zavražděno. Zvláštní pozornost věnuje přitom rozmanitým reakcím z ciziny.

## SLOVENSKO PO ÚNOROVÉM PŘEV RATU 1948

*Michal Barnovský*

V tomto příspěvku je krátce načrtnut průběh únorových událostí roku 1948, především jsou ale ukázány bezprostřední následky v oblasti politiky v prvních šesti měsících. Přitom autor objasňuje rozdíly mezi politickým vývojem na Slovensku a v českých zemích v prvních poválečných letech až do převzetí moci komunisty a analyzuje téměř synchronní, časově jen nepodstatně posunutý průběh politických změn v jednotlivých sférách státní moci, a to jak v centru, tak i v regionech, jako charakteristický prvek únorového převratu. Na rozdíl od běžných charakteristik tohoto období československých dějin, jejichž těžiště spočívá převážně v popisu českých zemí, lze tímto zde předkládaným zdůrazněním vývoje na Slovensku představit nejenom málo známé aspekty, nýbrž i podpořit tezi, že únorový převrat znamenal daleko hlubší přelom, než se často předpokládá.

## SLOVENSKÁ REPUBLIKA: STÁT VE STÍNU

*Karin Schmid*

Úzus mnoha pozorovatelů a analytiků jak československých dějin, tak i vývoje v obou nástupnických státech, vidět vývoj na Slovensku pouze ve srovnání s českými zeměmi, se jeví autorce článku být nanejvýš problematickým. Autorka se zabývá otázkami, nakolik vede srovnávací metoda vždy k spravedlivému ocenění jevů, nakolik se zvolený zorný úhel a skutečnost shodují, nakolik je negativní soud s ohledem na Slovensko oprávněný, např. v souvislosti s rozpadem Československa nebo v otázce ústavního řádu a vývoje k demokracii, právnímu státu i tržnímu hospodářství. Karin Schmidová se snaží tyto otázky zodpovědet z různých hledisek; varuje přitom před zaujatostí vůči vývoji na Slovensku a přimlouvá se za to, nechat Slovensko konečně vystoupit ze stínu svého bývalého „velkého bratra“.

## SLOVENSKÁ HISTORIOGRAFIE V LETECH 1990–1994

*Pavol Petruš*

Cílem tohoto příspěvku je stručná charakteristika vývoje slovenské historiografie po listopadu 1989 a představení jejích nejdůležitějších výsledků. Článek je rozdělen do tří částí: první z nich poukazuje na některé všeobecné tendence historického bádání ve zde vyšetřovaném období, druhá část informuje v obrysech o historickém bádání k dějinám Slovenska a třetí o bádání k všeobecným dějinám. Celkově vyzdvihuje autor překonání myšlenkově-koncepční sterility a velký počet nových studií k novým otázkám a poukazuje současně na neuspokojivý stav vědeckoteoretické reflexe, na nedostatek přípravných prací v oblasti současných dějin a na průvodní potíže při vzniku souborných zpracování historických témat v podmínkách, kterése jen poněmáhle zlepšují.

SLOVENSKÁ HISTORIOGRAFIE PO ROCE 1989:  
AKTIVA, PROBLÉMY, PERSPEKTIVY*Dušan Kováč*

Ředitel Historického ústavu Slovenské akademie věd nám zde předkládá své zamyšlení nad tím, „jak využila slovenská historiografie novou svobodu bádání a na jaké problémy při tom narazila“. Po krátkém přehledu vývoje slovenského dějepiscetví se Kováč dotýká dosavadních těžkostí, např. působení zastaralých interpretačních a koncepčních vzorců („pocit nutnosti apologetiky a požadavek, notovat chvalozpěvy na úctyhodné stáří a historickou jedinečnost Slováků“) a dědictví marxistické vývojové etapy. Analýza těchto problémů ve vědomí historiků vyvolala hluboký rozkol mezi historiografií a historickým povědomím společnosti. Dušan Kováč nám dopřává krátký pohled na úsilí, s jakým se Historický ústav snaží tuto propast překlenout. Současně nás seznamuje s potížemi, se kterými se on i jeho spolupracovníci setkávají, a obzvláště nás informuje o pokusech, podřídit tento nezávislý vědecký ústav

Akademie věd Matici slovenské, kulturnímu spolku pověstnému svým nacionalismem, a takto ztěžovat jeho nezávislou vědeckou činnost a znovu ho podřídít určitému ideologickému zaměření. V dodatku jsou zveřejněny výtahy z návrhu zákona Národní rady Slovenské republiky o Matici slovenské a stanoviska ředitele a spolupracovníků Historického ústavu Slovenské akademie věd.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AČ	Archivní časopis (Prag)
Acta UC	Acta Universitatis Carolinae (Prag)
AHY	Austrian History Yearbook (Minneapolis, Minn.)
AKBMS	Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien (Königstein/Taunus)
AR	Archeologické rozhledy (Prag)
AZ	Archivní zprávy ČSAV (Prag)
BohZ	Bohemia. Zeitschrift für Kultur und Geschichte der böhmischen Länder
BNGP	Bulletin Národní galerie (Prag)
CASS	Canadian-American Slavic Studies (Vancouver, B. C.)
CEH	Central European History (Atlanta, Georgia)
ČČH	Český časopis historický
ČL	Český lid (Prag)
ČMM	Časopis Maticе moravské (Brünn)
ČMorM	Časopis Moravského muzea (Brünn)
ČNM	Časopis Národního muzea, řada historická (Prag)
ČSAV	Československá akademie věd
ČsČH	Československý časopis historický (Prag)
ČSM	Časopis Slezského muzea, vědy historické (Troppau)
CSP	Canadian Slavonic Papers (Ottawa)
ČSPSČ	Časopis Společnosti přátel starožitností českých
DArb	Deutsche Arbeit. Zeitschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen (Prag)
Don	Der Donaauraum. Zeitschrift des Forschungsinstituts für den Donaauraum (Wien)
DVT	Dějiny věd a techniky (Prag)
ECE	East Central Europe (Salt Lake City, Utah)
EEQ	East European Quarterly (Boulder, Colo.)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FHB	Folia historica bohemica
HČ	Historický časopis (Preßburg)
HHStA	Haus-, Hof- und Staatsarchiv (Wien)
Hist	Historica ČSAV (Prag)
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte (Berlin)
HT	Husitský Tábor (Tabor)
HZ	Historische Zeitschrift (München)
JbGO	Jahrbücher für Geschichte Osteuropas (Wiesbaden)
JBoh	Judaica Bohemiae (Prag)
JbWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (Berlin)
JSbH	Jihočeský sborník historický (Budweis)
MGH	Monumenta Germaniae historica
MGSL	Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde (Salzburg/Stuttgart)
MIÖG	Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (Wien)

MSI	Il Mondo Slavo (Padua)
MZČK	Minulostí Západočeského kraje
ÖOH	Österreichische Osthefte
ÖZG	Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften
PA	Památky archeologické (Prag)
PBoh	Postylla Bohemica (Konstanz-Bremen)
PHS	Právněhistorické studie (Prag)
PP	Památky a příroda
PKSČ	Příspěvky k dějinám KSČ (Prag)
RES	Revue des études slaves (Paris)
SbAP	Sborník archívních prací (Prag)
SbH	Sborník historický (Prag)
SbMM	Sborník Matice moravské (Brünn)
SbNM	Sborník Národního muzea v Praze, řada A-Historie (Prag)
SbPFFB	Sborník prací filozofické fakulty brněnské univerzity, řada historická (Brünn)
SEEJ	Slavic and East European Journal (Tucson, Ariz.)
SEER	The Slavonic and East European Review (London)
SIHS	Slovanské historické studie (Prag)
SOF	Südostforschungen (München)
SovSl	Sovetskoe slavjanovedenie (Moskau)
SR	Slavic Review (Cheshire, Conn.)
SSb	Slezský sborník (Troppau)
StJb	Stifter-Jahrbuch (München)
Umění	Umění (Prag)
UŘ	Umění a řemesla (Prag)
VČA	Věstník České akademie
VCC	Veröffentlichungen des Collegium Carolinum
VČSAV	Věstník ČSAV (Prag)
VfZ	Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte (Stuttgart)
VKČSN	Věstník Královské české společnosti nauk
VPZM	Vědecké práce Zemědělského muzea (Prag)
VSWG	Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Wiesbaden)
VVM	Vlastivědný věstník moravský (Brünn)
WS	Die Welt der Slaven (München)
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte (München)
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin)
ZfO	Zeitschrift für Ostforschung (Marburg/L.)
ZRG	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Weimar)

## MITARBEITER DES HEFTES

- Prof. Dr. Manfred Alexander, Leipziger Ring 11a, 50374 Erfstadt-Liblar  
Dr. Michal Barnovský, Historický ústav SAV, Klemensova 19, SK-81364 Bratislava  
Dr. Gila Fatran, Drezner Straße 10, 69497 Tel-Aviv, Israel  
Ralf Gebel, M. A., Enggasse 7, 53127 Bonn  
Dr. Eva Hahn, Musenbergstr. 28a, 81929 München  
Prof. Dr. Jörg K. Hoensch, Am Engelwirtsberg 51, 66125 Saarbrücken-Dudweiler  
Dr. Roman Holec, Historický ústav SAV, Klemensova 19, SK-81364 Bratislava  
Dr. Dušan Kováč, Historický ústav SAV, Klemensova 19, SK-81364 Bratislava  
Dr. Eva Kowalská, Historický ústav SAV, Klemensova 19, SK-81364 Bratislava  
Dr. Lubomír Lipták, Historický ústav SAV, Klemensova 19, SK-81364 Bratislava  
Robert Luft, Aventinstr. 6, 80469 München  
Dr. Michaela Marek, Blücherstr. 3, 80634 München  
Dr. Eduard Mühle, Herder-Institut, Gisonenweg 5-7, 35037 Marburg  
Dr. Pavol Petruf, Historický ústav SAV, Klemensova 19, SK-81364 Bratislava  
Dr. Karin Schmid, Kaiserstr. 71, 53113 Bonn  
Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Seibt, Joseph-Haydn-Str. 14, 85540 Haar  
Prof. Dr. Helmut Slapnicka, Max-Reger-Str. 17, A-4020 Linz  
Doc. Dr. Leon Sokolovský, Katedra slovenských dějin, FF UK, Šafarikovo nám. 6,  
SK-81801 Bratislava  
Dr. Ján Steinhübel, Historický ústav SAV, Klemensova 19, SK-81364 Bratislava  
Tatjana Tönsmeier, M. A., Koelhoffstr. 7, 50676 Köln  
Prof. Dr. Stanley B. Winters, 1169 Presque Isle Drive, Port Charlotte, Florida 33952-2741,  
USA